

VINCENT
AUGUST

TECHNO- LOGISCHES REGIEREN

DER AUFSTIEG DES
NETZWERK-DENKENS
IN DER KRISE
DER MODERNE

Foucault, Luhmann
und die Kybernetik

[transcript]

Vincent August
Technologisches Regieren

Edition transcript | Band 8

Vincent August (geb. Rzepka) ist Soziologe und Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitherausgeber des Theorieblogs und war Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und an der UC Berkeley. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Politische Theorie und Ideengeschichte, Gesellschaftstheorie, Wissenssoziologie und Politische Soziologie.

Vincent August

Technologisches Regieren

Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne.
Foucault, Luhmann und die Kybernetik

[transcript]

Die Veröffentlichung wurde gefördert aus dem Open-Access-Publikationsfonds der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Publikation wurde zusätzlich durch die Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert.



Dissertation an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin (Einreichung 2018, Disputation 2019).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2021 im transcript Verlag, Bielefeld

© Vincent August

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5597-1

PDF-ISBN 978-3-8394-5597-5

<https://doi.org/10.14361/9783839455975>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Vorwort von Hartmut Rosa	9
Einleitung	11
Neoliberalismus und Netzwerk-Denken: Standpunkte der Forschung	12
Elemente und Ursprünge des technologischen Regierungsdenkens: Thesen	16
Die Analyse gesellschaftlicher Selbstinterpretationen: Methodologie und Methode	24
I. Das Gegenmodell:	
»Souveränität« nach 1945	35
1. Souveränität oder Weltregierung	39
2. Die Ausgestaltung der Souveränität	51
Das subversive Narrativ: Frantz Fanon	52
Das christlich-liberale Narrativ: Bertrand de Jouvenel	61
Das bürgerlich-republikanische Narrativ: Wilhelm Hennis und Werner von Simson	71
3. Das Paradigma der Souveränität	82
Die souveräne Stellung der Politik	83
Subjekt, Raum, Zeit: Zur Wissensordnung der Souveränität	88
Praxisfelder des Regierens: Internationale Organisationen, Planung, Erziehung	95
II. Technologiken:	
Modernes Steuerungsdenken in der Kritik	105
1. Technokratie	108
Das wissenschaftlich-technische Zeitalter	108
Die Herrschaft der Techniker	114
Die Herrschaft der Technik	118
2. Die kybernetische Alternative	127
Zwischen Machbarkeit und Modernekritik: Zur Verortung ›der‹ Kybernetik	128
Systeme: Maschinen, Netzwerke, Spiele	137
Regieren: Information, Feedback, Zirkulation	147
Komplexität: Differenz, Selbst-Organisation, Emergenz	154

III. Transformation:	
Krise der Moderne, Zerfall der Souveränität	165
1. Krisenphänomene	166
Zeithistorische Perspektiven: Strukturbruch	166
Zeitgenössische Krisenwahrnehmung: Stagflation, Protest, Gewalt	173
2. Krisennarrative	180
Institutionalismus: Das unlösbare Dilemma der demokratischen Souveränität	182
Neomarxismus: Das unlösbare Dilemma der kapitalistischen Demokratie	188
(Neo-)Liberale Staatskritik: Zivilgesellschaft und mangelnde Rationalität	192
Technologische Gesellschaftskritik: Die veraltete Rationalität der Moderne	200
3. Die Krise der Moderne und die zwei Chancen der Neuordnung	207
IV. Das Netzwerkmodell der Macht:	
Michel Foucault	221
1. Die Geschichte der ›Denksysteme‹	224
Ein neuer Begriffsapparat	224
Die kybernetische Ordnung des Diskurses	235
Anti-souveränes Ordnungsdenken: Subjekt, Zeit, Raum	239
2. Macht und Machtkämpfe	247
Eine neue Theorie der Macht	249
Im Handgemenge der 1970er Jahre	257
Die liberale Sicherheitsgesellschaft	263
3. Technologien des Regierens	270
Das Krisennarrativ des Michel Foucault im Vergleich	271
Selbst-Regierung: Macht als Interaktionssystem	282
Das aktive Selbst: Ästhetik als politische Technologie	290
V. Die Politik der Systemtheorie:	
Niklas Luhmann	299
1. Abschied von Alteuropa	302
Die Abklärung der Aufklärung	302
Die autopoietische Wende	310
Die Welt der Systemtheorie: System, Raum, Zeit	319
2. Politik der Gesellschaft	330
Die Neudefinition von Politik und Macht	331
Kritik des Wohlfahrtsstaates und seiner Kritiken	338
Restriktive Politik: Eine Erneuerung des politischen Codes	344
3. Ökologische Rationalität	350
Luhmanns Krisennarrativ im Vergleich	352
Kognitive Innovationsfähigkeit: Luhmanns ideenpolitisches Projekt	361
Risikomanagement: Neue Aufgaben für den Staat?	365

Technologisches Regieren:

Konturen und Kritik	375
Die Genese des technologischen Regierungsdenkens	376
Netze, Ströme, Spiele: Die technologische Begriffs- und Wissensordnung	379
»Regieren«: Konzeption und demokratietheoretische Folgen	387
Praxisfelder des Regierens: Ökologie, diversity, network governance	393
Nach dem Strukturwandel: Im Zeichen von Neoliberalismus und Netzwerk-Denken	400
 Dank	 409
 Abbildungsverzeichnis	 413
 Literaturverzeichnis	 415
 Register	 469

Vorwort von Hartmut Rosa

Wer es vermag, die Grundbegriffe der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung und Selbstdeutung zu verändern, verändert die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst, denn diese Wirklichkeit wird durch unsere Sprache mit-konstituiert: Das ›Wesen‹ sozialer Phänomene ist immer auch begrifflicher Natur. Diese sozialtheoretische Kerneinsicht liegt etwa dem von Charles Taylor, aber ähnlich auch von Anthony Giddens oder Jürgen Habermas formulierten Verständnis einer unabweisbaren ›Doppelhermeneutik‹ der Sozialwissenschaften zugrunde: Sie interpretieren stets eine schon interpretativ (ko-)konstituierte Realität. Daraus ergibt sich das Desiderat, paradigmatische Begriffsumstellungen in der Theorie bzw. im ideengeschichtlichen Denken in enger Verknüpfung mit realpolitischen Veränderungen – als Ursachen ebenso wie als Wirkungen – zu suchen und zu analysieren.

Das von Vincent August hier vorgelegte Buch rekonstruiert und analysiert auf ebenso verblüffende wie beeindruckende Weise einen solchen grundlegenden begriffspolitischen und damit *begrifflich-politischen* Paradigmenwechsel für die Politik- und Sozialwissenschaften seit den 1970er Jahren, der sich in seiner konzeptuellen Konsequenz und Reichweite fast unbemerkt und gleichsam hinter dem Rücken nicht nur der politischen, sondern auch der sozialwissenschaftlichen Akteure vollzogen habe. Gemeint ist damit der Übergang von einem souveränitätstheoretischen und -begrifflichen und damit auch: souveränitätspolitischen Ansatz der Gesellschaftstheorie und vor allem der Regierungslehre zu einem von der Kybernetik inspirierten ›technologischen‹ bzw. netzwerktheoretischen und governance-politischen Ansatz. Dabei sind beide Ansätze gleichsam als ›Meta-Paradigmen‹ zu verstehen, das heißt, dass sie jeweils in sich sehr unterschiedliche epistemologische, politische und normative Positionen vereinten bzw. vereinen. Damit hat sich – so Vincent Augusts Leitthese – gewissermaßen der Übergang von einem Begriffsuniversum und damit von einer politischen Welt in ein(e) andere(s) vollzogen, der massive Auswirkungen nicht nur für das Denken des Sozialen und Gesellschaftlichen und für das politische Handeln, sondern auch noch für die Konstitution der Subjekte hat.

Als ›Kronzeugen‹ dieses Paradigmenwechsels dienen die beiden in vielerlei Hinsicht ganz unterschiedlichen, aber enorm einflussreichen und schulenbildenden

den Großtheoretiker Michel Foucault und Niklas Luhmann. August zeigt, dass sie beide auf ganz unterschiedlichen Pfaden und trotz sich teilweise widersprechender Argumentationsformen nicht nur in der Zurückweisung des Souveränitätsparadigmas, sondern auch in der konzeptuellen Umstellung zu einer weitgehend konvergierenden Neufassung des Politischen, der Subjekte und des Sozialen sowie der Sozialwissenschaften gelangen, welche gravierende sozialtheoretische, politische, organisationspolitische und subjektkonstituierende Konsequenzen hat, und er vermag es zugleich, die Ursachen, Konturen und Konsequenzen dieses Paradigmenwechsels herauszuarbeiten.

Am Ende verblüfft die Stringenz und Kohärenz des auf diese Weise entstehenden Bildes, und das umso mehr, als das beide Ansätze vereinende differenztheoretische, dynamische und komplexe ›Netzwerkdenken‹ und das daraus resultierende Regierungsverständnis ja in der Tat sozial- und gesellschaftstheoretisch, aber auch organisationssoziologisch und politisch überaus folgenreich geworden ist.

In der Summe ist August damit eine eigenständige, bestechende und überaus innovative Forschungsleistung geglückt, welche in gleich drei Hinsichten Maßstäbe zu setzen vermag: *Zum ersten* vermögen seine beiden detaillierten Fallrekonstruktionen auf aufschlussreiche Weise neues Licht auf beide Theorieansätze – die Systemtheorie wie die Gouvernamentalitätstheorie – zu werfen: So hat man Foucault und Luhmann bisher in der Tat noch nicht gelesen, und dieses Zusammendenken erweist sich als produktiv für das gegenwärtige Subjekt- und Politikverständnis insgesamt. Dass Foucault dabei stark auf ein steuerungspolitisches und regulationstheoretisches Interesse hin interpretiert wird, wodurch seine radikale Kritik an jeder Regierungsform teilweise in den Hintergrund rückt, tut dem letztlich keinen Abbruch, sondern wird die (Foucault-)Debatte aufs Neue inspirieren. *Zum zweiten* leistet die Analyse des tiefschürfenden Paradigmenwechsels und die Rekonstruktion des ›technologischen‹ Regierungsdenkens einen überaus wertvollen Beitrag für jede nicht nur politik-, sondern auch gesellschaftstheoretische Gegenwartsbestimmung und für die Selbstverständigung der politischen Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Vor allem aber liefert August, *zum dritten*, geradezu ein Meisterstück ab für eine ideengeschichtliche Arbeit, welche einen komplexen *conceptual-cum-political-turn* im Sinne der *Critical Conceptual History* in allen epistemologischen, ontologischen, subjekttheoretischen und politischen Ursachen und Konsequenzen historisch rekonstruiert und analysiert.

Die theoretische und politische Reichweite der Studie ist deshalb kaum zu überschätzen; an ihr wird die zukünftige politiktheoretische Diskussion nicht vorbeigehen können, und auch die Gesellschaftstheorie wird sie intensiv zur Kenntnis nehmen müssen!

Einleitung

Die Gesellschaft ist zu einem Netzwerk geworden, und wo früher Vereine und Verbände, soziale Organisationen und politische Gemeinschaften standen, finden sich heute immer mehr Netzwerke: vom Kommunikations-, Informations- und Medien Netzwerk über Terror-, Zivilgesellschafts- und Forschungsnetzwerke bis hin zu Netzwerkgesellschaft und *network governance*. Die ›digitale Republik Estland‹, so der *New Yorker*, treibt diese Entwicklung als ein gesamtgesellschaftliches Projekt voran.¹ Estland bietet eine Infrastruktur, die hunderte dezentrale Datenbanken miteinander verbindet und Menschen, Unternehmen und Verwaltungen erlaubt, in Echtzeit miteinander zu kommunizieren und Daten auszutauschen. Eine Ärztin kann sofort auf die Gesundheitsdaten einer Patientin zugreifen, wählen kann man von jedem internetfähigen Computer, und selbst der ›Aufenthalt‹ im Staat wurde durch eine »elektronische Residenz« per digitaler ID vom Territorium gelöst. Die Dienstleistungen des öffentlichen Sektors werden so weit wie möglich online über das Netzwerk der Datenbanken zur Verfügung gestellt.

Bei der Entwicklung zur ›Netzwerkregierung‹ geht es aber nicht nur um die technologische Infrastruktur. Wie Marten Kaevets, der *national digital adviser* von Estland, betont, ist das »mind-set« viel entscheidender.² Diese Vorstellung teilt er mit einer Vielzahl anderer Akteure. So betonte etwa der OECD-Planungsstab unter dem Titel *Governance für das 21. Jahrhundert*, dass sich »die Politik von ihrer alten hierarchischen Struktur befreien und zu einem kreativen Ort werden« müsse.³ Sie müsse Netzwerke organisieren, in denen »alle sozialen Akteure [...] Ziele, Regeln und Verfahren immer wieder neu erfinden«.⁴ Und auch ein enger Berater der australischen Regierung hat diese Einführung des Netzwerk-Denkens in die politische Praxis gefordert: »The traditional, hierarchical government model simply does not meet the demands of this complex, rapidly changing age. [...] thriving in the net-

1 Vgl. Heller: »The Digital Republic«.

2 Zit. nach Heller: »The Digital Republic«, S. 93.

3 Michalski et al.: »Governance im 21. Jahrhundert«, S. 34.

4 Michalski et al.: »Governance im 21. Jahrhundert«, S. 34f.

worked age requires governments to change the way they think and operate. [...] *we need to update our thinking.*»⁵

Was zeichnet dieses neue *mind set*, das politische Denken in Netzwerken aus? Wie kam es, dass man das Regieren in den Begriffen des Netzwerkes beschreibt? Und welche Folgen hat dieses Begriffsraster – für das Verständnis der Gegenwart und für die Gestaltung von Politik und Gesellschaft? Von diesen allgemeinen Fragen nimmt die folgende Untersuchung ihren Ausgang. Sie geht der neuen Netzwerk-Theorie der Politik in *historischer Hinsicht* auf den Grund, indem sie nach den intellektuellen Ressourcen für das Denken in Systemen und Netzwerken fragt und den Aufstieg dieser Ansätze in den Krisenjahren der 1970er nachvollzieht. Gleichzeitig konturiert sie in *systematischer Hinsicht* die ontologischen Prämissen, gesellschaftstheoretischen Diagnosen und die politiktheoretischen Lösungsvorschläge dieses technologischen Regierungsdenkens.⁶

Neoliberalismus und Netzwerk-Denken: Standpunkte der Forschung

Wenn die Akteure selbst davon ausgehen, dass ein neues Denken Einzug halten muss, befindet man sich auf dem Fachgebiet der politischen Theorie, der Gesellschaftstheorie und der Ideengeschichte. In diesem Bereich der Sozialwissenschaften und auch in der öffentlichen Debatte dominiert allerdings die Diagnose, das Handeln der Regierungen stünde unter dem Einfluss eines neoliberalen Denkens, das die gesamte Gesellschaft umstrukturiert hätte. Ideengeschichtlich lasse sich das neoliberale Denken bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgen. Aber erst

5 Eggers: »The changing nature of government«, S. 28 (Hervorhebung hinzugefügt).

6 Wenn ich im Folgenden von Regierungsdenken spreche, soll damit nur gemeint sein, dass es sich um ein politisches Denken handelt, das sich – analytisch oder normativ – mit der Steuerung, Organisation oder Regulation von sozialen Ordnungen beschäftigt. Regierungsdenken ist in dieser Definition also nicht zwingend »Herrschaftswissen«, es kann genauso gut in kritisch-analytischer oder subversiver Form auftreten. Es unterscheidet sich allerdings von einem politischen Denken, das seinen Gegenstand nur jenseits von oder im Bruch mit alltäglichen Praktiken und Institutionen findet. Stattdessen beschäftigt sich das Regierungsdenken gerade damit, wie Gesellschaften alltäglich geordnet, sortiert, reguliert werden. Die Spaltung von Politik und dem Politischen hat in den letzten zwanzig Jahren eine fruchtbare Debatte in der politischen Theorie ermöglicht, die den Fokus der politischen Theorie als Disziplin auf vorher theoretisch vernachlässigte Fragen wie zivilen Ungehorsam und Proteste gelenkt hat. Andererseits ging damit wiederum eine theoretische Vernachlässigung von politischen Institutionen und Routinepraktiken einher. Erst langsam wird versucht, diese Lücke in konstruktiver Absicht zu schließen. Vgl. dazu den herausragenden Beitrag von Manon Westphal: *Die Normativität agonaler Politik*. Zur schon früher geäußerten Kritik vgl. Greven: »Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft?«; Rzepka/Straßenberger: »Für einen konfliktiven Liberalismus«.

infolge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre habe es den Keynesianismus als ökonomisches Leitbild abgelöst und zugleich eine politische Leitidee angeboten, die den Wohlfahrtsstaat eindampfe und stattdessen auf Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung, auf Märkte und Eigenverantwortung statt auf gesellschaftliche Solidarität setze. Die neoliberale Agenda höhle zudem das demokratische Selbstverständnis der westlichen Gesellschaften aus und demontiere die soziale und politische Teilhabe der Menschen.

Die Diagnose einer Neoliberalisierung der westeuropäischen Gesellschaften ist nicht von der Hand zu weisen, und auch diese Arbeit wird auf den Aufstieg neoliberaler Politikansätze zurückkommen. Allerdings haben viele Kritiken des Neoliberalismus das Problem, dass sie undifferenziert alle Phänomene der Gegenwart als Wirken neoliberaler Kräfte einpreisen. Ein Beispiel für eine solche Neoliberalismus-Kritik ist Wendy Browns *Die schleichende Revolution*. Browns Analyse hat nicht nur das Problem, den Begriff Neoliberalismus ohne weitere Differenzierung für konkrete Policies, eine Art des Regierens und eine Ordnung der Vernunft zu verwenden; sie nutzt etwa auch die Befürwortung von Wachstum oder Antihumanismus als hinreichenden Beleg für neoliberales Regierungsgedenken.⁷ Diese Elemente findet man allerdings auch in anderen Theorien, das Wachstumsdenken etwa im Keynesianismus und den Antihumanismus bei Browns eigener Referenz, nämlich Michel Foucault. Schließlich präsentiert Browns Analyse den Neoliberalismus als globale Gewalt, die zugleich allumfassend und inkonsistent ist. Ohne eine Präzisierung lässt sich dann aber kein sinnvolles Abgrenzungskriterium mehr gewinnen. »Neoliberalismus« wird, wie Terry Flew in seinem lesenswerten Literaturbericht festhält, »an all-purpose denunciatory category«.⁸ Der Begriff verliert so seine analytische *und* seine kritische Kraft.

Eines der wenigen Projekte aus der politischen Theorie, das dezidiert Skepsis an diesem Narrativ der Neoliberalisierung anmeldet, ist Mark Bevir's »Genealogy of Governance«.⁹ Bevir, ein Kollege von Wendy Brown an der University of California in Berkeley, untersucht darin Theorien und Praktiken von Governance. Statt aber wie Brown alle Governance-Ansätze unter Neoliberalismus-Verdacht zu stellen, macht er darauf aufmerksam, dass es daneben einen zweiten Reformstrang gegeben habe, dessen organisationssoziologische Basis sowohl gegen hierarchische

7 Vgl. Brown: *Undoing the Demos*, hier v.a. S. 20–25.

8 Flew: »Six theories of neoliberalism«, S. 51; für weitere Überblicke, die zu ähnlichen Einschätzungen kommen, vgl. Boas/Gans-Morse: »Neoliberalism«; Davies: »Neoliberalism«. Neben den problematischen Darstellungen gibt es freilich zahlreiche sehr differenzierte Studien, z.B. Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*; Stedman Jones: *Masters of the Universe*.

9 Vgl. Bevir: *A Theory of Governance*, insb. S. 129–148; Bevir: *Democratic Governance*. Im Vergleich dazu die Governance-Darstellung bei Brown: *Undoing the Demos*, S. 122–150.

Verwaltungstheorien als auch gegen das neoliberale New Public Management argumentiere. Obwohl Bevir diese Gegenbewegungen in unterschiedliche Governance-Theorien auffächert, finden sie bei ihm einen gemeinsamen Nenner im Begriff des Netzwerks.

In eine ähnliche Richtung stößt eine sehr bekannte wirtschaftssoziologische Studie, die ironischerweise des Öfteren als eine Studie über den Neoliberalismus missverstanden worden ist. In *Der neue Geist des Kapitalismus* untersuchten Luc Boltanski und Ève Chiapello die Management-Literatur der 1990er Jahre und zeigten, dass der »neue Geist« des Kapitalismus auf einer »konnexionistischen Polis« beruhe, in deren Zentrum der Netzwerk-Begriff steht. Dieser neue Geist unterscheide sich laut Boltanski und Chiapello nicht nur von dem dominanten hierarchischen Geist, den sie in ihrem Vergleichskorpus aus den 1960er Jahren finden; er gehe auch mit der Marktlogik nicht zusammen. Denn statt auf reinen Wettbewerb setze dieses *mind set* zusätzlich auf *Kooperation*, statt auf einmalige Transaktionen suche es nach *Koordination* und statt der Anthropologie des isolierten Individuums zu folgen, sehe es den Menschen als *vernetztes Subjekt*. Daher schlussfolgern Boltanski und Chiapello, ihre Studie »begründet eine gewisse Skepsis gegenüber Interpretationen, die die jüngsten Entwicklungen schlicht als ein [sic!] Verschärfung des Wirtschaftsliberalismus deuten.«¹⁰

Dass sich selbst das ökonomische Feld nicht nur durch den Wirtschaftsliberalismus verstehen lässt, illustriert auch Fred Turners kulturwissenschaftliche Studie *From Counterculture to Cyberculture*.¹¹ Darin zeichnete er den Weg einer hochgradig einflussreichen Personengruppe aus der San Francisco Bay Area nach, die in den 1950er Jahren technologische Ansätze aufnahm und sie durch persönliche Kontakte, Konferenzen und Kollaborationen in die Counterculture der 1970er und in die computerbasierte *New Economy* der 1990er Jahre hineintrug. Damit liefert Turner Hinweise auf die sozialen Rahmenbedingungen und die Ursprünge des Netzwerk-Denkens in der Kybernetik, einer Forschungsrichtung über Kommunikation und Regelung; sein Erkenntnisinteresse richtet sich aber auf Lebenswege und Bekanntschaften, sodass die Beschaffenheit der Theorien, ihre Prämissen, Semantiken und Deutungsmuster im Hintergrund bleiben.

Demgegenüber sind Boltanski und Chiapello zwar an den Rechtfertigungsmustern des neuen *mind sets* interessiert; da ihre Studie aber auf eine Soziologie der Sozialkritik zielt, stehen weder die dahinterliegenden Theorien noch die Geschichte ihrer Entstehung und Durchsetzung im Zentrum ihres Erkenntnisinteresses.

10 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Zitat S. 180; insg. S. 177-191.

11 Turner: *From Counterculture to Cyberculture* grenzt seine Ergebnisse allerdings nicht selbst von den Neoliberalismus-Diagnosen ab. Seine Gegenpositionen stammen – entsprechend seiner disziplinären Herkunft – aus der kulturwissenschaftlichen Mediengeschichte, v.a. kritisiert er die These, dass die Counterculture technikavers gewesen wäre.

Insbesondere fehlt es ihnen, wie sie schreiben, durch ihre Methode an Erkenntnissen über die Quellen des neuen kapitalistischen Geistes.¹² Ohne dass sie dies bemerken, deuten aber auch die wenigen Referenzen, die sie in der Management-Literatur finden, stark in eine Richtung. Denn dort genannte Leitfiguren wie Gregory Bateson, Ilya Prigogine, Jean Dupuy und Francisco Varela entwickelten in ihren Disziplinen allesamt kybernetische Ansätze.

Damit verdichtet sich bereits eine Spur hinter dem Netzwerk-Denken. Wenn man nach dem systematischen Gehalt, den intellektuellen Ressourcen und den Aufstiegsbedingungen des Netzwerk-Denkens fragt, sind die Forschungsgrundlagen aber eher begrenzt. Es gibt zwar viele Texte, die den Anbruch eines ›neuen Zeitalters‹ der Netzwerke ankündigen, denn »[d]ie alten Strukturen erweisen sich als marode oder reformbedürftig [...] es wimmelt von unformatierten Elementen und flimmernden Relationen, die als offene Netzwerke prozessieren.«¹³ Demgegenüber fragen aber nur wenige, *wie es kam* und *was es überhaupt bedeutet*, wenn die politischen und politikwissenschaftlichen Akteure ihre westlichen Gesellschaften im Vokabular des Netzwerks beschreiben.

Bei der Problematisierung dieser sozialen Selbstbeschreibung sind metaphernhistorische Untersuchungen zum Netzwerk am weitesten fortgeschritten.¹⁴ Sie dokumentieren einerseits die Metaphorik in einer Langzeitperspektive und zeigen auf diese Weise zum Beispiel, dass es einen entscheidenden Bruch gibt, der zwischen dem kognitiven Modell der älteren, organologisch-textilen Netz-Metapher und ihrem deutlich jüngeren Wiedergänger läuft, der technotropen Netzwerk-

12 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 189. Von hier aus entwickelt die Studie dann »Bemerkungen zur Entwicklungsgeschichte der Netzforschung« (S. 194–202), in denen einige Forschungsrichtungen genannt werden, die mit Netzwerk-Modellen arbeiten, darunter die Soziometrie und Sozialpsychologie, der französische Strukturalismus und die post-strukturalistischen Autoren Michel Serres und Gilles Deleuze, auf die zurückzukommen sein wird. Daneben wird für die USA auch auf Harrison White und Mark Granovetter verwiesen.

13 Laux: *Soziologie im Zeitalter der Komposition*, S. 194.

14 Vgl. übergreifend Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*; Friedrich: »Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels«; Schlechtriemen: *Bilder des Sozialen*; Gießmann: *Die Verbundenheit der Dinge*; Schüttelpelz: »Ein absoluter Begriff«. Generell zeigt sich an der weiteren Literatur, dass es einen deutlichen Überhang in der Auseinandersetzung mit soziologischer Netzwerkforschung gibt, während das politische Denken des Netzwerks, wie es hier im Zentrum steht, seltener untersucht wurde. Zur Metapher in den soziologischen Theorien von Castells, Harrison White und der Akteur-Netzwerk-Theorie vgl. Erickson: »Network as Metaphor«; Otto: »Die Akteur-Netzwerk-Theorie als zeitdiagnostische Metapher«; Schlechtriemen: »Zur Metaphorik in Manuel Castells' *Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*«; recht undifferenziert und polemisch dagegen Leschke: »Netze und andere Verhänglichkeiten«; für eine kritische Nachfrage zur Metapher des Netzwerks in der Governance-Forschung vgl. Dowding: »Model or Metaphor?«, der allerdings keine reflektierte Metaphernanalyse nutzt.

Metapher.¹⁵ Andererseits diskutieren sie vor diesem Hintergrund die rhetorische und sozialkonstitutive Wirkung des Netzwerk-Begriffs in soziologischen Studien. Allerdings wurden bisher sowohl das politische Denken in Netzwerken als auch die zeithistorischen Deutungskämpfe um Gestalt und Gestaltung der Gesellschaft kaum thematisiert.

Eine historisch-kritische Rekonstruktion des technologischen Regierungsdenkens in Netzwerken und Systemen blieb daher bisher ein Desiderat. Auch die metaphorologischen Studien nähren nichtsdestoweniger die Überlegung, dass es neben dem neoliberalen Denken derzeit ein zweites, technologisches Regierungsdenken gibt, dessen Leitmetaphorik nicht Märkte und Verträge, sondern Netzwerke und Systeme sind. Erst wenn man diese Dissonanzen in kritischer – das heißt zunächst: unterscheidender – Absicht ernstnimmt, lässt sich meines Erachtens ein angemessenes Verständnis vom Regierungsdenken der Gegenwart gewinnen, das von (mindestens) zwei großen Paradigmen geprägt wird: dem Neoliberalismus *und* dem Netzwerk-Denken. Für dieses Vorhaben haben die dargestellten Forschungen Fährten ausgelegt, denen es auf der Spurensuche nach den ideenpolitischen Elementen und soziopolitischen Ursprüngen des technologischen Regierungsdenkens zu folgen gilt.

Elemente und Ursprünge des technologischen Regierungsdenkens: Thesen

Die Geschichte des technologischen Regierungsdenkens konkretisiert sich in den späten 1940er Jahren, als man begann, über den Wiederaufbau Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg nachzudenken. In dieser Zeit formierte sich – wie zu sehen sein wird: gegen alle Wahrscheinlichkeit – ein Regierungsdenken, das die ersten dreißig Jahre der Nachkriegszeit bestimmen würde und unter einem alten Begriff stand, dem der Souveränität.

Für den Fortgang der Argumentation wird es aus drei Gründen wichtig sein, die gesellschafts- und politiktheoretischen Konturen dieses Denkens in einem ersten Schritt zu umreißen: *Erstens* liefert es die Gegenfolie, an der sich das technologische Regierungsdenken systematisch abarbeitet. *Zweitens* motivierten aber ausgerechnet die starken Machbarkeits- und Steuerungsideen dieses Paradigmas die Einrichtung und Finanzierung von jenem kybernetischen Forschungszweig, der die konzeptionellen Impulse für das technologische Regierungsdenken entwickelte. *Schließlich* tritt der Wandel der politischen Deutungsmuster erst scharf hervor, wenn man sich das damalige Denken noch einmal vor Augen führt.

15 Vgl. dazu insb. Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*.

Das Paradigma der Souveränität schloss sozial-, gesellschafts- und politiktheoretisch an die Moderne und den mit ihr verbundenen Aufklärungsglauben an. Man trotzte den grausamen Erfahrungen der Weltkriege eine optimistische Subjektkonzeption ab, in der Individuen und Staaten die Welt gestalten können, wenn sie sich selbst zu einer ›aufgeklärten‹, ›selbstbewussten‹ und dadurch ›souveränen Persönlichkeit‹ entwickelten. Diese Vorstellungen, die Individuen und Staaten im Begriff der Persönlichkeit parallel führten, basierten auf einer humanistischen Ontologie, die Subjekt und Objekt voneinander trennte, an lineare Kausalitäten glaubte und Zeit als ein Kontinuum betrachtete. Auf diese Weise wurde die soziale Welt steuerbar, und die Politik wurde zum Steuerungszentrum der Gesellschaft erhoben.

Dabei bestand die Vorstellung, dass der Herrschaftsauftrag der Souveränität mit einer teleologischen Zielsetzung einhergehe. Souveräne Macht legitimiere sich aus einem souveränen Ziel (*télos*), nach dem sich die individuelle und die gesellschaftliche ›Entwicklung‹ richten müsse, um die ›menschliche Natur‹ und das ›Wesen‹ menschlichen Zusammenlebens zu verwirklichen. Das Regierungsdenken der Nachkriegszeit baute daher in doppeltem Sinne auf Repräsentativität: Politik sollte einerseits die unterschiedlichen Schichten und Interessen der Gesellschaft *integrieren* und *als Ganzes* repräsentieren. Sie sollte andererseits aber auch repräsentativ für ein höheres, souveränes Entwicklungsziel entstehen. Regieren, Politik und Staat fielen daher tendenziell zusammen und waren der Gesellschaft hierarchisch übergeordnet: Die souveräne Politik hatte die Aufgabe, durch eigenverantwortliche Führung die Integration und Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten.

Dieses Regierungsdenken der Souveränität war durch und durch humanistisch, und eine Verformung des Menschen durch die Technik musste daher eine Gefahr darstellen. Gleichzeitig bedurften aber die Regierungen ›technischer‹ Mittel, um den umfangreichen Planungs- und Steuerungsanforderungen dieses Regierungsmodells nachzukommen. Wie das zweite Kapitel zeigen wird, entstanden dadurch in der Nachkriegszeit zwei Technologiken: Die eine stand im Bann der Souveränitätstheorie. Dabei ging es einerseits in der ›Zukunftsforschung‹ und in Beratungsorganisationen wie der RAND Corporation um Effizienzsteigerung mit technischen Mitteln, damit man die Entwicklung der westlichen Gesellschaften (immer in Konkurrenz zur Sowjetunion) vorantrieb. Andererseits wurde genau diese Technisierung des Regierungsalltags als »Technokratie« kritisiert und die Souveränität der Politik eingefordert.

Im Windschatten dieser Debatte entstand aber auch ein anderes Denken über Technik, in der diese nicht einfach Mittel zum Zweck war, sondern zum Deutungsrahmen für alle Arten von Steuerung und Regulation wurde: Die Kybernetik verdichtete informations- und systemtheoretische, ökologische und kommunikationstheoretische Überlegungen der Kriegs- und Zwischenkriegszeit zu einem neuen Verständnis von Regulieren und Regieren. In diesem Zusammenhang wurde das erste Mal der Anbruch eines ›neuen Zeitalters‹ der Systeme und Netzwerke prokla-

miert. Es handelt sich dabei um eine rhetorische Figur, die im Netzwerk-Denken seit den 1940er Jahren immer wieder eingesetzt wurde, um alternative Deutungsmuster als veraltete Deutungsmuster zu verabschieden. Die Genese der Netzwerk-Gesellschaft ist daher keineswegs ein struktureller Selbstläufer oder nur ein Effekt von Hochleistungscomputern und Internet, wie es – neben vielen anderen – auch Manuel Castells darstellt.¹⁶ Sie ist, so meine These, ein ideenpolitisches Projekt.

Denn in der Kybernetik hatte sich eine Gruppe herauskristallisiert, die nicht einfach auf eine technische Beschleunigung der Modernisierung hinarbeiten wollte, sondern eine Kritik der theoretischen Grundlagen von Moderne und Modernisierung anstrebte. Im Kern entwickelten die Forschenden dabei drei Ideen. *Erstens* wiesen sie die ontologische Stoßrichtung der modernen Wissenschaften zurück. Ross Ashby, ein früher Kybernetiker, formulierte programmatisch, dass die Kybernetik nicht mehr nach dem *Was*, dem Wesen oder Sein frage, sondern nur noch nach dem *Wie*, nach der Funktionsweise von Steuerung und Kommunikation.¹⁷ Damit war die humanistische Unterscheidung von Mensch und Maschine eingegeben, ohne sie zugunsten der einen oder anderen Seite aufzulösen. Stattdessen hielt eine neue Analyserichtung Einzug, die die Steuerung und Kommunikation in Systemen untersuchte, egal ob es sich dabei um Menschen, Gesellschaften oder Maschinen handelte.

Der *zweite* revolutionäre Einfall war, dass diese Steuerungs- und Kommunikationsprozesse nicht hierarchisch oder linear ablaufen, wie es die modernen Wissenschaften laut der Kybernetik dachten. Vielmehr kommt Regulation ohne ein Steuerungszentrum aus und funktioniert allein durch die gegenseitige Beeinflussung in zirkulären und miteinander vernetzten Prozessen, die sich überall in dem sich selbst regulierenden System wiederfinden. So wenig es also einseitige, kausale

16 Die Zurückführung der vernetzten Gesellschaft auf die technologische Infrastruktur ist eine gängige Rechtfertigung für die Umstellung gesellschaftlicher Denkmuster. Genau dies greift aber meines Erachtens zu kurz und engt den Alternativenraum des politischen Denkens ein, weil ein vermeintlich exogener technologischer Strukturwandel herangezogen wird, um die Netzwerk-Kategorien auch im politischen Denken durchzusetzen. Auch bei Castells ist es maßgeblich der technologische Wandel, der zur Netzwerk-Gesellschaft führt. Selbst dort, wo er konstatiert, dass es parallel zur Informationstechnologie auch eine neue Organisationslogik gegeben habe, bleibt völlig unklar, woher diese kommt. Ihre Durchsetzung wird wiederum mit dem Zwang der Informationstechnologie erklärt: »Um die Vorteile der Netzwerkflexibilität internalisieren zu können, musste der Konzern selbst zum Netzwerk werden« (Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 202). Durch den vagen, vieldeutigen und zugleich affirmativ-zeitdiagnostischen Gebrauch des Netzwerk-Bildes ist Castells Schrift eher Dokument als distanzierte Beobachtung des Netzwerk-Paradigmas, wie auch Schlechtriemen: »Zur Metaphorik in Manuel Castells' *Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*« eindrücklich zeigt.

17 Siehe Ashby: *An Introduction to Cybernetics*; für weitere Belege zum Folgenden siehe das entsprechende Kapitel.

Steuerung in komplexen Systemen gibt, so wenig gibt es demnach Systeme ohne Regulation.

Daher spezifizierte die Kybernetik diese zirkuläre Regulation *schließlich* in eine andere Richtung. Die Netzwerke – wie es analog zu Systemen hieß – bestimmen sich demnach einerseits durch die Konnektivität zwischen ihren Elementen und andererseits durch deren Komplexität: Je mehr und je unterschiedlicher die Querverbindungen im Netzwerk sind, desto variabler ist es, um auf unvorhersehbare Irritationen reagieren zu können. Das Steuerungsdenken der modernen Wissenschaften hatte diesen Zusammenhang von Konnektivität, Kontingenz und Komplexität in den Augen der Kybernetik nicht nur analytisch unterschätzt. Dort wo sie gesellschaftlich oder technisch auf hierarchische und kausale Anordnungen setzten, schränkten sie auch die Entwicklungspotenziale ein. Daher musste das *systems age* das alte Weltbild des ›Maschinenzeitalters‹ ablösen.¹⁸

Aus diesen Ideen, aus den theoretischen Konzepten und begrifflichen Deutungsrahmen, entstand die vernetzte Welt des 21. Jahrhunderts, allerdings auf sehr unterschiedlichen Wegen: Ein Weg führte über Informatik und Informationstechnik zu Mikroelektronik und Internet. Ein anderer Weg führte über geistes- und sozialwissenschaftliche Theorien, die damit eine Alternative zu Moderne- und Souveränitätskonzepten entwickelten. Die technologischen Artefakte und das technologische Regierungsdenken sind zwei unterschiedliche Weiterentwicklungen der kybernetischen Denkfiguren.¹⁹ Obwohl die Technologien des Netzwerks und das technologische Regierungsdenken weitgehend unabhängig voneinander entwickelt wurden, erlebten sie zur gleichen Zeit ihren Durchbruch: Während in den 1970er Jahren die Mikroelektronik große Sprünge machte, das ARPANET – Vorläufer unseres Internets – zu einer immer größeren Infrastruktur anwuchs und 1972 mit der E-Mail seine erste ›App‹ erhielt, bot die Staats- und Modernekrise der 1970er Jahre die Bühne für die technologische Neubestimmung von Politik und Gesellschaft.

Die Krisenerfahrung der 1970er Jahre nimmt eine Sonderstellung unter den vielen Krisendiagnosen ein, die die westlichen Demokratien seit jeher begleiten. Viele der zeitgenössischen Akteure erwarteten den Untergang der westlichen Demokratien, und wenn nicht das, dann zumindest einen Wandel, der derart fundamental sein würde wie der vom Mittelalter zur Neuzeit. Und auch die zeitgenössisch auftauchenden Begriffe der ›Postmoderne‹, ›Reflexiven‹ oder ›Zweiten Moderne‹

18 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«.

19 Die Geschichte der Informationstechnik ist vielfach erforscht und in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet worden. Vgl. nur beispielhaft Abbate: *Inventing the Internet*; Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 33-88; Gugerli: *Wie die Welt in den Computer kam*; Rid: *Maschinendämmerung*.

zeigen bereits an, dass die Menschen sich selbst als Teil eines fundamentalen Wandels beobachteten.

Der Grund dafür war, dass sich in diesem Fall Wirtschaftskrise, gesellschaftsinterne Konflikte und die Wiederkehr der Gewalt zu einer epistemischen Krisenerfahrung verdichteten, der eine große Transformation im Selbstverständnis der westeuropäischen Gesellschaften folgte. Während der sozioökonomische Strukturwandel bereits eindrucksvoll durch zeithistorische und soziologische Studien herausgearbeitet wurde, werde ich die *programmatischen politiktheoretischen Antworten* in den Blick nehmen, die in der damaligen Debatte gegeben wurden. Denn meine These ist, dass sich die *Richtung* des Strukturwandels und damit die Gegenwart der westeuropäischen Gesellschaften nur aus den Antworten verstehen lassen, die auf diese Krisensituation gegeben wurden.

Dabei zeigt sich, dass das Paradigma der Souveränität nicht nur strukturell, sondern auch intellektuell an seinen eigenen Versprechen scheiterte, sodass die nach 1945 gerade erst beigelegten Konflikte um eine normativ richtige und faktisch stabile Ordnung wieder aufrissen. Die institutionalistischen und neomarxistischen Deutungsmuster, die bisher die politischen Auseinandersetzungen mithilfe von Souveränitätstheorien geprägt hatten, attestierten sich dabei selbst eine gewisse Ratlosigkeit. Und sie wurden infolgedessen von zwei neuen Deutungsmustern herausgefordert und vielfach abgelöst: Auf der einen Seite kritisierten neoliberale Intellektuelle mithilfe der Public-Choice-Theorie die *mangelnde* Rationalität des Staates und wollten daher die Hierarchie von Staat und Marktgesellschaft umdrehen. Auf der anderen Seite kritisierten kybernetisch inspirierte Krisendiagnosen die *veraltete* Rationalität der Moderne, die nun an ihren eigenen Erfolgen scheitere. Die komplexe, ausdifferenzierte Gesellschaft könne nicht mehr hierarchisch durch die Politik gesteuert werden. Sie brauche ein »neues Denken«, das der Komplexität, Kontingenz und Konnektivität der Gesellschaft angemessen sei.

Unter diesen kybernetisch inspirierten Deutungsansätzen befinden sich auch die Schriften von Michel Foucault und Niklas Luhmann, so die dritte zentrale These. Foucault und Luhmann sind zwei Denker, deren Ideen eine immense Wirkung auf die gesamte Breite der Geistes- und Sozialwissenschaften entfalteten. Das vierte und fünfte Kapitel werden diese beiden Fälle im Detail untersuchen. So unterschiedlich sie auf den ersten Blick scheinen, will ich zeigen, dass beide intellektuelle kybernetische Denkfiguren aufgegriffen haben, um *erstens* ihre Theorien zu entwickeln und sie *zweitens* in den Krisendebatten gegen alternative Deutungsangebote zu positionieren und durchzusetzen. Im Fall von Niklas Luhmann ist dabei natürlich bekannt, dass er kybernetische Konzepte aufgriff; seine hochabstrakten Arbeiten sind aber nur selten kontextualisiert und bisher nie auf die Krisen der

1970er Jahre bezogen worden.²⁰ Geradezu umgekehrt sieht dies bei Michel Foucault aus. Während seine Aktivität in den politisch-theoretischen Kämpfen bekannt ist (auch wenn die politische Stoßrichtung umstritten bleibt), wurde seine Verbindung zur Kybernetik bisher nur selten registriert.²¹ Bei Luhmann liegt daher mein Fokus auf dem ideenpolitischen Charakter seiner technologischen Theorie, bei Foucault auf dem *technologischen* Gehalt seiner ideenpolitischen Interventionen.

An diesen beiden individuellen Fällen lässt sich noch deutlicher als schon im dritten Kapitel zeigen, dass die Richtungen des Strukturwandels durch Akteure, ihre ideenpolitischen Interventionen und Auseinandersetzungen geprägt wurden. Außerdem lassen sich anhand der Fallstudien die Elemente und Rhetorik des technologischen Regierungsdenkens detailliert herausarbeiten. Sie beruhen auf der aus der Kybernetik bekannten Kritik an den ›traditionellen‹, ›alteuropäischen‹ Theorien, denen Luhmann und Foucault nun eine eklatante Ideenlosigkeit im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen vorwarfen. Beide entwickelten daraufhin durchaus unterschiedliche Entwürfe für ein technologisches Regierungsdenken, von denen Foucault stärker auf Technologien des Selbst, Luhmann stärker auf eine ökologische Rationalität der Subsysteme zielte.

Die technologische Alternative zur alteuropäischen Denkungsart tauschte dabei das Vokabular der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen aus. Sie verweigert, nach dem Wesen und Sein der Gesellschaft zu fragen, und stellte die Grundlagen der Selbstbeschreibungen von Identität und Kontinuität auf *Diversität und Differenz* um. Die Vorstellungen der Souveränitätstheorie, die Gesellschaft würde durch die Politik zu einem stabilen ›Selbstbewusstsein‹ heranwachsen und einen ›einheitlichen Willen‹ ausbilden, der normativ auf ein gemeinsames souveränes Ziel ausgerichtet wird, wurden dadurch abgeschnitten. An die Stelle dieses Begriffsapparats trat das neue, kybernetisch inspirierte Vokabular, das die Gesellschaft als ein ›Netzwerk von Operationen‹ (Luhmann) oder ›systemisches Netz‹ (Foucault) begreift. Diese Netzwerke ›emergieren‹ aus vielfältigen heterogenen Elementen und Relationen, die permanent *in Echtzeit* reproduziert werden müssen. Nicht stabile, souveräne Persönlichkeiten, sondern Schaltkreise, ›Codes‹ und Diagramme sind die angemessene Metaphorik, in der die unzähligen Verzweigungen, die überschüssigen Möglichkeiten und die zirkulären Beziehungen abgebildet werden.

20 Die einzige größer angelegte Kontextualisierung von Luhmanns Denken bietet Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*.

21 Diese Hinweise sind in der Regel unspezifischer und explorativer Art, so z.B. bei den Hypothesen zum Einfluss der Kybernetik auf die französische Theoriebildung von Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«, Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«; etwas konkreter jüngst Sprenger: *Epistemologien des Umgebens*, S. 62-82. In der Foucault-Forschung finden sich nur sehr vage Hinweise, meist ohne Reflexion der Kybernetik. Vgl. z.B. Gessmann: »Foucaults Theorie der Macht«; Deuber-Mankowsky: »›Nichts ist politisch. Alles ist politisierbar‹«.

Für das Regierungsdenken bedeutet dies *in analytischer Hinsicht* eine *Dezentrierung der Politik*. Wo die Gesellschaft als Netzwerk auftritt, fallen Steuerungs- zentren als Prämisse der Untersuchung weg. Foucault und Luhmann ziehen hier durchaus unterschiedliche Schlüsse: Luhmann begreift die Politik als Subsystem der Gesellschaft, das nicht nur aus dem Zentrum verdrängt wird, sondern auch noch in seiner Operationsweise hinter den Anforderungen der »Informationsge- sellschaft«, die »weltweit dezentral und konnexionistisch über Netzwerke kommu- niziert«, ²² tendenziell hinterherhinkt. Demgegenüber verlagert Foucault den poli- tischen Kampf in die einzelnen, verstreuten Orte der Gesellschaft und dezentriert »den« Staat auf diese Weise. Beide gehen allerdings davon aus, dass es keine ge- samtgesellschaftliche Steuerung mehr gibt und dass sie dort, wo sie aufzutreten versucht, zu einer Gefahr für die Autonomie von Systemen und Individuen wird.

Besonders stark kommt die technologische Ablehnung der »alteuropäischen« Analyseperspektive in den *neuen, systemischen Machtmodellen* zum Ausdruck, die hierarchische, lineare und kausale Machttheorien nach dem Muster Befehl und Gehorsam zurückweisen. Mit der souveränitätstheoretischen Unterscheidung von Subjekt und Objekt verschwindet auch die klassische Deutung von Macht als Herrschaft: Weil alles mit allem zusammenhänge, seien soziale Beziehungen nur als mehrseitige Bedingungsverhältnisse zu verstehen, in denen alle gegenseitig Macht aufeinander ausüben.

Den Ausgangspunkt dieser Überlegung bildet auch hier das technologische »Standardargument«: Alles ist sehr viel komplexer. Dass heute soziale Zusammen- hänge als hochkomplex, kaum zu durchblicken und im Grunde nicht steuerbar in- terpretiert werden, ist eine der nachhaltigsten Folgen des technologischen Regie- rungsdenkens. ²³ Während Politik dabei als einheitliches Institutionengefüge de- zentriert und in seiner Steuerungsfähigkeit eingeschränkt wird, wird gleichzeitig Regieren zu einem Vorgang, der überall in der Gesellschaft in Form von »Selbst- Führung« und »Selbst-Regulation« stattfindet. In der Politikwissenschaft hat sich unter anderem diese technologische *Ausweitung des Regierungsbegriffs* bei gleichzei- tiger Umstellung auf die Wie-Fragen »komplexer« Regulation in dem Schlagwort »von Government zu Governance« verdichtet.

Mit dem neuen technologischen Begriffsapparat gehen darüber hinaus *normati- ve Implikationen* einher, auch wenn diese oft hinter der neuen analytischen Haltung zur Welt versteckt werden. Das technologische Regierungsdenken kennzeichnet dabei eine grundsätzliche *Kritik an hierarchischen Organisationsstrukturen und den re- präsentativen Institutionen der Demokratie*. Aufgrund der Diversität und Komplexität

22 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 31.

23 Eine hervorragende Vorarbeit dazu liefert Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«; aller- dings erfasst sie in dem Aufsatz nicht die breitere Wirkung des Komplexitätsdenkens, son- dern bleibt im engeren Feld der *policy studies*.

der Welt sei es prinzipiell unmöglich, die Gesellschaft als einheitliches Ganzes zu repräsentieren: Man hat stets nur seine partielle Perspektive, die an einem Punkt im Netzwerk sitzt. Luhmann und Foucault verbindet daher eine Abneigung, die sich sowohl gegen universelle, moralische Weltinterpretationen richtet, wie sie von Intellektuellen und Parteien formuliert werden, als auch gegen die Vorstellungen, dass es einen *one best way*, eine einzig richtige rationale Lösung eines politischen Problems gebe. Beides seien Varianten des veralteten modernen Denksystems, das man hinter sich lassen müsse.

Der Ablehnung von Repräsentativität, Einheitlichkeit und Kontinuität steht normativ eine generelle *Präferenz für Diversität, Differenz und Situativität* gegenüber. Dies beginnt bereits bei einem stabilitätstheoretischen Argument. Denn angesichts der Komplexität der Welt, so die klassisch kybernetische Vorstellung, kann nur ein solches System auf die ständig wechselnden Verhältnisse im Netzwerk reagieren, das intern über möglichst viele unterschiedliche Optionen verfügt: Diversität wird zur normativen Voraussetzung für Stabilität. Wenn es zudem ohnehin keine letztlich richtige Lösung und auch kein wahres Selbst gibt, dann rücken Verfahren in den Vordergrund, mit denen andere, alternative Möglichkeiten ausgelotet werden können. *Innovationsfähigkeit, Offenheit und Kreativität werden so zu neuen Leitideen* im technologischen Regierungsdenken, die durch *permanente Selbstkritik und ständige Neuerfindung* umgesetzt werden können.

Die beiden Fallstudien bieten dabei zwei unterschiedliche Ausprägungen dieser Haltung an. Michel Foucault fokussierte das individuelle Subjekt, das sich durch »diese permanente Kritik unserer selbst« von den Fängen der Tradition befreien und stets neu erfinden kann.²⁴ Demgegenüber blickte Niklas Luhmann auf die Strukturen von Organisationen und die kognitiven Kapazitäten der Politik, der er *Opportunismus* statt Dogmatik empfahl. Politische Probleme, so sein Argument, seien nicht durch Wertepositionen, sondern nur durch kreative Ansätze zu bearbeiten. Die dafür nötige kognitive Flexibilität erhalte man durch eine permanente Kritik der eigenen Systemperspektive.

Im technologischen Regierungsdenken werden auf diese Weise die »situativen Identitäten« und die »situative Politik« programmatisch formuliert, die Hartmut Rosa als strukturelle Merkmale der Spätmoderne ausgemacht hat.²⁵ Gleichzeitig wird aus politiktheoretischer Perspektive deutlich, dass die gegenwärtige Anforderung der Flexibilität und die Vorstellung eines aktiven Selbst nicht (nur) aus dem Neoliberalismus hervorgegangen sind. Sie finden sich auch in einer anderen, technologischen Neubeschreibung von Politik und Gesellschaft, die ihren Aufstieg in der Krise der Moderne gemacht hat.

24 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 700. Die Zitation folgt dem Muster: Band (römische Ziffer), Titelnr., Seiten.

25 Rosa: *Beschleunigung*, S. 352-427.

Die beiden Antwortstrategien haben dabei im Prinzip unterschiedliche Stoßrichtungen. Denn der Neoliberalismus hält an der modernistischen Auflösung von Konflikten in einem einzig rationalen Urteil fest, die ideengeschichtlich schon bei Jeremy Bentham zu finden ist. Eine solche rationalistische Verengung strebt das technologische Regierungsdenken hingegen nicht an: Es will die modernen Rationalitätsvorstellungen nicht einfach durch eine beschleunigte Datenproduktion und -verarbeitung radikalisieren, sondern das aufklärerische Projekt reflexiv wenden. Dafür bedurfte es einer Revision des aufklärerischen Begriffsapparats, wie sie von Foucault und Luhmann in Angriff genommen wurde.

Die normative Perspektive, die sich hier eröffnet, ist auf die Autonomie der Subjekte und Systeme bedacht, die nach ihren je eigenen Logiken funktionieren. Diese Autonomiekonzeption hängt aber nicht mehr mit Authentizität oder Souveränität zusammen, sondern zielt auf die Praktiken der Selbstorganisation und Selbstkritik im Rahmen vielfältiger Abhängigkeiten. Die normative Perspektive hat dadurch eine im weiten Sinne freiheitliche Stoßrichtung, gerade weil es ihr um die Befreiung von politischen, rationalistischen und moralischen Dogmatiken geht, die in ihrer Perspektive gleichermaßen aus der Aufklärung stammen. An die Stelle eines rationalen oder moralischen Urteils rückt dabei der kreative Gebrauch von *tools*, Praktiken und Strategien, und damit deren *usability*, während zugleich die permanente Produktion neuer Wissens- und Erfahrungsmöglichkeiten selbst zum Programm wird. Diese ›post-moderne‹ Stoßrichtung ist nun wiederum durchaus modern, weil durch die kreativen Praktiken der Selbstkritik andere und mehr Möglichkeiten aufgeschlossen werden sollen, als die klassischen Konzepte der Moderne zugelassen hatten.²⁶

Die Analyse gesellschaftlicher Selbstinterpretationen: Methodologie und Methode

Die Arbeit nimmt politische Theorien als gesellschaftliche Selbstdeutungen in den Blick.²⁷ Sie interessiert sich für die Wirklichkeitskonstruktionen, ihre Zeit-, Raum- und Subjektverständnisse und die damit verbundenen politischen Ordnungsvorstellungen aber nicht aus kulturhistorischer Beschaulichkeit, sondern weil sie ›harte‹ sozialkonstitutive Effekte haben. Wie schon die zitierten Aussagen im Laufe der Einleitung zeigen, sind sich auch die Handelnden der massiven Relevanz der *mind sets* durchaus bewusst, und sie streiten daher gezielt um die Durchsetzung des

26 Zur Reichweitenvergrößerung als Charakteristikum der Moderne vgl. Rosa: *Resonanz*, insb. S. 518–522.

27 Vgl. zum Folgenden auch Rosa: *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*, S. 104–147.

einen und die Absetzung des anderen Deutungsrahmens. Denn indem soziale Akteure sich selbst in der Welt verorten und dieser Welt eine Struktur geben, zeichnen sie sowohl die Wahrnehmung von Ereignissen als auch die Möglichkeiten des Eingriffs in die Welt vor; sie verwerfen und entwerfen auf ihrer Basis Reformen und Institutionen, die soziale Folgen haben.

Grundsätzlich lässt sich dabei sagen, dass das Regierungsdenken dafür ein besonders spannendes Feld zur Analyse gesellschaftlicher Selbstdeutungen ist, weil »sich politische Ordnungen mitsamt ihren Steuerungsstilen auf Gesellschaften hin entwerfen und nicht umgekehrt. [...] Für eine adäquate Beschreibung und Anleitung politischer Steuerung ist deshalb eine genuin gesellschaftstheoretische Perspektive unverzichtbar.«²⁸ Anders gesagt: Man kann kaum über das Regieren sprechen, ohne gleichzeitig Vorstellungen von der Beschaffenheit der sozialen Welt, dem Handlungsspielraum der Akteure und dem Einflussbereich und der Gestalt von Politik zu formulieren.

Pierre Bourdieu hat diesen Zusammenhang zwischen Vorstellungswelten und Handlungsmöglichkeiten auf die treffende Formel der *Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata* gebracht, die Verhalten anleiten und sich sozialwissenschaftlich rekonstruieren lassen.²⁹ Während Bourdieu dabei aber implizite, habitualisierte Selbstentwürfe im Blick hatte, handelt es sich bei den hier herangezogenen Dokumenten um explizite Selbstinterpretationen, »die in der Semantik unserer Sprache zum Ausdruck kommen und in Form von Theorien, Diskursen und Dogmen gefasst sind und damit das Reich der (artikulierten) Ideen bilden.«³⁰ Das Erkenntnisinteresse an solchen Deutungsmustern verbindet wissenssoziologische und ideengeschichtliche Ansätze.

28 Schimank: *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung*, S. 250.

29 Bourdieu: *Sozialer Sinn*, S. 101. Ich werde parallel den Begriff der Rationalität (im Sinne von Vernunftweise) verwenden.

30 Zu Zitat und Unterscheidung Rosa: *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung*, S. 111. Rosa unterscheidet sie dabei von *impliziten Selbstinterpretationen* wie z.B. manifesten Institutionen (etwa dem Bundesverfassungsgericht), Gefühlen oder habitualisierten, konventionalisierten Praktiken. Im Detail kann diese Unterscheidung freilich schwierig werden u.a. weil auch in der expliziten Reflexion nicht immer alles explizit gesagt wird. Sie dient aber vor allem als methodische Vorsichtsmaßnahme: Explizite Selbstbeschreibungen sind sozialkonstitutiv, sie sind aber einerseits nur als eine Vielzahl von expliziten Selbstbeschreibungen vorhanden, und andererseits sind sie nicht direkt in nicht-diskursive Institutionen und Praktiken zu übersetzen. Vielmehr ließe sich diese Übersetzung gezielt untersuchen, wie es Bevir: *Democratic Governance* versucht. Dies kann hier jedoch nicht systematisch geleistet werden, weil der Umfang mindestens eine weitere Arbeit erfordern würde. *Das bedeutet aber auch, dass für den Aufstieg des Netzwerk-Denkens weitere Erklärungsfaktoren relevant sein könnten.* So ließe sich z.B. über den Einfluss des Generationenwechsels in politischen Institutionen und Organisationen nachdenken, oder man könnte Vergleiche zwischen theoretischen Texten, konkreten Reformprogrammen und der Implementation dieser Reform anstellen.

Dabei nähern sich Wissenssoziologie und Ideengeschichte der Problemstellung gewissermaßen von unterschiedlichen Richtungen, konvergieren letztlich aber in ihren methodologischen und methodischen Grundüberlegungen. So haben interpretative Diskursanalysen Texte aller Art als empirische Quellen für die Analyse von Deutungsmustern entdeckt. Dabei gehen sie oft zunächst von einem breiten, verstreuten Korpus aus, um dann exemplarische, repräsentative Einzeltexte intensiver zu analysieren. Komplementär dazu gehen kontextualistische Ansätze der Ideengeschichte oft von den Werken einzelner Akteure aus, um dann ihre Bedeutung in und für bestimmte Kontexte zu erschließen, die gesondert und vor allem in ihrer vollen Breite rekonstruiert werden müssen. Bei dieser Rekonstruktion der Kontexte wird dann der diskursanalytische Ansatz wieder relevant.³¹

Die folgende Untersuchung baut daher auf zwei zentralen Prämissen, die meines Erachtens beide Richtungen verbinden: *Erstens* sind politische Theorien Sprechakte, die in einem bestimmten sozialen Kontext geäußert werden, die Spuren dieses Kontextes tragen und ihn zugleich implizit oder explizit aktiv verarbeiten. Für die sozialwissenschaftliche Analyse stellen sie daher empirische Daten (oder wie die Geschichtswissenschaften formulieren würden: Quellen) dar.³² Dabei sind sie aber keine Spiegelungen des Kontexts, sie greifen ihn vielmehr *in bestimmter Weise* auf, *intervenieren* und *verändern* dadurch diesen Kontext. Daher lässt sich – *zweitens* – der Sinn und die Relevanz der Deutungsmuster in den Texten nur im Rahmen des Kontextes erschließen. Es besteht also ein Wechselverhältnis zwischen Text und Kontext, beides lässt sich nur in einem zirkulären Prozess erschließen.

Infolgedessen steht dann aber die Frage im Raum, wie dieser Kontext zu fassen ist. Eine gängige Kritik an der Cambridge School der Ideengeschichte lautet, dass

31 Diese Konvergenz lässt sich in den jeweiligen methodischen Selbstverortungen feststellen. So sehen kontextualistische Ansätze wie die Cambridge School oder der Challenge-and-Response-Ansatz ihre Aufgabe explizit in der Rekonstruktion von Diskursen, was – umgekehrt – von der Diskursforschung auch anerkannt wird. Dies dürfte auch an ihrem geteilten Selbstverständnis als interpretative Sozialforschung liegen. Daher bestehen hier wiederum enge Parallelen zu kulturanalytischen Verfahren der Textinterpretation und ein Unterschied zum sehr speziellen Diskursverständnis der Foucault'schen Diskursanalyse. Dass dennoch durch die Aufnahme konstruktivistischer Überlegungen in Wissenssoziologie und Ideengeschichte auch der hiesige Ansatz von den Sedimenten kybernetischer Überlegungen nicht frei ist, lässt sich nicht vermeiden, weil jede Analyse von einem bestimmten historischen Standpunkt aus verfasst werden muss. Es spricht vielmehr für meine These von der Wirkmächtigkeit kybernetischer Denkfiguren. Allerdings ist mein methodologischer Bezug deutlich stärker durch das interpretative Paradigma geprägt. Vgl. zu den obigen Richtungen Rosa: »Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie«; Keller: *Diskursforschung*, S. 23; Nünning/Nünning: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse*, S. 201–224, 293–316.

32 Die Unterscheidung von Primär- und Sekundärliteratur ist somit eine heuristische, weil jeder Text auch Primärtext sein kann. Ich verwende daher »vgl.«, wenn ich auf einen Text als Sekundärliteratur zugreife, und »siehe«, wenn ich auf ihn als Primärquelle verweise.

ihr Ansatz zu einer linguistischen Verengung neige.³³ Demnach bestehe zwar ihre große Leistung darin, die Ideengeschichte vom »Gipfelgespräch großer Denker« wieder in die alltäglichere Realität politischen Denkens zurückgeholt zu haben, ihre Geschichtsschreibung bleibe dann aber doch tendenziell eine Geschichte semantischer Manöver in intellektuellen Milieus. Um dem vorzubeugen, hat der Challenge-and-Response-Ansatz der politischen Ideengeschichte die sozialen und politischen Herausforderungen stärker ins Zentrum gestellt, auf die politisches Denken reagiert.³⁴ Die politiktheoretischen Entwürfe zielen in dieser Perspektive nicht nur auf eine linguistische Verschiebung, sondern sie entwickeln Antworten auf konkrete soziopolitische Situationen, und dafür bedienen sie sich sowohl konzeptioneller als auch semantischer Strategien.

Ein solcher Ansatz stellt die Anforderungen, eine retrospektive Rekonstruktion der nicht-diskursiven Geschichte in die Analyse einzubeziehen.³⁵ Um dies in den Texten zu begründen, lassen sich deren Referenzen auf soziale und politische Ereignisse explizieren – von konkreten Nennungen bis hin zu Anspielungen. Dieses Vorgehen hat zwei große Vorteile für die vergleichende Interpretation von Deutungsmustern: Einerseits kann man dadurch das Verhältnis zwischen den soziopolitischen Herausforderungen und den (unterschiedlichen) Deutungen durch ihre Akteure explizit herausstellen und diskutieren. Andererseits lässt sich dann auch das Verhältnis zwischen dem subjektiv gemeinten Sinn des Akteurs und dem sozialen Sinn des Sprechakts thematisieren, weil deutlich wird, dass ein Sprechakt auch aus dem Rezeptionskontext heraus und jenseits des subjektiven (intentionalen) Sinns des Sprechenden soziale Bedeutung erlangen kann.³⁶ In dieser Hinsicht

33 Vgl. Rosa: »Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie«, S. 218f. Ob dies *de facto* zutrifft, ist hingegen umstritten.

34 Vgl. Münkler/Rzepka: »Die Hegung der Öffentlichkeit«.

35 Dieser Ansatz baut einerseits auf der Überzeugung auf, dass Ideen, Ereignisse und Praktiken sich gegenseitig beeinflussen und daher auch nur gemeinsam verstanden werden können. Andererseits betont er, dass die Wahl und Rekonstruktion der Kontexte eine Interpretationsleistung bleibt. Dabei entdeckt man Neues in einem Text oft gerade dadurch, dass man einen Wechsel der analytisch gewählten Kontexte vornimmt. So fallen etwa die kybernetischen Figuren bei Foucault nicht auf, wenn man sich ausschließlich im Rahmen des philosophischen Kanons bewegt; erst indem man die technologischen Debatten der Zeit in den Blick nimmt, treten diese Referenzen deutlich hervor.

36 Dies reagiert auf ein zweites Problem bei Quentin Skinner, nämlich die *intentionalistische Verengung*. Skinner will letztlich die Autorintention in einem Sprechakt rekonstruieren. Er nennt dies seine illokutionäre Dimension, womit er allerdings eine sehr spezifische Sprechakttheorie verfolgt. In Austins Fassung der Sprechakttheorie sind illokutionäre Akte nicht intentionale Akte, sondern solche, die *automatisch* Wirkung entfalten. Im Laufe seiner Untersuchung problematisiert Austin diese Kategorie aber, weil die automatische Wirkung nicht den Worten oder Intentionen inhärent sei (wie anfangs angenommen), sondern ein Effekt von Konventionalisierung. Schon bei Austin wird daher deutlich, dass subjektiv gemeinter Sinn und

steht die folgende Analyse näher bei wissenssoziologischen Ansätzen, die sie aber wiederum politiktheoretisch ergänzt, indem sie den theoretisch-systematischen Rückraum der Deutungsmuster ausleuchtet.

Um die Genese und Merkmale des technologischen Deutungsvorschlags zu rekonstruieren, erschließe ich daher in diesem Sinne den *soziopolitischen Kontext*, die *konkurrierenden diskursiven Deutungsmuster* und die jeweiligen *theoretisch-systematischen Hintergründe*. Für dieses Vorhaben ist es einerseits notwendig, umfangreiche Literatur heranzuziehen, die die diskursiven und nicht-diskursiven Kontexte thematisiert, und sie unter der hier gegebenen Fragestellung nach der Genese und der Beschaffenheit des Netzwerk-Denkens neu auszuwerten. Dies gilt insbesondere für Studien zu Entstehungskontext, Konzepten und Fortwirken der Kybernetik, zum Strukturwandel der Moderne in den 1970er Jahren und zu einzelnen Theorien und Werken, mit denen die eigene Interpretation herausgefordert und abgesichert werden kann.

Andererseits – und im Unterschied zu den meisten Diskursanalysen – werden hier *mehrere* Dokumentenkorpora ausgewertet, die die *unterschiedlichen Debattenkontexte* abdecken.³⁷ Die Korpora bestehen dabei aus Texten, die in einem Bezug zu intellektuellen, zumeist akademischen Zusammenhängen entstanden sind. Ihre Dokumente sind also in der Regel (populär-)wissenschaftliche Bücher, Traktate und Artikel aus (populär-)wissenschaftlichen Bänden, Zeitschriften und Magazinen. In diesem Zusammenhang agierten die Autor:innen dieser Dokumente in der Rolle von Deutungseliten,³⁸ und auch wenn es sich dabei oft um Personen aus der Wissenschaft handelt, treffen wir ebenso auf Juristen, Diplomaten und zivilgesellschaftliche Akteure;³⁹ in fast allen Fällen waren allerdings selbst die Wissenschaft-

sozialer Sinn nicht zwingend einher gehen müssen. Vgl. Rzepka: *Sangspruch als cultural performance*, S. 11-16; zur Unterscheidung von subjektivem und sozialen Sinn vgl. Reichertz: *Qualitative und interpretative Sozialforschung*, S. 27.

37 Als Debatte lässt sich eine thematisch begrenzte Deutungsauseinandersetzung verstehen. Ich werde diesen Begriff im Folgenden dem des Diskurses vorziehen, erstens weil dieser meist zu weit gefasst wäre (denn ich rekonstruiere unterschiedliche Debatten im Diskurs des westeuropäischen Regierungsdenkens) und zweitens um Verwechslungen mit dem Foucault'schen Diskursbegriff, der Gegenstand der Rekonstruktion ist, zu vermeiden. Vgl. ähnlich Hausteiner: *Greater than Rome*, S. 56.

38 Zur Unterscheidung von Entscheidungs- und Deutungseliten vgl. Münkler: »Der Wettbewerb der Sinnproduzenten«.

39 Der Text nutzt neutrale Formulierungen oder eine inkludierende Kurzform mit Doppelpunkt, wenn er auf Personengruppen referiert. Allerdings stellen sich historischen Rekonstruktionen hier Probleme. So sind in den vorzustellenden Debatten (männliche) Autoren mehr als deutlich in der Überzahl und auch in den Konzepten lagern sich Gender-Konnotationen ab, wie zu sehen sein wird. Diese historische Realität und ihre Machtasymmetrien sollen freilich nicht invisibilisiert werden. Daher dokumentiere ich in Rekonstruktionen und Paraphrasen die in den Quellen abgelagerte Form, sofern erkennbar, und nutze das Maskulinum bei Per-

ler:innen unter ihnen in politische Auseinandersetzungen verwoben, weil sie etwa für Fraktionen und Organisationen tätig waren, staatliche Planungsstäbe berieten oder Proteste gegen die Regierungspolitik organisierten.

Für die Frage nach der Genese und den Merkmalen eines technologischen Regierungsdenkens hat diese Dokumentenwahl zwei zentrale Vorteile: Erstens liefern diese Dokumente, etwa durch Fußnoten-Apparate oder durch Referenzen im Fließtext, explizit Hinweise auf Quellen, die sie inspirieren oder denen sie widersprechen. Das ermöglichte eine *Spurensuche* nach den intellektuellen Ressourcen und den soziopolitischen Entstehungsbedingungen des Netzwerk-Denkens.⁴⁰ Zweitens kann man, gerade weil sie explizit als *Reflexionen* angelegt sind, davon ausgehen, dass sich die Personen um eine gewisse Kohärenz ihrer Darstellung bemühten, was eine Rekonstruktion der theoretischen Konzepte erleichtert.⁴¹

Die konkrete Analyse der Texte verbindet dann methodisch *close reading* und *wide reading*.⁴² Das *close reading* der Texte ermöglicht es, die gesellschafts- und politiktheoretische Vorstellungswelt eines Textes im Detail zu rekonstruieren. Dabei kommt die Rhetorizität der Texte in ihrer gesamten Breite in den Blick. Damit wird verhindert, dass die Sprechakte in transtemporale Geltungsansprüche, die der rationalen Rekonstruktion vorbehalten bleiben, und rein historische Verurteilungen, die die allgemeinen Geltungsansprüche ausblenden, aufgespalten werden. Bereits die antike Rhetorik hat darauf hingewiesen, dass die Überzeugungskraft eines Sprechaktes auf drei *zusammenhängenden* Ebenen beruht, nämlich der logischen Struktur (*logos*), der Subjektkonstruktion oder Haltung (*ethos*) und der erzeugten Stimmung (*pathos*). Daher geht es bei der Analyse der Sprechakte einerseits darum, die *konzeptionelle Argumentation* herauszuarbeiten, mit der die historische Situation erfasst, gedeutet und bearbeitet wird. Andererseits müssen gleichzeitig die *sprachlichen Stilmittel* untersucht werden, die diese Argumentation in eine bestimmte Form bringen und ihr auf diese Weise Überzeugungskraft verleihen.⁴³

sonengruppen, die m.W.n. nur aus Männern bestanden. »Akteure« verwende ich im Übrigen als abstraktere Kategorie, die z.B. auch Organisationen umfasst.

40 Gerade dies war ja Boltanski und Chiapello mit ihrem Dokumenten-Korpus nicht möglich (s.o.). Ein Korpus mit Referenzen war deshalb sinnvoll, weil es eine explorative Studie ist, für die es nur wenig Literatur gibt, die Orientierung in den Quellen hätte geben können.

41 Das schließt freilich weder argumentative noch performative Widersprüche in den Texten aus; es verspricht lediglich, dass man an diesem Ort eine systematischere Darstellung findet als – zum Beispiel – in Gesprächsprotokollen oder Zeitungsglossen.

42 Vgl. Nünning/Nünning: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse*, S. 291–301.

43 Im Sinne historisch-kontextualistischer Rekonstruktionen geht es hier aber nicht darum, die historische Akkuratheit oder die philosophische Richtigkeit in den Texten zu prüfen. Dies entspricht auch dem diskurs- und kulturalanalytischen Vorgehen. Allerdings verengt auch die Diskursforschung den Rhetorikbegriff auf Mittel der Überredung und blendet aus, dass zur Rhetorik die Argumentation genuin dazu gehört. Für ein solches Rhetorikverständnis in der

Im Hinblick auf die Gestaltung seien zwei besonders relevante Aspekte der Analyse knapp hervorgehoben: Zum einen nimmt die Metapher eine herausgehobene Stellung für die Analyse von Selbstbeschreibungen ein. Wie die Forschung inzwischen vielfach bestätigt hat, stellen Metaphern einen Referenzrahmen zur Verfügung, der die Wahrnehmung von Wirklichkeit strukturiert und die logische Lösung von Handlungsproblemen anleitet. Zugleich erlauben sie es durch ihre Assoziationsräume, unterschiedliche Beobachtungen miteinander zu verbinden und unter einer Perspektive zu deuten: »Root metaphors are those set of assumptions, usually implicit, about what sorts of things make up the world, how they act, how they hang together and, usually by implication, how they may be known. As such, root metaphors constitute the ultimate [...] frame of reference for discourse on the world or any domain within it.«⁴⁴

In dieser Breite erlauben Metaphern zudem unterschiedliche politische Interpretationen in einem ›frame of reference‹. Daher wird zum anderen besondere Aufmerksamkeit auf die Darstellung des Gegenstandes/Problems (*narratio*) in einem bestimmten Text gelenkt. Damit wird der konstruktivistische Charakter herausgehoben, den eine bestimmte Problemstellung hat. Die Welt, die den Akteuren begegnet, muss durch sie in eine bestimmte Weise gedeutet und in eine narrative Ordnung gebracht werden. Dabei können in verschiedenen Narrationen die gleichen Motive auftreten, jedoch durch eine unterschiedliche logische oder chronologische Verknüpfung auch unterschiedliche politische Standpunkte zum Ausdruck gebracht werden, ohne allerdings den ›frame of reference‹ insgesamt zu verlassen.

Die Variationsbreite eines Deutungsmusters lässt sich dann durch einen Vergleich der gefundenen Motive und Narrationen analysieren, der *relativ typische Narrative* identifiziert.⁴⁵ Der Bogen wird damit zurück zum *wide reading* geschlagen, um die Bedeutung der Selbstbeschreibungen in ihren Kontexten zu erfassen und zu systematisieren. Dafür muss eine Vielzahl von Dokumenten parallel gelesen und geordnet werden. Da man bei ›natürlichen‹ Quellen allerdings selten eine vollständige Katalogisierung aller verfügbaren Dokumente gewinnen kann, bietet sich grundsätzlich ein theoretisches Sampling an. Dieses kann neue Dokumente nach

gegenwärtigen Wissenssoziologie vgl. Edmondson: *Rhetoric in Sociology*; Osrecki: *Die Diagnosegesellschaft*, S. 89–116.

44 Brown: *A Poetic for Sociology*, S. 124. Brown unterscheidet *root metaphors* und *model metaphors*. Sie unterscheiden sich dadurch, dass bei Modellmetaphern erstens der Status als Metapher noch erkennbar sei und sie zweitens auf einen begrenzten Bereich in der Welt bezogen seien. Einen Überblick zum Diskussionsstand bieten Farzin: *Die Rhetorik der Exklusion*, S. 40–43; Schäfer: »Historicizing Strong Metaphors«.

45 Zur Unterscheidung von Narration und Narrativ vgl. Koschorke: *Wahrheit und Erfindung*, S. 30; zum theoretischen Sampling und dem Nachweis von Intertextualität im Folgenden vgl. Keller: *Diskursforschung*, S. 91f.; Nünning/Nünning: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse*, S. 299–301.

dem Prinzip der *most similar cases* erschließen, um herauszufinden, ob es sich bei auftretenden Narrationen um typische oder eher singuläre Darstellungen handelt. Noch wichtiger war für die Analyse aber das Prinzip der *most dissimilar cases*, weil man nur damit die Breite der Debatte in den Blick bekommt.

Nach diesem Prinzip wurden auch die beiden Fälle ausgewählt, die im Zentrum der Studie stehen und durch das beschriebene Verfahren kontextualisiert werden sollen. Michel Foucaults und Niklas Luhmanns Werke boten sich dabei zunächst aufgrund der immensen Wirkmacht an, die sie seit den 1970er Jahren entfaltet haben. Ihre Begriffe und theoretischen Argumente haben die Geistes- und Sozialwissenschaften ohne jeden Zweifel nachhaltig verändert. Dabei haben sie nicht nur selbst über die Regierung (in) der Gesellschaft nachgedacht, sondern auch das Regierungsdenken beeinflusst. So hat Foucaults Denken mit den *governmentality studies* eine eigene Forschungsrichtung angeregt, er ist inzwischen aber auch in der *network governance*-Debatte angekommen.⁴⁶ Dort hat auch Luhmanns Systemtheorie erkennbare Spuren hinterlassen. Zahlreiche Governance-Theorien schließen explizit an seine Thesen an, und die gesellschaftliche Diagnose, in einer *centreless society* mit einer *differentiated polity* zu leben, hat sich inzwischen zu einem allgemeingültigen Ausgangspunkt entwickelt.⁴⁷ Noch größer dürfte Luhmanns Einfluss auf eine systemische Beratungsindustrie sein, um den er sich selbst bemüht hat, während Foucault zweifelsohne eine Leitfigur für kritische soziale Bewegungen darstellt. Da es hier um die Rekonstruktion eines *tatsächlich relevanten Deutungsmusters* gehen sollte, war es sinnvoll auf derart einflussreiche Ansätze zurückzugreifen.

Darüber hinaus stellen Foucaults und Luhmanns Werke aber auf den ersten Blick sehr unähnliche Fälle dar, wenn man Kriterien wie den Theorieansatz, disziplinäre Anbindung und politische Verortung anlegt: Während die Systemtheorie eine Universaltheorie anstrebte, lieferte Foucault vor allem historische Detailstudien und theoretisch-methodologische Skizzen. Während der eine verwaltungs- und organisationswissenschaftlich geschulte Soziologie betrieb, war der andere ein psychologisch interessierter Philosoph, der genau diese disziplinäre Zuordnung ablehnte. Und während Luhmann stets im Verdacht des Konservatismus stand, wird

46 Vgl. Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 178-180.

47 Siehe z.B. Rhodes: *Understanding Governance*, S. 3; die zahlreichen Referenzen auf Luhmann bei Kooiman: *Governing as Governance*; die Aufnahme von Luhmanns Argumenten bei Jessop: »The Governance of Complexity and the Complexity of Governance«; zum aktuellen Konsens Sørensen/Torring: »Introduction Governance Network Research«, insb. S. 3-5. Dass Luhmann außerhalb Deutschland nicht rezipiert würde, kann vor diesem Hintergrund nur als Mythos gelten (was es nicht gibt, ist aber eine Luhmann-Exegetik). Ein weiterer Rezeptionsstrang führt im Übrigen in die soziologische Netzwerkforschung, etwa zu Harrison White, der – geprägt durch sein Physik-Studium am MIT – zudem selbst an kybernetische Ideen anschloss.

Foucault seit seinem Aktivismus in den 1970er Jahren eher als ›linker‹ Theoretiker eingestuft, der die bestehenden Verhältnisse radikal infragestellte.⁴⁸

Über diese Unterschiede hinweg, so lautet die zentrale These, haben beide Autoren kybernetische Denkfiguren aufgegriffen. Sie boten ihnen das Arsenal, um eine fundamentale Kritik an ›klassischen‹ Theorien von Macht, Politik, Staat und Gesellschaft zu formulieren und ihnen eine Neubeschreibung von Politik und Gesellschaft in den Begriffen von System und Netzwerk entgegenzusetzen. Diese Neubeschreibung brachten sie in der Staats- und Modernekrise der 1970er Jahre gegen die ›veralteten‹ Traditionen in Stellung und eröffneten so einen Ausweg aus den zeitgenössischen Krisenerfahrungen. Dafür war es entscheidend, dass die Neubeschreibung unterschiedliche, gar konfligierende Ausprägungen zulässt, weil sie nur so auch Anschlusspunkte für unterschiedliche soziale und politische Positionen offenhält.

Die Gegenüberstellung zweier kontrastierender Fälle demonstriert daher einerseits exemplarisch das Spektrum des Netzwerk-Ansatzes, während sie andererseits erlaubt, Gemeinsamkeiten dieser unterschiedlichen Varianten herauszuarbeiten.⁴⁹ Nur indem das technologische Deutungsangebot eine ähnliche Variationsbreite hatte wie das vorangegangene Deutungsmuster der Souveränität, konnte es sich als ein Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschema festsetzen, das bis heute fortwirkt.

Die nun folgende Darstellung hat ihr Ziel erreicht, wenn es ihr gelingt, die Formation und die Merkmale dieser technologischen Regierungsrationalität nachzuweisen. Dafür rekonstruieren die ersten drei Kapitel die relevanten Kontexte, die zum Aufstieg des Netzwerk-Denkens führten. Zunächst wird das *systematische Gegenmodell* des technologischen Regierungsdenkens vorgestellt: das Denken im Raster der Souveränität (Kap. 1). Daraufhin wird nach den technologischen Kontexten gefragt, aus denen die *intellektuellen Ressourcen für das Netzwerk- und System-Denken* stammen können (Kap. 2). Schließlich lege ich den *Moment des sozialen Wandels* frei, in dem die technologischen Regierungskonzepte ideenpolitisch an Auftrieb gewannen (Kap. 3). Diese drei Kontexte können dann bei der Interpretation der Schriften von Michel Foucault (Kap. 4) und Niklas Luhmann (Kap. 5) zusammengeführt werden. Während die vorangegangenen Kapitel gewissermaßen aus der Vogelperspektive

48 Einige sehen Luhmann auch als Gegenspieler von Foucault (z.B. Lemke: »Eine unverdauliche Mahlzeit?«). Diese Frontstellung wird allerdings dadurch unterlaufen, dass Luhmann und Foucault (ebenso wie andere Beispiele des technologischen Denkens) gerne als Konservative, Technokraten oder Neoliberale diffamiert werden, während manche aus ihren ›Schulen‹ einen Status sui generis für sie beanspruchen. Beides wird hier konterkariert, indem eine andere ideengeschichtliche Tradition freigelegt wird.

49 Zur Verbindung von Iteration und Variation vgl. für die Sprechakttheorie Rzepka: *Sangspruch als cultural performance*, S. 11-20; als »narrative Varianz« für die Analyse narrativer Sinnstiftung Münkler: *Die Deutschen und ihre Mythen*, S. 14f.

das Entstehen des Netzwerk-Denkens beobachten, zoomen die Fallstudien hinein auf zwei Intellektuelle, die die sozio-politischen Ereignisse auf ihre je eigene Art verarbeiteten und in ihren politischen Auseinandersetzungen die technologischen Deutungsansätze in Anschlag bringen.

Foucault und Luhmann liefern so nur zwei Beispiele für eine deutlich breitere Bewegung, die die Staats- und Modernekrisen mit einer technologischen Interpretation von Politik und Gesellschaft beantworteten. Indem diese Arbeit den Aufstieg dieses Netzwerk-Denkens aus dem politischen Handgemenge zeigt, seine sehr spezifische Sicht auf die Welt und die politischen Folgen am Ende noch einmal konturiert, liefert sie im besten Falle einen Beitrag zu einer historischen Kritik der Gegenwart.

I. Das Gegenmodell: »Souveränität« nach 1945

Man kann sich die Dramatik der Situation am Ende des Zweiten Weltkriegs in Westeuropa nur mit Mühe vergegenwärtigen. In der Geschichtswissenschaft ist die Situation mit dem Schlagwort der Zusammenbruchsgesellschaft beschrieben worden.¹ In Deutschland ließen sich im Mai 1945 nur circa 1.000 Kilometer des 13.000 Kilometer langen Eisenbahnnetzes nutzen und es gab für 13,7 Millionen Haushalte nur noch 8,2 Millionen Wohnungen. Länderübergreifend hatte der Krieg die demografischen Strukturen verändert und massive Bevölkerungsbewegungen freigesetzt, die die tradierten sozialen Milieus zersetzten.²

Die besondere Dramatik entstand aber daraus, dass der sozio-ökonomische Zusammenbruch durch einen moralisch-politischen Zusammenbruch übertroffen wurde. Die Kategorien, in denen Westeuropa seine politische Ordnung seit dem symbolischen Datum des Westfälischen Friedens entworfen hatte, waren nach zwei Weltkriegen erschöpft. Im Zentrum dieser Erschöpfung stand der Begriff, der den Kern des sogenannten Westfälischen Systems bildete: Souveränität. Wurde darüber nachgedacht, wie man eine politische Ordnung nach dem Ende des Weltkriegs wieder aufbauen konnte, war eines sehr klar: Der »alte freie souveräne Rivalitätsstaat [...] als allgemeiner politischer Formungstyp [ist] zu Ende.«³ Im September 1943 vermerkte der bekannte Politikwissenschaftler Chales E. Merriam auf einer großen Friedenskonferenz: »It has been seriously proposed to delete the word ›sovereignty‹ from our lexicons.«⁴

Schon Mitte der 1950er Jahre war Souveränität allerdings wieder zur Leitvokabel für das politische Denken und Handeln geworden. Will man nach einem symbolischen Datum suchen, das diese Wiederkehr der Souveränität in Westeuropa markiert, wäre es vielleicht das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament am 30. August 1954 und das darauffolgende

1 Vgl. Hoffmann: *Nachkriegszeit*, S. 65.

2 Vgl. Hoffmann: *Nachkriegszeit*, S. 65, 85; Lee: *Victory in Europe?*, S. 7f.

3 Weber: *Abschied von der bisherigen Geschichte*, S. 20.

4 Merriam: »Sovereignty«, S. 18.

Inkrafttreten des Deutschlandvertrags am 05. Mai 1955.⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Idee der Souveränität gegen die Idee einer Weltregierung und gegen die Idee eines europäischen Staates durchgesetzt. Obwohl Souveränität »bis zur Hilflosigkeit zweifelhaft geworden«⁶ war, schrieb damals der deutsch-britische Rechtswissenschaftler Werner von Simson, habe sich gezeigt, dass mit ihr das »ewige Problem des Politischen« benannt ist.⁷

Doch was bedeutete es, von Politik im Vokabular der Souveränität zu sprechen? Diese Frage will das folgende Kapitel beantworten. Dabei will ich zeigen, dass hinter dem Begriff der Souveränität ein diffiziles Arrangement aus moralischen Ansprüchen und gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben stand, das unterschiedlich ausgestaltet werden konnte. Die *politische Idee* der Souveränität umfasste sehr viel mehr als nur den rechtlichen Status der Unabhängigkeit oder die Freiheit willkürlichen Entscheidens. Mit ihr etablierte sich eine historisch-spezifische Selbstbeschreibung von Politik und Gesellschaft, die den katastrophalen Ereignissen der beiden Weltkriege eine optimistische Regierungskonzeption abtrotzte, in der die moralischen und ökonomischen Fliehkräfte der Gesellschaft durch eine hierarchisch übergeordnete politische Steuerungseinheit integriert werden sollten.

Dabei verschmolzen in *philosophischer Hinsicht* Souveränität und Humanismus. Die humanistische Idee des Menschen begründete die Handlungsfähigkeit und lieferte zugleich eine moralische Zwecksetzung für dieses Handeln. Die Souveränität des Menschen wurde zur Begründung und Zwecksetzung des Regierens. Jede politische Ordnung musste den humanistischen Gestaltungsanspruch der Einzelnen absichern. Einerseits verbürgte »Souveränität« daher nach außen die individuelle Freiheit von Menschen und Staaten, die gleichermaßen als Persönlichkeiten gedacht wurden. Andererseits wurde dem Staat nach innen eine gattungsgeschichtliche Entwicklungsaufgabe zugeschrieben.

In *gesellschaftstheoretischer Hinsicht* wurde diese Entwicklungsaufgabe mit dem Begriff der Modernisierung erfasst, in deren Laufe die Möglichkeiten des Menschen durch technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anwachsen. Hier standen also weniger die moralphilosophischen als die sozioökonomischen Rahmenbedingungen eines »zivilisierten« Lebens im Zentrum. Dabei interpretierte man den moralischen Zusammenbruch der Zwischenkriegszeit als eine Desintegration der Gesellschaft, der die koordinierende Mitte fehlte. »Souveränität« stand daher für die Suche nach einem Zentrum, von dem aus Modernisierung organisiert werden konnte und das gleichzeitig Individuum und Gesellschaft unter den Bedingungen dieser beschleunigten Modernisierung zusammenhielt.

5 Zur Zäsur auch Kiani: *Wiedererfindung der Nation nach dem Nationalsozialismus?*, S. 43.

6 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 15.

7 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 17.

Dieses diffizile Regierungsdenken der Souveränität soll in den folgenden Unterkapiteln anhand der historischen Debatte rekonstruiert werden.⁸ Dafür stelle ich zuerst die Argumente dar, mit denen die Idee der Souveränität »nach außen« gegen das Regierungsmodell der Weltregierung verteidigt wurde. Komplementär dazu untersucht das zweite Kapitel die gesellschaftsinternen Erwartungen, die in konkreten Kontexten an souveränes Regieren gestellt wurden. Dabei lassen sich drei typische Varianten der Begründung und Ausgestaltung von Souveränität unterscheiden, die ich jeweils anhand von Fallstudien im Detail rekonstruieren möchte, um ihren Argumentationslogiken und Semantiken nachzuspüren.⁹ Nachdem ich so ein kritisch-subversives Narrativ, ein christlich-liberales Narrativ und ein bürgerlich-republikanisches Narrativ herausgearbeitet habe, vergleiche ich im abschließenden Kapitel die gewonnenen Erkenntnisse und führe sie zu einem Gesamtbild vom Regierungsdenken der Souveränität zusammen.

Diese Rekonstruktion bringt gleich in doppelter Hinsicht einen Gewinn, um den Aufstieg und die Konturen des Netzwerk-Denkens zu verstehen. In *systematischer Hinsicht* ist Souveränität das Gegenmodell zum technologischen Denken in Systemen und Netzwerken. Die theoretischen Herausforderungen, die sich das technologische Regierungsdenken selbst stellte, leiten sich maßgeblich von der Auseinandersetzung mit diesem Gegenmodell ab. Gleichzeitig wurde der Aufstieg des Netzwerk-Denkens aber in *historischer Hinsicht* durch das Regierungsdenken der Souveränität ermöglicht. Denn es trieb die Entwicklung der kybernetischen System- und Netzwerk-Forschung an, bevor es in den 1970er Jahren in die Krise geriet und durch das von ihm geförderte Denken »ersetzt« wurde. Dieser Wandel soll im Laufe der Arbeit erfasst werden.

Die Rekonstruktion wurde aber noch aus einem anderen Grund notwendig: Bisher fehlte eine entsprechende Studie, auf die man sich hätte beziehen können, um das Gegenmodell knapp zu umreißen. Zu den Einzelaspekten des Regierungsdenkens der Nachkriegszeit gibt es zwar Vorarbeiten auf dem Gebiet der Rechts-

-
- 8 Allerdings nur soweit dies zur Fragestellung der Arbeit beiträgt. Ich beanspruche nicht, die Debatte in allen Feinheiten darzustellen – dies wäre Aufgabe einer eigenen Arbeit. Insbesondere blende ich zwei Aspekte ab: Erstens werden die Dispute über die Ausgestaltung und Umsetzung einer Weltregierung nicht im Detail rekonstruiert; zweitens werden hier keine Definitionen der Souveränität aufgezählt. Die Frage ist: Was bedeutet es *überhaupt*, von Politik im Vokabular der Souveränität zu sprechen? Die Vielzahl der Definitionen ist erst möglich, wenn der Standard schon etabliert ist.
 - 9 Die konkreten Fälle sind zwar exemplarische Vertreter eines Stranges, hätten aber auch anders gewählt werden können, wie ich auch verdeutlichen werde. Insgesamt wurde ein Korpus von ca. 90 Dokumenten analysiert. Dabei wurde stets das Wort Souveränität bzw. souverän gesucht (und das englische bzw. französische Pendant), um aus dem Wortumfeld und der Stellung im Text auf dessen Bedeutung zu schließen. So wird rekonstruiert, wie die Handelnden den Begriff verstanden, statt ihn von außen heranzutragen.

geschichte,¹⁰ der soziologischen Modernisierungsforschung¹¹ und der zeithistorischen Rekonstruktion des Planungsdenkens;¹² eine Rekonstruktion des Souveränitätsverständnisses nach 1945 vonseiten der Politikwissenschaft fehlt aber.¹³ Das ist insofern überraschend, weil seit den 1990er Jahren die Debatte um das Ende der Souveränität wieder aufgeflammt ist.¹⁴ Viele der zeitgenössischen Argumente für das Ende der Souveränität wurden allerdings bereits zwischen 1940 und 1955 diskutiert. Eine Analyse der älteren Debatte kann daher auch dazu beitragen, die Hartnäckigkeit und Attraktivität der Souveränitätsidee zu verstehen. Da sich seit der Finanzkrise 2008 ein neuer Rechtspopulismus der Rhetorik der Souveränität

10 Vgl. Koskeniemi: *From Apology to Utopia*, S. 192–236; Jackson: *Quasi-States*.

11 Vgl. Knöbl: *Spielräume der Modernisierung*; Wehling: *Die Moderne als Sozialmythos*.

12 Vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*; Seefried: *Zukünfte*.

13 In einschlägigen Arbeiten findet die intensive Debatte nach 1945 oft nicht einmal Erwähnung (z.B. Loick: *Kritik der Souveränität*). Demgegenüber gibt es natürlich sehr viele Versuche, Souveränität zeit- und kontextunabhängig zu definieren. Quentin Skinner und Kent Halmø halten resignierend fest, dass es inzwischen so viele Definitionen gebe, dass je nach Wahl eine beliebige Diagnose gestellt werden könne. Die endlose Debatte sei so frustrierend, dass man den Begriff schon aus diesem Grund am liebsten aufgeben würde (Skinner/Kalmo: »Introduction«). Gerade aus diesem infiniten Regress kann eine historisch situierte Analyse einen Ausweg aufzeigen. Ohne dass sie das historisch-spezifische Konzept selbst rekonstruieren würden, finden sich Hinweise zu der Debatte bei Badie: *Souveränität und Verantwortung*, S. 70–79; Kühnhardt: *Stufen der Souveränität*, S. 87–118, 244–250; Lang: »Souveränität«. Die schlechte ideengeschichtliche Aufarbeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit kritisierte bereits Greven: *Politisches Denken in Deutschland nach 1945*.

14 In der Regel werden darin drei verbundene Gründe für die Krise der Souveränität angeführt: Erstens seien Politik, Kommunikation und Ökonomie in einem bisher ungekannten Maße transnational verflochten. Unter anderem als Antwort hierauf haben sich zweitens supranationale Organisationen wie die Europäische Union, aber auch transnationale Konzerne ausgebildet. Die Nationalstaaten verlieren so entweder ihre Souveränität oder geben sie zwangsweise ab. Schließlich sei ein universelles Menschenrecht entstanden, das die Idee der Souveränität konterkariere und im Zweifelsfall gegen sie durchgesetzt werden müsse. Genau diese Argumente findet man aber bereits in den Debatten zwischen 1940 und 1955. 2003 haben dann Gunther Hellmann, Klaus Dieter Wolf und Michael Zürn sogar den oben genannten Vorschlag umgesetzt und keinen Artikel über Souveränität in ihren Band zum Stand der Internationalen Beziehungen aufgenommen (Hellmann et al. (Hg.): *Die neuen internationalen Beziehungen*; vgl. Lang: »Souveränität«, S. 24f.). Vgl. zur Debatte Cohen: »Whose Sovereignty?«; Koskeniemi: »Vocabularies of Sovereignty«, S. 201f. Zu einzelnen Aspekten vgl. Badie: *Souveränität und Verantwortung*, S. 10f., 98; Christophersen: *Kritik der transnationalen Gewalt*, S. 63–69; Kühnhardt: *Stufen der Souveränität*, S. 243f.; Loick: *Kritik der Souveränität*, S. 21f.; Maus: *Über Volkssouveränität*, S. 6–11, 404–406; Niesen: »Souveränität«, S. 1208–1210 Zur Globalisierung vgl. Bach: »Einleitung«; Brown: *Walled states, waning sovereignty*, S. 25–27, 97; Bartelson: *Sovereignty as Symbolic Form*, S. 53f., 70–72; Greven: »Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft?«, S. 86f.; Jackson: *Sovereignty*, S. 141–144.

bedient, ist dieser Aspekt relevant, auch wenn es sich nur um ein ›Nebenprodukt‹ dieser Untersuchung handelt.

1. Souveränität oder Weltregierung

Nach den zwei Weltkriegen war das oberste Ziel politischen Handelns zunächst Friedenssicherung. Allerdings war die generelle Ächtung des Angriffskrieges eine recht junge Idee: Erst 1928 hatte der Briand-Kellogg-Pakt sie rechtlich festgehalten. In der Zeit seit dem Westfälischen Frieden hatten die europäischen Staaten hingegen eine andere Strategie gewählt. Sie formalisierten das Kriegsführungsrecht (*ius ad bellum*) und regulierten das Recht im Krieg (*ius in bello*). Damit sollten die Auswirkungen des Krieges auf die Zivilbevölkerung begrenzt und der Krieg zu einem kalkulierbaren Instrument der Politik gemacht werden.

Dieser Versuch, den Krieg einzuhegen, wurde nun nach dem Zweiten Weltkrieg gegen das Konzept der Souveränität ins Feld geführt. Das Souveränitätsmodell machte demnach den Krieg überhaupt erst zu einem legitimen Instrument. Im Kern sei Souveränität nichts anderes als das Recht, jederzeit Krieg führen zu dürfen: »The causes of war may be complex, but the notion of sovereignty underlies the apparent legitimacy of the war system and constitutes the major theoretical impediment to world peace.«¹⁵

Infolge dieser Gleichsetzung von Souveränität und Krieg hatte es schon in den frühen Résistance-Gruppierungen die Forderung gegeben, dass die Kriege nur durch einen Zusammenschluss der Völker beendet werden können, mit dem sie auf ihre Souveränität verzichten. Als Minimalziel galt dabei eine europäische Föderation, als Maximalziel eine Weltorganisation, die weit über die bloß diplomatische Konzeption des Völkerbundes hinausging und den Krieg zwischen Kontinentalverbänden verhindern sollte.¹⁶

15 O'Donnell: »The Myth of Sovereignty«, S. 91.

16 Vgl. Lipgens: »Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946«, S. 153-155; Lipgens: »Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946«, S. 58-64. Für die Souveränitätskritik in den Widerstandsbewegungen s.a. Arendt: »Das ›deutsche Problem‹ ist kein deutsches Problem«, S. 16-20. Was als Einheit erscheint, sind eigentlich grundlegende Differenzen: Denn es bestand keine Einigkeit, ob zuerst Europa als Minimalziel erreicht werden müsse oder man direkt auf eine Weltorganisation setzen wolle. Zugleich bestritten Teile der Bewegungen, dass eine Weltregierung angesichts der Differenzen von USA und Sowjetunion überhaupt möglich sei. Vollständig gegen die Pläne stellten sich die nationalistischen Teile der Konservativen (wie z.B. de Gaulle) und die kommunistischen Teile der Résistance, die dann im *Conseil National de la Résistance* die nationale Unabhängigkeit Frankreichs einforderten.

Als am 06. und 09. August 1945 die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen, veränderte sich die Debatte allerdings grundlegend. Der europäische Zusammenschluss rückte nun als Instrument der Befriedung in den Hintergrund.¹⁷ Die Hauptbedrohung war nicht mehr der andauernde Krieg zwischen europäischen Staaten, der sich auf die Welt ausweitete, sondern dass die gesamte Menschheit durch einen einzelnen Gewaltakt ausgelöscht werden könnte. Die Debatte um Souveränität spitzte sich daher zu einer existenziellen Wahl zwischen Souveränität und Weltregierung zu. Die Entscheidung für oder gegen die Souveränität wurde zur größten Herausforderung erklärt, der die Menschheit je gegenüberstand:

»we must choose between the fiction of absolute national sovereignty in external affairs and the fact of survival for the major portion of the human race and the values and receptacles of Western civilization. In our day – immediately – this decision must be made, and the fate of hundreds of millions now living and generations still unborn will hinge upon our decision. Humanity has never faced a greater challenge.«¹⁸

Ähnlich wie der Wirtschaftsprofessor Walter O'Donnell brachte auch der Schweizer Völkerrechtsprofessor Hans Wehberg die Radikalität der Souveränitätsdebatte auf den Punkt. In seinem Kommentar zur ersten Generalversammlung der Vereinten Nationen bestärkte er die Forderungen nach einer Weltregierung, die kurz zuvor sowohl vom britischen Außenminister Ernest Bevin als auch von dessen Gegenspieler Anthony Eden vorgebracht worden waren:

»Nach der Erfindung der Atombombe ist die Menschheit vor eine entscheidende Aufgabe gestellt. [...] Der Krieg hat heute sein Antlitz so geändert, dass es sich [...] letzten Endes um eine Existenzfrage menschlicher Kultur handelt, ob es gelingt, den nächsten Krieg zu verhindern. [...] Das Beharrungsvermögen der Zeitgenossen, das Nichtpreisgebenwollen veralteter Anschauungen, das Pochen auf Souveränität, das Festhalten an den nationalen Grenzen [...] waren bisher nicht zu erschüttern. Nur langsam vermag die Masse der Menschen zu begreifen, dass es ganz anderer, viel entscheidenderer Schritte bedarf, um den Weltfrieden zu sichern und den Kampf mit den Gefahren der Atombombe siegreich zu bestehen.«¹⁹

So einig sie sich in der Problembeschreibung sind, bei der Frage, wie eine globale Ordnung im Inneren aussehen soll, markieren O'Donnell und Wehberg zwei entgegengesetzte Positionen: Walter O'Donnell berief sich auf den genuin

17 Vgl. auch Mazower: *Governing the World*, S. 230.

18 O'Donnell: »The Myth of Sovereignty«, S. 96.

19 Wehberg: »Die Vereinten Nationen auf dem Wege zur Weltregierung«, S. 1-3 (Hervorhebung hinzugefügt).

US-amerikanischen Pluralismus, in dem »the absolutism of internal sovereignty« durch horizontale und föderale Gewaltenteilung eliminiert werde und keine der Regierungseinheiten mehr Souveränität beanspruchen könne.²⁰ Von einem möglichen *Weltstaat* grenzte Hans Wehberg das Konzept einer *Weltregierung* ab. Im Gegensatz zum Weltstaat, in dem alle Angelegenheiten verhandelt würden, »die normalerweise der Regierung eines Staates, sogar eines Bundesstaates«²¹ übertragen werden, sei eine Weltregierung nur für eine Entscheidung zuständig: die über Krieg und Frieden. Angesichts der Sorgen, dass mit einem Weltstaat auch die Selbstverwaltung »jedes einzelnen Volkes und seiner Kultur«²² gestört werden könnte, plädierte Wehberg für eine Weltorganisation, die nur das Kernproblem des Kriegechts in die Hand nehmen sollte.

Die Gegenargumentation, die für eine Erneuerung der Souveränität warb, setzte bei dieser, im Anspruch bereits zurückgefahrenen Konzeption an. Dabei war das Ziel, die Gleichsetzung von Souveränität und Krieg beziehungsweise Weltordnung und Frieden einer inkonsistenten Argumentation zu überführen. Der erste Schritt dafür war, die Alternative »Weltregierung oder Souveränität« auszuhebeln. Die Errichtung einer Weltregierung, so das Gegenargument, sei nichts anderes als die Erneuerung des Souveränitätsdenkens. Nach der Auflösung der bisherigen Staatsgewalten werde die Gewalt nur an einem noch höheren Punkt neu konzentriert. Eine Weltregierung – oder das sie begründende Recht – müsste zwangsläufig die oberste gültige Instanz bilden, unabhängig davon ob man daraus eine pluralistische oder zentralistische Organisation der Institutionen ableiten wolle.

Ein exemplarischer Vertreter dieser Gegenargumentation war der Jurist und spätere UN-Mitarbeiter Hans Aufricht. Schon 1944 erklärte er, dass die »Friedensplaner«, die das »Dogma der Souveränität« anprangern, den Widerspruch zwischen ihrer Kritik und ihren eigenen Plänen für ein Weltrecht nicht erkennen. Denn auch »[i]nternational law has to be recognized as absolutely sovereign«.²³ Das Gleiche gelte, so Aufricht weiter, für die Vorschläge zu einer Weltföderation: »Any superficial examination of the various federation proposals suffices to reveal that international federation does not eliminate sovereignty [...] it merely reappears on the federal level in a more concentrated form.«²⁴

Die Basis für dieses Argument hatte bereits Aufrichts akademischer Lehrer Hans Kelsen gelegt. In den Rechtsdebatten der Weimarer Republik hatte er eine

20 O'Donnell: »The Myth of Sovereignty«, S. 96. Diese Vorbildstellung der USA ist durchaus programmatisch. Siehe etwa auch Millar: »The Establishment of American Federalism and Its Lessons for Broader Federalisms«.

21 Wehberg: »Die Vereinten Nationen auf dem Wege zur Weltregierung«, S. 4.

22 Wehberg: »Die Vereinten Nationen auf dem Wege zur Weltregierung«, S. 3.

23 Aufricht: »Post-War Planning and Limitation of Sovereignty«, S. 119.

24 Aufricht: »Post-War Planning and Limitation of Sovereignty«, S. 120.

Rechtstheorie entworfen, die von politischen und soziologischen Annahmen befreit sein sollte. Seither vertrat er die These, das Rechtssystem sei eine logische Einheit, in der das internationale Recht die oberste Autorität sei und daher die Souveränität zukomme.²⁵ Zugleich hielt er die Vorstellung für falsch, dass das Völkerrecht aus der Souveränität der Staaten hervorginge. Laut Kelsen stiftet erst das Völkerrecht die Beziehung zwischen den ›souveränen‹ Staaten, weil es die Anerkennung von Staatlichkeit regelt. Die Befugnisse der Einzelstaaten sind also von diesem Völkerrecht nur abgeleitet: »Souverän – als höchste Ordnung – ist das Völkerrecht, nicht die ihm untergeordnete staatliche Rechtsordnung.«²⁶ Das Rechtssystem beruhe nur noch auf einer Grundnorm, die nicht aus dem Recht abgeleitet werden könne, aber ohnehin nur eine logisch notwendige Fiktion sei.

In seiner formal-logischen Argumentation gab Kelsen außerdem noch einen Punkt zu bedenken.²⁷ Ob man nämlich von der Souveränität des Völkerrechts oder von der des Einzelstaates ausginge, würde noch nichts darüber aussagen, *wieviel Spielraum* die Staaten haben. Dies wird erst in der Rechtsordnung festgelegt. Und selbst wenn sich das Völkerrecht aus der Souveränität der Staaten ableiten würde, könne der Einzelstaat ja seine Handlungsfreiheit per Vertrag begrenzen, weil er die Geltung des Völkerrechts mit dem Grundprinzip *pacta sunt servanda* anerkannt habe. Man könne also von keiner der beiden Perspektiven sagen, dass sie mehr oder weniger krieglerisch ist, mehr oder weniger Handlungsspielraum für den Einzelstaat gewährt, mehr oder weniger nah an einer Weltorganisation ist. Dies sei ein politischer Trugschluss – in der einen Richtung des Imperialismus, in der anderen des Pazifismus.

Mit diesen beiden Argumentationslinien zerlegte Kelsen das damals vorgebrachte Kernargument für eine Weltregierung: Erstens kann man dem Begriff der Souveränität *grundsätzlich* nicht entkommen. Auch ein Weltrecht ist souveränes Recht. Zweitens ist aber auch der logische Basissatz von der Friedfertigkeit einer Weltorganisation nicht korrekt. Bei diesem zweiten Aspekt ging Hans Aufricht noch einen Schritt weiter als sein Lehrer. Er bemerkte nämlich, dass die Entwürfe für eine Weltregierung die Geltung des Rechts durch bewaffnete Kräfte sicherstellen wollten. Man könne dann die bewaffneten Kräfte direkt bei der Weltorganisati-

25 Wieviel Einfluss Kelsens Ideen auf die Ausgestaltung des Völkerrechts hatten, ist umstritten. Unbestritten ist hingegen die Prominenz seiner Argumente in der Auseinandersetzung mit Naturrechtsargumenten und bei der Verteidigung der Diskontinuitätsthese, mit der der Internationale Militärgerichtshof seine Rechtshoheit auf deutschem Boden rechtfertigte. Vgl. Minkinen: *Sovereignty, Knowledge, Law*, S. 14, 63f.; Kiani: *Wiedererfindung der Nation nach dem Nationalsozialismus?*, S. 49.

26 Kelsen: »Souveränität«, S. 281. Vgl. zu Kelsen Münkler: »Die politischen Ideen der Weimarer Republik«, S. 289f.; Koskeniemi: *From Apology to Utopia*, S. 195; Minkinen: *Sovereignty, Knowledge, Law*, S. 14–26.

27 Siehe zum Folgenden Kelsen: »Souveränität«, S. 282–284.

on ansiedeln oder man überschreibe ihr nur die Koordinations- und Befehlsgewalt für die weiterhin dezentral verankerten Kräfte. Beide Varianten machen aber die Pazifizierungsfähigkeit einer Weltregierung davon abhängig, dass Entscheidungen auch gegen den Willen der Nationen durchgesetzt werden können – im Zweifel mit Gewalt.²⁸

Diese Kritik der Souveränitätskritik findet man auch in Beiträgen, die sich gegen Kelsens reine Rechtstheorie gestellt haben. Teilweise wurde Kelsen dabei sogar für ein Vertreter des Weltstaats gehalten.²⁹ Allerdings waren sich zum Beispiel Werner von Simson, der ehemalige niederländische Außenminister und Botschafter Eelco van Kleffens³⁰ und Hans Morgenthau mit Kelsen über die beiden Kernpunkte einig: Souveränität ist eine »logical necessity«,³¹ und der Frieden in einer Weltrepublik ist alles andere als gegeben. Was sie von Kelsen unterschied, war vor allem die Art der Beweisführung. Im Gegensatz zu ihm wollten sie Recht und Politik nicht trennen. Souverän sei demnach, wer *faktisch* die Grundnorm bereitstellt, die bei Kelsen die *fiktive* Hypothese des Rechtssystems ist.³² Ihre Argumentation kommt also weniger aus der Perspektive des Rechts als aus der Frage nach Macht und Gewalt.

Indem sie den Blick auf die faktischen Machtverhältnisse lenkten, brachten diese Autoren erfahrungsgesättigte Argumente gegen die Idee einer friedfertigen Weltregierung vor (statt logischer Inkonsistenzen). In dem Bestseller-Buch *Politics Among Nations*, das schnell zum Standardwerk der Internationalen Beziehungen aufstieg und den Autor zum vielgefragten Intellektuellen machte,³³ wies Hans Morgenthau zum Beispiel darauf hin, dass *innerhalb* der Schweiz über 100 Jahre lang Krieg zwischen den Kantonen geführt worden war. Als Kehrseite staatlicher Gewalt würden Bürgerkrieg und Revolution, Staatsstreich und Verschwörung immer eine Möglichkeit bleiben, die auch im Weltstaat Bestand hätte.³⁴

28 Siehe Aufricht: »Post-War Planning and Limitation of Sovereignty«, S. 121f.

29 Siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 63–65.

30 In fünf Vorlesungen an der Hager Akademie für Internationales Recht vertrat er folgende These: »Destroy one sovereign entity, and you will see one of two things happen: either a new one arises, or an existing one is increased.[...] Federation or very close integration only results in the creation of a new sovereignty; in other words: sovereignty and integration are not, as so many seem to think nowadays, contrasting notions, or notions that are mutually exclusive« (Kleffens: *Sovereignty in International Law*, S. 127f.).

31 Morgenthau: »The Problem of Sovereignty Reconsidered«, S. 360.

32 Vgl. Münkler: »Die politischen Ideen der Weimarer Republik«, S. 297–299; Korb: *Kelsens Kritiker*, S. 152–162.

33 Siehe Morgenthau: *Politics Among Nations*, S. 505–520; vgl. Campbell: »Hans Morgenthau and the world state revisited«, S. 199f.

34 Siehe Morgenthau: *Politics Among Nations*, S. 511f., 519.

Ganz ähnlich wie der Realist Morgenthau führte Hermann Jahrreiß die gesamten Erfahrungen der Bürgerkriege und Revolutionen gegen die Friedfertigkeit des Weltstaates an. Nach einer teils zweifelhaften Karriere im Nationalsozialismus war Jahrreiß inzwischen ein renommierter Jurist, Kölner Universitätsrektor und Verteidiger in den Nürnberger Prozessen. Indem er den Topos des Weltbürgerkriegs apostrophierte, warf auch er den Befürwortenden des Weltstaates die »Unzulänglichkeit der Argumentation«³⁵ vor, weil sie die Möglichkeit von Bürgerkrieg und Revolution verschwiegen:

»[W]er will dafür bürgen, daß die Möglichkeit einer ›Welt‹staatsrevolution ferner läge als die Möglichkeit eines ›Welt‹krieges? Und wer hätte nach allem, was wir aus der Geschichte über Bürgerkriege wissen, den Mut, zu behaupten, ein ›Welt‹bürgerkrieg würde kürzer und milder sein als ein das ganze Gefüge der ›Welt‹zwischenstaatlichen Ordnung erfassender Krieg?«³⁶

Die Möglichkeit eines Weltbürgerkriegs war die Kernformel für eine konservative Aufklärungskritik, die vor allem von Hanno Kesting nach 1945 noch einmal vortragen wurde. Demnach stehe der Weltbürgerkrieg mit dem Ost-West-Konflikt unmittelbar bevor, weil der Liberalismus des Westens und der Sozialismus des Ostens universelle Normen anführen, von denen sie alle Welt überzeugen wollten. Ihr Universalismus verschleierte aber nur den eigenen, partikularen Standpunkt, denn dadurch ließe sich »der Gegner [...] nicht nur als unvernünftig, widernatürlich und amoralisch, sondern auch als Verteidiger historisch [...] überlebter Zustände« darstellen.³⁷

In dieser Perspektive war der Weltstaat aus zwei Gründen abzulehnen: Zunächst einmal war er nur eine Phantasie, weil der Liberalismus der USA und der Sozialismus der Sowjetunion unüberbrückbar getrennt waren. Selbst wenn sich aber je ein Weltstaat bilden würde, wären in ihm alle »Missionsprobleme Weltstaats-Innenfragen«, die mit einem inneren Kreuzzug gelöst werden müssten.³⁸ Aus jeder Utopie eines einzigen Weltbürgertums entstehe daher ein permanenter Weltbürgerkrieg, in dem jeder dem anderen seinen Universalismus aufzwingen wolle. Jahrreiß' Schlussplädoyer lautete daher, dass sich nur Gruppen souveräner Staaten zu einer übergeordneten Souveränität integrieren können. Genau das sei aber eine Option für Europa.³⁹

35 Jahrreiß: »Die Souveränität der Staaten«, S. 46.

36 Jahrreiß: »Die Souveränität der Staaten«, S. 46.

37 Kesting: *Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg*, S. 8. Sehr viel fundierter und historisch distanzierter, dennoch aber erkennbar in dieser Tradition stand auch Koselleck: *Kritik und Krise*. Zum Wandel von Koselleck jüngst Huhnholz: *Von Carl Schmitt zu Hannah Arendt?*.

38 Jahrreiß: »Die Souveränität der Staaten«, S. 51, insgesamt s. S. 46–51.

39 Jahrreiß: »Die Souveränität der Staaten«, S. 51.

Die Distanz zu allem Utopischen war für Konservative nach 1945 auch die Möglichkeit, mit dem theologischen Überhang des »alten« Konservatismus abzurechnen.⁴⁰ Denn auch im konservativen Lager gab es Unterstützung für einen Universalismus, der dann religiös unterlegt war. Ernst Jünger hatte zum Beispiel die beiden Weltkriege zu einem Weltbürgerkrieg erklärt, der die Funktion eines Opfergangs hätte. Der Sinn dieses Opfers sei eine Reinigung der Welt, an deren Ende die Erlösung wartete, und diese Erlösung war für Jünger der Weltstaat.⁴¹ Jahrreiß aber waren die Befürworter:innen eines Weltstaates gerade deswegen suspekt, weil sie ihre Vision zu »Evangelien« erklärten und sich selbst zum »Werkzeug [...] bei dem Zimmern einer neuen, von Gott gewollten Menschengemeinschaft« machten.⁴²

Die universelle Ablehnung alles Universellen war auch der entscheidende Unterschied zu Hans Morgenthau.⁴³ Für ihn fußte der Weltstaat nicht zwangsläufig auf einer pseudouniversalistischen Unterdrückung; er zweifelte vielmehr am Weltstaat, weil diesem zum damaligen Zeitpunkt die politische Unterstützung der Bevölkerung fehlte. Deswegen könnte der Weltstaat nur mit Gewalt errichtet werden. Dass sich ein Staat aber nur aufgrund seiner Zwangsgewalt erhält, hielt Morgenthau für extrem unwahrscheinlich. In aller Regel folgen auf die Welteroberung alsbald Bürgerkriege oder Revolutionen, in denen der Staat wieder in seine gesellschaftlichen Gruppen zerfällt.

Für diesen Gedankengang war gerade nicht Hobbes, sondern John Stuart Mill der Gewährsmann. Morgenthau argumentierte, dass das entscheidende Kriterium für den Weltstaat ein Minimalkonsens sei, wie es ihn bisher nur in Einzelstaaten, nicht aber zwischen den Völkern gebe.⁴⁴ Um den Unwillen der Bevölkerung zu demonstrieren, griff er eine Umfrage auf, nach der zwar der Großteil der Amerikaner

40 Vgl. Laak: »From the Conservative Revolution to Technocratic Conservatism«, S. 148f.

41 Vgl. Peckar: »Vom nationalen zum planetarischen Denken«, S. 186–189. Entsprechend begrüßte er auch die Vereinten Nationen als deren Vorbote. Durch die Zusammenschreibung der Weltkriege stand Jünger auch der Rede vom »Dreißigjährigen Krieg« nahe, doch überhöhte er ihn ins Theologische.

42 Jahrreiß: »Die Souveränität der Staaten«, S. 50.

43 Diese Ablehnung ist im Übrigen kein genuin konservatives Argument, sondern ideengeschichtlich ein republikanisches, das unterschiedlich adaptiert werden konnte, nach 1945 zum Beispiel auch von Liberalen wie Isaiah Berlin oder Werner von Simson, die statt für Werteuniversalismus für einen Wertepluralismus plädierten.

44 Explizit zu Hobbes und Mill siehe Morgenthau: *Politics Among Nations*, S. 511–516. Man kann hier erkennen, warum sich Morgenthau sukzessive Arendts Konzept politischer Macht aneignete. Sein liberaldemokratisches Machtverständnis zeigte sich auch in der Befürwortung des Weltstaates, als er Ende der 1950er Jahre in der nuklearen Bedrohung doch die Basis für ein gemeinsames Interesse sah. Er konnte jedoch nie einen Weg zum Weltstaat entwerfen. Darin wird ein Riss in seinem Denken deutlich: Er konnte nie klären, ob am Ende die Einsicht in ein kollektives Interesse oder das eigene Machtstreben höher zu werten sei. Der »klassische« Realismus hat freilich letzteres bevorzugt und die Ambivalenz so abgeblendet. Vgl. Rohde:

für die Etablierung einer Weltpolizei sei. Gleichzeitig sei aber auch der Großteil dagegen, dass diese die Größe der US-Armee übersteige. Die politische Loyalität der Menschen läge immer noch bei der Nation, die daher souverän sei, schlussfolgte Morgenthau. Er wies damit auf den Umstand hin, dass die Völker der Welt trotz aller Zusammenbrüche immer noch in Staaten organisiert waren, die ihren Anspruch auf Souveränität explizit abtreten müssten.⁴⁵

Mit den Plänen für eine Verpolizeichung der Welt hatte sich also eine offene Flanke für eine fundamentale Kritik der Weltregierung geboten, egal ob sie apokalyptisch (Jahrreiß) oder probabilistisch (Morgenthau) argumentierte. Wenn sich der Anspruch des Universellen mit der physischen Gewalt der Souveränität verbindet, so das generelle Argument, werde der Weltstaat selbst zur Gefahr für den inneren Frieden.⁴⁶ Entweder er degeneriert dann in einen Bürgerkrieg oder der Weltstaat erscheint als ein Gipfel staatlicher Machtakkumulation, die vielen als die Grundlage für die totalitären Staaten des Faschismus galt. Mit diesen Ausführungen kehrte sich die Kritik der Souveränität gegen sich selbst: Hatte sie vor der Übermacht des Staates gewarnt, trage doch der Weltstaat noch »in stärkerem Maße den Keim zur Tyrannei in sich«⁴⁷ als die bisherige Staatenordnung.

Die Gefahren universalistischer Systeme stellten sich in zeitgenössischer Sicht schließlich nicht nur in rechtlicher und polizeilich-militärischer Hinsicht, sondern auch mit Blick auf die Wirtschaftsordnung. So argumentierte etwa Wilhelm Röpke vehement gegen den Weltstaat, dessen gefährliches Großraumdenken der Sowjetunion und dem Nationalsozialismus ähnele: »It is, therefore, superficial to contrast national sovereignty with the virtues of an international state because the latter still leaves us with the same problem of sovereignty, only on a wider geographical scale.«⁴⁸

Hans J. Morgenthau und der weltpolitische Realismus, S. 59, 124f.; Campbell: »Hans Morgenthau and the world state revisited«.

45 Morgenthau: »The Problem of Sovereignty Reconsidered«, S. 364. Ähnlich auch Wootton: *Freedom Under Planning*, S. 9f.

46 In der Debatte um das *policing* hoben neben den genannten auch Georg Schwarzenberger, John Herz und Erich Friedländer die Folgen und möglichen Gefahren eines bewehrten Weltstaates hervor. Die Forderung nach einer Weltpolizei findet sich hingegen z.B. bei Willkie: »Our Sovereignty«, der die Amerikaner sogar erinnerte, dass diese Idee eines kooperativen *policing* keineswegs neu sei. In der zeitgenössischen Literatur dokumentieren diese Forderungen außerdem Etzioni: »European Unification and Perspectives on Sovereignty«, S. 499f.; Lipgens: »Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946«, S. 152-163. Siehe Schwarzenberger: »The Forms of Sovereignty«, zu Herz vgl. Scheuerman: »Realism and the critique of technology«, S. 577, zu Friedländer vgl. Greven: *Politisches Denken in Deutschland nach 1945*, S. 16.

47 Erler: »Staatsouveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«, S. 58.

48 Röpke: »The Place of the Nation«, S. 126.

Röpke hatte allerdings ein ambivalentes Verhältnis zur Idee der Souveränität. Einerseits verteidigte er den souveränen Nationalstaat nicht nur als politische, sondern als geistig-moralische Gegebenheit, während die internationale Ordnung ausschließlich aus den Grundsätzen von Vertrag und Eigentum entstehe.⁴⁹ Andererseits zielte sein wirtschaftspolitischer Vorschlag aber darauf, eine internationale Finanzordnung zu errichten,⁵⁰ die die Relevanz der *politischen* Souveränität vermindern und dem »monetären Nationalismus« ein Ende setzen sollte.⁵¹ Röpke wollte damit auf die Wiederherstellung eines Finanzsystems wie dem des Gold-Standards hinaus.⁵²

Gegen dieses einheitliche Finanzsystem, in dem nationale Souveränität in ökonomischer Hinsicht laut Röpke geradezu abgeschafft sei, gab es zwei Einwände. Erstens sei dies nichts anderes als ein universelles System, das zur Unterdrückung einzelner Staaten führen könnte, so wie Röpke es für die politische Form selbst beschrieben hatte.⁵³ Zweitens sei dieses System in der Großen Depression gescheitert und habe damit selbst nicht unwesentlich zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen.⁵⁴

Bei der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem müsste man daher auf eine neue Theorie kooperativer monetärer Souveränität setzen, argumentierte der Keynesianer Kenneth Kurihara. Monetäre Souveränität sei der notwendige Versuch »to insulate the domestic economy from adverse repercussions of a depression elsewhere.«⁵⁵ Souveränität bedeutete hier eine »gewisse« Handlungsfreiheit,

49 Die kulturphilosophische Überhöhung der Wirtschaftsordnung zeichnet ihn als Konservativen aus, wie er sich auch selbst bezeichnete. Röpke war gar ein »unerschütterliche[r] Verteidiger der Apartheid« (Slobodian: *Globalisten*, S. 216). Es ist daher bezweifelt worden, ob Röpke als Ordoliberal verstanden werden könne. Thomas Biebricher hat aber auch gezeigt, dass der Ordoliberalismus insgesamt einen Hang zu elitärer bis autoritärer Expertenherrschaft hatte, der im Konflikt mit (wirtschafts-)liberalen Positionen steht. Vgl. Biebricher: »Sovereignty, Norms, and Exception in Neoliberalism«, S. 89–91; Greven: *Politisches Denken in Deutschland nach 1945*, S. 161; Hennecke: »Streiten für diesen Staat«.

50 Röpke: »The Place of the Nation«, S. 121.

51 Röpke: »The Place of the Nation«, S. 126f.

52 Vgl. Warneke: *Die europäische Wirtschaftsintegration aus der Perspektive Wilhelm Röpkes*, S. 53f.

53 Dieser Einwand gegen ein einheitliches Finanzsystem wurde unter Bezug auf ihre Souveränität von brasilianischen und mexikanischen Vertretern auf der Konferenz von Bretten Woods vorgebracht. Der brasilianische Vertreter meinte sogar, die Idee der Souveränität sei die Leitidee aller partizipierenden Staaten gewesen. Siehe United States Department of State (Hg.): *Proceedings and Documents of the United Nations Monetary and Financial Conference*, Bd. 1, S. 1120; s.a. Bd. 2, S. 1178.

54 Siehe Polanyi: *The Great Transformation*, insb. S. 261–264. Er argumentierte, dass ausgerechnet der globale Markt eine »absolute sovereignty« befördert hatte. Mit ihr hätten die Staaten Abschottungsmaßnahmen ergriffen, um die Gesellschaft vor den Konsequenzen des freien Marktes zu schützen.

55 Kurihara: »Toward A New Theory of Monetary Sovereignty«, S. 165 (Hervorhebung entfernt).

mit der eine ›Nation‹ Stabilität garantiert. Dabei soll sie auf ein Ziel ausgerichtet sein, nämlich die Herstellung von Vollbeschäftigung.

Kurihara bezog sich damit explizit auf John M. Keynes und Irving Fisher, deren Ideen in einer erneuerten Form in die Verträge von Bretton Woods eingeflossen seien.⁵⁶ Die dort vereinbarte Finanzordnung koppelte die Wechselkurse an den Dollar, ließ aber auf Drängen von Keynes, der für die britische Regierung vor Ort war, den Staaten das Recht, unter bestimmten Umständen ihre Währung auf- oder abzuwerten. In dieser (westlichen) Weltordnung, so interpretierte es Kurihara, bildete der souveräne Staat den Dreh- und Angelpunkt.

Dass die Souveränität von Einzelstaaten unabhömmlich ist, um eine stabile Ordnung zu denken, war damit das erstaunliche Ergebnis einer Debatte, die als Angriff auf ›Souveränität‹ angefangen hatte. Weil ihre Logik als die eines Kriegssystems galt, weil sie nach der Atombombe zur existenziellen Gefahr werden musste und weil die Entwicklung der Wirtschaft empirisch, der Briand-Kellogg-Pakt normativ bereits Zeichen für das Ende der Souveränität gesetzt hatten, hatte man eigentlich den Sieg der Weltstaats-Vorschläge absehen können. Dies sei das einzige Mal gewesen, schrieb auch Mark Mazower in seiner Geschichte des Weltregierens, dass nicht nur eine kleine Minderheit den Weltstaat befürwortete.⁵⁷

Aber in den Plädoyers für eine Weltregierung hatten sich früh Risse abgezeichnet, die sich die Gegenseite zur Verteidigung der souveränen Staatlichkeit zunutze machte. Dabei kam es ihr zupass, dass auch manche, die für den Weltstaat waren, nicht von einer Auflösung, sondern von einem Transfer der Souveränität gesprochen hatten.⁵⁸ Rückblickend lässt sich daher sagen, dass die Verfechter:innen der Souveränität systematisch Fehler in der Argumentation der Gegenseite herausarbeiteten, und dafür zogen sie sowohl die Schlüssigkeit des Arguments als auch die Stichhaltigkeit der Prämissen in Zweifel. Erst führten sie vor, dass auch die Weltregierung nur eine Sonderform des Souveränitätsgedankens ist, dann zerlegten sie auch die Prämisse der Friedfertigkeit.

Dass sich beide Gegenargumente sowohl auf Basis der Rechtslogik als auch mithilfe historischer Beispiele vortragen ließen, war durchaus ein Vorteil. Denn sosehr diese beiden Ansätze auch miteinander konkurrierten, sosehr stützten sie

56 Siehe Kurihara: »Toward A New Theory of Monetary Sovereignty«, S. 162f., 168, vgl. zu Keynes, auch im Folgenden, Skidelsky: *Keynes*, S. 108-119. Man könnte einwenden, dass das Abkommen maßgeblich auf dem Entwurf des amerikanischen Vertreters H. D. White beruhte und insgesamt eher die monetäre Unabhängigkeit Großbritanniens beendete, wie Skidelsky erörtert. Hier ist allerdings nicht relevant, ob die Deutungen der Keynes'schen Theorie und des Bretton-Woods-Abkommens korrekt sind, sondern dass sie in der Selbstbeschreibung der Akteure zur Stärkung des Souveränitätsarguments genutzt werden konnten. Ähnlich wie Kurihara auch Erler: »Staatsouveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«, S. 53.

57 Vgl. Mazower: *Governing the World*, S. 231.

58 Vgl. Lipgens: »Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946«, S. 153-155.

sich auch gegenseitig: Kam man mit der einen Variante nicht mehr weiter, ließ sich stets auf die andere ausweichen.⁵⁹ Die Souveränität des Einzelstaats erschien so als eine unentrinnbare Voraussetzung des Regierens, und dies bestätigte sich auf unterschiedlichen Gebieten: Ob man auf die Rechtsverhältnisse (wie Kelsen), die Machtverhältnisse (wie Morgenthau) oder die ökonomischen Verhältnisse (wie Kurihara) schaute, stets erwies sich Souveränität als geboten.

Der Kern des Souveränitätsarguments war, dass es eine übergeordnete Stelle logisch und faktisch immer gebe. Konnte man den Plädoyers für eine Weltregierung nachweisen, dass sie diesem Konzept nichts entgegenzusetzen hatten, nährten sich die Zweifel am Weltsouverän aus den Erfahrungen und Deutungen der vorangegangenen Weltkriege. Sie lasen sich als Weltbürgerkrieg, als ein Gipfel souveräner Groß(raum)macht und als Folge des Versagens einer globalen Wirtschaftsordnung. Die stabilisierende Funktion, die einer Weltregierung zugeschrieben wurde, geriet damit ins Wanken, entweder weil sie sich als nicht tragfähig erwies oder weil diese Stabilität geradezu bedrohliche Züge annahm. Demgegenüber bot dann die Souveränität der Einzelstaaten das Versprechen, Freiheit zu garantieren.

In dieser Argumentation für den Sinn von Souveränität sind drei zentrale Aspekte des Regierungsdenkens eingelassen. Der erste Aspekt besteht darin, dass Souveränität zum *Wesen* von politischen Verbänden erklärt wurde, weil es *immer* eine höchste Autorität gäbe, die für ein Territorium mit seiner Bevölkerung und dessen Kultur Entscheidungen trafe. Politik, Regierung und Souveränität fallen so zusammen und werden auf den Staat projiziert: »Regierung« ist »der Inbegriff der handelnden, die Souveränität ausübenden Staatsgewalt«, hielt das *Wörterbuch des Völkerrechts* kurzerhand fest.⁶⁰ Infolgedessen ließ sich der Begriff auch historisch bis in die Antike zurückprojizieren und wurde auch in Übersetzungen klassischer Texte übernommen.⁶¹

Gegen diese allzu weite Verwendung hat Francis Hinsley in seinem Standardwerk von 1966 Einwände erhoben. Sein Gegenargument war, dass es zahlreiche Konzepte von höchster Autorität gäbe und dass Souveränität unter ihnen ein spezifisches und qualitativ besonderes sei, das erst in »entwickelten« Gesellschaften auftrete. Die Besonderheit bestehe darin, dass Souveränität nicht einfach nur eine höchste Entscheidungskapazität sei, sondern die *Rechtfertigung* dieser Autorität

59 Zur ironischen Komplementarität der konkurrierenden Ansätze auch Koskenniemi: *From Apology to Utopia*, S. 193-195.

60 Strebel: »Regierung«, S. 85.

61 Vgl. z.B. Kleffens: *Sovereignty in International Law*, S. 12-14, der Aristoteles zitierte, oder Albright: »Historical Adjustments in the Concept of Sovereignty in the Near East«. Das gleiche Phänomen lässt sich auch in gegenwärtiger Literatur beobachten, z.B. in Lewicki: *Souveränität im Wandel*, S. 20. Kritisch dazu Hinsley: *Sovereignty*, S. 27-44.

einschlieÙe: Souveränität *begründet* Autorität. Gerade deshalb gilt aber die Gleichsetzung von Staat und Souveränität: »the concept of sovereignty is the *inescapable* justification of the authority of the state in an integrated community«. ⁶²

Der Grund für diese Einschätzung markiert einen weiteren Aspekt, der das Souveränitätsdenken dieser Zeit prägt. Denn wie das Zitat zeigt, besteht die Basis legitimer Souveränität in einer integrierten Gemeinschaft. Hiermit ist ein konzeptioneller Rahmen angezeigt, der dazu anhält, stets nach der *zugrundeliegenden Gemeinschaft* und ihren territorialen Rahmenbedingungen zu fragen. ⁶³ Gesellschaften lassen sich dann nur über ein *Zusammenspiel* von höchster Autorität und einer ihr gegenüberstehenden, oder besser: zugrundeliegenden Gemeinschaft ordnen. Diese zwei starken Prämissen der Souveränitätsidee strukturierten vielfach das politische Denken der Nachkriegszeit.

Schließlich wurde mit der Bindung an eine integrierte Gemeinschaft eine Zielvorgabe für ›Souveränität‹ formuliert. Sie erforderte von der politischen Gemeinschaft die Einsicht in die Notwendigkeit höchster Autorität und von der Regierung die Einsicht in ihre Selbstbegrenzung durch einen *normativen* Auftrag. Das gesamte ›Design‹ der Theorie ziele darauf, die Norm einer allgemein nützlichen Ordnung zu schützen. Souveränität könne daher keine Willkürherrschaft sein: »The system must have room for the norms it is designed to protect. This would not be possible if the sovereign were ›unlimited‹.« ⁶⁴ Gerade die Fähigkeit zur Selbstkontrolle, so argumentierte auch Hinsley, sei das Merkmal souveräner Herrschaft, und je eher Gemeinschaften dazu in der Lage seien, desto eher werden sie sich als *souverän* bezeichnen. ⁶⁵

Man kann an diesen Formulierungen bereits sehen, dass sich hier ein teleologisches Konzept andeutet: Souveränität ist das Wesen politischer Ordnung, weil hier Herrschende und Beherrschte in einem gemeinsam anerkannten Gestaltungsrahmen zusammenkämen. Gerade dieses Wesen kann aber verfehlt werden. Es erfordert empirische Integrationsleistungen und normative Selbstbindungen. Wie im Laufe des Kapitels zu sehen war, nährte die Argumentation gegen die Weltregierung dabei die Zweifel, dass diese eine solche Integration leisten könnte, ohne auf Gewalt zurückzugreifen, also ihre eigenen Selbstbindungen zu unterlaufen. Der nächste Teil soll demgegenüber zeigen, wie sich die Ausgestaltung der Anforderungen an ›souveränes Regieren‹ in den Souveränitätskonzepten der Zeit darstellte.

62 Hinsley: »The concept of sovereignty and the relations between states«, S. 252 (Hervorhebung hinzugefügt). Ausführlichst dazu Hinsley: *Sovereignty*, S. 2, 26, 126, 227–235.

63 Typisch dafür etwa Stankiewicz: »Sovereignty as Political Theory«, S. 148–151, bei dem dadurch Souveränität wieder eine überzeitliche Dimension gewinnt: »whether he has heard of the concept or not, he is thinking in terms of the requirements of sovereignty« (S. 149). Dazu schon früher Stankiewicz: »In Defense of Sovereignty«.

64 Stankiewicz: »Sovereignty as Political Theory«, S. 144.

65 Siehe Hinsley: »The concept of sovereignty and the relations between states«, S. 252.

2. Die Ausgestaltung der Souveränität

Die Debatte zwischen Souveränität und Weltregierung bewegte sich zwischen den traumatischen Erfahrungen hindurch, die die beiden Weltkriege den damaligen Akteuren hinterlassen hatten. Auf der einen Seite stand dabei natürlich die Auseinandersetzung mit dem Krieg. Die Sorge, der Krieg könnte wiederkehren, wurde durch die »atemberaubende[] Schnelligkeit« noch gesteigert, »mit der die Kriegswerkzeuge in einem Zeitraum von weniger als 50 Jahren vervollkommen worden sind«. ⁶⁶ Die Beschleunigung des technischen Fortschritts machte diesen zur Gefahr, und in der Zwischenkriegszeit war man – das hieß vor allem: die League of Nations – kläglich daran gescheitert, diesen Prozess einzuhegen.

Während diese Herausforderung zwischen den politischen Ordnungen angesiedelt war, stand auf der anderen Seite der interne Ordnungszersfall. Die entsprechende historische Referenz war die Große Depression. Man hatte hier erlebt, wie die wirtschaftliche Entwicklung mit einer sozialen Desintegration einherging. Im Moment einer wirtschaftlichen Krise trat dann offen zutage, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt zerfallen war, während die einzelnen Menschen im »Triebwerk gesellschaftlicher Veränderungen« zermahlen wurden, wie es Karl Polanyi in seinem berühmten Buch fasste. ⁶⁷ In der zeitgenössischen Wahrnehmung war die Desintegration der Gesellschaft durch einen beschleunigten sozialen Wandel und größere wirtschaftliche Disparitäten oft ein maßgeblicher Grund für den Aufstieg des Totalitarismus. ⁶⁸

Dem setzte das Konzept der Souveränität das Versprechen entgegen, durch eine »verantwortungsvolle« Regierung die politisch integrierte Gemeinschaft zu stabilisieren und in ihrer Entwicklung zu fördern. Die typischen Narrative der Zeit machen dabei einen Werteverfall zur tieferen Ursache dafür, dass die Integration der Gesellschaften und die Entwicklungsrichtung der Moderne abhandengekommen seien. Von dieser Diagnose aus gingen sie auf die Suche nach einer neuen, werthaften Haltung zur Welt und einer entsprechenden politischen Ordnung. Beides bündelte sich im Begriff der Souveränität, die so als die Antwort auf das Problem von Desintegration und Orientierungsverlust erscheint.

Ein Kernaspekt dieser Antwort ist ein ausgesprochen humanistisches Ethos, das in der Beschreibung der Welt, in der moralischen Aufgabenstellung und der politischen Grundhaltung zum Ausdruck kommt: Die Souveränitätsnarrative zeichneten die Welt als einen Ort, der von Menschen bevölkert ist, die fähig sind, ihre eigene Geschichte zu machen. Die *Machbarkeit* der Welt wird aber zweitens ethisch

66 Wehberg: »Die Vereinten Nationen auf dem Wege zur Weltregierung«, S. 2.

67 Polanyi: *The Great Transformation*, S. 314.

68 Zu dieser geläufigen Deutung neben Polanyi z.B. Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 97.

oder moralisch aufgeladen. Nicht jeder Wille ist souverän, sondern nur ein Wille der bestimmten *Verantwortlichkeiten und Pflichten* gegenüber der Allgemeinheit nachkommt, ist ein ›wahrlich souveräner‹ Wille. Man muss über seine unmittelbaren, individuellen Wünsche hinaus dem übergeordneten, eigentlich souveränen *têlos* der Menschlichkeit folgen. Dieses Ethos der Souveränität nicht nur einzuhalten, sondern auch zu fördern, ist schließlich die *Aufgabe der Regierung*. Sie muss die ›Führung‹ des ›Volkes‹ übernehmen und ihr Handeln vor dem Hintergrundziel einer integrierten und modernisierten Gesellschaft verantworten.

Diese Motive teilen die Narrative, die im Folgenden untersucht werden. Dabei kommen sie jedoch auf unterschiedlichen Wegen zu ihrem Ziel und weichen auch in der konkreten Ausschmückung der Motive voneinander ab. In dem Dokumentenkörper lassen sich auf diese Weise eine *subversive Variante*, eine *christlich-liberale Variante* und eine *bürgerlich-republikanische Variante* unterscheiden. Bei diesen dreien handelt sich um die *typischen Narrative*, in denen die semantische, argumentative und institutionelle Gestalt von Souveränität entwickelt wurden. Sie werden nun anhand exemplarischer Vertreter vorgestellt.

Das subversive Narrativ: Frantz Fanon

Das subversive Narrativ entfaltete die Souveränitätsidee im Rahmen eines Widerstandskampfes. Die Idee der Souveränität bot sich dafür an, um die Selbstermächtigung der Menschen gegen eine Übermacht ins Zentrum zu setzen, und diese Selbstermächtigung als einen Bewusstseinsprozess zu beschreiben, in dem Souveränität erst erlangt wird. Wenn der Bewusstseinsprozess gelingt, sei eine Befreiung von den historischen Umständen möglich. Souveränität verbürgt die Fähigkeit des Menschen, die Welt zu ändern und Missstände zu überwinden.

Systematisch gesehen bediente sich diese Konzeption zumeist einer Verbindung von Existenzialismus und Marxismus. Diese populäre Kombination, mit der Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre auf Revolution und Revolte reflektierten,⁶⁹ wurde auf dem europäischen Festland die Grundlage für linke bis linksextremistische Gruppierungen, um gegen die bestehenden staatlichen Strukturen zu revoltierten. Es ist dieses subversive Umfeld, in dem auch Michel Foucault politisch sozialisiert wurde und von dem er sich immer wieder abgrenzte, indem er der in seiner Sicht unterkomplexen und dogmatischen Perspektive des humanistischen Marxismus ein neues Denken in Systemen und Netzwerken entgegensetzte.

69 Dieser existenzialistischen Reflexion stand auch Albert Camus nahe. Wie gerade der paradigmatische Band von Camus: *Der Mensch in der Revolte* zeigt, wich er aber in zwei entscheidenden Punkten dezidiert von Sartre ab, weswegen er sich nicht als Existenzialist bezeichnen mochte: Erstens lehnte er den Marxismus ab, zweitens widersprach er Sartre insbesondere in der Frage der Gewaltbereitschaft. Zum Verhältnis von Camus und Sartre vgl. auch Galle: *Der Existenzialismus*, S. 64-74.

Einstweilen hatte in den frühen Nachkriegsjahren aber der marxistische Existenzialismus eine Deutungshoheit, wenn es um die Kritik der gesellschaftlichen Zustände ging. In diesem Zusammenhang wurde auch Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* zu einer beliebten Referenz, die sogar der RAF zur Rechtfertigung ihrer Gewaltanwendung diente.⁷⁰ Obwohl Gewalt eine zentrale Rolle in Fanons »Psychopathologie des Kolonialismus«⁷¹ spielt, geht eine Rezeption, die ihn nur als Apologeten der Gewalt liest, an seiner Theorie vorbei. Dass der Gewalt-Aspekt in der europäischen Rezeption so stark in den Vordergrund rückte, war – neben der Rezeptionshaltung linksextremistischer Gruppierungen – vor allem auch dem Vorwort von Jean-Paul Sartre geschuldet. Im Unterschied dazu rief Fanon in seinem Text weder dazu auf, die Gewalt auf Europa zu übertragen noch gab er ihr den Vorzug vor der Politik.⁷²

Dies liegt auch daran, dass *Die Verdammten dieser Erde* für einen ganz anderen subversiven Kontext geschrieben wurde, nämlich für den Unabhängigkeitskampf der Kolonien. Der Text führt vor Augen, dass die Debatte um das Ende der Souveränität, wie sie im vorangegangenen Abschnitt rekonstruiert wurde, eine eurozentrische Debatte war, die das Souveränitätsbestreben der Kolonien fast vollständig ausblendete.⁷³ Außerhalb Europas war die Idee der Souveränität aber längst zu einem zentralen Bezugspunkt geworden. Die Historiker Jürgen Osterhammel und Jan Jansen schreiben daher treffend, dass die Dekolonisation eine »Souveränitätsmaschine« war, die zur »Verabsolutierung von Souveränität« als politischem Ordnungsmodell geführt habe.⁷⁴ Als im 20. Jahrhundert die Zeit der Imperien und Kolonialmächte zu Ende ging, trugen die Vereinten Nationen und die Kolonien gleichermaßen zur »seriellen Produktion« von Souveränität bei.⁷⁵

70 Zur Rezeption Fanons vgl. hier und im Folgenden Kebir: »Revolutionäre Subjekte bei Frantz Fanon«, S. 30-33; Eckert: »Predigt der Gewalt?«, S. 171f.; Kerner: »Frantz Fanon in der Politikwissenschaft«.

71 Jansen/Osterhammel: *Dekolonisation*, S. 112.

72 Siehe Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 126.

73 Ein Grund dafür war, dass die Unabhängigkeit der Kolonien für die Kolonialmächte kein ausgemachter Pfad war. Vor allem Frankreich und die Niederlande diskutierten, wie man die südostasiatischen Gebiete wiedergewinnen konnte, um den Wiederaufbau des Zentrums zu beschleunigen, während die Gebiete im nördlichen Afrika ohnehin zum französischen Staatsgebiet gezählt wurden. Auch Großbritannien sah die Unabhängigkeit von Kolonien nur dann geboten, wenn ein bestimmter zivilisatorischer Stand erreicht würde. Vgl. Jackson: *Quasi-States*, S. 82-95; Frey: »Drei Wege zur Unabhängigkeit«, insb. S. 401.

74 Jansen/Osterhammel: *Dekolonisation*, S. 12, 112; vgl. auch Kiani: *Wiedererfindung der Nation nach dem Nationalsozialismus?*, S. 16; Malanczuk: »Globalisierung und die zukünftige Rolle souveräner Staaten«, S. 172f.

75 Jansen/Osterhammel: *Dekolonisation*, S. 12. Trotz der umfangreichen Bemühungen um Dekolonisierung fehlt bisher eine systematische Aufarbeitung der (de-)kolonialen Souveränitätsbegriffe. Manche Arbeiten widmen dem Streben der Kolonien nach Souveränität gar keine

In diesem Kontext ist Frantz Fanons Verbindung von Revolutions- und Souveränitätstheorie auch ein Beispiel dafür, wie der Souveränitätsbegriff außerhalb Europas angeeignet wurde. Geboren in Martinique, hatte Fanon im Zweiten Weltkrieg in den französischen Streitkräften unter de Gaulle gedient und danach im französischen Kernland Psychiatrie studiert, bevor er als Arzt nach Algier kam. Er importierte also den Wissens- und Erfahrungshorizont Europas, um dessen Kategorien mit der Kolonialherrschaft zu konfrontieren. *Die Verdammten dieser Erde* ging drei Tage nach Fanons Tod am 06. Dezember 1961 in Druck und war zugleich philosophische Reflexion auf und Anleitung für den algerischen Unabhängigkeitskampf.⁷⁶

In Fanons Schrift adressiert »Souveränität« das Kernproblem der Unabhängigkeit, nämlich die Frage, wie man eine Gesellschaft organisieren müsse, um über das Moment der Befreiung hinaus neue, tragfähige Werte zu schaffen. Fanons Diagnose ging davon aus, dass die Aggressionen der Kolonisierten derzeit ohne Richtung verliefen. Die permanente Gewalttätigkeit der Kolonisation stauete sich in den Kolonisierten auf und entliefte sich in ekstatischen Tänzen und Kämpfen mit an-

Aufmerksamkeit. Robert Jacksons *Quasi-States*, eine der wenigen Studien zum Souveränitätskonzept nach 1945, beschrieb den Aufstieg souveräner Staatlichkeit als die Folge eines ideologischen Antikolonialismus, der von den USA durchgesetzt wurde (S. 82-95). Man hat, so seine These, im internationalen Recht ein Konzept negativer Souveränität etabliert, das ein Recht auf Nichteinmischung zuspricht. Gleichzeitig habe man sich von der Idee positiver Souveränität gelöst, die Europa geprägt hatte und die Fähigkeit meinte, das negative Recht tatsächlich auch *substantziell* in Politik umzusetzen. Denn diese empirische Staatlichkeit gehe den neuen Staaten weitestgehend ab – juristisch seien sie Staaten, politisch nur Quasi-Staaten. Zwar ist es richtig, dass die Vereinten Nationen einen Anschlusspunkt für antikoloniale Rhetorik anboten (vgl. Koskeniemi: *From Apology to Utopia*, S. 179-181). Jacksons Blick aus dem Zentrum ignoriert jedoch, wie sehr das dortige Konzept »souveräner Gleichheit« selbst schon Ergebnis von Kolonialismus und Dekolonisation war. Im Zuge des Imperialismus hatten die europäischen Staaten während des 18. und 19. Jahrhunderts die Idee der Souveränität über den Globus verbreitet. Als Reflexionsbegriff übernahm Souveränität in dieser Zeit eine Doppelfunktion: Sie arrangierte Europa als ein System gleicher Staaten und sie kommunizierte den Herrschaftsanspruch über die nicht-staatliche Welt. Als dann die ersten Kolonialimperien im 19. Jahrhundert zerfielen, konstituierten sich die lateinamerikanischen Gebiete explizit als souveräne Nationen und traten am Ende des Zweiten Weltkriegs mit diesem Selbstverständnis auf, wie die Verhandlungen zur UN belegen. Auf der Bandung-Konferenz (1955) bestanden auch die südostasiatischen und die afrikanischen Staaten auf ihre Souveränität. Dass die gerade erworbene Souveränität ungern wieder aufgegeben wird, zeigt sich auch an den osteuropäischen Staaten nach 1990. – Vgl. zur Diffusion der Idee Rudolph: »Sovereignty and Territorial Borders in a Global Age«, S. 6; zur Kritik des internationalen Rechts Anghie: *Imperialism, Sovereignty, and the Making of International Law*; Kühnhardt: *Stufen der Souveränität*.

76 Zur Biografie vgl. Kebir: »Revolutionäre Subjekte bei Frantz Fanon«, S. 28; Eckert: »Predigt der Gewalt?«, S. 171f.

deren Kolonialiserten.⁷⁷ Ein derartiger Gewaltexzess ende aber in der Leere oder ebne sogar den Weg für Neokolonialismus und Diktaturen. Die zentrale Aufgabe bestehe daher darin, die Gewalt in einen *organisierten Widerstand* umzulenken:

»Das Problem ist jetzt, zu begreifen, wie diese Gewalt sich reorientiert. [...] Wir werden sehen, daß es für die Betroffenen eine dringliche Aufgabe ist, über die Mittel, die Taktik, das heißt die Verfahrensweise und die Organisation, zu entscheiden. Wird sie nicht gelöst, so liefert man sich einem Voluntarismus aus, der dem blinden Zufall und den schlimmsten Möglichkeiten der Reaktion Tür und Tor öffnet.«⁷⁸

Die größte Hürde für einen organisierten Widerstand sah Fanon in der Spaltung des kolonisierten Volkes, die die Kolonialherren nach dem Prinzip *divide et impera* vorantrieben.⁷⁹ Dabei werde das Proletariat *in den Städten* eng an die Kolonialordnung gebunden, weil es für das Funktionieren der Kolonialmaschine unentbehrlich sei. Die Abhängigkeit von dem »technischen und relativ wohlhabenden Milieu«⁸⁰ spiegle sich auch in den nationalistischen Parteien, die »im Grunde Parteigänger der Ordnung« seien und nur mehr Macht einfordern.⁸¹

Demgegenüber hatten die Kolonialherren *auf dem Land* die alte Struktur beibehalten, um ihre Herrschaft zu stabilisieren. Für die Land-Bevölkerung seien so nicht die Kolonialherren, sondern die »Modernisten« der städtischen Partei die größte Gefahr, weil sie die autochthone Gesellschaft zerreißen wollen. Zu dieser Spaltung tritt laut Fanon schließlich eine Gruppe von landlosen Bauern hinzu, die ihr Glück in der Stadt suchen und dort ein amorphes Lumpenproletariat bilden.⁸²

In dieser Analyse der Bevölkerungsgruppen hat Fanon die Erkenntnisse von Karl Marx' 18. *Brumaire des Louis Bonaparte* aufgenommen.⁸³ Marx hatte darin den französischen Staatsstreich von 1851 untersucht, mit dem Louis Napoleon die Republik gestürzt hatte und dann per Plebiszit zum Kaiser gewählt worden war. Marx musste vor allem mit einem Problem seiner eigenen Theorie fertig werden: Warum war nicht die vorhergesagte proletarische Revolution, sondern die monarchische Restauration eingetreten? In seiner Antwort führte Marx neue Akteure in seine Gesellschaftsanalyse ein. Er argumentierte zunächst, dass die Bourgeoisie nicht

77 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 48; vgl. Kebir: »Revolutionäre Subjekte bei Frantz Fanon«, S. 29–33.

78 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 49.

79 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 96.

80 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 93.

81 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 50.

82 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 95.

83 Siehe Marx: »Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte«, insb. S. 67–95, 114–128, und dazu der Verweis auf die »Geschichte der bürgerlichen und proletarischen Revolutionen« bei Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 95.

mehr eine Klasse sei, sondern sich in zwei Fraktionen gespalten hätte. Darüber hinaus nannte er zwei neue Klassen, die bisher in seiner Analyse fehlten. Die Bauernschaft und das Lumpenproletariat hätten demnach die proletarische Revolution nicht nur gebremst, sondern waren als Handlanger sogar entscheidend für den Erfolg Bonapartes gewesen. Schließlich entdeckte Marx den Staat bzw. die Exekutive als einen eigenständigen Akteur, der mehr ist als nur das Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse. Der 18. *Brumaire* führte Marx so zu einer graduellen Revision seiner Geschichts- und Klassentheorie.

Fanon griff die Einsichten dieser Revision auf, um sich die Frage erneut vorzulegen, wie eine Revolution geschafft und die Konterrevolution verhindert werden könne. Er ging davon aus, dass die Revolution in zwei Stufen verfahren müsse: Zunächst müsse die alte Ordnung im Befreiungskampf niedergeworfen werden. Diese Stufe, so Fanons Überzeugung, entwickle sich am besten vom Lande kommend. Der nationale Militant solle sich zu den Bauern zurückziehen, sie kennenlernen und ihr aufständisches Potenzial entdecken. Von lokalen Bauernaufständen solle die Revolution dann mit Gewalt in die Städte vordringen, wo sich die Aufstände mit dem Lumpenproletariat verbinden. »In dieser Periode ist das Spontane König«, schrieb Fanon,⁸⁴ denn die Gewalt und der unmittelbare kollektive Akt formieren eine nationale Einheit.

Die große Schwierigkeit sei dann aber, den Übergang von dieser ersten Phase in die zweite Phase zu schaffen, in der eine neue gesellschaftliche Struktur aufgebaut werden müsse. An dieser Stelle erweist sich Fanons Buch als eine radikale Kritik der Spontaneität, die nun dem Erfolg im Wege stehe:

»Die Einmütigkeit im Kampf, die in den ersten Stunden des Aufstands so fruchtbar, so großartig war, zerfällt. Die nationale Einheit zerbröckelt, der Aufstand steht vor einem entscheidenden Wendepunkt. [...] Dieser spektakuläre Voluntarismus, der mit einem Schlag das kolonisierte Volk zur absoluten Souveränität führen wollte, diese Gewißheit, [...], diese Kraft [...] offenbaren sich der Erfahrung als eine sehr große Schwäche. Solange er glaubte, ohne Übergang vom Status des Kolonisierten zum Status des souveränen Staatsbürgers einer unabhängigen Nation gelangen zu können, solange er sich an das Trugbild der unmittelbaren Wirksamkeit seiner Muskeln hielt, machte der Kolonisierte keine wirklichen Fortschritte auf dem Wege der Erkenntnis. Sein Bewußtsein blieb rudimentär.«⁸⁵

Der Spontaneität wird hier die *Souveränität* entgegengesetzt. Diese wird allerdings qualifiziert: Sie ergibt sich nicht aus einem Gewaltschlag oder aus der formalen Anerkennung durch die Kolonialherren, sondern erst durch die *Bildung eines Bewusst-*

84 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 112f.

85 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 117f.

seins.⁸⁶ Diesen Prozess konzipierte Fanon im Folgenden als eine Rationalisierung des Aufstandes, der durch die Führung der Partei angeleitet werden müsse. Statt sich wie bisher von der Masse abzuwenden, müsse die Elite die Aufgabe annehmen, die Masse zu erziehen,⁸⁷ denn ihr »Geburtsfehler« sei ein Mangel an Wissen und Bewusstsein.⁸⁸ Die »ununterbrochenen Aufklärungen des Bewußtseins« führen dann zu einem »Strom der gegenseitigen Belehrung und Bereicherung zwischen der kämpfenden Nation und ihren Führern.«⁸⁹ Mit dieser *gegenseitigen* Bewusstseinsbildung werde die Gefahr abgewendet, dass die im Kampf geschmiedete Einheit des Volks zerfällt.

Ein besonders heikler Moment war in dieser Hinsicht der Übergang in die formale Unabhängigkeit.⁹⁰ Fanon sah erneut eine Spaltung des Volkes kommen, wenn es nicht in der Lage wäre, das einfache Freund-Feind-Denken des Kampfes abzuliegen und zu entdecken, dass manche Kolonialherren nicht dem Stereotyp entsprechen und dass der Macht- und Geschäftssinn mancher »Eingeborenen« weder vor Krieg noch vor Ausbeutung haltmache: »Genau in diesem Moment des Kampfes ist das Erklären von entscheidender Bedeutung«, mahnte Fanon, »weil es das Volk von einem allgemeinen und undifferenzierten [sic!] Nationalismus zu einem sozialen und wirtschaftlichen Bewußtsein übergehen lässt.«⁹¹ Erst dieses umsichtige Selbstbewusstsein befähige das Volk zu verantwortungsvollem Handeln, durch das es seine Würde und dadurch seine Souveränität gewinne: »[D]ie afrikanischen Völker haben bald begriffen, daß Würde und Souveränität absolut äquivalent sind. Ein würdiges und freies Volk ist ein souveränes Volk. Ein würdiges Volk ist ein verantwortliches Volk.«⁹²

Man sieht an diesen vielfach redundanten Formulierungen von Fanon, wie stark sich ein semantisches Feld um die Idee der Souveränität aufbaut, das ein

86 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 118–121.

87 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 125; s.a. S. 160f.: »Um zu dieser Auffassung der Partei zu gelangen, muß man sich vor allem von der ganz westlichen, ganz bürgerlichen [...] Vorstellung befreien, daß die Massen unfähig seien, sich selbst zu regieren. Die Erfahrung beweist, daß die Massen die kompliziertesten Probleme genau verstehen. [...] Man kann dem Volk alles erklären, allerdings unter der Voraussetzung, daß man wirklich will, daß es versteht.«

88 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 93; s.a. 116.

89 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 122. Die Gegenseitigkeit ist öfter übersehen worden. So schreibt Eckert Fanon einen Schematismus zu, in dem organisierte Arbeiter und Kleinbürgertum per se Verräter seien, während Bauern und Lumpenproletariat die wahren Freiheitskämpfer seien. Fanon aber hatte auf beiden Seiten Defizite konstatiert und deshalb eine gegenseitige Selbstaufklärung angestrebt. Ob grundsätzlich eine Dechiffrierung der kolonialen Sozialstruktur in marxistischen Begriffen gewinnbringend ist, ist eine andere Frage und der eigentliche Kritikpunkt in Eckert: »Predigt der Gewalt?«, S. 147f.

90 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 123–125.

91 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 123.

92 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 169.

aufklärerisch-humanistisches Ethos zum Ausdruck bringt.⁹³ Souverän werde man durch eine ›Aufklärung‹ über sich selbst, in deren Folge man ›Verantwortung‹ für die ›Gestaltung‹ der Zukunft übernehme. Souveränität stellte für Fanon also eine materiale Subjektwerdung dar, in der der Mensch erst zum Menschen und das Volk zum Volke wird. Dabei werden der Einzelne und das Volk gleichermaßen als eine *personale, subjektive Einheit* verstanden.

In politischer Hinsicht setzt Fanons Konzept der Souveränität ein anspruchsvolles Arrangement voraus, das Fanon als »eine neue Politik« charakterisierte.⁹⁴ Es stellt dem Volk einerseits die Aufgabe, seine eigene Würde gegen Okkupanten, Diktatoren und Ausbeuter zu verteidigen und seine Souveränität durch die Wahl der richtigen Führung zu beweisen. Andererseits setzt es auf eine politische Führung, die als Kopf der organischen Einheit angesehen wird. Dabei ist es die Aufgabe der Führung, das Volk durch ein responsives Verfahren zu integrieren und ein politisches Programm zu entwerfen, das das Gesamtinteresse repräsentiert und eine kollektive Zukunft gestaltet: »Ein Schicksal kollektiv gestalten heißt, Verantwortung in der Dimension der Geschichte übernehmen.«⁹⁵

Mit diesem marxistisch-humanistischen Souveränitätsprojekt setzte sich Fanon gegen die Négritude-Bewegung ab, deren Pan-Afrikanismus in gewisser Hinsicht ein paralleles Projekt zur Einigung Europas darstellte.⁹⁶ Im Unterschied dazu sollte die Einheit Afrikas hier aber vor allem auf einer einheitlichen afrikanischen Kultur beruhen. Zumindest war *Négritude* für Fanon gerade deshalb ein Problem, da sie in seinen Augen nur eine Spielart des westlichen Rassismus sei, in der das essenziell Weiße durch ein essenziell Schwarzes ersetzt würde. Darüber hinaus habe die Négritude-Bewegung nicht verstanden, dass Kultur für einen Befreiungskampf gar keine hinreichende Grundlage biete. Man brauche eine umfassende ökonomische und politische Selbstfindung, aus der dann im Befreiungskampf eine *neue* politische Kultur gewonnen werde.⁹⁷

Diese politische Kultur hatte für Fanon zwei Seiten. Auf der einen stand das souveräne Selbstbewusstsein, das für jedes Volk eigene Projekt; auf der anderen

93 So heißt es dann auch: »Im Grunde muß man eine Konzeption vom Menschen, eine Konzeption von der Zukunft der Menschheit haben.« (Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 173).

94 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 125; siehe auch S. 68.

95 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 174. Dort betont Fanon dann noch einmal, dass die vorerste Aufgabe der Regierung sei, »jedem Staatsbürger seine Würde zurückgeben, die Gehirne ausstatten, die Augen mit menschlichen Dingen anfüllen, ein menschliches, weil von bewußten und souveränen Menschen bewohntes Panorama entwickeln«.

96 Siehe den Vortrag *Über nationale Kultur* in Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 175-209. Zur *Négritude* und Fanons Kritik Eckert: »Afrikanische Intellektuelle und Aktivisten in Europa und die Dekolonisation Afrikas«; Kühnhardt: *Stufen der Souveränität*, S. 50-52, 93-101; Haddour: »Sartre and Fanon«.

97 Siehe Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 207.

stand eine allgemeine Verpflichtung gegen die Menschheit. Jede politische Kultur müsse eine »neue Menschlichkeit – für sich selbst und für die anderen«⁹⁸ definieren und hieraus die Prinzipien des Kampfes ziehen. In diesem Sinne verteidigte Fanon den Nationalstaat: Ein souveränes Nationalbewusstsein war für ihn die Voraussetzung für den Schritt zu einer gemeinsamen afrikanischen Verantwortlichkeit und schließlich zu einem »neuen Humanismus«. Nur wer sich selbst aufgeklärt hatte, besitze die charakterliche Stärke und die Umsicht, mit der man Verantwortung für andere übernehmen könne. Das galt für die Einheit der Gesellschaft und für ihr Verhältnis nach außen: »Das Selbstbewußtsein ist kein Sichabschließen gegenüber der Kommunikation. Die philosophische Überlegung lehrt uns vielmehr, daß es deren Voraussetzung ist. Nur das Nationalbewußtsein, das kein Nationalismus ist, vermag uns eine internationale Dimension zu geben.«⁹⁹

Damit zog Fanon die Konsequenz aus seiner Diagnose, dass das Kolonialregime eine »pathologische Zerstückelung«¹⁰⁰ des Menschen und des Kollektivs gewesen sei. Die Verbrechen Europas sah er als einen Verrat an den »von Europa einst vertretenen großartigen Lehren«.¹⁰¹ Die Wiedergewinnung der Souveränität durch den antikolonialen Kampf wurde so in eine universelle Entwicklungsperspektive eingeordnet, mit der man wieder Anschluss an Aufklärung und Humanismus finden sollte. In dieser Allgemeinheit mussten dann die bisherigen Kolonisatoren einbezogen werden, weswegen Fanon eben nicht einen »schwarzen« oder »afrikanischen« Menschen entwerfen wollte.

Aus diesem Grund richtete sich *Die Verdammten dieser Erde* nebenbei auch an eine europäische und amerikanische Leserschaft.¹⁰² Fanons Text sprach die Kolonisatoren aber nicht direkt an. Er war vielmehr eine Vorführung, die zeigte, dass die Unabhängigkeit gerade nicht von der Anerkennung der Kolonialherren abhängig war, sondern von der Selbst-Bildung einer neuen Nation. Andererseits führte Fanons Schrift den »Massen Europas« das Scheitern ihrer eigenen humanistischen Ansprüche vor Augen und regte eine Selbst-Aufklärung an: »Heute müssen sie sich entscheiden, sie müssen aufwachen, zu einem neuen Bewußtsein kommen und ihren verantwortungslosen Dornröschenschlaf ein für allemal aufgeben.«¹⁰³

Um diese Aufforderung möglichst wirkungsvoll an das europäische Publikum zu richten, hatte Fanon seinen Herausgeber François Maspero explizit angewiesen,

98 Hier und im Folgenden siehe Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 207.

99 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 208. Vgl. dazu auch Eckert: »Predigt der Gewalt?«, S. 173; Butler: *Senses of Subject*, S. 191-193.

100 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 266.

101 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 266. Dort finden sich auch noch einmal die Körper- und Zerstückelungsmetaphoriken.

102 Butler: *Senses of Subject*, S. 177, diskutiert die Anrede in Sartres Vorwort, sieht sie aber bei Fanon gerade nicht.

103 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 87 (beide Zitate).

den bereits berühmten Jean-Paul Sartre um das Vorwort zu bitten: »Sag ihm, dass ich jedes Mal, wenn ich am Schreibtisch sitze, an ihn denke«, fügte Fanon dieser Bitte hinzu.¹⁰⁴ Den engen Dialog, den er mit Sartres Existenzialismus führte, erkennt man auch daran, dass bei Sartre eine ähnliche Konzeption der Überwindung des Gegebenen durch Selbstbewusstwerdung zu finden ist.

Wie Fanon hatte auch Sartre betont, der Existenzialismus sei ein Humanismus. Trotz der faktischen Bedingtheiten, in die der Mensch *geworfen* sei (wie z.B. sein Körper, seine historische und soziale Situation, seine Sterblichkeit), habe nur der Mensch immer die Möglichkeit, diese Bedingungen in seiner Entscheidung zu überwinden. Der Selbstentwurf eines Menschen dürfe allerdings nie nur für sich selbst stehen, sondern müsse dem Test der Verallgemeinerbarkeit standhalten: »man [muss] sich immer fragen: was geschähe, wenn alle so handelten?«¹⁰⁵ Es ist daher die moralische Entscheidung des Einzelnen, sich als Gattungswesen in die Zukunft zu *entwerfen*. Darin realisiere sich die Souveränität.¹⁰⁶

In Sartres philosophischer Perspektive wurde so gewissermaßen eine universelle Revolte anvisiert, die das Bestehende allerorts überschreiten kann. Fanon hatte dagegen eine ganz konkrete politische Situation vor Augen, die überwunden werden musste, um eine neue *souveräne Einheit* zu schaffen, die auch Verantwortung nach außen übernehmen könnte. Damit ließe sich eine neue »Gesellschaft aller Menschen«¹⁰⁷ begründen, die nicht den gleichen Fehler wie der bürgerliche Humanismus begehe: ein Menschenbild zu fixieren, das dann andere mit Faschismus und Kolonialherrschaft unterdrückt.

Dieses subversive existenzialistische Programm entwickelte eine große Anziehungskraft auf die europäischen Intellektuellen und machte Sartre wie Fanon zu dominanten Intellektuellenfiguren der 1960er Jahre.¹⁰⁸ Fanons Anziehungskraft war dabei freilich am größten, wenn es darum ging, die heimischen Kämpfe gegen den Kapitalismus mit dem Kolonialkampf zu einem großen Konflikt zu verbinden.

104 »Dites-lui que chaque fois que je me mets à ma table, je pense à lui«, heißt es in einem unveröffentlichten Brief im Archiv des Herausgebers (zit.n. Cohen-Solal: *Sartre*, S. 555 (eigene Übersetzung)). Vgl. Bernasconi: »Fanon's *The Wretched of the Earth* as the Fulfillment of Sartre's *Critique of Dialectical Reason*«, S. 37.

105 Sartre: »Der Existenzialismus ist ein Humanismus«, S. 122. In der *Kritik der dialektischen Vernunft* brachte er dies auf den Begriff: »[D]ie Souveränität ist der Mensch selbst als Akt, [...] insofern er Einfluß auf die Welt hat und sie verändert. Der Mensch *ist souverän*. [...] Die einzige Einschränkung der Souveränität des Menschen über alle Anderen ist die einfache Wechselseitigkeit, das heißt die volle Souveränität aller und eines jeden über ihn.« (Sartre: *Kritik der dialektischen Vernunft*, S. 646).

106 Siehe, einschließlich der Wortwahl, Sartre: »Der Existenzialismus ist ein Humanismus«, S. 131, 142; Sartre: »Die cartesianische Freiheit«, S. 109; Sartre: »Zum Existenzialismus«, S. 96-98; vgl. Galle: *Der Existenzialismus*, S. 7-11, 18-31.

107 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 266.

108 Vgl. Eckert: »Predigt der Gewalt?«, S. 172; Schnell: »Die Literatur der Bundesrepublik«, S. 611f.

Der Algerienkrieg förderte aber die Ventilation des Souveränitätsdenkens auch in anderer Hinsicht. Schon 1958 hatte er die IV. Republik zu Fall gebracht, deren Verfassung noch explizit die Aufgabe französischer Souveränität zugunsten einer europäischen Vereinigung befürwortet hatte. Die neue Verfassung der V. Republik wurde auf Charles de Gaulle zugeschnitten, der die Souveränität Frankreichs ins Zentrum stellte.¹⁰⁹

Das christlich-liberale Narrativ: Bertrand de Jouvenel

Das subversive Narrativ bediente sich ausführlich bei aufklärerischen Motiven, um die Machbarkeit der Geschichte und das Souveränwerden des Subjekts auf individueller und kollektiver Ebene nachzuvollziehen. Zeitlich gesehen ist dieses Narrativ linear strukturiert: Es reicht von der Vergangenheit der Fremdherrschaft über den gegenwärtig notwendigen Prozess des Sich-Selbst-Bewusstwerdens hin zu einem politischen Programm für die Zukunft, mit dem man auf das *télos* einer aufgeklärten, menschlichen Gesellschaft zusteuere.

Um diese Zielstellung zu erreichen, muss jedoch die Spaltung der Gesellschaft überwunden werden. Neben der Spaltung von Elite und Masse kam dabei im subversiven Narrativ auch die Spaltung von Stadt und Land in den Blick. Souveränität enthielt damit eine besondere räumliche Dimension. Fanons Text erinnert daher auch an die Lehr- und Wanderjahre des Helden aus dem aufklärerischen Bildungsroman. Seine Darstellung inszeniert die Reise des »nationalen Militanten« auf das Land, wo er sich wandle und dann erst wieder zurück in Stadt gehen könne, um das Land zur Souveränität zu führen. Auch der Erzähler Fanon führt diese Wanderung vor, indem er die Ereignisse vor Ort immer wieder mit theoretischen Überlegungen verknüpft, die er andernorts aufgenommen hatte. Die Ortsverschiebung ist hier wie dort eine Parabel der Bewusstseinsbildung, an deren Ziel eine souveräne Persönlichkeit steht.

Das christlich-liberale Narrativ konnte an diese säkulare Tradition der Aufklärung nicht ohne Weiteres anschließen. Sein Ausgangspunkt war ein ganz anderer: Souverän ist allein Gott.¹¹⁰ Dementsprechend schreibt das christlich-liberale Narrativ eine andere Verlustgeschichte der Souveränität. Die ursprüngliche Einsicht, dass der souveräne Wille an die göttliche Gerechtigkeit gebunden war, sei verloren gegangen. Die Frage nach dem *Inhalt* souveräner Entscheidungen sei Schritt für Schritt vom bloßen Machtstreben verdrängt worden, und übrig geblieben sei

109 Vgl. Kalter/Rempe: »La République décolonisée«, S. 170–172, 178. Auch Zeitgenoss:innen haben in de Gaulle einen Vertreter der Souveränitätsidee gesehen. Siehe etwa Lipgens: »Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946«, S. 68f.; Scherk: *Dekolonisation und Souveränität*, S. 8.

110 Siehe Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 74f.; Haug: *Die Schranken der Verfassungsrevision*, S. 60f.; Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 232–235.

ein Positivismus, für den Souveränität die willkürliche Entscheidung eines Königs, eines Staates oder eines Volks bedeute.¹¹¹

In diese Kritik schloss das christlich-liberale Narrativ explizit die modernen Demokratien ein. Sie haben übersehen, dass ihre Idee der Volkssouveränität nichts anderes sei als die Willkürherrschaft des Königs: »In Wirklichkeit sind beide ein und dasselbe System, dem man aus denselben Gründen huldigt, vor allem weil vereinfachende Formeln auf träge Geister verführerisch wirken«, schrieb etwa Bertrand de Jouvenel.¹¹² Dem sekundierte der Schweizer Theologe Emil Brunner: »The unlimited sovereignty of the people and the unlimited sovereignty of the state are simply two forms of *superbia*, the one individualistic, the other totalitarian.«¹¹³

Das christlich-liberale Narrativ zielte daher auf eine Wiederentdeckung der Wertedimension der Souveränität. Es war dadurch in verschiedenen Programmdiskussionen der Nachkriegszeit präsent. Eugen Gerstenmaiers, der sogenannte Chefideologe der CDU und Bundestagspräsident von 1954 bis 1969, hatte das Werk seines Lehrers Emil Brunner als Grundlage für den Neuaufbau Deutschlands und das programmatische Profil der CDU ins Spiel eingebracht, während es zugleich von den deutschen Ordoliberalen intensiv rezipiert wurde.¹¹⁴ Ein anderer Vertreter dieses Narrativs, der Völkerrechtsprofessor Hans Haug, der die Tradition der Züricher Völkerrechtsschule um Dietrich Schindler fortsetzte, bot damit eine rechtsphilosophische Grundierung des Roten Kreuzes an, dem er in der Schweiz über mehrere Jahre vorstand. Jouvenel wiederum war nicht nur ein umtriebiger Intellektueller mit Verbindungen zur *Mont Pèlerin Society* und zur »Zukunftsforschung«; er wurde auch 1962 vom *Commissariat Général du Plan* in die *Groupe 1985* berufen, um die Regierung zum nächsten Wirtschaftsplan zu beraten.¹¹⁵

Dass diese Vertreter die Wertedimension der Souveränität wieder stark machen wollten, wird bereits in ihren Buchtiteln deutlich. So nannte Brunner sein international erfolgreiches Buch schlicht »Gerechtigkeit«, während Bertrand de Jouvenel laut dem Untertitel von *Über die Souveränität* auf der »Suche nach dem Gemeinwohl« war und dabei auf das Problem der Gerechtigkeit stieß. Der (ge)rechte »Wertgehalt des souveränen Willens« wurde hier zum Maßstab des politisch Guten

111 Siehe Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 21–26. In diesem Sinne kommt auch Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 67–74, auf die »christlich-liberale Zürcher Schule« zu sprechen, was ich im folgenden Unterkapitel darstelle.

112 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 233.

113 Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 213.

114 Vgl. Klein: »Eugen Gerstenmaier – Der »Chefideologe« der Union«, S. 252 (unklar und unbegründet bleibt, wie er von dort zum Urteil der Erfolglosigkeit Brunners gelangt); Petersen: »Emil Brunner's Social Ethics and its Reception in Ordoliberal Circles«. Die Verbindung zum Ordoliberalismus zeigt sich immer wieder in Fußnoten.

115 Vgl. Seefried: *Zukünfte*, S. 83.

(*bien Politique*).¹¹⁶ Dass dies kein einfaches Unterfangen war, gab Jouvenel unumwunden zu: »Diese Arbeit [...] hat mich viel Mühe gekostet und wird, fürchte ich, dem Leser gleichfalls viel Mühe machen.«¹¹⁷ Dennoch – oder: gerade deswegen – soll seine Darstellung im Folgenden exemplarisch rekonstruiert werden.

Jouvenels Darstellung *Über die Souveränität* hatte eine Vorgeschichte. In seinem Buch über Macht hatte er bereits die Fehlentwicklung der modernen Politik nachgezeichnet. Dabei verallgemeinerte er im Grunde Tocquevilles These, dass der Absolutismus durch die Französische Revolution nicht beendet, sondern erst geschaffen worden sei. Infolgedessen sei alle Macht im Staat konzentriert worden, ohne eine substanzielle Begrenzung zu finden.¹¹⁸ Im Fortsetzungsband ging es ihm nun darum, die Ideen zu bergen, die seither vergessen worden waren.

Er widmete sich daher einer systematischen Rekonstruktion der Souveränitätstheorien vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, die er »bewunderungswürdig« fand und »gerade heute« empfahl.¹¹⁹ Der Kern seiner Rekonstruktion lautete: »Das Ancien Régime hat die heute geltenden absolutistischen Ideen nie anerkannt.«¹²⁰ Von Bossuet und Théodore de Bèze, L'Oyseau und Leibniz bis hin zu Kardinal Richelieu und Kanzler D'Aguesseau – keiner habe gedacht, dass der königliche Wille willkürlich sei. Die wahre Auffassung sei gewesen, dass der königliche Wille einen idealen, transzendentalen Charakter habe.

Diese Überzeugung teilte Jouvenel mit seinen historischen Helden. Er unterschied wie sie den subjektiven Willen des Menschen von einem objektiven Willen, der wahrlich souverän sei, weil er auf das höchste Gut ziele und die göttliche Gerechtigkeit verkörpere: »So ist eine überstürzte persönliche Willensäußerung des Menschen, der König ist, keineswegs der königliche Wille, sondern muß als eine ungeordnete, augenblickliche Willensäußerung genommen werden.«¹²¹ Wenn aber ein königlicher Wille vorliege, »ist [es] gerecht und vernünftig, daß dieser Wille keine Grenzen noch Gehorsamsschranken« habe, denn »er strebt absolut zum Besten und muß darum unbedingt befolgt werden.«¹²² Die Folge ist freilich, dass der Souverän selbst eigentlich ein Unterworfener ist, der dem objektiven Willen gehorcht:

116 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 111; s.a. S. 25. Die deutsche Ausgabe übersetzte *bien Politique* mit Gemeinwohl.

117 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 15.

118 Jouvenel präsentierte den Band selbst als »eine unmittelbare Fortsetzung« (Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 15). Vgl. zu *Pouvoir* Anderson: »Bertrand de Jouvenel's melancholy liberalism«, S. 94–96; Mahoney: *Bertrand de Jouvenel*, S. 25–52.

119 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 233, vgl. auch Mahoney: *Bertrand de Jouvenel*, S. 100–110.

120 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 233.

121 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 241.

122 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 240.

»Der vollkommene Souverän ist somit, wenn man es so ausdrücken darf, vollkommen unfrei.«¹²³

In dieser paradoxen Formulierung kommt die »Zweifaltigkeit«¹²⁴ der Souveränität zum Ausdruck, in der Macht und Gerechtigkeit zusammenfallen. Bei dieser Engführung handelt es sich um ein typisches Merkmal des christlich-liberalen Narrativs, das seine Quelle freilich in der Position Gottes hat. Die »geheime Affinität« von hierarchischer Macht und souveräner Gerechtigkeit bestehe, weil es nicht ausreiche, wenn das eigene Wollen auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist.¹²⁵ Man müsse auch andere Menschen hiervon überzeugen können und sie zu »Aggregaten« zusammenführen. Erst in diesen Gemeinschaften könne man das Gute realisieren.¹²⁶

Diese Fähigkeit, Aggregate zu gründen, nannte Jouvenel dann Autorität. Sie bestand für ihn darin, »Willensströmungen zu bestimmen«, sie zu »Taten zu führen« und dann die »Zusammenarbeit zu regeln und zu institutionalisieren«.¹²⁷ Im Unterschied zum Gründungsakt, der laut Jouvenel nur einen Führer (*dux*) brauche, zeichne sich aber der König (*rex*) dadurch aus, dass er die Gründung auch verstetigen kann. Die Stabilisierung des Gemeinwesens brauche eine wahrlich souveräne Autorität. Eine Gewaltherrschaft – wie etwa Faschismus und Nationalsozialismus – allein könne sich daher am Ende nie aufrechterhalten.¹²⁸

Die Zusammenführung von Macht und Gerechtigkeit erfüllte argumentativ also einen doppelten Zweck. Einerseits grenzte es die Konzeption von Willkür- und Gewaltherrschaften ab, andererseits rechtfertigte sie dennoch eine hierarchische Ordnung der Gesellschaft. Sie brauche eine Führung, die aber wiederum selbst auf die Einsicht in die Gerechtigkeit angewiesen ist. Freilich verfügt aber, wie oben angedeutet, in Jouvenels Sicht keine politische Führung per se über diesen souveränen Willen. Weil die Regierenden »nicht anders als alle anderen Menschen«¹²⁹ sind, benötigen sie den Rat anderer Menschen. Während die Regierenden daher *verpflichtet* sind, ihre Entscheidungen im Rate zu treffen, seien alle anderen Menschen *verpflichtet*, gegen einen ungerechten Willen vorzugehen.¹³⁰

Damit platzierte Jouvenel den souveränen Willen im Spannungsfeld zwischen zwei Fixpunkten, nämlich der göttlichen Vernunft und dem menschlichen Gewissen. Dieses Spannungsfeld lässt sich aus der Perspektive des Königs betrachten,

123 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 245. Auf den vorhergehenden Seiten verlieh er vehement der Vernunfttheorie Nachdruck; vgl. dazu auch Mahoney: *Bertrand de Jouvenel*, 102-104.

124 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 122.

125 Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 196.

126 Siehe z.B. Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 39-44, ähnlich Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 196-199.

127 Siehe, auch im Folgenden, Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 39.

128 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 41f., 47f.

129 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 234.

130 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 240f.: »Einhalt zu gebieten [ist] die Aufgabe der Ratgeber«.

der auf den Status des fehlbaren Menschen zurückgeholt wird und daher sein eigenes Gewissen prüfen (lassen) muss; es lässt sich aber auch aus der Perspektive aller anderen Menschen betrachten, die nun gleichsam als Souveräne herausgehoben werden: »Jeder Mensch ist von Natur aus souveräner Herr seiner Kräfte und kann sie nach Gutdünken verwenden.«¹³¹ Für jeden Einzelnen galt damit das gleiche Problem, sich »königlich« zu betragen.¹³² Der Mensch erlangt Freiheit und Würde nicht, indem er nach seinem Gutdünken, also willkürlich handle, sondern erst, »sobald und insofern man selbst Richter über seine Verpflichtungen ist und sich selbst zwingt, sie einzuhalten.«¹³³ *Souverän* werde man also, indem man seinen bloßen Willen freiwillig sublimiert und die Pflicht eines objektiven Willens anerkennt.

In diesem Zusammenhang sprach Jouvenel auch von einer spirituellen »Einsicht durch das Licht«¹³⁴ Gottes. Er stellte sich diesen Prozess, mit dem man sich um einen Zugang zum objektiven Willen bemühen könnte, in zwei Schritten vor. Der erste Schritt sei, dass man sich vom eigenen Ich befreien und zu einem »Kollektiv-Ich, d[em] ›Wir‹«, finden müsse, sodass die Menschen »ausschließlich vom Gedanken an das Ganze beseelt sind.«¹³⁵ Wie Rousseau es richtig formuliert habe, müsse jeder in seinem Inneren mit sich zu Rate gehen, um sich von Sonderinteressen freizumachen und ein moralisches Gewissen auszubilden. Dieser »Dialektik« von Ich und Kollektiv-Ich folge dann eine weitere Dialektik, nämlich die Beratung untereinander, mit der man sich weiter dem allgemein Guten annähere.¹³⁶

Diese Repräsentationstheorie brachte Jouvenel mit politischen Ordnungsmodellen zusammen. Während die Säuberung des Ichs, wie Jouvenel es auch nannte, in den monarchischen Gesellschaften durch Krönungszeremonien und religiöse Riten vollzogen worden sei, bleibe dort die Beteiligung an der gegenseitigen Beratung eher begrenzt.¹³⁷ Auch die Theorien der Volkssouveränität könnten dieses Kriterium guter Politik aber letztlich nicht bedienen, weil sie den notwendigen ersten Schritt, das Souveränwerden der Einzelnen, einfach unterschlagen:

»Es gibt eine bedeutende Literatur über die Pflichten des Souveräns, die am Ende des Ancien Régimes plötzlich aufhört. Als ob es bloß die Könige nötig gehabt hätten, ermahnt und angeleitet zu werden, nicht aber die Bürger, die nun selbst ›den Souverän‹ ausmachen, und nicht die Volksvertreter, die dessen Rolle tatsächlich spielen und gemeinsam ›die Herrscherpersönlichkeit‹ bilden! [...] Im Volksstaat

131 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 113; s.a. S. 141.

132 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 121.

133 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 303, zur Gleichsetzung von Souveränität und Freiheit S. 113.

134 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 117.

135 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 118f.

136 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 319.

137 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 118f., 127f.

wie im monarchischen Staat [...] müssen die, welche die Entscheidung treffen, ermahnt und aufgeklärt werden. Man kann sagen, daß das System, das die größten Aussichten auf gute Entscheidungen bietet, jenes ist, welches die meisten vorhergehenden Diskussionen, die größte Erweiterung des ›Rates‹ vorsieht. Und das hängt an der moralischen Haltung und von der Einsicht ab, die sich im Rate zeigen.«¹³⁸

Sowohl die transzendente Repräsentationslogik als auch die Idee der Beratung fand Jouvenel aber in einem anderen ideengeschichtlichen Strang wieder. Sie seien nämlich der Grundgedanke des Liberalismus, der nichts anderes als eine »Licht-Philosophie« sei. Denn auf dem Gedanken der »natürliche[n] Erleuchtung [...] beruht zur Gänze die Idee einer Regierung durch die öffentliche Meinung und das Prinzip der freien Meinungsäußerung.«¹³⁹ Diese Idee stelle sich die Gesellschaft als »ein Betätigungsfeld empfangender und auswählender Gewissen vor«, in dem der Wettbewerb der Gewissen die Menschen sukzessive auf die Wahrheit lenke.¹⁴⁰

Mit dem Liberalismus teilte Jouvenel auch die Abneigung gegen alle Ansätze, die glaubten, sie hätten das wahre Gemeinwohl gefunden. Diese Überzeugung führe nur zu Tyrannei und Despotie.¹⁴¹ Gerade das Christentum betont freilich die Fehlbarkeit des Menschen. Doch wie können die Regierenden dann im Einklang mit dem Gemeinwohl handeln, wenn es doch scheinbar keinen Schlüssel dazu gibt? Jouvenel, der die politischen Wissenschaften als einen Ratgeber im oben gesehenen Sinne verstand, schlug drei zentrale Regeln vor.

Die grundlegende Aufgabe des Regierenden sei es, das »Vertrauen in den schließlichen Sieg des Gerechten und des Wahren« zu nähren.¹⁴² Die gegenseitige Sicherheit, dass der andere seinen Verpflichtungen wohlwollend nachkommt, sei die Vorbedingung des Guten,¹⁴³ wohingegen die Unsicherheit über das Verhalten der anderen »die Hauptursache des Zerfalls eines Gemeinwesens« ist.¹⁴⁴ Um die Sozialbindungen zwischen den Menschen zu stärken, nannte Jouvenel zwei Mittel: Das erste Mittel ist Erziehung, mit der der Mensch erst die Herrschaft über sich selbst erlange. Das zweite Mittel ist das Recht, mit dem die Tauschbeziehungen zwischen den Menschen gesichert werden, sodass keiner dem anderen schaden könne.¹⁴⁵ Die Regierung wird also wie bei Fanon und Kurihara zum Stabilisator

138 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 115f. (Hervorhebung hinzugefügt).

139 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 283, ähnlich auch S. 247, 326–328.

140 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 320; s.a. S. 326, 338.

141 Siehe Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 107–109, 132, 320, am Beispiel von Babylon und Ikarien S. 313–318.

142 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 338.

143 Siehe Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 151. Er entfaltete seine Idee des Bürgersinns ausführlich auf S. 131–168.

144 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 147f.

145 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 161, zur Erziehung siehe S. 44, 122, 159–161; vgl. auch Anderson: »Bertrand de Jouvenel's melancholy liberalism«, S. 99–101. Jouvenel kam immer wieder auch

des Gemeinwesens und der Erwartungshaltungen seiner Mitglieder; durch den Fokus auf moralische Erziehung und Rahmenbedingungen erhält es aber einen christlich-(ordo)liberalen Anstrich.¹⁴⁶

Dies gilt auch für den zweiten Ratschlag an die Regierenden: Wenn sie die Vorbedingungen für das Gute gesichert haben, sollen sie vor allem andere handeln lassen. Sie selbst sollen nur als letzte Instanz des Richtens ins Spiel kommen, wenn anders nicht mehr entschieden werden kann.¹⁴⁷ Diese Rücksichtnahme bedeutet einerseits für den Staat nur die Aufgaben zu übernehmen, die notwendig sind, damit das Sozialwesen nicht zerfällt. Andererseits ermöglicht diese Zurückhaltung aber gerade den Wettbewerb der Meinungsäußerungen. Regierungen sollen auch deshalb die anderen handeln lassen, weil ihnen ebenfalls die »Partizipation [...] an der göttlichen Weisheit«¹⁴⁸ zukommt: »Man vergißt allzu oft, daß dieses Postulat der Teilhabeschaft des Menschen an der Intelligenz des Schöpfers erst die Vernunft verbürgt und uns zu ihrem Gebrauch ermächtigt.«¹⁴⁹

Die zu verwirklichende Teilhabe des Menschen an der göttlichen Vernunft unterstreicht das teleologische Moment im christlichen Denken, nach dem jeder einzelne Mensch auch *seine* Chance zur Teilhabe erhalten und nutzen *soll*. Gerechtigkeit bedeute demnach nicht Gleichheit, sondern dass jedem das Seine zukomme (*sum cuique*).¹⁵⁰ Wenn Regierende und Regierte am Gemeinwesen teilnehmen, lautete daher Jouvénels dritter Rat, sollen sich ihre Urteile an diesem Kriterium orientieren. Dafür muss man den »besonderen Zweck in Betracht ziehen«, auf den hin etwas zu beurteilen und zu verteilen ist.¹⁵¹ Genau wie bei der Bildung des Gewissens und der öffentlichen Meinung gebe es daher keine fixe Gerechtigkeitsformel, sondern nur einen Abwägungsprozess, der das Gute zwischen den beiden Fixpunkten des göttlichen Willens und der menschlichen Teilhabe sucht – souverän und königlich ist ein Wille nur dann, wenn man dieser Tugendpflicht nachgekommen ist.

auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die hierfür in modernen Gesellschaften aufgrund ihrer Vielfalt bestehen. Dies habe auch zu einer Verschiebung von Ritus auf Recht geführt. Zugleich gibt er zu, dass es ihm schwerfalle, konkrete Mittel zu nennen, weil sich Vertrauen am Ende selbst bilden müsse. So bleiben seine Vorschläge dann doch sehr vage.

146 Dies verhandelte Jouvénel unter dem Stichwort der Beständigkeit (Jouvénel: *Über Souveränität*, S. 62-74). Man sieht hieran die permanente Pendelbewegung, die seine Schrift auszeichnet. Aus verschiedenen Perspektiven und mit teils unterschiedlichen Begriffen kam er immer wieder auf die gleichen Gedanken zurück. So taucht z.B. auch das Problem des Vertrauens sowohl unter dem Kapitel *Vom politisch Guten* als auch in der Diskussion von Christentum und Liberalismus auf.

147 Jouvénel: *Über Souveränität*, S. 103-107 sowie S. 156f.

148 Jouvénel: *Über Souveränität*, S. 338.

149 Jouvénel: *Über Souveränität*, S. 326.

150 Siehe Jouvénel: *Über Souveränität*, S. 181f., 203.

151 Jouvénel: *Über Souveränität*, S. 193.

Jouvenels eigene Suche nach einer guten, man möchte sagen: erleuchteten Ordnung war einerseits eine ideelle Suche nach dem politisch Guten, andererseits die nach einem Koalitionspartner, mit dem das Gute realisiert werden konnte. Gerade daher betonte er die enge Verwandtschaft mit jenen Liberalen, die auf die Rationalisierung des politischen Diskurses durch regulierende Verfahren bestanden und/oder die Bedeutung von Rang und Status als Filterinstanz schätzten. Jouvenel – und auch die anderen vorgestellten Vertreter dieses Narrativs – stellten auf diese Weise die Anschlussfähigkeit an das Westminster-Modell der Demokratie und an den Ordoliberalismus der Nachkriegszeit sicher.¹⁵²

Dass es im christlich-liberalen Narrativ darum ging, unterschiedliche Positionen anzuziehen, zeigt sich auch an der Ähnlichkeit des katholisch geprägten Entwurfs von Jouvenel und den protestantisch geprägten Vorschlägen bei den Züricher Vertretern Brunner und Haug. Sie teilen mit Jouvenel zentrale Aspekte, die das christlich-liberale Narrativ auszeichnen: Während die anderen Narrative der Souveränität erst begründen mussten, warum Obrigkeit bzw. Führung überhaupt nützlich oder notwendig sei, war es für christliche Autoren schlicht eine göttliche Gegebenheit, dass Menschen in hierarchischen Beziehungen leben.¹⁵³ Diese Hierarchie steht dann aber folgerichtig im Dienste einer übergeordneten moralischen Instanz; nur Gott ist wahrlich souverän. Auf Erden handle darum nur derjenige souverän, der seine Fähigkeit im Sinne dieses höheren, objektiven Willens einsetzt. Daher sind hier praktische Fähigkeit und moralischer Auftrag *zwei unauflösbare Seiten der Souveränität*.

Interessanterweise stimmen die unterschiedlichen Vertreter des christlich-liberalen Narrativs nicht nur darin überein, dass »Zuhöchst-Sein« auch immer ein Zu-Recht-Sein impliziert.¹⁵⁴ *Gerechtigkeit* meint auch bei allen eine proportionale Gerechtigkeit, die jedem das Seine zuspricht (*suum cuique*) und bei der Verteilung stets am Wohl und der herausgehobenen Stellung der Menschen als Geschöpf Gottes orientiert ist. Diese können selbst urteilen, lautet die zentrale Einsicht: Nicht nur Regierungen, sondern jede:r Einzelne *kann und soll* eigenes und fremdes Handeln auf dieses göttliche Gerechtigkeitsprinzip prüfen. Dafür müssen Absichten und Taten daraufhin befragt werden, ob sie mit dem objektiven Willen Gottes im

152 Die Beziehung zum Ordoliberalismus zeigt sich auch oft in den Fußnoten in den Texten von Brunner, Haug und Jouvenel. Vgl. außerdem Petersen: »Emil Brunner's Social Ethics and its Reception in Ordoliberal Circles«. In der Tat nutzte im Übrigen der aufklärerische, universalistische Liberalismus häufig sakral aufgeladene Motive, zum Beispiel das allsehende Auge und das gleichschenklige Dreieck. Vgl. Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*; zu den sakralen Implikationen des Transparenzkonzepts August: »Ikonologie der Transparenz«.

153 Neben Jouvenel siehe auch Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 196f., 212.

154 Haug: *Die Schranken der Verfassungsrevision*, S. 42, zu Recht und Gerechtigkeit S. 44, 63–66 (*suum cuique*); dazu bei Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 17–19, 196–202.

Einklang stehen – kurz: Es ist die moralische *Pflicht*, ein Gewissen auszubilden und danach zu handeln. Dadurch realisiert der einzelne Mensch seine Souveränität.

Komplementär dazu spannt sich die Souveränität des Staates dann zwischen der Souveränität Gottes und der »Letztwertigkeit des Menschen« auf,¹⁵⁵ der an der göttlichen Souveränität teilhat und hieraus sowohl seine Handlungsfähigkeit als auch seinen Handlungsauftrag zieht. Partizipation und Eigenständigkeit sozialer Gruppen auf der einen Seite, Erziehung und Recht auf der anderen Seite werden so zu Kriterien guter politischer Ordnungen, weil sie helfen, Bürgerhandeln und Regierungshandeln dem göttlichen Willen anzunähern.¹⁵⁶ Aus dem Glauben an Gott wird so ein *Vertrauen* in die Welt und die Gestaltung der Zukunft gewonnen.

Mit den Begriffen *confiance* und *confidence* bringen das Französische und das Englische dieses Mitwirken des Glaubens (*con-fide*) im Handeln sehr viel deutlicher zum Ausdruck als der deutsche Begriff des Vertrauens. Gerade die deutlich christlich eingefärbte Semantik dieses Narrativs stellt einen Kontrast zum subversiven Narrativ (und auch zum bürgerlich-republikanischen Narrativ) her. Dies wird auch an dem Begriff der Pflicht (*devoir*) deutlich, der hier die Rolle spielt, die in den anderen beiden Narrativen durch den Begriff der Verantwortung übernommen wird. Ob und wie sich die Begriffe generell unterscheiden, ist in der praktischen Philosophie seit geraumer Zeit umstritten.¹⁵⁷ Historisch gesehen lässt sich im christlich-liberalen Narrativ aber eine zentrale Differenz erkennen: Der dortige Pflichtbegriff bezieht sich nämlich auf eine deontologische Logik. Er denkt sich also eine feste transzendente Sphäre, von wo Pflichten verteilt werden. Bei »Verantwortung« war dies nicht zwingend gegeben. Gerade Fanons Text zeigt, dass die Verantwortung

155 Haug: *Die Schranken der Verfassungsrevision*, S. 66 (Hervorhebung entfernt).

156 Für diesen Zusammenhang von Entwicklung, Erziehung und Gestaltungschancen siehe etwa Brunner: *Justice and the Social Order*, S. 62, 257f., für den Mittelweg zwischen Staatsintervention und Handeln gesellschaftlicher Gruppen S. 204f., für den Gerechtigkeitsbegriff nur beispielhaft S. 17-19, für die Relevanz des individuellen Gewissens und den Bezug zum Liberalismus S. 134f. Die Parallelen zwischen Jouvenel und Brunner gehen bis hin zu identischen Zitaten. Der Unterschied besteht freilich darin, dass Jouvenel die Protestanten in einer kleinen Spitze für das Vergessen der materiellen Dimension von Souveränität mitverantwortlich machte: Sie hatten im Theodizee-Problem den Willen Gottes über die Gerechtigkeit Gottes gestellt, wohingegen noch Descartes gewusst hätte, dass Gott auf Gerechtigkeit verpflichtet sei (Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 228f.).

157 Vgl. Neuhäuser/Buddeberg: »Einleitung«, S. 52f. Die Pflichten sind im christlich-liberalen Narrativ ein Dienst an der Gemeinschaft und konstituieren sie geradezu erst. Diese Bedeutung wird freilich aus der Exegese mittelalterlicher und kirchlicher Texte gezogen. Auch das Mittelhochdeutsche verstand im Übrigen unter *phliht* sowohl Dienst als auch Gemeinschaft, das zugehörige Verb sowohl »beteiligen« als auch »an etwas halten«. Vgl. den Eintrag »Pflicht« in Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache*.

im Gespräch mit einem Kollektiv und in historischer Dimension liegt. Sie entsteht also immanent, statt durch eine göttliche Wertesphäre.

Dieser Unterschied setzt sich auch in der dazu gehörigen Instanz der Urteilskraft ab. Hier steht das christliche Gewissen an der Stelle verortet, wo im subversiven Narrativ das soziale Bewusstsein greift. Dieser Kontrast wird allerdings im Französischen wiederum konterkariert, denn *conscience* war sowohl bei Fanon als auch bei Jouvenel der zentrale Begriff, den das Deutsche im einen Fall mit ›Bewusstsein‹, im anderen mit ›Gewissen‹ übersetzt. Auch mit Blick auf die objektive Wertesphäre lässt sich argumentieren, dass durch die Vorstellung der Menschlichkeit oder eines Wesens des Menschen ebenfalls ein abstraktes Wertekonzept eingeführt wird, von dem aus bestimmte feststehende Verhaltenserwartungen abgeleitet werden. Es ist daher erkenntlich, dass sich die Narrative zwar im Detail unterscheiden, prinzipiell aber ähnliche, humanistische Ansätze vertreten, um »Souveränität« mit einem Wertehorizont auszustatten.

Dies spiegelt sich in dem teleologischen Charakter der Staatskonzeptionen. Diesen teleologischen Charakter unterstrich Jouvenel, indem er politische Planung zu einem weiteren Instrument der Regierung erklärte. In *Über Souveränität* wies er zwar einerseits darauf hin, dass der Staat nicht zum monopolisierenden, despotischen Planer werden dürfe; andererseits beschrieb er es aber als Aufgabe der Regierung, Initiative und Beständigkeit in den dynamischen modernen Gesellschaften zusammenzuführen.¹⁵⁸ Gleichzeitig trieb Jouvenel die Entstehung der ›Zukunftsforschung‹ maßgeblich voran. Unterstützt wurde er hierbei von der Ford Foundation, die ihn ab 1961 für den Aufbau eines internationalen Verbundes von Wissenschaftler:innen und Intellektuellen zu diesem Thema förderte.¹⁵⁹

Als Leiter der *Futuribles* war er in engem Kontakt mit anderen Akteuren dieses Gebietes wie Daniel Bell oder auch der RAND-Corporation, die spieltheoretische Planungsinstrumente vorantrieb. Jouvenel hatte auch Biologie und Mathematik studiert und war insofern ideal, um als Mittler zwischen den verschiedenen Disziplinen zu dienen, die sich an der Erforschung und Planbarkeit der Zukunft versuchten. Am auffälligsten ist dabei die kurze Passage, in der Jouvenel ganz explizit seine ›eigene‹ Semantik ablegt, um an die der Kybernetik anzuschließen:

»Das Thema [...] lässt sich auch mit modernen Worten sehr gut wiedergeben. Unter ›Feedback‹ versteht man heute bestimmte Organe bei einem Lebewesen bzw. Vorrichtungen in einer Maschine. Sie haben die Funktion, eine abweichende oder über ihr Ziel hinauschießende Bewegung zu registrieren und in das Zentrum dieser Bewegung wirksame ›Botschaften‹ zu senden, damit deren Wirkungen auf das

158 Siehe Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 75f., 106-108; vgl. Anderson: »Bertrand de Jouvenel's melancholy liberalism«, S. 99f.

159 Vgl., auch zum Folgenden, Seefried: *Zukünfte*, S. 75-85, 90-100.

zum optimalen Funktionieren des Organismus oder der Maschine erforderliche Maß zurückgeführt werden.«¹⁶⁰

Für Jouvenel spiegelte sich in diesem Regelkreis-Denken die liberale Idee, dass Beratung und Deliberation dem regierenden Willen so Rückmeldung (»Feedback«) geben, dass er sich alleine auf das vorgegebene (souveräne) Ziel ausrichte. Mit dieser Interpretation der Kybernetik wären allerdings zahlreiche Beteiligte nicht einverstanden gewesen, nicht nur weil es die Kybernetik auf negatives Feedback reduzierte, statt Abweichungsverstärkungen einzubeziehen, sondern auch weil es die Kybernetik damit an ein aus ihrer Sicht veraltetes Sozialmodell fesselte, wie im zweiten Teil der Arbeit zu sehen sein wird.

Interessanterweise ging auch Jouvenel zu einem technizistischen Modell der Zukunftsforschung auf Distanz, allerdings in eine andere Richtung.¹⁶¹ Er war nämlich nicht bereit, die Gesellschaft als vorhersagbaren technischen Apparat zu begreifen und wies eine Mathematisierung des Menschen und seiner Zukunft zurück. Zukünfte, das war Jouvenels Überzeugung, bestehen nur im Plural. Man könne zwar vorausschauen, aber nicht vorhersagen. Die Souveränität des Menschen war für ihn auch eine Souveränität des Menschen über seine technischen Mittel. Diese Kritik eines Technizismus teilte er mit Wilhelm Hennis und Werner von Simson. Nicht ohne Grund war Hennis einer der deutschen Herausgeber von Jouvenels *Über Souveränität*.

Das bürgerlich-republikanische Narrativ: Wilhelm Hennis und Werner von Simson

Beide Narrative, die bisher dargestellt wurden, laden Souveränität mit einer dezidiert humanistischen Wertedimension auf, die sie als Antwort auf einen Verlust dieser Wertedimension in den westlichen Gesellschaften im Allgemeinen und im Souveränitäts- und Staatsverständnis im Speziellen konzipieren. Daneben wird Souveränität mit einem Auftrag zur Integration und Stabilisierung verbunden. Beide Aspekte finden sich auch im bürgerlich-republikanischen Narrativ wieder, freilich in etwas anderer Ausgestaltung. So beschreibt etwa Adenauers enger Berater, der Völkerrechtsprofessor Wilhelm Grewe, die Maxime seiner Regierung mit drei Worten: Souveränität, Wiedervereinigung, europäische Integration.¹⁶²

Die Formel »Souveränität und Integration« wird in zeitgenössischen und zeit-historischen Texten häufig herangezogen, um den Kurs der deutschen und europäischen Politik seit den 1950er Jahren zu charakterisieren und um das Problem

160 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 248.

161 Vgl. Seefried: *Zukünfte*, S. 95f.; Mahoney: *Bertrand de Jouvenel*, S. 23.

162 Siehe Grewe: *Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit*, S. 13.

der Souveränität einzufangen.¹⁶³ Auch eine der Gründungsfiguren der deutschen Politikwissenschaft, Wilhelm Hennis, sah den *Sinn* von Souveränität in einer Integrationsleistung, die Bürger und Staat zusammenführt, die von beiden bestimmte bürgerliche Tugenden erwartete und die die Voraussetzung dafür ist, dass beide ihrem Wesen gerecht werden.

Wilhelm Hennis hat *Das Problem der Souveränität* zu seiner Dissertationsschrift gemacht. Besonders in Deutschland war dies ein heikles Thema, zumal Hennis sich anschickte, den Begriff der Souveränität zu retten. Gleich eingangs findet man hier das ganze Arsenal wieder, mit dem das Verschwindenlassen des Begriffs und die Idee eines Weltstaats kritisiert wurde. Den Vertretern von Weltstaat und europäischer Föderation warf er Sentimentalität, Zynismus und eine »polemisch dogmatisierte[] Vorstellung des kriegslüsternen souveränen Einzelstaates« vor, die nicht erkenne, dass sie selbst zutiefst mit der alten Souveränitätsvorstellung verwachsen sei.¹⁶⁴ Denn schließlich ginge es ihnen ja doch nicht um die Aufgabe der Idee, sondern nur um die Lokalisierung von Souveränität. Als eine rechtliche Eigenschaft von Staatsgewalt stehe sie dann doch nicht infrage.¹⁶⁵ Daher attackierte Hennis auch die »weit verbreiteten Meinungen«, »nicht nur das Wort preiszugeben, sondern auch in der ganzen [...] Problematik heute nichts als eine Scheinproblematik zu sehen.«¹⁶⁶ Diese »völlige Infragestellung der Souveränität« verkenne, dass Souveränität ein »Grundphänomen des sozialen Zusammenlebens« ist.¹⁶⁷

In der Attacke, die Hennis hier fuhr, scheint sein Verständnis einer politischen Wissenschaft auf, die sich mit Sollensfragen zu beschäftigen und in die Realität einzugreifen hat. Dies verband ihn aufs Engste mit Bertrand de Jouvenel. Hennis hatte sich für das Studium der Rechtswissenschaften entschieden, weil dieses am politiknächsten war, als es das Fach der Politikwissenschaft noch nicht gab.¹⁶⁸ Und er hat nach seiner Promotion zunächst nicht den Weg in die Wissenschaft, sondern in die Politik angetreten. Hier wurde er der erste Wissenschaftliche Mitarbeiter der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, zugeteilt dem sogenannten Kronjuristen der SPD Adolf Arndt. In dieser Position kam Hennis 1951/1952 dazu, die Beschwerdeschrift an das Bundesverfassungsgericht im Fall Lüth zu verfassen. Dieser Fall war folgeschwer, denn die Zulassung der Klage stärkte das Recht der

163 Vgl. z.B. Rumpf: *Land ohne Souveränität*, S. 2f., 39; Erler: »Staatsouveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«, S. 31; Merriam: »Sovereignty«, S. 19f.; Etzioni: »European Unification and Perspectives on Sovereignty«, S. 514-518; retrospektiv Hildebrand: *Integration und Souveränität*.

164 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 5.

165 Siehe Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 77f.

166 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 2.

167 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 1f.

168 Zur Biografie Kielmansegg: »Wilhelm Hennis (1923-2012)«, S. 331-333, und Schlak: *Wilhelm Hennis*, S. 20, 39f.

Bürger:innen, sich direkt an das Verfassungsgericht wenden zu können, und das Urteil erhob die Grundrechte zu einer für alle Rechtsbereiche gültigen Wertesphäre.

Mit dem Urteil folgte das Verfassungsgericht vor allem Hennis' Lehrer Rudolf Smend, den er ausführlich zitiert hatte und der auch Erstgutachter der Dissertationsschrift war.¹⁶⁹ Dass sich das Bundesverfassungsgericht so dezidiert hinter Smends Lehre stellte, um den universellen und objektiven Status der Grundrechte abzusichern, zeigte, dass es sich immer noch im Dialog mit der Weimarer Republik befand. Dessen Rechtspositivismus hatte die Justiz wehrlos gemacht, so die verbreitete Lesart. Auch Hennis bezeichnete das Versagen der Weimar Republik als seine persönliche Grunderfahrung.¹⁷⁰ Wie das Bundesverfassungsgericht wendete er sich daher den deutschen Rechtstheorien vom späten 19. Jahrhundert bis Weimar zu, denen der erste Teil seiner Dissertation gewidmet ist. Ihre Aushöhlung und Auflösung des Souveränitätsbegriffs machte er für das Scheitern Weimars mitverantwortlich.

Auch bei Hennis findet sich also zunächst eine Verlustgeschichte.¹⁷¹ Die Aushöhlung des Souveränitätsbegriffs wurde Hennis zufolge von einem Staatsdenken betrieben, das in der politischen Ohnmacht des Bürgertums im 19. Jahrhundert seinen Ausgangspunkt hatte und einen Ausweg über die Theorie des Rechtsstaats suchte. Dies begann laut Hennis mit der Formalisierung des Souveränitätsbegriffs, die von Friedrich Julius Stahl bis hin zu Georg Jellinek und Gerhard Anschütz betrieben wurde. Sie lösten den Begriff von seiner materiellen Dimension und machten ihn zu einem bloßen Rechtsbegriff, der den Staat als höchste Gewalt beschreibt.

Will man dem Obrigkeitsstaat jetzt Schranken setzen, bliebe nur noch übrig, die Norm über jedweden Willen zu erheben.¹⁷² Dies war die zweite Stufe: Hier kam die höchste Position nicht mehr der Staatsgewalt, sondern dem Recht zu. Diese liberale Idee stehe hinter dem »Pathos der Rechtsstaatsideologie« in den Lehren von Hugo Preuß und Hugo Krabbe.¹⁷³ Die Bewegung weg von einem materiellen Souveränitätsbegriff ende schließlich bei Hans Kelsen. Er ließe *Rechtsbewusstsein* und Majorität fallen, die bei Preuß und Krabbe immerhin noch vorhanden gewesen seien. So sei für ihn jedweder Staat ein Rechtsstaat.

169 Vgl. zum Lüth-Fall im Folgenden Schlak: *Wilhelm Hennis*, S. 41f., und Henne: »Smend oder Hennis«. Er zeigt, dass das Gericht eher Hennis' Stichwortgeber Smend als der konkreten Argumentation Hennis' gefolgt ist. Zur Relevanz von Smend für das Bundesverfassungsgericht vgl. Specter: *Habermas*, S. 28f.

170 Siehe Hennis: »Politikwissenschaft als Beruf«, S. 409.

171 Siehe im Folgenden Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 14–20.

172 Siehe im Folgenden Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 21–28.

173 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 28.

Für Hennis ging mit dieser Bewegung das »willensbegabte[] Souveränitäts-subjekt[]«¹⁷⁴ verloren – und mit ihm die Problematik, wie es zu diesem Einheitswillen komme und worin seine Legitimität bestehe: »Eine staats-theoretische Fragestellung war damit für den Souveränitätsbegriff ausgeschaltet.«¹⁷⁵ Infolgedessen habe man sich in einem unlösbaren Kampf zwischen Recht und Macht verfangen. Eine Theorie, die Entscheidungskompetenz jenseits rechtlicher Normen gänzlich ausblende, flüchte vor »alle[n] Kompliziertheiten und Differenziertheiten der Wirklichkeit, alle[n] realen Spannungen und Antinomien des Lebens« in eine vereinfachende Logik: »Sie weiß nichts von einer verantwortlichen [!] Bewährung an einer Wirklichkeit, die sie [...] den ›brutalen‹ Faktensetzern überläßt.«¹⁷⁶

Damit war freilich Carl Schmitt gemeint, dessen »schrankenlosen Voluntarismus« Hennis im nächsten Schritt zerlegte.¹⁷⁷ Für Hennis hatte der Positivismus des liberalen Rechtsdenkens den Weg für die ›Brutalität der Faktensetzer‹ geebnet. Ihm ging ein politisches »Formprinzip« ab und er stand deshalb am Ende, bei Kelsen, der politischen Form völlig gleichgültig gegenüber.¹⁷⁸ Indem der Liberalismus den Staat im Recht aufgehen ließ, war er nur noch dazu da, den Wechsel der Regierungen einzufangen. »Daß Souveränität eine allgemeinere Bedeutung im Zusammenhang des *Problems der staatlichen Organisation der Gesellschaft* zukommen könnte, wird so nicht gesehen.«¹⁷⁹

Dieses Problem war nun nach wie vor ungelöst. Die Gefahr, die von der politischen Gleichgültigkeit ausging, war auch nach 1945 nicht gebannt. Dadurch wurde Souveränität »zum gegenwärtigen Zeitpunkt [...] zu einem politischen Lebensproblem [!] ersten Ranges«.¹⁸⁰ Es war für Hennis eine *existenzielle* Herausforderung, den Sinn der Souveränität wieder zu bergen. Sie biete eine Antwort darauf, wie menschliches Zusammenleben *praktisch* und *ethisch* möglich ist. Auf diese Weise liefere sie Prinzipien für den Aufbau einer staatlichen Ordnung, in der aus der zerfallenden Vielheit eine Willenseinheit wächst.

Souveränität antwortet laut Hennis also auf das ›Problem der staatlichen Organisation der Gesellschaft‹ und ermögliche so erst ein menschliches Zusammenleben. Dafür reiche das Recht als formale Instanz nicht aus, weil man einen materialen Zusammenhang zwischen Einheitsbildung, Staatsform und Lokalisierung

174 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 15.

175 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 16.

176 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 31 (für alle Zitate des Satzes).

177 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, zum Zitat S. 41, insg. S. 37-45; s.a. Hennis: »Zum Problem der deutschen Staatsanschauung«, S. 87-89, 92f.

178 Siehe Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 32.

179 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 23, weniger pointiert auch auf S. 31. Hervorhebung hinzugefügt.

180 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 31.

der Souveränität brauche. Einen Vorschlag dafür fand Hennis, nachdem das Rechtsstaatsdenken das Problem ganz verdrängt hatte, erstmals wieder in der christlich-liberalen Zürcher Schule. Bei ihr werde deutlich, dass die Selbst- und Letztwertigkeit des Menschen der höhere Wert ist, der dem Staat selbst seine Würde verleihe.¹⁸¹

Allerdings wies Hennis die heteronome Begründung der Zürcher Schule zurück: Nicht aus Gott oder aus dem Naturrecht (wie auch Smend glaubte), sondern aus dem Menschen selbst komme der Sinn der Souveränität.¹⁸² Denn der Mensch sei inhärent auf die Gemeinschaft angewiesen. Als ein politisches Wesen, so Hennis' Überzeugung, realisiert er sich im Staat und der Staat schafft zugleich die Möglichkeiten dieser Selbstverwirklichung. Die Staatsgesinnung der Einzelnen konstituiere also einerseits die staatliche Einheit, andererseits diene der Staat »als erzieherische Institution zur Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit«.¹⁸³ Erst dieses Zusammenspiel rücke die Gestaltung der Welt in greifbare Nähe: »Das Wesen des Menschen wiederum ist seine Selbstgestaltung als politisches Wesen, er selbst ist nie das Maß aller Dinge.«¹⁸⁴

Hennis' aristotelische Bestimmung des Menschen als *zoon politikon* setzt also eine teleologische Dialektik in Gang, die den Zusammenhang von Einheitsbildung, Staatsform und Lokalisierung stiften soll: Die Einheit bilde sich aus der Verständigung unter den Menschen, diese Verständigung könne aber nur in einer staatlichen Einheit gewährleistet werden, die demokratisch ist. Sie müsse einerseits »Freiheit, Gleichheit, Menschenwürde«¹⁸⁵ verbürgen und andererseits »eine möglichst große Zahl von Bürgern an der Verwaltung des Staates teilhaben« lassen.¹⁸⁶ Auf der anderen Seite haben dann die Bürger die dem Menschen aufgebene »Pflicht«, ihren eigenen Lebensbereich mit anderen teilen und gestalten zu müssen. In der Folge für diese Gestaltung seien sie für ihr Handeln stets verantwortlich zu machen: »Souverän sein heißt – ohne Exculpationsmöglichkeit – geschichtlich verantwortlich müssen.«¹⁸⁷ Man sieht, warum Hennis Souveränität als ein Problem der politischen Ethik bezeichnete.¹⁸⁸

181 Siehe Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 66-74.

182 Siehe dazu auch Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 79f.

183 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 100.

184 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 100. In beiden Zitaten des Satzes paraphrasierte Hennis zustimmend Platon.

185 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 78f.

186 Siehe Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 100.

187 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 113. Im Vergleich dazu Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 174: »Ein Schicksal kollektiv gestalten heißt, Verantwortung in der Dimension der Geschichte übernehmen.«

188 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 97.

Der etatistische Zug des Gemeinwesens, für den Hennis auch gerne Hegel herbeizitierte und für den er später heftig kritisiert wurde, steht dabei in Spannung zu seiner aristotelischen Anthropologie. Es ist der souveräne Staat, der das Zusammenleben der Gesellschaft zu einer moralischen und praktischen *Willenseinheit organisiert*. Diese Einheit nimmt vom *télos* des Einzelmenschen als Gemeinschaftswesen ihren Ausgang und findet im *télos* des Einzelmenschen als schöpferisches Wesen ihr eigenes Ziel. Sie ist also wesenshaft legitimiert. Allerdings gilt: Will der Staat das *télos* zum Tragen bringen, muss er der demokratischen Verständigung den angemessenen Platz einräumen: »Denn alles wahre [...] Recht beruht [...] nicht nur auf einer Entscheidung, sondern auf einer der Entscheidung vorgeordneten Verständigung.«¹⁸⁹

In der Beschwerdeschrift zum Lüth-Fall hat Hennis dementsprechend die Frage der freien Meinungsäußerung zur Grundlage des Staates erklärt. Sie sei eben nicht nur ein privates Recht, sondern »staatsbildende Teilnahme am öffentlichen Leben«.¹⁹⁰ Sie stand für ihn – neben dem Staat – im Zentrum der Souveränitätsidee, weil sie einerseits *effektiv* die Beziehung von Einzelnen und Staat herstellt, andererseits aber auch das *einzig*e Mittel der Integration ist: Die »wertbestimmte Individualität« eines Staates habe keine einfach so vorhandene Grundlage mehr. Die gesellschaftliche Einheit sei im »Hochkapitalismus« längst zerfallen und könne auch von keiner Religion mehr zusammengehalten werden.¹⁹¹

Wenn man in dieser Situation die Idee der Souveränität aufgebe, dann verstärke man die Auflösungstendenzen und die Gefahr der Anomie. Den »Unsicherheiten«, dem »Schwund der Erwartungschancen« folge die »Anfälligkeit [...] für »abnorme«, schwärmerische oder zynische Verhaltensweisen religiöser oder politischer Natur«.¹⁹² Auch der Weltstaat habe dem nichts entgegenzusetzen, weil er den Ort der Entscheidung so weit wegrücke, »daß er für eine nur noch durch sehr grobe Kommunikationsmittel erreichbare Masse jeder Anschaulichkeit verlustig gehen würde«.¹⁹³ Die Übertragung der Souveränität auf größere Einheiten würde das »Problem des politisch unverantwortlichen Menschen nur noch verschärfen«¹⁹⁴ – im besten Falle als technizistischer, rationalistischer Administrationsstaat, im schlechteren als Obrigkeitsstaat:

»Man wird gegen all dies einwenden, die alten Staaten könnten doch als eine Art sehr eigenständiger Selbstverwaltungskörperschaften in dem höheren sou-

189 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 59.

190 Arndt: »Schriftsatz von Arndt an das BVerfG vom 4. Februar 1952«, S. 508.

191 Siehe Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 91–97.

192 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 110.

193 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 112.

194 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 114; siehe auch Hennis: »Zum Problem der deutschen Staatsanschauung«.

veränen Verbanne bestehen bleiben, womit ihnen nichts von ihrer Besonderheit genommen wäre. Aber der Sinn aller echten Selbstverwaltung ist Selbstverantwortung. Immer ist die Abgrenzung der Verantwortung, die man für die Gestaltung des zugewiesenen Lebenskreises zu tragen hat, das eigentliche politische Problem der Selbstverwaltung. Nur wo selbstverantwortlich verwaltet wird, ist echte Selbstverwaltung, die etwas anderes ist als technische Dezentralisierung. *In solcher Selbstverantwortung nun scheint mir der eigentliche staats-theoretisch-politische Sinn der einzelstaatlichen Souveränität zu liegen.*«¹⁹⁵

Nach dieser Darstellung von Hennis hat nur der Einzelstaat die Voraussetzungen (als ein anschaulich abgesteckter Bereich) und die Mittel (tatsächliche Verständigung), um der Desintegration oder ihren Gefahren beizukommen, indem er die souveräne Selbstverwaltung zu seiner Angelegenheit macht. Er wird damit zum Stabilisator eines rationalen Humanismus und zur Instanz, um dessen menschlichen Gestaltungsanspruch zu realisieren: »[E]r muß danach trachten, alle individuelle [sic!] Kräfte zu wecken, zu suchen, sie zu einem Gesamtplan des menschlichen Kulturlebens zu sammeln.«¹⁹⁶

Man kann Hennis' Souveränitätstheorie daher bedenkenlos unter die prominente Formel »Souveränität und Integration« stellen. Seinen Ansatz zeichnet aus, dass er diese Formel innenpolitisch durchdekliniert hat und so die Vorstellung begründete, dass das Problem der Souveränität das eigentliche Problem des Politischen sei. Die gleiche Vorstellung hatte Werner von Simson, wie bereits in der Einleitung zu diesem Teil zu sehen war. Simsons Perspektive ergänzt Hennis' Ausführungen, weil er die außenpolitische Dimension dieser inneren Souveränität herausarbeitete. Daher soll im Folgenden noch ein Seitenblick auf diesen zweiten Vertreter des bürgerlich-republikanischen Narrativs erlaubt sein.

Die Bildung eines eigenen Staatsbewusstseins basierte für Simson auf einer Grundentscheidung über das eigene Wesen. Diese Entscheidung sei nur möglich, wo der gemeinsame Überzeugungsbestand groß genug sei, um aus den Glaubens- und Rechtsvorstellungen eine rechtliche Gesamtordnung zu schaffen.¹⁹⁷ Souveränität sei daher ein »verwirklichter Vereinzelnungsanspruch«, der eine »Identifizierung des eigenen Willens und Persönlichkeitsanspruchs mit der nur auf Grund solcher Identifizierung möglichen praktischen Ordnung« verbindet.¹⁹⁸ Bei Souveränität gehe es um »die Schaffung und Darstellung von einzelnen Gesamtpersön-

195 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 113. Hervorhebung hinzugefügt.

196 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 113.

197 Siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 81f.; bei seinen Schülern, zu denen auch Walter Hallstein und Hans von der Groeben gehörten, ist dies als »überstaatliche Bedingtheit« verdichtet (vgl. Vitzthum: »Den Staat denken«, S. 744f.).

198 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 18.

lichkeiten innerhalb der Menschheit«. ¹⁹⁹ Sie müssen eine eigene »Identität« ausbilden, ein »Bewußtsein, eine politisch handlungsfähige Einheit zu sein«, und dafür müsse der Staat sein »eigenes Wesen« durch »selbstgesetzte Bedingungen« bestimmen. ²⁰⁰

Mit Hennis teilte Simson also drei zentrale Vorstellungen: *Erstens* wird der souveräne Staat in humanistischer Manier als Persönlichkeit konzipiert, dessen Bewusstsein sich ausbilden müsse. Auch hier wird dies als eine materiale Subjektwerdung verstanden, in der sich das Wesen der Gemeinschaft realisiere. *Zweitens* beruht das Recht daher auf außerrechtlichen Voraussetzungen, und bloße Gewalt kann keine Ordnung, schon gar keine Rechtsordnung aufstellen und erhalten. Aus diesen Gründen kann sich Politik *schließlich* nur im Rahmen der Souveränität abspielen. ²⁰¹ Es sei schlicht eine Tatsache, dass dem Universalen diese außerrechtlichen Voraussetzungen abgehe, sodass es willensunfähig sei und in der Konsequenz nur mit Gewalt gegen andere Personen operieren könnte. Der *Schutz der Person*, die sich im und durch den Staat im Inneren verwirklicht, zwingt uns dazu, der Souveränität auch im *internationalen Recht* ihre entsprechende Stellung zuzuweisen. ²⁰²

So verdichtet, scheint die volle Kraft der Personalitätsmetaphorik durch, aus der sich bestimmte normative Verhaltenserwartungen nach innen und außen ableiten und in der der einzelne Mensch mit dem Staat gleichgesetzt werden kann. Dabei bietet der Humanismus einen Gestaltungsspielraum an: Einerseits gibt es absolute, dem Menschen zukommende Werte, andererseits kann aus diesen eben nicht zwingend auf eine *bestimmte* Rechtsordnung geschlossen werden. Daher ist vor diesen Werten und vor der je persönlichen Ausgestaltung Halt zu machen.

Mit der Persönlichkeitsmetaphorik tauchte darum in Simsons Souveränitätsbegriff auch die bekannte Verantwortungsrhetorik wieder auf. Sofern der Staat verantwortlich für den Schutz und für die Realisierung der menschlichen Anlagen bei seiner Bevölkerung ist, so sehr dehnt sich diese Verantwortung nun auch auf andere Staaten aus. Sie sind deshalb als souveräne Personen zu behandeln, die mit Recht ihren Lebensstil leben. Dass man diese volle Bedeutung des Konzepts nun auch international verstanden habe, ist für Werner von Simson das Kennzeichen des Souveränitätsbegriffs nach 1945:

»Die Entwicklung der neueren Zeit liegt darin, daß einzelne der bestehenden Rechtsordnungen im Begriff sind, ihren eigenen Verantwortungswillen [!] unter

199 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 109.

200 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, für alle Zitate des Satzes S. 170f.; ähnlich bereits S. 17, z.B.: »Nur in einzelnen [...] Konkretisierungen bildet sich ein handlungsfähiges politisches Bewußtsein«.

201 Siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 16f., 81f.

202 Siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 256.

Zugrundelegung bestimmter als absolut empfundener Rechtsbegriffe zu erweitern, und daß diese Erweiterung sich aus dem Bereich des Freiwilligen in den des Zwangsläufigen verschiebt, weil sie anfängt, zu den *Existenzbedingungen* dieser Staaten zu gehören.«²⁰³

Dass die Staaten nun ihren Verantwortungswillen auch auf andere Staaten ausdehnen, interpretiert Simson im Rahmen eines Entwicklungsmodells. Nicht ohne Grund wird dieser Begriff zu einem Zentralbegriff der 1950er und 60er Jahre, denn er verbürgte die Vorstellung eines »allmählichen Fortschreiten des Menschen zum Besseren«, wie es Kant wohl am prominentesten formuliert hat. Dazu gehörte, dass sich der Mensch über seinen bloßen Willen erhebt, um sich selbst Grenzen zu setzen; dies sei die höchste, gegenwärtige und im Grunde einzig richtige Stufe der Souveränität, argumentiert daran anschließend Simson.²⁰⁴ In ihr sei es zu einer »Entmythologisierung der westlichen Staatsouveränität«²⁰⁵ gekommen und es habe sich stattdessen ein »vernünftige[s] Bewußtsein«²⁰⁶ gebildet. Simson resümierte daher noch einmal: »Die Mitverantwortung für das Fremde ist der eigentliche, der einzig denkbare Fortschrittsbegriff in der Souveränitätslehre auf dem westlichen Lebensniveau.«²⁰⁷

In diesem Entwicklungsstand beruhe Souveränität im doppelten Sinn auf Demokratie. Während nach innen das *Staatswesen* in der Öffentlichkeit und im Weltbild der Bürger ruhe,²⁰⁸ realisiere der »Verzicht auf das Absolute, auf das bis ins einzelne durchgebildete Rechthaben« auch nach außen das *Wesen* der Demokratie.²⁰⁹ Indem international Souveränität formal gefasst werde, bleibe die materiale Ausformung jedem einzelnen Staat überlassen. Souveränität, so lässt sich diese Position pointieren, ermöglicht gerade den Pluralismus, der für eine Demokratie unablässig ist. Erst so wird auch zwischen den Staaten ein demokratisches Verhältnis geschaffen, statt sie in eine »Universalhierarchie« zu zwingen.²¹⁰

203 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 83.

204 Siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 71–80.

205 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 263.

206 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 258.

207 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 94.

208 Siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 83.

209 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 182. Dies ist bei Simson mit einer interessanten Wende gegen Carl Schmitt versehen. Dieser habe nämlich in seiner Darstellung der Hegung des Krieges dieses Wesen der Demokratie benannt, ohne es überhaupt zu bemerken. Im Übrigen ist auffällig, dass Schmitt in der Debatte vielfach abwesend ist; er wurde selten zitiert, und wenn dann meist abgrenzend.

210 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 81. Hennis und Simson blendeten dabei die Bruchstelle der Souveränität aus: den Konflikt zwischen souveränem Menschen und souveränem Staat. Dieser Konflikt wurde mit dem Verweis, dass sich der Bürger im Staat dialektisch realisiere, schlicht weggewischt. Hennis thematisierte nicht einmal

Dies war ein Angriff auf die Sowjetunion. Im Grunde sei die Welt nämlich in zwei Universalordnungen geteilt. Zwischen diesen beiden Varianten beantworte nun jeder Staat für sich die »Grundentscheidung, die eigentliche Frage der Souveränität.«²¹¹ Die eine nutze das formale Souveränitätsprinzip und mache damit die Entwicklung der Welt von der demokratischen Entscheidung abhängig, auch wenn sie ein allmähliches Streben zum Besseren annimmt. Dagegen glaube die andere an »eine objektiv wirkende und als solche erkennbare Mechanik der geschichtlichen Entwicklung«, die unabhängig von »persönliche[n] Entscheidungsfreiheiten« sei.²¹² In diesem »totalitären Bereich« danke die Bevölkerung zugunsten der Parteibürokratie ab, und die »politische[] Technik« bestimme den »Mechanismus des Herrschaftapparates.«²¹³

Wenn Wilhelm Hennis den Technizismus-Vorwurf nutzte, um gegen die Ordnungsvorstellungen eines liberalen Rationalismus zu polemisieren, projizierte Simson diese Gegenfolie also auf die Sowjetunion. Der metaphorische Gegensatz könnte dabei kaum deutlicher sein: Dem »unpersönlichen Kausalgesetz« der sowjetischen Weltsicht stehe antagonistisch das »Offenhalten« der Zukunft für die »werdende« und »handelnde« »Persönlichkeit«, ihre »freie Entscheidung«, ihr »Verantwortungsbewusstsein« und die Offenheit für Widersprüche gegenüber – kurz: Simsons humanistische Souveränitätsidee. Die Souveränität besteht in einer existenziellen Entscheidung, mit der ein bestimmter Persönlichkeitsanspruch hervorgebracht werde. Dass dabei nicht unmittelbar Perfektion erwartet, aber nach einer möglichst vollwertigen Realisierung des menschlichen Potenzials gestrebt wird, kommt im Entwicklungsbegriff und in der ubiquitären Semantik des Sich-Bildens zum Ausdruck.²¹⁴

Auch hier wirkte also eine existenzialistische Philosophie im Hintergrund, die aber im Unterschied zu Fanon oder Sartre dezidiert gegen den Marxismus und Sozialismus gewendet war.²¹⁵ Gemeinsam mit dem ersten Narrativ ist ihnen al-

die antiparlamentarischen Adaptionen von Smend (Greven: *Politisches Denken in Deutschland nach 1945*, S. 121). Politisch entstand aber immer der Verdacht, dass das Nationalbewusstsein (Fanon) oder das Staatsbewusstsein (Hennis/Simson) über den Bürger:innen steht. Epistemologisch ist hier der Ansatzpunkt für eine grundlegende Kritik der Dialektik – also für Foucault, Luhmann und ihre »nicht-dialektische Vernunft«.

211 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 204, ähnlich S. 87.

212 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 134.

213 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 193.

214 Für den exzessiven Gebrauch siehe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 228–230.

215 Stephan Schlak: *Wilhelm Hennis*, S. 30, weist auch auf die Nähe von Hennis' Denken zum Existenzialismus hin. Auch ein anderer Smend-Schüler hatte die »Grundentscheidung« in den Blick genommen. Gerhard Leibholz bestand darauf, dass ein Staat so lange souverän genannt werden müsse, wie er auf den Druck stärkerer Mächte immer noch mit einem existenziellen *Nein* antworten könne (Leibholz: »Die Zukunft der nationalstaatlichen Souveränität im 20.

lerdings, dass Souveränität eine normative Verantwortung über das Eigene hinaus implizierte. Bei Hennis zog die bürgerlich-republikanische Darstellung von Souveränität eine politische Ordnung nach sich, in der staatliche Führung und bürgerliche Verständigung zusammengebunden werden, um den eigenen Lebensraum zu gestalten. Auch international folgten laut Simson aus der bürgerlichen »Mitverantwortung für das Fremde« konkrete politische Verpflichtungen.

Diese Verpflichtungen ziehen bei zwei politischen Problemen der Zeit unmittelbare Konsequenzen nach sich: Erstens widerspreche der Einsatz der Atombombe dem vernünftigen Bewusstsein, weil er eine »Sünde gegen die Menschheit« sei.²¹⁶ Der Gebrauch der Technik müsse durch die humanistische Souveränität begrenzt werden. Zweitens müsse man den Schutz werdender Staatspersonen übernehmen, also die Dekolonisation weiter absichern. Denn »als Ausdruck des humanistisch-egalitären allgemeinen Weltbildes« bricht »die Möglichkeit zusammen, auf der Ungleichheit [...] zu bestehen [...], und zwar nicht so sehr, oder doch jedenfalls nicht nur, weil die dadurch Belasteten ihn [den Ausschluss; V.A.] nicht mehr duldeten, sondern weil die Bevorzugten ihn nicht mehr vereinbaren konnten mit ihrem eigenen Wesen«.²¹⁷

Als Simson 1965 die Rückgewinnung und Weiterentwicklung des Souveränitätsbegriffs festhielt, konnte er bereits auf die Teile der Dekolonisation zurückblicken und diese als eine Erfolgsgeschichte beschreiben, die beweise, dass die westlichen Länder auf der Stufe des neuen Souveränitätsbegriffs angekommen seien. Dem bleibt aber eine normative Dimension eingeschrieben, denn »am wichtigsten ist eben die Tatsache, daß die *eigenen Lebensprinzipien* der bisher Herrschenden *eine Aufgabe dieser Herrschaftsansprüche verlangen*«.²¹⁸ Dieses Narrativ steht je nach Lesart komplementär oder im Gegensatz zu Fanons Erzählung: Im Gegensatz steht es, wenn man Simson so liest, dass nicht der von Fanon beschriebene Bewusstwerdungsprozess der afrikanischen »Völker« den Ausschlag gab, sondern der Bewusstwerdungsprozess der ehemaligen Beherrschten. Man hat dann das angesprochene Masternarrativ des Zentrums.²¹⁹ Komplementär hingegen ist Simsons Narrativ,

Jahrhundert« (S. 379). Sowohl bei den Smend-Schülern als auch bei Simson dürfte dieser Existenzialismus freilich stärker an Jaspers als an Sartre orientiert sein. Eine gewisse Differenz zwischen Simson und Hennis zeichnet sich wiederum an Hennis' starker Bindung an Aristoteles ab. Er bestand daher auch auf den Begriff Erziehung statt dem der »Bildung«. Nähe und gleichzeitig Distanz werden bei ihren Bezugspunkten in der Aufklärung deutlich; für Hennis sind dies eher Tocqueville und Mill, für Simson stärker Kant.

216 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 258.

217 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 224.

218 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 224f. (Hervorhebung hinzugefügt).

219 Vgl. oben, Fußnote 75.

wenn man sein ›nicht nur‹ ernstnimmt. Dann hätten beide Bewusstwerdungsprozesse parallel stattgefunden und Simson konstatierte gewissermaßen, dass Fignons Appell an Europa angekommen wäre.

Unabhängig von der Lesart lässt sich aber festhalten, dass damit allen drei Narrativen gemeinsam war, dass nicht jedes Regierungshandeln als souverän gelten sollte, sondern nur jenes, mit dem man seiner Pflicht und Verantwortung *zur politischen Selbstgestaltung* und *für die Selbstverwirklichung des anderen* nachkam. Dies galt für die Art der Entscheidungsfindung und für den Inhalt der Entscheidung selbst. Diese Ethik der Souveränität ergab sich aus einer humanistischen Haltung zur Welt, die christlich grundiert oder »rational-gläubig[]«²²⁰ sein konnte. Dies wurde in einem *close reading* an drei unterschiedlichen Narrativen gezeigt. Im Folgenden sollen diese Erkenntnisse mit der Querschnittsperspektive des ersten Unterkapitels verbunden werden, um das Regierungsdenken der Souveränität mit seiner Wirklichkeitskonstruktion und den politischen Konsequenzen nachzuzeichnen. Mit dieser Skizze wird eine Grundlage gewonnen, um den Wandel und die Differenzen zu einem technologischen Regierungsdenken herauszuarbeiten.

3. Das Paradigma der Souveränität

Die damaligen Diagnosen und Entwürfe beruhten in aller Regel auf Verfalls- bzw. Zerfallsgeschichten der Moderne. In ihnen brach eine zur Gewalt neigende ›Anarchie‹ in die internationale, die ökonomische und die soziomoralische Ordnung ein, die ihren Bezugspunkt in den Erfahrungen von Welt- und Kolonialkriegen, Great Depression und einem moralischen Nihilismus fand. Auf den so oft diagnostizierten Zusammenbruch der Gesellschaften gab es nun prinzipiell zwei Antworten, entweder man etablierte eine »new political philosophy«, wie es etwa Walter O'Donnell als Befürworter der Weltregierung hoffte,²²¹ oder man erneuerte den alten Deutungshorizont der Souveränität. In beiden Fällen geben die – fast ausschließlich männlichen – Autor:innen deutlich zu verstehen, dass mit Souveränität zwar einerseits ein im engeren, institutionentheoretischen Sinn politisches Konzept gemeint ist, aber andererseits mit diesem Konzept auch eine Aussage über die Orientierung des gesamten sozialen und moralischen Gefüges getroffen wird – hinter »Souveränität« steht eben eine ganze »Philosophie«.

Im Rahmen dieser Untersuchung lässt sich dieser Eindruck der damaligen Akteure methodisch umformulieren: Indem man nach dem Zweiten Weltkrieg trotz aller gemachten Erfahrungen Souveränität wieder zur Leitidee des Regierens erhob, fixierte man eine dahinterstehende Selbstbeschreibung von Politik und

220 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 49.

221 O'Donnell: »The Myth of Sovereignty«, S. 98.

Gesellschaft, die ein Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster implizierte. Um hiervon ein Bild zu erhalten, sollen die Gemeinsamkeiten der Argumentationen und Narrative herausgehoben werden, die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurden. Dadurch wird eine Kontrastfolie zum technologischen Regierungsdenken gewonnen. Außerdem wird erst auf diese Weise sichtbar, wieso die technologischen Ansätze plausibel machen konnten, dass es ein einziges »alteuropäisches« Denken gegeben hätte, dessen Ontologie, Gesellschaftstheorie und Politikverständnis verabschiedet werden musste.

Allerdings sind gerade die Unterschiede zwischen den Souveränitätstheorien, die in den vorangegangenen Kapiteln hervorgehoben wurden, von großer Bedeutung. Die narrative und konzeptionelle Variabilität machte es einerseits möglich, auf neue Herausforderungen mit einer Rekombination der einzelnen Motive zu reagieren und nicht sofort nach einem neuen Ordnungsrahmen Ausschau halten zu müssen. Andererseits stellte die Variabilität sicher, dass unterschiedliche politische Richtungen an den Bezugsrahmen der Souveränität anschließen konnten. Innerhalb dieses Rahmens ließen sich dann heftige politische Kämpfe austragen. Hinter der Differenz der Situationen und Positionen stiftete Souveränität aber eine gemeinsame Welt zwischen den Akteuren. Sie integrierte ihre Erfahrungen in eine Ordnung und gab dadurch zugleich eine Orientierung für »richtiges«, »souveränes« Handeln. In der folgenden Zusammenfassung soll diese »Welt der Souveränität« in ihrer soziopolitischen Konzeption, ihren epistemischen Prämissen und ihren regierungspraktischen Konsequenzen skizziert werden.

Die souveräne Stellung der Politik

Die Souveränitätstheorien argumentierten, dass es keiner »neuen Philosophie« bedurfte beziehungsweise dass auch keine »neue Philosophie« zur Verfügung stand, denn die Idee einer Weltregierung verkörpere ebenfalls nur den Glauben daran, dass es eine souveräne Autorität auf einem bestimmten Gebiet brauchte. Man bringe damit nur eine neue Lokalisierung der Souveränität ins Spiel, die die höchste Autorität einem Weltrecht oder einer Weltregierung zuordne. Damit wäre die Gefahr der Gewalt allerdings nicht gebannt, weil auch der Weltstaat im Bürgerkrieg zerfallen könnte, wenn er nicht in der Lage ist, die auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Positionen zu integrieren, oder wenn diese »Integration« mit Polizeigewalt durchgesetzt werden müsse. Die vorgestellten Vertreter der Souveränitätsidee attackierten die Pläne für eine Weltregierung *logisch formuliert*, indem sie das Schlussverfahren (Abschaffung der Souveränität) und die Prämissen der Argumentation (Souveränität heißt Krieg, Weltregierung heißt Frieden) gezielt angingen. *Politisch* lief das darauf hinaus, dass der Weltstaat eine Form der Souveränität war, allerdings keine Form, die den Sinn der Souveränität erfassen konnte, nämlich eine Antwort auf das Auseinanderfallen von Individuum und Gesellschaft zu geben.

Durch diese Argumentation der Souveränitätstheorien, die sich spätestens Mitte der 1950er Jahre gegen die Idee der Weltregierung durchgesetzt hat, schimmert eine gesellschaftliche Selbstbeschreibung hindurch: Das Problem der Nachkriegsgesellschaften bestehe demnach in einer Desintegration der Gesellschaft, die gewalttätige Auseinandersetzungen in und zwischen den Staaten hervorbringe. Im Hintergrund dieser Desintegrationssorgen standen sozioökonomisch die Erfahrungen der Großen Depression und soziomoralisch die Erfahrung mit der Weimarer Republik, die Inhumanität der Kriegsführung bis hin zur Atombombe (von Konzentrationslagern ist hingegen fast nie die Rede) und schließlich die Konstellation des Kalten Krieges. Der Umkehrschluss zu den Zerfalls- und Verfallsgeschichten lautete, dass sich Frieden nur dann gewährleisten ließe, wenn die sozioökonomischen Interessen und kulturellen Ansichten in einer Gesellschaft integriert werden können. Die Integration der Gesellschaft könne aber nur gelingen, indem man *über* den auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Dynamiken eine Ordnungsinstanz einsetzte. *Souveränität implizierte daher, dass die Politik in einem hierarchischen Verhältnis zur Gesellschaft steht. Ihre Aufgabe ist die Führung der Gesellschaft.*

Es ist bezeichnend, dass diese Auffassung nicht nur in den eher politiktheoretisch zu nennenden Texten über Souveränität vorherrscht, sondern auch in den eher gesellschaftstheoretischen Texten zur Modernisierungstheorie. Mit Blick darauf hat Hartmut Rosa treffend formuliert, dass »Modernisierung« ein »zentral-staatliches Beschleunigungsprogramm« war,²²² und Wolfgang Knöbl hat herausgearbeitet, dass der Modernisierungs-Diskurs der 1950er und 60er Jahre der Politik eine herausragende Rolle für die Organisation der Gesellschaft zuschrieb, wobei er besonders die staatlichen Eliten, also die Regierung, ins Zentrum stellte.²²³ Souveräne Politik, so lässt sich das zeitgenössische Selbstverständnis daher reformulieren, ist nicht nur hierarchisch im Verhältnis zur Gesellschaft, sie ist auch *intern hierarchisch strukturiert*.

Diese doppelte Hierarchie der Souveränität ist in den drei Narrativen mehrfach zur Sprache gekommen. So argumentierte Fanon, dass die Bewusstseinsbildung der Nation und die staatliche Unabhängigkeit nur durch die Initiative und die Planung einer politischen Führung zustande kommt, die die gespaltenen gesellschaftlichen Massen wieder zusammenführt und zu einem einheitlichen – »souveränen« – Volk transformiert. Die politische Partizipation dieses souveränen Volkes bestehe dann in erster Linie in der Auswahl der Elite und der Willensbekundung, die dann wiederum von der politischen Elite verarbeitet werden müsse. Demgegenüber konnten christlich-liberale Ansätze von Beginn an auf die göttliche Hierarchie hinweisen, die sich auf der Erde widerspiegelt. Jeder Mensch habe in der

222 Rosa: *Beschleunigung*, S. 313.

223 Vgl. Knöbl: *Spielräume der Modernisierung*, S. 191.

Gesellschaft daher seinen Platz einzunehmen (*suum cuique*), sodass sich Pflichten für die Herrschenden und die Beherrschten ergeben. Dennoch wurde auch hier eine pragmatische Begründung für die Notwendigkeit hierarchischer Führung gegeben: Nur aus einer übergeordneten Position – als Steuerungszentrum oder Kopf der Gesellschaft – ließen sich die gesellschaftlichen Dynamiken beobachten und ausbalancieren.

Eine Konsequenz dieser Souveränitätstheorie sind *teleologische Staats- und Regierungskonzepte*, in denen die politischen Institutionen mit einer Zielorientierung aufgeladen werden, für deren Erreichung sie dann die notwendigen Kompetenzen benötigen. Macht und Gerechtigkeit stützen sich gegenseitig. Darin liegt laut Hinsley die Besonderheit des Souveränitätskonzeptes: Es handele sich um eine legitime Autorität, mit der die Stellung des Staates für und in einer integrierten Gemeinschaft *begründet* werde. Diesen Punkt unterstrich auch Wladyslaw Stankiewicz: Die Bedeutung der Souveränität liege darin, dass sie den Gemeinsinn (»sense of community«) wiederherstelle, der den gegenwärtigen Gesellschaften so sehr fehle, indem sie es zur Aufgabe der Regierung macht, die gemeinschaftlichen Prinzipien einer Gesellschaft aufrechtzuerhalten und im Einklang mit ihnen zu handeln.²²⁴

Während Hinsley und Stankiewicz dies in Auseinandersetzung mit Konzepten der Weltregierung formulierten, zeigten sich in den drei Narrativen fast gleichlautende Fassungen. So hielt Hennis die Organisations-, Integrations- und Entwicklungsleistung für den eigentlichen *Sinn von Souveränität*, der zudem den Staat rechtfertige, weil nur durch die staatliche Gemeinschaft das gemeinschaftsbildende Potenzial des Menschen realisiert werden könne. Daher war Souveränität ein »Grundphänomen des sozialen Zusammenlebens«²²⁵ oder, wie Simson es formulierte, das »ewige Problem des Politischen«.²²⁶

Politik und Souveränität fallen in dieser teleologischen Perspektive zusammen, und sie werden auf Staat und Regierung ausgerichtet. Allerdings wurde dieser Führungsanspruch durch die humanistische Teleologie im Souveränitätsdenken selbst wiederum eingehegt. Sie stiftete gewissermaßen eine dritte Hierarchiebeziehung, insofern sich die Regierenden an einer höheren Zielsetzung bewähren müssen. Das zog eine *inhaltliche Begrenzung politischer Entscheidungen* und eine *prozedurale Rückbindung der Führung an das Raisonement der Bevölkerung* nach sich. Dabei konnte der Wertehalt politisch »souveräner« Entscheidungen entweder extern aus der göttlichen Schöpfung gewonnen werden (wie im christlich-liberalen Narrativ), oder er wurde immanent durch den Bezug auf das »Wesen« des Menschen begründet, wie es das subversive und das bürgerlich-republikanische Narrativ taten. Unabhängig

224 Stankiewicz: »The Validity of Sovereignty«, S. 296.

225 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 2.

226 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 17.

von der Begründung zeichnet sich eine ›wahrhaft souveräne‹ Entscheidung dann durch ihre Orientierung am Gemeinwohl beziehungsweise am politisch Guten aus.

Die Ausrichtung am Gemeinwohl hatte dabei die doppelte Konnotation, für die Integration und Stabilität der Gesellschaft zu sorgen und zugleich den Mitgliedern der Gesellschaft zu ermöglichen, ihre wesenshaften menschlichen Potenziale verwirklichen zu können. Die Anbindung an die Selbstverwirklichung des Menschen bedeutet aber, so argumentierten alle drei Narrative, dass die Führung Rücksprache mit der Bevölkerung halten muss. Dafür brachten sie zwei zentrale Argumente vor. Das erste, moralphilosophische Argument zielt darauf ab, dass sich der Mensch nur dann *verwirklichen* kann, wenn er auch an der Gemeinschaft *mitwirkt* – es ist also ein humanistischer Imperativ. Komplementär dazu stellt das zweite, eher empirisch-soziologische Argument die These auf, dass auch die *Integrationsleistung* nur gelingen kann, wenn die Bevölkerung sich beteiligt, einerseits weil die Regierung nur so von den unterschiedlichen Positionen erfährt, andererseits weil auch die Regierung Fehler macht. In dieser Situation sei es die Pflicht beziehungsweise die Verantwortung der Bevölkerung aktiv einzuschreiten, wodurch sie ihre *staatsbürgerliche* Souveränität unter Beweis stellen.

Die vermeintlichen Widersprüche von souveränen Staatsbürger:innen und souveränem Staat, souveränem Staat und souveränem Ziel lösen sich dabei in den Souveränitätstheorien auf, weil *dialektische Prozesse* der Motor für die *Integration* von Elite und Masse (Fanon) bzw. von Regierung und Bürger (Hennis) und für die *Entwicklung* zur humanistischen Zielsetzung sind. Der Begriff ›Dialektik‹, gegen den sich das Netzwerk-Denken wenden würde, wurde dabei in den Souveränitätstheorien allerdings unterschiedlich und sehr breit verwendet: als das unauflösliche Wechselspiel von Teil und Ganzem; als ein Erkenntnisverfahren, in dem der Ortswechsel als eine Parabel für Selbstaufklärung und argumentative Abwägung steht;²²⁷ oder als die Dynamik von Position, Negation und Synthese, die schrittweise auf das höhere, souveräne Ziel hinführe – eine Vorstellung, die interessanterweise besonders im christlich-liberalen Narrativ verwendet wurde.

Der Rückgriff auf die Dialektik ermöglichte dem Souveränitätsdenken zum einen, *Individuum und Gemeinschaft wieder zusammenzubringen*, indem sie beide über die Dimension der politischen Gemeinschaft aufeinander bezog. Auf diesen Aspekt hatte Fanon hingewiesen, als er auf die Differenz und die gegenseitige Verständigung von Land und Stadt hinwies, und Jouvenel, als er die Meinungsfreiheit verteidigte. Hennis schließlich machte die integrierende Funktion dieser Meinungsfreiheit sogar zum Kern seiner Argumentation im Lüth-Verfahren.

227 Bei Fanon ist dies das Motiv der Reise aufs Land; in unüblicher Weise verwendet Hennis den Begriff ›topischer Dialektik‹ für das Einnehmen unterschiedlicher argumentativer Orte, also *topoi* (vgl. Schlak: *Wilhelm Hennis*, S. 93-96).

Zum anderen ermöglichte die Dialektik, auf die Erfahrung mit dem Totalitarismus zu reagieren, weil man mit ihr *die Relevanz der Vereinzelung* für die Gemeinschaft und für die Suche nach dem guten Leben herausstellen konnte. Denn Souveränität brachte diesen ›Vereinzelungsanspruch‹ (Simson) gegenüber einem überragenden, potenziell erdrückenden Kollektiv zum Ausdruck, weil ein ›freies‹ Willens- und Entscheidungssubjekt notwendig sei, damit die dialektische Logik überhaupt funktioniere. Der Vereinzelungsanspruch blockiere den Dominoeffekt automatischer, globaler oder totaler ›Systeme‹ und erlege die Pflicht des Überzeugens auf.

Im Vergleich zur Perspektive der Weltregierung ist dies eine Umwertung des souveränen Vereinzelungsanspruchs. Hatte sie den Vereinzelungsanspruch als die Gefahr gesehen, von der Destabilisierung und Krieg ausgehe, präsentierte ihn das Souveränitätsdenken als Chance: Nur wer den Vereinzelungsanspruch anerkennt, könne eine auf Dauer stabile Nation (Fanon), Demokratie (Hennis/Simson) oder Weltwirtschaft (Kurihara) schaffen. Und nur dort, wo es möglich sei, die unterschiedlichen Positionen in eine politische Einheit zu synthetisieren, wäre auch der angemessene Ort für die Souveränität – und dies rechtfertige den lokalen Einzelstaat. Nach außen war damit die Souveränität nicht nur mit Blick auf die Zerfallserfahrungen als soziales Integrationsprinzip legitimiert, sondern eine ›freiheitliche‹ Antwort auf den nationalsozialistischen Totalitarismus und die sowjetische Diktatur gegeben. Nach innen gab diese Souveränitätstheorie demgegenüber eine humanistische Demokratie vor, die zwei zentralen demokratietheoretischen Prinzipien folgt, nämlich Repräsentativität und Responsivität.

Im Prinzip der *Repräsentativität* wurde der grundlegende Anspruch aufgehoben, das Ganze erfassen, darstellen und letztlich auch steuern zu können. Wie bei Kant stand Repräsentation dabei zunächst für eine *höhere Einheit*, in der das Ganze verkörpert und das Wohl des Ganzen im Blick gehalten wird.²²⁸ In diesem Sinne blieb auch der vormals sakrale Bezug auf das Göttliche selbst in den säkularen Narrativen durch den Bezug auf die Menschlichkeit als höheres, wenn auch individuell auszugestaltendes Gut erhalten. Neben dieser teleologisch-philosophischen Dimension der Repräsentativität enthielt die Souveränitätsdiskussion aber auch die eher technische Dimension, dass *Repräsentativität* durch die *Benennung von zeitlich und institutionell begrenzten Führungspersonen* umgesetzt werde, die dann – eben weil sie das Ganze im Blick haben sollen – eigenverantwortlich, unabhängig und frei entscheiden müssen und darin ›souverän‹ sind.

Zugleich müssen sie dies aber wiederum vor dem Volk verantworten. ›Verantwortung‹ bildete in der Demokratietheorie der Souveränität gewissermaßen einen Scharnierbegriff. Denn er meinte die Freiheit der souveränen Entscheidung, die

228 Er kommt dann allerdings zu dem Schluss, dass die Repräsentation umso größer sei, je kleiner die Zahl der Herrscher – eine Avance an den aufgeklärten Monarchen Friedrich II. (Kant: »Zum ewigen Frieden«, S. 207).

bei den Repräsentant:innen liegt, und verwies zugleich auf die Bürde der Responsivität. Responsivität stellt insofern das Gegengewicht zum Hierarchie-Prinzip der Repräsentativität dar, die sich wiederum beide aus sozialer und anthropologischer Teleologie ableiten lassen. Dabei enthielt die Souveränitätsdiskussion auch hier institutionelle Mechanismen. Responsivität sollte demnach einerseits über das *Verfahren der Wahl der Repräsentant:innen* und andererseits durch die *Organisation in Parteien* geregelt werden, die wiederum Foren der Willens- und Bewusstseinsbildung bereitstellen.

Dass die Souveränitätstheorie eine solche Gegenseitigkeit von Pflichten beziehungsweise Verantwortungen aufseiten der Führung und der Bürgerschaft impliziert, hat sich in allen drei Narrativen gezeigt. Bei der Untersuchung von Fanon ist dies als »Strom der gegenseitigen Belehrung und Bereicherung [...] zwischen der kämpfenden Nation und ihren Führern«²²⁹ deutlich geworden, wobei insbesondere seine intensive Auseinandersetzung mit dem Sinn und Zweck von Parteien interessant ist.

Demgegenüber bilden das christlich-liberale und das bürgerlich-republikanische Narrativ eine gewisse Koalition, da zumindest Jouvenel, Hennis und Simson das gleiche parlamentarische Vorbild für eine gute politische Ordnung benannten: das britische Westminster-Modell mit seinem Verständnis eines *responsible government*. Das Westminster-Modell verbürgte dabei die Relevanz von Rang und Status durch ein demokratisches Repräsentationsarrangement, es stützte eine lebhaft Debattenkultur und garantierte zugleich – auch mit seiner historischen Tradition – den Schutz von Grundrechten. Insbesondere für Hennis war es deshalb ein Gegenmodell zum deutschen Obrigkeitsstaat, das Meinungsstreit und Autorität miteinander zu verbinden wusste.²³⁰

Subjekt, Raum, Zeit: Zur Wissensordnung der Souveränität

Die vorangegangenen Kapitel haben bereits deutlich gezeigt, wie eng die politischen Konzepte der Nachkriegszeit mit einer humanistischen Teleologie zusammenhängen. Keine Aussage könnte mehr an der Realität des Souveränitätsdenkens nach 1945 vorbeigehen als die These, Souveränität und Menschlichkeit stünden sich unversöhnlich gegenüber.²³¹ Ganz im Gegenteil beruhte das Souveränitätsdenken auf der Prämisse, dass der Mensch *die* relevante Einheit in einer sonst dinglichen Welt ist.

229 Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 122.

230 Vgl. Seefried: *Zukünfte*, S. 78; Kiemansegg: »Wilhelm Hennis (1923-2012)«, S. 338; Vitzthum: »Den Staat denken«, S. 749.

231 Für diese Generalthese Volk: »Das Problem der Souveränität in der transnationalen Konstellation«, S. 158f.

Im Folgenden sollen diese epistemischen Prämissen konturiert werden, die das Regierungsdenken der Souveränität prägten. Die Analyse bestätigt dabei viele Ergebnisse, die wissenssoziologisch interessierte Forschungen über das Subjekt-, Zeit- und Raumverständnis der Hochmoderne herausgearbeitet haben, sie ergänzt diese Perspektive aber, indem sie zeigt, wie die drei Aspekte im Souveränitätskonzept verwoben wurden. Dadurch tritt das kohärente Fundament der zeitgenössischen Wissensordnung besonders deutlich hervor und schärft später den Kontrast zur technologischen Wissensordnung, die die ›alte‹ Ontologie systematisch ablehnte.

Für dieses Vorhaben muss man die Begriffe und Metaphern der Souveränitätstheorien mit ihrer ›weltschaffenden‹ Kraft ernstnehmen. Die Souveränitätserzählungen, die auf die Zerfallsdiagnosen mit der Idee der Integration antworteten, beruhen dabei auf der *These des souveränen Subjekts*. Sie heben den Menschen als handelnden Akteur heraus, der die Fähigkeit zur Gestaltung besitzt. Die Souveränitätstheorie nach 1945 lässt sich ohne ihren humanistischen Machbarkeitsglauben nicht denken, denn es ist dieser Gestaltungsglaube, der ihr erst eine plausible Antwort auf die gemachten Erfahrungen und diagnostizierten Herausforderungen ermöglichte. Es ist daher nicht zufällig, dass der Existenzialismus, der dieses Machbarkeitsdenken auf die Spitze trieb, nach 1945 zu einer dominanten philosophischen Strömung wurde.

Allerdings formt diese Theorie des souveränen Subjekts ihren Akteur in einer bestimmten Art und Weise. Er wird nämlich nicht einfach als Mensch vorgestellt, sondern als Willens-, Entscheidungs- und Handlungseinheit, als integriertes, handelndes Bewusstsein.²³² Das Selbst bilde demnach einen *Persönlichkeitszusammenhang* und tritt als eine selbst-bewusste – und man muss ganz klar sagen: männlich konnotierte – Person in die Welt. Die Metaphern der Person, des einheitlichen Bewusstseins und des verantwortlichen Willens schärfen das Akteursbild und öffnen es zugleich, weil mit ihr Individuen und Staaten gleichermaßen erfasst werden konnten. Wie bei allen drei Narrativen zu sehen war, wird der Prozess der Willens- und Bewusstseinsbildung dabei zum Integral für den Einzelnen und die Gemeinschaft.

Die Souveränitätserzählungen konnten dann im Konkreten freilich sehr unterschiedlich ausfallen. Dabei stehen nicht wie oben das christlich-liberale und das bürgerlich-republikanische Narrativ, sondern das subversive und das bürgerlich-republikanische besonders nah beieinander, weil sie beide Bewusstseinsbildung als einen immanenten Prozess verstehen, in dem das Subjekt auf seine Stellung und

232 Neben den vorgestellten Dokumenten findet sich diese Formulierung in zahllosen weiteren Texten, z.B. bei Scherk: *Dekolonisation und Souveränität*, S. 10-12, Stankiewicz: »In Defense of Sovereignty«, S. 32, oder Erler: »Staatssouveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«, S. 34-36, und bei Rumpf: *Land ohne Souveränität*, S. 12.

Verantwortung gegenüber einem Kollektiv reflektiert, dessen Teil es unweigerlich ist. Allerdings lässt sich diese Differenzierungsarbeit auch in den einzelnen Narrativen fortsetzen. So umfasst etwa das bürgerlich-republikanischen Narrativ selbst wiederum den klassischen Disput zwischen eher republikanischen und eher liberalen Perspektiven auf ›Zivilgesellschaft‹.²³³ Hennis stand dabei mit seinem Bezug auf Aristoteles deutlich auf der Seite des Republikanismus, während Simson mit seinen starken Bezügen auf Kant eher die liberale Perspektive vertrat. Besonders deutlich wird diese Differenz in der Unterscheidung von Erziehung und Bildung. Bildung, formulierte Hennis scharf, ziele nur auf die privaten Zwecke des Individuums und das habe mit der staatsbürgerlichen Gesinnung nichts zu tun.²³⁴ Dagegen meinte Simson, dass die »Bildung des Persönlichkeitszusammenhangs« die Grundlage der Souveränität sei.²³⁵

An Bildung und Erziehung wird deutlich, dass die Theorie des souveränen Subjekts nicht nur die Wahrnehmung der Welt präfiguriert, sondern auch *normative Anforderung* enthält: Das Subjekt *soll* ein integriertes, aufgeklärtes und handelndes Bewusstsein sein. Es soll werden, was es ist. Hennis pointierte das in republikanischer Fassung: »Ein Mensch, der das Politische von sich streift, [...] verrät seine Natur.«²³⁶ Aus dem *Sein* des Menschen wurde also auf ein *Sein-Sollen* geschlossen. Mit dieser ethisch aufgeladenen Subjektkonstruktion aktualisierte das Souveränitätsdenken die Position der Aufklärung. Insofern die Krisendiagnose auf einen Verfall der aufklärerischen Werte Europas lautete, antwortete das ›neue‹ Souveränitätsdenken darauf mit einer Erneuerung dieser Werte.

So behielt man etwa die zentrale Stellung des Individuums bei, die John Stuart Mill exemplarisch formuliert hatte: »the individual is sovereign«,²³⁷ und man hält auch an der Überzeugung fest, dass sich das Subjekt – ob Mensch oder Staat – von seinen eigenen, unmittelbaren Bedürfnissen und Umständen freimachen müsse, um wahrhaft souverän zu sein. Besonders eindrücklich hatte diese Idee etwa Kant formuliert, für den man nur dann vollständig autonom war, wenn man sowohl eine stoische Diät von den Affekten einhielt als auch ökonomisch selbstständig war. Erst die Unterwerfung des Körpers unter den Geist *und* die ökonomische Befreiung von den subjektiven Lebensnotwendigkeiten eröffnete für ihn den Blick für das Allgemeingültige.²³⁸

233 Für Genese und Aktualität dieses Disputs vgl. Münkler/Rzepka: »Die Hegung der Öffentlichkeit«; Rzepka/Straßenberger: »Für einen konfliktiven Liberalismus«.

234 Siehe Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 99f.; Hennis: »Zum Problem der deutschen Staatsanschauung«, S. 84–87.

235 Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 149.

236 Hennis: »Das Modell des Bürgers«, S. 36.

237 Mill: »On Liberty«, S. 224; siehe auch Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 301, der aber Mills Freiheitsbegriff dafür kritisierte, aus dem Individuum eine Insel zu machen.

238 Vgl. mit weiteren Nachweisen Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*, S. 47–62.

In den Souveränitätstheorien der Nachkriegszeit baut das Versprechen der existenziellen Selbstbestimmung dabei auf zwei moralische Haltungen des Subjekts. Im Verhältnis des Subjekts *zum anderen* stand man – etwa bei Sartre oder Simson – in der Mitverantwortung dafür, dass auch andere Subjekte die Möglichkeit der Selbstverwirklichung erhielten. Genau das ist allerdings nur möglich, wenn das Subjekt auch eine bestimmte Haltung *zu sich selbst* gefunden hat, mit der es sein eigenes Potenzial ausschöpft. Souveränität erbringt in diesem Punkt eine Doppelleistung, weil es einerseits diese Freiheit zur Selbstbildung zugesteht, andererseits aber darauf hinweist, dass die humanistische Selbstverwirklichung einen Spielraum unterschiedlicher Charaktere ermöglichen muss. Dies kommt subjekttheoretisch in dem Begriff der Authentizität zum Ausdruck.²³⁹

Man hat damit auch die aufklärerische Vorstellung beibehalten, dass das Subjekt einen Prozess der Bewusstseins- oder Gewissensbildung durchschreiten müsse, bevor es legitimerweise an den öffentlichen Angelegenheiten teilhaben durfte. Herrschaft beruhte auf Selbstherrschaft. Die normativ ausgezeichnete Qualität dieser souveränen Selbstbeherrschung hat sich auch in den Darstellungen von Politik und Geschichte niedergeschlagen: Die Akteure der Politik und die Helden der politischen Geschichtsschreibung waren große (männliche) Persönlichkeiten,²⁴⁰ die sich durch eine selbstsichere Identität und einen standhaften Willen auszeichneten, den sie mithilfe von Beratung und Reflexion ausgebildet hatten. Souveränität nahm damit die Bedeutung von überlegtem *und* überlegenem Handeln an. Diese Konnotation hat sich alltagssprachlich erhalten. Wenn man davon spricht, eine Autorin habe das Material »souverän« gehandhabt oder die Verhandlungsführung sei »souverän« gewesen, ist damit nicht eine einseitige, rücksichtslose Dominanz, sondern eine normativ ausgezeichnete Umsicht und Ordnungsleistung gemeint, die eine Aura von Überlegenheit begründet.

239 Zur Authentizität als Anforderung und Projekt vgl. auch Rosa: *Beschleunigung*, S. 360, sowie Rosa: *Resonanz*, S. 42, 310–305. Der Authentizität des Subjekts entspricht im Übrigen auch etymologisch dessen Autorität. Um die Theorie des souveränen, authentischen Subjekts sammelt sich auf diese Weise ein ganzes semantisches Feld, zu dem auch die Semantik des »Wirklichen« gehört. Sie bringt die Doppelbödigkeit besonders zum Ausdruck, weil sie *erstens* deskriptiv auf Wirklichkeit verweist, *zweitens* die Machbarkeit im *Verwirklichen* zum Ausdruck bringt und *drittens* aber auch hinter der Wirklichkeit auf das »eigentliche« oder »wirkliche« Wesen verweist. Hier lassen sich dann wiederum politische Kämpfe sichtbar machen. Das authentische, souveräne Leben kann – wie bei Horkheimer und Adorno – gegen die Schrumpfform des Lebens in der Kulturindustrie in Stellung gebracht werden, während man zugleich aber auch den konservativen »Jargon der Eigentlichkeit« kritisierte.

240 Siehe z.B. Jaspers: *Freiheit und Wiedervereinigung*, S. 96: »Demokratische Staatsmänner lichten dies Gestrüpp. In ihrem Umgang mit der Bevölkerung wirken sie öffentlich, im Umgang mit den sie umgebenden Persönlichkeiten intern dafür, daß die Bürger sich klar werden, was sie wollen und wollen können«. Vgl. für Hennis Straßenberger: »Männer machen Politik«.

In diese Konzeption ist auch eine *zeitliche Dimension* eingelassen, weil die Bildung einer souveränen Persönlichkeit dessen ›Entwicklung‹ voraussetzt. Dass die Narrative, wie vor allem bei Fanon und Hennis zu sehen war, dabei Motive und Muster des Bildungsromans, insbesondere der Lehr- und Wanderjahre aufnahmen, unterstreicht den Entwicklungsimperativ. Das Subjekt hat einen identitätsbildenden Auftrag, der in eine stabile Identität münden soll.²⁴¹ Spiegelbildlich findet sich die gleiche Vorstellung in den Modernisierungstheorien der Nachkriegszeit, nach der Staaten und Gesellschaften von einem ›primitiven‹, traditionellen Modell zu einem höheren, ›zivilisierterem‹ Politik- und Gesellschaftsmodell fortschreiten konnten, das sich »durch säkulare, individualistische, universalistische, leistungsbezogene und wissenschaftliche Werte [...] und durch entsprechende Rollenmuster« auszeichnet.²⁴²

Grundsätzlich wird Zeit in den modernisierungs- und in den souveränitätstheoretischen Diskursen als ein *Kontinuum* betrachtet, das sich von Vergangenheit in die Zukunft erstreckt, die vom Menschen in der Gegenwart gestaltet wird. Zeit wurde so als eine Abfolge zusammenhängender Ereignisse begriffen, die in ›Stufen‹ oder ›Etappen‹ stattfand, die nicht einfach übersprungen werden können.²⁴³ Daher kann man mit Hartmut Rosa auch für das Zeitverständnis im Regierungsdenken der Nachkriegszeit konstatieren: In der Gesellschaft der Hochmoderne »herrscht ein *lineares Zeitbewusstsein mit offener Zukunft*.«²⁴⁴

Die lineare Zeitvorstellung hatte sich seit der Frühen Neuzeit gegen eine zyklische Geschichtsvorstellung durchgesetzt,²⁴⁵ aber die Erfahrungen der beiden Weltkriege hatten die geschichtsphilosophischen Implikationen infrage gestellt: Nach allem, was man erlebt hatte, musste man erkennen, dass der Mensch den anvisierten Fortschritt verfehlen konnte. Man musste die Kontingenz der Geschichte anerkennen. Allerdings erschien diese Kontingenz auch als die Chance, dass der infrastrukturelle und moralische Wiederaufbau nach 1945 gelingen könnte.

Diese Überlegung schlug sich in den Narrationen der obigen Fallstudien nieder. Einerseits erzählten sie lineare Verfallsgeschichten, während sie andererseits sys-

241 Vgl. dazu auch Rosa: *Beschleunigung*, S. 359f.

242 Knöbl: *Spielräume der Modernisierung*, S. 32f.

243 Siehe für diese Begriffe Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 87, Küsters: »Von der beschränkten zur vollen Souveränität«, S. 4, oder Grewe/Küster: *Nürnberg als Rechtsfrage*, S. 48. Diese und andere humanistische Vorstellungen zeigen sich freilich auch bei den Gegenpositionen zur Souveränität. Dies ist kein Argument gegen den Zusammenhang mit der Souveränität. Ihre Befürworter:innen hatten ja gerade versucht zu zeigen, dass die Gegenseite über *keine* andere Philosophie verfüge, sondern sich der der Souveränität bediene. Humanismus und Souveränität war für sie essenziell verbunden. Dass sie dies relativ kohärent darstellen konnten, war *historisch gesehen* ihr argumentativer Vorteil.

244 Rosa: *Beschleunigung*, S. 27.

245 Vgl. auch Münkler: *Machiavelli*, S. 19–61.

tematisch auf exemplarische Erfahrungen zurückgriffen, um den Verfall zu stoppen. Fanon bezog sich auf die Geschichte der Revolutionen, Jouvenel auf die Erfahrungen des Absolutismus und Hennis auf die Erfahrungswelt der Antike. Dabei bot das Souveränitätsdenken den Schlüssel, um die Entwicklung des Menschen wieder von einer Verfallsgeschichte in eine Erfolgsgeschichte zu wenden: Nur wenn sich die Einsicht in ein höheres Gut mit dem Willen verband, dieses höhere Gut zu erreichen, schaffte man am Ende auch den Fortschritt zum Besseren, den die Aufklärung versprochen hatte.

Auch damit reflektierte also das Souveränitätsdenken aufklärerische Vorstellungen, weil es sich nicht auf die hintergründige List der Vernunft verlassen wollte, die noch Kant zur Begründung für das allmähliche Fortschreiten zum Besseren angebracht hatte.²⁴⁶ Das Subjekt musste eine Entscheidung treffen und konnte sich nicht auf eine »unsichtbare Hand« verlassen. Darum lud man den Handlungsbegriff emphatisch auf und projizierte ihn auf das Subjekt. Hennis hat dies so prägnant formuliert wie kein anderer: »Souverän sein heißt – ohne Exculpationsmöglichkeit – *geschichtlich* verantworten müssen.«²⁴⁷ Souveränität war nach 1945 insofern der Begriff, mit dem der zeitliche Gestaltungs- und Verantwortungsimpetus der modernen Subjektivität zum Ausdruck gebracht wurde.

Dies bedeutete allerdings keine Apologie der permanenten Erneuerung. Vielmehr kommt auch in zeitlicher Hinsicht ein Integrationsbedürfnis zum Tragen. Denn wenn die Beschleunigung der sozialen Prozesse – insbesondere in der Wirtschaft – die Desintegration der Gesellschaft angetrieben hatte, dann musste die Regierung das Zeitmanagement für die auseinanderfallenden Horizonte übernehmen: »Bei dieser Siebung, diesem Ausgleich und der unaufhörlichen Wiederherstellung des Gleichgewichts wird die Frage nach dem politisch Guten am häufigsten gestellt werden müssen«, resümierte etwa Bertrand de Jouvenel die Herausforderung der Herstellung von Stabilität und Dauerhaftigkeit unter den Bedingungen von beschleunigtem Wandel.²⁴⁸

Diese Möglichkeit zur Selbstaufklärung erlaubte aber eine optimistische Haltung gegenüber der Zukunft: Wenn das Subjekt seinen Pflichten bzw. seiner Verantwortung nachkam, konnte es »souveräne« Entscheidungen treffen und umsetzen.

246 Siehe dazu den berühmten Anhang »Ob das Menschliche Geschlecht im Beständigen Fortschreiten zum Besseren sei« in Kant: »Der Streit der Fakultäten«, S. 351–368. Besonders eindrucksvoll ist die Kritik daran bei Camus. Er bemühte die Erzählung vom Sisyphos, in der Kant nun gerade den vergeblichen Abderitismus sah, und wendete ihn ausdrücklich in eine optimistische Philosophie. Ein ebenso typisches Dokument für den verlorenen Glauben an eine »List der Vernunft« ist Adorno und Horkheimers *Dialektik der Aufklärung*, die gegen ihre skeptische Diagnose aber ebenfalls auf das souveräne Subjekt setzen. Vgl. dazu Fetscher: »Aufklärung und Gegenaufklärung in der Bundesrepublik«.

247 Hennis: *Das Problem der Souveränität*, S. 113 (Hervorhebung hinzugefügt).

248 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 76.

zen. Aus der Souveränität als einer Bewusstseinsbildung wurde *Vertrauen* und *Zutrauen* für die Planung der Zukunft geschöpft.²⁴⁹ Dass man den Erfahrungen der Weltkriege diese optimistische Haltung zur Zukunft abtrotzte, war eine der kuriosen Leistungen der Nachkriegszeit und beruhte maßgeblich auf Souveränitätstheorien, die Machbarkeitspathos und Zeitkonzeption verbanden.

Neben der – erneut zugleich deskriptiven und normativen – Dimension der Zeitlichkeit fußt das Regierungsdenken der Souveränität auch auf einer *spezifischen Raumkonzeption*. In der Soziologie ist herausgearbeitet worden, dass die Soziologie als eine, wenn nicht die Wissenschaft der Moderne oft blind einem Container-Modell des Raumes gefolgt ist, in dem ohne weitere Thematisierung die Gesellschaft mit dem Nationalstaat gleichgesetzt wurde.²⁵⁰ Diese gesellschaftliche Selbstbeschreibung findet sich auch in den Modernisierungstheorien der 1950er und 1960er Jahre wieder,²⁵¹ und sie prägte freilich umgekehrt auch das Souveränitätsdenken der Zeit, denn das Territorium steckt letztlich den Gestaltungsraum ab, für den die höchste Autorität Verantwortung übernehme.

In dieser Formulierung ist zunächst die epistemische Raumvorstellung beachtlich: Raum wird hier als eine Fläche wahrgenommen. Dies ist ideengeschichtlich im Grunde nicht verwunderlich, denn der moderne Staat konstituiert sich gerade mit dem Übergang zum institutionalisierten Flächenstaat. Damit wurde nicht nur ein politisches Modell, sondern ein Wahrnehmungsmuster für die Realität abgelöst: Raumordnung wurde nunmehr nicht mehr via Itinirare, also Verkehrs- und Reisewege zwischen Städten, Gemeinden und Plätzen, sondern über Flächen gedacht. Dieses Flächenmodell des Raumes hat seine typische Repräsentationsform in Landkarten gefunden, insbesondere in der – oft genug kontrafaktischen – farblichen Repräsentation politischer Einheiten. Raum wird hier stets in ein Nebeneinander von Räumen parzelliert.²⁵²

249 Vgl. zum Optimismus auch Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 315.

250 Vgl. Schroer: *Räume, Orte, Grenzen*, S. 18–20.

251 Vgl. Knöbl: *Spielräume der Modernisierung*, S. 196.

252 Zur »Raumordnung des Westfälischen Systems«, ihrer Metaphorik und Ikonografie vgl. Münkler: »Raum« im 21. Jahrhundert«, S. 312–317. Im Bereich sprachlicher Bilder boten sich hingegen Körpermetaphoriken (*body politics*) an, mit der auch die königliche Konnotation in die demokratische Souveränitätstheorie fortgeschrieben wurde. Indem die Nachkriegstheorien Territorialität und Persönlichkeitsmetaphorik engführten, entledigte man man sich der organizistischen Konnotation und betonte eine eher philosophische und juristische Konnotation betonte. Für Beispiele siehe etwa Simson: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*, S. 200, Schwarzenberger: »The Forms of Sovereignty«, der von »personal and territorial sovereignty« sprach. Körpermetaphoriken finden sich etwa bei Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*, S. 267; Hinsley: »The concept of sovereignty and the relations between states«.

Ein zweiter bemerkenswerter Aspekt ist, dass die Souveränitätstexte der Nachkriegszeit eine *Begründung für diese begrenzte Territorialität* liefern. Denn dem Prozess der Bildung eines souveränen Bewusstseins, der aus der Vielheit der Individuen eine einheitliche Persönlichkeit machte, waren aller Einschätzung nach Grenzen gesetzt. Die anthropologische Variante dieser Begründung verweist darauf, dass Menschen sich nur wirklich selbst verwalten konnten, solange sie sich in *ihrer tatsächlichen Erfahrungs- und Handlungswelt* bewegten (Fanon, Hennis). Der territorial begrenzte Staat sei daher aus praktischer Hinsicht eine Voraussetzung für die Selbstverwirklichung einer politischen Gemeinschaft. Weniger final ist demgegenüber die *empirische Argumentation*, dass es diese Grenzen gab, weil sich die *geteilten »Glaubensvorstellungen«* schlichtweg nicht über den ganzen Globus erstreckten (Simson, Morgenthau). Beide Argumentationsvarianten ziehen aber den Schluss, dass eine Überdehnung des Territoriums zum bloßen Verwaltungsstaat oder zum tyrannischen Obrigkeitsstaat führe. Der Sinn von Souveränität werde so verfehlt, und zwar sowohl für den einzelnen Menschen als auch für die politische Gemeinschaft.

Wenn die Genese des modernen Staates diese flächige Raumvorstellung voraussetzte und daraufhin zum dominanten Wahrnehmungsmuster institutionalisierte, aktualisierten und begründeten also die Souveränitätstheorien nach 1945 diese Raumvorstellung: Gesellschaften werden über Politik zu Einheiten integriert, und politische Einheiten haben eine territoriale, flächenmäßige Ausdehnung, die den Gestaltungsbereich der jeweiligen Einheit konstituieren. Allerdings enthielt das territoriale Denken noch einen dritten, bisher wenig beachteten Aspekt, der in den Dokumenten mehrfach deutlich geworden ist: Die *ländlichen Flächen und ihre Bevölkerung* haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Größe des Staates. Es wurde daher – etwa bei Fanon – angemahnt, dass man das Land bei der Integration der Gesellschaft nicht vergessen dürfe.²⁵³

Praxisfelder des Regierens: Internationale Organisationen, Planung, Erziehung

Eine solche Konzeption der Souveränität – ihre humanistische Subjektform, ihre Raum- und Zeitvorstellungen – machte bestimmte Handlungsfelder wichtiger als andere, um die Fähigkeiten zur Gestaltung der Welt zu verwirklichen und den Herausforderungen der Nachkriegszeit zu begegnen. So jedenfalls stellt es sich beim Blick auf die Souveränitätstexte dar, die immer wieder drei Aufgabenbereiche für das Regierungshandeln thematisierten: internationale Organisationen, die Planung der Gesellschaft und schließlich die Bildung und Erziehung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dieser Teil schließt mit einer Skizze dieser drei Praxisfelder. Dies

253 Auf die zugehörige Praxis der Raumplanung komme ich im folgenden Abschnitt zu sprechen. Hier scheint es eine gewisse Spannung zur Modernisierungstheorie der Zeit zugeben, die sich auf urbane Gegenden fokussierte (vgl. Knöbl: *Spielräume der Modernisierung*, S. 181f.).

bleibt notwendigerweise eine grobe Skizze: Regierungsdenken und auch Regierungspraxis haben die einzelnen Felder bis ins kleinste Detail traktiert, debattiert, implementiert, und gerade hierin zeigt sich ihr ›paradigmatischer‹ Charakter.²⁵⁴

Es gehört zu den ironischen Momenten der Nachkriegszeit, dass der ›Sieg‹ des Souveränitätsmodells am stärksten an einer weltumspannenden Organisation abgelesen wurde – den Vereinten Nationen. Für die Mehrheit der zeitgenössischen Akteure, ob sie Souveränität nun ablehnten oder befürworteten, bestand keinerlei Zweifel: Die Charta der Vereinten Nationen hatte das Prinzip Souveränität zum Eckpfeiler des Internationalen Rechts gemacht.²⁵⁵ Wie bei vielen internationalen Verträgen hatten die Vertragsparteien demnach auch hier ihre Souveränität als eine »sehr reale Größe«²⁵⁶ angesehen, und sie hatten von daher nie die Absicht, eine internationale Organisation anzubahnen, die unabhängig von ihren Mitgliedsstaaten ihre eigenen Zuständigkeiten festlegen könne. Stattdessen waren internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen die Verwirklichung staatlicher Souveränität.

Adenauers enger Berater Wilhelm Grewe machte den entsprechenden metaphorischen Rahmen für diese Deutung explizit. Die Vereinten Nationen waren für ihn in erster Linie eine Verhandlungsbühne.²⁵⁷ Als solche boten sie den Raum, in dem die Staatspersönlichkeiten in Erscheinung traten. Indem sie in das Licht der internationalen Öffentlichkeit traten, brachten sie zunächst ihren Anspruch als souveräner Staat für alle sichtbar zur Geltung, ebenso wie sie ihren Willen zur Integration und Kooperation in Szene setzten. Insofern sind die Bilder und Videoaufnahmen von den Verhandlungssituationen, dem Moment der Unterschrift und vom geselligen Beisammensein von entscheidender Bedeutung. Sie halten auch für die restliche Öffentlichkeit beide Seiten fest: die Repräsentation eines eigenständigen Staatsbewusstseins, das repräsentativ verkörpert ist, *und* die Akte der Verbindung mit anderen Staatspersönlichkeiten.²⁵⁸

254 Mit diesem Ausblick sollen zwei Ziele erreicht werden: Erstens soll gezeigt werden, dass es tatsächlich einen Bezug zwischen Regierungsdenken und Regierungspraxis gab. Bleibt man auf der Ebene theoretischer Texte zur Souveränität, kann dies schnell übersehen werden, selbst wenn die Beiträge explizit darauf hinweisen. Dieser Kontext wird hier expliziert. Zweitens soll gezeigt werden, dass die verschiedenen geplanten und durchgeführten Praktiken des Regierens durchaus einen gemeinsamen Fluchtpunkt in der Souveränität hatten. Dies wurde in geschichtswissenschaftlichen Studien oft übersehen, die sich der unüberblickbaren Vielfalt an Quellen folgend auf ein Feld zu beschränken wussten.

255 Siehe Erler: »Staatssouveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«, S. 31; Kleffens: *Sovereignty in International Law*, S. 89.

256 Erler: »Staatssouveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«, S. 32, in Bezug auf den Bonner Generalvertrag.

257 Siehe Grewe/Küster: *Nürnberg als Rechtsfrage*, S. 105.

258 Vgl. auch Belafi: »Anachronismus oder Selbstbild?«.

Bei der Mit-Gestaltung der Welt standen den souveränen Staaten zwei Mittel zur Verfügung. *Erstens* wirkten die Staaten auf der Verhandlungsbühne, indem sie an der internationalen Meinungsbildung teilhatten. Die Staaten vertraten hier ihre intern gebildete, reflektierte Meinung, während sie diese womöglich im Pro und Contra der Debatte auch weiterbildeten. Grewe war daher der Ansicht, dass die internationalen Organisationen in aller erster Linie ein Organ der öffentlichen Meinung seien, das mit moralischem Druck und diplomatischer Beratung die Willensbildung des Einzelstaates beeinflussen, aber eben nicht erzwingen konnte.²⁵⁹ Daneben waren Verträge das *zweite* Mittel der gestalterischen Selbstverwirklichung des Staates, das freilich ebenfalls in Analogie zum Vertragsrecht des Individuums gedacht wurde. Der besondere Status der internationalen Organisationen bestand dann darin, dass sie hier keine einmaligen Tauschbeziehungen, sondern einen auf Dauer gestellten Willen zum Ausdruck brachten, die Welt in einer bestimmten Art und Weise gemeinsam zu gestalten.

In diesem Sinne hob das inter-gouvernementale Regieren in internationalen Organisationen wie der NATO oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Idee der Souveränität auf ein neues Niveau, was die beteiligten und die beobachtenden Personen auch registrierten.²⁶⁰ Sie sahen darin aber gerade die Ausübung von Souveränität: In der politischen Partizipation und Gestaltung realisierte sich der souveräne Staat, insofern er Verantwortung für sich selbst und für andere übernahm. So hielt auch Karl Jaspers fest: »Aller durch die alte Souveränität ermöglichte Übermut fällt dahin. Eine neue Weise der Souveränität ist heute die wahre: die bescheidene, tapfere, verantwortliche Mitarbeit an der Vernunft in der Welt.«²⁶¹

Erst von diesem existenziellen Status der Souveränität entwickelten sich dann Debatten um den Verlust von Souveränität, die nicht deren konzeptionelles Verschwinden, sondern den Statusverlust thematisierten: Wer von den Mitgliedsstaaten war eigentlich noch souverän? Die Sorge um die eigenen, gleichgestellten Mitgestaltungsrechte war durchaus begründet. Denn wäre es nach den Plänen der Großen Drei USA, Großbritannien und Sowjetunion gegangen, wären die Vereinten Nationen keine Vereinigung der Staaten in souveräner Gleichheit, sondern ein Bund der Großmächte geworden, die als Weltpolizei auftraten.²⁶² Es waren in erster Linie die kleinen Staaten und die Dominions, die auf ihre eigenen Mitwirkungsrechte bestanden und diese auf der Ebene der Verwaltungsleitung (*chiefs*

259 Grewe/Küster: *Nürnberg als Rechtsfrage*, S. 105.

260 Ein Beispiel für die folgende Konzeptarbeit wäre die Idee der *pooled sovereignty* bei Etzioni: »European Unification and Perspectives on Sovereignty«; kritisch zu Kooperation und Souveränität Loewenstein: »Sovereignty and International Co-operation«.

261 Jaspers: *Freiheit und Wiedervereinigung*, S. 64.

262 Vgl., auch im Folgenden, Mazower: *Governing the World*, S. 205-210; Baker: *Constructing a Post-War Order*, S. 169f., 180-198.

of staff) im Rücken der Regierungschefs ausgehandelt hatten. Noch auf der Konferenz von Dumbarton Oaks vom August bis Oktober 1944 war die Organisation auf den Sicherheitsrat zugeschnitten, der die Generalversammlung dominieren sollte. Erst in der Konferenz von San Francisco am 25. und 26. Juni 1945 war es gelungen, der Generalversammlung eine freie Wahl ihrer Debattenthemen zu sichern, dem Sicherheitsrat eine Berichtspflicht aufzuerlegen, regionale Konfliktlösungen zu präferieren und ein Selbstverteidigungsrecht festzuhalten.

Vor diesem Hintergrund wurde nun hinter vielen internationalen Gestaltungsvorschlägen wie der Atomaufsicht oder dem Marshall-Plan vermutet, dass die Dominanz einer Großmacht über die »souveräne Gleichheit« aller Staaten (wieder) hergestellt werden sollte. Die zentralen Streitpunkte waren dabei die Majoritätsregel in der Generalversammlung und der Sicherheitsrat mit seinen Veto-Rechten, weil sie das Prinzip der Einstimmigkeit aussetzten.²⁶³ Auf die Frage, wann man seine Souveränität verwirkt hatte, gab es in der Debatte im Grunde drei verschiedene Antworten. Die erste Antwort war, dass die Souveränität in dem Moment verloren sei, in dem Entscheidungen ohne die eigene Zustimmung getroffen werden könnten. Dann wären – je nach Auslegung – nur noch die Großen Drei plus China, die Atomkräfte oder die Veto-Mächte des Sicherheitsrats souverän. Die zweite Antwort lautete: Solange es ein Austrittsrecht gibt, kann sich der Staat jederzeit in souveräner Entscheidung dem Geltungsbereich entziehen – und dies sei in allen gegenwärtigen Organisationen hinreichend gegeben.²⁶⁴ Schließlich ließ sich die Position vertreten, dass Souveränität kein rechtliches Kriterium sei, sondern so lange bestehe, wie ein Staat auch gegen das Recht auf sein existenzielles »Nein« beharren konnte. Erst wenn er diese Möglichkeit z.B. durch Waffengewalt verliere, verliere er auch seine Souveränität.²⁶⁵

Der enorme Umfang dieser Debatten, in denen der Begriff der Souveränität immer weiterer Definitionsarbeit unterzogen wurde, bringt letztlich zum Ausdruck, dass Souveränität zum Maßstab eines aktiven Regierens geworden war. Die unendliche Interpretations- und Definitionsarbeit lohnte sich, weil daran hing, ob man an der Gestaltung der Welt teilhaben konnte. Während es bei internationalen Organisationen um eine Gestaltung der Welt ging, in der sich auch andere Staatspersönlichkeiten bewegten, fokussierte das *zweite Praxisfeld* die Gestaltung der »ei-

263 Siehe hier und im Folgenden die Diskussion bei Gunst: *Der Begriff der Souveränität im modernen Völkerrecht*, S. 24-42; Morgenthau: »The Problem of Sovereignty Reconsidered«, S. 345-350; Leibholz: »Die Zukunft der nationalstaatlichen Souveränität im 20. Jahrhundert«, S. 380-385; Jahrreiß: »Die Souveränität der Staaten«, S. 36f.

264 So z.B. Kleffens: *Sovereignty in International Law*, S. 118-122.

265 Siehe Leibholz: »Die Zukunft der nationalstaatlichen Souveränität im 20. Jahrhundert«, S. 381. Umstritten war, ob man auch per Vertrag diese existenzielle Dimension abtreten könnte, wofür Morgenthau und Rumpf plädierten (Morgenthau: »The Problem of Sovereignty Reconsidered«, S. 348f., 359f.; Rumpf: *Land ohne Souveränität*, S. 24).

genen« Welt des Staates. Es setzte den Gestaltungsimperativ nach innen um. Damit verschob sich gewissermaßen auch der Fokus von der Raumdimension auf die Zeitdimension: Die Planung der Erfahrungswelt der Menschen war vor allem eine Planung für die Zukunft.

Hinter der Vorstellung, dass man einen Plan für die Zukunft bräuchte, stand die Überzeugung, dass die moderne Gesellschaft »ein in hohem Grade *nicht »selbst-regulierendes« System des Zusammenlebens* ist.«.²⁶⁶ Damit reformulierte der ehemalige Bundesverfassungsrichter Martin Drath die Vorstellung, nach der die moderne Industriegesellschaft eines gezielten Ausgleichs der gesellschaftlichen Kräfte durch eine übergeordnete politische Instanz brauchte, um nicht zu zerfallen.

Auf genau diesem Weg waren auch Jouvenel, Fanon und Hennis – mit einem sorgenvollen Blick auf die desintegrativen Wirkungen des Hochkapitalismus – dazu gekommen, den Souverän mit der Aufgabe der Planung zu betrauen. Steuerung und Planung sollten Individuum und Gesellschaft mit einer weitblickenden Vision der gemeinschaftlichen Entwicklung zusammenführen. Die Regierung musste die Übersicht über die Rahmenbedingungen des Handelns haben und sollte die Gemeinschaft auf ein übergeordnetes, höheres Gemeinwohl ausrichten, sodass zeitlicher Fortschritt auch Höherentwicklung bedeutete. Das war die Regierungsrationalität der Souveränität: »Seine Steuerungsfähigkeit – seine innere Souveränität – ist die »ratio« der Existenz des Staates überhaupt.«.²⁶⁷

Martin Drath wollte mit seinem Aufsatz die faktische Regierungsrationalität systematisieren, der die drei großen westeuropäischen Demokratien in Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Planungsentwürfen folgten. In Großbritannien erschien das Gründungsdokument des Planungsdenkens bereits im Jahr 1942, als der Beveridge Report veröffentlicht wurde.²⁶⁸ Von der damaligen Regierung war die Kommission unter William Beveridge eigentlich eingesetzt worden, um kleinere Veränderungen bei den Sozialleistungen vorzuschlagen. Der fertige Bericht forderte stattdessen ein umfassendes Aktionsprogramm zur Abschaffung von fünf großen *social evils*: Krankheit, Elend, Mangel, Unwissenheit und Untätigkeit. Nachdem die Kriegsregierungen recht wenig von dem Report umsetzten, fiel das der Labour Regierung nach dem Krieg zu. Mit vier *National Acts* setzte sie von 1946 bis 1948 ein staatliches Gesundheits- und Versicherungssystem in Kraft und strukturierte damit die Debatte um Planung und den *welfare state* für zumindest 30 Jahre.

In Frankreich setzte ab 1946 das Commissariat Général du Plan einen Fünfjahresplan fest, dem ja auch Jouvenel zuarbeitete.²⁶⁹ Der Plan sollte die staatliche

266 Drath: »Der Staat der Industriegesellschaft«, S. 274 (Hervorhebung hinzugefügt).

267 Drath: »Der Staat der Industriegesellschaft«, S. 275.

268 Vgl. im Folgenden Lee: *Victory in Europe?*, S. 12f.; Abel-Smith: »The Beveridge Report«.

269 Vgl. im Folgenden Seefried: *Zukünfte*, S. 72–74.

Wirtschaftspolitik anleiten, ohne die unternehmerische Freiheit zu stark einzuschränken. Während der Markt als kurzfristiges ökonomisches Kalkül von Angebot und Nachfrage verstanden wurde, sollte er durch einen längerfristigen Plan für Gesamtentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft komplementär ergänzt werden. Diese Idee der *planification* war an die zentralistische Tradition des Merkantilismus und den sozialtechnischen Geist von Comte und Condorcet angelehnt, und sie setzte in Frankreich eine Debatte über die Nutzung von Technik und Automation in Gang, die im nächsten Teil thematisiert wird.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland konnte man sich dem Planungsdenken nicht entziehen, auch wenn die Begriffe von Plan und Planwirtschaft anfangs auf deutlich größere Vorbehalte stießen. Wie Alexander Nützenadel gezeigt hat, verlor aber die ordoliberalen Skepsis früh an Boden, und schon in den 1950er Jahren setzte sich das Planungsdenken durch.²⁷⁰ Das bedeutete einerseits die Rückkehr der Raumordnungspolitik, die zum wichtigsten Instrument infrastruktureller Planung wurde. Dabei übernahm die ›Theorie zentraler Orte‹ von Walther Christaller eine Leitfunktion.²⁷¹ Schon in den 1930er Jahren hatte Christaller dieses deduktive Modell entwickelt, das den Raum danach ordnen wollte, welche Bedeutung er für die Bereitstellung von Gütern einnahm. Entsprechend strukturierte sich der Raum hierarchisch von Oberzentren über Mittel- und Kleinzentren bis hin zu Unterzentren. Neben die infrastrukturelle Planung trat andererseits die Globalsteuerung der Wirtschaft. Der Staat sollte mit gezielten konjunkturellen Maßnahmen die Kaufkraft steuern und zugleich für einen Ausgleich von Arbeit und Kapital sorgen. Auch in Deutschland hatte sich der Keynesianismus und die optimistische Vision eines permanenten Wachstums der Wirtschaft etabliert.²⁷²

Damit die Staaten diese Steuerungs- und Planungspolitik umsetzen konnten, vergrößerten sich die Verwaltungen und es wurde immer mehr wissenschaftliche Expertise herangezogen.²⁷³ Man kann dies als die praktischen Implikationen der Regierungsrationalität Souveränität sehen, die die ganze Gesellschaft registrieren und ausbalancieren sollte. Auch nach den Reflexionen auf Souveränität galt deswegen, dass sich die Regierung immer im Rate befinden müsse, um zur bestmöglichen, souveränen Entscheidung zu kommen, und dass die Verwaltung komplementär dazu dafür zuständig war, die Vielstimmigkeit des Rates wieder in einen einheitlichen Gesellschaftsentwurf einzubinden und diesen zu implementieren.

270 Vgl., auch im Folgenden, Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, zusammenfassend S. 18–21, 358–61; ähnlich Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 52–61.

271 Vgl. Etzemüller: »Strukturierter Raum – integrierte Gemeinschaft«, S. 141–143.

272 Keynes' Theorie stellt allerdings nicht auf permanentes Wachstum ab, sondern nur auf das Ziel der Vollbeschäftigung. Die Steuerung sollte sich dabei tendenziell auf finanzielle Verteilung beschränken. Vgl. Skidelsky: *Keynes*, S. 106, 129f.

273 Siehe dazu neben den Fallstudien auch paradigmatisch Drath: »Der Staat der Industriegesellschaft«, S. 283.

Insofern leitete sich der »aktive Staat«, wie das Leitbild in Deutschland hieß, konsequent aus dem humanistischen und integrativen *télos* der Souveränität ab. Beides war die Antwort auf die Desintegrationserfahrungen, denen man mit Integration bei gleichzeitiger Modernisierung begegnete. Der Zweck der Planung bestand darin, die Gesellschaft zu stabilisieren und den Einzelnen die ökonomische und politische Partizipation zu ermöglichen. Planung war in der zeitgenössischen Sicht die Bedingung der Möglichkeit für die Selbstverwirklichung der Menschen und daher einer der zentralen Ratschläge im Souveränitätsdenken der Zeit.²⁷⁴

Im Souveränitätsdenken wurde schließlich ein *dritter Aufgabenbereich* des Regierens umrissen, der ebenfalls als eine Voraussetzung dafür galt, dass sich die Menschen *im Staat* verwirklichen konnten: *Bildung und Erziehung* waren, so die verbreitete Überzeugung, die Grundlage einer rationalen Wahl der Staatsbürger:innen und der Politiker:innen, die über die Bedingungen, die Wahlmöglichkeiten und die Konsequenzen ihrer Entscheidungen aufgeklärt sein mussten.²⁷⁵ In dieser Konstellation wurde politischer Theorie und Philosophie eine besondere Rolle zugewiesen. Sie galt als Katalysator, um die Entwicklung des Selbst-Bewusstseins voranzutreiben.

Dieser Auffassung war Frantz Fanon offenbar sogar mitten im Gefecht. Nach der Lektüre von Sartres *Kritik der dialektischen Vernunft*, so berichtete er, sei er zu den Truppen der Nationalen Befreiungsarmee an der tunesisch-algerischen Grenze gelaufen, um mit ihnen darüber zu diskutieren.²⁷⁶ Aus etwas mehr Distanz reflektierte *Die Verdammten dieser Erde* diese Notwendigkeit des Erklärens: Die Führung müsse ihren sozio-ökonomischen Plan erklären, um Zustimmung und Unterstützung zu erhalten, und die Masse der Menschen brauche es, um sich über ihre eigene Position bewusst zu werden. Diese Vorstellung setzte Fanons Buch unmittelbar um, indem es den Weg zur Freiheit mit den Theorien von Marx und Sartre ausleuchtete.

Auf dem europäischen Festland entwarfen Jouvenel und Hennis zeitgleich die Politikwissenschaft als eine praktische Wissenschaft. Für beide hatte sie die Aufgabe, in die Politik zu intervenieren und sie zu beraten, statt sich Werturteilen grundsätzlich zu enthalten. Jouvenel stellte sich dabei gegen die »Spezialisten der

274 Paradigmatisch siehe dazu Wootton: *Freedom Under Planning*. Zu deutschen Quellen und ihrer Einordnung vgl. die umfangreiche Studie von Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, insb. S. 99, 308f.

275 »[T]he absence of sovereignty – or rather, denying its existence – entails denial of the capacity for rational choice, because it means denying the identity of the willing agent« (Stankiewicz: »In Defense of Sovereignty«, S. 32). Paradigmatisch auch Jaspers: *Freiheit und Wiedervereinigung*, S. 96–106.

276 Vgl. Bernasconi: »Fanon's *The Wretched of the Earth* as the Fulfillment of Sartre's *Critique of Dialectical Reason*«, S. 36.

politischen Wissenschaft«,²⁷⁷ die seit langem behaupteten, man könne gar keine Theorie der guten Entscheidung aufstellen, und damit den eigentlichen Zweck ihrer Profession verfehlten. Selbst die »politische Theorie«, schrieb Jouvenel, »hat sich seit langem auf den Standpunkt des Richters gestellt; unser Bestreben ist aber, sie in die Rolle des Ratgebers zu drängen.«²⁷⁸

Auch für Hennis war die entscheidende Bedeutung der politischen Wissenschaft ihre beratende Funktion für die öffentliche Meinung. Wie Jouvenel wies er dabei die bloße Fachkenntnis in ihre Schranken. Es gehe bei Beratung nicht nur um die Produktion eines Ergebnisses, sondern vor allem um die Beratung über die allgemeinen Ziele der gemeinsamen Lebensführung. Mit diesem Auftrag hatte der Politikwissenschaftler stets auch öffentlicher Intellektueller zu sein.²⁷⁹ Dabei komme der Theorieentwicklung eine ganz grundlegende Funktion der Theorie zu, denn »schließlich ist politische Erziehung, diese so wichtige heute gestellte Aufgabe, gar nicht möglich ohne die Grundlage einer einsichtigen Theorie der Politik.«²⁸⁰ Die westeuropäische Nachkriegsdemokratie war demnach ohne die umsichtige, intellektuelle Praxis der Theorie nicht zu machen, und sie bedurfte außerdem insgesamt einer politischen Wissenschaft, die Kriterien für gute Entscheidungen zur Hand gab, ohne diese Entscheidungen von vornherein zu treffen. Sie war dabei nicht mehr nur der Flüsterer der Mächtigen, sondern in erster Linie Erzieher einer breiten Öffentlichkeit.

Sehr deutlich zeichnet sich in diesen Formulierungen die Konzeption der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft ab, die prägend für die (Neu-)Begründung des Faches nach dem Zweiten Weltkrieg wurde.²⁸¹ Zumal in Deutschland bedeutete die Herstellung von Souveränität auch, dass man die Menschen zur staatsbürgerlichen Souveränität erziehen musste. Aber auch für Großbritannien mahnte Barbara Wootton, später Präsidentin der British Sociological Association: »The contemporary voter, if his [sic!] opinions are to be taken seriously, ought to have, at the least, a considerable expertise in geography, history, economics, and hygiene, not to mention familiarity with the ways of life followed in any and every part of the globe.«²⁸²

Insgesamt mussten »dem Wähler« also eine Reihe substanzieller und habituel-
ler Kompetenzen vermittelt werden, damit er zur souveränen Selbstgestaltung in

277 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 27.

278 Jouvenel: *Über Souveränität*, S. 113.

279 Siehe Hennis: »Rat und Beratung im modernen Staat«, S. 67-71; vgl. Rosa/Kaiser: »The Fine Art of Government«, S. 100; für Jouvenel Stockhammer: »Die Zähmung des Minotaurus«, S. 165.

280 Hennis: »Zum Problem der deutschen Staatsanschauung«, S. 75.

281 Vgl. Sanders: *Zeitschriften der Politikwissenschaft*, S. 455f.; Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, S. 264-284.

282 Siehe Wootton: *Freedom Under Planning*, S. 166. Die Kompetenzen diskutierte auch Hennis: »Das Modell des Bürgers«.

der Lage wäre, und hierfür war die Institutionalisierung der Politikwissenschaft eine entscheidende Maßnahme. Die enge Verbindung von Reflexion und Aktivität zeichnete das Souveränitätsdenken als eine Art Bürgerhumanismus aus, allerdings mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen von der Breite und Art der Partizipation. Der Drang zur Aktivität wandte sich gegen einen Humanismus, der das Heil des Individuums *nur* in kulturellen Bräuchen und Literatur suchte, statt sich dem Wagnis der Politik auszuliefern. Für Fanon war das die Négritude-Bewegung, deren Intellektuelle sich auf das bloß Kulturelle als Basis der Gemeinschaft zurückziehen wollten. Auch in Deutschland zogen sich viele in das private Idyll zurück.²⁸³ Dagegen entwarfen die Souveränitätserzählungen den Imperativ, sich als handelnde, selbstbewusste und universell aufgeklärte »Bürger« in einem Staat zu konstituieren, der ein breites und intervenierendes Regierungsprogramm hatte.

»Souveränität« nach 1945 bot mit diesen drei Vorschlägen zur Regierungspraxis eine konkrete Antwort auf die Herausforderungen nach den Erfahrungen gesellschaftlichen, moralischen und ökonomischen Zerfalls. Schon dass Souveränität eine konsistente Grundlage anbot, die epistemische Rahmenbedingungen, gesellschaftstheoretische Ordnungsvorstellungen und politisch-praktische Vorschläge lieferte, ist gewissermaßen Teil der Integrationsleistung, die »Souveränität« nach 1945 erbrachte.

Fasst man die damit verbundenen Versprechen zusammen, so erhoffte man sich vom souveränen Staat drei Erträge. *Erstens* sollte er den Frieden nach innen und außen wahren. Nach außen erreichte er dies durch die Anerkennung der anderen Staatspersönlichkeiten; nach innen musste er dafür die Leitung der Gesellschaft übernehmen, um gleichzeitig die Integration, Modernisierung und humanistische Werteorientierung der Gesellschaft sicherzustellen. Dazu sollte er mithil-

283 Vgl. Schnell: »Deutsche Literatur nach 1945«, S. 496–503. Dies zeichnet sich in der enormen Verbreitung der Idylle-Literatur der Nachkriegszeit ab: Sie überhöht das erfahrene Leid metaphysisch; oder sie versuchte, den drängenden Fragen der internationalen Öffentlichkeit in der Beschaulichkeit der Heimat und der Heiterkeit ihrer Feste zu entkommen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Operette *Im Weißen Rössl*. Das Singspiel, das 1930 uraufgeführt wurde, war eine Kritik an der Käuflichkeit von Natur und Geselligkeit und an dem sich anbahnenden Anschluss Österreichs an Deutschland, das passenderweise vom schnittigen Rechtsanwalt Siedler vertreten wird. Die Kritik wurde aber durch die Liebesgeschichten dreier Pärchen kaschiert, die sich im idyllischen Hotel »Zum Weißen Rössl« am Wolfgangsee in fröhlichster Reise Stimmung treffen: »Laßt uns Champus trinken mit lächelndem Gesicht« ist das passende Abschlusslied des ersten Aktes. Mit dieser doppelbödigen Anlage hielten die Hauptautoren Ralph Benatzky, Robert Gilbert und Erik Charell dem bürgerlichen Publikum den Spiegel vor – vor Freude versunken in die Ästhetik des Augenblicks und blind für die Wirklichkeit liefen sie feiernd auf den Abgrund zu. Eben jene Kritik am verspielten und konsumierenden Bürgertum wurde in den Verfilmungen der Nachkriegszeit gestrichen. Stehen blieb die Idylle des Wolfgangsees und die sorglose Feier des Lokalkolorits. Vgl. insg. Abels: »Operettenfinale und Weltverspottung«.

fe der Planung – *zweitens* – Wohlstand organisieren und gerecht verteilen, damit die Menschen die ökonomischen Grundlagen hatte, um sich selbst zu verwirklichen, und die Gesellschaft nicht wie in der Zwischenkriegszeit an der sozialen Ungleichheit zerbrach. *Drittens* sollte die politische Integration durch Partizipation ermöglicht werden, sodass ›der souveräne Bürger‹ und ›der souveräne Staat‹ dialektisch verbunden wären.

Allerdings zeichnen sich schon in der Konzeption deutliche Spannungen ab. Ein erster Punkt wäre der *Normkonflikt zwischen souveränem Staat und souveränen Bürger:innen*. Dass sich dies eher dialektisch zu einer souveränen Einheit verbinden, statt in einem Konflikt entladen würde, war – wie die Auseinandersetzungen der 1960er und 1970er Jahre zeigen sollten – eine allzu optimistische Annahme. Während einige dann dazu tendierten, das Übergewicht beim souveränen Staat zu verorten, kündigte sich schon im subversiven Narrativ eine permanente Revolte gegen das honorige Ethos der christlich-liberalen und bürgerlich-republikanischen Ansätze an. Dahinter stand freilich auch der Verdacht, dass Erziehung eher ein paternalistisches Projekt des Staates sei als die Einübung ›wahrlich‹ kritischen Denkens. Dieser Konflikt prägte auch die Debatte um den technokratischen Staat. Je mehr die Regierungen auf professionalisierte Verwaltung und technische Expertise vertrauten, um das Ziel verantwortlicher Planung zu erreichen, desto weiter weg schien die politische Selbstgestaltung und Selbstverwaltung der Einzelnen. Der Imperativ der Planung und der Imperativ der Partizipation kehrten sich gegeneinander.

Gleichzeitig wurde hier jedoch ein anderes Problem der Souveränitätskonzeption verhandelt, nämlich der *Konflikt zwischen den humanistischen Zielen und ihren technischen Mitteln*. Diese Debatten werden im Folgenden untersucht, um zwei unterschiedliche Technologie-Diskurse heraus zu präparieren: Der eine ist geprägt von den internen Konflikten des Souveränitätsparadigmas, der andere hingegen wurde zwar von dieser Regierungsrationalität induziert, entwickelte aber theoretische Konzepte, die die Wahrnehmungs- und Denkmuster der Souveränität hinter sich lassen wollten. Das technologische Denken in Systemen und Netzwerken formierte sich.

II. Technologiken: Modernes Steuerungsdenken in der Kritik

Am 2. Dezember 1964 trat ein 22-jähriger Student der University of California in Berkeley vor die versammelte Menge auf dem *Sprout Plaza* der Universität. Die Rede von Mario Savio leitete die Besetzung der Universitätsgebäude durch die Free-Speech-Bewegung ein, die die jahrelangen Studentenproteste an amerikanischen und westeuropäischen Universitäten eröffnete. Nachdem die Universität politische Werbung außerhalb der etablierten Clubs der *Democrats* und *Republicans* verboten hatte, wandten sich Savio und seine Free-Speech-Bewegung gegen die Universitätsleitung. Sie war in ihren Augen ein Repräsentant der autokratischen Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft. Die Universität behandle die Studierenden wie ein Rohmaterial, das für die Kunden am Ende des Produktionsprozesses in Form gebracht werden muss. Gegen diese Technokratie riefen sie zum Widerstand auf: »And you've got to put your bodies upon the gears and upon the wheels, upon the levers, upon all the apparatus, and you've got to make it stop! And you've got to indicate to the people who run it, to the people who own it, that unless you're free the machine will be prevented from working at all!«¹

Seit den 1960er Jahren ist ›Technokratie‹ ein Topos für die Kritik des Regierens geblieben.² Diese Anschlussfähigkeit des Begriffs hat allerdings die ideengeschichtliche Aufarbeitung erschwert. Was eine Technokratie ausmache, bleibt auch in der (begrenzten) jüngeren Sekundärliteratur häufig tautologisch. Die Definition von Dirk van Laak führt beispielsweise Technokratie auf eine »technische Rationalität« und die »Logik des Technischen« zurück, bestimmt diese aber nicht weiter.³ Bereits die Beteiligten an der Technokratie-Debatte der 1960er Jahre hatten

-
- 1 Savio: »Bodies upon the gears«, S. 188; vgl. insgesamt zu dieser Episode auch Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 11f.
 - 2 Siehe Habermas: *Im Sog der Technokratie*; Runciman: »The crisis of British democracy«; jüngst dazu die Rekonstruktion der Sachzwang-Topik von Séville: »There is no alternative«.
 - 3 Laak: »Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts«, S. 106: »Von ›Technokratie‹ kann dann gesprochen werden, wenn sich technische Rationalität mit dem Anspruch auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung verbindet, wenn Gesellschaftsmodelle überwiegend der Logik des Technischen folgen«. Laut Dirk van Laak ist technokratisches Denken

große Probleme bei der Bestimmung ihres Gegenstandes, was auch kritisch angemerkt wurde: »Das Wort ›Technokratie‹ bezeichnet günstigenfalls ein Problem-Ensemble«, schrieb etwa Hermann Lübke, »und das heißt, daß, wo es fällt, niemand von vornherein wissen kann, von welchem Problem nun genau die Rede sein soll.«⁴ Greift nun eine wissenschaftliche Rekonstruktion auch auf eine tautologische Definition zurück, droht Technokratie allerdings ein »gesellschaftskritisches Klischee«⁵ zu bleiben, mit dem man über den Stand der Technokratie-Debatte nicht hinausgelangt, sondern diese fortschreibt.

Das folgende Kapitel unternimmt einen Gegenversuch. Denn es muss klären, was denn die ›Logik des Technischen‹ war, um ihren Einfluss auf das Regierungsdenken nachzuweisen. Dabei zeige ich, dass im Diskurs über das Regieren zwei völlig verschiedene Technologiken bestanden, die ihre je eigene Kritik an der souveränen Steuerungstheorie formulierten. Die eine ist eine Selbstkritik des souveränen Regierungsdenkens, die andere eine Demontage.

Die Differenz zwischen beiden Ansätzen spiegelt sich im Verständnis ›der‹ Kybernetik, jenem interdisziplinären Forschungsverbund, aus dessen Debatten auch das Internet, der *personal computer* (PC) und die Beschreibung unseres Erbgutes als ›genetischer Code‹ entstanden.⁶ Denn während die einen – zumeist aus den Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – die Kybernetik für ein modernistisches Steuerungsdenken hielten (und dies begrüßten oder verdamnten), entwickelte die Kybernetik im Selbstverständnis vieler Kybernetiker:innen gerade ein Gegenmodell zum modernen Steuerungsdenken.

Das erste Verständnis zeigt sich, wenn man die Technokratie-Debatte aus der historischen Distanz ordnet, um sie als eine dezidiert politische Auseinandersetzung über den Zustand der Gesellschaft zu verstehen. Dafür werden im ersten

als Hintergrundideologie in unsere Gegenwart eingewandert. Damit schließt er an Habermas an, ohne dessen Position in der Technokratie-Debatte zu evaluieren, und nutzt so einen einseitig gefärbten Technokratie-Begriff. Ein zweites Problem seiner Ideengeschichte der Technokratie ist, dass die Dominanz einer ›technischen Rationalität‹ nicht gezeigt werden kann, weil kein Vergleich mit anderen Rationalitäten vorgenommen wird. Dominanz wird vorausgesetzt, aber nicht belegt. Beiden Problemen kann nur mit einer doppelten Kontextualisierung begegnet werden, die Relationen debattenintern und -extern herausarbeitet. Derlei Probleme sind durchaus verbreitet. So kritisiert etwa auch Turner: *From Counterculture to Cyberculture* Paul Edwards These, die technischen Denkmuster hätten einen *closed world discourse* produziert, nach dem die Welt militärisch überwacht und kontrolliert werden musste. Turner zeigt dagegen, dass Technik gleichzeitig einen *open world discourse* in der Counterculture produziert hat.

4 Lübke: »Bemerkungen zur aktuellen Technokratie-Diskussion«, S. 94.

5 Lenk: »›Technokratie‹ als gesellschaftskritisches Klischee«.

6 Zum Zusammenhang von Computer und Kybernetik vgl. z.B. Kline: *The Cybernetics Moment*; Rid: *Maschinendämmerung*; zur Wirkung der Kybernetik auf die Biologie vgl. Kay: »How a Genetic Code Became an Information System«.

Teil des Kapitels zunächst die Bezugspunkte der Debatte umrissen, um dann die debatteninternen Bezugnahmen mit ihren Motiven, Erklärungsansätzen und politischen Positionierungen zu rekonstruieren.⁷ Es gilt nicht zu klären, ob es eine Technokratie empirisch gab, sondern was die Beteiligten zum Ausdruck brachten, indem sie über Technokratie debattierten. Meine zentrale These ist dabei, dass die Technokratie-Debatte eine *Selbstkritik souveränen Regierens* darstellte, mit der das Verhältnis von humanistischen Zielen und technischen Mitteln in Balance gehalten werden sollte.

Während die Technokratie-Debatte damit noch völlig im normativen Bann des Souveränitätsdenkens stand, entwickelte sich im Spezialdiskurs der Kybernetik eine andere, geradezu gegensätzliche Technologik. Sie lehnte die prinzipielle Unterscheidung von Mensch und Maschine ab und wies die Newton'sche Mechanik als dominantes Technik- und Wissenschaftsmodell der Moderne zurück. Beide Ansätze würden an ein kausales Steuerungsdenken glauben, das auf einer starren Subjekt-Objekt-Unterscheidung beruhe, und das hielt man in der Kybernetik für völlig »unterkomplex«. Im Gegenzug entwickelten sie ein neues Modell, das *Regieren als zirkuläre Selbstregulation* dachte und damit hierarchischen Ordnungsmustern prinzipiell kritisch gegenüberstand. Diese konzeptionellen Grundlagen der Kybernetik und ihre ideenpolitische Stoßrichtung entfaltet der zweite Teil dieses Kapitels.

Die Kritik an der Technokratie unterscheidet sich allerdings nicht nur von der kybernetischen Kritik des modernen Steuerungsdenkens, sie unterscheidet sich auch von der Kritik am souveränen Regieren in den 1970er Jahren. Denn diese Kritik des Regierens richtete sich dann nicht mehr auf den Exzess technischen Steuerungswissens, wie dies in der Technokratie-Debatte der Fall war. Ganz im Gegenteil zeigte sich den zeitgenössischen Akteuren gerade das Versagen der Steuerungskompetenz in vielfältiger Weise: Eine tiefe ökonomische Rezession, massive soziale Konflikte und das Wiedereindringen der Gewalt provozierten eine Krisen-debatte mit immer schrilleren Tönen, die den Kollaps einzelner Nationen und sogar das Scheitern der westlichen Zivilisation kommen sah. Nachdem man gerade erst das souveräne Handeln wieder als das stabilisierende Zentrum moderner Gesellschaften installiert hatte, wurden nun die gesamten Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster dieser modernen Gesellschaften mit in das schwarze Loch gesogen, das die zerfallende Souveränitätsidee hinterließ.

7 Insgesamt wurden für das zweite Kapitel ca. 90 Dokumente ausgewertet, die sich in zwei Korpora unterteilen lassen: Der eine Teil der Dokumente gehört im engeren Sinne zur kybernetischen Fachdebatte; der andere zur Technokratie-Debatte, die im ersten Teil im Zentrum steht. Letztere hat unzählige Beiträge hervorgebracht hat, deren enorme Redundanz schnell ins Auge fällt.

Doch die Metapher des schwarzen Lochs ist trügerisch, und der Begriff der Krise sehr viel zutreffender. Denn während das Stabilisierungs- und Entwicklungsprogramm der Moderne einbrach, die klassische industrielle Struktur zerging und der zukunftsgehemmte Optimismus der Ungewissheit und dem Misstrauen wich, begann die Suche nach Antworten auf die neue Situation. In dieser großen Transformation der westlichen Demokratien zeichnet sich ideenpolitisch der Erfolg des kybernetischen Denkens in Systemen und Netzwerken ab. Das nun folgende, zweite Kapitel beschreibt den historischen und konzeptionellen Vorlauf für diesen Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne.

1. Technokratie

Das wissenschaftlich-technische Zeitalter

Die Hoch-Zeit des Deutungsansatzes ›Technokratie‹ reichte von 1964 bis circa 1973. 1964, im Jahr der Free-Speech-Bewegung und der berühmten Rede von Mario Savio, waren die Gefährdungen einer technologischen Gesellschaft in den USA auch von anderen Seiten thematisiert worden: Am Broadway wurde Friedrich Dürrenmatts *Die Physiker* zu einem unerwarteten Publikumserfolg, der die Verantwortung der Wissenschaft für die durch sie überformte Welt anhand von Atomphysik und Psychiatrie durchspielte.⁸ Außerdem wurde Herbert Marcuse durch sein Erfolgsbuch *One-Dimensional Man* zur Gallionsfigur der Neuen Linken, und es erschienen die Übersetzungen von Jacques Elluls und Jean Meynauds einflussreichen Büchern über *The Technological Society* und *Technocracy*.

In Frankreich, dem Ursprungsland der beiden Bände, hatte die Debatte noch früher als in den USA an Fahrt aufgenommen.⁹ Nach 1945 wurde hier ein forciert technologischer Fortschritt als Mittel angesehen, um den Status der *grande nation* nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg wiederherstellen zu können. Insbesondere der Bau der Concorde und die eigene Verwendung der Atomenergie für zivile und militärische Zwecke standen dabei im Vordergrund. Diesem Technikoptimismus folgte bereits 1954 Elluls kritische Auseinandersetzung. In Deutschland entfachte Helmut Schelskys Wiederaufnahme von Elluls Thesen hingegen erst 1967 eine ausführliche Debatte in der Zeitschrift *atomzeitalter*. Etwas verspätet avancierte aber auch hier ›Technokratie‹ schnell zum politischen Kampfbegriff.¹⁰

8 Vgl. Knapp: *Friedrich Dürrenmatt*, S. 42. 1962/63 war es schon das meistgespielte Stück auf deutschen Bühnen.

9 Vgl. im Folgenden Hecht: »Planning a Technological Nation«, Seefried: *Zukünfte*, S. 61f. Vertreter des Technikoptimismus' waren z.B. Jean Fourastié und Jacques Rueff. Bezeichnenderweise stand der auf Souveränität setzende Staat de Gaulles bald im Fokus der Kritik, während de Gaulle selbst zugleich vor der Technokratie warnte.

10 Vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 196–207.

Die Technokratie-Debatte spitzte die weiter gefasste Frage nach dem Leben des Menschen im wissenschaftlichen Zeitalter politisch und politiktheoretisch zu.¹¹ Wie bereits in der Darstellung des Souveränitätsdenkens zu sehen war, war das Verhältnis zwischen der Machbarkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seiner Zuträglichkeit zum gesellschaftlichen Fortschritt nach dem Zweiten Weltkrieg in besonderer Weise fragwürdig geworden. Während technologische Überlegenheit Machtfaktor und Wohlstandsgarant war, entfaltete sie gleichzeitig selbstzerstörerische Potenziale für den Menschen. Dieses Spannungsfeld forderte, die Rolle der Wissenschaft innerhalb der Gesellschaft und das Verhältnis von Technik und Menschen neu zu justieren.¹² Wo der Mensch auf den Status einer IBM-Lochkarte reduziert wurde, wie es Mario Savio formulierte,¹³ wo also eine Instrumentalisierung des Menschen stattfand, war die Option seiner Selbstzerstörung nie weit entfernt.

Es ist daher nicht überraschend, dass sich die Technokratie-Kritik mit dem Kriegseintritt der USA in Vietnam im Jahr 1964 intensivierte. Dabei figurierte der US-amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara als prototypischer Vertreter technokratischer Herrschaft.¹⁴ Als ehemaliger Ford-Manager stand McNamara für die Diffusion einer »wissenschaftlichen« Organisation von Produktion und Planung, die während des Zweiten Weltkriegs unter dem Begriff der *Operational* bzw. *Operations Research* entwickelt worden war.¹⁵ Vor allem in Großbritannien und den USA hatte man auf Initiative des Militärs interdisziplinäre Forschungsteams gebildet, um die logistischen Probleme der Kriegsorganisation zu lösen. Nach dem Krieg wurden diese Ansätze in den Horizont der Modernisierungs-

11 Siehe Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«; vgl. Haring: »Herrschaft der Experten oder Herrschaft des Sachzwangs?«, S. 250.

12 Die *Physiker* inszenierten gerade diesen Konflikt zwischen dem Patienten Beutler (genannt Isaac Newton, in Wahrheit Alec Jesper Kilton), dem Patienten Ernesti (genannt Albert Einstein, in Wahrheit Joseph Eisler) und schließlich dem Patienten und Physiker Möbius. Sie diskutieren drei Positionen: dass die Wissenschaft das technisch Mögliche ungeachtet der Folgen realisieren muss; dass sie die Folgen der Forschung prüfen und diese im Zweifel vernichten müsse; dass sie ihre Forschung in den Dienst eines bestimmten Systems stellen müsste. Zur Diskussion um die Rolle der Wissenschaft vgl. auch Specter: *Habermas*, S. 98f.; siehe exemplarisch auch Haseloff/Stackelberg (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache*, S. 7 (es handelt sich um die Transkription einer Tagungsdebatte, die keine interne Artikelstruktur hat; daher zitiere ich den Gesamtband).

13 Vgl. Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 12.

14 Siehe Chomsky: »Objektivität und liberales Gelehrtentum«, S. 113; Meynaud: *Technocracy*, S. 245; Koch/Senghaas: »Vorwort der Herausgeber«, S. 6f.; Offe: »Das politische Dilemma der Technokratie«, S. 166f.; vgl. Boyle: »A technocrat transformed by Vietnam«.

15 Vgl. etwa Seibel: *Cybernetic Government*, S. 167f.

theorie eingeordnet, die Großunternehmen und Staat gleichermaßen prägte.¹⁶ Um die souveräne Gestaltung der Zukunft zu ermöglichen, musste eine Entscheidungsbasis geschaffen werden, in der mögliche Zukünfte und Handlungsoptionen eruiert wurden. Man zielte also auf eine Rationalisierung von Entscheidungs- und Organisationsprozessen im Hinblick auf eine auszuwählende Zielvorstellung.¹⁷

Nach dem Krieg förderten Militär und Stiftungen wie die Rockefeller Foundation die Weiterentwicklung dieser ›Zukunftsforschung‹. In ihrer Studie ordnet Elke Seefried das neu entstehende Wissensfeld in drei Stränge:¹⁸ Der normativ-ontologische Strang, dessen einflussreichster Vertreter Bertrand de Jouvenel war, zeichnete sich durch die normativ-philosophisch grundierte Suche nach einer guten Ordnung aus, für deren Realisierung technische Methoden mit Bedacht eingesetzt werden sollten. In seiner ambivalenten Haltung weist dieser Strang erkennbare Nähe zum kritisch-emanzipatorischen Strang auf, wie er etwa von Robert Jungk vertreten wurde. Ihm ging es in erster Linie um sozialphilosophisch gewollte Zukünfte, die stark von den Vorstellungen der Kritischen Theorie geprägt waren. Bestanden hier eher Anknüpfungspunkte für die Technokratie-Kritik,¹⁹ attackierte diese den empirisch-positivistischen Strang, auf den sich auch sukzessive die Förderung der großen Stiftungen verlagerte.²⁰

Die einflussreichste Institution dieses Strangs war die RAND Corporation, die aus einer Division der Douglas Aircraft Company hervorging.²¹ Sie wurde bereits 1948 mit Unterstützung der Ford Foundation ausgegründet und weitete ihr Spektrum von der militärstrategischen auf die innenpolitische Beratung aus. RAND entwickelte sich darüber zum Spezialisten für mathematisch-spieltheoretische Vorhersage- und Steuerungsmethoden. Unter Mitwirkung von RAND-Wissenschaftlern entstanden so beispielsweise die Szenario-Methode, die mittels quantitativer Simulation plausible Zukünfte entwerfen soll, und die Delphi-Methode, eine in mehrfachen Schleifen durchgeführte Expertenbefragung

16 Siehe z.B. Wootton: *Freedom Under Planning*; vgl. Seefried: *Zukünfte*, S. 40-50; Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 211.

17 Die Rolle der ›Modernisierung‹ wurde im letzten Kapitel rekonstruiert; vgl. mit Bezug zur *Operations Research* nochmals Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 394f.

18 Vgl. zum Folgenden Seefried: *Zukünfte*, S. 75-153; vgl. auch Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«, S. 102-108.

19 So z.B. ausführlich in Ellul: *The Technological Society*.

20 Vgl. hier und auch in den folgenden Absätzen Seefried: *Zukünfte*, S. 50-62, 97-109. Im Gegensatz zu der scharfen Grenzziehung innerhalb der Technokratiedebatte bestehen zwischen den einzelnen Strängen der Zukunftsforschung durchaus enge persönliche Kontakte und methodischer Austausch, wie Seefrieds Analyse zeigt.

21 Vgl. neben Seefried zu RAND Seibel: *Cybernetic Government*, S. 167f.

zur Feststellung von Zukunftstrends. Einer der Entwickler, Olaf Helmer, bezeichnete dies als *social technology*, eine Form anwendungsorientierter Wissenschaft zwischen Physik und Sozialwissenschaft.²²

Im Selbstverständnis war diese Sozialtechnik das Merkmal eines ›modernen‹ Regierungsstils, der dem ›modernen‹ demokratischen Rechtsstaat entsprach und den veralteten Regierungsstil des 19. Jahrhunderts ablöste, der einsamen, begnadeten Entscheidung eines großen Mannes.²³ Zugleich wurde die Sozialtechnik dabei aber dem politischen Entscheidungszentrum untergeordnet: Es handele sich explizit nur um »Entscheidungshilfen«, die einen »Beitrag zur weiteren ›Rationalisierung‹ des Regierens liefern«.²⁴

Das größte Projekt einer solchen Rationalisierung war das *Planning, Programming, Budgeting System* (PPBS) und stammte ebenfalls von der RAND Corporation.²⁵ Bereits in McNamaras Verteidigungsministerium erprobt, hatte Lyndon B. Johnson ein System der Entscheidungshilfen in Auftrag gegeben, um die Mittel seines großen Modernisierungsprogramms »Great Society« effizient zu verteilen. Das PPBS, das 1965 in Betrieb genommen wurde, erfasste die gesellschaftspolitischen Felder quantitativ und unterzog mögliche Investitionen einer mehrstufigen Kosten-Nutzen-Analyse. An dieser Stelle überkreuzten sich die Organisations- und Entscheidungsmethoden mit der Entwicklung technologischer Artefakte, auf deren Rechenkapazitäten die stochastischen Analysen und Simulationen zurückgriffen.

Das Versprechen der wachsenden elektronischen Rechenkapazitäten stammte aus der Kybernetik. So wie die RAND Corporation eine Weiterführung der *Operations Research* war, wollte auch die Kybernetik die interdisziplinäre Arbeit der Kriegsjahre fortsetzen. Norbert Wiener stellte in seinem programmatischen Buch *Cybernetics* von 1949 eine neue Universalwissenschaft in Aussicht, in der die kollektiven Überlegungen von Informations-, Organisations- und Spieltheorie, Psy-

22 Olaf Helmer und Hasan Ozbekhan agierten nicht nur als Regierungsberater in den USA, Frankreich und Deutschland, sondern speisten die Methoden auch direkt in die Technokratie-Debatte ein (siehe Helmer: »Sozialtechnik«; Ozbakhan: »Entwurf einer Look-out Institution«). Zur Rezeption der Techniken und ihrer Protagonisten siehe beispielsweise Haseloff/Stackelberg (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache*, S. 24f.; Habermas: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«, S. 96f.

23 Siehe Böhret: *Entscheidungshilfen für die Regierung*, S. 16.

24 Böhret: *Entscheidungshilfen für die Regierung*, S. 19.

25 Ausführlich dazu Seibel: *Cybernetic Government*, S. 192–205. In der Technokratiedebatte hielt es permanent als Beispiel her, sodass ich auf weitere Nachweise verzichte. Für eine zeitgenössische Darstellung des PPBS siehe aber Böhret: *Entscheidungshilfen für die Regierung*, S. 174–220. Das PPBS war eher Vorläufer neoliberaler, an Rational-Choice- und Humankapitaltheorie orientierter Entwürfe denn Umsetzung kybernetisch-systemischer Logik. Der Konflikt zwischen diesen Ansätzen wird weiter unten thematisiert. Ironischerweise scheiterte das PPBS bereits 1971 an seinem Effizienzdefizit.

chologie und Biologie, Ingenieurwissenschaft und physikalischer Statistik einen gemeinsamen Bezugsrahmen erhalten: die Untersuchung von »Control and Communication in the Animal and the Machine«.²⁶

In der Tat schlossen zahlreiche Projekte an die damit eingeführten Terminologien und Konzepte an, um die Entwicklung von Regulationstheorien und Computertechnologie voranzutreiben. Die Grundlagen, Neuerungen und internen Differenzen der Kybernetik werden weiter unten diskutiert. Hier kommt es zunächst auf die unmittelbare Wirkung von Wieners Buch an: Dieses avancierte zum internationalen Bestseller.²⁷ Als der Bergedorfer Gesprächskreis, ein Umschlagplatz für die politischen Konzepte der frühen Bundesrepublik, wenige Jahre später zum Thema »Kybernetik als soziale Tatsache« tagte,²⁸ eröffnete Otto Haseloff die Tagung bereits mit der Feststellung, dass man die Begriffe der Kybernetik nicht mehr umgehen könne:

»Beim gelegentlichen Studium gebildeter Zeitschriften besteht heute eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß wir bereits auf der dritten Seite Begriffen wie Automation, Kommunikation, Strategie, Operations Research und Kybernetik begegnen. [...] Eine Mischung von Faszination und Grauen gegenüber den kybernetischen Maschinen, Modellen und Verfahrensweisen ist, latent oder offen, noch immer vorhanden.«²⁹

Dass sich die Kybernetik so schnell verbreitete, lag auch daran, dass sie jenseits ihrer konkreten Konzepte und Modelle einen breiten Imaginationsraum aufspannte, an den die öffentliche Diskussion anschließen konnte. Besondere Aufmerksamkeit fand dabei einerseits die Vorstellung, Mensch und Maschine würden der gleichen

26 Wiener: *Cybernetics*.

27 Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 70-73, hat die Rezeptionskarriere von Wieners Buch herausgearbeitet. Seine Durchsicht der englischsprachigen Besprechungen in Zeitungen und Zeitschriften ergab, dass drei Themen im Vordergrund standen: Erstens die neuartige Gleichsetzung von menschlichem Gehirn und elektronischer Maschine, zweitens das Problem der Automatisierung und drittens, mit deutlichem Abstand zu den ersten beiden Themen, die Relevanz der Konzepte Information und Feedback für die Robotik. Die ersten beiden Themen stehen auch beim Bergedorfer Gesprächskreis klar im Vordergrund. Als weitere Beispiele siehe Lohberg/Lutz: *Keiner weiß, was Kybernetik ist*, S. 110-113, 137f.; die 1965er Ausgabe von *Public Affairs* »The Great Automation Question«, insb. Heilbroner: »Men and machine in perspective«, oder auch Schelsky: *Die sozialen Folgen der Automatisierung*; zum französischen Kontext vgl. Behrent: »Foucault and Technology«, S. 63f.

28 Der Bergedorfer Gesprächskreis war eine überparteiliche Konferenz von Politikern, Intellektuellen und Wissenschaftlern. Der genannten Tagung war eine weitere zum Thema »Maschine, Denkmaschine, Staatsmaschine« vorausgegangen. Vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 252-259.

29 Haseloff/Stackelberg (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache*, S. 9.

informationellen Steuerungslogik folgen. Dies suggerierte, dass der Mensch ebenso mach- und lenkbar sei wie die Maschine, dass er sich in seinem instrumentellen Charakter nicht prinzipiell von ihr unterscheide. Für diese Vorstellung existierte freilich seit dem Konflikt von Aufklärung und Romantik ein breiter bürgerlicher Assoziationsfundus, der bei dieser Gelegenheit neu aufgerufen wurde.³⁰ Andererseits wurden die potenziellen Auswirkungen der Computertechnologie für die Gesellschaft in den Blick genommen. Wiener selbst hatte eine zweite industrielle Revolution angekündigt, die die Kybernetik durch die Automatisierung der Produktion herbeiführen würde und auf deren Konsequenzen für den Arbeitsmarkt man sich einstellen müsse.³¹

Die Vision der Automatisierung, also einer von Computern selbstregulierten Produktionsweise, bezog sich auch auf das Regierungsdenken. Dabei diskutierte man insbesondere, ob Entscheidungsprozesse bald derart formalisierbar und automatisierbar sein würden, dass eine Regierungsmaschine politisches Entscheiden durch den Menschen grundsätzlich überflüssig machen würde. Dominique Dubarlé äußerte beispielsweise in seiner Rezension zu *Cybernetics* in *Le Monde* die Hoffnung, dass die Fehler des gegenwärtigen Systems von Politikern und Institutionen durch die optimale Sammlung und spieltheoretische Koordination von Informationen durch den Staat aufgehoben werden können.³² Kybernetik, so eine populäre Einführung, versprach »verbesserte[] Informationsmöglichkeiten«, um »schneller zu reagieren« und einen »[u]ngestörte[n] Lauf der Information« sicherzustellen.³³

Diese drei Kontexte – das technische Dilemma von Wohlstandsproduktion und Selbstzerstörung, die Entwicklung neuer, computergestützter Ansätze zur Optimierung sozialer Steuerung sowie der dadurch produzierte imaginative Überschuss – dienten als Nährboden für die Technokratie-Debatte. Dabei hatte sich eine positive Identifizierung mit den »Technokraten« verloren. Zwar erinnerte die Organisation *Technocracy, Inc.* in ihrer Zeitschrift daran, dass sie einen optimierten sozialen Mechanismus schon weit vor Wiener vorgeschlagen hätten.³⁴ Die Technokratie-Bewegung, die sich in den 1920er und 1930er Jahren in den USA um Thorsten Veblen und Howard Scott ausgebreitet hatte, hatte aber längst keine Relevanz mehr. In den Nachkriegstexten zur Technokratie-Debatte trat sie nur

30 Siehe Sauer: *Marionetten, Maschinen, Automaten*. Heute reaktivierte diesen Fundus etwa Schirrmacher: *Ego*.

31 Vgl. Wiener: *Cybernetics*, S. 37f.; Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 70–73, 210–217.

32 Siehe Dubarlé: »Vers la machine à gouverner?«; außerdem z.B. Meynaud: *Technocracy*, S. 240f.; Ellul: *The Technological Society*, u.a. S. 9; Haseloff/Stackelberg (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache*, S. 24f., 62f. (*Cybernetics* und *Science-Fiction*). Zur breiten französischen Rezeption vgl. Johnson: »French Cybernetics«, S. 61f.; zur enormen populärkulturellen Verarbeitung (z.B. der Erfindung des Cyborgs) vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*; Rid: *Maschinendämmerung*.

33 Lohberg/Lutz: *Keiner weiß, was Kybernetik ist*, S. 62.

34 Vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 90f.

noch im Rahmen historischer Vergewisserungen um die Vorläufer gegenwärtiger Problemstellungen in Erscheinung.³⁵

Technokratie war inzwischen eine fast ausschließlich abgrenzend und abwertend genutzte Bezeichnung, deren Umriss diffus blieben.³⁶ In einem Versuch, diese Kritik zu ordnen, lassen sich grundlegend zwei Richtungen in der Debatte unterscheiden: Einerseits bedeutete Technokratie die Herrschaft technischer Experten, andererseits bedeutete Technokratie die Herrschaft von Technik selbst.³⁷

Die Herrschaft der Techniker

Technokratie als die Herrschaft von ›Technikern‹ darzustellen, war oft Ausgangs- und im Zweifel auch Rückzugspunkt in der Technokratie-Debatte. Diese Konzeption stand in der Nähe zu den ›klassischen‹ Technokratie-Theorien: Die affirmativen Technokratie-Entwürfe, die anlässlich der Industriellen Revolution und der Großen Depression entstanden waren, waren oft dezidiert Elitetheorien, die Fachkräfte (Saint-Simon) oder Ingenieure (Veblen) in Herrschaftspositionen einsetzen wollten.³⁸ Die Kritik der Techniker-Herrschaft war daher besonders in Frankreich und Deutschland von der Sorge getragen, dass die jungen Demokratien wieder in eine obrigkeitliche Herrschaft degenerieren könnten.

35 Siehe Senghaas: »The Technocrats«; Klein: »The Technocrats«; Meynaud: *Technocracy*, S. 194–206; Niederwimmer: »Versuch einer historisch-systematischen Ortsbestimmung des Technokratiegedankens (der Saint-Simonismus)«. In Frankreich spielte die soziologische Tradition von Saint-Simon bis Durkheim zur Bestimmung eines dezidiert französischen technischen Denkens eine Rolle (vgl. Hecht: »Planning a Technological Nation«).

36 Siehe Meynaud: *Technocracy*, S. 59, Lübke: »Bemerkungen zur aktuellen Technokratie-Diskussion«, S. 94; weitere Verweise bei Rickert: *Technokratie und Demokratie*, S. 1.

37 Haring: »Herrschaft der Experten oder Herrschaft des Sachzwangs?« hat bereits eine ähnliche Unterteilung vorgeschlagen; ihr Anliegen war aber nicht, die Technokratie-Debatte der Nachkriegszeit systematisch zu rekonstruieren. Grundsätzlich ist die Debatte schwierig zu strukturieren, da die Beiträge häufig wenig kohärent waren. Oft wurden selektiv Motive aufgegriffen oder man führte eine zentrale These an, unterlief sie dann aber unter der Hand. Ellul vertrat z.B. explizit die Autonomiethese, ging in einem späteren Kapitel aber doch von einer esoterischen Gruppe von Technikern als Träger aus (siehe Ellul: *The Technological Society*, S. 162). Schelsky revidierte 1975 seine Sachzwang-These und schwenkte auf die These einer »Priesterherrschaft« der Wissenschaftler ein (Schäfers: »Schelskys Theorie des technischen Staates«, S. 508). Auch in Hans Morgenthau's *Science: Servant or Master?* finden sich beide Ansätze (vgl. Scheuerman: »Realism and the critique of technology«). Mit der hier vorgeschlagenen Systematisierung folge ich nur zum Teil den Vorschlägen von Gunnel: »The Technocratic Image and the Theory of Technocracy« und Rickert: *Technokratie und Demokratie*. Bei Gunnel wird durch die dritte Kategorie ›Technologie als Ideologie« eine zu starke Distanz zwischen Autoren wie Ellul und Horkheimer gebracht. Rickert hingegen schlug zunächst vier Verständnisse vor, stellte dann aber den Zusammenhang jeweils zweier Verständnisse heraus, sodass sein Vorschlag auf die hier gemachte Zweiteilung kollabierte.

38 Vgl. Haring: »Herrschaft der Experten oder Herrschaft des Sachzwangs?«, insb. S. 247f.

Empirisch konnte man dafür auf die massiv angewachsene Bedeutung sozial-, wirtschafts- und naturwissenschaftlicher Expertise in den Planungs- und Beratungsgremien der USA und Frankreichs hinweisen. Dementsprechend stand auch die deutsche Debatte im Bann des US-amerikanischen »Reformclans« um John F. Kennedy und der »Technokratie« der V. Französischen Republik, bis sie mit der Idee der Globalsteuerung in der Großen Koalition einen zusätzlichen Bezugspunkt erhielt.³⁹

Allerdings war man sich in dieser Variante der Technokratie-Debatte nicht einig, wer die soziale Bezugsgruppe der »Techniker« war. Es lassen sich mindestens zwei starke Begriffe des Technikers unterscheiden: Man konnte den Begriff auf Personen aus Ingenieurs- und Naturwissenschaft begrenzen oder ihn auf jede Art des fachlich spezialisierten Sachverstandes bis hin zum Verwaltungssachverstand ausweiten.⁴⁰ Die Dehnung des Begriffs hatte den Vorteil, dass sich einerseits an Motive der Bürokratiekritik und andererseits an eine parallel laufende Debatte anschließen ließ, die die Verwicklungen von Staat und Industrie in einem militärisch-industriellen Komplex kritisierte. Die typischen Referenzen für diese Debatte waren C. Wright Mills *The Power Elite* und James Burnhams *The Managerial Revolution*.⁴¹ Die Manager bilden nach Burnhams Diagnose eine gemeinsame Schicht in Führungspositionen von Unternehmen und Administration, die bald anstelle von Eigentümern oder Politikern herrschen würden. Während Burnhams sozioökonomische Charakterisierung der Führungsschicht vielfach abgelehnt wurde, hielt sich die These, dass – in den USA wie in Frankreich unter de Gaulle – eine neuartige Klasse mit einem zugehörigen Bewusstsein auf dem Weg zur Herrschaft war.

Jean Meynaud wies die Pauschalität dieser »Einheitsthese« zurück.⁴² Sein Buch bietet die ausführlichste zeitgenössische Evaluation der französischen Technokratie-Debatte. In ihm wandte er sich sowohl gegen die Idee, Technokratie sei die neue kapitalistische Herrschaftsform des 20. Jahrhunderts als auch gegen eine Gleichsetzung der Technokraten mit Bürokraten, und auch die Vorstellung

39 Koch/Senghaas: »Vorwort der Herausgeber«, S. 6f.; s.a. Meynaud: *Technocracy*, S. 141.

40 So setzte Nora Mitrani zunächst auf einen engeren Begriff mit Bezug auf die »Polytechnicien« (Mitrani: »Die Zweideutigkeit der Technokratie«, S. 75-77). Nach Greiffenhagen hingegen »meint Technokratie im Unterschied zu Demokratie die Herrschaft einer Elite von Fachleuten und Sachverständigen, Technikern also im weitesten Sinne des Wortes« (Greiffenhagen: »Demokratie und Technokratie«, S. 55). Für weitere Stellen vgl. Rickert: *Technokratie und Demokratie*, S. 7-13.

41 Vgl. Gunnel: »The Technocratic Image and the Theory of Technocracy«, S. 397-402, und Saretzki: »Technokratie, Technokratiekritik und das Verschwinden der Gesellschaft«, S. 363f., die auch auf Variationen wie Kenneth Galbraiths *techno-structure* verweisen; historische Bezüge etwa bei Gebauer: »Der Mythos der Technokratie und seine Realität«, S. 80f.; Meynaud: *Technocracy*, S. 12, 205f.; Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, S. 19f.

42 Meynaud: *Technocracy*, S. 164-182.

eines Blocks der Technokraten hielt er für verfehlt. Dementsprechend kritisierte er die gängige These eines Korpsgeists der Technokraten. Diese argumentiere, dass Technokraten durch ihre Präferenz für abstrakte Modelle prinzipiell ignorant gegenüber der sozialen Realität, zugleich aber von der Unfehlbarkeit und Unparteilichkeit ihrer Modelle überzeugt wären. Daher hätten sie schließlich eine Vorliebe für das Handeln im Geheimen, für autokratische bis absolutistische Regierungsformen.⁴³ Meynaud stellte nach der Durchsicht all dieser Positionen recht harsch fest: »Technicians are not conspiring to seize power, but technical skill has increased its standing«.⁴⁴

Seine eigene Argumentation verteidigte dagegen zwei zentrale Thesen. Erstens stünden sich unterschiedliche Gruppen gegenüber, und dies sowohl innerhalb der Technokraten als auch zwischen den Führungsgruppen. Die Technokraten stammen zwar in aller Regel wie die Manager und Bürokraten aus den oberen Schichten und seien an den Écoles ausgebildet worden, vor allem an der École Nationale d'Administration und der École Polytechnique; sie bilden aber in keiner Hinsicht einen einheitlichen Block.⁴⁵ Meynauds Zeitdiagnose lautete dann aber *zweitens*, dass die technokratischen Interventionen insgesamt deutlich zugenommen hätten. Dabei definierte er technokratisches Handeln über den Begriff der technischen Kompetenz:

»The essence of the technocratic intervention is its specific and irreplaceable foundation in a technical knowledge of the problem under consideration. It is competence and competence alone which determines the influence. [...] I shall consider as technocratic penetration only those situations in which technologists, whose genuine or supposed competence forms the instrument or essential weapon of intervention, have a direct hand in the activity of decision-making centres [...]. Thus technocracy is the combined result of the competence and infiltration of the technocrat at an appropriate point or sector of the deliberative machine.«⁴⁶

Bei aller Kritik war er damit wieder auf einer Linie mit den meisten Technokratie-Beiträgen dieses Strangs. Demnach würden die Technokraten immer mehr Gelegenheiten zur Intervention bekommen.⁴⁷ Die gegenwärtigen Gesellschaften streben danach, ihre Zukunft mit kalkulierenden Techniken zu kontrollieren.

43 Meynaud: *Technocracy*, S. 59.

44 Meynaud: *Technocracy*, S. 182.

45 Dazu auch Meynaud: *Technocracy*, S. 52-58, zu Bürokratie und Technokratie S. 58-66.

46 Meynaud: *Technocracy*, S. 69f. Man kann an dieser Definition sehen, wie sich verschiedene Konzeptionen auf die Technokratie-Debatte projizieren: Meynaud »konkretisiert« »technical knowledge« als fachspezifische Kompetenz, andere als eine spezifische Methodik, z.B. die Spieltheorie, oder eine allgemeine instrumentelle Vernunft. Dadurch zeigt sich auch, wie sehr van Laak im Duktus der Technokratie-Debatte selbst gefangen bleibt (s.o.).

47 Hier und im Folgenden siehe Meynaud: *Technocracy*, S. 13-17, 110-115.

Während beim Staat davon insbesondere internationale Gremien und der Bereich der Sozialpolitik betroffen seien, bedienen sich auch Privatunternehmen ähnlicher Management-Techniken. Im Rahmen dieser Gestaltungsansätze bieten Techniker nicht-ideologische, unparteiliche Begründungen für Entscheidungen an, die im Zuge der Entmythologisierung des Staates nachgefragt seien. In diesem Sinne, räumte Meynaud ein, gebe es eine technokratische Ideologie: Ihr Ansatz bestehe darin, die Regierungsgeschäfte nach dem Effizienzkriterium umzugestalten und allein rationale Analyse zur Grundlage politischen Entscheidens zu machen, um gleichzeitig Kompetenz und Konsens zu garantieren. Angetrieben werden diese Hoffnungen von der Kybernetik, die laut Meynaud in der lächerlichen Vision eines allumfassenden Regierungsautomaten gipfeln.⁴⁸

Diese Form der Elitenbildung war nach Meynaud im Einzelfall nützlich, sie führe als gesellschaftlicher Trend aber zu einem »fresh decline of democracy«.⁴⁹ Die Gründe dafür verortete Meynaud allerdings nicht in erster Linie beim Macht-hunger der Techniker. Ganz im Gegenteil werde das Vordringen der Technokraten erst durch das politische Desinteresse der Öffentlichkeit und die Führungsschwäche des politischen Personals möglich.⁵⁰ Das politische Zentrum verlagere sich nur darum immer weiter von der Legislative in die Exekutive und dort in die Expertengremien, weil Öffentlichkeit und Führung freiwillig ihre Macht an Technokraten abtreten und damit vor ihrer Verantwortung fliehen.

Entsprechend dieser Diagnose lautete Meynauds Lösung: Die Technokraten müssen wieder »under the supervision of a higher authority. [...] What I call »rectifying the situation« consists simply of placing technicians once more in a position subordinate to that of elected representatives.«⁵¹ In der Semantik von verkehrter Hierarchie, Verantwortungslosigkeit und Repräsentativität wird deutlich, dass die Zielvorstellung Meynauds ein souveränes Regieren war, wie es im vorangegangenen Kapitel beschrieben wurde.

In Bezug auf dieses Ideal des Regierens übernimmt die Technokratie-Diagnose hier explizit die Funktion einer Richtigstellung (»rectifying«). Meynauds Kritik an anderen Technokratie-Beiträgen der ersten Kategorie zielte darauf ab, die Vorstellung einer unangreifbaren technokratischen Verschwörung zu disqualifizieren. Daher wies er mit noch schärferen Worten jene Thesen zurück, die sogar die Auto-

48 Siehe Meynaud: *Technocracy*, S. 207-210, 240-247, 293-295. Nicht nur dass sich Meynaud damit widersprach, weil er gerade die Ideologie-These kritisiert hatte, auch seine Schilderung dieser Ideologie war widersprüchlich: Meynaud wendete nämlich ein, dass die tatsächlich Forschenden aus der Kybernetik meist gerade nicht so dachten, er rekurrierte für seine Diagnose dann aber doch wieder darauf.

49 Meynaud: *Technocracy*, S. 295.

50 Siehe, auch für die konkrete Wortwahl, Meynaud: *Technocracy*, S. 14-16, 244-247, 110-114.

51 Meynaud: *Technocracy*, S. 299.

nomie der Technik behaupteten oder mit kulturkritischem Tenor den zwingenden Verfall politischer Aktivität in der Konsumgesellschaft voraussagten.

Seine republikanische Antwort auf diese beiden Richtungen bestand darin, das Problem der Technokratie in ein Problem der Tugendhaftigkeit von Öffentlichkeit und Eliten umzudeuten, die ihre Souveränität willentlich aufgeben und so anderen – menschlichen – Kräften den Weg freimachen. Das Problem dieser Kräfte ist, so sein republikanisches Argument, dass ihre Methoden der Kalkulation in der Routine funktionieren mögen, für die Krise aber nicht vorbereitet und gerade daher gefährlich seien. Politik und Bürgerschaft stehen demnach schlicht vor der moralischen Entscheidung, ob sie die Initiative (erneut) ergreifen wollen.

Ein solcher Aufruf zum Machtkampf konnte im Rahmen der Technokratie-Debatte freilich nicht nur republikanisch, sondern auch anders, etwa marxistisch, formuliert werden.⁵² Meynaud kam allerdings zu dem pessimistischen Schluss, dass die Zeitumstände insgesamt nicht besonders günstig waren: Das Effizienzdenken im Dienste der Wohlstandsmaximierung verführe dazu, die kommenden Gefahren zu ignorieren und den moralischen Kompass zu verlieren.⁵³ Hier lag eine Schnittstelle mit dem zweiten Strang der Technokratie-Debatte.

Die Herrschaft der Technik

Während Technokratie als ›Herrschaft der Technokraten‹ unmittelbar den politischen Deutungsrahmen der Machtfrage aufrief, setzte dieser zweite Diskussionsstrang grundsätzlicher, nämlich anthropologisch an. Hier wurde argumentiert, dass die Technik autonom geworden sei, dass sie als ein selbstständiger Gesetzgeber den menschlichen Gesetzgeber entthronen. Dieses Autonom-Werden der Technik sei, so ein zweites gemeinsames Motiv, durch einen menschengemachten Effizienzglauben hervorgebracht worden. In dessen Dienst werden die natürlichen Dinge und menschlichen Traditionen analytisch in Einzelteile zerlegt, die »in der Natur nicht vorfindbar sind«, um sie dann unter dem Kriterium höchster Wirksamkeit neu zu synthetisieren.⁵⁴ Die Folge dieser wissenschaftlichen Technik sei daher eine Entfremdung des Menschen von der Natur und von sich selbst.

Am deutlichsten tritt diese Argumentationsstruktur bei zwei Gruppen hervor, die sich selbst typischerweise als Gegenspieler sahen: den sogenannten Konservativen wie Jacques Ellul oder Helmut Schelsky und der Kritischen Theorie von Horkheimer und Marcuse bis zu Jürgen Habermas. In der jüngeren Forschung, aber auch schon während der Debatte ist allerdings bemerkt worden, dass diese

52 Siehe etwa Gorz: »Technokratie und Arbeiterbewegung«, der die Kritik der Technokratie auch explizit auf die Souveränitätsfrage bezieht.

53 Dieser Rekurs auf *ozio* und *qualita dei tempi* markiert den republikanischen Zugriff Meynauds, der einleitend nicht zufällig Bezug auf Rom nahm (siehe Meynaud: *Technocracy*, S. 13).

54 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 445.

beiden Ansätze in der Technokratiefrage durchaus große Ähnlichkeiten aufweisen.⁵⁵ Die Parallelen beginnen in der historischen Genese der beiden Ansätze aus dem Kontext der Zwischenkriegszeit. Denn im Gegensatz zu den »eigentlichen« Technokraten, denen es nicht gelungen war, ihre Position während und nach dem Zweiten Weltkrieg erneut aktiv ins Spiel zu bringen, wirkte die technikkritische Gegenposition fort.

Diese Fortführung wurde durch die Selbstbezeichnungen aus der anwendungsorientierten Systemanalyse und Spieltheorie erleichtert. Wenn die Beteiligten ihre Ansätze als Sozialtechnik oder, wie der Atomphysiker Alvin M. Weinberger, als *social engineering* präsentierten, ließ sich der Rekurs auf die bereits in den 1930er Jahren geführte Debatte um die gezielte Manipulation menschlicher Verhaltens- und Wertemuster mittels psychologischer, sozialwissenschaftlicher und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse kaum vermeiden.⁵⁶ Die Übertragung von Motiven der Zwischenkriegszeit in die 1960er Jahre war zudem besonders naheliegend, weil sich aufseiten der Technikkritik in erster Linie Protagonist:innen befanden, deren intellektuelle Sozialisation und ersten Interventionen in den 1930er Jahren stattfanden. Während die Kritische Theorie dabei aber zunächst ihre Ansätze im Anschluss an Hegel, Freud und Weber fortsetzen konnte, war der Rekurs auf eine konservative Behandlung von Technik versperrt, solange sie sich nicht ganz klar von Nationalsozialismus und Faschismus distanzieren ließ.⁵⁷

Dies begründet die besondere Relevanz der Thesen des Widerstandskämpfers Jacques Ellul. Als Technik bezeichnete er eine umfassende Rationalität der Effizienzsteigerung mit dem dazugehörigen Set an Methoden.⁵⁸ Diese Techniken, so Ellul, waren inzwischen längst frei von den Spielregeln menschlicher Traditionen:

-
- 55 Vgl. Wöhrle: »Das Denken und die Dinge«; Rohbeck: *Technologische Urteilskraft*, S. 138; siehe bereits Ropohl: »Gesellschaftliche Perspektiven und theoretische Voraussetzungen einer technologischen Aufklärung«.
- 56 Siehe z.B. Koch: »Kritik der Futurologie«, S. 319f.; Ellul: *The Technological Society*, S. 273, 351; Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 442f.; Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, u.a. S. 29, 37, 45; Lenk: »Technokratie« als gesellschaftskritisches Klischee«, S. 15; vgl. zur Aufarbeitung der Begriffe Sozialtechnik, -planung, *social engineering* etc. Knoblauch: *Sozialtechnologie, Soziologie und Rhetorik*.
- 57 Dies gilt beispielsweise für Oswald Spengler, während Jünger eine durchaus gängige Referenz war. Insbesondere galt dies aber für den deutschsprachigen Anschluss an Martin Heidegger. Sein Einfluss auf diesen Strang der Technokratie-Debatte ist allerdings kaum zu übersehen. Heidegger hatte gewissermaßen als philosophischer Durchlauferhitzer einer Idee gedient, die Werner von Heisenberg in der Physik formuliert hatte, nämlich dass Instrumente und Technik nicht nur neutrale Artefakte darstellen, sondern nur einen sehr spezifischen Zugriff auf die Welt erlauben. Vgl. dazu Steinschaden: »Heidegger und das Denken der Technik«; zum Briefwechsel Heidegger-Heisenberg Vagt: »Komplementäre Korrespondenz«.
- 58 Ellul: *The Technological Society*, S. xxv: »technique is the *totality of methods rationally arrived at and having absolute efficiency* [...] in every field of human activity«.

»[H]ow can anyone fail to see that none of this holds true today? Technique has become autonomous; it has fashioned an omnivorous world which obeys its own laws and which has renounced all tradition.«⁵⁹

Diese Emanzipation der Technik enthielt für Ellul zwei Dimensionen.⁶⁰ Einerseits zeichne sich die Automatisierung der Maschine ab, die sich über Servomechanismen selbst steuere. Damit entziehe sie sich der Kontrolle des Nutzers und arbeite dessen Gewohnheiten permanent um. Andererseits haben sich die Techniken von der Maschine und ihrem vordergründigen Anwendungsgebiet der industriellen Produktion emanzipiert. Neben dem Feld der Produktion, so argumentierte Ellul mit scharfer Kritik an seinen französischen Kollegen Jean Fourastié und Georges Friedmann, seien längst zwei neue Gruppen der Technik entstanden: Techniken der Organisation sozialer Beziehungen, die Unternehmen, Verwaltung und den Staat insgesamt überformen, und die Humantechniken von Medizin, Psychologie, Pädagogik und Soziologie, mit denen der Mensch selbst zum Objekt der Manipulation wird. Mit ihnen sei die Technik in alle Bereiche des menschlichen Lebens eingedrungen und habe ihr Gesetz der Effizienzmaximierung dem Menschen aufgezwungen. Er wurde damit zu einem standardisierten Produkt der ursprünglich von ihm selbst eingerichteten Produktionszwänge.⁶¹

Die Kritik an der Standardisierung des modernen Massemenschen im Produktionsprozess war auch eine Kernformel der Kritischen Theorie.⁶² Der sozialphilosophische Ausgangspunkt war dabei wie bei Ellul das Mittel-Zweck-Verhältnis. Die instrumentelle Vernunft, so lautete Horkheimers Diagnose, hat die Position der objektiven Vernunft eingenommen.⁶³ Dies sei möglich geworden, weil die objektive Vernunft innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft durch die Einführung des Privatinteresses auf den Zweck der Selbsterhaltung verengt worden sei. Auf diese Weise sei die Vorstellung eines eigenständigen, übergeordneten Allgemeinen aufgelöst und die vernünftige Reflexion auf diese allgemeinen Zwecke überflüssig geworden. An ihre Stelle trete nun die instrumentelle Vernunft. Sie transformiere alle vorherigen Zwecke zu Mitteln, um sie auf den letzten verbliebenen Zweck der Selbsterhaltung auszurichten. Diese Zweck-Entfremdung gipfeln in der Automatisierung der Technik: »Das Instrument gewinnt Selbständigkeit [...]. Auf dem Weg von der Mythologie zur Logistik hat Denken das Element der Reflexion auf

59 Ellul: *The Technological Society*, S. 14.

60 Siehe zum Folgenden Ellul: *The Technological Society*, S. 14–22.

61 Siehe Ellul: *The Technological Society*, S. 11f.

62 Siehe Marcuse: »Some Social Implications of Modern Technology«, S. 142.

63 Siehe Horkheimer: »Zur Kritik der instrumentellen Vernunft«, S. 16–33 für die Vernunftweisen, S. 124–152 für die Verselbständigung der Technik und den »Niedergang der Individualität«. Vgl. zur folgenden Rekonstruktion Rohbeck: *Technologische Urteilskraft*, S. 124–141.

sich verloren, und die Maschinerie verstümmelt die Menschen heute, selbst wenn sie sie ernährt.«⁶⁴

Diese Zurichtung des Individuums durch die Maschine erfasste auch Herbert Marcuse. Wie Horkheimer war er der Auffassung, der ursprünglich kritische Impetus des liberalen Individualismus sei verschwunden, und das Handeln des Individuums habe sich völlig den Zielen angepasst, die vom Apparat vorgegeben werden. Die ›individualistische Rationalität‹ war also zu einer ›technologischen Rationalität‹ degeneriert: »It grew into the rationality of competition in which the rational interest was superseded by the interest of the market, and individual achievement absorbed by efficiency. It ended with standardized submission to the all-embracing apparatus which it had itself created.«⁶⁵

Insgesamt teilten diese Autoren die Verfallsdiagnose einer De-Humanisierung durch Heteronormierung.⁶⁶ Der Mensch trete sich selbst nur noch als künstliches, verformtes Produkt seiner eigenen Produktionsweisen gegenüber, und er werde selbst wieder nur zum Mittel dieser Produktionsweisen. Da er nicht mehr in der Lage sei, auf die Zwecke seines eigenen Handelns zu reflektieren und die Technik darüber auf ihren Platz zu verweisen, werde die Technik durch nichts weiter begrenzt als durch »its own calculus of efficiency«⁶⁷ und könne sich ungehindert auf Kosten des Menschen ausbreiten.

Mit der Fähigkeit, Sinn- und Zweckfragen zu entscheiden, verliert der Mensch also seine Autonomie und lebt unter der Herrschaft der Technik. Der technisch verformte Massenmensch reagiere auf Stimuli, aber er regiert nicht mehr über sich selbst: »[H]is share of autonomy and individual initiative becomes smaller and smaller. He is constrained and repressed in thought and action«.⁶⁸ Die Emanzipation der Technik, so der kritische Tenor, führt zum *Verlust von Sinnfragen* und zur *Irrelevanz ethisch substanzieller Entscheidungsfähigkeit*.

64 Horkheimer/Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, S. 43f.

65 Marcuse: »Some Social Implications of Modern Technology«, S. 157; vgl. Honneth: »Kritische Theorie«, S. 608–610.

66 Horkheimer: »Zur Kritik der instrumentellen Vernunft«, S. 13f.: »Das Fortschreiten der technischen Mittel ist von einem Prozeß der Ent-Menschlichung begleitet. Der Fortschritt droht das Ziel zunichte zu machen, das er verwirklichen soll – die Idee des Menschen«; fast identisch Ellul: *The Technological Society*, S. 4, 6. Im Vorwort zur englischen Ausgabe pointierte Robert K. Merton: »Progress then consists in progressive de-humanization – a busy, pointless, and, in the end, suicidal submission to technique« (S. viii). Selbst Schelsky schrieb von der »Umkonstruktion und Neuformung des Menschen«, auch wenn er zugleich den universellen Ruf nach »dem Menschen als Phantomschmerz der Technisierung darstellte (Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 449 (Zitat), 467f.). – Vgl. auch Wöhrle: »Das Denken und die Dinge«, S. 61, der allerdings die Unterschiede in Begründung und Handlungsoptionen unterschätzt.

67 Ellul: *The Technological Society*, S. 74; s.a. S. 20, 77, 306.

68 Ellul: *The Technological Society*, S. 303.

Diese Probleme souveränen Regierens systematisch auf den beiden Ebenen von Individuum und Staat angesprochen zu haben, dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass Schelsky zum zentralen Bezugspunkt der deutschen Technokratie-Debatte wurde. Dafür übernahm er Jacques Elluls Beschreibung der autonom gewordenen Produktionstechniken und prägte hierfür den Begriff des Sachzwangs.⁶⁹

Ellul hatte auch die Vorarbeit für Schelskys Thematisierung des Staates geleistet. Mit Affinität für die Kritische Theorie hatte er die Schlüsselstelle des Staates für die Verbreitung der Technik herausgearbeitet.⁷⁰ Der Staat müsse sich allein durch die Entwicklung der Produktion im Taylorismus der Technik als Problem annehmen. Dafür übernehme er die Koordination des Mitteleinsatzes und schaffe immer größere technische Systeme. Damit dehne er die Technik und sich selbst auf immer weitere Sozialbereiche aus. Wie das Individuum verliere der Staat selbst dadurch aber seine eigene Entscheidungsrelevanz und werde zu einer automatisierten Maschine, die man nur noch warten müsse. Diese Überlegungen überführte Schelsky in seine »Modelltheorie« des »technischen Staates«.⁷¹

Im technischen Staat hätte es eben nicht nur einen Austausch der Herrschaftsklasse gegeben, sondern es gäbe ein grundsätzlich neues *Konzept* von Herrschaft. In ihm fällt die Herrschaft von Menschen über Menschen mittels Gesetze und Normen, über die entschieden wurde, weg zugunsten der Sachgesetzmäßigkeiten, »die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind.«⁷²

Daraus zog Schelsky eine radikale Konsequenz: Wenn Werte- und Entscheidungsfrage keine Relevanz mehr für die Steuerung der Gesellschaft haben, hat sie den Bereich des Politischen grundsätzlich verlassen. Demokratie brauche man dann schlichtweg nicht mehr: »Die moderne Technik bedarf keiner Legitimität; mit ihr ›herrscht‹ man, weil sie funktioniert und solange sie optimal funktioniert. Sie bedarf auch keiner anderen Entscheidungen als der nach technischen Prinzipien.«⁷³ Die *humanistische* Fassung der Souveränität habe sich so erledigt:

69 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 449-454. Zur Herleitung und Erläuterung des Theorems zitierte er Ellul in aller Ausführlichkeit (S. 444f., 460f., 466-468). Mit Ellul – und dieses Mal gegen seinen Lehrer Gehlen – war Schelsky der Auffassung, dass die »entscheidende Veränderung« im »nichtwerkzeughaften« Charakter der modernen Technik bestand (S. 445). Der Begriff des Sachzwangs selbst ist freilich älter: Er stammt aus den 1920er Jahren (vgl. Steinmetz: »Anbetung und Dämonisierung des ›Sachzwangs‹«).

70 Siehe Ellul: *The Technological Society*, S. 229-283, insb. S. 279.

71 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 455. Bezeichnenderweise fällt dabei der stete Verweis auf Totalitarismus und Nationalsozialismus weg, der Elluls Werk prägte.

72 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 453.

73 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 456.

»[S]ouverän ist, wer über die höchste Wirksamkeit der in einer Gesellschaft angewandten wissenschaftlich-technischen Mittel verfügt. [...] Der Staat] selbst ist damit in seinen Zielen aber dem Gesetz unterworfen, das ich schon als das allgemeine Gesetz der wissenschaftlichen Zivilisation erwähnte: daß sozusagen die Mittel die Ziele bestimmen oder besser, daß die technischen Möglichkeiten ihre Anwendung erzwingen.«⁷⁴

Die Zerstörung der humanistischen Souveränität zeigt sich für Schelsky letztlich in der Unmöglichkeit des staatlichen Planens. Auch wenn man ein Einzelproblem womöglich noch mit dem Muster von humanem Zweck und technischem Mittel planen könne, so sei die Erkenntnis und Planung der Zukunft insgesamt von den bestehenden Mitteln abhängig. Parallel dazu hatte nach Schelsky auch das Individuum seine Souveränität an die Technik abgegeben: Bildung als die Möglichkeit, »eine geistige und sittliche Souveränität gegenüber den Zwängen der Welt und des praktischen Lebens« zu gewinnen, läge längst außerhalb der Möglichkeiten der Wissenschaften.⁷⁵ Substanziell hätten sie ihre Zielsetzung auf eine spezialisierte Zerlegung des Menschen ausgerichtet. Die Universitäten seien »längst zur Hohen Schule für die Techniken« geworden.⁷⁶

In der Rezeption dieser Thesen war allerdings nicht ganz klar, ob Schelsky nur der Diagnostiker des technischen Staates mit seiner autoritär-undemokratischen Struktur war. Vielmehr wurde der Verdacht geäußert, dass der Schüler von Hans Freyer und Arnold Gehlen ein Verfechter dieses Modells sei, mit dem unter dem Rubrum der Ideologiefreiheit der obrigkeitsstaatliche Dezisionismus wiedereingeführt werden sollte.⁷⁷

Auch Jürgen Habermas schloss sich der Kritik an Schelskys Entwurf an. Allerdings fokussierte er vor allem auf den strukturellen Konservatismus der Diagnose, dass »[g]egenüber dem autonom gewordenen System von Forschung,

74 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 455f.

75 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 464.

76 Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 466.

77 Siehe die gegensätzlichen Einschätzungen bei Greiffenhagen: »Demokratie und Technokratie«, S. 56-62; Gebauer: »Der Mythos der Technokratie und seine Realität«, S. 77, der ausgerechnet Ellul zum Gegenspieler Schelskys machte; Lübke: »Bemerkungen zur aktuellen Technokratie-Diskussion«, S. 95. Vgl. zur Debatte um Schelskys Thesen auch Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 197-202. Rückblickend hat Wöhrle die normative Intention von Schelskys Ausführungen bezweifelt, und selbst Greven, der Schelskys Verstrickungen in den Nationalsozialismus und den Autoritarismus des Souveränitätskonzepts in den Frühwerken herausarbeitete, kam letztlich zu dem Schluss, dass Schelskys Nachkriegsschriften über Technik und Planung eher altliberale Züge tragen (vgl. Wöhrle: »Das Denken und die Dinge«; Greven: *Politisches Denken in Deutschland nach 1945*, S. 250-272).

Technik, Ökonomie und Verwaltung [...] die vom neuhumanistischen Bildungsanspruch inspirierte Frage nach der möglichen Souveränität der Gesellschaft über die technischen Lebensbedingungen [...] hoffnungslos veraltet« ist.⁷⁸ Er wich von der »Technokratie-These« insofern ab, als dass diese selbst einen strukturellen Determinismus der Technik präsentierte und damit Teil eines technokratischen Konservatismus sei.

Damit musste Habermas allerdings auch die klassischen Ansätze der Kritischen Theorie fallen lassen. Denn sowohl in der Variante von Schelsky, Gehlen und Ellul als auch in der Variante von Horkheimer, Adorno und Marcuse hatte sich ein doppelter Begriff autonomer Technik eingespielt:⁷⁹ Einerseits bedeutete die Autonomie der Technik, dass die Artefakte durch ihre Beschaffenheit eine spezifische Ordnung hervorbringen, die akzidentiell oder intentional von den wissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Machtverhältnissen geprägt ist. Andererseits konnte Autonomie der Technik auch heißen, dass sich die Technik die notwendige soziale Umwelt für ihr System selbst schafft. Während für die langfristige Genese der Technokratie häufig das erste Technik-Verständnis in Anschlag gebracht wurde, insofern die moderne Technik ja menschliches Produkt war; wurde ihre gegenwärtige Produktion und Wirkung mit dem sehr viel stärkeren zweiten Technik-Verständnis erörtert: »Angesichts der totalitären Züge dieser Gesellschaft läßt sich der traditionelle Begriff der ›Neutralität‹ der Technik nicht mehr aufrechterhalten«, pointierte es Marcuse.⁸⁰

Mit diesem starken, deterministischen Begriff technischer Autonomie wollte Habermas nicht mitgehen. Es ist daher folgerichtig, dass nicht nur Schelsky und Ellul, sondern auch Marcuse bei ihm als Technokraten erscheinen, und zwar nicht weil sie unmittelbar den technischen Staat herbeiführen, sondern weil sie für die Verbreitung eines technokratischen Irrglaubens sorgen, der den Unterschied zwischen Technik und Praxis verleugne – und damit das Emanzipationspotenzial der Gesellschaft insgesamt. Das Kennzeichen der technokratischen Ideologie ist demnach, dass »Sittlichkeit« als eine[] Kategorie für Lebensverhältnisse überhaupt« verdrängt wurde.⁸¹

78 Habermas: »Technischer Fortschritt und soziale Lebenswelt«, S. 116.

79 Die folgende Unterscheidung entlehne ich Winner: »Do Artifacts Have Politics?«, insb. S. 127–130, und wende sie als Heuristik für die Rekonstruktion an. Winners Werk nimmt selbst eine Scharnierstellung zwischen der Technokratie-Debatte und einer Neuformulierung der Analyseoptionen von Technologie ein. Losgelöst von den kulturkritischen Motiven vertritt er dabei u.a. die Handlungsfunktion von Artefakten.

80 Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, S. 18.

81 Habermas: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«, S. 90, zur expliziten Parallelisierung von Marcuse und Schelsky siehe Habermas: »Erkenntnis und Interesse«, S. 167; vgl. Specter: *Habermas*, S. 120–122. Ein zweiter Streitpunkt mit Marcuse war, dass sein Lösungsvor-

Allerdings war auch er der Überzeugung, dass die »Hintergrundideologie« der Technokratie und damit die instrumentelle Vernunft selbst auf dem Vormarsch seien. Wie Schelsky und Marcuse konstatierte er ein Anwachsen der Staatsinterventionen, ein Zusammentreffen von Wissenschaft und Technik sowie schließlich die Zunahme manipulativer Zwänge und adaptiven Verhaltens: »Die industriell fortgeschrittenen Gesellschaften scheinen sich dem Modell einer eher durch externe Reize gesteuerten als durch Normen geleiteten Verhaltenskontrolle anzunähern.«⁸² Dabei werde dies insbesondere durch Systemforschung und Kybernetik vorangetrieben, in deren analytischem Modell und den daraus resultierenden Steuerungstechniken doch stets der »Wunschtraum einer instinktanalogen Selbststabilisierung« präskriptiv eingeschrieben ist.⁸³ Schließlich sah er genau diese »Hintergrundideologie auch in das Bewußtsein der entpolitisierten Masse [...] eindringen«.⁸⁴

In der Diagnostik treten bei Habermas also die gleichen Motive und Argumentationsmuster auf. Er war nur optimistischer, was die Revision dieses Prozesses anging. Während seine Vorläufer der öffentlichen Meinung eine hoffnungslose Affinität zur Technik zuschreiben,⁸⁵ ging es ihm um eine Rehabilitierung der Öffentlichkeit unter normativen Vorzeichen. Habermas setzte also auf die Wiederherstellung der humanistischen Souveränität. Hier wandte er sich von seiner eigenen Studie über den *Strukturwandel der Öffentlichkeit* ab und begann jenes Projekt, aus dem die *Theorie des kommunikativen Handelns* wurde.

In dieser Weise griffen auch andere Debattenbeiträge auf die kulturkritischen Motive zurück, ohne stets den gesamten Argumentationszusammenhang zu übernehmen.⁸⁶ In der Beschreibung ließen sich dabei beide Stränge der Diskussion überblenden: Die Ausbreitung der »Techniker« entsprach einer Ausbreitung der Technik, die Absetzung der »Politiker« passte zur Diagnose sachgesetzlicher Entpolitisierung, und beides ließ sich auf eine Perversion von technischen Mitteln und humanistischem Zwecken zuspitzen. Diese Pointierung skizzierte die existenzielle Bedrohung des souveränen Individuums und des souveränen Staates mit ihrem

schlag auf einer metaphysisch-messianisch überhöhten Richtungsumkehr der Technik beruhte. Hierin besteht wiederum Ähnlichkeit zu Elluls theologischer Lösungsoption.

82 Habermas: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«, S. 83.

83 Habermas: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«, S. 97; s.a. 82f. Nahezu wortgleich in Habermas: »Technischer Fortschritt und soziale Lebenswelt«, S. 118.

84 Habermas: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«, S. 81.

85 Siehe Ellul: *The Technological Society*, S. 302f.; Schelsky: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, S. 458f.; Meynaud: *Technocracy*, S. 138; Marcuse: »Some Social Implications of Modern Technology«, S. 144.

86 Siehe z.B. Dreitzel: »Rationales Handeln und politische Orientierung«, S. 14f.; Narr: »Systemzwang als neue Kategorie in Wissenschaft und Politik«, S. 222; Gorz: »Technokratie und Arbeiterbewegung«, S. 148, 152.

moralisch angeleiteten Entscheidungs- und Handlungsspielraum, um dann eine forcierte Anstrengung im Dienste der Souveränität einzufordern.

In diesem Sinne wurde bereits bei den Bergedorfer Gesprächen eine »Ermutigung des Selbstbewußtseins« verlangt, zu der eine technisch reflektierte Bildung der Menschen beitragen könne.⁸⁷ Diese Förderung einer »Kritische[n] Souveränität« müsse auch nach Walter Hoeres das Ziel sein,⁸⁸ während Hans Lenk komplementär dazu forderte, dass an der Planung »urteilsfähige[] universalistische[] ›Experten für das Allgemeine« – »Kultur-, Institutionensoziologen und Philosophen« – mitwirken müssen.⁸⁹ Noch weiter ging Nora Mitrani. Sie wollte die Technokratie des Selbstwiderspruches überführen wollte, denn für die kontinuierliche Innovation brauche das technische System die humanistische Kreativität des Menschen.⁹⁰ Und selbst der enorm pessimistische Jacques Ellul stellte seiner bald zu drei Bänden ausgebauten Kritik der Technik das Bild aktiver Christenmenschen *in* der Welt entgegen, die in einem Akt der Revolution die Dehumanisierung durch die Technik überwinden könnten. Damit lässt er sich als Vertreter eines christlich-liberalen Souveränitätskonzepts kennzeichnen.⁹¹

An diesen Befunden zeigt sich, dass die Technokratie-Debatte unmittelbar an das Regierungsdenken der Souveränität anknüpfte. In komplementärer Perspektive fragte sie nach der Dominanz der Techniken, die zur Umsetzung des Planungsimperativs notwendig waren, und überprüfte damit, ob die Souveränität des Menschen noch Geltung besaß. Für die Reflexion und Praxis souveränen Regierens erfüllte sie damit die entscheidende Funktion eines internen Warn- und Korrektursystems.

Diese Funktion wird an der Form der Technokratie-Thesen besonders deutlich: Diese nutzen in aller Regel einen Doppelgestus. Einerseits behaupten sie die Stärke der Techniker und ihrer Rationalität als Ist-Zustand, während sie gleichzeitig darauf hinweisen, dass es sich bei ihren Diagnosen nur um die Beschreibung von

87 Haseloff/Stackelberg (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache*, S. 30, s.a. S. 36, 108.

88 Hoeres: »Kritisches Bewußtsein – ein neues Bildungsideal?«, S. 148.

89 Lenk: »Technokratie und Technologie«, S. 124. Genau gegen diesen Typus des universellen Intellektuellen haben sich dann Foucault und Luhmann ganz dezidiert gewendet, wie unten gezeigt wird.

90 Siehe Mitrani: »Die Zweideutigkeit der Technokratie«, S. 89.

91 Dies vertrat er vor allem in *The Presence of the Kingdom*. Die Einordnung in den Strang christlich-liberaler Souveränität bestätigt sich noch durch Elluls zentrale Referenzfigur Karl Barth, die er mit den oben vorgestellten Autoren teilte. Hierin unterschied er sich freilich grundlegend von Schelsky. Als wichtigstes theoretisches Manöver von Schelsky, Freyer und Gehlen kann gerade gelten, den Konservatismus vom metaphysisch-religiösen Bezug abgekoppelt und in einer technisch-wissenschaftlichen Welt neu verortet zu haben. Vgl. zu Ellul Greenman et al.: *Understanding Jacques Ellul*, insb. S. 9-17; zum Konservatismus Laak: »From the Conservative Revolution to Technocratic Conservatism«.

Tendenzen handele.⁹² Sie sind also Selbstbeschreibungen der Gesellschaft in Form extrapolierter Dystopien. Damit imitieren sie paradoxerweise nicht nur die Zukunftsschau der Gegenseite, sondern hoffen zumeist auch auf eine ›negative Rückkopplung‹.

Vor dem Hintergrund eines weitgehenden Konsenses über die Ausrichtung an den Leitideen der Souveränität überrascht es dann auch nicht, wenn die Debattenbeiträge, die eine empirische Prüfung der Technokratie-Thesen versuchten, keine große Gefahr für das souveräne Regieren sahen.⁹³ Die Verbindung von Modernisierung und Souveränität geriet erst in den 1970er Jahren in eine radikale Krise, und zwar aus einer ganz anderen Perspektive: Nicht die Übermacht technokratischer Steuerung, sondern der Verlust von Steuerungsfähigkeit standen fortan im Zentrum. In dieser Situation war die Stunde für ein anderes technologisches Denken gekommen, das sich parallel zur Technokratie-Debatte entwickelt hatte. Es offerierte das Versprechen, Politik und Gesellschaft neu zu denken, und zwar gerade gegen die moderne Rationalität.

2. Die kybernetische Alternative

Die Rede von einem neuen Denken, gar dem Anbruch eines neuen Zeitalters, war ein zentraler Topos der kybernetischen Erzählung. Bereits die beiden grundlegenden Bücher von Norbert Wiener beginnen mit einer Absage an die Newton'sche Physik und der Aussicht, eine neue, einheitliche Perspektive auf Mensch und Maschine zu begründen.⁹⁴ Und noch 1971 eröffnete Gregory Bateson seine Essaysammlung über die *Ökologie des Geistes* damit, dass er mithilfe der Kybernetik

92 Besonders pointiert diese Spannung die paradoxe Formulierung von Ellul: »The political power is no longer precisely a classical state, and it will be less and less so« (Ellul: *The Technological Society*, S. 279 [Hervorhebung hinzugefügt], vgl. auch S. 257-259). Bei ihm wird die Extrapolation auch in häufigen Futur-Formen sichtbar. Bei Schelsky ist dies verschwunden: Auch wenn er explizit auf den hypothetischen Charakter hinwies, trat seine Modelltheorie sprachlich mit dem Gestus des Faktischen auf. Für die Kritische Theorie siehe Marcuse: *Der eindimensionale Mensch*, S. 21, sehr prägnant Habermas: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«, S. 81.

93 Typische Einwände waren: Die Technokratie-These unterschätze die Pluralität der gesellschaftlichen Interessen; sie habe ein unhaltbares Wissenschaftsverständnis, da die Wissenschaft keineswegs auf den *one best way* ausgerichtet sei; sie verkenne, wie sehr sich die Politik um die Zustimmung der Wählerschaft sorgt. Vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 200f.; Winner: *Autonomous Technology*, S. 148f.; primär siehe Greiffenhagen: »Demokratie und Technokratie«; Ropohl: »Zur Technokratie-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland«, S. 73f.; Meynaud: *Technocracy*, S. 296; vor allem Offe: »Das politische Dilemma der Technokratie«, S. 164f., 170f.

94 Wiener: *Cybernetics*; Wiener: *The Human Use of Human Beings*.

eine »neue Art des Denkens« vorschlagen will.⁹⁵ Diese Figur hält sich bis hin zu den technologischen Sozial- und Regierungstheorien von Michel Crozier, Michel Foucault oder Niklas Luhmann, die uns im weiteren Verlauf begegnen werden.

In der Technokratie-Debatte aber war der Begriff »Kybernetik« weitgehend negativ besetzt. Man wies den »systemischen« Planungsmethoden zu, eine Form der unlauteren Technisierung menschlicher Angelegenheiten zu sein und im Dienste einer durchdringenden Rationalisierung und Effizienzsteigerung zu stehen. Umgekehrt erhofften sich die öffentlichen und privaten Finanziers, dass die Kybernetik eine Optimierung der Steuerungskapazitäten des souveränen Staates und der großen, hierarchisch strukturierten Unternehmen bringen würde. Für beide Perspektiven war die Kybernetik ein Teil der Modernisierungsanstrengungen. Aber wie war es dann möglich, dass ausgerechnet das kybernetische Denken einen Ansatzpunkt bieten konnte, als die klassische Moderne in den 1970er Jahren in die Krise geriet?

Um dieses Paradox zu verstehen, muss man sich von der breiteren öffentlichen Debatte der Intellektuellen meist sozialwissenschaftlicher Prägung entfernen und die Debatte der kybernetischen Grundlagenforschung seit den 1940er Jahren ins Zentrum rücken. Daher muss nicht nur ein neues »Personal« in die Geschichte eingeführt werden, sondern es werden auch teils sehr abstrakte, technische Problemstellungen und Konflikte in der kybernetischen Forschung skizziert. Hier formierte sich die Basis für das technologische Regierungsdenken mit seinen Begriffen, seiner modernekritischen Argumentation und seinen rhetorischen Figuren. Gewissermaßen ist es eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet aus der Förderung des modernen Steuerungsdenkens eine Kritik dieses Denkens entstand.

Diese Entwicklung soll im Folgenden dargestellt werden. Dafür wird zunächst das Pendeln der Kybernetik zwischen Machbarkeitsglaube und Modernekritik thematisiert, um dann in drei weiteren Teilen in die Konzepte und die Konflikte in »der« Kybernetik einzuführen. Mit der gewonnenen konzeptionellen Heuristik lassen sich dann die kybernetisch inspirierten Neuformulierungen des Regierens in den folgenden Kapiteln nachweisen. Das Kapitel blickt so in die historischen und systematischen Grundlagen des technologischen Regierungsdenkens.

Zwischen Machbarkeit und Modernekritik: Zur Verortung »der« Kybernetik

Der Ausgangspunkt der kybernetischen Vorstellung eines neuen Denkens ist eine Kritik des mechanistischen Weltbildes, wie es sich nach Newton entwickelt habe. Bereits Norbert Wiener führte dagegen an, dass seine starren, deterministischen Gesetze nicht in der Lage seien, »uncertainty and the contingency of events« zu denken.⁹⁶ Dieser Fokus auf Ungewissheit und Kontingenz sollte zu einem Mar-

95 Bateson: *Steps to an Ecology of Mind*, S. 1 (eigene Übersetzung).

96 Wiener: *The Human Use of Human Beings*, S. 8.

kenzeichen eines technologischen Regierungsdenkens werden, das Ungewissheit nicht in mathematischen Kalkulationen *auflösen*, sondern *produktiv einbinden* wollte.

Wieners Kritik an der Newton'schen Physik lehnte sich dabei an die Arbeiten von James Maxwell, Ludwig Boltzmann und Josiah Gibbs an.⁹⁷ Sie hatten bereits am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Kritik der starren Gesetzmäßigkeiten angesetzt, deren Konsequenzen dann von Werner von Heisenberg ausformuliert worden waren. Ihre statistische Mechanik versuche, so Wiener, die Dynamik der Ereignisse beobachterabhängig und nicht-deterministisch zu erfassen. Die Sammlung von Daten der Vergangenheit reiche dann auch in physikalischen Vorgängen nur noch für eine statistische Schätzung der Zukunft, sodass die Newton'schen ›Gesetze‹ letztlich zu einem Mittelwert degradiert werden.⁹⁸

Der Kern dieser Überlegung war eine andere Zeitkonzeption: Die Ereignisse in der Zeit sind demnach prinzipiell kontingent und laufen als eine gerichtete, irreversible Bewegung ab, sodass man sie nur probabilistisch erfassen, nie mit Gewissheit prognostizieren könne. Mit einer solchen Zeitkonzeption bricht für Wiener sowohl die mechanistische Vorstellung streng kausaler Gesetze als auch die vitalistische Unterscheidung von Zeitkonzeptionen für lebende und nicht-lebende Systeme zusammen. Der Gegensatz von organisistischen und mechanistischen Konzepten musste in einer allgemeinen Regulationstheorie überwunden werden, und dies sollte das Ziel der Kybernetik sein.⁹⁹

Wieners kritische Abgrenzung der Kybernetik von der klassischen Mechanik beruhte auf seiner Tätigkeit für die amerikanische Operations Research während des Zweiten Weltkriegs.¹⁰⁰ Der National Defense Research Council (NDRC) und seine Nachfolgeorganisation, das Office of Scientific Research and Development, hatten zahlreiche Projekte der Personen gefördert, die nach Kriegsende den kybernetischen ›Forschungsverbund‹ begründeten. Der Schwerpunkt der Förderung lag einerseits auf der Kryptographie, also dem Problem geheimer Kommunikation und ihrer Entschlüsselung, andererseits auf der Flugabwehr.

Mit der Professionalisierung der Luftwaffe hatte sich schon im Ersten Weltkrieg abgezeichnet, dass es zu einer neuen Herausforderung werden würde, die

97 Siehe Wiener: *The Human Use of Human Beings*, S. 7-27.

98 Siehe Wiener: *Cybernetics*, S. 48f.

99 Siehe zu diesem Absatz Wiener: *Cybernetics*, S. 40-56. Wiener bezog sich auf Henri Bergson, der auch die französische Philosophie beschäftigte. Laut Wiener dehne eine statistische Mechanik einerseits Bergsons Begriff der *durée* auf alle Mechanismen aus. Andererseits sah Wiener diese Ausdehnung zugleich als eine Niederlage von Bergsons Vitalismus, dem härtesten Gegenspieler des Newtonianismus, weil dessen Unterscheidung *substanziell* unterschiedlicher Dauern für lebende und nicht-lebende Systeme zusammenbreche.

100 Vgl. zum Folgenden Rid: *Maschinendämmerung*, S. 28-58; Hughes/Hughes: »Introduction«.

sich bewegenden Flugobjekte abzufangen.¹⁰¹ Die Geschwindigkeit der Flugzeuge war so hoch, dass ein Geschoss auf Basis einer einfachen ballistischen Berechnung dieses stets verfehlen würde. Infolgedessen reichte eine menschliche Zielfokussierung nicht mehr aus. Man brauchte ein System aus Mensch und Maschine, das den Zielvorgang übernahm. Neben diesem ersten Problem brachten Wiener und sein Kollege Julian Bigelow noch einen zweiten Aspekt an: Das zu treffende Flugobjekt würde auch selbst Ausweichmanöver fliegen. Daher müsste man erstens diese *Unbestimmtheit* der Flugbahn in die Kalkulation einplanen und zweitens eine *Rückkopplung* zwischen dem anvisierten Ziel und dem Geschoss ermöglichen, nachdem dieses die Schussvorrichtung verlassen hatte, sodass sich dieses selbst auf das Ziel hinsteuere.

Solchen Problemen zirkulärer Regulation widmete die Macy Foundation nach dem Krieg, in den Jahren 1946 bis 1953, zehn Konferenzen, die schon allein deshalb zu den wichtigsten wissenschaftshistorischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts zählen, weil hier die Grundlagen für Mikroelektronik und Internet gelegt wurden. Es ist gewissermaßen die Geburtsstunde der Kybernetik. Die Hoffnung der Stiftung und ihres Vertreters Frank Fremont-Smith war, dass man die Erfolge der Operations Research in den Wiederaufbau friedlicher und prosperierender Gesellschaften übersetzen könne.¹⁰² Das konstitutive Merkmal der Operations-Research-Teams war ihre interdisziplinäre Zusammensetzung, mit der die Grenzen zwischen den Disziplinen eingerissen werden sollten. Dementsprechend nahmen an den Konferenzen Forschende aus sehr unterschiedlichen Bereichen teil.¹⁰³

Im Vordergrund standen Mathematiker, Logiker und Ingenieure wie Norbert Wiener und sein Kollege Julian Bigelow, John von Neumann, Claude Shannon, Ross Ashby, Walter Pitts, W. Grey Walter, Leonard Savage und Heinz von Foerster. Die Teilnehmenden einer zweiten großen Gruppe kamen aus der Medizin, wie etwa Frank Fremont-Smith oder Arturo Rosenblueth, oder aus der Psychologie, darunter der Neuropsychologe und Konferenzleiter Warren McCulloch, der Gestaltpsychologe Kurt Lewin und sein Schüler Alexander Bavelas, der Kognitionspsychologe und spätere Internetpionier Joseph Licklider und der Psychoanalytiker Lawrence Kubie. Schließlich gehörten zum Macy-Kreis eine Reihe von Personen aus Linguistik und

101 Für den Absatz siehe Wiener: *Cybernetics*, S. 11-16, und vgl. Rid: *Maschinendämmerung*, S. 44-56. Wiener und Bigelow antworteten mit einer stochastischen Modellierung zukünftigen Verhaltens unter der Berücksichtigung vergangenen Verhaltens. Für den Krieg war dies bedeutungslos, wie Rid erläutert. Die für Kriegszwecke praktikablere Lösung sei von der Johns Hopkins University gekommen, nutzte aber auch das Prinzip der Rückkopplung: Statt des üblichen Zeitzünders sollte das Geschoss Daten im Flug sammeln und seinen eigenen Abstandszündler stellen, um so eine Kopplung zum Ziel herzustellen.

102 Vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 39.

103 Vgl. zu den Teilnehmer:innen in den folgenden beiden Absätzen Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 1-8, 38-44. Für Teilnahmelisten siehe Pias (Hg.): *Cybernetics – Kybernetik*, Bd. 1.

Sozialwissenschaft, allen voran Margaret Mead (neben der früh ausgeschiedenen Molly Harrower die einzige Frau im engeren Kreis), Gregory Bateson sowie Paul Lazarsfeld und Roman Jakobson.

Viele der Beteiligten kannten sich bereits aus vorherigen Kooperationen.¹⁰⁴ Es hatte schon zwei Konferenzen mit ähnlichen personalen Zusammensetzungen gegeben, deren Teilnehmende dann in permanentem Austausch standen. Eine entscheidende Rolle für diesen Austausch spielte der Mathematiker Warren Weaver, der selbst kein Teilnehmer der Macy-Konferenzen war. Weaver hatte aber sowohl in der Rockefeller Foundation als auch beim NDRC die Vergabe von Förderungen an die Vorläuferprojekte der Kybernetik unterstützt und immer wieder Kontakte hergestellt, zum Beispiel zwischen Shannon und Wiener. Gleichzeitig lieferte er selbst zentrale Impulse für die Komplexitäts- und Informationstheorie, die in der Kybernetik aufgenommen wurden.¹⁰⁵

Der Austausch in der Kybernetik beschränkte sich aber nicht nur auf Inhalte, sondern umfasste auch die Personen.¹⁰⁶ So wechselte etwa Walter Pitts 1943 von McCullochs Forschungsgruppe an der University of Chicago zu Wieners Forschungsgruppe am Massachusetts Institute of Technology, während beide versuchten, John von Neumann aus Princeton für ihre jeweiligen Universitäten zu gewinnen. Dieser lehnte die Angebote ab, handelte dafür mit Princeton aber einen Etat für den Bau eines Computers aus. Der später als Institute of Advanced Studies Machine oder Neumann-Maschine bekannte Apparat war einer der ersten digitalen Computer, der Soft- und Hardware verband. Der leitende Ingenieur wurde Julian Bigelow, der vormalige Kollege von Norbert Wiener und Arturo Rosenbluth.

Die doppelte Verortung der Kybernetik im Kontext der Steuerungsprobleme von Weltkrieg und Kaltem Krieg hat nicht nur in den zeitgenössischen Beschreibungen, sondern auch in rückblickenden Evaluationen dazu geführt, dass sie als Kerndisziplin der zukunftsgewissen, planungsversessenen und staatszentrierten Nachkriegsgesellschaften wahrgenommen wurde. So interpretiert Steve Heims die Kybernetik als Teil einer »technocratic ideology«,¹⁰⁷ wenn sie in Verbindung mit der World Federation for Mental Health auftrat. Sowohl die Macy Foundation als auch eine Reihe von Teilnehmenden engagierten sich in dieser Organisation, die eine technisch machbare Lösung für die Probleme von Gesundheit und Weltfrieden

104 Vgl. zum Absatz Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 39-44.

105 Die wichtigsten Beiträge dürften die Theorie organisierter Komplexität (Weaver: »Science and Complexity«) und die Einleitung zur Neuauflage von Shannons Kommunikationstheorie sein, die letztere bekannt und für viele erst verständlich machte. Zur Rolle von Weaver vgl. z.B. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 20-32.

106 Vgl. zum Folgenden Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 20-32, 38-44.

107 Heims: *Constructing a Social Science for Postwar America*, S. 163. Dupuy hält dies für eine »highly misleading idea of what cybernetics was actually trying to do.« (Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 24; vgl. S. 82-84).

finden wollte und dabei der Psychologie eine entscheidende Rolle bei der Erziehung des Menschen zukommen ließ. Mit Blick auf die Zukunftsforschung kommt auch Elke Seefried zu dem Schluss, die Kybernetik transportierte »ein Stück technizistisches Fortschrittsdenken«,¹⁰⁸ das aus dem Kontext der Kriegsführung in den Regierungskonzeptionen des Kalten Krieges übertragen wurde. Das »Prinzip der Rückkopplung«, resümiert sie, war »die zielorientierte Steuerung eines Systems oder von Vorgängen innerhalb eines Systems [...]«. Der Begriff der Steuerung (eines Systems), der dann auch in der Planungspolitik der 1960er Jahre zentrale Bedeutung gewann, hatte hier seine eigentlichen Wurzeln.«¹⁰⁹

Tatsächlich baute Wieners Konzeption der Kybernetik auf den Optimismus und den Machbarkeitsglauben der Nachkriegsjahre. Er wollte mit ihr eine neue Universalwissenschaft etablieren, die die Gräben zwischen allen mit Kommunikation und Regelung beschäftigten Disziplinen überwinden könnte und ein gemeinsames Wissen zur Verfügung stellen würde. Insbesondere in ingenieurhaften Einführungen in die Kybernetik scheinen modernistische Varianten dieser Vision immer wieder durch. So konstatierte etwa Hans-Joachim Flechtner *Grundbegriffe der Kybernetik*: »[E]s ist ja gerade das Ziel der Kybernetik, »den Zufall zurückzuschieben« [...] Wir müssen [...] das Ausgangssystem A_0 in allen wichtigen Einzelheiten sowie die Möglichkeiten seiner Veränderung kennen. Darüber müssen wir – wie man auch sagen könnte – informiert sein.«¹¹⁰ In ähnlicher Weise meinte die populäre Einführung *Keiner weiß, was Kybernetik ist*: »Wenn man einen Vorgang [...] rational im Detail beschreiben kann, dann läßt sich dieser Vorgang auch rationalisieren und automatisieren. Und die Kybernetik verhilft dazu. [...] Man könnte, ein wenig kühn, sogar formulieren, Kybernetik sei die hohe Kunst zu rationalisieren.«¹¹¹

Diese Autoren sahen in der Kybernetik eine neue, womöglich allwissende Zugriffsmöglichkeit, mit der man den Zufall unterlaufen, Probleme lösen und Zukunft planbar machen konnte. In der Technokratie-Debatte stand die RAND Corporation in besonderer Weise für diese »Norm maximaler Rationalität«.¹¹² Dabei übersahen allerdings vor allem die sozialwissenschaftlichen Diskutant:innen in der Regel, dass es in der Kybernetik selbst auch eine deutliche Abgrenzung dazu gab, die im Laufe der Zeit immer schärfer wurde. Dies hat den kybernetikaffinen Logiker Gotthard Günther zu einer doppelten Attacke veranlasst: Während er Habermas vorwarf, sich mit der Kybernetik im Grunde nicht beschäftigt zu haben, denunzierte er all jene, die der Norm maximaler Rationalität folgten, als »Wald- und

108 Seefried: *Zukünfte*, S. 100.

109 Seefried: *Zukünfte*, S. 55.

110 Flechtner: *Grundbegriffe der Kybernetik*, S. 30.

111 Lohberg/Lutz: *Keiner weiß, was Kybernetik ist*, S. 137.

112 Renate Mayntz in Haseloff/Stackelberg (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache*, S. 81.

Wiesen-Kybernetiker«, denen die Problemstellungen der Kybernetik »ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheinen«. ¹¹³

Ein weiteres Beispiel ist Russel Ackoff, Präsident der Operations Research Society of America von 1956 bis 1957: »OR came to be identified with the use of mathematical models and algorithms [...] practitioners decreasingly took problematic situations as they came, but increasingly sought, selected, and distorted them so that favored techniques could be applied«. ¹¹⁴ Diese mechanisch kalkulierende Steuerungsgläubigkeit hing für Ackoff einem veralteten Denkmuster an: »World War II marked the beginning of the end of what might be called the *Machine Age*, an age that began with the Renaissance.« ¹¹⁵ Ackoffs *Machine Age* geht mit den gleichen zentralen Attributen einher, die Wiener dem newtonianischen – mechanistischen – Weltverständnis zugewiesen hatte: Es basiert auf einer analytischen Perspektive, die das Ganze objektiv in Ursache-Wirkungsrelationen zerlegen will, um auf Basis dieses Reduktionismus perfekte Vorhersagen zu treffen und bestmögliche Problemlösungen zu errechnen.

Dagegen konturierte auch Ackoff einen »new world-view«. ¹¹⁶ Im *Systems Age* müsse man einem synthetischen Denken folgen, das das Ganze als Teil eines größeren Ganzen sieht, das es zu verstehen gelte, um dann wiederum das System »in terms of its role or function in the containing system« zu verstehen. ¹¹⁷ Bei diesem »expansionistischen« Vorgehen gebe es keine Objektivität, weil es eine urteilende, wertbeladene Wahl der Forschenden sei, welche Ebene der Beobachtung relevant ist; es gebe auch keine starre Kausalität mehr, sondern nur noch Wahrscheinlichkeiten; und schließlich sei die fixe Mittel-Zweck-Unterscheidung des *Machine Age* hinfällig. Im *Systems Age* erscheinen Mittel und Zwecke als relative Konzepte, sodass immer die intrinsische und extrinsische Werthaftigkeit einbezogen werden müsse. Da ohne direkte Kausalitäten, Determiniertheit und Objektivität keine perfekten Vorhersagen und Lösungen möglich seien, müsse die Kreativität des Systems bei der Bewältigung von Zufällen im Zentrum stehen. Das systemische Denken zielen auf Innovationsfähigkeit und Design: »Prediction and preparation were the principal modalities of the Machine Age; design and invention are emerging as the principal modalities of the Systems Age.« ¹¹⁸

113 Günther: »Selbstdarstellung im Spiegel Amerikas«, S. 41f.; vgl. Hagner: »Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft«, S. 67.

114 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«, S. 93f.

115 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«, S. 95.

116 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«, S. 96.

117 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«, S. 96, zum Folgenden S. 97-103.

118 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«, S. 101. Dieser Fokus auf Design, Stil und Ästhetik, der auch im weiteren Verlauf noch mehrfach zur Sprache kommen wird, prädestinierte die Kybernetik einerseits für Verbindungen zur Kunstszene der Counterculture, andererseits wurde er auch zu einem Ausgangspunkt einer Ästhetisierung, wie sie gegenwär-

Von besonderer Relevanz für diese Abgrenzungsbewegung ist eine Gruppe in der Kybernetik, die bereits in den 1960er Jahren die Kategorien der ersten Generation einer Revision unterzog. In der Forschungsliteratur hat sich für diese Gruppe der Begriff der *second-order cybernetics* etabliert.¹¹⁹ Für die formal-logische Perspektive war Heinz von Foerster, Sekretär der Macy-Konferenzen, eine Brücke von der ersten zur zweiten Generation kybernetischen Denkens, während Gregory Bateson diese Brückenfunktion auf der sozialwissenschaftlichen Seite zukam.¹²⁰ Für die Biologie entwickelten mit Humberto Maturana und Francisco Varela zwei ›Neulinge‹, die nicht auf den Macy-Konferenzen waren, die kybernetischen Konzepte weiter.

Die *second-order cybernetics* ging von der Beobachtung aus, dass die Kategorien der Macy-Konferenzen allzu oft dazu verleiteten, den Zufall in stochastischen Berechnungen zu glätten und die Konsistenz der Modelle empirisch oder gar normativ der Kontingenz der Ereignisse vorzuziehen. Um dieser Rationalisierungsfalle zu entgehen, unternahmen sie einen paradoxen Schachzug: Der ursprünglich radikale Kern der Kybernetik, wie er bei den Gründungsfiguren McCulloch und Wiener angelegt sei, ließe sich demnach nur retten, wenn man eine reflexive Wende einbaut. Eine Kybernetik der Kybernetik sollte die Komplexität und Kontingenz erneut zum Vorschein bringen.¹²¹

Indem diese Theorie die Abkehr der Kybernetik vom Effizienzdenken radikalisierte, zog sie noch stärker das Interesse der Counterculture auf sich.¹²² Ein guter

tig etwa von Andreas Reckwitz diagnostiziert wird (Reckwitz: *Die Erfindung der Kreativität*). Sie spiegelt sich in dem starken Design-Fokus der Computer-Technologie, etwa bei Apple-Produkten, und wird im Design Thinking fortgesetzt. Trotz der Abkehr von der mechanistischen Auflösung des Zufalls, mit der die Kriterien von Objektivität und Richtigkeit durch persönliche Passfähigkeit und das Experimentieren mit Innovationen ersetzt wurden, bleibt freilich ein moderner Machbarkeitsglaube und ›Solutionismus‹ erhalten. Ein Beispiel für diese Gratwanderung ist – neben Ackoff – der berühmtere Kopf der britischen Operational Research, Stafford Beer. Dessen fraglos vorhandener Machbarkeitsglaube bezog sich darauf, dass kybernetische Modelle die beste Möglichkeit darstellen, sich an zufällige Umweltänderungen schnell anzupassen. Sein Buch *Cybernetics and Management* empfahl daher Unternehmen, sich wie eine kybernetische Maschine zu strukturieren und zudem auf Computer zu setzen, damit eine höhere Denkkapazität und Lerngeschwindigkeit erlangt werde. Allerdings gestand er schon dort ein, dass das Problem der Kontingenz widersprüchlicher sei als erwartet (S. 240), und er folgte später der *second-order cybernetics*.

119 Vgl. z.B. Scott: »Second-order cybernetics«; Clarke/Hansen: »Introduction«, S. 6-15; Hayles: *How We Became Posthuman*, S. 8-10; 74-80, 131-141, 222. Im Unterschied zur *first-order cybernetics* fehlt bisher eine konzise Geschichte dieser enorm einflussreichen zweiten Generation, die gelegentlich auch *neocybernetics* oder *new cybernetics* genannt wird.

120 Vgl. Hayles: *How We Became Posthuman*, S. 154, 222.

121 Hayles: *How We Became Posthuman*, S. 8-10, 131-140, hält daher Reflexivität für den Kern der *second-order cybernetics*.

122 Vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 197f.; Rid: *Maschinendämmerung*, S. 211-215.

Gradmesser für diese enge Beziehung ist der von Stewart Brand herausgegebene *Whole Earth Catalog*. Er erschien regelmäßig von 1968 bis 1972, verkaufte sich in dieser Zeit zweieinhalb Millionen Mal und wurde, wie Steve Jobs es formulierte, zu einer der Bibeln seiner Generation.¹²³ Wenn Jobs dabei den *Whole Earth Catalog* als einen Vorläufer von Google bezeichnete, traf er damit die erklärte Intention des – ihm persönlich bekannten – Herausgebers, denn der Katalog sollte zwei zentrale Funktionen erfüllen:¹²⁴ Einerseits sollte er, wie es im Untertitel hieß, *access to tools* bereitstellen. Kommunard:innen und andere Aktive der Counterculture sollten in dem Katalog eine Sammlung von Werkzeugen für ihre eigenen Projekte finden; der Katalog war eine Werkzeugkiste, so wie es Deleuze und Foucault für ihre Theorien erhofften.¹²⁵ Andererseits sollte diese Werkzeugkiste selbst interaktiv funktionieren. Die Leser:innen sollten eigene Empfehlungen ›posten‹ und Bewertungen für die Nützlichkeit abgeben können. Der Katalog war also strukturell ein »Knotenpunkt eines Netzwerks von Leuten« und gleichzeitig selbst »als System angelegt«, wie Brand pointierte, denn: »Mit Systemen kannte ich mich aus. Ich hatte Kybernetik studiert.«¹²⁶

Auch auf der Content-Ebene des Netzwerks befanden sich dann folgerichtig zahlreiche kybernetische Bücher. Allein in der ersten Ausgabe besprach Brand sieben Werke, darunter Norbert Wiener's Bücher sowie Ross Ashby's *Design for a Brain*.¹²⁷ Während Brand dann sogar für Heinz von Foerster Artikel zur Kybernetik zweiter Ordnung verfasste, veröffentlichten manche aus dieser ›zweiten Generation‹ im *Whole Earth Catalog* und in Brands parallel erscheinender Zeitschrift *CoEvolution Quarterly*. Dort erschien unter anderem ein berühmtes Interview von Brand mit Margaret Mead und Gregory Bateson, den sein Buch *Steps to an Ecology of Mind* zu einer Kultfigur der Counterculture avancieren ließ.¹²⁸ Die Kybernetik bot der Counterculture ein technologisches Denken an, das konträr zur Technokratiekritik der Neuen Linken stand, die – folgerichtig – ihrerseits die Kybernetik technokratisch verstand.¹²⁹ Hatte die Kybernetik also im Kontext von Welt- und Kaltem Krieg angehoben und sich angetrieben von Modernisierungszielen herauskristallisiert, verbreiteten sich ihre Konzepte auch unter den Bedingungen

123 Siehe Jobs: 2005 *Stanford Commencement Address*.

124 Zum Folgenden vgl. insb. Rid: *Maschinendämmerung*, S. 211–214.

125 Vgl., inklusive Primärbelegen, Boutin: »Die Dramatisierung der Macht«.

126 Zit. nach Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 79, Übersetzung von Rid: *Maschinendämmerung*, S. 212.

127 Vgl. Rid: *Maschinendämmerung*, S. 212.

128 Brand et al.: »For God's Sake, Margaret«; vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 197f., 229–234.

129 Vgl. Teil 1 dieses Kapitels und Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 16–39.

von Staats- und Modernisierungskritik, und die Counterculture war einer ihrer Durchlauferhitzer.¹³⁰

Die unterschiedliche Wahrnehmung ›der‹ Kybernetik sensibilisiert für eine methodologische Schwierigkeit im Umgang mit ihr. Denn dort wo ›Kybernetik‹ gesagt wird, ist nicht unmittelbar klar, was damit gemeint ist. Ronald Kline, der die bisher detaillierteste Studie über die Macy-Konferenzen angefertigt hat, weist auf diese Heterogenität der Zugriffe hin:

»[C]yberneticians [...] disagreed on many points, even on how to interpret their field. The widespread interest in cybernetics led to multiple meanings of the term, which existed below the metadiscourse of cybernetics as a universal discipline. At the local level of their own research, workers tended to interpret cybernetics from the point of view of their discipline and social concerns.«¹³¹

Das je unterschiedliche Interesse der Einzeldisziplinen führte dazu, dass ›die‹ Kybernetik ausfranst und der Metadiskurs der Universaldisziplin in den frühen 1970er Jahren verschwand.¹³² Paradoxerweise gewannen aber die radikalen Konzepte der Kybernetik in dem Moment an gesellschaftlicher Relevanz, als die Disziplin der Kybernetik gerade versunken war: Konnte letztere als Relikt der

130 Allerdings darf dies nicht zu dem Fehlschluss führen, die Counterculture habe die Kybernetik homogen rezipiert oder sei selbst nur durch die Kybernetik geprägt. Gegen die erste Option wäre einzuwenden, dass die Rezeption in der Counterculture auch kritisch gesehen wurde. Ein Grund dürfte darin liegen, dass die Kybernetik dort mit zahlreichen anderen Vorstellungen gekreuzt wurde und so etwa in stärker esoterischen Zusammenhängen zu einem erneuerten Authentizitätsversprechen transponiert wurde, dem die Kybernetik, insbesondere die *second-order cybernetics*, mit ihrer Betonung von Nicht-Identität und Differenz distanziert gegenüberstehen musste. Gegen die zweite Option wäre umgekehrt anzuführen, dass innerhalb der Counterculture auch andere Ideen ventiliert wurden; unter den politischen Ideen war dabei etwa ein radikaler Libertarismus, der sich wiederum im Bereich der Computer als Kryptoanarchismus und mit der Entstehung des Hackens gegen den Staat richtete. Vgl. dazu Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 184, Rid: *Maschinendämmerung*, S. 218–235.

131 Kline: *The Cybernetics Moment*; ähnlich Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«, S. 101. Die teils massiven Konflikte zwischen den Perspektiven rekonstruiert auch Dupuy: *The Mechanization of the Mind*. Dementsprechend finden sich sehr unterschiedliche Definitionen: als Wissenschaft der Regelung und Nachrichtentechnik (Wiener, Flechtner), der Organisation (Beer), der Systeme, die energieoffen, aber informationsdicht sind (Ashby); als Erkenntnistheorie (McCulloch); als *way of life* (Gordon Pask) – Foerster glaubte daher, dass man aus den Definitionen wenig über die Kybernetik, aber viel über die Definierenden erfährt (vgl. insgesamt Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 106).

132 In zeitgenössischen und historischen Darstellungen wird dies oft als Ende der Kybernetik gesehen oder zum Anlass der Begrenzung auf den Zeitraum 1943–1970 genommen (z.B. Beyme: »Politische Kybernetik?«; Seibel: *Cybernetic Government*; selbst bei Rid: *Maschinendämmerung*, S. 240–242). Auf die Gleichzeitigkeit vom Verschwinden des Labels und Fortführung der Ideen insistiert dagegen Kline: *The Cybernetics Moment*.

Modernisierung gesehen werden, hatten jene das Versprechen auf eine neue Weltsicht jenseits der klassischen Moderne und ihrer Souveränitätsideen bewahrt.

Systeme: Maschinen, Netzwerke, Spiele

Die zunächst aufsehenerregendste Abweichung vom humanistischen Souveränitätsdenken bestand darin, dass die Kybernetik die Unterscheidung von Mensch und Maschine einebnete. Sie sah sich darin selbst in der Tradition der narzisstischen Kränkungen des Menschen, in der sie – nach Kopernikus' kosmologischem, Darwins biologischem und Freuds psychoanalytischem Angriff – dem Selbstbewusstsein der Menschen einen vierten Schlag versetzte: Das Gehirn des Menschen sei gar nicht einzigartig, sondern – wie der Mensch insgesamt – der Maschine analog, wenn nicht sogar prinzipiell gleich.¹³³

Diese These beruhte auf einer verschobenen Fragestellung, die sich ebenfalls mit dem humanistisch-souveränen Deutungsrahmen nicht vertrug. Hatte dieser den Menschen von den Dingen unterschieden, um ersteren auf seine Persönlichkeit zu befragen (Wer bist du?) und die Dinge nach ihrem Sein zu ordnen (Was ist das?), brach die Kybernetik mit diesem Bezug auf Wesen und Identität. Diesen radikalen Perspektivwechsel brachte Ross Ashby gleich am Beginn seiner bahnbrechenden Einführung in die Kybernetik auf den Punkt: »It does not ask ›what is this thing?‹ but ›what does it do?‹.«¹³⁴

Die Besonderheit der Kybernetik war also, dass sie die gesamte Sichtweise vom *Was zum Wie* und vom *Sein zum Tun* verschob. Daraus folgte, dass die Definition ihres Beobachtungsgegenstandes ganz gezielt »beliebig«¹³⁵ gehalten wurde: Ein System, schrieb etwa Stafford Beer, ist jede Ansammlung (*ensemble, assembly*) miteinander in Beziehung stehender Teile.¹³⁶ Die Kybernetik interessierte sich dabei nicht dafür, welcher *Art* diese Teile waren, ob sie etwa aus Stahl oder Zellen bestanden und damit vermeintlich unterschiedlichen Seinsbereichen angehörten. Sie interessierte sich allein für Zustandsänderungen dieser ›Maschinen‹, also *dass* und *wie* sie etwas tun.

133 Vgl. Hörli: »Das kybernetische Bild des Denkens«, S. 181; Hagner: »Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft«, S. 38f. Diese vierte Kränkung ist titelgebend für den informationsphilosophischen Bestseller und das dortige Selbstverständnis von Floridi: *The 4th Revolution*, insb. S. 87–100.

134 Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 1. Diese Verschiebung bleibt der Ausgangspunkt der Kybernetik, siehe z.B. Maturana/Varela: »Autopoietische Systeme«, S. 184.

135 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 24.

136 Siehe Beer: *Kybernetik und Management*, S. 24f.; siehe auch Wiener: *Cybernetics*; Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 110, 237, zum Folgenden auch S. 1–4. Die heute in Sozialwissenschaften und Ethnologie verbreitete Rede vom ›Ensemble‹ als Begriff für einen Zusammenhang von Elementen hat hier scheinbar einen Vorläufer.

Mit dem Blick auf das faktische Verhalten ließen sich Mensch und Maschine dann völlig analog begreifen, indem man die Beziehungsmuster zwischen den Teilen erfasste und die Muster ihrer Veränderungen mithilfe von Funktionen beschrieb. Die Kybernetik, so Ashby, habe damit eine neue, von der Mechanik grundverschiedene Theorie der Maschine entwickelt, die rein funktional und behavioral ausgerichtet sei.¹³⁷

Diese Perspektive hatten Norbert Wiener, Julian Bigelow und Arturo Rosenblueth bereits in einem ersten protokybernetischen Artikel von 1943 über *Behavior, Purpose and Teleology* skizziert.¹³⁸ Ihr Argument lautete, dass Maschinen und lebende Organismen gleichermaßen unter dem Gesichtspunkt einer teleologischen Zustandsveränderung betrachtet werden können: Ihr Verhalten »may be interpreted as directed to the attainment of a goal«. ¹³⁹ Die Zweckorientierung der Maschine blieb im Detail, so die theoretische Prämisse, eine *black box*.¹⁴⁰ Das Verhalten konnte eben nur so interpretiert werden, *als ob* es sich auf ein Ziel hinbewege; dieses Ziel war der Maschine aber weder wesensmäßig inhärent oder transzendental vorgegeben noch hätte der Beobachter dies von außen feststellen können. Auf diese Weise hohlte die Kybernetik mit der Umstellung des Maschinenbegriffs auch den philosophisch aufgeladenen Begriff der Teleologie aus. So wie »das Wort Maschine« abstrakt und formal »für jedes beliebige zweckorientierte System« verwendet wurde, war die Zweckorientierung der Maschine zu einer formalen Kategorie der Beobachtung geworden.¹⁴¹

Während Norbert Wiener und seine Kollegen eine Maschine als *black box* betrachteten, blickte der zweite protokybernetische Aufsatz ins Innere eines Systems.¹⁴² Warren McCulloch und Walter Pitts untersuchten das Nervensystem des Gehirns daraufhin, was es tut, wenn es arbeitet. Dabei stellten sie fest, dass sich das Nervensystem als ein Netz von Neuronen (*net of neurons*) beschreiben lasse, die abhängig von einem selbstgesetzten Level von Erregung Impulse abfeuern. In einem System finde sich also ein Netzwerk von Mikrosystemen, und das Verhalten

137 Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 1. Die behavioristische Stimulus-Response-Kausalität war mit den Annahmen der Kybernetik allerdings unverträglich (vgl. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 45f., sowie die folgenden Darstellungen).

138 Zu den beiden programmatischen Artikeln vgl. im Folgenden insb. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 44-52.

139 Rosenblueth et al.: »Behavior, Purpose and Teleology«, S. 18.

140 Ausführlich dazu Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 86-120.

141 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 41 (Hervorhebung entfernt), auch S. 56; vgl. Hörl: »Luhmann, the Non-trivial Machine and the Neocybernetic Regime of Truth«, S. 98.

142 McCulloch/Pitts: »A Logical Calculus of the Ideas Immanent in Nervous Activity«. Vgl. zu den folgenden beiden Absätzen Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 49-54; Seibel: *Cybernetic Government*, S. 87-89; Alhadeff-Jones: »Three Generations of Complexity Theories«, S. 70.

der *black box* Gehirn ergebe sich selbst wieder aus dem Zueinander-Verhalten zahlreicher kleinerer *black boxes*, aus den Relationen der Neuronen.

Dabei gingen McCulloch und Pitts über Wieners Analogie-Behauptung noch hinaus. Denn sie argumentierten, dass eine kognitive Zustandsänderung tatsächlich einer materiellen Zustandsänderung entspräche: Indem die Neuronen einen bestimmten Zustand annehmen (feuern/nicht-feuern), produzieren sie logische Kalküle, die wiederum mit Boole'scher Algebra erfassbar waren: »in psychology [...], the fundamental relations are those of two valued logic«. ¹⁴³ Neuronen sind also Relais mit einer 1/0-Schaltung. ¹⁴⁴ McCulloch und Pitts übertrugen damit die On-Off-These, die Alan Turing für seine Universalmaschine aus der Physiologie importiert hatte, zurück in die Neurophysiologie. Die radikale Konsequenz war, dass nicht nur Menschen, sondern auch Maschinen *zoon logon echon* waren: Beide verfügen demnach über Sprache, und das Gehirn sei in funktionaler Perspektive eine Turing-Maschine. ¹⁴⁵

Mit *Netzwerk* und *Maschine* hatten diese beiden Artikel einen bis heute für die Kybernetik gültigen Begriffsbestand gestiftet, noch bevor die »Gründungskonferenzen« der Kybernetik stattfanden. Für die semantische Verquickung von System und Netzwerk konnte die Kybernetik allerdings auf infrastrukturelle und semantische Entwicklungen im 19. Jahrhundert zurückgreifen. Insbesondere im Bereich der zivilen Raumplanung hatte der Ausbau eines Eisenbahnsystems und eines Kommunikationssystems (Telegrafen) nicht nur zur Verbreitung des Systembegriffs, sondern auch des Netzwerkbegriffs geführt, da sich das, was man als System beschrieb, in der kartografischen Abstraktion als ein Verkehrsnetz darstellte. ¹⁴⁶

Gleichzeitig verbreitete sich in der Physiologie die Netzwerk- und Systembegrifflichkeit, insbesondere um die Beschaffenheit des Nervensystems zu beschreiben. Innerhalb der Neurophysiologie standen sich dabei zwei Fronten gegenüber: ¹⁴⁷ Retikularisten, die das Nervensystem im Anschluss an die erste

143 McCulloch/Pitts: »A Logical Calculus of the Ideas Immanent in Nervous Activity«, S. 131.

144 Vgl. dazu auch die Zusammenfassung in Wiener: *Cybernetics*, S. 141f.

145 Vgl. Hagner: *Der Geist bei der Arbeit*, S. 205-209; siehe McCulloch/Pitts: »A Logical Calculus of the Ideas Immanent in Nervous Activity«, S. 115. Diese Konzeption machte sich John von Neumann bei der Entwicklung digitaler Computer zunutze. Statt auf eine hardwareseitige Programmierung zu setzen, was immer wieder neuer Verkabelungen für neue Rechenaufgaben bedurfte, entwickelte Neumann eine softwareseitige Programmierung, in der gespeicherte Programme mit Impulsen abgerufen werden konnten. Dies ist nicht nur ein Beispiel für die wechselseitige Diffusion biologischer und technischer Metaphern und Modelle, sondern auch für die Wirksamkeit der Kybernetik: Die »Neumann-Architektur« ist bis heute Grundlage von Computern. Vgl. Seibel: *Cybernetic Government*, S. 88-90.

146 Vgl. Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*, S. 286-309; Schüttelpelz: »Ein absoluter Begriff«.

147 Vgl. zum Folgenden Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*, S. 312-323. Zur biologischen Vorgeschichte der Systemtheorie vgl. auch Bauer: *Zellen, Wellen, Systeme*. Wie Friedrich zeigt, war das Problem der Autonomie unmittelbar politisch: Virchow wendete die Vorstellung auto-

Formulierung durch Joseph von Gerlach als ein Fasernetz beschrieben, in dem jede Nervenzelle physisch mit der anderen verbunden sei, und Neuronisten, die die Nervenzellen im Netz als autonome Einheiten verstanden. Die beiden zentralen Kontrahenten, Camillo Golgi und Santiago Ramón y Cajal, erhielten 1906 beide den Nobelpreis. Neben der Allgemeinen Systemtheorie, wie sie der Biologe Ludwig von Bertalanffy skizzierte, stand offensichtlich auch McCullochs zeitgleich entstehende Forschung in diesem neurophysiologischen Diskussionskontext.¹⁴⁸

Dabei ließ sich allerdings kaum unterscheiden, ob die System- und Netzmetaphoriken aus der Physiologie in die Technik importiert worden waren oder ob der Prozess umgekehrt verlief. Vielmehr, so argumentiert Alexander Friedrich in seiner eingehenden Studie, stellte sich zwischen den natur- und technikwissenschaftlichen Disziplinen eine zirkuläre Adaption der Metaphoriken ein, um Vorgänge in ihrem jeweiligen Gebiet zu erläutern. Im Rahmen dieses ständigen Austausches entstand eine Begrifflichkeit systemischer Netzwerke, die eine grundsätzlich andere Ausrichtung erhielt, als der textile Netzbegriff, der seit der Antike vertraut war. Hier ging es um das Fangen und Bergen von Körpern und Subjekten; man konnte in dem von einem übergeordneten Akteur ausgeworfenen Netz gefangen sein. Im Gegensatz dazu stellt die neue Begrifflichkeit systemischer Netzwerke darauf ab, dass *alle* Elemente in einem *funktionalen* Zusammenhang *verbunden* sind.¹⁴⁹

Die besondere Relevanz der Kybernetik besteht darin, dass dieser Forschungsverbund die vorhandenen Ansätze reflektierte und eine grundlegende Theorie- und Begriffsarbeit leistete. Es ist gewissermaßen erst das Vokabular der Kybernetik, mit dem sich die Genese einer neuen Netzmetaphorik auch so explizieren lässt, wie Friedrich es zurecht getan hat. Denn die Kybernetik führte unter anderem die Verbundenheit der Elemente als Definition für das System an: »Das Wort System verstehen wir hier in einem anderen Sinne als etwa ein Abteilungsleiter, der systematische Arbeit erwartet [...]. Hier steht dieses Wort für *Konnektivität*.«¹⁵⁰

nomer Zellenstaaten auf die deutsche Politik an, Golgi übertrug sie auf die Frage der Selbstständigkeit der Schweizer Kantone und Du Bois Reymond verwendete die Metapher festgefühter Telegrafmasten für Nervenzellen und Staaten. Allerdings bewegen sich diese Darstellungen im Rahmen der »alten« Opposition organischer und mechanistischer Metaphern, den die Kybernetik überwinden wollte. Dafür legte George H. Lewes durch die theoretische Begründung von Emergenz die Grundlage, wobei er Zellstaatmetapher und Telegrafenanalogie zurückwies. Die Triangulation von Schaltung, Gehirn und Logik bei McCulloch und Pitts sprengte dann die alte Metaphernopposition.

148 Dieser scheint auch auf die frühe Ethnologie gewirkt zu haben, weil es oft Ärzte waren, die ethnologische Studien anfertigten. Ein Beispiel dafür wäre der Neurologe und Ethnologe William H. R. Rivers, der zum akademischen Lehrer der beiden konkurrierenden »Erfinder« des Funktionalismus wurde, nämlich Bronisław Malinowski und Alfred Radcliffe-Brown.

149 Vgl. Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*, S. 309, 336–338.

150 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 24. Passend dazu ist der Titel einer anderen metaphorologischen Studie von Gießmann: *Die Verbundenheit der Dinge*.

Dieses kybernetische Vokabular wirkte dann auf die Wissensgebiete zurück, aus denen es sich bedient hatte. Es wurde so nicht nur zur Grundlage für Informatik und Computertechnologie, sondern hinterließ auch Spuren in der Psychologie, der Kognitionswissenschaft, der Erdsystemwissenschaft, in Bionik, Biologie und Genetik und vielen weiteren Wissensgebieten.¹⁵¹ Erst auf der theoretisch-begrifflichen Grundlage, die im kybernetischen Forschungsverbund geschaffen wurde, entstanden also die Innovationen, mit denen die neue Metaphorik in breite Schichten der Wissenschaften und der Gesellschaft insgesamt diffundierte.

In der Kybernetik bilden dabei Maschine und Netzwerk analoge Modelle, um die Welt begrifflich neu zu beschreiben und dabei die Konnektivität von Systemen ins Zentrum zu rücken. Beide bestimmen in gleichem Maße das System gezielt unbestimmt als eine Ansammlung verbundener Teile. Mithilfe von Beers *Kybernetik und Management* lässt sich diese quasi-synonyme Verwendung der Begriffe illustrieren. So hielt Beer einerseits fest, dass sich »der Ausdruck ›Maschine‹ für die Beschreibung mechanischer, lebendiger, sozialer und formaler Zusammenhänge«¹⁵² eigne und daher die Grundlage für die Suche nach Mustern bilde: »Man kann ihn als das ›kybernetische Modell‹ bezeichnen.«¹⁵³ Bald darauf beschrieb er zum wiederholten Male genau andersherum das Netzwerk als das Modell der Kybernetik:

»Eine Maschine ist ein System, eine Menge von Punkten, die durch beschreibbare Relationen miteinander verbunden sind. Als Modell können wir daher ein einfaches *Netzwerk* ansetzen. Jeder Punkt des Netzwerkes steht für eine binäre Situation, d.h. jeder einzelne Punkt ist eine Zelle in der Maschine oder in dem System, die in jedem gegebenen Zeitpunkt entweder tätig ist oder nicht. Die Linien, durch die diese Punkte miteinander verbunden sind, verkörpern die möglichen Operationsmodi des Systems. Soll ein Punkt aktiviert werden, so muß [...] ein Impuls auf ihn zukommen [...]. Von den im Inneren einer Maschine sich abspielenden Operationen und ihren Verbindungen zur Umwelt kann ein schematisches Diagramm hergestellt werden, das sich an diese Vorschriften hält. Ein solches Diagramm ist der bildlichen Darstellung eines elektrischen Stromkreises auffallend ähnlich.«¹⁵⁴

Beers Erläuterungen demonstrieren, wie sich die einzelnen Modelle ineinander übersetzen lassen. Ihre Analogie geht dabei so weit, dass sie – wie schon bei McCulloch und Pitts – völlig gleichgesetzt werden (»Eine Maschine ist ein System«).

151 Für die genannten Disziplinen vgl. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*; Kay: *Who Wrote the Book of Life?*; Fox Keller: *Making Sense of Life*; siehe Nachtigall: *Bionik*; Strunk/Schiepek: *Systemische Psychologie*; SchellInhuber: »Earth system« analysis and the second Copernican revolution«.

152 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 56.

153 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 57.

154 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 119; siehe auch S. 21, 25.

Allerdings zeigt sich hier auch der besondere Wert des Netzwerkbegriffs, der ein grafisches Kartografieren des Systems und seiner Konnektivität erlaubt, wobei das erstellte Schema dann ein Diagramm ergibt, das wiederum analog zum Schaltplan einer Maschine ist.

Beer hat damit drei Varianten der Modellierung eines ›Systems‹ ins Spiel gebracht: das *materielle Modell* der Maschine,¹⁵⁵ das *grafische Modell* des Diagramms und die *begrifflichen Modelle* Maschine und Netzwerk. Dieser Trias lassen sich *mathematische Modelle* hinzufügen, wie sie beispielsweise Ross Ashby in seiner Einführung bevorzugte. Ein System ist dann ein Set an Variablen, das in einer *Matrix* bzw. in *Matrizen* erfasst werden kann, sodass sich Relationen und Transformationsregeln in Funktionen und Vektoren festhalten lassen. Diese können wiederum unmittelbar in Funktionsgraphen und Kräftediagramme übertragen werden, die dann – so Ashby – »a basic network, a diagram of immediate effects« zeigen.¹⁵⁶

Diese Modelle stiften also ein Vokabular, das sich zirkulär aufeinander beziehen lässt. Sie eröffnen ein Paradigma der Weltbeschreibung, in dem die eine Metapher durch die andere Metapher erklärt werden kann. Dies schafft Plausibilität, ermöglicht darstellerische Abwechslung und macht es zugleich weniger unnötig, auf andere Deutungsmuster zurückzugreifen.

Auch das Konzept des Modells selbst spielt dabei in der Kybernetik eine zentrale Rolle.¹⁵⁷ Dies ist einerseits so, weil das Modell einen Schnittpunkt für die Wissenschaften bildete, die sich an der Entwicklung der Kybernetik beteiligten. Es ist anschlussfähig für sozial-, natur- und ingenieurwissenschaftliche Perspektiven, weil Modellbildung die Kunst des Herstellens (*téchne*) und das Erkennen von Wis-

155 Das wohl bekannteste Beispiel einer gebauten Maschine ist Ashbys Homöostat. Dieses Modell des Gehirns bestand aus vier magnetischen Boxen, in denen sich zahlreiche Relais und Kabel befanden und auf denen je ein Wasserbecken und eine Nadel befestigt waren. Mit dem Modell wollte Ashby u.a. demonstrieren, dass nach jeder Störung, die extern durch Ashbys Manipulation oder intern durch das gegenseitige Einwirken der Magnetspulen zustande kam, die Nadeln wieder in der Mitte über dem Wasserbassin zur Ruhe kommen würden – kurz: dass es sich um ein »ultrastabiles, sich selbst anpassendes Gleichgewichtssystem aus System und Umwelt handele. Vgl. für die Beschreibung von Ashbys Homöostaten z.B. Rid: *Maschinendämmerung*, S. 76–81. Daneben gab es etwa auch eine elektronische Ratte von Shannon, die ihren eigenen Weg durch ein Labyrinth suchte, oder Wieners Palmomilla, ein Roboter, der mithilfe von Sensorik dem Licht folgte.

156 Siehe Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, insb. S. 40, 66f. (Zitat).

157 Zur konstitutiven Rolle von Modellen und Abstraktion vgl. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 27–42. Deutlich wird dies etwa auch in Karl Deutschs politikwissenschaftlicher Anwendung der frühen Kybernetik. Hier stellte er gleich eingangs Modelle als »Tools for Thinking« vor (siehe Deutsch: *The Nerves of Government*, S. 3). Bei Deutsch finden sich – neben den Konzepten – natürlich auch weitere rhetorische Motive der Kybernetik, etwa die Aussicht auf eine neue, angemessenere Theorie (S. xxvf.).

sen (*episteme*) verbindet.¹⁵⁸ Dabei ist das Modell selbst funktional bestimmt, weil es stets ein Modell von etwas für einen vorab bestimmten Zweck ist. Die Technik der Modellbildung vollzieht also die Kernoperation der Kybernetik: Sie *abstrahiert* die Realität im Hinblick auf ein bestimmtes Set an Beziehungen zwischen unterschiedlichen Elementen. Was dann dargestellt wird, ist daher nicht die Identität oder Beschaffenheit dieser Elemente, sondern die relationale Ordnung der Dinge.

Mit dem Verfahren der Abstraktion ging die Kybernetik ganz gezielt auf Distanz zur Idee und Praxis der Repräsentation, wie sie die Moderne und insbesondere das Souveränitätsdenken geprägt hatten und die auf ein authentisches Wiedergeben oder Wiederzeigen der Realität abstellten.¹⁵⁹ Besonders stark fällt diese Ablehnung phänomenologischer oder morphologischer Beschreibungen freilich auf, wo unmittelbar damit zu rechnen wäre: auf dem Gebiet der Physiologie. So findet sich aber weder in McCullochs und Pitts Darstellungen noch in Ross W. Ashbys einflussreichem *Design for a Brain* noch in dem nicht minder zentralen frühkybernetischen Werk *The Living Brain* von William Grey Walter auch nur eine morphologische Darstellung des Gehirns. Was man hingegen in allen drei Publikationen, so wie in fast allen umfangreicheren kybernetischen Veröffentlichungen, findet, sind Flussdiagramme und Schaltpläne – in diesem Fall Schaltpläne des Gehirns (Abb. 1).

Die ikonografische Darstellung von Systemen und Netzwerken als Diagramme entspricht einer nicht-humanistischen Ikonologie, die die Darstellung menschlicher Körper als solche vermeidet. Wie Michael Hagner zutreffend argumentiert, war dies im Kontext der Nachkriegszeit eine Reaktion auf den »selbstverschuldeten Alptraum, der von Monstern wie Rassenhygiene, Höherzüchtung, wertees und unwertes Leben oder Ausmerzungen bevölkert war«.¹⁶⁰ Die »dunkle Seite der Moderne«¹⁶¹ unmittelbar vor Augen, bot die abstrakt diagrammatische Darstellung eine Alternative für Physiologen wie Grey Walter und Anthropologen wie Bateson, Mead und bald auch Claude Lévi-Strauss. Sie stellte zunächst alle funktionalen Zusammenhänge auf eine Ebene und zwang zudem dazu, Abweichungen (>Geistes-

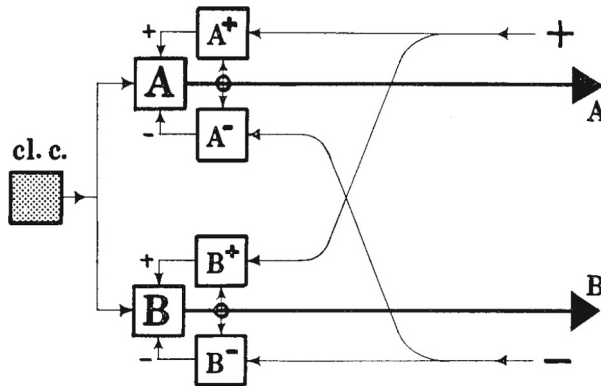
158 Neben Dupuy vgl. Hagner: »Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft«, insb. S. 39. Begrifflich muss bemerkt werden, dass *téchne* noch keine Trennung von »Technik« und »Kunst« im modernen Sinn enthielt und auch die Unterscheidung von *téchne/poiesis* und *phronesis/praxis* erst von Aristoteles eingeführt wurde. Gewissermaßen wendet sich das Konzept der Autopoiesis hiergegen, ebenso wie man in Foucaults »Technologien« eine Einführung von *téchne* und *praxis* sehen kann. Vgl. Seibel: *Cybernetic Government*, S. 21, und das Stichwort »Technik« in Ritter (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 10, S. 940–952.

159 Das Folgende ist eng angelehnt an Hagner: *Der Geist bei der Arbeit*, S. 212–214, der weitere Beispiele aus dem Bereich kybernetischer Neuropsychologie bringt; siehe primär etwa Grey Walter: *Das lebende Gehirn*.

160 Hagner: *Der Geist bei der Arbeit*, S. 202, vgl. auch im Folgenden S. 198–209.

161 Alexander: *The Dark Side of Modernity*.

Abbildung 1: Diagramm einer »Gedächtniseinheit« bei Heinz von Foerster



Quelle: Foerster: »What Is Memory that It May Have Hindsight and Foresight as well?«, S. 112.

krankheiten« etwa) im Rahmen von Funktionalität und Gleichheit zu verstehen.¹⁶² Schaltpläne hatten den besonderen Vorteil, Abzweigungen und Entscheidungssituationen auf selbstverständliche Weise zu vermerken, zum Beispiel durch Relais. Diagramme sind damit nicht nur in der Lage, Beziehungsmuster abzubilden, sondern außerdem aktuell aktivierte Muster und potentiell andere Zustände gleichzeitig grafisch einzufangen.

Während die grafischen und mathematischen Modelle die Details der Relationen erfassen konnten, versuchten die begrifflichen Modelle System, Maschine und Netzwerk, eine Vorstellung von deren Gesamtzusammenhang hervorzurufen. Dabei heben sie allerdings durchaus unterschiedliche Aspekte hervor. Während der Begriff System betont, dass es sich bei dem losen Ensemble um ein *Ganzes* handelt, ein bloßer methodologischer Individualismus also immer zu kurz greifen muss, hebt der abstrakte Begriff zugleich auch die Unbestimmtheit hervor, die es erlaubt relativ beliebig Systeme zu definieren.

Im Gegensatz dazu evozieren Maschine und Netzwerk sehr viel plastischere Assoziationen. Indem der Begriff der Maschine dabei an das Herstellen eines Produktes erinnert, betont er das quasi-teleologische, zielorientierte Verhalten und unterstreicht das kybernetische Interesse an den *Effekten* von Prozessen, während den Intentionen oder Motivationen keinerlei Relevanz zukommt.¹⁶³ Der Maschinenbe-

162 Vgl. Lutterer: *Gregory Bateson*, S. 69; siehe Ashby: »Principles of Self-Organizing Systems«, S. 264.

163 Vgl. auch Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 45f.

griff ist dadurch auch Instrument einer Verfremdung, mit der die Distanz zum humanistischen Paradigma noch deutlicher hergestellt wird als mit der technologischen Konnotation des Netzwerkbegriffs.

Komplementär zur Maschine akzentuiert das Netzwerk nicht, dass etwas passiert, sondern wie etwas passiert, ohne dass es nötig wird, auf Motivationen und Intentionen zurückzugreifen. Es konzentriert die Aufmerksamkeit auf das Herstellen von Relationen und das Aktivieren von Verbindungen, kurz: auf die konstitutive *Konnektivität*. Weniger der Effekt als das permanente Prozessieren und Kommunizieren zwischen den Elementen wird akzentuiert, um die Veränderung der Muster zu verstehen. Gleichzeitig unterstreicht der Netzwerkbegriff damit aber auch stärker als die beiden anderen Begriffe die gegenseitige Abhängigkeit aller Elemente und Funktionen voneinander: Systeme sind untereinander vernetzt und öffnet man die *black box* wird man wiederum auf vernetzte Systeme treffen. Der zugehörige Fachbegriff der *Vermaschung* leitet sich dementsprechend vom Netzbegriff ab.¹⁶⁴ Diese Akzentuierung von Prozessualität (Zirkulation), Flexibilität der Veränderung (Kontingenz) und infiniter Verästelung (Komplexität) dürfte – neben der großen Nähe zur grafischen Darstellung des Diagramms – ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass dem Netzwerkbegriff sowohl allgemein als auch im fachspezifischen Rahmen der *second-order cybernetics* immer mehr Gewicht zukam.¹⁶⁵

Die drei vorgestellten Denkmodelle heben komplementäre Aspekte hervor; sie waren hinreichend ›analog‹ für eine unmittelbare Evidenz des Vergleichs, nicht aber völlig identisch. Das hat der Kybernetik ermöglicht, das eine Denkmodell unter Zuhilfenahme des anderen Denkmodells zu erläutern und sich so stets im selbst gesetzten Referenzrahmen bewegen zu können. Zu diesen Denkmodellen tritt allerdings noch ein weiteres hinzu, das Norbert Wiener schon in seinem Gründungswork *Cybernetics* aufnahm: das *Denkmodell des Spiels*.¹⁶⁶

Zum engen Kreis der Macy-Teilnehmenden gehörte auch der Erfinder der Spieltheorie, John von Neumann. Seine Überlegungen hatte er 1944 zusammen mit dem Ökonomen Oskar Morgenstern vorgelegt, und sie boten der Kybernetik eine Akteursperspektive, die den obigen Modellen weitgehend fehlte.¹⁶⁷ Dabei bedienten sich Neumann und Morgenstern ebenfalls der Abstraktion, indem sie vom Bewusstsein der Akteure absahen und sie in erster Linie als Rechner – als

164 Siehe z.B. Lohberg/Lutz: *Keiner weiß, was Kybernetik ist*, S. 75, die die damit verbundene Komplexität unmittelbar politisch wenden, und zwar gegen Autokraten und gegen die Direktoren, die in den 1950er Jahren in den Steuerungszentren der Firmen sitzen.

165 Für die Dominanz des Netzwerks- über den Systembegriff vgl. Friedrich: *Metaphorologie der Vernetzung*, S. 300, der allerdings keine Begründung versucht.

166 Siehe Neumann/Morgenstern: *Theory of Games and Economic Behavior*.

167 Vgl., auch im Folgenden, Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 61f.

Computer – verstanden. Als solche würden sie ausgehend von den vorgegebenen Regeln des Spiels rationale Entscheidungen berechnen, mit denen sie ihren eigenen Nutzen maximieren.

In ihren Berechnungen folgen diese abstrakten Spieler laut Neumann und Morgenstern zwei grundsätzlichen Kalkulationsregeln.¹⁶⁸ Einerseits richten sie ihre Berechnungen an einem erwarteten Nutzen (*expected utility*) eines Ergebnisses aus. Damit konzidieren Neumann und Morgenstern, dass Entscheidungen sich nur auf die Wahrscheinlichkeiten beziehen können, mit denen ein Ergebnis eintritt. Sie werden daher in aller Regel entweder unter Unsicherheit (unbekannte Wahrscheinlichkeitsverteilung) oder unter Risiko (bekannte Wahrscheinlichkeitsverteilung) getroffen. In dieser Situation, so die zweite Grundsatzregel, ist es rational, ein Spiel so zu spielen, dass die eigene Entscheidung das beste schlechteste Ergebnis maximiert, während man versucht, das bestmögliche Ergebnis des Opponenten im Spiel zu minimieren (*minimax equilibrium*).

Dass es diese Konzeption des Spiels überhaupt in die kybernetische Diskussion geschafft hat, ist durchaus überraschend, denn sie hat von Anfang an scharfe Kritik auf sich gezogen. Schon als Wiener sie in *Cybernetics* vorstellte, bemerkte er mit erkennbarem Unbehagen: »Naturally, von Neumann's picture of the player as a completely intelligent, completely ruthless person, is an abstraction and a perversion of the facts.«¹⁶⁹ Er bettete die Vorstellung der Spieltheorie in eine Marktkritik ein, in der er die massive Instabilität von Märkten hervorhob, die einer stabilen Selbstregulierung der Gesellschaft entgegenstünde. Die Idee der Maximierung einer Variablen verstrug sich schon im Ansatz nicht mit der kybernetischen Vorstellung produktiv-interaktiver Gleichgewichte.

Die Spielmetaphorik der ökonomischen Theorie bot der Kybernetik allerdings zwei gewichtige Anschlusspunkte, die sie den anderen begrifflichen Modellen voraushatte: *Erstens* war das Spiel eine Möglichkeit, die Ergebnisse der internen Regulation von ineinander verschachtelten Systemen zu erfassen, indem man sie als Folge voneinander abhängiger Spielzüge einzelner, voneinander in der Entscheidung

168 Vgl. zu Neumanns Spieltheorie im Folgenden Amadae: *Prisoners of Reason*, S. 31-38. Rationale Entscheidungen sind dabei durch vier Axiome bedingt: Vollständigkeit, Transitivität, Unabhängigkeit, Kontinuität.

169 Wiener: *Cybernetics*, S. 186, siehe insg. S. 185-188; vgl. zum Folgenden auch Tanner: »Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg«, S. 400-404. Wiener, so deutet es seine Abgrenzung von Kapitalismus und Sozialismus an, schien eine dazwischen liegende Steuerungsposition zu bevorzugen. Eine keynesianische Wirtschaftskonzeption ließ sich kybernetisch modellieren (siehe Tustin: »Feedback«). Wiener allerdings lehnte zumindest in *Cybernetics* eine Kybernetik des Sozialen ab (S. 190f.), was ihn andernorts freilich nicht von Spekulationen abhielt. Kritisch zum humanistischen Zungenschlag Wieners vgl. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 110-112.

nicht abhängiger Spieler dachte. Die Modellierung als Spiel ermöglichte dabei *zweitemals* die aus dem militärischen Kontext vertrauten Begrifflichkeiten der Strategie und der Taktik von ihrem martialischen Charakter wieder zu befreien und ihre breitere Verwendung im Rahmen von Gesellschaftsspielen in Erinnerung zu rufen. Während Neumann bevorzugt das Schachspiel im Blick hatte (das freilich selbst eine abstrahierte Kriegssituation darstellt), brachte Wiener das Beispiel *Monopoly*.¹⁷⁰

Diese Aufweitung war relevant, weil die Spielsemantik auf den Kern des kybernetischen Problems zielte: Mit ihr konnte man Regelung als eine Folge von Selektionsprozessen deuten.¹⁷¹ Das System *muss* demnach aus einer Vielzahl an möglichen Spielzügen eine Variante auswählen, mit der es sich innerhalb einer Umwelt, die bestimmte Bedingungen setzt, verhält, um ihren Zweck zu erreichen: »Regelung ist dann die *Strategie* einer Maschine zur Erfüllung dieses Zwecks.«¹⁷² Dass Kybernetik und ökonomische Spieltheorie jedoch zusehends sehr unterschiedliche Vorstellungen hatten, wie diese strategische Selbstregulierung zu konzipieren sei, wird in den folgenden beiden Teilen deutlich. Dies tat jedoch der Verwendung einer strategischen Perspektive auf das ›Spiel‹ im kybernetischen Regierungsdenken keinen Abbruch.

Regieren: Information, Feedback, Zirkulation

Regelung, Regulierung, Regierung war das eigentliche Gebiet der Kybernetik.¹⁷³ In diesem Sinne, erläuterte Norbert Wiener, ginge ›Kybernetik‹ zurück auf den *kybernetikos*, den Steuermann, wie er zunächst übersetzte. Dann konkretisierte er aber unmittelbar den eigentlichen Bezugspunkt, nämlich den *governor*. Dieser ist bei Wiener einerseits klar technotrop imprägniert, denn er verband damit vor allem die regulierende Funktion des *governors* in Maxwells Dampfmaschine. Andererseits wies er aber auch auf die Parallele zur Politik hin, die schon der Elektrotechniker Ampère im 19. Jahrhundert als Kybernetik bezeichnet habe. Die ›neue‹ Kybernetik zielte zunächst aber nicht auf politische Prozesse, sondern suchte nach einer *allgemeinen Theorie der Regelung*, die für Maschinen und Lebewesen gleichermaßen

170 Siehe Wiener: *Cybernetics*, S. 185; zur Relevanz von Poker und Schach für die Spieltheorie vgl. Behnke: *Entscheidungs- und Spieltheorie*, S. 9–16; Leonard: *Von Neumann, Morgenstern, and the Creation of Game Theory*. Das Verhältnis zum Krieg ist oft ein Kritikpunkt an der Kybernetik (vgl. Galison: »The Ontology of the Enemy«); ihre Geschichte zeigt aber, dass der Krieg zwar Katalysator, aber keineswegs alleiniger Ausgangspunkt der kybernetischen Ideen war.

171 Siehe z. B. Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 200–212, 240–244.

172 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 21 (Hervorhebung hinzugefügt).

173 Siehe Wiener: *Cybernetics*, S. 18f.

gültig war. So, wie es Wiener in *Cybernetics* entwickelte, baut Regelung dann auf zwei zentralen Elementen auf: Informationen und Feedback.¹⁷⁴

Informationen – also weder Materie noch Energie, wie Wiener klärend bemerkte – sind gewissermaßen der ›Stoff‹, mit dessen Hilfe Regelung allerorts stattfindet.¹⁷⁵ Das Konzept der Information stellte dabei für viele eine Antwort auf das Problem der Entropie dar.¹⁷⁶ Dieses bezog sich auf den zweiten Satz der Thermodynamik, nach dem es eine Vorzugsrichtung beim Wärmeﬂuss von wärmeren zu kälteren Körpern gibt. Diese Gerichtetheit des Wärmeﬂusses stand, so die Lesart, in Spannung zu allen anderen physikalischen Gesetzen, die reversibel seien und keine Vorzugsrichtung kannten. Durch die Unumkehrbarkeit des Wärmeabﬂusses musste ›Ordnung‹ letztlich immer zerfallen: »The second principle is a death sentence«. ¹⁷⁷ Diesen Ableitungen vom zweiten Gesetz der Thermodynamik widersprach allerdings die Erfahrung. Im Kleinen wurde sie zum Beispiel durch die Erfahrung von heilenden Wunden, im Größeren durch die der Evolution konterkariert. Statt der entropistischen Verdammung zum Tode zu folgen, eröffnete das Konzept der Information nun eine Möglichkeit, diese Genese von Ordnung zu thematisieren: »information can be considered as order wrenched from disorder; as improbable structure in contrast to the greater probability of randomness.«¹⁷⁸

Die Informationstheorie, die Wiener in *Cybernetics* darstellte, hatte er parallel und im gelegentlichen Austausch mit Claude Shannon von den Bell Laboratories während ihrer Arbeit für das National Defence Research Committee entwickelt, für das Wiener an der Modellierung von Flugabwehrsystemen, Shannon vor allem im Bereich der Kryptographie arbeitete.¹⁷⁹ Über die statistische Umdeﬁnition des energetischen Entropiebegriffs gelangten Wiener und Shannon zu einer fast iden-

174 Siehe Wiener: *The Human Use of Human Beings*, S. 15; daneben z.B. Grey Walter: *Das lebende Gehirn*, S. 23f., das auch ein klassisches Beispiel für die Zentralität von Feedback der *first-order cybernetics* darstellt.

175 Wiener: *Cybernetics*, S. 155. Dies ist eine Fortentwicklung im Vergleich zu dem zitierten Aufsatz von 1943, wo noch vom Input und Output von Energie die Rede ist. Ashby deﬁnierte Kybernetik in seiner Einführung dementsprechend: »In this discussion, questions of energy play almost no part—the energy is simply taken for granted. [...] Cybernetics might, in fact, be deﬁned as the study of systems that are open to energy but closed to information and control – systems that are ›information-tight‹« (Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 3f.).

176 Siehe im Folgenden Brillouin: »Life, Thermodynamics, and Cybernetics«.

177 Brillouin: »Life, Thermodynamics, and Cybernetics«, S. 558, im Folgenden S. 564f.

178 Foerster et al.: »A Note by the Editors«, S. 534. Das Gegenbild zur Information war die Atom-bombe: Vor dem Stichwort »Entropie« in Foersters unkonventionellem Sammelband *Cybernetics of Cybernetics* ist eine Bombe vor ihrem Testabwurf in New Mexiko abgebildet mit dem Untertitel: »Packaged Entropy« (S. 181).

179 Zur Genese der Informationstheorie vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 9-34; Geoghegan: »Historiographic Conceptualization of Information«.

tischen Bestimmung von Information, die sich nur im Vorzeichen unterschied.¹⁸⁰ Shannon bestimmte Information als eine Größe der Ungewissheit, die bei der Auswahl des Empfängers einer Nachricht von einem Sender besteht. Das bedeutet: Je größer die Ungewissheit bei der Auswahl der Nachricht, desto höher ist der Informationsgehalt. Die Angabe von Shannon ist also ein Maß der Unvorhersagbarkeit und entspricht der Entropie. Wiener hingegen bestimmte die Information exakt andersherum als ein Maß der Vorhersagbarkeit, die der Unorganisiertheit abgerungen wurde. Seine statistische Größe bemisst den Grad an Ordnung und ist die negative Entsprechung zur Entropie, also Negentropie.

Shannon und Wiener waren sich aber im Klaren, dass sie im Prinzip gleiche Definitionen anboten, die beide die Insel von Ordnung in einem Meer von Unordnung erfassten.¹⁸¹ In dieser Bestimmung basiert der Informationsgehalt nicht auf der Semantik einer Nachricht, sondern auf der *Selektion* aus einem *Set an möglichen Zuständen*. Shannon schlug vor, dies mathematisch mit einer Logarithmierung zur Basis 2 zu erfassen, mit der jede einzelne Selektion auf eine Ja/Nein-Entscheidung zurückgeführt wird. Das Ergebnis nannte Shannon – in Adaption von John Tukey – *binary digit*, kurz *bit*. Shannon unterschied allerdings von Wiener, dass er diese Informationstheorie in eine Theorie der Kommunikation einbettete, in der es vor allem um das Verpacken und Übertragen von Informationen über Kanäle ging.

Dieser Zuschnitt ergab sich aus der ingenieurswissenschaftlichen Problemstellung, die Shannon im Bereich militärischer Kryptographie zu bewältigen hatte, und hatte zwei Weichenstellungen zur Folge: Zum einen fokussierte Shannon die Formulierung und Umformulierung von Informationen, also ihre Codierung. Informationen, so die gängige Analogie zum *Code*, müssen immer in einer bestimmten *Sprache* verpackt werden, wobei sich diese Sprachen ineinander transformieren lassen und sich ihr Informationsgehalt letztlich immer auf die schon von McCulloch angewandte 1/0-Codierung zurückführen lässt.¹⁸² Die zweite Folge aus dem Setting in der Kryptographie war ein konservativer Bias von Shannons Kommunikationstheorie.¹⁸³ Denn es ging stets um die Frage, wie die vom Sender verpackten Informationen bestmöglich erhalten beim Empfänger ankamen. Dadurch entwickelte Shannon ein tendenziell lineares Kommunikationsmodell, das Rauschen als Störquelle empfindet.

180 Zum Folgenden vgl. Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 9-35, insb. 15-17.

181 Zu den folgenden Absätzen vgl. weiterhin die hervorragende Darstellung von Shannon und Wiener bei Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 9-35, zu Shannon insb. S. 15-18; daneben auch Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«, S. 31f.

182 Zu Letzterem vgl. auch Hagner: *Der Geist bei der Arbeit*, S. 206f.

183 Vgl. dazu Hayles: *How We Became Posthuman*, S. 63.

Im Unterschied zu dieser Linearität des Shannon'schen Modells hatten Wiener und McCulloch den Fokus auf die *Zirkulation* von Informationen gelegt.¹⁸⁴ Bereits in dem oben eingeführten proto kybernetischen Artikel hatte Wiener diesen ersten und für ihn zentralen Mechanismus der Regelung beschrieben: Die Zielerreichung von Maschinen beruhe demnach wie bei allem zielgerichteten Verhalten auf Feedback-Mechanismen. *Feedback* bedeute dabei zunächst nur, dass der Output einer Maschine ihr als Input zurückgeführt wird. Dabei interessierten sich die Autoren des Artikels allerdings weniger für positives Feedback, das ein bestimmtes Verhalten *verstärkt*, denn in diesem sahen sie eher die Gefahr, über das Ziel hinauszuschießen. Ihr Hauptinteresse galt stattdessen dem negativen Feedback, das ihres Erachtens für jedes zielorientierte Verhalten zwingend erforderlich ist. Dabei wird die Differenz von Zielvorstellung und Output genutzt, um die Richtung des Verhaltens zu *korrigieren*, damit das Ziel nicht erneut verfehlt wird.¹⁸⁵

Ausgehend von diesem zirkulären Informationsfluss steht ›Steuerung‹ dann oft für eine lineare, deterministische Regulierungsform, in der der Informationsfluss nur in eine Richtung fließt.¹⁸⁶ Der stillschweigenden Reformulierung durch Wiener, dass nicht der Steuermann, sondern der *governor* der Bezugspunkt der Kybernetik ist, entspricht daher die Position, die Steuerung in kybernetischen Typologien der Regelungsvorgänge oft einnimmt. Sie wird als die einfachste mögliche Form der Regulierung angesehen, in der Ziel und Strategie der Zielerreichung einseitig vorgegeben werden. Eine solche Befehlskonzeption des Regels sei aber für komplexe, probabilistische Maschinen unzureichend.

Bei Stafford Beer, der Kybernetik für genau diese Form von Maschinen reservierte, tauchte solche Steuerung daher nur noch als eine bedenkliche Abgrenzungsfolie auf, die im Rahmen von Managementproblemen »im Grunde tyrannisch[« sei.¹⁸⁷ Demgegenüber werden in der Kybernetik Regelungsvorgänge als ein ubiquitäres Phänomen der Koordination angesehen:

»Control is the attribute of a system which tends to sustain the system's structure, to reinforce its cohesion. Control is the dynamics of the structure. To exert control in a new direction [...] is to discover the language in which new structure

184 Für Foerster ist Zirkularität daher »das fundamentale Prinzip kybernetischen Denkens«, das anfangs aber nicht ausreichend Aufmerksamkeit erhielt (siehe Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 106).

185 Rosenblueth et al.: »Behavior, Purpose and Teleology«, S. 19–21; siehe auch Wiener: *Cybernetics*, S. 13; vgl. anstelle vieler auch Kline: *The Cybernetics Moment*, S. 39.

186 Siehe Flechtner: *Grundbegriffe der Kybernetik*, S. 28, 44; Lohberg/Lutz: *Keiner weiß, was Kybernetik ist*, S. 65–67. Die Begriffe waren dabei allerdings nicht einheitlich und veränderten sich auch im Laufe der Zeit. Dazu kommt, dass insbesondere, aber nicht nur, in Übersetzungen ›control‹ häufig mit Steuerung übersetzt wurde, was dann irritiert, wenn andernorts der Begriff Steuerung eher für ein bestimmtes Modell der Regulation bzw. Kontrolle reserviert ist.

187 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 37.

may be discerned. To exert control in a recognized structure, on the other hand, is to facilitate the speaking of a language of a recognized structure. This is what communication means: the talkativeness of a structure within itself, the ease of association inside its relatedness.«¹⁸⁸

Stafford Beer rekapitulierte dafür die Verbindung von *Communication* und *Control*: Für die Regelung von Prozessen sei es nötig, die internen Sprachen oder Codes zu kennen. Nur wenn man an diese *anschliefen* könne, werde es möglich, Verhalten entweder zu verstärken oder abzuwandeln. Regelung wird also als eine *konnektive Dynamik* entworfen, über die sich der Organisationsprozess einer Struktur vollzieht. Es gebe daher keine Systeme, weder technischer noch biologischer oder sozialer Art, die ohne Regulation auskommen, und dabei könne Regulation eben nicht von außen kommen, sondern sei ein interner, inhärenter Prozess von Systemen.

Damit grenzte sich Beer deutlich von Herrschafts- und Willenstheorien des Regels ab. Im Umkehrschluss überführt dies aber Ideale der Herrschaftsfreiheit einer veralteten Vorstellung der Regelung: »Unsere gesamte Vorstellung von Regelung ist in der Tat naiv, primitiv und von einem Kausaldenken beherrscht, das am Prinzip der Vergeltung orientiert ist. Für die meisten Menschen ist Regelung und Kontrolle identisch mit grober Anwendung von Zwang – was ein bezeichnendes Licht auf die zivilisierte Gesellschaft wirft.«¹⁸⁹ Schon bei der frühen kybernetischen Regelungstheorie lässt sich daher im Ansatz erkennen, dass sie die Vorstellung einer linearen Kausalität von Befehl und Gehorsam mit der zirkulären Kausalität interner Anschlusskommunikationen ersetze.

Allerdings waren die frühen kybernetischen Ansätze oft noch darauf fokussiert, dass sich eine selbstregulierende Maschine auf einen (scheinbar) *vorgegebenen* Zweck ausrichtete. Damit brach Ross Ashby, als er 1952 auf der Macy-Konferenz seine Konzeption von Homöostase vorstellte – und so die Kybernetik nachhaltig veränderte.¹⁹⁰ Ashby entwarf eine Maschine, die sich über interne, nicht vorher-sagbare Mechanismen einen Normalwert suchte, mit dem sie in einem Gleichgewicht mit der Umwelt stehe und den sie nach einer Störung durch die Umwelt neu austarieren würde.¹⁹¹ Eine solche homöostatische Maschine lasse sich als *zweckfrei*

188 Beer: »What Has Cybernetics to Do with Operational Research?«, S. 5f.

189 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 36.

190 Vgl. Rid: *Maschinendämmerung*, S. 80–86. Wiener übernahm Ashbys Weiterentwicklung: »I believe that Ashby's brilliant idea of the unpurposeful random mechanism which seeks for its own purpose through a process of learning is not only one of the great philosophical contributions of the present day, but will lead to highly useful technical developments in the task of automatization.« (Wiener: *The Human Use of Human Beings*, S. 38).

191 Zum Folgenden siehe Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, insb. S. 48–52 (Kopplung), 55–60 (Unabhängigkeit), 74–85 (Homöostase); Flechtner: *Grundbegriffe der Kybernetik*, S. 44; Foers-

beschreiben, denn hier beruhe der Regulationsmechanismus nicht auf einer gesetzten Zielvorstellung, sondern auf einer unabhängigen, stets neuen *Anpassung* mithilfe eines *Lernprozesses*. Es ist für Ashby nun gerade dieser zweckfreie Anpassungsmechanismus, der die Leistungsfähigkeit komplexer Systeme ausmacht. Durch ihn sei ein System in der Lage, kritische Variablen unter unvorhersehbar schwankenden Umweltbedingungen in einem akzeptablen Bereich zu halten. Ashby nannte ein solches lernendes System daher »ultrastabil«.

Diese Überlegung war auch deswegen einschneidend, weil Ashby die Idee der Zirkulation damit so zuspitzte, dass er die Kybernetik auf zentrale Folgen ihrer Thesen aufmerksam machte. Zum einen hatte sich die kybernetische Diskussion vorher auf das System konzentriert und der Umwelt relativ wenig Aufmerksamkeit zukommen lassen. Ashby hingegen verdeutlichte, dass die Umwelt selbst hochgradig komplex und volatil sei und dass das System letztlich aus System *und* Umwelt bestehe.¹⁹² Damit zog er eine Meta-Ebene ein, nach der auch jede Beobachtung eines Systems bereits Teil eines Zusammenhangs von System und Umwelt ist.¹⁹³ Die Kybernetik wurde so darauf aufmerksam, dass sie ihre eigenen Erkenntnisse auf sich selbst anwenden musste. Denn man stand nie außerhalb der Zirkulationsschlaufen, sodass moderne Objektivitätsansprüche prinzipiell infrage gestellt wurden.

Zweitens musste Ashbys Überlegung, dass das System letztlich aus System und Umwelt besteht, die Identitätsidee der Moderne unterlaufen. Denn das System stellt sich hier als das Ergebnis einer Verarbeitung der und Anpassung an Umweltkomplexität dar. Wenn sich ein System bei dieser ständigen Auseinandersetzung mit einer volatilen und komplexen Umwelt aber selbst ständig verändern muss, um gleich bleiben zu können, dann ist ein System nie das gleiche System. Anders gesagt: Das System bleibt sich nur gleich, indem es sich intern durch die Iteration und Rekursion seiner Prozesse verändert. Folgt man Dirk Baecker, ist dies die paradoxe Fundamentalgleichung der Kybernetik: » $S \neq S$, wenn $S = S(S, U)$ «. ¹⁹⁴ Sie mache die Nicht-Identität des Systems mit sich selbst unmittelbar sichtbar.

ter: »Kybernetik«, S. 74f. Vgl. zum Absatz Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 149-154. Lernen ist für Ashby demnach eine Beobachtungszuschreibung, die ohne Introspektion funktioniert, sodass man auch bei einem springenden Ball von Lernen sprechen kann, bis er ein Gleichgewicht findet. Dieses Verständnis von Lernen ist schon auf den Macy-Konferenzen nicht konsensfähig. Dupuy argumentiert in seiner Rekonstruktion der Debatte allerdings, dass die Gegner dieser Sichtweise (wie etwa Bigelow) Argumente vorbringen, die sie selbst vorher in einer anderen Diskussion kritisiert hatten.

192 Vgl. Rid: *Maschinendämmerung*, S. 81-86.

193 Vgl. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 151-153.

194 Baecker: »Rechnen lernen«, S. 280 (S = System, U = Umwelt); siehe auch Ashby: »Principles of Self-Organizing Systems«.

Schließlich stellte Ashbys Argument auch die Idee der Selbstorganisation vor eine Herausforderung. Denn wenn Regulierung nur im gegenseitigen Anpassen von System und Umwelt geschieht, dann gibt es keine selbstregulierenden Systeme.¹⁹⁵ Wie in den anderen beiden Fällen, würde die *second-order cybernetics* auch dieses Problem der Regulation entfalten. Entgegen Ashbys Einwand, es gebe aufgrund des Zusammenhangs von System und Umwelt keine selbstregulierten Maschinen, entwickelte sie die These, dass es *nur* die Selbst-Regulierung des Systems sein kann, die die innere Organisation des Systems bestimmt.

Um dieses erneute Paradox zu erläutern, schlug Heinz von Foerster vor, die Umwelt des Systems nicht als eine andere Ordnung zu denken, die dem System fixe Bedingungen setzt, sondern als ein ungerichtetes Rauschen (*order from noise*).¹⁹⁶ Die Umwelt selbst enthält demnach gar keine Informationen, sondern nur zufällige Turbulenzen, in deren Rahmen ein System entsprechend seiner eigenen inneren Organisation agiert. Damit hatte sich die kybernetische Bestimmung von Informationen endgültig davon frei gemacht, dass es um die korrekte Übertragung von Signalen gehe: »In brief, an organism does not receive ›information‹ as something transmitted to it, rather, as a circularly organised system it interprets perturbations as being informative.«¹⁹⁷

Information ist also allein auf der Systeminnenseite verortet. Gregory Bateson hat hierfür die berühmte Formulierung geprägt, Information sei ein »Unterschied, der einen Unterschied ausmacht«.¹⁹⁸ Diese Konzeption der Information war gegen die Linearität von Shannons Kommunikationsmodell gerichtet, dem es immer um den fehlerfreien Transport eines Signals von einem Sender zu einem Empfänger ging. Sie ging aber auch über das Ziel der Zielerreichung hinaus (negatives Feedback)

195 Siehe Ashby: »Principles of Self-Organizing Systems«, S. 269; vgl., auch im Folgenden, Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 151f.

196 Vgl. Foerster: »Über selbst-organisierende Systeme und ihre Umwelten«. In seinem Vortrag aus dem Jahr 1959 illustrierte Foerster seinen Punkt mit einem Beispiel: Man stelle sich in einer Box eine Vielzahl kleiner Würfel vor, deren Seiten je unterschiedlich magnetisiert sind. Anfangs liegen sie lose nebeneinander. Schüttelt man nun diese Box, fügt man also völlig ungerichtete »Energie« hinzu, entsteht »ein unglaublich geordnetes Gefüge, das [...] in einer Ausstellung surrealistischer Kunstwerke präsentiert« werden könnte (S. 227). Die als Folge dieser Beobachtungen entstandenen Antworten der *second-order cybernetics* auf das Problem der Strukturbildung sind ähnlich, ließen sich im Detail freilich unterscheiden. Unter den wichtigsten Konzepten wären die Selbst-Organisation (Foerster), die Autopoiese (Maturana) und die These dissipativer Strukturen (Prigogine). Vgl. dazu Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 95–101.

197 Scott: »Second-order cybernetics«, S. 1369.

198 Bateson: *Ökologie des Geistes*, S. 582. Vgl. auch Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 97–100. Foerster bemerkte immer wieder kritisch, dass es sich bei Shannons Kommunikationstheorie gar nicht um eine Theorie der Information handele, sondern um eine Frage des Transports von Signalen.

und löste den determinierenden Einfluss der Umwelt auf, indem sie ausschließlich auf die Zirkularität interner Prozesse abstellte. Da das System sich derart selbst produzierte, komme ihm eine Art Autonomie zu. Das halte aber in jedem Moment der Selbst-Organisation die Möglichkeit offen, dass das System einen Umbau seiner eigenen Struktur beschließe.

Die Betonung zirkulärer Selbst-Organisation hat daher einerseits eine *Pluralisierung des Regierens* zur Folge – jedes System regiert sich selbst nach eigenen Maßstäben – und zieht andererseits eine radikale *Dynamisierung dieses Selbst* nach sich: »Das Selbst ändert sich [...] in jedem Moment, in jeder einzigen Sekunde.«¹⁹⁹ So wie auf diese Weise die Konzeptionen stabiler Subjektidentitäten und zentraler Steuerung zerfallen, werden auch die daran gekoppelten *Temporalvorstellungen* ad absurdum geführt. Die lineare Abfolge der Ereignisse und die kohärente Entwicklung des Subjekts werden durch die reflexive Be- und Verarbeitung von Komplexität ersetzt – und diese vollziehe sich in Echtzeit.

Komplexität: Differenz, Selbst-Organisation, Emergenz

Dass am Anfang des 21. Jahrhunderts im Zusammenhang mit Steuerungsproblemen allenthalben von komplexen Zusammenhängen gesprochen wird, liegt am Einfluss der Kybernetik.²⁰⁰ Die Kybernetik verstand sich als die wissenschaftliche Methode zum Studium von Komplexität, und sie richtete diese scheinbar harmlose Ansage dezidiert gegen die Wissenschaften der vergangenen 200 Jahre – also der Moderne.²⁰¹ Denn deren Verfahren, die Systeme auf einzelne Elemente zu reduzieren und sie dann unabhängig voneinander variieren zu wollen, um so Effekte und Erklärungen zu testen, ist laut Ashby eine »simplizistische« Methode. Sie könne komplexe Systeme nicht hinreichend erfassen, sodass sich die Kybernetik dezidiert gegen den Reduktionismus stellte und stattdessen Komplexität in Form von *variety* und *difference* zum Bezugsproblem der Analyse machte.

199 So Foersters Pointierung in Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 94. Pörksen reformuliert dann treffend: »Die Identität eines Menschen erscheint demnach nicht mehr als etwas Feststellbares, sondern als eine jeweils augenblicksgebundene Erscheinungsform«. Die Nähe zu Foucaults Zurückweisung der Identität ist kaum zu übersehen. Foerster zog im Weiteren ethische Konsequenzen, weil diese Idee fast jede Zwangslage in eine Entscheidungssituation mit Freiheitsgraden überführe (Foerster/Pörksen: »In jedem Augenblick kann ich entscheiden, wer ich bin«, insb. S. 40).

200 Vgl. dazu auch Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«.

201 Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 5: »For two centuries it [science; V.A.] has been exploring systems that are either intrinsically simple or that are capable of being analysed into simple components. The fact that such a dogma as »vary the factors one at a time« could be accepted for a century, shows that scientists were largely concerned in investigating such systems as *allowed* this method; for this method is often fundamentally impossible in the complex systems.«

Die Differenziertheit eines Systems wurde für Ashby dabei das Maß für Komplexität.²⁰² Während Differenzen überall anzutreffen waren, interessierten ihn vor allem zwei Aspekte, nämlich die Diversität der Teile in einem System und die Diversität der Zustände, die ein System durch die unterschiedlichen Zustände seiner Teile und ihre unterschiedlichen Kopplungen über die Zeit einnehmen konnte. Diese Vielzahl der Möglichkeiten machte die Varietät beziehungsweise Variabilität eines Systems aus, und bezeichnenderweise nannte Ashby die potenziellen Transformationen eines Systems auch die *power* des Systems. Damit folgte er zwar zunächst nur dem mathematischen Fachbegriff für Potenzen; er argumentierte dadurch aber gegen die Reduktion von Komplexität mit Verfahren der Simplifizierung und bestand gerade darauf, dass diese Varietät zwingend notwendig sei.

Diese Annahme drückt sich auch in einem der maßgeblichen Axiome der Kybernetik aus, dem Gesetz der erforderlichen Vielfalt (*law of requisite variety*).²⁰³ Es besagt, dass ein regulierendes System immer mindestens die gleiche Komplexität aufweisen muss wie das zu regulierende System. Aus diesem Grund, so Ashby, haben höher entwickelte Lebewesen auch stets empfindlichere Sinnesorgane. Eine Reduktion der Varietät würde demgegenüber auch zu einer Reduktion der Möglichkeiten eines Systems in seiner Umwelt führen, denn nur die interne Fähigkeit zur Variation mache es möglich, die äußeren Variationen aufzufangen und insgesamt im Gleichgewicht mit seiner Umwelt bleiben: »only variety can destroy variety«.²⁰⁴

Das Gesetz wurde im Folgenden zu einer Leitidee der Kybernetik – und zu einem Hauptgegenstand der Diskussion. Dabei wurde vor allem hinterfragt, ob es tatsächlich darum gehe, dass der *gleiche* Grad an Komplexität erreicht werde oder ob es nicht eher darum gehe, dass eine ausreichende Strategie im Umgang mit der übermäßigen Komplexität der Umwelt gefunden wird. Noch zur Jahrtausendwende setzte sich etwa Ranulph Glanville mit Ashbys Idee auseinander und argumentierte, dass sich vor dem Hintergrund transkomputabler Systeme wie dem »InterNET« wieder einmal zeige, dass die *requisite variety* nie erreicht werde. Die Kybernetik habe nach Ashby aber gerade Wege entwickelt, um mit dieser »Unregulierbarkeit« (*unmanageability*) hochkomplexer Systeme umzugehen.²⁰⁵

Allerdings war man sich auf den Macy-Konferenzen, auf denen Ashby nur Gast war, ganz und gar nicht einig, wie man mit Komplexität umgehen sollte. Es zeich-

202 Siehe Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 9, 61, 121f., 125f.; Beer: »Variety«. Zum fortbestehenden Messproblem der Komplexität vgl. Mitchell: *Complexity*, S. 94–114.

203 Siehe Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 202–213.

204 Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 207 (Hervorhebung entfernt).

205 Siehe Glanville: »The Value of Being Unmanageable«. Ein System reguliert sich dann etwa dadurch, dass »es sich an seine eigene beschränkte Komplexität hält und an allen jenen Stellen, an denen ihm die Beschränktheit auffällt, [...] Mehrdeutigkeit und Intransparenz einführt«, wie auch Luhmann betonte (Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 101).

neten sich zwei Positionen ab, die sich bei der Regulierung von Komplexität unverträglich gegenüberstanden.²⁰⁶ Auf der einen Seite standen Wissenschaftler mit einem engen Bezug zur positivistischen Logik und mit einem utilitaristischen Modell sozialen Verhaltens. Darunter waren John von Neumann, der Ökonom Leonard Savage, der Sozialwissenschaftler Paul Lazarsfeld und in abgeschwächter Form Pitts und Shannon. Auf der anderen Seite standen unter anderem Wiener und McCulloch sowie Gregory Bateson und Heinz von Foerster. Der Konflikt um den Umgang mit Komplexität, die von den ersten tendenziell bekämpft, von den anderen als unumgänglich und sogar zuträglich angesehen wurde, zog sich also entlang der gleichen Linie, die ein lineares Kommunikations- und Informationsmodell von der Betonung von Zirkularität und Eigenverhalten unterschied. Angesichts dieser grundverschiedenen Positionen ist es wenig überraschend, dass sich schon Mitte der 1950er Jahre Teile der Informations- und Spieltheorie gegen eine Zuordnung zur Kybernetik aussprachen.²⁰⁷

Die Kritik an der linearen, effizienzorientierten Position hatte dabei zwei Ankerpunkte. Der erste Ankerpunkt war das positivistische Effizienzdenken mancher Informations-, Ökonomie- und Spieltheoretiker. Während diese an einer möglichst reibungslosen, rauschfreien und schnellen Übertragung von Informationen interessiert waren, fokussierte die andere Seite auf die Effekte des Nicht-Intendierten. Besonders greifbar wird der grundverschiedene Zugriff auf Daten an einem Konflikt zwischen Bateson und Pitts.²⁰⁸ Er drehte sich um Tippfehler in einem Text. Während Pitts dafür argumentierte, man solle diese Tippfehler einfach korrigieren, meinte Bateson, dass vom Blickpunkt des Beobachters diese Tippfehler unabhängig von den ursprünglichen Intentionen sehr wohl neue Bedeutungen kreieren können, die es zu erhalten gelte. Batesons *Kritik der Intentionalität* war zugleich ein Beispiel für die *emergenten Eigenschaften* von Systemen und ein Plädoyer für den *Eigenwert von Abweichungen*.

Die grundsätzlich andere Deutung von Abweichungen prägte auch den zweiten Kritikpunkt. Im Fokus stand dabei, dass die utilitaristische Theorie alle Begehrens- und Auswahloptionen auf eine einzige Dimension reduziere und infolgedessen in Hierarchien denke.²⁰⁹ McCulloch hatte sich schon 1945 gegen die Vorstellung einer

206 Vgl. zum Folgenden Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 122f., dessen Darstellung zugleich Dokument der fortdauernden Feindschaft zwischen beiden Positionen ist, da er den Ökonomen »an obsessive concern for logical rigor with a deliberately impoverished view of human relations« vorwirft.

207 Vgl. Geoghegan/Peters: »Cybernetics«, S. 110.

208 Vgl. zu dieser Episode Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 119.

209 Vgl. zum Folgenden insb. Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 122f., und Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 83-89 (v.a. S. 85); vgl. auch Winkler: »Grenzen der Flexibilisierung?«, S. 89-92.

hierarchischen Präferenzordnung gewendet, die in der Rational-Choice-Theorie verwendet wurde. Vernetzungen zwischen den Neuronen entstehen laut McCulloch *situativ* und mit Blick auf den Referenzwert, sodass Wertepräferenzen nicht einfach als stabil und transitiv angenommen werden können. Die zirkuläre Vernetzung der Neuronen hat demnach zur Folge, dass es alles andere als inkonsistent sei, dass jemand Option A einer Option B und Option B einer Option C vorzieht, während man aber Option C vor Option A wählen würde: »Circularities in preference instead of indicating inconsistencies, actually demonstrate consistency of a higher order.«²¹⁰

McCulloch argumentierte also schon früh für eine *Heterarchie der Werte*. Die Zirkularität von Wertepräferenzen entspricht hier schlicht der Zirkularität der neuronalen Prozesse. Im Anschluss an McCulloch, allerdings nicht neurophysiologisch, sondern formal-logisch, verteidigten auch Foerster und Bateson die heterarchische Perspektive.²¹¹ Diese hat freilich schwerwiegende Folgen, denn sie zeigte nicht nur, dass es keine kollektive Theorie des *summum bonum* gab, gegen die sich die ökonomische Theorie wendete; sie zeigte auch, dass diese selbst auf einer individuellen Theorie des *summum bonum* beruhte.²¹² Vor diesem Hintergrund musste man aber beide Träume von Souveränität zwangsläufig zurückweisen: Heterarchie statt Hierarchie ist dann laut Foerster das Organisationsprinzip.

Gregory Bateson führte beide Kritikpunkte in einer radikalen Revision der Neumannschen Spieltheorie zusammen.²¹³ In ihr sah Bateson nichts anderes als einen von Misstrauen und Paranoia angetriebenen Versuch, die Spieler zur Akzeptanz der Spielregeln zu zwingen und jedwede Möglichkeit des Nachdenkens über alternative Möglichkeiten der Koordination zu unterbinden.²¹⁴ Dementsprechend lehnte Bateson fast jede Basisannahme der Neumannschen Spieltheorie ab: die vollkommene Intelligenz der Spieler, die Unmöglichkeit des ökonomischen Todes, die Linearität und Transitivität der Werteskalen und letztlich das Streben hin zur Maximierung eines ausgewählten Wertes.

Am Beispiel der Gesellschaft in Bali versuchte Bateson dann zu zeigen, dass Neumanns Theorie auch an der Realität scheitert. Dafür brachte er zwei Argumente: Erstens sei empirisch die einzige Variable, die in dem gesellschaftlichen

210 McCulloch: »A Hierarchy of Values Determined by the Topology of Nervous Nets«, S. 92f.

211 Siehe Bateson: *Ökologie des Geistes*, S. 250–252; Foerster: »Les Objets, Gages de Comportements Propres«; dazu Heims: *Constructing a Social Science for Postwar America*, S. 110.

212 Vgl. Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 83–90. Wie andere markierte auch Foerster unmittelbar die Folgen für Führung bzw. Management. Demnach seien Führungspositionen durch den situativen Kontext definiert und die Leitung der Organisation ist zirkulär organisiert.

213 Für die folgenden beiden Absätze siehe Bateson: *Ökologie des Geistes*, S. 173–179, und vgl. Holl: »It's (Not) an Intervention!«, S. 105f.

214 So Bateson in einem Brief an Wiener, vgl. dafür Holl: »It's (Not) an Intervention!«, S. 113.

Spiel auf Bali maximiert würde, die der Stabilität. Dafür sei es gerade unbedingt notwendig, dass alle anderen Variablen *nicht* maximiert, sondern permanent in einem Fließgleichgewicht ausbalanciert würden. Batesons zweites Argument ging nun kontrafaktisch vor: Wenn man auf Bali Spiele einführen würde, in denen es um die Maximierung *einer* Variablen ginge, würde sich laut Bateson schnell zeigen, dass die eindimensionale Werteskala niemanden zur Teilnahme am Spiel motivieren könne. Die Spieler wären gelangweilt und unterfordert. Daher ließen sich die Spiele gesellschaftlicher Interaktion nur ganz anders fassen, nämlich als eine multidimensionale Faltung gesellschaftlicher Wertebenen.²¹⁵

Bateson kämpfte so mit anderen gegen einen reduktionistischen Umgang mit Komplexität, der aus der modernen Wissenschaft bekannt war. Damit schloss er an Ashbys Kritik der klassischen Moderne an und bezog sie auf den Umgang mit Komplexität. Auch Heinz von Foerster versuchte, den Weg zu einer simplizistischen, eindimensionalen Auslegung von Komplexität zu versperren, den etwa die RAND Corporation gehe. Dabei kritisierte er aber auch Ashby, weil dieser das Moment der Unbestimmtheit und Veränderlichkeit nicht zu Ende gedacht habe: Bei Ashby seien Maschinen durch ein stabiles Muster der Zustandsänderung *definiert* gewesen.²¹⁶ Eine Maschine würde hier stets nach einer fixen Funktion einen bestimmten Input in einen bestimmten Output transformieren. Die meisten Maschinen seien aber nicht derart vorhersagbar, wandte Foerster ein, die meisten seien »nicht-triviale Maschinen«: Bei ihnen müsse eine »einmal beobachtete Reaktion auf einen gegebenen Stimulus [...] in einem späteren Zeitpunkt nicht wieder auftreten, wenn der gleiche Stimulus auftritt.«²¹⁷ Stattdessen reagiere eine nicht-triviale Maschine mal so, mal so und sei prinzipiell unvorhersagbar.

Bateson und Foerster waren also gleichermaßen bestrebt, die Unbestimmtheit des Verhaltens und damit die Komplexität auf die Spitze zu treiben. Doch wie kommt es dann dazu, dass dennoch immer wieder stabile Muster auftreten?²¹⁸ Foersters Antwort darauf nutzte die Interaktion der Maschine mit sich selbst, um zu zeigen, dass daraus Regelmäßigkeiten des Verhaltens entstehen.²¹⁹ Eine nicht-

215 An die Begriffe der Faltung und Batesons diagrammatische Darstellung dessen als Plateau schlossen dann Deleuze und Guattari an. Vgl. Holl: »It's (Not) an Intervention!«, S. 105f.

216 Ashbys Einführung verhandelt determinierte Maschinen und Markov-Maschinen. Letztere zeichnen sich durch *constancy in frequency* aus, das heißt, dass die Häufigkeiten ihres Outputs bei Iteration einen bestimmten, fixen Wert annehmen. Ein sehr einfaches Beispiel wäre ein standardisierter Münzwurf. Vgl. Ashby: *An Introduction to Cybernetics*, S. 165, 225.

217 Foerster: »Prinzipien der Selbstorganisation im sozialen und betriebswirtschaftlichen Bereich«, S. 247.

218 Vgl. zum folgenden Komplex selbstorganisierender Strukturbildung insg. Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 95-101.

219 Siehe Foerster: »Prinzipien der Selbstorganisation im sozialen und betriebswirtschaftlichen Bereich«, S. 244-254.

triviale Maschine greife demnach nicht nur auf den Input zu, sondern »kreuzt« diesen mit internen Zuständen (»Eigenzustände«), die durch vorherige Operationen zustande gekommen sind. Die Maschine nutzt also ihre eigene Geschichte an Zuständen, um eine Anschlusskommunikation zu produzieren. Dafür stellen redundante Informationen und Elemente eine nötige Vielzahl von Optionen bereit. Eine Reduktion von Redundanz auf das einfachst Mögliche hätte daher fatale Folgen für die Selbstreproduktion der Maschine. Der Begriff der Selbst-Reproduktion bringt dieses *rekursive* und *reflexive* Denken auf den Punkt: Die Maschine greift auf sich selbst zurück, um sich selbst erst zu produzieren.

Diese Idee der Anschlusskommunikation lässt sich auch nutzen, um die Koordination zwischen zwei nicht-trivialen Systemen nachzuvollziehen – Menschen zum Beispiel. Dafür verwendete Heinz von Foerster eine Grafik, die Gordon Pask für ihn gezeichnet hatte: den Mann mit der Melone. Dieser beobachtet einen anderen Mann, eine Umwelt und sich selbst, wie er diese anderen beobachtet (Abb. 2).²²⁰ Der eine Mann »beobachtet, was der andere [...] tut, und gewinnt seine Anschlußhandlung aus der Orientierung an den Handlungen des anderen«.²²¹ Die völlig unbestimmte Maschine muss »irgendwann feststellen [...], daß sie darauf angewiesen ist, daß das Selbst im Anderen Anlässe findet, sich selbst zu konditionieren, und ohne diese Anlässe leer läuft.«²²²

Damit wollte Foerster erläutern, wie Selbst-Organisation durch gegenseitige Beobachtung funktioniert – und wendete sich zugleich gegen den Vorwurf des Solipsismus. In ähnlicher Weise hatte im Übrigen auch Bateson auf das Problem der Strukturbildung geantwortet. Gerade weil das Verhalten unbestimmt und offen ist, muss man Orientierungspunkte suchen, von denen man das eigene Verhalten abhängig machen kann.²²³

Mit diesem Modell der Selbst-Organisation waren drei Aspekte des Regierens beziehungsweise Regulierens noch einmal unter den Bedingungen radikaler Kontingenz reformuliert worden: *Erstens* ist ein Abseits von regulierenden Prozessen nicht denkbar, weil stets eine Interaktion zwischen verschiedenen Elementen innerhalb komplexer Gefüge stattfindet und stattfinden muss, damit diese sich selbst reproduzieren können. Damit bricht – *zweitens* – aber auch die Unterscheidung von Selbst- und Fremdführung zusammen. Foersters Melonenmann-Beispiel macht dies besonders deutlich, denn jedes System ist nicht nur von der Energie abhängig,

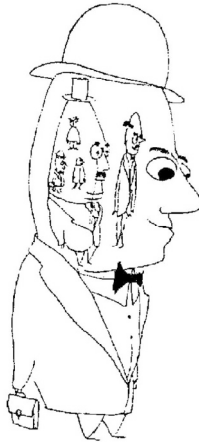
220 Foerster: »Über selbst-organisierende Systeme und ihre Umwelten«, S. 214–217; vgl. Clarke: »Heinz von Foerster's Demons«, insb. S. 43–45.

221 Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 96.

222 Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 96.

223 Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 97, argumentiert, dass bei Bateson die ästhetische Seite dieses »Tanzes« stärker ausgeprägt ist, weil sich die Konditionierung nicht nur am Anderen, sondern auch an einem stimmigen Muster, das man wiedererkennt, orientiere.

Abbildung 2: »The Gentleman with the Bowler Hat«



Quelle: Foerster: »Über selbst-organisierende Systeme und ihre Umwelten«, S. 215; Urheber der Illustration: Gordon Pask.

die von außen kommt, sondern auch von der Beobachtung der Umwelt, um eigene Anschlusskommunikationen formulieren zu können. Auf der anderen Seite dieser Abhängigkeit steht aber – *drittens* –, dass in diesem Gefüge jedes System sich stets selbst führen, selbst organisieren muss. Dafür greift es auf die Beobachtung der Umwelt zurück, aber auch auf die Beobachtung seiner selbst. Die Beobachtung seiner selbst ist dann – damit wird ein Begriff des Souveränitätsdenkens kybernetisch reformuliert – Selbst-Bewusstsein. Dieses ist aber, und das ist die Pointe der Reformulierung, nie identisch mit einem tatsächlichen Selbst, sondern eben nur eine Beobachtung von einem bestimmten Punkt.²²⁴

Diese Antwort auf Ashby legte die konservierende Tendenz des Homöostaten ab und machte dagegen den *ereignishaften und kreativen Charakter* stark. Im Prozess der rekursiven Reproduktion kann jederzeit etwas Neues, etwas Neuartiges entstehen. Batesons Beispiel der Tippfehler illustriert diesen Vorgang, den Foerster mit dem Modell der nicht-trivialen Maschine erläutern wollte: Aus der Interaktion der einzelnen Bestandteile könne ein neues Muster entstehen, das weder intendiert noch sonst vorhersehbar sei.

224 Vgl. Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 94-96; Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 160f. Man hat damit eine doppelte Abweichung bzw. Differenz: Nicht nur dass das System nie mit sich selbst identisch ist, weil es sich stets neu produzieren muss, sondern auch die Selbst-Beobachtung ist nie mit dem beobachteten Selbst identisch.

Dieses plötzliche Auftauchen von Mustern aus dem Prozess wird mit der Semantik der Emergenz erfasst. Dabei verwendet die Kybernetik einen *starken Emergenzbegriff*:²²⁵ Im Unterschied zu einem schwachen Verständnis geht sie nicht nur davon aus, dass etwas Neues auftaucht und dieses Neue vorher in den Bestandteilen oder Individuen nicht vorhanden war; sie nimmt sogar an, dass das Auftauchen tatsächlich auch *unvorhersehbar* ist und sich auch nicht auf die Einzelbestandteile und ihre Prozesse zurückführen lässt, das heißt es ist *irreduzibel*.

Dabei lassen sich in zeitlicher Hinsicht noch einmal zwei Dimensionen von Emergenz unterscheiden, die die Kybernetik gleichermaßen bedient.²²⁶ Auf der einen Seite kennt sie synchrone Emergenz, die beschreibt, dass aus den Interaktionen von Elementen unmittelbar eine Ordnungsschicht emergiert. An ihr können Eigenschaften beobachtet werden, die bei den interagierenden Elementen nicht beobachtet werden, sie ist also etwas qualitativ Anderes. Der neue ›Sinn‹, der für die Leserin aus Tippfehlern entstehen kann, ist dafür ein instruktives Beispiel. Besonders stark herausgearbeitet hat diese synchrone Emergenz das Konzept der Autopoiese, das Humberto Maturana und Francisco Varela entwickelt haben:

»Eine autopoietische Maschine ist eine Maschine, die als ein Netzwerk von Prozessen der Produktion (Transformation und Destruktion) von Bestandteilen organisiert [...] ist, das die Bestandteile erzeugt, welche 1. aufgrund ihrer Interaktion und Transformation kontinuierlich eben dieses Netzwerk an Prozessen (Relationen), das sie erzeugte, neu generieren und verwirklichen, und die 2. dieses Netzwerk (die Maschine) als eine konkrete Einheit in dem Raum, in dem diese Bestandteile existieren, konstituieren«.²²⁷

Maturana und Varela hoben hier hervor, dass Leben nichts anderes sei als eine autopoietische Maschine und dass diese Maschine der emergierende Effekt eines »Netzwerk[s] von Prozessen« sei, der sich sofort »verflüchtigt«, sobald die Interaktionsprozesse aufhören. Die Art und Weise (das »Wie«) der Reproduktion sei dabei bedingt von den Elementen, die diese Prozesse selbst erst hervorbringen. Wie bei

225 Vgl. Schwarz: *Geschichten vom Ganzen*, S. 25-36; Wägenbaur: »Emergenz«, S. 1f.

226 Vgl. auch zu dieser Unterscheidung Schwarz: *Geschichten vom Ganzen*, S. 25-36; Wägenbaur: »Emergenz«, S. 1f.

227 Maturana/Varela: »Autopoietische Systeme«, S. 184f. (Hervorhebung entf.). Dabei gibt es zumindest zwei Unterschiede zu Foersters Modell. Einerseits beziehen sie neben den Eigenzuständen des Netzwerks auch die strukturellen Kopplungen mit der Umwelt in das Bedingungsgefüge der Evolution ein (vgl. Baecker: *Wozu Systeme?*, S. 99). Andererseits wollen sie aber das Auto nicht als autopoietische Maschine anerkennen, wohingegen Foerster auch ein Auto als nicht-triviale Maschine sieht. Dieses sei so lange eine triviale Maschine, bis es eines Tages nicht mehr anspringe. Dies verdeutliche aber auch, dass es die Beschreibung sei, die über (Nicht-)Trivialität entscheide (vgl. Foerster: »Zukunft der Wahrnehmung«, S. 206-208).

Foerster ist diese Maschine also doppelt zeitbezogen: Die Maschine greift in unbestimmter Weise auf eine als aktueller Zustand geronnene Vergangenheit zurück; zugleich ist sie stets nur im Moment, denn nur *indem* die Elemente interagieren, reproduziert sich die Maschine.²²⁸ Da die Maschine sich immer wieder re-produzieren muss, sich also jeden Moment völlig immanent neu erschaffen muss, kann sie sich auch *neuartig* erschaffen: Sie hat die Freiheit, sich stets auch *als eine grundsätzlich andere* zu re-kreieren.

Diese diachrone Emergenz, nach der man beobachten kann, dass etwas erstmals auftritt, verhandelt die Kybernetik als *Evolution*.²²⁹ Emergenz und Evolution dienten der Kybernetik dabei auch als Kampfbegriffe gegen die vorherrschenden Denkmodelle. Damit verband sie kausal-lineare Erklärungen aller Art: Stimulus-Response-Modelle, Funktionalismen mit unabhängigen und abhängigen Variablen, klassische Logik sowie introspektive Erklärungen, die von Motivation und Charakter auf Handlungen schließen.²³⁰ Die zirkuläre Kausalität, die sie dagegen setzte, unterlief die Konsistenz- und Kohärenzansprüche dieses Denkens und fokussierte stattdessen auf die kreativen Effekte gegenseitiger Beeinflussung, die nicht auf Einzelleistungen oder einzelne Interaktionen zurückgeführt werden können. Evolution stellt sich daher nicht als kontinuierliche Entwicklung dar, wie es das Paradigma der Nachkriegszeit war, sondern als ein *sprunghaftes Auftreten*, bei dem stets eine Lücke zwischen Vorhergehenden und Nachfolgenden besteht.²³¹ Diskontinuität und Differenz charakterisieren das Arbeiten komplexer Systeme.

Das Theorem der Emergenz markierte in der Kybernetik, dass in allen Erklärungsversuchen stets ein unerklärbarer Rest bleibt. Gerade aufgrund dieser Haltung ist das Emergenz-Theorem schon vor der Kybernetik dort verwendet worden, wo die Moderne kritisch betrachtet werden sollte. Insbesondere in der Metaphysik, der Religiosität und der Ästhetik diente sie entweder dazu, das Numinose dagegen zu verteidigen, dass es rational wegerklärt wurde, oder den rationalen Erklä-

228 Man kann an dieser Stelle sehen, dass eine Verwandtschaft zu performativitätstheoretischen Überlegungen besteht, für die ebenfalls der Akt sozialkonstitutiv wirkt. Auch Foerster beobachtete die Performativitätstheorie daher mit Interesse (siehe Foerster: »Prinzipien der Selbstorganisation im sozialen und betriebswirtschaftlichen Bereich«, S. 267-277). Die frühe Performativitätstheorie (John L. Austin) hatte allerdings, soweit ich sehe, keine enge Verbindung zur Kybernetik, sondern stellte eine eigenständige sprachphilosophische Reflexion dar, was freilich die Möglichkeit gemeinsamer Vorläufer nicht ausschließt (z. B. die Auseinandersetzung mit Saussure und Kommunikationsmodellen). In der weiteren Entwicklung überkreuzten sich allerdings Kybernetik und Performativität, etwa bei Derridas Verbindung von Iteration und Rekursion (vgl. Rzepka: *Sangspruch als cultural performance*, S. 11-21).

229 In der Fassung von Maturana/Varela: »Autopoietische Systeme«, S. 207f.

230 Siehe Foerster: »Prinzipien der Selbstorganisation im sozialen und betriebswirtschaftlichen Bereich«, S. 246.

231 Zum Emergenz- und Evolutionsbegriff erneut Wägenbaur: »Emergenz«, S. 1f.

ren selbst ihre eigenen Grenzen aufzeigen zu wollen. Es dürfte daher kein Zufall sein, dass Heinz von Foerster als Metapher für die kybernetische Perspektive das Wunder anführte, »[d]enn natürlich gibt es eine Verbindung zwischen dem Begriff des Wunders und der fundamentalen Unerklärbarkeit funktionierender Interaktion [...]. Wenn ich das Gefühl für das Wunder, dem wir ununterbrochen begegnen, wieder sichtbar machen könnte, dann wäre ich sehr glücklich.«²³²

Dabei wussten die Kybernetiker durchaus, dass sie sich in die Nähe von Mystik und Alchimie begaben, da sie ein Wissen reaktivierten, das durch die rationalistische und mechanistische Moderne mit ihrem Anspruch auf Verfügbarkeit und Steuerbarkeit verdrängt worden sei.²³³ Der argumentative Vorteil der Kybernetik bestand allerdings darin, dass sie dieses Unerklärliche nicht vom Metaphysischen her denken musste, sondern an dem weltlichen Bereich ingenieurwissenschaftlicher Technik, physiologischer Materie und formaler Mathematik, also in den *hard sciences*, entwickelte. Aus diesem Bereich zog Heinz von Foerster auch sein beliebtestes Beispiel, um die Grenzen der Verfügbarkeit zu illustrieren: der blinde Fleck in unserem Auge, an dem es keine Lichtrezeptoren gibt und der zu einem blinden Fleck in unserem Sichtfeld führt. Ist das schon kurios genug, dann war für Foerster das eigentlich Interessante aber, dass uns das Gehirn diesen blinden Fleck nicht erkennen lässt und stattdessen vorspielt, etwas zu sehen: »Wir sehen nicht, daß wir nicht sehen.«²³⁴

Diese konstitutive Intransparenz leitete die Kybernetik aus der Nicht-Trivialität komplexer Systeme ab, die in diesem Kapitel erläutert wurde. Die Theorie der Komplexität besteht dabei gewissermaßen aus zwei Achsen, die orthogonal zueinander das Feld der Möglichkeiten aufspannen: Die eine Achse erfasst die Relationalität im Hinblick auf die aktualisierten Strukturen. Das beinhaltet beispielsweise Überlegungen zur Interdependenz von System und Umwelt, von System und Teilsystem, von Beobachter und System, sodass alle Beschreibungen nur relational von einem bestimmten Ort aus machbar sind und keine Kategorie als absolute Kategorie haltbar ist. Die andere Achse setzt alles Aktualisierte stets auch in Bezug zu dem, was sein *könnte*. Das Verhältnis von Potenzialität und Aktualität potenziert noch einmal die ohnehin schon überbordende Komplexität: Temporale und lokale Situativität ist

232 Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 62f.

233 Siehe etwa Bateson: *Ökologie des Geistes*, der dies unter der Überschrift »Was ist der Mensch?« verhandelte, also dem Thema, dem sich Foucaults *Les mots et les choses* widmete. In der verbreiteten kybernetischen Kritik des Newtonianismus ist Bateson auch einer der wenigen, der darauf hinweist, dass Newton das Metaphysische nicht ausschloss und er daher »eher der ›letzte unter den Magiern‹ war« (S. 347). Zur verkürzenden Rezeption Newtons im Newtonianismus, insbesondere bei Voltaire, vgl. Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*, S. 18-20.

234 Foerster: »Über das Konstruieren von Wirklichkeit«, S. 27. Die Historie von Emergenz und Numinosen untersucht Schwarz: *Geschichten vom Ganzen*, S. 189-243.

nicht nur das konstitutive Merkmal jedweden Wissens, sondern auch der Realität des Systems selbst, dessen Zukunft ungewiss und unsteuerbar ist.

Auf diese Weise kritisierte die Kybernetik die klassische Moderne für ihre zu simplizistische, zu reduktionistische Sicht auf die Welt, und sie unterlief damit das kausale Steuerungsdenken, die Identitätsvorstellungen und die kalkulatorischen Machbarkeitsideen, die das Selbstverständnis der Nachkriegszeit prägten. Die überbordende ›Komplexität‹, die insbesondere für die liberal-ökonomische Tradition stets Anlass zur Sorge war, wendete die Kybernetik ins Positive: Die Produktion von Differenzen erweitere den Raum möglicher Möglichkeiten ebenso wie den Raum erreichbarer Möglichkeiten. Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich auch die radikale Kybernetik – bei aller Kritik – keineswegs von der Moderne verabschiedet hatte, bleibt doch die Reichweitenerweiterung oft ein wünschenswertes Ziel der Kybernetik.²³⁵ Die hier vorgestellten kybernetischen Überlegungen konnten dann in der Krise der Moderne, als die Souveränitäts- und Aufklärungsvorstellungen der Nachkriegszeit in den 1970er Jahren an Plausibilität verloren, für eine Interpretation der Krisenphänomene benutzt werden. Dem ist das nächste Kapitel gewidmet.

235 Siehe etwa Foerster: »Über das Konstruieren von Wirklichkeit«, S. 49: »*Der ethische Imperativ:* Handle stets so, daß die Anzahl der Möglichkeiten wächst.« Die in unterschiedliche Richtungen gehende ethische Weiterentwicklung kybernetische Epistemologien (›KybernEthik‹ bei Foerster, eine Ethik radikaler Autonomie bei Varela, z.B.) soll hier nicht weiter interessieren. Es reicht vielleicht der Hinweis, dass dies durchaus parallel zu der Wiederentdeckung der Ethik bei Foucault und anderen Poststrukturalisten verläuft. Zur Reichweitenerweiterung als Merkmal der Moderne vgl. Rosa: *Resonanz*, S. 518–522.

III. Transformation:

Krise der Moderne, Zerfall der Souveränität

Bereits am Ende der 1960er Jahre hatte sich einige Enttäuschung über die ›technischen‹ Planungsverfahren verbreitet, die im ersten Teil des letzten Kapitels angesprochen wurden. Oft blieb die Realität weit hinter den Visionen einer computergestützten, automatisierten Verwaltung zurück. In der Bundesrepublik konnten beispielsweise nur die Bundesbahn und die Bundespost, kaum aber die Ministerien die Mittel für Personalausbildung und Maschinen aufbringen.¹ Selbst dort, wo die bundesweite Einführung einer computerisierten Datenverarbeitung gelungen war, in den Vereinigten Staaten, wurden die Hoffnungen, die mit der Einführung des *Planning, Programming, Budgeting System* (PPBS) verbunden waren, schnell enttäuscht. Das Programm wurde bereits 1971 wieder eingestellt – ironischerweise wegen fehlender Effizienz.² Gleichzeitig trafen auch die angestellten Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung immer häufiger nicht zu. So wurde 1969 in der Bundesrepublik nicht das angekündigte Wachstum von 4,5 % erreicht, sondern die Prognose mit 8 % deutlich übertroffen.³

Im historischen Rückblick ist es erstaunlich, wie grundsätzlich sich das Koordinatensystem in den folgenden Jahren verschob: Die gesamte Technokratie-Debatte war von der Prämisse ausgegangen, die Technik entwickle eine kaum mehr zu bändigende Dominanz. Getragen wurden diese Sorgen von der Vorstellung, der unaufhaltsame Fortschritt der Technik ermögliche, Mensch und Gesellschaft totalitär zu manipulieren. Nur wenige Jahre später hatte sich das vollständig in sein Gegenteil verkehrt. Nicht mehr die ›Hyperstabilität‹ eines technisch automatisierten Systems, sondern die Instabilität der Demokratien wurde nun zur größten Bedrohung. Der Pluralismus, der in der Technokratie-Debatte noch als Bollwerk gegen das Überhandnehmen der Technik ins Feld geführt worden war, war jetzt selbst zum Problem für die Handlungsfähigkeit geworden.

1 Vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 339.

2 Vgl. Seibel: *Cybernetic Government*, S. 199.

3 Vgl. Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, S. 344f., 361, zu den einsetzenden Verwunderungen am Beispiel des *Merkur* vgl. auch Kießling: »Auf der Suche nach der neuen Wirklichkeit«.

Ganz im Gegensatz zum Determinismus der Technokratie-Debatte waren die Diagnosen nunmehr von »Enttäuschung und Vertrauensverlust«⁴ in die *Steuerungsfähigkeit* der Demokratien geprägt, und das produzierte eine immense *Verunsicherung* über die Zukunft. Die Demokratien schienen unmittelbar vor dem Kollaps zu stehen, beschreibt Gabriele Metzler den Tenor der Regierbarkeitsdebatten, die 1972 anhoben und bis in die frühen 1980er Jahre fort dauerten.⁵ Sie sind Dokument und Katalysator einer fundamentalen Transformation.

An ihnen soll daher dieser tiefgehende Umbruch im Selbst- und Regierungsverständnis der westeuropäischen Gesellschaften im Folgenden rekonstruiert werden.⁶ Dafür werden zunächst die Krisenphänomene aus zeithistorischer und aus zeitgenössischer Sicht dargestellt, um dann die konfligierenden Deutungsangebote herauszuarbeiten. Auf diese Weise wird deutlich, wie die damaligen Interpretationen die Krisenphänomene zu einer zusammenhängenden Krise der Moderne und der Souveränität verdichteten. In der Krise verloren die Deutungsalternativen, die im bekannten Rahmen des Souveränitätsdenkens verblieben, an Überzeugungskraft, vor allem weil auch sie das Scheitern der Souveränität an ihren eigenen Widersprüchen herausarbeiteten.

Dadurch bot sich die Gelegenheit für neue Deutungsmuster, deren Krisendiagnosen mit anders gelagerten Lösungsvorschlägen aufwarteten. Diese Lösungsvorschläge kamen einerseits von neoliberalen Ansätzen und andererseits von einer kybernetisch inspirierten Interpretation der Krise. Neben dem Neoliberalismus setzte sich dieses technologische Regierungsdenken in der Krise der Moderne als ein neues Deutungsmuster für Politik und Gesellschaft durch.

1. Krisenphänomene

Zeithistorische Perspektiven: Strukturbruch

Die Zeitgeschichte hat sich seit Anfang des 21. Jahrhunderts in einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Erforschung der zweiten Hälfte des vorangegangenen Jahrhunderts gewidmet. Dabei hat sie sich sukzessive davon verabschiedet, die späten 1960er Jahre oder die Wende 1989/90 als zentrale Umbruchszeit zu benennen. Immer mehr rückte die Zeit zwischen 1969 bis circa 1984 – »nach dem Boom« und am

4 Johnson: »Zur Bewertung von Herrschaft«, S. 71.

5 Vgl. Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 243.

6 Zusätzlich zu den zeithistorischen Studien bildet ein zeitgenössischer Textkorpus die Grundlage der Analyse, der ca. 70 Dokumente umfasste. Eine deutlich gekürzte, auf Deutschland fokussierte Darstellung insbesondere der Krisennarrative wurde auf Basis der Dissertation bereits publiziert (vgl. August: »Von ›Unregierbarkeit‹ zu Governance«).

»Ende der Zuversicht« – in den Vordergrund, die nun als »Strukturbruch«, als »turning point«, »silent revolution« und schließlich als »Epochenschwelle« erscheint.⁷

Dafür kann die Zeitgeschichte auf strukturelle Verschiebungen verweisen. So zeichnete sich in den 1970er Jahren eine demografische Wende ab. War das globale Bevölkerungswachstum kontinuierlich angestiegen, geht die Wachstumsrate der Weltbevölkerung nun zurück. Dabei nimmt insbesondere der relative Anteil der westlichen Industriestaaten an der globalen Bevölkerung rapide ab.⁸

Das gleiche Phänomen zeigt sich im Bereich der Ökonomie. Während der Anteil Europas an der Weltproduktion zwischen 1950 und 1970 stabil war, nimmt er seit den 1970er Jahren ab. Dies liegt unter anderem daran, dass das Wirtschaftswachstum in den westeuropäischen Demokratien zwischen 1950 und 1973 bei ca. 4,5 % lag, im Zeitraum von 1973 bis 2000 aber nur noch 2,1 % erreichte.⁹ Im gleichen Zeitraum verkehrten sich die Gewinnmargen körperschaftlicher Unternehmen von -2,9 % (1959 bis 1973) zu +10 % (1981 bis 1989), während gleichzeitig die Einkommens- und Vermögensungleichheit, die vorher zurückging, rapide anstieg. Auf die »dramatischen Verluste des Kapitals im 20. Jahrhundert« folgte die »Rückkehr des Kapitals in den reichen Ländern seit den 1970er Jahren«.¹⁰

Die These vom »Strukturbruch« in den 1970er Jahren ging zunächst von diesen drastischen ökonomischen Veränderungen aus.¹¹ An ihnen lassen sich nicht nur

7 Vgl. als Überblicksartikel Bösch: »Zweierlei Krisendeutungen«; Geyer: »Die Gegenwart der Vergangenheit«; Möller: »Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle«; aus der Vielzahl an Detail- und Überblicksstudien vgl. v.a. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht?*; das Schwerpunkttheft des *Journal of Modern European History* (einleitend Wirsching: »The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?«); Leendertz/Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit*; Woyke (Hg.): *Wandel des Politischen*; Raithel et al. (Hg.): *Auf dem Weg in eine neue Moderne?*; Beck/Mulsow (Hg.): *Vergangenheit und Zukunft der Moderne*; Doering-Manteuffel et al. (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart*; Doering-Manteuffel/Raphael: *Nach dem Boom*; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*; Chabal (Hg.): *France since the 1970s*; Turner: *Crisis? What Crisis?*; Ferguson et al. (Hg.): *The Shock of the Global*; Caryl: *Strange Rebels*. Für den Begriff der »silent revolution« siehe Kaelble: »The 1970s«, S. 20. Für die soziologische Bearbeitung eines »Strukturwandels der Moderne« vgl. Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*; Rosa: *Beschleunigung*. Die Politikwissenschaft hat die Relevanz dieser Zeit bisher nicht hinreichend berücksichtigt; nur wenige nehmen sie als Ausgangspunkt gegenwärtiger (Ideen-)Politik ernst, z.B. Bevir: *Democratic Governance*; Rosanvallon: *Demokratische Legitimität*.

8 Vgl. Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, S. 110-114; Rödder: »Nach der Moderne?«, S. 292.

9 Vgl. Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 148; ähnlich auch Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, S. 89f., 136; Kaelble: »The 1970s«, S. 18.

10 Vgl. Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, Zitate auf S. 195 und 226, als Überblick S. 39-48 sowie Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 22f. Die Reihe ökonomischer Indizien für eine »völlige Umkehrung der Situation« (Piketty auf S. 192) ließe sich verlängern, z.B. anhand von Staatskapital und Privatkapital (aufgeschlüsselt nach Ländern bei Piketty, S. 180-205, zur Staatsquote Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*, S. 346).

11 Vgl. Doering-Manteuffel: »Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen«.

die ›Epochen‹ vor und nach dem Boom unterscheiden, sondern auch die Transformation in den Krisenjahren selbst am eindrucklichsten darstellen. Zum einen kollabierte im März 1973 das System der festen Wechselkurse, ein zentraler Pfeiler der Nachkriegsordnung.¹² Seit längerem war der Dollar aufgrund seiner Funktion als Ankerwährung überbewertet und hatte nicht flexibel auf Schwankungen in der US-Ökonomie reagieren können. In Sorge um die steigende Inflationsrate und Arbeitslosigkeit hatte US-Präsident Nixon daher schon 1971 die Gold-Bindung des Dollars aufgehoben. Dies führte zu einem Kurssturz des Dollars. Angetrieben von den Schulden, die die USA durch den andauernden Vietnam-Krieg ansammelten, minderten Spekulationswellen den Wert des Dollars weiter. Als eines der ersten Länder reagierte Großbritannien 1972 damit, seine Währung nicht mehr an den Dollar zu koppeln. Nachdem im Februar 1973 eine erneute Abwertung des Dollars bekanntgegeben wurde, schlossen zahlreiche europäische Devisenbörsen vom 2. bis 9. März 1973 und die Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Japan lösten die Dollarbindung. Damit wurde das Bretton-Woods-Abkommen faktisch außer Kraft gesetzt und ein System flexibler, *floatender* Wechselkurse eingeführt.

Dass 1973 sowohl in den zeithistorischen Darstellungen als auch in den Selbstbeschreibungen zum symbolischen Krisenjahr wurde, lag zum anderen an der Ölpreiskrise.¹³ Der Anstieg des Ölpreises im Herbst 1973 komprimierte die sich abzeichnende wirtschaftliche Rezession in ein schockartiges Moment. Durch die hochschnellenden Kosten für Rohstoffe ließen sich die Beschäftigungsquoten in den westlichen Ländern nicht auf dem gewohnten Nachkriegsniveau halten: In der Bundesrepublik erhöhte sich die *Arbeitslosigkeit* von 0,8 % (1973) auf 2,6 % (1974), um dann im Folgejahr auf 3,3 % anzusteigen (Abb. 3).¹⁴ Damit wuchs die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million, zu der eine Million Menschen in Kurzarbeit hinzukamen.¹⁵ In Frankreich stieg die Arbeitslosigkeit noch im Verlauf der 1970er Jahre auf 4,7 %, in Großbritannien sogar auf über 5 %.

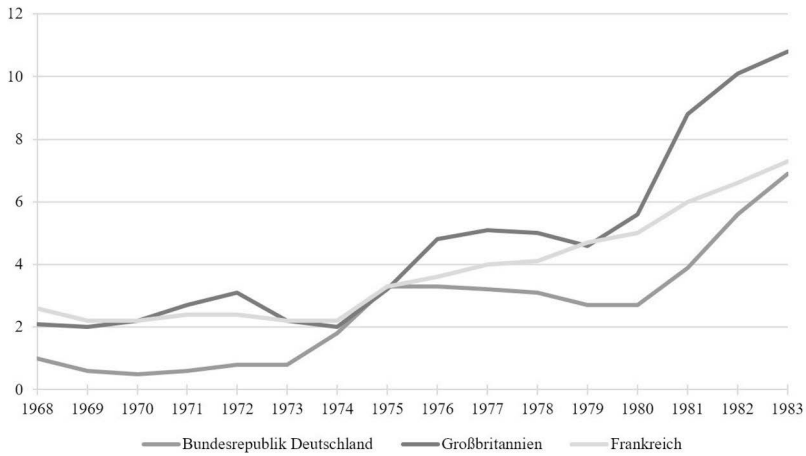
12 Vgl. für diesen Absatz Lee: *Victory in Europe?*, S. 138-140; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 119-121; Jarausch: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹«, S. 332.

13 Vgl. z.B. Jarausch: »Verkannter Strukturwandel«, S. 10f.

14 Vgl. zu den Zahlen stets die unter den Abbildungen angegebenen Datenbanken. Die Angaben differieren freilich je nach angelegter Definition und Referenz. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt z.B. in Bezug auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen eine noch höhere Arbeitslosenquote an (1,2 % auf 4,7 % von 1973 bis 1976).

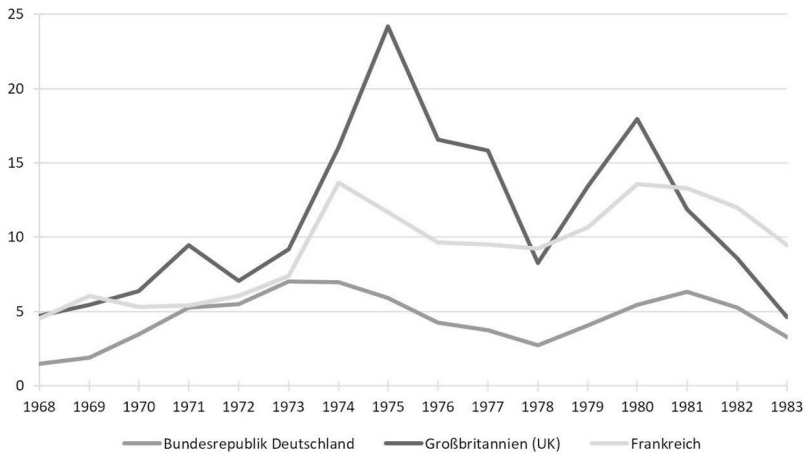
15 Vgl. Jarausch: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹«, S. 333; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 36f.

Abbildung 3: Arbeitslosigkeit in Prozent von 1968 bis 1983



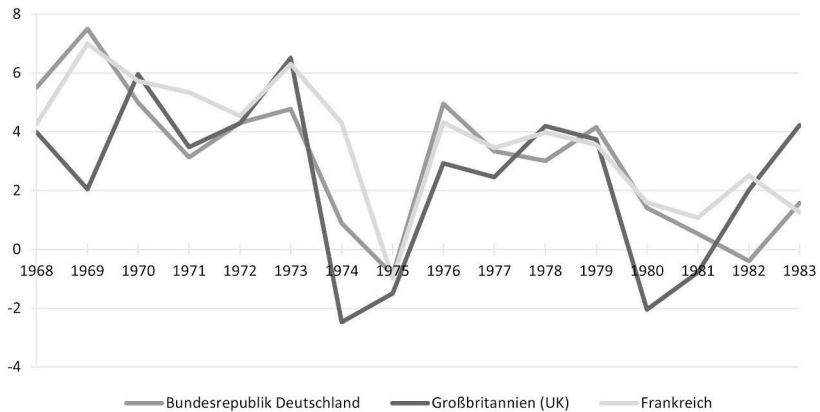
Quelle: Eigene Darstellung auf der Datenbasis von AMECO (URL: ec.europa.eu/economy_finance/ameco/, Unemployment ZUTN, abgerufen am 08.08.2017).

Abbildung 4: Inflationsrate in Prozent von 1968 bis 1983



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der OECD (URL: stats.oecd.org, Consumer Prices – Annual Inflation, abgerufen am 08.08.2017).

Abbildung 5: Jährliche Wachstumsrate in Prozent von 1968 bis 1983



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der World Bank (URL: data.worldbank.org, GDP growth, annual %, abgerufen am 08.08.2017). Dort fehlen die Angaben für die BRD in den Jahren 1968-1970; sie wurden ergänzt durch die Eurostat-Daten bei Giebel-Felten: *Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001*, S. 24).

Parallel zur Arbeitslosigkeit stieg auch die *Inflationsrate* (Abb. 4). In Deutschland war sie seit 1969 schon von 1,9 % auf 5,5 % im Jahr 1972 gewachsen; im Jahr 1973 schnellte sie noch einmal auf 7 % und verharrte dort. Im Vergleich mit anderen westlichen Ländern waren das gute Werte, denn die USA erreichten 1974 ca. 11 %, Frankreich 14 %, und das Vereinigte Königreich erlebte infolge der Streiks der Minenarbeiter noch einmal einen massiven Anstieg von 16 % auf 24 %. Dies führte auch dazu, dass in Großbritannien nicht (nur) der Ölpreisschock von 1973, sondern vor allem die *miners' strikes* von 1974 zum symbolischen Krisenmoment wurden.¹⁶

Schließlich zeigt auch ein dritter zentraler Referenzwert die massive wirtschaftliche Krise der westlichen Demokratien: Das *Wirtschaftswachstum* hatte am Beginn des Jahres 1973 noch zwischen 4,8 % (Deutschland) und 6,5 % (Großbritannien) gelegen; bis 1975 stürzten die Wachstumsraten nun auf -0,9 % (Deutschland) und -1,5 % (Großbritannien). Frankreich hatte sich 1974 noch auf 4,3 % halten können, die Wachstumsrate stürzte dann aber ebenfalls auf -1 %. Nachdem sich

16 Sehr viele der britischen Quellen, die im Folgenden zitiert werden, beziehen sich hierauf als traumatisches Ereignis. Man kann daran sehen, dass die Krisen in den einzelnen Nationalstaaten durchaus unterschiedlich verliefen und unterschiedliche Erfahrungsmomente mit sich brachten. Dennoch wird insgesamt sowohl in den zeitgenössischen Quellen als auch in der Sekundärliteratur von einer gemeinsamen (zumindest westeuropäischen) Krisensituation gesprochen.

das Wachstum 1976 kurzzeitig erholte, brach es in den Folgejahren, bestärkt durch eine zweite Ölpreiskrise im Jahr 1979, erneut ein, während die Arbeitslosigkeit noch einmal anstieg (Abb. 5).

Aus der historischen Distanz lassen sich viele dieser Krisensymptome einordnen. So versteht André Steiner die ökonomische Krise als einen sektoralen Wandel.¹⁷ Innerhalb des Industriesektors verlagerte sich das Gewicht demnach weg von den klassischen Zweigen des 19. Jahrhunderts, der Montan-, Schiffs- und Textilindustrie, was insbesondere Großbritannien traf. Damit erodierten auch die zugehörigen Sozialmilieus und es wurden Arbeitskräfte freigesetzt, die für die Herstellung der technologisch verfeinerten Produkte des Fahrzeugbaus, der Optik und der Datenverarbeitung nicht ausgebildet waren. Gleichzeitig sei vor allem von der Vorleistungsnachfrage der industriellen Unternehmen ein Impuls für die Ausweitung des Dienstleistungssektors ausgegangen, während der Anteil des landwirtschaftlichen Sektors sukzessive zurückging. Man hatte also sowohl *innerhalb* des industriellen Sektors als auch *zwischen* den Sektoren Verschiebungen, aus denen Dauer- und Sockelarbeitslosigkeit resultierten. Diese passten sich nicht an konjunkturelle Schwankungen an und sie wuchsen auch in der kurzen Phase konjunktureller Erholung in den 1970er Jahren. Die Abkopplung der Arbeitslosigkeit von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts wird in zeitgenössischer und in zeithistorischer Perspektive als Indiz für eine nachhaltige, strukturelle Veränderung gewertet.

Diese Befunde wurden allerdings auch immer wieder relativiert.¹⁸ Betrachtet man die sozio-ökonomischen Veränderungen aus der *zeitlich-vergleichender Hinsicht*, lassen sie sich als eine Fortsetzung von Trends beschreiben, die man bereits vor den Weltkriegen beobachten konnte. Infolgedessen müsste man vielmehr die Zeit zwischen 1950 und 1970 als die eigentliche Ausnahmesituation beschreiben. Sie wurde von der Normalität der wirtschaftlichen Entwicklung – hinsichtlich der

17 Vgl. zum Folgenden Steiner: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«. Die Gründe lagen laut Steiner einerseits im technologischen Wandel und in der Erschöpfung des Rekonstruktionspotenzials nach 1945, andererseits aber auch in einer veränderten Angebotsseite (steigende Rohstoffpreise, sinkende Mobilität, durch die stabilen Rahmenbedingungen wachsende Konkurrenz) und einer veränderten Nachfrageseite (Sättigung bei den klassischen Konsumgütern). Vgl. auch Doering-Manteuffel: »Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen«; Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 40–42; Jarausch: »Verkannter Strukturwandel«, insb. S. 18f. Nach Fertigstellung des Manuskripts ist mit Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl* eine große Analyse des Wegs in eine postindustrielle Ordnung erschienen.

18 Zusammenfassend zur Kritik der zeithistorischen Krisendiagnosen vgl. Bösch: »Zweierlei Krisendeutungen«, S. 217–220; Black/Pemberton: »Introduction«. Zur Langzeitperspektive vgl. Piketty: *Das Kapital im 21. Jahrhundert* und Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 248f., die einer Einebnung dennoch kritisch gegenüberstehen.

sektoralen Trends, Wachstumsraten und Einkommensungleichheit – wieder eingeholt, nachdem um 1970 die kriegsbedingten Rückstände aufgeholt worden waren.

Die gleiche Irritation kommt in *räumlich-vergleichender Hinsicht* auf, denn ausgerechnet die westlichen Demokratien blieben institutionell letztlich weitestgehend unverändert. Dem stehen die massiven Umbrüche in den südeuropäischen Gesellschaften Griechenlands, Spaniens und Portugals gegenüber, deren autoritäre Herrschaftsstrukturen kollabierten und – im Falle Griechenlands und Portugals: erneut – zu Demokratien transformiert wurden.¹⁹ Auch für den ›Ostblock‹, für den freilich die Schwelle 1989/90 noch einmal relevanter ist, lässt sich zumindest argumentieren, dass es die ökonomischen Krisen und die soziale Differenzierung der 1970er Jahre waren, die zum Kollaps am Ende der 1980er Jahre führten, weil die sozialistischen Systeme gerade keine angemessenen Antworten hierauf entwickeln konnten.²⁰ Im Vergleich dazu dominierte im ›Westen‹ die Kontinuität: Die demokratischen Gesellschaften blieben repräsentative Demokratien, und auch die individuelle lebensgeschichtliche Erfahrung deckt sich daher häufig nicht mit der öffentlichen Krisenrhetorik, wie Frank Bösch zurecht bemerkt.²¹

Diese komparativen Einordnungen haben ihre Berechtigung, denn sie korrigieren eine im Entstehen begriffene Erzählung, indem sie die Perspektive ökonomischer Strukturdaten dezentrieren. Zugleich warnen sie so davor, den Begriff der ›Krise‹ aus den zeitgenössischen Beschreibungen als eine Untergangserzählung zu übernehmen. Damit verweisen sie implizit auch auf einen wichtigen theoretischen Aspekt: Im Gegensatz zur Alltagssprache muss ein reflektierter Krisenbegriff die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen erfassen, die auch die Anschlusspunkte für die weitere historische Entwicklung bereithält. Es reicht daher aber auch nicht aus, sich auf die Relativierung der ›Krise‹ zurückzuziehen. Vielmehr muss man den dadurch offen zutage tretenden Widerspruch klären: Selbst wenn es sich um einen im Vergleich nur bedingt dramatischen Umbruch handeln würde, wieso gestaltete sich die zeitgenössische Reaktion dann so deutlich in der Form von Krisen- und Untergangsszenarien?

Zur Beantwortung dieser Frage ließe sich zunächst darauf verweisen, dass Erfahrung und Erwartung auseinandertraten. Bestärkt von 25 Jahren Prosperitätserfahrung waren die Erwartungen auf eine durch wissenschaftliche Analyse belastbare Politik ausgerichtet gewesen, sodass die Erfahrung falscher Vorhersagen und einer schärferen wirtschaftlichen Rezession, deren Bearbeitung nicht unmittelbar

19 Vgl. Kaelble: »Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945«, S. 30.

20 Dazu sehr schön Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*; Steiner: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«.

21 Vgl. Bösch: »Zweierlei Krisendeutungen«, S. 218, 229.

gelang, frustrierte Reaktionen hervorrief.²² Solange man darin aber nur eine Ernüchterung ohnehin überzogener Erwartungen sieht, unterschätzt man allerdings die tatsächliche Systematik des Problems und kann so den epistemischen Bruch, der sich in den 1970er Jahren ereignete, nicht ganz erfassen.

Im Folgenden werde ich argumentieren, dass die Veränderungen als so dramatisch wahrgenommen wurden, weil sie die Kernversprechen des Regierungskonzeptes Souveränität betrafen. Diese systematisch-konzeptionelle Dimension plausibilisiert auch, dass insbesondere die öffentlichen Intellektuellen schon früh eine grundlegende Krise diagnostizierten.²³ Ihre Erklärungen für die Krise liefen insofern folgerichtig auf eine Dekonstruktion der Souveränität hinaus, indem sie deren interne Dilemmata nachzeichneten. In dem Moment aber, als das Konzept dynamischer Stabilisierung der modernen Gesellschaft durch eine zentrale Steuerungsinstanz versagte, brach die gesamte Problemlage der Verarbeitung von Kontingenz, der Stellung der Subjekte und der Aufgabe von Politik neu auf. Die zentrale Stellung des Souveränitätsdenkens für die Konzeption einer modernen Gesellschaft hatte zur Folge, dass die Koordinaten der Gesellschaftsformation Moderne selbst zur Diskussion gestellt wurden.

Zeitgenössische Krisenwahrnehmung: Stagflation, Protest, Gewalt

Die zeitgenössischen Akteure waren mit den je aktuellen statistischen Daten durchaus vertraut. Ihre breite Verfügbarkeit und Relevanz gehörten zu der Expansion des Planungs- und Steuerungsanspruchs des souveränen Staates.²⁴ Sie hatten ja die Basis bieten sollen, um die drei zentralen Versprechen einzulösen, mit denen das souveräne Regierungskonzept den Staat beziehungsweise die Regierung beauftragt hatte. Erstens war der Staat angetreten, um die Souveränität des Staates mit der Souveränität der Bürger:innen zu verbinden und ihnen hierfür durch repräsentative Verfahren die Möglichkeit und durch Bildung die Fähigkeit zur Verfügung zu stellen. Als zweites beinhaltete die Souveränitätskonzeption ein Friedensversprechen, das zwischenstaatlich durch internationale Organisationen, innerstaatlich durch den Ausgleich von Interessen gewährleistet werden sollte. Hieran schloss das dritte Versprechen dynamischer Stabilität an: Die Regierung sollte die sozialen Kräfte ausbalancieren. Dafür sollte sie Wohlstandswachstum für alle organisieren, indem Produktions- und Verteilungsprozesse effizient geplant

22 Vgl. Jarausch: »Verkannter Strukturwandel«, S. 17; Süß/Woyke: »Schimanskis Jahrzehnt?«, S. 8; Seefried: *Zukünfte*, S. 501-504; bereits konzeptioneller verfährt Metzler: »Probleme politischen Handelns im Übergang zur Zweiten Moderne«.

23 Demgegenüber attestiert Jarausch den deutschen Politikern eine »Wahrnehmungsblockade«, sodass sie den Strukturwandel vielfach bis zur zweiten Ölpreiskrise verkannt hätten (Jarausch: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹«, S. 335).

24 Aus der breiten Literatur zur Expansion dieses Wissens vgl. Nützenadel: *Stunde der Ökonomen*.

wurden. In der politischen Krisenliteratur von 1969 bis 1980 treten geradezu spiegelbildlich drei Problemlagen immer wieder als Anlass- und Referenzpunkte der gesamten Debatte um die Regierungsunfähigkeit der Staaten in den Vordergrund: die Stagflation als Krisensymptom des Wohlfahrtsstaates, die Konfrontation sozialer Interessen und die Eskalation von Gewalt in Krieg und Terrorismus.

Ein deutliches Übergewicht besitzt dabei die Diskussion der ökonomischen Krise. Sie wird in den Texten als *politische Krise von gesamtgesellschaftlichem Ausmaß* thematisiert. Diese Deutung entspricht der keynesianischen Grundannahme, nach der der Politik die Aufgabe ökonomischer Steuerung zukam. Dabei war die Steuerungspolitik davon ausgegangen, dass zwischen der Inflation und der Beschäftigungsquote ein positiver Zusammenhang bestehen musste. Umgekehrt formuliert: Je höher die Arbeitslosigkeit, desto niedriger die Inflation. Parallel dazu galt die Annahme, dass Wirtschaftswachstum zu einer höheren Inflation führen muss, während die Stagnation der Wirtschaft zwingend mit einem Rückgang der Inflation zusammenhinge.²⁵ Was die Menschen damals beobachteten, widersprach diesen Annahmen also fundamental.

Aus zeitgenössischer Sicht waren die oben benannten Werte absolut betrachtet schon sehr bedenklich, denn man hatte seit der Großen Depression die Sorge, dass sich keine Demokratie jenseits einer Inflationsrate von 30 % halten könne, und zumindest Großbritannien war auf dem besten Weg dorthin.²⁶ Setzte man die Inflation aber in Bezug zu den anderen beiden Standardwerten der keynesianischen Problemlösung für die Große Depression, also Beschäftigungsquote und Wirtschaftswachstum, wurde das Ausmaß des Dilemmas erst deutlich: Die ›Stagflation‹ beschrieb ein Phänomen, das laut der politischen Wissensordnung im Rahmen von Industriestaaten nicht stattfinden sollte – und dennoch stattfand.²⁷

Die Beobachtung der Stagflation zog dementsprechend alarmistische Einschätzungen nach sich: »If Britain continues to be unable to resolve the seemingly unresolvable problems of inflation-cum-prospective depression, [...] ›parliamentary democracy would ultimately be replaced by a dictatorship‹«, wurde ein britischer

25 Bei den Annahmen des Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Inflation handelte es sich um eine Variante der Phillips-Kurve, die aufbauend auf Beobachtungen der späten 1920er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg formuliert, modifiziert und dann steuerungspolitisch rezipiert wurde. Vgl. zur Stagflation auch Schui/Blankenburg: *Neoliberalismus*, S. 54–56, bei denen man den bis heute andauernden Streit um die Ursachenanalyse beobachten kann (exogener Schock vs. interne Steuerungsfehler).

26 Vgl. auch Runciman: »The crisis of British democracy«, S. 171. In Deutschland galt schon eine Inflationsrate von 5 % als gefährlich (vgl. Buggeln: »Steuern nach dem Boom«, S. 71).

27 Dies wurde zeitgenössisch vielfach besprochen, etwa bei Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 124, Rose: »Ungovernability«, S. 358, oder Crozier et al.: »Conclusion«, S. 164. Zur Rolle der Stagflation im Keynesianismus vgl. Steiner: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«, S. 43.

Beamter direkt am Beginn des einflussreichen Krisenreports der *Trilateral Commission* zitiert.²⁸ Dieser erschien allerdings noch vor dem erneuten Einbruch der Wirtschaft. Das Problem spitzte sich weiter zu, umso häufiger die gewählten Mittel scheiterten. 1976 verkündete Jacques Rueff das Ende des Keynesianismus, in diesem Fall nicht ohne gewisse Freude, denn Rueff war Mitglied der Mont Pelerin Society und seit jeher bekennender Kritiker von Keynes Theorie.²⁹ Demgegenüber markierte Ralf Dahrendorf 1979 in der britischen Debatte durchaus besorgt die strukturelle Unfähigkeit der Regierungen im Umgang mit dem »Fluch« der Inflation. Er zählte die Steuerungsversuche auf – von der Stimulation des Wachstums über neue »Gesellschaftsverträge«, die die Löhne und »manchmal« auch die Preise niedrig halten sollten, bis hin zur Steuerung der Geldmenge – und konstatierte, dass keine der Maßnahmen erfolgreich gewesen sei.³⁰ Für ihn war dieses wiederholte Scheitern ein tiefgreifendes, politisches Krisensymptom.

Neben der ökonomischen Dimension tritt in Dahrendorfs Ausführung en passant auch ein zweites *Krisenphänomen* auf, das viele überaus beunruhigte: *das Aufbrechen massiver Konflikte zwischen staatlicher Politik und gesellschaftlichen Interessen*. Diese Konflikte lassen sich heuristisch in zwei Kategorien unterteilen: Auf der einen Seite steht der »klassische« Konflikt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, auf den Dahrendorf mit dem Verweis auf Löhne und Preise anspielte; auf der anderen Seite stehen »neue« Konflikte, die in den gegenkulturellen Strömungen und den neuen sozialen Bewegungen zum Ausdruck kamen. In beiden Varianten wurden die Konflikte dann entweder so gelesen, dass der Staat sein Partizipationsversprechen nicht einlöste, oder sie wurden so gelesen, dass der Staat seine eigene Souveränität nicht mehr gegen die gesellschaftlichen Interessen durchsetzen konnte. Von konservativer Seite befürchtete man dann eine »Refeudalisierung« des Staates, und diese Gefahr ging zumeist von den Gewerkschaften aus.³¹

Dem Problem der sozialen Konflikte widmete auch Peter Graf Kielmansegg einen Artikel, der die zurückliegende Debatte der Nachkriegszeit resümierte. Er argumentierte, dass »die Freude darüber, den Pluralismus als konstitutives Prinzip der westlichen Demokratie entdeckt zu haben« nicht lange gewährt habe, weil schnell klar wurde, dass die Interessen weder »gleichermaßen organisierbar« seien noch »den gleichen Zugang zu den Zentren der Entscheidung« haben.³² Dadurch hatte die frühe Euphorie für den Pluralismus einen Dämpfer erfahren, weil die Partizipations- und Gleichheitsansprüche nicht zusammengingen.

28 Crozier et al.: »Introduction«, S. 2.

29 Rueff: »La Fin de l'Ere Keynesienne«.

30 Dahrendorf: »Effectiveness and Legitimacy«, S. 395 (Zitate: eigene Übersetzung). Dabei lässt sich im Übrigen eine Abneigung gegenüber den monetaristischen Maßnahmen erkennen.

31 Siehe dazu prägnant Schieder: »Einmaligkeit oder Wiederkehr«, S. 35.

32 Hier und im Folgenden Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?«, S. 139.

In der aktuellen Diskussion komme ein neues Problem hinzu, weil nun das Verhältnis zwischen Staat und Interessen zur Disposition stehe, argumentierte auch Kielmansegg. So, wie er die empirischen Studien der Zeit las, wurden die »organisierten Interessen« so mächtig, dass sie als »Regierung, Gegenregierung und Nebenregierung« die staatliche Regierungskompetenz unterliefen.³³ Die Pluralisierung und Stärkung der gesellschaftlichen Interessen führen dazu, dass sich die innere Souveränität auflöse. Dadurch schwinde die Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz, auf die der Staat im teleologischen Regierungsdenken der Nachkriegszeit aber angewiesen war:

»Die Institutionen des Staates brauchen, um ihrer Bestimmung [!] genügen zu können, Entscheidungsspielräume gegenüber allen Gruppen, und sie müssen imstande sein, ihren Entscheidungen Geltung bei allen Betroffenen zu sichern. [...] Dies sind die Sachverhalte, die die Formel von der *Auflösung der inneren Souveränität* meint. Bei genauerem Hinsehen lassen sich drei Typen von Gefährdungen unterscheiden: die Instrumentalisierung der Institutionen des Staates, die Blockierung der Institutionen des Staates und die Ausübung autonomer Steuerungsmacht.«³⁴

Unter dem Stichwort »organisierte Interessen« blickte Kielmansegg – wie viele andere – zunächst auf die Gewerkschaften. Ihr politischer Einfluss wurde besonders deutlich wahrgenommen, als mit dem ökonomischen Sinkflug der Konsens von Arbeit und Kapital zerbrach. In diesem Zuge stiegen Streikhäufigkeit und -intensität an.³⁵ Das paradigmatische Beispiel für die Gefahr, die davon ausging, war »[d]as britische Drama des Konfliktes zwischen der Gewerkschaftsbewegung und zwei Regierungen«.³⁶ Selbst als der konservative Premierminister Heath, der die Konfrontation mit den Gewerkschaften suchte, durch die Labour-Premiers Wilson (ab 1974) und Callaghan (ab 1976) abgelöst worden war, gingen jedes Jahr über 10 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren: »Striking gas and power workers, engine drivers, miners, ambulance drivers, hospital staff, firemen and civil servants created an image of a government out of control and of trade union in a position of power«, resümiert Sabine Lee die Wahrnehmung in der britischen Öffentlichkeit.³⁷

33 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?, S. 145.

34 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?, S. 145 (Hervorhebung hinzugefügt).

35 Vgl. dazu auch Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 250.

36 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?, Zitat S. 154; insg. S. 154-164. Die Hintergründe konnte er offensichtlich auch für ein deutsches Publikum als bekannt voraussetzen: »An den Konfliktstoff braucht nur eben erinnert zu werden« (S. 154).

37 Lee: *Victory in Europe?*, S. 143, zur britischen Krisenwahrnehmung auch Turner: *Crisis? What Crisis?*, S. 11, 189; Geppert: *Thatchers konservative Revolution*, insb. S. 201-204. Für Primärquellen nur beispielhaft Rose: »Ungovernability«, S. 367 (mit internationalen Bezügen); King: »Over-

Im Vergleich zu Großbritannien oder auch Frankreich war die Krisensituation in der Bundesrepublik weniger dramatisch, wie manche Kommentare vermerkten.³⁸ Diese wahrgenommene Diskrepanz lässt sich nachvollziehen, wenn man etwa auf die Streiktage schaut: In den Spitzenjahren 1971 und 1978 gingen hier nur 2,5 Millionen Arbeitstage verloren.³⁹ Allerdings lag dies immer noch deutlich über jedem anderen Jahr seit Gründung der Bundesrepublik, und zudem gab es 1973 zum zweiten Mal nach 1969 ›wilde Streiks‹, die die Konzentrierte Aktion von Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberern unterliefen und höhere Löhne einforderten. Damit traten ähnliche Phänomene wie in Großbritannien auf, sodass die deutschen Kommentare vielfach Anlass zu einer Sorge fanden, die sie anhand Großbritanniens extrapolieren konnten: Streiks und wilde Streiks unterminierten die Regierungsfähigkeit der Politik so weit, dass sie zu einem Verfassungsproblem der politischen Ordnung insgesamt wurden.⁴⁰

Das massive Konfliktpotenzial erschöpfte sich allerdings, wie angesprochen, nicht mehr im klassischen Arbeitskampf. Denn es hatten sich zudem in allen westlichen Gesellschaften zahlreiche neue soziale Bewegungen gegründet, die den Gesetzgebungsprozess vermeintlich blockierten oder die Anerkennung von Gesetzgebung unterliefen.⁴¹ Wie Claus Leggewie autobiografisch beschrieb, war dies ein durchaus paradoxer Effekt der 68er-Proteste, denn diese hatten in großen Teilen auf eine Revolution des gesamten Systems gezielt, statt auf eine thematisch fokussierte Reformierung.⁴² Während aber die Proteste von 1968 nur selten über

load«, S. 290f.; Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 131f.; für die USA etwa Huntington: »The United States«, S. 103.

38 Siehe z.B. Crozier: »Western Europe«, S. 23, 37. In Großbritannien sah man sich ohnehin als besonders betroffen, was die Rede von der ›englischen Krankheit‹ auf den Punkt bringt (etwa Johnson: *Die englische Krankheit*; vgl. auch Geppert: *Thatchers konservative Revolution*, S. 198–201).

39 Zu den Streiktagen vgl. die Datenbank von Sensch: *Arbeitskämpfe in Deutschland*.

40 Siehe Böckenförde: »Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie«. Interessanterweise spielt die Unterminierung der Gewerkschaften durch wilde Streiks in den Beobachtungen kaum eine Rolle. Vgl. zeithistorisch zu den Selbstbeschreibungen auch Schanetzky: *Die große Ernüchterung*, S. 137–139; für eine strukturelle Perspektive vgl. Müller-Jentsch: *Strukturwandel der industriellen Beziehungen*, S. 69–71; Süß/Woyke: »Schimanskis Jahrzehnt?«, S. 12.

41 Siehe Matz: »Über politische Untugenden als Hemmnisse des Regierens im demokratischen Verfassungsstaat«, S. 219; Roeggele: »Massenmedien und Regierbarkeit«, S. 192–194, oder den ›Hinweis‹ auf »die neuerliche Verunsicherung durch Bürgerinitiativen, in denen echte humane Betroffenheit, manipulierender Radikalismus und Schildbürgerei wieder einmal eine typisch deutsche Verbindung eingehen« (Schwarz: »Das europäische Konzert der gelähmten Leviathane«, S. 304).

42 Leggewie: »1968 ist Geschichte«, wo er 1968 als »glücklich gescheiterte Revolution« (S. 5) bezeichnet. Für das gleiche Paradox in Frankreich vgl. Christofferson: *French Intellectuals Against the Left*.

den originär-studentischen Rahmen hinaus mobilisierten, brachten die neuen Bewegungen die Pluralität der gesellschaftlichen Interessen zum Ausdruck, die im Wohlstand der zurückliegenden Jahre entstanden waren.

Besonders präsent ist die Ausdifferenzierung einer »adversary culture« im Report der *Trilateral Commission*, vor allem in den Beiträgen zu Westeuropa und den Vereinigten Staaten.⁴³ Im Zentrum standen dabei die Anti-Atom-Bewegung und die Ökologie-Bewegung, Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen sowie die Vervielfachung von Bürgerinitiativen, aber auch die Auseinandersetzung mit Sexualität und dem staatlichen Strafwesen wurde nunmehr politisiert. Zu diesen neuen Bewegungen gehörten in Frankreich dann auch zwei Gruppierungen, in denen Michel Foucault federführend aktiv war: die *Groupe d'Information sur les Prisons* und die Anti-Psychiatrie-Bewegung.

Die Vervielfältigung und Intensivierung des Konflikts, die bekanntlich auch zum expliziten politischen Programm Foucaults gehörte, ist schließlich mit einem dritten Aspekt verbunden, der immer wieder als Referenzpunkt in den Texten zur (Un-)Regierbarkeit genannt wird: der *Wiederkehr der Gewalt*.

Diese Rückkehr wurde in zwei Richtungen thematisiert: Auf der einen Seite standen starke Bewegungen gegen die Aufrüstung und Remilitarisierung. Ihr Fokus verlagerte sich sukzessive vom Vietnam-Krieg auf die neuerliche Verschärfung des Kalten Kriegs, wie der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss in der Bundesrepublik exemplarisch zeigt.⁴⁴ Während hier die Gewaltkapazitäten des Staates im Fokus standen, problematisierte die zweite Perspektive umgekehrt die (mangelnden) Friedenskapazitäten der Nachkriegsstaaten: Nicht nur dass die Ölpreiskrise durch den Jom-Kippur-Krieg 1973 ausgelöst wurde,⁴⁵ die westeuropäischen Staaten wurden vor allem intern durch Terrorismus herausgefordert.

Dabei beobachteten zeitgenössische Akteure eine Radikalisierung linker Gruppen, die sich von den gemäßigt linken Parteien und der Bewegung der Neuen Linken abspalteten.⁴⁶ Während die militanten Aktionen maoistischer und trotzkisti-

43 Crozier et al.: »Introduction«, Zitat auf S. 6. Vgl. hier und im Folgenden Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 276-282; Wendt: *Geschichte der Sozialen Arbeit*, S. 249-299.

44 Siehe Diner: »Hier stimmt was nicht«; in kritischer Abgrenzung etwa Huntington: »The United States«; Maizière: »Verteidigungspolitik in der Demokratie«. Eine Rekonstruktion des »NATO-Doppelbeschluss[es] als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung« vor dem Hintergrund der Krise bietet Gassert: »Viel Lärm um Nichts?«; vgl. auch Lee: *Victory in Europe?*, S. 162-164; Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 277.

45 Siehe etwa Schieder: »Einmaligkeit oder Wiederkehr«, S. 27. Zeithistorisch wird die Erhöhung der Rohstoffpreise als Instrument von OPEC-Staaten gesehen, um die westliche Unterstützung Israels im Krieg zu erodieren (vgl. Lee: *Victory in Europe?*, S. 140f.).

46 Siehe Allemann: »Aufstand der Regionen«, insb. S. 291-298; Wilkinson: »Die Drohung des Terrorismus«. Insbesondere Paul Wilkinsons Werk verweist auf den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Terrorismus. In den 1970er Jahren veröffentlichte er vier Monografien,

scher Gruppen in Frankreich in diese Nähe gerückt wurden, waren in der Bundesrepublik vor allem die außerparlamentarische Opposition und die Rote Armee Fraktion (RAF) die einschlägigen Beispiele. Die RAF entwickelte nach der ersten Hochphase 1972 zwischen 1975 und 1977 bekanntlich eine zweite aktive Phase, deren Höhepunkt der Deutsche Herbst 1976 war. Auch in Italien verübten zwei terroristische Gruppen mehrere Attentate, die kommunistischen Roten Brigaden und der rechtsextremistische *Ordine Nuovo*.⁴⁷

Daneben traten terroristische Attacken separatistischer Organisationen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker anriefen. Das dramatischste Beispiel dafür war die *Irish Republican Army* (IRA). Der *Bloody Sunday* am 30. Januar 1972, an dem die britische Staatsgewalt unbewaffnete Demonstranten angriff, wurde dabei zum Auslöser für die Eskalation des Nordirland-Konflikts, in deren Folge die IRA zahlreiche terroristische Anschläge verübte. Während die Attacken der IRA oder auch der baskischen *Euskadi Ta Askatasuna* weitgehend regional begrenzt blieben, war der Terrorismus der *Palestine Liberation Organization* in mehreren Ländern aktiv. Insgesamt zeichnete sich eine Internationalisierung des Terrorismus ab, weil sich die Gruppierungen miteinander solidarisierten. Wilhelm Hennis begründete daher die Frage nach der Regierbarkeit mit dem Blick auf diese Ereignisse: »Terror, Brutalität und Gewaltsamkeit für diesen oder jenen Zweck gibt es seit eh und je in der menschlichen Geschichte. Aber nie waren seine Chancen so groß, seine möglichen Auswirkungen so weltweit unbegrenzt.«⁴⁸

Allerdings wurde die Gefahr, dass der Staat tatsächlich militärisch vom Terrorismus überwältigt werden könnte, eher gering eingeschätzt. Das eigentliche Problem des Terrorismus für die Regierbarkeit lag demnach tiefer: Entweder könnte er zum ohnehin eingeleiteten Vertrauensverlust in die politische Ordnung beitragen, weil auch die hohen Erwartungen an sozialen Frieden und Sicherheit nicht mehr erfüllt wurden. Die Wiederkehr der Gewalt unterlief so das *Friedensversprechen* der

von denen insbesondere *Terrorism and the Liberal State* in einer breiten Öffentlichkeit rezipiert wurde. Infolgedessen avancierte Wilkinson zum politischen Berater zahlreicher Regierungen (vgl. Rengger: »Paul Wilkinson obituary«). Für Deutschland hat Gabriele Metzler rückblickend die Diskussion nachvollzogen und betont, dass außerparlamentarische Opposition und Neue Linke zunächst getrennte Diskurse waren, die Trennung zeitgenössisch aber häufig nicht reflektiert wurde. Vgl. hier wie folgend Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 245f., 282-284; Kaelble: »The 1970s«, S. 19; Lee: *Victory in Europe?*, S. 164-166; Turner: *Crisis? What Crisis?*, S. 69-72; Vowinckel: »Anmerkungen zur Mediengeschichte des Terrorismus«.

47 Italien avancierte häufig zum Musterbeispiel für Unregierbarkeit, wozu der doppelseitige Angriff durch den Terrorismus von links und rechts entscheidend beitrug. Siehe Lill: »Italiens ›Schwerregierbarkeit‹«.

48 Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 15, der unmittelbar auf die PLO verweist.

Nachkriegsstaaten. Oder die Rückkehr der Gewalt wurde als ein Zeichen der zentrifugalen Kräfte gesehen, die die Einheit der Staaten zu zerreißen drohten. Er erschien dann als ein radikalisiertes Symptom für die nachlassende *Integrationskraft* der Staaten, das an die 1930er Jahre erinnerte.⁴⁹

Damit hatte man – sowohl in der historischen Referenz als auch in der systematischen Argumentation – den Zirkelschluss zum Kern der Regierbarkeitsdebatte hergestellt: die Krise der Souveränität. Weil dieses Regierungskonzept ausdrücklich als Antwort auf die Probleme der Zwischenkriegszeit entworfen worden war, hing der Topos *Weimar* in den Regierbarkeitsdebatten in der Luft.⁵⁰ Dass die Krisensymptome die Kernversprechen des Souveränitätsmodells konterkarierten, führte zu einer tiefen Verunsicherung und riss – schon wieder – die Frage auf, ob und wie moderne Gesellschaften politisch gestaltbar und steuerbar waren.

2. Krisennarrative

Angesichts der Vielzahl, Drastik und Nachhaltigkeit der Veränderungen haben viele ihre Debattenbeiträge so weit wie möglich auf die Beschreibung einzelner Aspekte, Länder oder Prozesse beschränkt. Umso schärfer wird die Auseinandersetzung zwischen denen, die eine historische oder systematische *Erklärung* für die Situation entwickelten. Die Schärfe, mit der um die richtige Krisendiagnose gestritten wurde, unterstützte freilich den Eindruck der Krisenhaftigkeit. In der Forschung zu den Krisen der 1970er Jahre ist diesen unterschiedlichen Interpretationsansätzen verhältnismäßig wenig systematische Aufmerksamkeit gewidmet worden. Ich will daher im Folgenden zeigen, dass sich in den Krisendebatten vier prominente Krisennarrative unterscheiden lassen.

Unter den vier Krisennarrativen stehen zunächst zwei Gruppen, die bereits die Konflikte der Nachkriegszeit geprägt hatten und daher nun in Schwierigkeiten gerieten. Die erste Gruppe von Texten, zu denen unter anderem Wilhelm Hennis und der prominente britische Parteienforscher Anthony King beitrugen, analysierte die Geschehnisse ausgehend von der normativen Folie der bestehenden politischen Traditionen und Institutionen. Analytisch gesehen stehen sie in der Tradition eines klassischen Institutionalismus. Ihr ebenso ›klassischer‹ Gegenspieler waren neo-marxistische Beiträge, die, wie zum Beispiel die Beiträge von Claus Offe, auf die internen Widersprüche des Spätkapitalismus abzielten.

49 Siehe Wilkinson: »Die Drohung des Terrorismus«, S. 315–319; Schwarz: »Das europäische Konzentrat der gelähmten Leviathane«, S. 298f.; Lill: »Italiens ›Schwerregierbarkeit‹«, S. 363–372.

50 Siehe Crozier et al.: »Introduction«, S. 4f.; Hennis: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«; vgl. für Großbritannien Geppert: *Thatchers konservative Revolution*, S. 202.

Die scharfe Opposition dieser beiden Positionen wurde in der Forschung gelegentlich zur Beschreibung der gesamten Debatte übernommen. Diese zeitgenössischen Label der ›Konservativen‹ und ›Progressiven‹ aus den Dokumenten in die Forschung zu übernehmen, birgt aber Risiken. Denn man vernachlässigt dann nicht nur, dass diese Spaltung eine Selbstbeschreibung bestimmter Akteursgruppen der Zeit ist, die historisch zu reflektieren wäre; man übersieht vor allem auch, dass die Krisendebatte insgesamt dieser Unterscheidung gerade nicht folgt.⁵¹

Denn jenseits der institutionalistischen und neomarxistischen Ansätze, die im Grunde den Kern der zeitgenössischen Auseinandersetzungen von ›Konservativen‹ und ›Progressiven‹ bildeten, drängten nun zwei neue Deutungsmuster in den Vordergrund, die die bisherigen Ansätze ausdrücklich kritisierten. Die neoliberale und die technologische Krisendiagnose grenzten sich gezielt von dem Politik- und Gesellschaftsverständnis der Nachkriegszeit ab. Dabei griffen beide Krisennarrative auf ideenpolitische Ressourcen zurück, die sich, so ihr eigenes Argument, in den vergangenen 30 Jahren nicht erschöpft hatten. Aus dieser Kombination aus einem Pathos des Neubeginns und einer unverbrauchten Logik des Regierungsdenkens

51 Bisherige Untersuchungen differenzieren die unterschiedlichen Positionen nicht oder nicht hinreichend, insbesondere wenn eine einfache Rechts-Links-Unterscheidung angelegt wird. So vermischt etwa Armin Schäfer erst die widersprüchlichen Positionen des institutionalistischen Strangs mit denen der Neoliberalen, nur weil sie ein gemeinsames Motiv teilen (*overload*), während er zugleich die Spätkapitalismustheorie davon abgrenzt, nur um dann feststellen zu müssen, dass auch sie dieses Motiv teilt. Wie häufig bleibt außerdem die *technologische Krisendiagnose* unerwähnt (vgl. Schäfer: »Krisentheorien der Demokratie«). Demgegenüber hat Gabriele Metzler diesen Strang unter dem Stichwort Policy-Analyse zumindest teilweise einbezogen, dann aber wieder in themenspezifischen Aufsätzen ausgespart (vgl. Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 392-408; Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«). Während die Durchsetzung der neoliberalen Rationalität in den 1970er Jahren von der Forschung thematisiert wurde, ist so das technologische Krisennarrativ bisher nicht erkannt worden. Selbst für die Analyse und Kritik des Neoliberalismus ist aber eine Darstellung fatal, die diese Alternative unterschlägt. Nicht nur weil die Heterogenität der Gegenwart aus dem Blick gerät, sondern auch weil der Neoliberalismus entweder selbst als ein alternativloser Sachzwang oder als ein ›Schlag des Kapitals‹ bzw. ›mutiger Ökonomen‹ erscheint (kritisch zu dieser bei Neoliberalen und Neoliberalismus-Kritikern wie Wolfgang Streeck verbreiteten Lesart bereits Eich/Tooze: »The Great Inflation«). Analysiert man stattdessen die Krisendebatten insgesamt, lässt sich einerseits der Aufstieg des Neoliberalismus als eine stilistisch und argumentativ ausgefeilte Antwort auf die Krisensituation rekonstruieren. Man sieht andererseits auch, dass der Neoliberalismus keineswegs der einzige Weg aus der Krise war. Eine solche Analyse der Deutungsmuster ergänzt andere Beobachtungen zu den Akzeptabilitätsbedingungen des Neoliberalismus, wie z.B. die wandelnden Einstellungen der Mittelschicht (vgl. Mau: *Inequality, Marketization and the Majority Class*), und die soziologischen Analysen zum Strukturwandel der Moderne (vgl. Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*; Rosa: *Beschleunigung*).

erklärt sich die Attraktivität jener Ansätze, von denen die Neubestimmungen von Politik und Gesellschaft seit den 1970er Jahren ausgingen.

Institutionalismus: Das unlösbare Dilemma der demokratischen Souveränität

Vor einer technologischen Neuformulierung von Politik und Gesellschaft warnte hingegen Wilhem Hennis in scharfen Worten: »[D]ie Umformulierung historisch-praktischer Probleme und Handlungslagen in systemtheoretische, kybernetische, kommunikationstheoretische Fachsprachen hat bisher kaum je zur Klärung, nur zu oft aber zur Trivialisierung der Problematik beigetragen«. ⁵² Und er wettete weiter: »Die mögliche Unregierbarkeit der Staaten und der Welt wird definiert nicht als ein Ergebnis menschlichen Handelns, sondern als sozialtechnischer Defekt [...]. Die Verwechslung menschlich-sozialer Tatbestände mit technischen Produkten – das ist der banalste Irrtum unserer Zeit.« ⁵³

Damit schloss Hennis an die Technokratie-Debatte an, die in Form von Hinweisen auf die mögliche Selbsterstörung durch Atomwaffen, auf die ökologischen Probleme, die psychologische Konditionierung der Menschen oder die Koordinationsprobleme politischen Handelns noch nachhallten. ⁵⁴ Die Herausgeber der beiden zentralen deutschen Bände zur *Regierbarkeit* – neben Hennis waren es Ulrich Matz und Peter Graf Kielmansegg – argumentierten allerdings, dass diese technokratiiekritischen Hinweise nicht bis zu dem eigentlichen Problem des Regierens vordringen. Die »Illusion der Macht über die Mittel« ⁵⁵ war für sie nur ein Symptom für eine tieferliegende Disposition der Demokratie, die historisch weit hinter die Technokratie auf die Entstehung des modernen Staates zurückgehe.

Hennis, Matz und Kielmansegg gaben ihrer Diagnose also eine historische Tiefe. Sie argumentierten, dass der neuzeitliche Staat einen Hang zur Utopie habe, der auf der Überzeugung beruhe, das Gemeinwesen »aus einem Punkt« konstruieren zu können. ⁵⁶ Dieses »normative[] Muster[]« ⁵⁷ des Staates werde sowohl von den Politikern als auch von den Bürgern geteilt und führe auf beiden Seiten zu den »Vorstellungen seiner Allzuständigkeit und Allmacht, die die Politiker veranlassen, alles was an gesellschaftlichen Schwierigkeiten entsteht zur politischen Lösung zu

52 Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 9f.

53 Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 20.

54 Dieser Bezug zur Technokratie ist auch auf dem Cover der Bände abgebildet. Die Front zeigt ein gebrochenes Kabel, auf der Rückseite wurde das Kabel mit einem Pflaster geflickt. Das ist freilich widersprüchlich; nicht nur weil ein durchgebrochenes Kabel mit einem Pflaster wohl eher nicht mehr zu flicken ist, sondern auch weil das Flicken des Kabels auf eine technische Lösung hindeutet, die als »technokratischer Größenwahn« auf dem Cover doch ausdrücklich abgelehnt wird.

55 Matz: »Der überforderte Staat«, S. 99 (Hervorhebung entfernt).

56 Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 20.

57 Matz: »Der überforderte Staat«, S. 90.

übernehmen«. ⁵⁸ Es liegt demnach also am *neuzeitlichen Staatsverständnis*, dass es zu einer massiven Expansion der Staatstätigkeit und der Ansprüche an den Staat gekommen sei. In der Nachkriegszeit sei nur die Verfügbarkeit und Abhängigkeit von Technik so groß geworden, dass dieser Expansion nichts mehr im Weg stehe. Der Staat war »aus ökonomischen, sozialen und machtpolitischen [...] Gründen« gezwungen, »die Sicherung der Existenzgrundlagen der Gesellschaft als unmittelbare und umfassende Aufgabe zu übernehmen«. ⁵⁹

In den demokratischen Institutionen des Nachkriegsstaates zeigte sich laut den Herausgebern nun, dass diese Dynamik von steigender Staatstätigkeit und steigenden Ansprüchen in eine Krise führt. Dabei zeichnen sie zwei Mechanismen nach, die auf unterschiedliche Weise das utopische Dilemma der Souveränität hervorheben. Zum einen brauche der Staat die Kooperation der Verbände, um seine expandierenden Tätigkeiten effektiv ausführen zu können. Dadurch gewinnen die Verbände an Einfluss, was wiederum eine größere Abhängigkeit des Staates von diesen organisierten Interessen nach sich ziehe. Dies könne aber dazu führen, dass die Abgrenzung zwischen Staat und Gesellschaft verschwinde und die souveräne Entscheidungshoheit der staatlichen Institutionen – die im teleologischen Regierungsverständnis ja zwingend nötig war – verloren ginge. Es ist also gerade die souveräne Staatstätigkeit, die zur Blockade oder Auflösung der »inneren Souveränität« führe. ⁶⁰ Man befinde sich dann auf dem Wege zu einer »Herrschaft der Verbände«. ⁶¹

Auch der zweite Mechanismus führt letztlich zu einer solchen Auflösung der Souveränität der politischen Institutionen, dieses Mal aber über den Stimmenmaximierungsmechanismus der demokratischen Wahl. Er liegt damit nicht zwischen Verwaltung und Verbänden, sondern zwischen Elektorat und Politik. Das Problem bestehe hier im »Zusammenhang zwischen den Regeln des Machterwerbs und der Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems in der Demokratie«. ⁶² Denn der permanente Konkurrenzkampf um Zustimmung gebe den Wohlstandsinteressen und den Bedürfnissen des Augenblicks Vorrang und mache es so für Regierungen immer schwieriger, Belastungen für die Bürger durchzusetzen oder nationale Ansprüche hinter internationale Belange zurückzustellen. Stattdessen verleite der Konkurrenzkampf dazu, immer größere Versprechen abzugeben und so die

58 Matz: »Der überforderte Staat«, S. 90.

59 Matz: »Der überforderte Staat«, S. 99.

60 Siehe die obige Darstellung von Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung?«, S. 154-164.

61 Matz: »Der überforderte Staat«, S. 89; s.a. Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 131; Böckenförde: »Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie«, S. 236.

62 Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 127, siehe zum Folgenden S. 127-130, dazu Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 13.

Staatsausgaben immer weiter anwachsen zu lassen, während zugleich die Zustimmungsbereitschaft immer weiter sinkt. Man könne sich Zustimmung zu der immer stärkeren Einschränkung der privaten Freiheiten nur noch durch das Versprechen individuellen Nutzens erkaufen.⁶³

Mit dieser Diagnose grenzte man sich durchaus gegen eine Form der Demokratie ab, die sich nur über die Konkurrenz um Stimmen definiert, wie es etwa in den Elitentheorien der Demokratie der Fall ist. Im historischen Kontext richteten sich die Autoren aber vor allem gegen eine immer weiter reichende Demokratisierung. Sie hat laut Hennis bereits dazu geführt, dass die Parteien »soziologisch und weltanschaulich kontextlos geworden« sind.⁶⁴ Diese Ablösung von substanziellen Zielvorgaben verunsichere die Parteien weiter: Sie seien »ratlos in allen grundsätzlichen Fragen der Zukunftsorientierung und lassen sich so allzu leicht von Moden, Zeitströmungen, dem letzten Schrei hin- und herreißen. [... S]ie schweben in einer wabernden Schicht von Sentiments und Emotionen, Stimmungen und Vorurteilen«.⁶⁵ Dass die Orientierung der Parteien wegbrach, war für Hennis also nicht (wie heute oft gefordert)⁶⁶ der Anlass für eine nötige Fundamentaldemokratisierung, sondern ihre Folge. Demokratisierung wurde hier zur Gefahr für die repräsentative Demokratie.

Mit dieser Kritik der demokratischen Utopie rückte Hennis in die Nähe der amerikanischen *neo-conservatives* wie Samuel Huntington oder Daniel Bell. Huntington hatte in dem Report der *Trilateral Commission* ähnlich wie später die deutschen InstitutionalistInnen argumentiert: Die allzu lebhafteste Demokratie habe gleichzeitig zu einem Anstieg der Regierungstätigkeiten und zu einem Zerfall von Autorität geführt. Dabei verstand er unter Autorität »[the] compulsion to obey those whom they had previously considered superior to themselves in age, rank, status, expertise, character, or talents«.⁶⁷ Diese unhinterfragte Autoritätshörigkeit stehe im Gegensatz zur Demokratie und war doch laut Huntington die notwendige Voraussetzung von Regierungshandeln. Huntington wollte daher die Demokratie ins-

63 Siehe Kiemansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 126-133. Er führte daneben die innerparteiliche Mobilisation von Zustimmung an. Zwar können, so Kiemansegg, die innere Fragmentierung großer Parteien oder Koalitionen den Handlungsspielraum begrenzen, aber es gäbe keine interne Steigerungslogik wie in den anderen Fällen. Infolge dieser Lesart spielt dieser Aspekt in fast allen Darstellungen eine untergeordnete Rolle.

64 Hennis: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«, S. 188.

65 Hennis: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«, S. 190f.

66 Man kann hier den Einsatzpunkt der gegenwärtigen Muster der Parteienkritik erkennen, die zwischen der Diagnose der fehlenden Massensorientierung (Forderung: breitere Bevölkerungsschichten ansprechen) und der Diagnose der Profillosigkeit (Forderung: Zurückbesinnen auf Markenkern) pendelt.

67 Huntington: »The United States«, S. 75; zu den *neo-conservatives* vgl. Birch: »Overload, Ungovernability and Delegitimation«, S. 136-139.

gesamt am liebsten zurückfahren: »democracy is only one way of constituting authority, and it is not necessarily a universally applicable one. In many situations the claims of expertise, seniority, experience, and special talents may override the claims of democracy«. ⁶⁸

Dieses verhaltene Liebäugeln mit *autoritären* Elementen zur Durchsetzung von Reformen war Hennis, Matz und Kielmansegg eher fern, auch wenn es ihnen immer wieder unterstellt wurde. ⁶⁹ Die drei Autoren teilten zwar – wie viele andere – die Diagnose eines Zerfalls traditioneller Zustimmungsstrukturen; ihnen ging es jedoch viel stärker um die *autoritative* Problemstellung: »Nichts steht der Menschheit ferner als ein Absterben des Staates. Dagegen scheint die Möglichkeit des Absterbens der spezifisch abendländischen Weise des Regierens, die auf das Wort, Gespräch, Rat und Überzeugung freier Menschen abgestellt war, durchaus eine Möglichkeit zu sein.« ⁷⁰

Das Staatsdenken der deutschen Institutionalisten war also durchaus diffizil: Ihr teleologisches Regierungsdenken bedeutete keine Apologie des Staates, sondern zielte auf »die Konvergenz von zweckentsprechenden Institutionen und systemkonformen Tugenden« – Tugenden »des demokratischen Bürgers« und »der politischen Elite«. ⁷¹ Daher wandte sich ihr Blick weniger zu den USA als nach Großbritannien, wo die rechte Verbindung von Demokratie und Führung in einer repräsentativen, verantwortlichen Regierungsweise immer wieder diskutiert worden sei. ⁷² Dabei stand in diesen Debatten, die nicht nur Hennis exzessiv rezipierte, nicht eine Ablehnung der Demokratie, sondern ihre Umgestaltung zur Disposition: Wollte man eine plebiszitäre Demokratie sein oder eine parlamentarische Demokratie bleiben? ⁷³

Aus diesem britischen Umkreis stammte auch eine der einflussreichsten Krisenbeschreibungen der gesamten Debatte. Anthony Kings *Overload* schilderte die

68 Huntington: »The United States«, S. 113.

69 Siehe etwa Dreier/Uthmann: »Buchbesprechungen«.

70 Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«, S. 20.

71 Matz: »Über politische Untugenden als Hemmnisse des Regierens im demokratischen Verfassungsstaat«, S. 214f. Der Verweis auf die spezifisch deutsche Staats-Teleologie ist daher teils irreführend (etwa bei Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, S. 246f.). Sie speiste sich weniger aus Hegel selbst als aus Aristoteles und der Fortführung dieser »klassischen« Tradition, wie sie von Hennis mit Autoren wie Tocqueville, Gibbon, Montesquieu immer wieder gegen das deutsche Staatsdenken angeführt wurde. Daraus folgte auch die Bewunderung für die britische Übersetzung dieser Tradition. Hennis glaubte daher, dass, was er Staat nenne, nichts anderes als das britische *government*-Konzept sei.

72 Siehe Hennis: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«, S. 164.

73 So John P. Mackintosh, Professor für Politik, Mitglied des Parlaments und Vorsitzender der *Hansard Society*. Siehe Mackintosh: *The Government and Politics of Britain* (das Hennis rezipierte) und den Report der *Hansard Society* über die Zukunft der Demokratie Mackintosh (Hg.): *People and Parliament*.

Regierungsprobleme am Beispiel des britischen Gesundheitswesens, des Universitätssystems, der Wirtschafts- und Wohlstandspolitik, der Kriminalität und der Parteien. Großbritannien sei »a sort of unlimited-liability insurance company« geworden,⁷⁴ angetrieben von einer im demokratischen Wettbewerb forcierten Anspruchsinflation und verbunden mit dem Verlust der liberalen Teilung von privat und öffentlich. Der Hauptgrund für das permanente Scheitern politischer Steuerung sei die massiv gestiegene Abhängigkeit der Regierungen von organisierten Interessen zur Lösung »komplexer« Probleme, was die Möglichkeit des Scheiterns erhöhe: »In the world of the mutually dependent, no one is king.«⁷⁵ Auch King kam daher zu einem radikalen Schluss: »Governments have tried to play god. They have failed.«⁷⁶

Während King in der Semantik des Göttlichen und Königlichen hier andeutete, welche Konzeption damit an ihr Ende kam, benannten die deutschen Autoren das gescheiterte Projekt ganz explizit: Souveränität.⁷⁷ Das charakteristische Merkmal des institutionalistischen Krisennarrativs ist, dass es die demokratietheoretischen Dilemmata des Souveränitätsdenkens herausarbeitete. Dabei ging es keinem der Beteiligten in erster Linie um internationale Abhängigkeiten, denn dies hatte man ja seit 1945 bereits in das Souveränitätsdenken einbezogen. Es ging vielmehr um die konzeptionelle und real erfahrbare »Auflösung der inneren Souveränität«⁷⁸ durch einen konstitutiven Selbstwiderspruch des Konzepts: Weil sich individuelle Souveränität (Autonomie, Partizipationsanspruch) und kollektive Souveränität (gemeinsamer Wille und seine Durchsetzung) gegeneinander ausspielen, leben Demokratien »ständig in der Gefahr, durch ihre eigenen normativen Prämissen überfordert zu werden. Sie können diesem Dilemma nicht entinnen.«⁷⁹

Wie sollte man auf diese Situation reagieren? Als Ad-hoc-Lösung schlugen die Autoren vor, die Aufgabenlast der Regierungen zu reduzieren und gleichzeitig, auch gegen Widerstände, die Erwartungen an die wohlfahrtsstaatliche Leistungsfähigkeit zu dämpfen.⁸⁰ Dass damit die inhärenten Widersprüche der demokratischen Ordnung bewältigt werden können, wurde aber eindeutig pessimistisch eingeschätzt. Anthony King erwartete vielmehr einen »quite radical change in the

74 King: »Overload«, S. 286.

75 King: »Overload«, S. 292.

76 King: »Overload«, S. 296.

77 Siehe Matz: »Der überforderte Staat«, S. 89; Eichenberger: »Der geforderte Staat«, S. 103; Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 120; Scheuner: »Die internationalen Probleme der Gegenwart und die nationale Entscheidungsstruktur«, S. 258f.

78 Kielmansegg: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?«, S. 145.

79 Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 121.

80 Siehe King: »Overload«, S. 295f.; Matz: »Über politische Untugenden als Hemmnisse des Regierens im demokratischen Verfassungsstaat«, S. 220.

nature of government, and in our conception of it«. ⁸¹ Auch Kielmansegg sah das Regierungsdenken an einem Wendepunkt:

»Unsere Auseinandersetzung mit der Idee der Volkssouveränität hat zu einem eindeutigen Befund geführt: Jene drei Annahmen, die der historische Teil als konstitutiv für die Idee identifiziert hatte, können nicht aufrechterhalten werden. Die in der Autonomieprämisse angelegte einfache Antithetik von Selbstbestimmung und Herrschaft nicht; die Denkfigur des kollektiven Souveräns [...] nicht; und der Versuch, Volkssouveränität als herrschaftsbegründendes Prinzip mit einem bestimmten Staatszweck, etwa dem in den klassischen Menschenrechtskatalogen fixierten, in eins zu setzen, auch nicht.« ⁸²

Diese institutionalistische Krisendiagnose wies letztlich die charakteristischen Merkmale des Souveränitätsdenkens zurück: Die kategoriale Gegenüberstellung von Herrschaft und Autonomie, die Doppelperson von individuellem und kollektivem Souverän und sogar die teleologische Aufladung der Souveränität mit den Menschenrechten waren nicht mehr tragbar. Selbst die derart erneuerte Denkfigur der Souveränität, die axiomatische Grundlage aller modernen Demokratien, ⁸³ war gescheitert. Sie müsste zusammen mit ihrer »gefährliche[n], weil irreführende[n] Bildersprache« ⁸⁴ abgelegt werden: »Es ist [...] geboten, die Bedingungen demokratischer Legitimität anders und neu zu formulieren.« ⁸⁵

Nur wie eine solche Neuformulierung aussehen sollte, dafür gab es innerhalb des institutionalistischen Referenzrahmens keinen schlüssigen Entwurf. Kielmansegg versuchte am Schluss seiner Studie über Volkssouveränität, eine neue Grundlage für Herrschaft zu legen, die humanistische Zwecksetzung und Amtsethos wieder in einem *responsible government* verband. ⁸⁶ Er kam jedoch über Prämissen nicht hinaus. Zudem verfing er sich in einem Widerspruch, weil er dabei auf die These der Volkssouveränität letztlich doch nicht verzichten konnte, obwohl er sie eigentlich überwinden wollte. ⁸⁷ Hennis brach seine mäandernde Parteienstudie sogar mitten in der Argumentation ab, ⁸⁸ und auch Ulrich Matz blieb in seinem Beitrag

81 King: »Overload«, S. 295.

82 Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 247.

83 Siehe Kielmansegg: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«, S. 119.

84 Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 248.

85 Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 14f.

86 Siehe Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 258-268.

87 Vgl. dazu Enzmann: »Schlechtwetterdemokratie«, hier insb. S. 150.

88 »Wir brechen das Thema hier ab«, schrieb Hennis explizit. Darauf folgte nur noch eine unvermittelte Schlussentenz, in der Hennis auf die traditionelle Trias »Kraft der Institutionen, die Qualität der Herrscher und die Tugend der Bürger« verwies. Dieser Rat wirkte jedoch recht ratlos. Denn er blieb nicht nur ohne jede Begründung, sondern stand dazu noch im Kontrast zum überaus düsteren Abbruch des Parteienthemas: Ihm war nämlich der Ausblick auf

zu den Unregierbarkeitsdebatten nur, einen Ausblick auf fundamentale Transformation zu geben:

»Es gibt also keine ›Lösungen‹. Was bleibt, ist jene Geduld, die aus dem Wissen um die Dimensionen epochaler geschichtlicher Entwicklungen erwächst und uns lehrt, auf neue geistige Impulse, ja nichts Geringeres als eine neue ›Weltanschauung‹ [...] zu warten, die geistige und praktische Energien von der Art freisetzt, wie sie mit Beginn der Neuzeit aufgetreten sind.«⁸⁹

Neomarxismus: Das unlösbare Dilemma der kapitalistischen Demokratie

Dass am Ende nur die Ahnung von einer neuen Weltanschauung oder einer neuen Rationalität stand, teilen die institutionalistische und die neomarxistische Krisenerzählung. Aber nicht nur das: Die neomarxistischen Beiträge kritisierten ebenfalls die Expansion der Staatsaus- und -aufgaben, die letztlich zu einer Überforderung und zum Kollaps des Systems führen müsse. Sie begründeten diesen Kollaps aber nicht mit einem politischen Selbstwiderspruch, sondern mit dem ökonomischen Selbstwiderspruch des Wohlfahrtsstaates. Statt auf den Konflikt von Elektorat und Führung zu fokussieren, stellten sie auf den Konflikt von Kapital und Arbeit scharf. An dem Versuch, ihn zu entschärfen, zerbreche der souveräne Staat, der sich »zum Subjekt sämtlicher für die Stabilität des Systems relevanter Reform- und Anpassungsstrategien« gemacht habe.⁹⁰

Auch in der internationalen Debatte wurde die neomarxistische Diagnose vor allem mit Claus Offe und Jürgen Habermas verbunden.⁹¹ Ihre Bemühungen grenzten sich dabei zunächst vehement von anderen Krisendeutungen innerhalb der Neuen Linken ab.⁹² Dabei standen auf der einen Seite Theorien des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie sahen im Staat den Gesamtkapitalisten, dessen Mittel zur größtmöglichen Kapitalakkumulation im Dienste der Kapitalisten genutzt werden. Auf der anderen Seite stand ein orthodoxer Marxismus, für den der Staat im Spätkapitalismus zwangsweise den ökonomistischen Gesetzen unterliege und

den prognostizierbaren Suizid aller Demokratien vorausgegangen (Hennis: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«, S. 194f.).

89 Matz: »Der überforderte Staat«, S. 102.

90 Offe: »Das politische Dilemma der Technokratie«, S. 162.

91 Vgl. Birch: »Overload, Ungovernability and Delegitimation«, S. 142-148. Offe publizierte seine Ansätze häufig fast zeitgleich auf Deutsch und Englisch.

92 Siehe Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 66-87; vgl. Metzler: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«, S. 244f.; Schäfer: »Krisentheorien der Demokratie«, S. 163f.; Klenk/Nullmeier: »Politische Krisentheorien und die Renaissance von Konjunkturprogrammen«, S. 275f.; Borchert/Lessenich: »Lang leben die ›Strukturprobleme!‹«, S. 11. Wie diese Beiträge zeigen, hat die Finanzkrise 2008 eine Neulektüre der Spätkapitalismus-Diagnose initiiert.

so den Kapitalismus vorantreibe.⁹³ Gegenüber diesen Determinismen bestand die grundlegende Prämisse des neomarxistischen Ansatzes von Offe und Habermas darin, dass sie dem Staat eine relative Autonomie zugestanden. Jede Krisendiagnose musste also eine politische Erklärung anbieten.

Der Ausgangspunkt dieser politischen Krisendiagnose war nun wiederum eine Kritik an der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung des kapitalistischen Prozesses. Die Ausweitung des Staates hatte demnach für drei Seiten Vorteile: Dem *Kapital* sicherte sie die permanente Verfügbarkeit von Arbeitskraft, den *Lohnabhängigen* ermöglichte sie eine Existenzsicherung jenseits der unmittelbaren Verwertung ihrer Arbeitskraft und der *Staat* selbst konnte so die zyklisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen abfedern, die sonst potenziell systemgefährdend wären.

Daher scheine das wohlfahrtsstaatliche Arrangement auf den ersten Blick für alle vorteilhaft und durchweg funktional; langfristig produziere es aber massive Funktionsstörungen.⁹⁴ Einerseits unterlaufe die sozialstaatliche Intervention die Kapitalakkumulation, weil Unternehmen weniger Profit machen und die Arbeitsbereitschaft der Lohnabhängigen sinke. Da nun aber andererseits nicht mehr nur Kapitalverwertung, sondern eben auch politisches Entscheiden zur Verfügung stand, um »die Sphäre des Tauschs« zu organisieren, steige die Konfliktbereitschaft organisierter Interessen.⁹⁵

Diese internen Spannungen führen nun laut Offe über drei Wege zur Krise des gesamten Systems.⁹⁶ *Zum einen* erschöpfen sich die finanziellen Ressourcen, mit denen der Staat die Krisen bisher aufgefangen hat. Demnach verkleinern sich auch hier die Chancen staatlicher Steuerung, weil die immer weiter steigenden Anforderungen und immer größeren Abhängigkeiten von Klientelgruppen die finanziellen Kapazitäten überfordern.

Der *zweite Weg* führt hingegen über die Koordinationsprobleme, denen sich der Staat gegenübersteht. Nach außen hin werde der Staat immer abhängiger von der Kooperation mit Klientelgruppen und verliere darüber sukzessive seine Eigenständigkeit, und das heißt: seine Steuerungsfähigkeit. Nach innen führe die Ausdehnung der Tätigkeit zu dem Paradox, dass der Staat gleichzeitig mehr differenzierte

93 Von dieser Position wurde der Begriff »Spätkapitalismus«, ursprünglich ein Terminus Werner Sombarts, erneut ins Spiel gebracht. Siehe Mandel: »Spätkapitalismus«, der sich von weiteren Varianten marxistischer Kritik distanzierte.

94 Hier und im Folgenden siehe Offe: »Tauschverhältnis und politische Steuerung«, S. 27-34, 44-48, 61-63, und vgl. Borchert/Lessenich: »Lang leben die ›Strukturprobleme!‹«, S. 16-18.

95 Offe: »Tauschverhältnis und politische Steuerung«, S. 48.

96 Offe hat keine einheitliche Theorie vorgelegt, sondern die Diagnose in einer Reihe von Aufsätzen entwickelt und variiert. Die zugänglichste und strukturierteste Darstellung ist sicher Offe: »Krisen des Krisenmanagements«; zu den folgenden Absätzen siehe S. 216-221 und vgl. Klenk/Nullmeier: »Politische Krisentheorien und die Renaissance von Konjunkturprogrammen«, S. 288f.; Schäfer: »Krisentheorien der Demokratie«, S. 164f.

Ressorts und mehr Koordination zwischen diesen Ressorts sowie zwischen Politik und Verwaltung braucht. Dies müsse letztlich eine »interne Irrationalisierung der organisatorischen Struktur« herbeiführen.⁹⁷ Damit wäre eine zweite zentrale Ressource des Staates aufgebraucht.

Es bleibt ein *dritter Weg* in die Krise, und dieser führe über die Ressource der Legitimität. Der Staat habe nämlich im Spätkapitalismus programmatisch den Anspruch erhoben, Lebenschancen und -umstände der Bevölkerung im Einklang mit ihren Normen zu verbessern. Daran scheitere er nun, und zwar weil das klassische »Reservoir an integrativer Symbolik [...] verbraucht« ist und weil er die notwendigen wohlstandsorientierten Ersatzleistungen nicht zu erbringen vermag.⁹⁸ Offe führte so drei Dimensionen an, die seiner Ansicht nach zu einer »kumulativen Selbstblockierung« führen:⁹⁹ Die finanziellen, administrativen und integrativen Steuerungsressourcen werden immer knapper, und diese Verknappungen verstärken sich gegenseitig – bis sogar die Fähigkeit des Staats zur Selbstorganisation zusammenbricht.

Offe hatte damit eine »Rationalitätskrise«¹⁰⁰ des gesamten sozialen Systems beschrieben, für die innerhalb des Kapitalismus keine Lösung zur Verfügung stehe. Die Konsequenz müsste also sein, eine andere Rationalität zu entwerfen. Einen solchen Versuch blieb Offe schuldig.¹⁰¹ Dass er in einem Aktionismus steckenbleibe, der keine konsistente, rechtfertigbare Grundlage hat, dafür hat ihn dann auch Jürgen Habermas in einer ausführlichen Fußnote seiner *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* scharf kritisiert. »[I]nkonsistent« und in dieser Form »überflüssig« sind nur zwei der Attribute, die Habermas Offes »experimentierende[n] Überlegungen« für eine neue Theorie des Aktionismus hier zuwies.¹⁰²

In seinem Band über die Krisensituation griff Habermas aber selbst ein letztes Mal auf neomarxistische Analyseraster zurück, um eine Zeitdiagnose auszustellen. Diese teilte zunächst sehr viel mit Offe, weil sie ebenso eine multiple Krise der Gegenwart aus den internen Widersprüchen des kapitalistischen Staates herleitete. Für Habermas führte allerdings nicht die Rationalitätskrise zum Zusammenbruch:

97 Offe: »Krisen des Krisenmanagements«, S. 219. Hervorhebung entfernt.

98 Offe: »Krisen des Krisenmanagements«, S. 220.

99 Offe: »Krisen des Krisenmanagements«, S. 217.

100 Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 68.

101 Sehr offensichtlich ist dies in seiner Kritik der »konservativen« Unregierbarkeitstheoretiker (Offe: »Unregierbarkeit«). Ihnen warf er vor, dass ihre Therapievorschlüsse beliebig und zusammenhanglos seien, ihre Diagnosen denen der »Linken« unterlegen, dann aber benannte er selbst keine einzige Alternative.

102 Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 195f. Zur oft eingeübten Differenz von Offe und Habermas vgl. auch Klenk/Nullmeier: »Politische Krisentheorien und die Renaissance von Konjunkturprogrammen«.

»Soweit jene Entwicklungen tatsächlich zu krisenrelevanten Engpässen führen, handelt es sich nicht um Defizite der Planungsrationalität, sondern um Folgen unangepasster Motivationslagen: die Verwaltung kann ihre Partner nicht zur Zusammenarbeit motivieren. Grob gesagt: der Spätkapitalismus muß nicht Schaden nehmen, wenn das Steuerungsmittel externer Stimulierung [...] versagt; er gerät allenfalls in Schwierigkeiten, [...] weil ihm die Kontrolle über planungsrelevante Verhaltensbereiche überhaupt [...] entgleitet. Allein, diese Prognose läßt sich nicht aus einem Rationalitätsschwund der Verwaltung ableiten, sondern allenfalls aus einem Schwund an systemnotwendigen Motivationen.«¹⁰³

Das entscheidende Moment war für Habermas der Motivationsschwund der Menschen. Ihre Motivation, das ist die zweite, noch wichtigere Abgrenzung zu Offe, stelle aber gerade keine verfügbare Ressource des Staates dar. Ganz im Gegenteil lasse gerade der Versuch, Legitimation strategisch zu organisieren, die Motivation zerfallen.¹⁰⁴ Die legitimationspendenden Motivationen müssen also jenseits des administrativen Systems in einer von der Intervention befreiten Sphäre entstehen.

Ausgehend von diesem negativ-liberalen Argument skizzierte Habermas seinen Lösungsvorschlag, der seit der Technokratie-Debatte deutlich an Konturen gewonnen hatte: die Weiterentwicklung der utilitaristischen und der formalistischen Moraltheorie zur kommunikativen Ethik.¹⁰⁵ Das Ziel war, die aufklärerische Rationalität in einem universalistischen Diskursmodell neu zu fassen. Das Projekt der »alteuropäischen Menschenwürde« sollte weder neomarxistisch noch systemtheoretisch überwunden, sondern durch den stärkeren Rückgriff auf liberale Moraltheorien *revitalisiert und vollendet* werden.¹⁰⁶

103 Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 96.

104 Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 99: »es gibt keine administrative Erzeugung von Sinn. [...] Die Legitimationsbeschaffung ist selbstdestruktiv, sobald der Modus der ›Beschaffung‹ durchschaut wird.«

105 Siehe Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 123-125. Die später in der *Theorie des kommunikativen Handelns* ausformulierte Argumentation lag damit schon fast vollständig vor, inklusive des universalpragmatischen Diskursbegriffs und der berühmten Formulierung, »daß kein Zwang außer dem des besseren Argumentes ausgeübt wird« (S. 148).

106 Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, S. 196. Es ist durchaus paradox, dass Habermas nun gerade damit sehr nah bei Wilhelm Hennis war. Beiden ging es um eine Wiederherstellung der Sittlichkeit. Die wilden Angriffe von Hennis auf Habermas resultierten aus dem universalistischen Anspruch von Habermas, der unvereinbar ist mit der historisch-traditionellen Ethik von Hennis. Schon Birch beklagte sich aber über den ausschließlichen Fokus auf Wert- und Moralfragen, der sowohl Habermas als auch »Neokonservative« prägte (Birch meinte damit Bell und Huntington). Offensichtlich schienen sie auf die konkrete gesellschaftspolitische Problemstellung keine überzeugende Antwort zu liefern. Insofern wäre eine andernorts zu verfolgende Frage, ob diese nur in einer Diskurskoalition mit anderen Ansätzen erfolgreich sein konnten. Ein gutes Beispiel hierfür wäre der dezidiert neoliberale Nevil Johnson, der hinter der ökonomischen Argumentation auch eine Verteidigung hierar-

(Neo-)Liberale Staatskritik: Zivilgesellschaft und mangelnde Rationalität

Habermas' Entwicklung war alles andere als ein Sonderfall. Die Abkehr vom Neomarxismus hin zu einem reformierten Liberalismus lässt sich vielmehr als eine typische Bewegung linker Intellektueller in den Krisen der 1970er Jahre beschreiben. Ein zweites prominentes Beispiel, das in der Ausgestaltung der Wende einen ganz anderen Weg als Habermas ging, ist Chantal Mouffe: »In the mid-1970s, Marxist theoretization had clearly reached an impasse«, erläutern sie und ihr Ko-Autor Ernesto Laclau den Anlass für ihr Buch *Hegemony and Socialist Strategy*.¹⁰⁷ Darin rechneten sie mit den universellen Subjekten der marxistischen Theorie und mit ihrer »illusorischen Erwartung eines vollkommen einheitlichen und gleichartigen Willens« ab: »Heute ist die Linke Zeuge des letzten Aktes der Auflösung dieses jakobinischen Imaginären.«¹⁰⁸ In den 1970er Jahren, so lässt sich ihre Diagnose pointieren, zeigte sich in Ost und West, wie der Marxismus realpolitisch an einem grundlegenden theoretischen Problem scheiterte: Er konnte Kontingenz und Pluralität nicht einbeziehen. Um hierauf eine Antwort zu formulieren, wendeten sie sich an einen pluralistischen Liberalismus, weil »liberale politische Institutionen [...] die notwendige Bedingung für einen wirklichen Pluralismus sind«.¹⁰⁹

Dass es sich hier um eine typische Bewegung handelt, die im Detail freilich äußerst heterogen war, ist in den letzten Jahren für das intellektuelle Feld Frankreichs mehrfach herausgearbeitet worden. Dort fällt diese grundlegende Transformation besonders ins Auge, weil die marxistische Position von allen westeuropäischen Demokratien in Frankreich am stärksten ausgeprägt war. In diesen Studien wird die Abkehr der linken Intellektuellen auf drei verbundene Aspekte zurückgeführt:¹¹⁰

chischer Werte lieferte, die Hennis mehrfach zitierte. Siehe Hennis: »Legitimität«, S. 263-272; Birch: »Overload, Ungovernability and Delegation«, S. 146f.

107 Siehe Laclau/Mouffe: *Hegemony and Socialist Strategy*, S. viii. Dabei bezogen sie auch die Frankfurter Schule explizit ein. Für eine detaillierte Darstellung vgl. Rzepka/Straßenberger: »Für einen konfliktiven Liberalismus«.

108 Laclau/Mouffe: *Hegemonie und radikale Demokratie*, S. 32.

109 Laclau/Mouffe: *Hegemonie und radikale Demokratie*, S. 23. In der Tat finden sich bei Mouffe auch alle Aspekte, die die im folgenden Absatz dargestellten Studien über den liberalen Wandel des französischen kulturellen Feldes herausgearbeitet haben: die Abkehr vom Marxismus, die intensive Lektüre Tocquevilles, die Auseinandersetzung mit Aufklärung und Französische Revolution (v.a. Mouffe: *The Democratic Paradox*). Die Diskurstheorie aus dem Auftaktwerk steht allerdings stärker im Zeichen poststrukturalistischer Elemente. Dies wurde eher zum Fokus Laclaus, wohingegen Mouffe sich zunächst auf die ontische Ebene und den *liberal pluralism* konzentrierte. Infolge der Finanzkrise hat Mouffe ihr Projekt jedoch auf einen »neuen Linkspopulismus« neu ausgerichtet, dessen Kohärenz mit den vorangegangenen Schriften umstritten ist. Vgl. Straßenberger: »Linkspopulismus als Gegengift?«.

110 Vgl. im Folgenden Sawyer/Stewart: »Introduction«, von wo ich auch den Begriff *liberal moment* übernommen habe, aber deutlich weiter fasse; Stewart: »France's Anti-68 Liberal Revival«; Chabal: »Introduction«; Chabal: »French Political Culture in the 1970s«; vgl. auch die ältere

Einerseits hatten die gewalttätigen Proteste des Mai 1968, die vielfach mit der fraglichen Lektüre Fanons gerechtfertigt wurden, die kommunistische Linke politisch geschwächt und selbst frühere Sympathisant:innen abgestoßen. Zweitens rückten im Laufe der 1970er Jahre immer stärker die repressiven Maßnahmen kommunistischer Regime in den Fokus der intellektuellen Öffentlichkeit. So lenkte etwa die Zeitschrift *Libération* den Blick auf die Kulturelle Revolution Maos, dessen Schriften ebenfalls Inspirationsquelle der 1968er gewesen waren.¹¹¹ Unter den so sensibilisierten linken Intellektuellen wurde die scharfe ›antitotalitaristische‹ Abgrenzung zum Marxismus dann schließlich dadurch angetrieben, dass sie das Bündnis der Kommunistischen Partei (*Parti communiste français*) und der gemäßigten Sozialistischen Partei (*Parti socialiste*) in eine stalinistische Richtung abdriften sahen.

Der zentrale Anstoßpunkt der linksintellektuellen Selbstverständigungsdebatte wurde die Veröffentlichung von Solschenizyns *Archipel Gulag*, insbesondere weil die Kommunistische Partei die Darstellung der physischen und psychischen Repression scharf kritisierte. Die ›antitotalitaristische‹ Bewegung war derart herausgefordert, eine Alternative zum staatszentrierten Sozialismus zu entwickeln, mit der Antworten auf die Krisen der 1970er Jahre möglich waren. Wie die genannten Studien überzeugend belegen, setzte daher die Relektüre eines dezidiert französischen Liberalismus ein. Insbesondere die Französische Revolution und die Schriften Tocquevilles rückten ins Zentrum »to rethink the past, present, and future of modern democracy.«¹¹²

Die politisch motivierte Neulektüre der historischen Ereignisse und des aufklärerischen Liberalismus schlägt sich im Aufstieg eines Konzeptes nieder, das seither eine sagenhafte politische und politiktheoretische Karriere erlebt hat: die Zivilgesellschaft.¹¹³ ›Älteren‹ Liberalen wie Aron und ›neuen‹ Liberalen aus dem linken

Studie Reader: *Intellectuals and the Left since 1968*. Die parteipolitischen Kämpfe thematisiert insbesondere Christofferson: *French Intellectuals Against the Left*, Kap. 3 und 4, zusammenfassend S. 2-21, 90f. Statt historisch zu beschreiben, verfällt dieser jedoch des Öfteren in eine Kritik an der Engstirnigkeit der französischen Linken, worunter auch seine ideengeschichtlichen Lesarten arg leiden (etwa bei Foucault).

111 Vgl. Reader: *Intellectuals and the Left since 1968*, S. 20f.

112 Sawyer/Stewart: »Introduction«, S. 13. Zentral sind etwa Furets Revision der Französischen Revolution, die schulbildenden, divergierenden Tocqueville-Lektüren von Aron und Lefort und die Einlassungen von Marcel Gauchet und Pierre Rosanvallon. Neben den oben Genannten vgl. Christofferson: »The Best Help I Could Find to Understand Our Present«; Rosenblum: »Rethinking the French Liberal Moment«; Audier: *Tocqueville retrouvé*.

113 Für Frankreich vgl. Chabal: »French Political Culture in the 1970s«, der auch die politische Wirksamkeit der Ansätze demonstriert; für die Zivilgesellschaftsforschung vgl. Richter: »Zivilgesellschaft – Überlegungen zu einem interdisziplinären Konzept«; auch bei Habermas ist dies freilich evident. Die Konjunktur ebenso wie die dezidiert liberale Prägung des Zivilgesellschaftsbegriffs in den 1980er und 1990er Jahren wurzelt also in den Krisen der 1970er Jahre.

Spektrum diene es dazu, eine privat initiierte, eigenständige Sphäre gesellschaftlicher Organisationen klar jenseits des Staates zu verorten und teils sogar explizit gegen dessen arkane politisch-administrative Prozesse zu konturieren. Was in den Niedergangsnarrativen der Unregierbarkeitsdebatte als Gefahr für die Steuerungsfähigkeit des Staates erschien, wurde in diesen Arbeiten ideenpolitisch unterfüttert und neu in Stellung gebracht. In dem Lösungsvorschlag, den Staat von außen zu begrenzen, traf sich das Konzept aber mit einer anderen liberalen Tradition, die ein eigenes, liberales Krisennarrativ aufbieten konnte.

Dieser zweite Strang des liberalen Moments konnte sich dafür auf zwei eng verwandte Theoriestränge beziehen, die im Schatten des souveränen Regierungsdenkens eine ökonomische Kritik dieses Ansatzes formuliert hatten: die neoklassischen Ansätze der Chicago School, insbesondere der Zweiten Chicago School um Gary Becker und Milton Friedman, der 1976 den Nobelpreis erhielt, und die Rational- und Public-Choice-Theorien, initiiert von Anthony Downs und vor allem James Buchanan.¹¹⁴

In Frankreich versammelte daraufhin zum Beispiel der Band *L'économie retrouvée* neoliberale Perspektiven auf die Gestaltung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft.¹¹⁵ Auch in den beiden Regierbarkeitsbänden von Hennis, Kielmansegg und Matz sind neoliberale Perspektive stark vertreten. Und in Großbritannien wurde die neoliberal inspirierte Krisendiagnose unter anderem durch den Financial-Times-Journalisten Samuel Brittan verbreitet. Dabei standen erneut die inneren Widersprüche der Demokratie im Fokus der Aufmerksamkeit: »The conjecture to be discussed [...] is that liberal representative democracy suffers from internal contradictions, which are likely to increase in time, and that, on present indications, the system is likely to pass away within lifetime of people now adult.«¹¹⁶

Die Motive der Krisendiagnose ähneln zunächst den beiden anderen Diagnosen. Brittan hielt ebenfalls die überzogenen Erwartungen und die zerstörerischen Effekte starker Gruppen für die beiden »endemic threats«¹¹⁷ der Demokratie. Dabei resultieren die überzogenen Erwartungen einerseits aus der Un-Informiertheit der Wählerschaft: »Voters simplify the problems of choice by shifting attention from policies to consequences«.¹¹⁸ Unter diesen Bedingungen bliebe dem politischen Personal nur »to encourage false expectations«, wenn es denn Wahlen gewinnen

An seiner staatskritischen, privatbürgerlichen Prägung entzündete sich auch eine kommunitaristische Kritik (vgl. Haus: *Kommunitarismus*, S. 231-235).

114 Für deren Interventionen siehe u.a. Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*; Friedman/Friedman: *Free to choose*; Friedman: »Inflation and Unemployment«.

115 Rosa/Aftalion (Hg.): *L'Économique retrouvée*.

116 Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 129.

117 Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 129.

118 Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 135.

wolle.¹¹⁹ Auch das Verhalten der Wählerschaft sei aber durchaus rational. Da den Menschen ihr Alltag in aller Regel nicht die notwendigen Erfahrungen bereitstellte, um eine informierte Entscheidung zu treffen, müssten sie dafür zusätzlichen Aufwand betreiben. Angesichts des geringen Einflusses einer einzigen Stimme mache dies aber für die Einzelnen keinen Sinn: »it is irrational to be too rational.«¹²⁰ Die Demokratie ist also in einem *Dilemma rationaler Irrationalität* gefangen.

Die Anspruchsspirale des politischen Marktes wurde laut der neoliberalen Krisendiagnose noch durch einen zweiten Grund angefeuert. Nur wenn *pressure groups* – wie die britischen Gewerkschaften – auf dem ökonomischen Markt Monopolstellungen genießen, können sie politischen Druck ausüben, ohne dadurch selbst allzu großen Schaden zu nehmen.¹²¹ Dadurch werde es sehr unwahrscheinlich, dass sich eine Gewerkschaft auf eine Selbstbegrenzung einlässt, statt Streiks immer weiter auszuweiten:

»Agreement on such relativities is extremely unlikely on any self-interested basis. The basic difficulty is that the benefits from restraint in the use of group market power are »public goods«. They consist of things such as price stability, fuller employment or faster economic growth, which are thinly diffused among the whole population, while the costs are incurrent by the group which exercises restraint. It is therefore in the interest of each union group that other unions should show restraint while it exploits its own monopoly power to the full.«¹²²

Beide Argumente bedienten sich des semantischen Rahmens der Public-Choice-Theorie. Auf dieser Basis erklärten sie, weshalb man aus der bestehenden Misere nicht herauskam: Unter den gegebenen Bedingungen sei es für alle rational so zu handeln, wie sie es tun. Die Akteure ziehen sich auf die Position des *free riders* zurück, weil sie den größten Nutzen verspreche, während sie sich darauf verlassen, dass jemand Anderes die Kosten für die Produktion der Güter tragen werde, von

119 Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 140.

120 Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 138; s.a. 139f.

121 Brittan nannte dies die *politico-economic spiral*. Die These der Verschränkung von politischer und ökonomischer Macht aufseiten der Marktakteure war also in dieser Hinsicht identisch mit einer neomarxistischen Analyse. Der Unterschied bestand darin, dass diese das für beide Seiten (Kapital und Arbeit) veranschlagten, während die liberalökonomische Argumentation auf dem Auge des Kapitals gewissermaßen blind war: Gewerkschaften unterscheide nämlich von Unternehmensmonopolen, dass diese üblicherweise nicht einfach ihr Produkt vom Markt nehmen können, bis die öffentlichen Repräsentanten einlenken, argumentierte Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 143.

122 Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 145.

denen alle profitieren. Dadurch dass sich darauf aber alle im Moment der Entscheidung verlassen, zerfallen langfristig die Kollektivgüter (*public goods*).¹²³

Neben dieses formal-logisch begründende Argumentationsgebäude setzten die neoliberalen Ansätze ein historisches Narrativ. Mit ihm erklärten sie die Entstehung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen und argumentierten, dass das Scheitern des Nachkriegsstaates absehbar gewesen wäre, wenn man ihrer Perspektive gefolgt wäre. So polemisierte etwa Nevil Johnson gegen die »herkömmliche Betrachtungsweise«, in der Großbritannien als ein Vorbild für die Verbindung von politischer Führung, bürgerlicher Freiheit und Anpassungsfähigkeit stand.¹²⁴ Diese Vorstellung hätte nur den Blick auf schwerwiegende Krankheitssymptome verdeckt, die schon länger bestehen würden.¹²⁵

In dieser Gegenzählung übernimmt der permanente Verweis auf Autoren der Zwischen- und Nachkriegsjahre eine strategische Funktion: Er macht darauf aufmerksam, dass es längst eine liberale Theorie der politischen Ökonomie gegeben hätte, die erst in den 1930er Jahren und dann nach 1945 weitgehend übergangen worden sei.¹²⁶ Statt die Erkenntnisse von Schumpeter, Downs und Arrow, Röpke, Eucken und Friedman über die Stabilitätsbedingungen von Demokratien anzuerkennen, hätte sich eine andere Vorstellung von Demokratie bahngebrochen. Diese Konzeption setze Demokratie mit sozialer Gleichheit gleich und führe so dazu, dass immer mehr Güter als öffentliche Güter ausgewiesen werden, die der Staat dann mit immer mehr »Ge- und Verboten« organisieren und verteilen will: »Der Preis dieser Auffassung sind die wachsenden Ineffizienzen des staatlichen Leistungsangebotes, die daraus resultierenden Probleme des Dirigismus, die nicht en-

123 Siehe neben Brittan auch Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 203; Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 249.

124 Siehe Johnson: »Politische Stabilität und Unregierbarkeit in Großbritannien«, S. 381 (Hervorhebung entfernt). Ein zweites Beispiel wäre Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 237-242.

125 Johnson: »Politische Stabilität und Unregierbarkeit in Großbritannien«, S. 391f., sprach von einer »seit über fünfzehn Jahren andauernden Unfähigkeit«. Wie bereits gesagt, war die Krankheitsmetaphorik typisch für den englischen Fall.

126 Die Verweise finden sich in fast allen neoliberalen Texten. Für eine explizite Schelte der Ignoranz für diese Tradition siehe z.B. Johnson: »Politische Stabilität und Unregierbarkeit in Großbritannien«, S. 426. Die neoliberalen Ansätze pflegten eine schwierige Beziehung zu ihrer Theoriegeschichte, die stets zwischen ideenpolitischem Anschluss und konzeptioneller Diskrepanz oszillierte. Dies hat Stedman Jones: *Masters of the Universe*, S. 85-133, vor allem am Bezug auf Smith herausgearbeitet und dabei etwa auf die explizite Relevanz der Moralität bei Smith hingewiesen. Sonja Amadae: *Prisoners of Reason* sieht das Distinktionsmerkmal neoliberaler Ansätze sogar darin, dass sie sich von den klassisch-liberalen Werten zugunsten der Spieltheorie verabschiedet hätten. Dagegen hat Stedman Jones auf unterschiedliche Positionen innerhalb der neoliberalen Tradition aufmerksam gemacht, in denen sich auch ausdrücklich Wertebekennnisse finden.

dende Flut von Gesetzen und Verordnungen, die Verschärfung der Spannungen zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl und schließlich die Probleme der Unregierbarkeit.«¹²⁷

Mit diesen »verkrusteten Denkgewohnheiten«¹²⁸ musste man brechen, wollte man die Demokratie stabilisieren, so die Schlussfolgerung der neoliberalen Beiträge. Sie forcierten daher eine prozedurale Definition der Demokratie, die nicht »popular support«, sondern den kompetitiven Prozess des Werbens um Stimmen bei einem breiten Elektorat zum entscheidenden Kriterium macht.¹²⁹ Infolgedessen wird der Staat auch nicht mehr mit substanziellen Aufgaben beladen, sondern zu einem *Instrument* der Individuen: Alle Aufgaben, die ihm übertragen werden, werden ihm übertragen, um den Nutzen aller Einzelnen zu maximieren und das Free-Rider-Dilemma zu umgehen. Keine der Aufgaben ist demnach per se im Staat angelegt. Damit wurde das teleologische Regierungskonzept abgelegt.

Ein zentraler Teil dieser Abrechnung mit dem teleologischen Modell war auch, die grundlegenden Prämissen individuellen Verhaltens für falsch zu erklären. So wie der Staat nicht der Hort des Gemeinwohls sei, dürfe man auch »die Politiker« nicht als Verwalter des Gemeinwohls verstehen, wie es der Keynesianismus stets getan habe.¹³⁰ Stattdessen müsse man davon ausgehen, dass jeder Politiker rational im Sinne eines Nutzenmaximierers handle. Sie versuchen demnach stets, ihren Machtbereich zu vergrößern.

Dem Steuerungsanspruch der Politiker und des Staates müsse man daher aus zwei Gründen stets *Misstrauen* entgegenbringen: Einerseits ordnen sie ihr Eigeninteresse nicht dem Gemeininteresse unter; andererseits verfüge keiner der Akteure über ausreichend Wissen, um tatsächlich steuern zu können. Sowohl die Freiheitsgrade aller Handelnden als auch die Kosten der Informationsbeschaffung seien schlicht zu groß. Selbst wohlwollender Steuerung fehle daher die vom Keynesianismus immer angenommene Grundlage, nämlich eine ausreichende Prognosefähigkeit.¹³¹

Diese Probleme könnte man aber lösen. Dafür müsse man sich auf ein stabilitätspolitisches Neuarrangement einigen, das sich »an der ordnungspolitischen Idee« des Marktes orientiert und darüber hinaus nur noch bestimmte Grundprinzipien festlegt.¹³² Die Politik soll in erster Linie über die »neutrale[n], von den Ge-

127 Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 253.

128 Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 207.

129 »It is the competitive bidding for votes among an extensive electorate [...] not popular support for the regime.« (Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 136).

130 Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 196f., s.a. S. 203 und Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 239f.

131 Siehe Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 205-207.

132 Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 198. Während man davon ausging, dass allgemeinwohlorientierte Entscheidungen im Konkreten unwahrscheinlich sind, waren

sellschaftsmitgliedern akzeptierte[n] Regeln« wachen, damit keinem »das« Gemeinwohl vorgegeben werde.¹³³

Die freien Mitglieder der Gesellschaft einigen sich also in dieser Vorstellung auf allgemeine Regeln; diese Regeln sollen dann die Politik domestizieren und das eigeninteressierte Verhalten in die richtige Bahn lenken. Dadurch erfülle der Staat zuverlässig notwendige Aufgaben, nämlich insbesondere den Schutz von Verträgen und die Bereitstellung von Kollektivgütern, »die vom Markt nicht oder nur unzureichend bewältigt werden können«.¹³⁴ Alles Weitere solle den freien Vereinbarungen der einzelnen Individuen überlassen werden, die ihr Leben entweder auf dem Markt oder in »freiwillige[n] Vereinigungen« selbst verwalten können.¹³⁵ Die »schwere Hand des Staates« werde so »gegen die unsichtbare Hand des Marktes« ausgetauscht.¹³⁶

Für die wirtschaftliche Ordnung müsse dabei das regulierende Prinzip »Geldwertstabilität« lauten.¹³⁷ So wie die Demokratietheorie der sozialen Gleichheit die langfristigen Folgen einer kurzfristig scheinbar guten Idee ignoriert hatte, hatte auch die keynesianische Konjunkturpolitik ihre langfristige Selbsterstörung übersehen: Wenn man versuche, die Beschäftigungsquote durch eine Erhöhung der Geldmenge anzuheben, funktioniere das nämlich nur solange, bis die Arbeitnehmenden merken, dass dies auch ihren Lohn entwertet, woraufhin sie Lohnerhöhungen fordern. Wie die Überlastung des Staates sei daher auch die Lohn-Preis-Spirale der Stagflation eine logische Folge der keynesianischen Wirtschaftssteuerung.

neoliberalen Ansätze hingegen optimistisch im Hinblick auf langfristige Regelungen. In diesen Fällen wäre nämlich die eigene Betroffenheit nicht abzuschätzen. Diese Zweiseitigkeit, das betonten sie immer wieder, charakterisiere ihr skeptizistisches Menschenbild. Die Situation der Regelbindung modellieren dann Buchanan und Tullock, in ganz anderer Art Rawls. Indem der Kontrakt bei Buchanan und Tullock aber nicht auf einen *qualifizierten Konsens*, sondern durch einen *situativen Kompromiss zweier Interessensparteien* zustande kommt und nur deshalb auch gewahrt wird, wenn es keinen schützenden Leviathan gibt, wird dieser Kontraktualismus kompatibel mit Jeremy Bentham, der das gleiche Argument zum Ausgangspunkt seiner Theorie genommen hatte (vgl. Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*).

133 Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 205.

134 Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 250.

135 Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 250.

136 Watrin: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«, S. 253; siehe auch Brittan: »The Economic Contradictions of Democracy«, S. 151-155. Folgerichtig geht damit im britischen Fall eine scharfe *Kritik der Parlamentsouveränität* einher (siehe z.B. Johnson: »Politische Stabilität und Unregierbarkeit in Großbritannien«, S. 410f.).

137 Siehe Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«; Brittan: *A Restatement of Economic Liberalism*, S. 151-162. Sie brachten damit Friedmans Monetarismus in die Debatte um die Unregierbarkeit ein. Zu Friedman vgl. Biebricher: *Neoliberalismus zur Einführung*, S. 70-74.

Der Gegenvorschlag lautete, die Geldmenge möglichst parallel mit dem Wirtschaftswachstum zu führen. Dann blieben die Preise frei von inflationären Verzerrungen und könnten den Wirtschaftsakteuren als verlässlicher Orientierungsmaßstab dienen. Um das verlässlich umzusetzen, sollte man die Geldwertsteuerung dem politischen Alltagsgeschäft entziehen, argumentierten die Neoliberalen. Dafür lässt sich gesetzlich ein »re-aktive[r] Regelmechanismus« verankern, mit dem »die Geldmenge automatisch verknappt« oder vergrößert wird.¹³⁸ Durch die übergeordneten Regeln wird die Neutralität des Staates festgelegt und die Ausführung streng hierarchisch an die Institutionen, in dem Fall die Notenbanken, delegiert.

Wie bereits deutlich wird, verfügten die Neoliberalen nicht nur über eine Krisendiagnose für Ökonomie und Politik und über eine Theoriesprache, um die Dilemmata von Effizienz und Legitimität zu erklären. Sie hatten auch bereits sehr konkrete Vorstellungen, wie diese zu überwinden seien, und zwar durch eine Neuformulierung der gesellschaftlichen Ordnung mit den Begriffen der Rational-Choice-Theorie und ihrer Regelmechanik.

Der Gestus, mit dem sie sich als Revolutionäre gegen verkrustete und veraltete Denkgewohnheiten präsentierten, passte daher zum ideenpolitischen Projekt; er passte aber auch zu der Ratlosigkeit jener Diagnosen, die eine Neuformulierung für nötig hielten, aber über keine konzeptionellen Ressourcen dafür verfügten. Insbesondere den Konservativeren unter ihnen bot das ausgeprägte hierarchische Denken im neoliberalen Ansatz einen Anschlusspunkt; durch die Offenheit für (bestimmte) zivilgesellschaftliche Arrangements gab es solche aber auch für enttäuschte Neomarxist:innen.¹³⁹

Andere hatten hingegen eine kritische Haltung zum neoliberalen Lösungsansatz. Kielmansegg argumentierte etwa, dass die ökonomische Theorie der Politik an zwei grundlegenden Problemen scheitern müsse: Erstens benötige man für die rationale Wahl von Entscheidungsregeln Informationen, die niemand besitzt. Sie wäre nur kollektiv zu bewältigen. Das wiederum ist aber mit der Prämisse des Individualismus unvereinbar, wenn man nicht die unhaltbare »aufklärerische Utopie einer prästabilisierten Harmonie aller Interessen« zur Grundlage machen wollte.¹⁴⁰ Für Kielmansegg nutzte die neoliberale Argumentation daher – zweitens – selbst »das alte Denkschema der Begründung von Legitimität aus dem Ursprung«.¹⁴¹ Ob

138 Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 219. Starbatty will dabei einen diskretionären Spielraum für die Politik wahren, um auf plötzliche Konjunkturschwankungen reagieren zu können. Innerhalb des Monetarismus war dies ein Streitpunkt (siehe Brittan: *A Restatement of Economic Liberalism*, S. 161f.).

139 Ein Beispiel für Letzteres wäre der spätere Nobelpreisträger Vargas Llosa: *Der Ruf der Horde*.

140 Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 227.

141 Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 228.

nun aber über die Souveränität der Einzelnen oder des Kollektivs: Dieses Denkschema ist für ihn völlig unbrauchbar »in einer Zeit, in der es keine unbezweifelten Geltungen mehr gibt, wohl aber eine Fülle von Möglichkeiten, unter denen gewählt werden muß«. ¹⁴²

Ausgerechnet Kielmansegg hielt einen anderen Weg zumindest für vielversprechender, auch wenn er in seiner Sicht noch nicht weit genug entwickelt war: die Systemtheorie. Wie wir sehen werden, variiert die Systemtheorie aber ein Krisennarrativ, das in der Forschung noch nicht registriert worden ist.

Technologische Gesellschaftskritik: Die veraltete Rationalität der Moderne

Das technologische Krisennarrativ konstatierte eine wachsende Komplexität der Gesellschaft, auf die man nicht mit den alten, zu einfachen Denkweisen und Methoden reagieren könne. ¹⁴³ In der einschlägigen Sekundärliteratur wird aber der vielleicht prominenteste Text der technologischen Krisendiagnose fast nie als eigenständiger Ansatz zur Kenntnis genommen, weil er im Report der *Trilateral Commission* zusammen mit Huntingtons und Watanukis Beiträgen erschienen ist. Michel Crozier war aber in Frankreich und den Vereinigten Staaten längst selbst zu großer Prominenz aufgestiegen. Seine Krisendiagnose beruhte dabei ausdrücklich auf kybernetischen Konzepten und verfolgte eine Zielstellung, die dem Projekt Huntingtons diametral entgegengesetzt ist, nämlich eine radikale Kritik der Hierarchie.

Ein Ausgangspunkt des technologischen Krisennarrativs war wie bei den anderen drei Narrativen die Überlastung des politischen Systems. Der Begriff des *overload*, den andere Narrative ebenfalls verwendeten, suggerierte in der technisch imprägnierten Sprache kybernetischer Ansätze eine Überladung des Systems, die zum Kurzschluss führt. Crozier sah diese Gefahr an zwei Stellen: »The European political systems are overloaded with participants and demands, and they have increasing difficulty in mastering the very complexity which is the natural result of their economic growth and political development.« ¹⁴⁴ Für ihn waren das Legitimations- und das Effektivitätsdefizit des politischen Systems zwei Seiten der gleichen Medaille, nämlich der Komplexität. Diese ist aber zunächst ein Resultat des ökonomischen Wachstums und der politischen Entwicklung, die die Anzahl der Optionen pluralisiert und damit Komplexität gesteigert hatten.

Dass dies zu einer Krise führte, lag für Crozier am hierarchischen Denkmuster der bürokratischen Herrschaft in Staaten und Unternehmen. Einen zentralen Auslöser sah er darin, dass Bürokratien sich in ihren starren Verfahren und in intrabürokratischen Konflikten verfangen, sodass sie nicht die notwendigen

142 Kielmansegg: *Volkssouveränität*, S. 228.

143 Siehe beispielsweise schon La Porte: »Organized Social Complexity«, S. 18–21.

144 Crozier: »Western Europe«, S. 12.

Informationsverarbeitungs- und Lernkapazitäten aufbauen können, um der neuen Situation zu begegnen.¹⁴⁵ In der deutschen Debatte hatte Scharpf diese Kooperations- und Koordinationsprobleme so pointiert, dass der Verwaltung die ›Komplexität‹ zur ›Schranke politischer Planung‹ werde.¹⁴⁶ Wie aber bereits in dem Kapitel zur Kybernetik zu sehen war, gab es durchaus unterschiedliche Positionen, wie man Komplexität bestmöglich begegnen könne. Dabei gerieten solche Ansätze in die Defensive, die (wie auch Scharpf) glaubten, Komplexität durch Kalkulationen – etwa auf Basis eines ökonomischen Akteurs – auflösen zu können.

Schon früh hatte dieser Konflikt auch zu Auseinandersetzungen um politische Planung geführt. Ein Beispiel dafür bietet der einflussreiche Artikel *A city is not a tree* des Architekten Christopher Alexander, dessen systemische Ideen später auch maßgeblich die Softwareentwicklung beeinflussten.¹⁴⁷ Alexander wandte sich schon 1965 gegen modernistische Verfahren der Stadtplanung, die eine Stadt durch hierarchische Organisationsmuster erfassen und entwickeln wollten. Dass sich Komplexität meist in hierarchische Strukturen zerlegen lasse, hatte auf abstrakterer Ebene auch Herbert Simon behauptet. Infolgedessen könnten soziale Probleme dekomponiert werden, um die Effizienz der Verarbeitung zu maximieren.¹⁴⁸ Alexander hatte hingegen einen anderen Blick auf Komplexität. Seine These war, dass sich eine Stadt gerade *nicht* mit einem hierarchischen Organigramm erfassen lasse. Vielmehr müsste man bei der Stadtplanung stets die volle Komplexität eines Netzes berücksichtigen.

In der Krisensituation der 1970er Jahre spitzte sich dieser schwelende Konflikt um ›Komplexität‹ noch einmal zu und es bot sich die Gelegenheit, die ›simplizistischen‹ Ansätze der Dekomposition von Problemen abzukanzeln. Die einflussreichste und radikalste Beschreibung der Dilemmata der Stadtplanung stammt von den Stadtsoziologen und Designtheoretikern Horst Rittel und Melvin Webber. In ihrem Aufsatz *Dilemmas in a General Theory of Planning* rechneten sie mit den Planern der Nachkriegszeit ab: Diese hätten immer behauptet, klüger als ihre Klienten in Regierung und Industrie zu sein und die nicht-intendierten Effekte politischer Planung problemlos in den Planungsprozess einkalkulieren zu können. Dafür hätten sie dann die Systemgrenzen immer weiter ausgedehnt, nur um am Ende immer wieder an der Nichtkalkulierbarkeit sozialer Probleme zu scheitern:

»This was the professional style of the systems analysts, who were commonly seen as forebearers of the universal problem-solvers. With arrogant confidence,

145 Crozier: »Western Europe«, S. 16f.

146 Scharpf: »Komplexität als Schranke der politischen Planung«.

147 Siehe Alexander: »A city is not a tree«, zur Wirkung die Beiträge der Jubiläumsausgabe Alexander: *A city is not a tree*.

148 Siehe Simon: »The Architecture of Complexity«, S. 475-479.

the early systems analysts pronounced themselves ready to take on anyone's perceived problem, diagnostically to discover its hidden character, and then, having exposed its true nature, skillfully to excise its root causes. Two decades of experience have worn the self-assurances thin. These analysts are coming to realize how valid their model really is, for they themselves have been caught by the very same diagnostic difficulties that troubled their clients.«¹⁴⁹

Die Idee eines rationalisierten Planungsprozesses, wie sie die RAND Corporation entworfen hatte, scheiterte laut Rittel und Webber am Konzept der Rationalität selbst.¹⁵⁰ Unter Rückgriff auf die kybernetischen Narrative argumentierten sie, seit Newton durchdringe alle Wissenschaften und die praktischen Handlungsfelder der Wirtschaft und Politik ein mechanistisches Weltbild, an das ein kausales Steuerungsversprechen geknüpft sei. Die Veränderung einer Variablen führe zu einem isolierbaren Effekt, den man – die Rechenkapazitäten vorausgesetzt – berechnen könne. Es fehlt aber nicht an den technischen Ressourcen, meinten Webber und Rittel, sondern diese Rationalität sei für soziale Probleme schlichtweg nicht haltbar. Soziale Probleme sind ›wicked problems‹.¹⁵¹

Diese These sollte immens einflussreich werden: Sie wurde zu einem zentralen Diskussionspunkt der *Policy*-Forschung und zum Ausgangspunkt politischer Reformen.¹⁵² Nach Rittel und Webber sind *wicked problems* zuerst dadurch gekennzeichnet, dass es für sie keine fixe Formulierung gibt. Die Definition des Problems hänge bereits von der Lösung ab, die man sich vorstellen konnte, und diese hänge wiederum von der Perspektive ab, von der man auf das Problem blicke: Aus der einen Richtung sähe Armut beispielsweise wie ein ökonomisches Problem aus, das man durch Wirtschaftsförderung beheben könne; aus der anderen wie ein Bildungsproblem; aus einer wieder anderen könne es als Folge mentaler und gesundheitlicher Schwierigkeiten oder als Problem sozialer und räumlicher Segregation erscheinen, und dabei hängen diese Probleme wiederum miteinander zusammen und produ-

149 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 159.

150 Laut Rittel und Webber besteht der Prozess aus folgenden Schritten: Ziele festlegen, dann Probleme der Zielerreichung isolieren, Nebenfolgen kalkulieren, Alternativen entwickeln, eine Handlung empfehlen und schließlich die getroffene Entscheidung beobachten, um sie in den Prozess zurückzuspeisen (»feed back«).

151 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 161: »There is no definitive formulation of a wicked problem« (Hervorhebung entfernt).

152 Siehe etwa das Programm der australischen Regierung Australian Public Service Commission: *Tackling wicked problems*; zur Forschung vgl. Crowley/Head: »The enduring challenge of ›wicked problems‹«; Head/Alford: »Wicked Problems«. Zur Bearbeitung von *wicked problems* werden – folgerichtig – *network*-Ansätze propagiert (vgl. Ferlie et al.: »Public Policy Networks and ›Wicked Problems‹«).

zieren Folgefragen: »Every wicked problem can be considered to be a symptom of another problem.«¹⁵³

Rittel und Webber formulierten auf diese Weise die Problemlagen so, dass sie *per definitionem* unlösbar waren. Man verfügt daher über kein Kriterium, wann ein Problem angemessen verstanden und beschrieben sei, sondern muss das Ende des Verstehensprozesses selbst festlegen.¹⁵⁴ Und weil schon die Formulierung des ›Problems‹ selbst ›problematisch‹ ist, sei es auch unmöglich, ein festgelegtes Set an Lösungen zu isolieren. Es gebe keinen *one best way*. Stattdessen könne man jederzeit neue, ebenso mögliche Problemperspektiven und -lösungen ins Spiel bringen: »Anything goes«, lautete die später oft falsch verstandene Pointierung.¹⁵⁵

Dieses *Erkenntnisdilemma* habe zwei entscheidende Folgen. Erstens verliere der Experte seinen Status als universeller Problemlöser, wo es keine universellen Problemlösungen mehr gibt. Er werde – in kybernetischer Diktion – zum Spieler: »it should be clear that the expert is also the player in a political game.«¹⁵⁶ Noch problematischer seien aber – zweitens – die sachlichen Folgen: Denn wenn alles zusammenhänge, könne man weder alle Folgen absehen noch ohne weiteres mehrere Versuche zur Lösung eines Problems unternehmen. Jede Handlung ist eine »one-shot operation«, bei der man sich aufgrund der unabsehbaren Folgen keine Fehler erlauben dürfe.¹⁵⁷ Während also alles möglich ist, lässt sich doch immer weniger mit guten Gründen machen. Diese Beschreibung der Situation erinnert bereits sehr an die später von Niklas Luhmann gerne bemühte Formel: »[W]eil alles anders sein kann, [kann] alles auch so bleiben, wie es ist.«¹⁵⁸

Was allerdings passiert, wenn man auf die Komplexität sozialer Probleme mit dem alten universellen Planungsmodell reagierte, hatte Crozier für sein Heimatland Frankreich eingehend beschrieben und im Bericht der Trilateralen Kommission für Westeuropa generalisiert:¹⁵⁹ Um unter diesen Bedingungen Entscheidungen treffen und durchsetzen zu können, greifen die Bürokratien weiterhin auf ›halb-geheime‹ Entscheidungsverfahren zurück. Damit geraten sie in Konflikt mit der

153 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 165 (Hervorhebung entfernt).

154 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 162.

155 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 164. Hier liegt eine Ähnlichkeit zu Foucault, der mit dem analytischen Konzept der ›Problematisierung‹ ebenfalls auf die unterschiedlichen Weisen der Problemkonstruktion hinweist.

156 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 169.

157 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 163; s.a. S. 166.

158 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 293.

159 Es gab für ihn allerdings durchaus Differenzen, insbesondere Schweden verfügte über eine Kombination von lokaler Entscheidungsfindung, pluralen Verhandlungsstrukturen und einem Ombudsmann-Modell, dass die Bürokratien begrenzte und Regierbarkeit gewährleistete (siehe Crozier: »Western Europe«, S. 15, 18).

Komplexität der Probleme, sodass Konsens und Unterstützung erodieren. Infolgedessen müssen sich Bürokratien immer mehr Kontrollmechanismen bedienen.

Diese *Coping*-Strategien der Bürokratien führen in einen zweiten Teufelskreis: Statt Veränderungen einzubeziehen, blockieren Bürokratien diese, und je mehr gesellschaftliche Veränderungen eintreten, desto rigider wird die Blockade.¹⁶⁰ Die Individuen spielen dieses »collective game« aber immer noch mit, weil sie auf der lokalen Ebene gewisse Freiheiten und Privilegien genießen: »Everyone is a prisoner of it, but each member gains something in return.«¹⁶¹ Insgesamt entsteht so aber eine »blockierte Gesellschaft«: »centralized«, »oppressive and inefficient«, »authoritarian«, »based on dependence and passivity«, »caus[ing] exclusion and favoritism«.¹⁶²

Im Unterschied zum institutionalistischen und neomarxistischen Krisennarrativ geht das technologische Krisennarrativ also nicht von der Ökonomie oder der Demokratie aus. Es setzt stattdessen an einer *dahinterliegenden* Rationalität an. Darin scheint eine gewisse Nähe zum neoliberalen Krisennarrativ zu bestehen, das eine mangelnde Rationalität als Ursache der Krisen sah. Allerdings war ja die weitere Rationalisierung im technologischen Krisennarrativ gerade keine Lösung. Dies hatten Rittel und Webber mit ihrer Kritik an den universellen Problemlösern zum Ausdruck gebracht. Michel Crozier pointierte diese Position noch einmal: Man befinde sich in einer *kulturellen* Krise, weil man sich immer noch auf ein Modell sozialer Kontrolle berufe, das auf Hierarchie und Fragmentierung beruhe.¹⁶³

Für das technologische Krisennarrativ bestand das Problem also nicht in der *mangelnden* Rationalität des Staates, sondern in der *veralteten* Rationalität der *Moderne*. Diese Kritik mündete in eine doppelte Absage an die Rational-Choice-Theorie der Ökonomie und an die Souveränitätstheorie der Politik:

»Western Europe [...] has lived during the last two or three centuries with a *certain model of rationality* which has had a decisive influence on values, at least by giving them the basic structure within which they could be expressed. This kind of rationality, which can be considered as the most powerful tool humanity had discovered for managing collective action, is founded upon a clear distinction between

160 Siehe Crozier: »Western Europe«, insb. S. 17, auch S. 47. Durch diese Situation entstehe außerdem ein immenses Potenzial für Korruption. Hier besteht ein klarer Unterschied zu neoliberalen Erklärungsmustern: Diese hatten Korruption immer wieder auf die schädliche Eigennützigkeit des politischen Personals geschoben; Crozier hingegen begründete sie durch die Zwänge unangepasster Systemstrukturen (vgl. Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«).

161 Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«, S. 559.

162 Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«, S. 556-558; siehe auch Crozier: *La Société bloquée*.

163 So wörtlich in Crozier: »Western Europe«, S. 30, 37.

ends and means and an analytical fragmentation of problems within a world that could be considered infinite. [...] Every problem can be redefined in such a way that ends and means may be clearly separate and so that a rational solution could easily be found. [...] In the *economic sphere* analytical structuring will help sort out single deciders to whom others will be linked by definite contracts (into which they will enter according to their orders of preference). And in the *political sphere* democratic procedures organized around the twin concepts of general will and sovereignty give the rationale for the same logic. [...] The system has worked well enough [...]. But once *the explosion of communication and social interaction* has disturbed the necessary barriers that made societies more simple and therefore more manageable, this basic pattern of rationality disintegrates.«¹⁶⁴

Das technologische Krisennarrativ nahm auf diese Weise unverkennbar die Motive der Kybernetik auf, die sich ebenfalls gegen die so charakterisierte Rationalität der Moderne gewandt hatte. Die Moderne war zwar, so das Narrativ, mit ihrem mechanistischen Steuerungsmodell sehr erfolgreich gefahren. Dieser Erfolg hatte aber zu einer Komplexität geführt, die im Modell der modernen Rationalität nicht hinreichend durchdacht werden kann. Diese Unfähigkeit wiederum habe nun gesellschaftlich gesehen schwerwiegende Folgen, weil die politischen Probleme *sachlich* nicht mehr hinreichend verarbeitet werden können und *sozial* ein immer größerer Druck auf die Individuen und Systeme entstehe. Um dieser Krise zu entkommen, brauche man eine neue Theorie. Denn die post-industriellen Gesellschaften, so formulierten Rittel und Webber, sind »far more differentiated« und haben daher auch eine »diversity of goals«, die soziale Integration und politische Problemlösung mit den alten Theorien unmöglich machen.¹⁶⁵

In diesem Sinne forderten auch Crozier und sein Kollege Jean-Claude Thoenig, man solle von institutionalistischen Untersuchungen auf einen »systems approach of interorganizational networks« um- und die Regulation von komplexen organisierten Systemen ins Zentrum stellen.¹⁶⁶ Dies bedeute, dass man die klassischen Begriffe von Regierung und Macht neu durchdenken müsse. Zum einen dürfe »Regierung« nicht mehr »in its legal or formal meaning« verwendet werden, »but in its cybernetic sense.«¹⁶⁷ Infolgedessen müsse man von ineinander verschachtelten Netzwerken ausgehen, in denen die Akteure unterschiedliche »Spiele« spielen können. Macht ließe sich nicht mehr über die individuellen Ressourcen bestimmen,

164 Crozier: »Western Europe«, S. 40.

165 Rittel/Webber: »Dilemmas in a General Theory of Planning«, S. 167f. Dort findet sich auch die gleiche Kritik an politischen und ökonomischen Theorien wie bei Crozier.

166 Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«, S. 561 (Großschreibung entfernt).

167 Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«, S. 564.

sondern müsse sich auf den strategischen Umgang der Spielenden mit den Ungewissheiten und Optionen in den Spielen beziehen. Vertrags- oder Besitzlogiken greifen zu kurz.¹⁶⁸

Auch in normativer Hinsicht stellte sich das technologische Krisennarrativ daher gegen einen Rückfall ins »traditional game«.¹⁶⁹ Die bloße Wiederaneignung einer hierarchischen Rationalität, wie sie Croziers Kollege Huntington vorgeschlagen hatte, konnte ebenso wenig einen Ausweg aus der Krise bieten wie eine weitere Rationalisierung. Ganz im Gegenteil meinte Crozier, die modernen Gesellschaften »should try to *accelerate* the shift away from their old model [...] and experiment with more flexible models that could produce more social control with less coercive pressure«.¹⁷⁰ Eine neue Rationalität zu finden, sei die zentrale Aufgabe der Gegenwart:

»The search for a broader kind of rationality, as well as the search for new kinds of social and organizational games that can embody it, is the major problem of Western societies. New social and psychological Utopias, such as the community drive, the encounter group philosophy, and the self-government dreams are useful tools for this search as well as dangerous illusions. Conversely, political reemphasis of local and regional ties may be as much a conservative »retro« fashion as a necessary axis for the renewal of governmental processes.«¹⁷¹

In Croziers Kritik der Hierarchien wird deutlich, dass die neuen »Spiele« ein höheres Maß an Kooperation, Kommunikation, Aktivität und Flexibilität umfassen müssten, als es die alte Rationalität der Moderne zuließ. Sein Vorschlag läuft darauf hinaus, die alten Blöcke »konservativer« oder »linker« Programmatiken zu durchbrechen, um »Spiele« mit dieser Stoßrichtung zu entwickeln. Dabei sollen die sinnvollen Elemente unabhängig von ihrem überkommenen Kontext als »tools« für eine neue Rationalität verwendet werden. Mit diesem experimentellen *tools approach* bewegte sich Crozier im Rahmen des kybernetischen Denkens der Counterculture, auf die er mit dem Hinweis auf »community drive« und »self-government« erkennbar anspielte.

Dieser Bezug war im Übrigen auch biografisch kein Zufall. Denn als Michel Crozier den Report für die Trilaterale Kommission anfertigte, war er zum wiederholten Mal an der Stanford University. Webber und Rittel entwarfen zeitgleich ihre Überlegungen nur wenige Meilen entfernt, nämlich an der University of California in Berkeley. An beiden Universitäten arbeiteten auch weitere sozialwissenschaftliche Forschungsgruppen mit dem Netzwerk-Ansatz. Darunter waren zum

168 Siehe Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«, S. 553, 562f.

169 Crozier/Thoenig: »The Regulation of Complex Organized Systems«, S. 560.

170 Crozier: »Western Europe«, S. 54f. Hervorhebung hinzugefügt.

171 Crozier: »Western Europe«, S. 43.

Beispiel die Entwürfe für eine soziologische Netzwerk-Analyse von Mark Granovetter und eine einflussreiche politikwissenschaftliche Arbeitsgruppe um Todd La Porte, die die steigende Komplexität der Gesellschaft als ein Ausgangsproblem der Organisations- und *Policy*-Forschung etablieren wollte.¹⁷² Die Bay Area war nicht nur (gegen-)kulturell, sie war auch wissenschaftlich ein *hot spot* für die Weiterentwicklung kybernetischer Ideen.

In den Deutungskämpfen der 1970er Jahre verfügte das technologische Krisennarrativ über einen ganz eigenen Begriffsapparat, um seine Darstellung der Krise zu präsentieren. Durch die kybernetischen Figuren der Netzwerke, Systeme und Spiele und die Argumente zur Komplexität und Diversität moderner Gesellschaften konnte es die Krisenphänomene in ein neues Licht rücken. Es prägte dabei die heute ubiquitäre Diagnose, dass zentrale und kausale Steuerung aufgrund der sozialen Interdependenzen nicht möglich sei – weder durch den Staat noch durch den Markt.¹⁷³ Dieses Narrativ interpretierte die Krisen so, dass es die konkurrierenden Deutungsmuster ins historische Abseits rückte und ein neues Zeitalter mit einer neuen Rationalität in Aussicht stellte. Diese neue Rationalität konnte gleichzeitig für die »Komplexität« der vernetzten Welt sensibilisieren und für Flexibilität, Diversität und Innovationsfähigkeit werben. Das technologische Regierungsdenken bot damit nicht nur ein Gegenmodell zu den Zwängen der Nachkriegsgesellschaften, sondern auch eine Antwort auf die Krise der Moderne.

3. Die Krise der Moderne und die zwei Chancen der Neuordnung

Die Krisenphänomene und -diskurse der 1970er und frühen 1980er Jahre lassen sich als einen entscheidenden Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der westeuropäischen Gesellschaften lesen. Denn in dieser Zeit brachen die Selbstverständnisse weg, die die Nachkriegsgesellschaften geprägt hatten, und dadurch rissen

172 Siehe La Porte (Hg.): *Organized Social Complexity*; vgl. dazu Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«. Die Arbeitsgruppe, deren Einfluss bis in *network governance*-Konzepte fortwirkt, verstand dabei die immensen sozialen Konflikte in ihrer Stadt als die Folge eines Missverhältnisses von sozialer Komplexität und den simplizistischen Modellen in Planungs-, Policy- und Organisationsforschung. Dies konnte in La Portes Augen zu einer Gefahr für das gesamte soziale Gefüge werden (siehe La Porte: »Preface«). Wie man daran sieht, wurde die Bay Area auch deshalb zu einem *hot spot* des theoretischen und praktischen Experimentierens, weil sich an den Ballungszentren San Francisco und Los Angeles sowohl die neuen Planungsprobleme als auch die neuen Freiheitsräume aus erster Hand beobachten ließen.

173 Mit einer solchen Formulierung hat dann auch Powell: »Neither Market nor Hierarchy« 1990 das Netzwerk als Organisationsform berühmt gemacht. Powell forschte übrigens ebenfalls 1986/87 in Stanford und nahm 1999 dort eine Professur an; gleichzeitig wurde er Mitglied des Santa Fe Institute, einem Forschungszentrum zu Komplexitäts- und Systemtheorie.

grundlegende Fragen der sozialen und politischen Ordnung wieder auf. Dass dabei die ökonomischen Einbrüche, massive Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und die Rückkehr der Gewalt in die Lebensrealität der Menschen gleichzeitig auftraten, führte dazu, dass die Krisenphänomene zu einer zusammenhängenden Krise der modernen Politik- und Gesellschaftsideen verdichtet wurden. In den Worten des technologischen Krisennarrativs: »We have come to the collective conviction that the degree of social complexity, particularly that confronting modern industrial nations, has seriously eroded the quality of our traditional conceptions about social and political realities.«¹⁷⁴

Diese technologische Kritik an der Ontologie der Moderne fiel auf einen fruchtbaren Boden. Denn wie tief die Krise der gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen reichte, zeigt, dass sich parallel zu den eben diskutierten Krisen der Regierbarkeit eine Selbstbeschreibung der Zeit als ›Post-Moderne‹ oder ›andere Moderne‹ durchsetzte.¹⁷⁵ Die Krisenerfahrungen wurden damit auf einen ähnlichen Rang gehoben wie jene Umbruchszeit, aus der die modernen Konzepte sozialer Ordnung und politischer Steuerung hervorgegangen waren, und die man nach 1945 noch einmal ausdrücklich bestärken wollte, indem man den Leitideen von Souveränität und Modernisierung folgte.

Gerade diese Konzepte erschienen nun aber den Menschen selbst fragwürdig, wie ein zeitgenössisches Zitat des Historikers Dan Diner aus der Zeitschrift *links*, einem Forum der Neuen Linken, eindrücklich demonstriert:

»Daß die zumindest seit der Aufklärung in unterschiedlicher Weise kulturell und politisch wirksamen *linearen* Fortschrittsvorstellungen nicht mehr tragend sind, ist allgemein ersichtlich. Das Ende der Zukunft ist paradoxerweise selbst zum Motiv von Zeiterklärungen geworden. Und ohne Zukunft bzw. Zukunftsvorstellungen [...] läßt sich kein Leben sinnvoll, d.h. *vernünftigerweise* entwerfen. Die Wahrnehmung vom Ende der Zeit, von linearer Zeit, findet seine Entsprechung in einem sich verengenden Lebensgefühl – dem Lebensgefühl von no future – konkret im erwarteten Ende unserer Zivilisation.«¹⁷⁶

Diners Einschätzung gibt den Blick auf die epistemische Verunsicherung einer Zeit frei, die ihre eigene Zeitkonzeption verloren hatte.¹⁷⁷ Hartmut Rosa hat diesen tem-

174 La Porte: »Organized Social Complexity«, S. 4.

175 Siehe Lyotard: *La condition postmoderne*; Beck: *Risikogesellschaft*. Zu weiteren analogen Beschreibungen vgl. Rosa: *Beschleunigung*, S. 47, der zurecht darauf hinweist, dass die Wahrnehmung des Bruchs noch keine Einigkeit über den Charakter des Bruchs impliziert. Zu Karrieren und Abgrenzung der ›anderen‹ oder, wie Beck später sagte, ›zweiten Moderne‹ vgl. auch Schroer: »Theorie Reflexiver Modernisierung«.

176 Diner: »Hier stimmt was nicht«, S. 21.

177 Der Einbruch der Zeitvorstellungen und die grassierende Kontingenzwahrnehmung sind gut dokumentiert und erforscht. Vgl. insb. Esposito: »Von no future bis Posthistoire« (der auch auf

poralen *Strukturwandel der Moderne* und seine Folgen bisher am deutlichsten herausgearbeitet. Dabei betonte er vor allem, dass der Verlust kontinuierlicher, linearer Zeitkonzeptionen zu einer ›Verzeitlichung der Zeit‹ und einer ›Entzeitlichung der Geschichte‹ geführt habe, die durch eine subjektive und strukturelle Desynchronisierung der Zeithorizonte geprägt sei: Man stelle von den kontinuierlichen Identitäts- und Politikkonzeptionen der Hochmoderne, die auf ein zusammenhängendes Gestaltungsprojekt abzielten, auf situative Identitäten und situative Politik um, die durch eine Steigerung der Positionswechsel gekennzeichnet sind.¹⁷⁸

Dass es zu dieser Umarbeitung der modernen Politik-, Subjekt- und Gesellschaftsvorstellungen gekommen ist, hängt auch damit zusammen, dass die zeitgenössischen Akteure selbst diese Vorstellungen für nicht mehr tragfähig befanden. In dem obigen Zitat verband Dan Diner den Verlust der modernen Zeitkonzeption unmittelbar mit der daran hängenden Möglichkeit eines ›vernünftigen‹, zielgerichteten Lebensentwurfs, die durch die Krisenwahrnehmung unterlaufen werde. Diese teleologische Gestaltung der Welt lag im Kern der Souveränitätskonzeption der Nachkriegszeit.

Wie das erste Kapitel gezeigt hat, lag diese Souveränitätskonzeption wiederum im Kern des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Nachkriegszeit, in der das Individuum angehalten wurde, sich zu einer ›souveränen Persönlichkeit‹ zu bilden, und der Staat als eine solche souveräne Persönlichkeit für die Integration, Gestaltung und Entwicklung der Gesellschaft ›verantwortlich‹ war. In temporaler Hinsicht war er dabei ausdrücklich zur Ausbalancierung gesellschaftlicher Beschleunigungsprozesse bestellt worden, um die Gesellschaft zu stabilisieren. Wenn diese Konzeption erodierte, hatte das gesamtgesellschaftliche Folgen und extrapolierte die Ungewissheit.

Die Regierbarkeitsdebatten waren daher nicht nur ein Indikator, sondern auch ein Katalysator des Strukturwandels der Moderne. Alle vier Krisennarrative verbindet eine Kritik am souveränen Staat der Nachkriegszeit, nicht selten einschließlich der dahinterstehenden Zeit-, Raum- oder Subjektkonzeptionen. Sie attestierten

Diner verweist); außerdem etwa Henne: »Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit«; zur Wende in der Zukunftsforschung Seefried: *Zukünfte*, S. 452–490. Zu einem damit einhergehenden Pessimismus siehe King: »Overload«, S. 296, Crozier: »Western Europe«, S. 51, Rose: »Ungovernability«, S. 352; St. John-Stevas: »The disappearing consensus«, S. 72; vgl. sekundär auch Rosanvallon: *Demokratische Legitimität*, S. 101, 106; Leendertz: »Das Komplexitätssyndrom«, S. 95, 120f.; Dipper: »Die Epoche der Moderne«, S. 103; am Beispiel der Ingenieursberufe Hertzog: »Pragmatische Politisierung«; am Beispiel konservativer Parteien Steber: »A Better Tomorrow«.

178 Vgl. Rosa: *Beschleunigung*, zusammengefasst auf S. 49f., 450; dabei greift Rosa auf Luhmanns Systemtheorie zurück, die – wie zu sehen sein wird – in den Deutungskämpfen der Zeit frei-lich selbst aktiv auf diese Umstellung der Selbstbeschreibung und eine Umstrukturierung der Politik hinwirkte.

gleichermaßen eine Überdehnung des Staates, die umgekehrt zu einer erdrückenden, normierenden Last für das Individuum werden konnte. Selbst die institutionalistischen und neomarxistischen Krisennarrative, die bereits das Feld politischer Auseinandersetzungen in der Nachkriegszeit abgesteckt hatten, legten dabei die inhärenten Dilemmata dieser Ordnung frei, auch wenn die einen dabei den Konflikt zwischen Führung und Bürger:innen, die anderen den zwischen Kapital und Arbeit ins Zentrum rückten.

Obwohl die »klassischen« Deutungsansätze damit durchaus bemerkenswerte Analysen vorbrachten, gelang es ihnen aber – teils eingestandenermaßen – nicht, eine Antwort auf diese Krisen zu formulieren, die dem *Verlust der Wirklichkeitsordnung* selbst entsprach, den die obigen Zitate noch einmal zum Ausdruck gebracht haben. Dies war die Gelegenheit, in der zwei neue Deutungsansätze ihre Argumentation auf die Schwäche der »herkömmlichen Betrachtungsweise« ausrichteten und ihre alternativen Vorschläge präsentieren konnten: Die Vertreter:innen des technologischen und des neoliberalen Narrativs hatten bereits vor der Krise begonnen, programmatische Alternativen zur Weltsicht der Nachkriegszeit zu formulieren, und konnten diese nun durchsetzen.

Die Analyse der politischen Krisennarrative der Zeit stützt damit zunächst die These, die Andreas Rödder in seiner großen Studie über die Genese des 21. Jahrhunderts aufgestellt hat. Demnach haben in Reaktion auf die Krisenerfahrungen in den 1980er Jahren zwei Prozesse der Renormativierung eingesetzt, die die Struktur und Debatten des 21. Jahrhunderts prägen. Auf der einen Seite sieht er dabei das »Modernisierungsparadigma der Marktorientierung«, auf der anderen Seite ein postmodern-dekonstruktivistisches Projekt, das Diversität und Gleichstellung in den Mittelpunkt stellt.¹⁷⁹ Offenkundig handelt es sich bei diesen beiden Richtungen um Weiterentwicklungen der neoliberalen und technologischen Krisennarrative der 1970er und frühen 1980er Jahre.

Allerdings übersieht Rödder dabei nicht nur die technologischen Ressourcen der zweiten Renormativierung, er grenzt sie auch viel zu stark ein, indem er die »philosophischen Seminare in Paris und Berkeley« und die zugehörige Counterculture für sie verantwortlich macht.¹⁸⁰ Zwar adaptierte die Counterculture die kybernetischen Figuren und ventilierte sie so in einem spezifischen Personenkreis, gleichzeitig diffundierten die kybernetischen Konzepte der Diversität und Differenz aber auch in informationstechnologische, stadt- und organisationssoziologische ebenso wie in managementtheoretische Texte.¹⁸¹ Auch Niklas Luhmann, der

179 Vgl. Rödder: 21.0, S. 96–126, zu These und Zitat S. 108. Rödder verweist ausdrücklich auf die Krisen der 1970er Jahre.

180 Rödder: 21.0, S. 101.

181 Neben den diskutierten Texten vgl. Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*.

im Folgenden als ein Beispiel für die Entwicklung des technologischen Regierungsdenkens untersucht wird, dürfte einer subversiven »Kultur des Regenbogens«,¹⁸² wie sie Rödter mit erkennbarer Distanz skizziert, eher unverdächtig sein.

Blickt man genauer auf die Krisennarrative, muss man im Übrigen auch das liberale Moment etwas breiter fassen. Wie die Untersuchung der Krisennarrative gezeigt hat, besteht das liberale Moment der 1970er Jahre aus zwei Ansätzen, dem ökonomischen Liberalismus und einem breitgefächerten zivilgesellschaftlichen Liberalismus, zu dem man in politiktheoretischer Perspektive so widersprüchliche Ansätze wie den von Jürgen Habermas und Chantal Mouffe rechnen könnte. Während jene liberalen Revitalisierungen der Zivilgesellschaft in den folgenden Jahrzehnten das Selbstverständnis einer politischen Öffentlichkeit mitprägten, wirkte der ökonomische Liberalismus als Regierungsprogramm fort.

Das politische Vorhaben des Neoliberalismus, das die folgenden Jahrzehnte prägen sollte, lässt sich in der *policy*-Dimension durch die Trias Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung beschreiben.¹⁸³ Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass diese Abgabe staatlicher Aufgaben an die Wirtschaft nicht einem Abbau des Staates als solchem entspricht. Wie bereits in den Krisennarrativen deutlich geworden ist, bestand das Anliegen der neoliberalen Beiträge vielmehr in einem *Umbau des Staates*. Dabei sollten die teleologischen Regierungskonzepte durch ein instrumentelles Staatsverständnis ersetzt werden. Dem Staat kommt hierbei eine Schutzfunktion (*protective state*) und eine Kollektivgutfunktion zu (*productive state*).¹⁸⁴ In dieser Rekonfiguration verschwindet die Idee der Souveränität nicht gänzlich. Stattdessen wird hierarchische Kontrolle mit Hilfe der Theorie rationaler Wahl umgedeutet.

Diese hierarchische Dimension in ordo- und neoliberalen Theorien hat Thomas Biebricher in einer ideengeschichtlichen Perspektive von den 1930er bis zu den 1970er Jahren nachverfolgt und dabei gezeigt, dass sich zwei zentrale Figuren der Souveränität ausmachen lassen: die des neutralen Schiedsrichters und die der Regelbindung.¹⁸⁵ Um die Figur der Regelbindung zu illustrieren, ziehen Neoliberale wie James Buchanan gerne die Geschichte des Odysseus heran, der sich selbst an

182 Rödter: »Als Historiker kann ich nur sagen, es kommt nichts zurück«.

183 Für die Trias neoliberaler Policies, die gelegentlich leicht variiert wird, vgl. anstelle vieler Rödter: 21.0, S. 231–233; Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*, S. 22–26.

184 Vgl. Krisendiagnose und Programm bei Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*.

185 Vgl. zum Folgenden Biebricher: »Sovereignty, Norms, and Exception in Neoliberalism«. Siehe dazu Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*, S. 76–105, 129–151. Statt des Schiedsrichters kann auch die Metapher des Schlichters gewählt werden, statt der Erzählung von Odysseus die von Robinson Crusoe, der sich selbst einen Wecker stellt. Buchanan thematisierte diese Regelbindung als das »Paradox, ›regiert zu werden« (S. 129). Biebricher sieht im Pendeln zwischen regellosem Ausnahmezustand und Regelzustand zudem eine rudimentäre dritte Figur des neoliberalen Souveränitätsdenkens.

den Mast fesseln lässt, um die selbstverschuldete Herbeiführung des vorhergesagten Niedergangs zu verhindern. In dieser Perspektive sind entweder die Individuen auf dem Markt souverän, insbesondere in dem Moment der Regelvereinbarung; alternativ sind die Regelmechanismen selbst souverän, die sich als formale, unpersönliche Kraft hierarchisch durchsetzen.

Auch die Figur des neutralen Schiedsrichters beruht auf der Idee freier Regelvereinbarung, aber sie wird mit Referenz auf den Hobbes'schen Leviathan modelliert.¹⁸⁶ In der Public-Choice-Theorie von James Buchanan ist er die Antwort auf das Gefangenendilemma der einzelnen Spieler: Obwohl für beide Spieler im Falle der Kooperation Gewinne entstehen, lohne sich für jeden Einzelnen die Kooperation nicht. Wenn man nämlich die vereinbarten Regeln unterläuft, während der andere sich daran hält, fahre man selbst den größten Gewinn ein. Da dieses Dilemma den Spielern klar sei, beschließen sie die Gründung eines Leviathans, der sicherstellt, dass die Kooperationsgewinne eines Vertragsschlusses tatsächlich eingefahren werden können. Der Schiedsrichter sichere dann die Kooperationsgewinne durch die hierarchische Durchsetzung vereinbarter Interaktionsregeln. Diese instrumentelle Rationalität begründet bei Buchanan die Schutz- und Kollektivgutfunktion des Staates.

Der Umbau des Staates im Sinne dieses instrumentellen Staatsverständnisses ist in den 1980er und 1990er Jahren maßgeblich durch das administrative Reformprogramm des New Public Managements vorangetrieben worden.¹⁸⁷ Die Neuordnung der Institutionen sollte die staatliche Aufgabenerfüllung effizienter gestalten und zugleich dafür sorgen, dass die Handelnden nicht ihr eigenes Wohl maximieren, sondern den (markt-)gesellschaftlich festgelegten Regeln folgen. Um dies zu erreichen, wurden drei größere Maßnahmenbündel angestrebt.

Erstens sollte der Staat Aufgaben abgeben (*contracting out/outsourcing*) und große staatliche Organisationen in einzelne eigenständigere Agenturen umwandeln (*decentralization*). Dadurch könnte er sich auf seine Kernfunktionen konzentrieren und zugleich die Effizienz der Aufgabenerfüllung steigern, weil die Vergabe der Aufgaben nun über Märkte und Quasi-Märkte läuft, auf denen privatwirtschaftliche Organisationen und öffentliche Agenturen im Wettbewerb miteinander stehen.

Damit nun aber sichergestellt wird, dass die staatlichen Stellen ihre Aufgaben tatsächlich auch effizient und im Sinne der Öffentlichkeit ausführen, sollten zwei-

186 Vgl. weiterhin Biebricher: »Sovereignty, Norms, and Exception in Neoliberalism«. Siehe dazu Buchanan: *Die Grenzen der Freiheit*, S. 76-105, 129-151.

187 Bevir: *Democratic Governance*, S. 27-31, 40-45, 67-75, arbeitet hervorragend den Zusammenhang zwischen Rational-Choice-Theorie, New Public Management und neoliberalen Reformen heraus. Vgl. zum New Public Management hier und in den folgenden Absätzen über die Maßnahmenbündel außerdem August: »Theorie und Praxis der Transparenz«; Boston: »Basic NPM Ideas and their Development«; Christensen/Lægreid: »Introduction«; Kegelmann: *New Public Management*, S. 126-148.

tens Politik und Verwaltung *hierarchisch durchstrukturiert* werden. Dazu wurden sie in Form von Principal-Agent-Beziehungen reformuliert, sodass eine hierarchische »Kette« entsteht, die vom obersten Principal – »dem Bürger« – bis zur untersten Verwaltungsstelle, dem letzten Agenten reicht.¹⁸⁸ Auf diese Weise hätte jede Stelle eine klare definierte Handlungskompetenz, was die Effizienz steigern, während Fehlverhalten ebenso klar verortet und unmittelbar abgestraft werden könnte.

Um die Bindung der Agenten an die Principale aber tatsächlich durchsetzen zu können, mussten diese *schließlich* unter permanente Beobachtung gestellt werden. Denn selbstverständlich verfügen die Agenten in jeder Situation zunächst über mehr Informationen als die kontrollierenden Principale. Dieser Informationsasymmetrie kommt das New Public Management bei, indem es umfangreiche Transparenzpflichten einführt, die sich in der Verbreitung von *auditing*, *benchmarking* und *performance measurements* niedergeschlagen haben.¹⁸⁹ Sie haben zur Folge, dass sich die Agenten an die festgesetzten Regeln halten, und sollten zugleich genutzt werden, um »bessere« Entscheidungen zu treffen.

Mit diesen Maßnahmenbündeln setzte das New Public Management die neoliberale Staatskritik in ein administratives Programm um und bot durch die veröffentlichten Informationen außerdem einen Anschlusspunkt für Zivilgesellschaftskonzeptionen.¹⁹⁰ Es griff dabei das Misstrauen auf, das der Steuerungskompetenz von Politik und Verwaltung entgegengebracht wurde, und setzte ihm das Versprechen entgegen, die persönliche Unzuverlässigkeit durch formale Mechanismen der Verhaltenskontrolle zu kompensieren. Zugleich diene die professionalisierte Verarbeitung der freigesetzten Informationen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität.

Die Antwort, die vom (neo-)liberalen Moment ausging, setzte also nicht auf eine Revision moderner Basisannahmen, sondern auf deren (einseitige) Radikalisierung mithilfe einer neuen institutionellen Ordnung, die *mehr* Informationen *schneller* verarbeitet, um *mehr* Sicherheit und Gewinn zu produzieren.¹⁹¹ Sie versucht, die

188 Moe: »The New Economics of Organization«, S. 765f. (eigene Übersetzung).

189 Siehe Moe: »The New Economics of Organization«, S. 766. In der Folge ist eine Quantifizierungsforschung entstanden, vgl. z.B. Mau: *Das metrische Wir*; Rottenburg et al. (Hg.): *The World of Indicators*.

190 Dies führt auch zum Aufstieg von Nichtregierungsorganisationen. Diese »NGOisierung der Öffentlichkeit« ist infolgedessen mehrfach kritisiert worden (vgl. Lang: *NGOs, Civil Society, and the Public Sphere*). Für den US-amerikanischen Fall hat Theda Skocpol: *Diminished Democracy* die Umwandlung von Mitgliedschaft in Assoziationen zum Management der Organisationen im Detail nachgezeichnet. Zur Karriere der Nichtregierungsorganisationen insg. vgl. Frantz/Martens: *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. In Zusammenhang damit steht freilich auch die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte der 1980er und 1990er Jahre.

191 Zum Modernismus dieses Ansatzes vgl. ideengeschichtlich Bevir: *Democratic Governance*. Rödter: 21.0, S. 109, nennt ihn daher treffend eine »Modernisierungsideologie«. Und schon Jürgen Habermas hat gegen dieses Projekt einer *rational-choice*-Moderne den Vorwurf erho-

verlorengegangene Gewissheit durch Rationalisierungspraktiken zurückzugewinnen.

Für dieses Verfahren hat der Neoliberalismus ideengeschichtlich gesehen einen Vorläufer in dem britischen Juristen Jeremy Bentham, den Christopher Hood zurecht als *locus classicus* des New Public Management bezeichnet hat.¹⁹² Bentham hatte die epistemische, soziale und politische Ungewissheit am Beginn der Moderne – ähnlich wie die Neoliberalen in der Krise der Moderne – als eine bedrohliche Unsicherheit interpretiert. In Anlehnung an Newtons Mechanik entwarf er eine utilitaristische Moraltheorie, die den Menschen als rationalen Nutzenmaximierer zeigt, der stets versuche, sein eigenes Wohl (*pleasure*) zu steigern und Leid (*pain*) zu vermeiden. Über diese beiden Hebel sei menschliches Verhalten dann kausal steuerbar. Die demokratische Ordnung könnte daher so eingerichtet sein, dass das größte Glück der größten Zahl entstehe. Dafür müsse man die Akteure daran hindern, ihre Macht zu missbrauchen. Daher bedürfe es einer hierarchischen Institutionenordnung, umfänglicher Berichtspflichten und einer wachsamten Öffentlichkeit, die als oberstes Ende der Hierarchie Sanktionen und Gratifikationen vergibt. Weil diese institutionelle Kontrolle durch Transparenz aber auch bessere oder, wie Bentham in modernetypischer, hygienischer Sprache sagte, »reine« Informationen produziere, würde der politische Prozess ein neutrales, rationales Urteil generieren.¹⁹³

Der Neoliberalismus brachte also eine Antwort auf die Krisen der Moderne, die bereits am Beginn der Moderne entwickelt worden war, nun aktualisiert wurde und nach den Krisen in politische Programme übertragen werden konnte. Im Rahmen des Liberalismus ersetzte er damit die christlich-liberale und die sozial-liberale Tradition, die die Nachkriegszeit durch die keynesianische Wirtschaftssteuerung oder Programme wie den Beveridge-Plan geprägt hatten.

Gegen diese teleologischen Regierungskonzepte richtete sich auch das technologische Krisennarrativ. Wie die Analyse der Krisendebatte gezeigt hat, tritt damit

ben, dass es sich um ein halbiertes Moderneverständnis handelt, das sich auf instrumentelles, erfolgsorientiertes Handeln fokussiert und darüber das Gesamtprojekt der Moderne gerade gefährdet (vgl. Habermas: »Drei normative Modelle der Demokratie«).

192 Vgl. Hood: »Public Management, New«, S. 12554. Innerhalb der neoliberalen Ansätze der 1970er Jahre wurde der Utilitarismus aber auch des Öfteren mit der Gefahr des Paternalismus verbunden. Dass es sich dabei um ein Missverständnis handelt und Benthams Utilitarismus grundlegend für den liberalökonomischen Ansatz ist, bewarb in der Debatte bereits Samuel Brittan (Brittan: *A Restatement of Economic Liberalism*, S. xii; Brittan: »Two Cheers for Utilitarianism«). Auch der Theoretiker der Humankapitaltheorie, Gary Becker, mit dem sich Foucault beschäftigte, bezog sich *explizit* auf Bentham (siehe Becker: *The Economic Approach to Human Behavior*; vgl. auch Hurtado: »Jeremy Bentham and Gary Becker«).

193 Zu Benthams Demokratietheorie vgl. Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*.

ein zweiter Deutungsansatz auf, der sich grundsätzlich von den ›klassischen‹ institutionalistischen und neomarxistischen Analysen unterschied. Allerdings wusste das technologische Regierungsdenken offensichtlich auch um die historische Tiefendimension des neoliberalen Denkens und grenzte sich gezielt von dessen epistemologischen und politik- bzw. ökonomietheoretischen Grundlagen ab, nämlich der Newton'schen Mechanik und der Rational-Choice-Theorie.

Dass dieses technologische Krisennarrativ in historischen und sozialwissenschaftlichen Genealogien des 21. Jahrhunderts bisher so schwer zu fassen war, und das oft trotz des Wissens um die gegenwärtige Stärke netzwerktheoretischer Ansätze in Politik und Sozialwissenschaften, liegt sicherlich auch daran, dass hinter dem Narrativ keine so klar erkennbare Personengruppe stand, wie dies bei den anderen drei Krisennarrativen der Fall war.

Zu dieser personalen Streuung des technologischen Krisennarrativs kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu. Denn die ideengeschichtlichen Ressourcen, die die unterschiedlichen Ansätze dieses Krisennarrativ verbinden, liegen in einer ›Disziplin‹, die nicht aus dem typischen Rahmen philosophisch-ideengeschichtlicher Traditionen kommt, die als Hilfestellung bei der Rekonstruktion dienen könnten. Trotz dieser Schwierigkeiten konnte in diesem Kapitel gezeigt werden, dass in den Ansätzen des technologischen Krisennarrativs systematisch auf die Überlegungen der Kybernetik zurückgegriffen wurde, um eine Interpretation und eine Antwort auf die Krise der Moderne zu entwickeln.

Dabei sind bereits vier Merkmale dieser technologischen Antwort aufgefallen: *Erstens* führt die Beobachtung von Komplexität – und der Probleme, die die modernen Institutionen mit ihr haben, – hier zur einer Neubeschreibung der sozialen Welt in den Begriffen von Netzwerken, Systemen und Spielen, die einen besonderen Fokus auf Differenz und Diversität legen. Auf Basis dieser Neubeschreibung wird dann *zweitens* eine neue, flexiblere Rationalität in Aussicht gestellt, die diesen Bedingungen von Differenz und Diversität gerecht wird. Dieser normativ-politischen Forderung entspricht *drittens* eine analytische Rekalibrierung der Konzepte Macht und Regierung, die vom Rahmen des *government* abgelöst werden müssten.

Diese Rekalibrierung steht *schließlich* im Zeichen einer skeptizistischen Kritik an Aufklärung und Moderne: Der technologische Begriffsapparat kann die Ungewissheitsgefühle der Zeit mit einer Theorie konstitutiver ›Kontingenz‹ und ›Komplexität‹ beantworten und bietet paradoxerweise gerade so Orientierung an. Dabei werden die Wahrheits-, Klarheits- und Steuerungsversprechen der Moderne sowohl institutionell als auch individuell aufgelöst. Die Souveränität der Intellektuellen gerät dadurch ebenso in Probleme wie die herausgehobene Stellung des Staates (oder auch des Marktes). Sie werden, wie besonders an Rittel und Webber zu sehen war, in ein Kausalitätennetzwerk eingespannt, in dem niemand den Anspruch erheben kann, eine universelle Perspektive oder eine universelle Problemlösung anzubieten. Dadurch rücken situative Innovation, Kooperationen und Kommuni-

kation unterschiedlicher – ›diverser‹ – Akteure in den Fokus, wie bei Crozier zu sehen war.

Im Folgenden wird es darum gehen, diese Skizze der technologischen Neuordnung systematisch zu vertiefen. Dafür wird einerseits die ideenpolitische Durchsetzung des Netzwerk-Denkens anhand der individuellen Auseinandersetzungen von Michel Foucault und Niklas Luhmann nachvollzogen. Andererseits geht es dabei darum, durch die Fallstudien die epistemischen, gesellschafts- und politiktheoretischen Positionen des technologischen Regierungsdenkens schärfer erfassen zu können. Auf Basis dieses besseren Verständnisses lässt sich am Schluss das technologische Regierungsdenken in Systemen und Netzwerken konturieren, es lassen sich zugehörige administrative Reformprogramme aufspüren und die Probleme dieser Reformulierung von Politik und Gesellschaft diskutieren.

Dafür hat dieses Kapitel die Grundlagen gelegt. Dabei hat es gezeigt, dass die Jahre von ca. 1973 bis 1984 ideengeschichtlich gesehen eine außerordentlich produktive gesellschafts- und politiktheoretische Zeit darstellten, die zu einer Ideenemission führte, die auch strukturell eine Transformation der demokratischen Gesellschaften anleitete. Für diese ideenpolitische Produktivität war nicht zuletzt der Eindruck der *zeitgenössischen* Akteure verantwortlich, dass man sich in einer epistemischen Krise befand, in der die bekannten Deutungsmuster aus dem Rahmen der Souveränität keine befriedigenden Antworten bereithielten. Wenn man daher eine dringliche Aufgabe der politischen Theorie darin sieht, eine »ideen-logische Analyse der die gegenwärtigen sozialen Entwicklungsprozesse steuernden, sedimentierten normativen Muster« zu entwickeln,¹⁹⁴ muss man auf die Krise der Moderne und den Zerfall der Souveränität blicken.

Die beiden neuen Deutungsmuster, die in dieser Krisendebatte ihren Aufstieg erlebten, profitierten dabei gleichermaßen davon, dass die Verbreitung der Informationstechnologie und der zugehörigen Industrie ein Teil des *strukturellen* Wandels dieser Zeit war. Denn im Bereich von Mikroelektronik und Computertechnologie waren die 1970er Jahre alles andere als eine Niedergangsperiode. Sie waren vielmehr der Wendepunkt in der Geschichte einer Technologie, die bisher nur für den Staat und große Unternehmen verfügbar war: Sie wurde nun *gleichzeitig* massen- und alltagstauglich, und der Aufstieg dieses Industriezweigs stellt die krisentypische Kehrseite zum Niedergang der klassischen Industrie der Moderne dar.¹⁹⁵

Auf der technischen Seite gelangen dabei in den 1970er Jahren neue Durchbrüche. Im Rahmen der staatlichen Advanced Research Project Agency (ARPA), einer Behörde des US-Verteidigungsministeriums, die die Luft- und Raumfahrtforschung koordinieren sollte, entstand das ARPANET, das im September 1969

194 Rosa/Willems: »Politische Theorie im Spiegel der Herausforderungen der Politik«, S. 466 (Hervorhebung entfernt).

195 Vgl. Raithel: »Neue Technologien«.

online ging und in den 1970er Jahren massiv expandierte.¹⁹⁶ Den Anstoß dafür hatte Joseph C. R. Licklider gegeben, ein Kybernetiker und Teilnehmer der Macy-Konferenzen, der von 1962 bis 1964 eine ARPA-Division leitete. Das ARPANET stellte sich praktisch als eine Vernetzung von Universitätsrechnern dar, in dem erstmals die materielle und immaterielle Infrastruktur des heutigen Internets erprobt wurde. Im Zusammenhang mit der Nutzung und Weiterentwicklung dieses Netzwerks entstanden dann auch die E-Mail, die Paketvermittlung und die TC/IP-Protokolle, die bis heute die dominante Protokollfamilie des Internets bilden.

Gleichzeitig zu diesen Vernetzungsbestrebungen entwickelten sich Mikroelektronik und Computertechnik. Dafür kamen zentrale Vorarbeiten von Douglas Engelbart, der eine Forschungseinheit am Stanford Research Institute leitete, dort einen der ersten ARPANET-Standorte betreute – und der Kybernetik folgte.¹⁹⁷ Engelbart verstand Computer nicht nur als Rechner, sondern als *tools* zur Kooperation, die über ein Netzwerk verbunden sein mussten, um die intellektuellen Kapazitäten von Menschen mit einem technischen System zu integrieren und so zu ›vermehreren‹ (*augment*). Um dieses Ziel zu erreichen, wurden in seiner Forschungseinheit die erste Software zum kollaborativen Arbeiten an einem Dokument und Hardware wie Tastatur und Maus entwickelt. Diese Erfindungen wurden zur Grundlage für jene kleinen ›Personal Computer‹, die in den 1970er Jahren auf den Markt kamen.

In den 1970er Jahren nahm dann die Leistungsfähigkeit der Mikroelektronik in rasantem Tempo zu. Die Dichte der Transistoren auf einem Chip und die Zahl der Bauelemente in einem Rechner wurden seitdem immer höher. Einen entscheidenden Schritt machte dabei Texas Instruments 1971, als es dem Unternehmen gelang, erstmals einen gesamten Hauptprozessor auf einem einzigen Chip zu integrieren – der Mikrochip war geboren.¹⁹⁸ Seitdem ist die Anzahl von Transistoren auf einem Chip und damit deren Leistungsfähigkeit massiv angewachsen. Noch in den 1970er Jahren erhöhte sich die Transistorenzahl um das Dreißigfache: Während der Intel 4004 ›nur‹ 2300 Transistoren verbaute, brachte es ein Motorola-Chip am Ende des Jahrzehnts auf 68000 Transistoren. Seit 2010 werden im Übrigen über 1 Milliarde Transistoren verbaut, fünf Jahre später kamen Prozessoren bereits auf weit über 5 Milliarden.¹⁹⁹

196 Vgl. zum gesamten Absatz Bunz: *Vom Speicher zum Verteiler*, S. 70-108; Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 53f. In einer Rekonstruktion der Geschichte bestreiten maßgebliche Akteure im Übrigen, dass das ARPANET der Versuch eines atomwaffenresistenten Verteidigungsnetzwerkes gewesen sei und schreiben diese ›Story‹ einer Publikation der RAND Corporation zu (Leiner et al.: *Brief History of the Internet*, hier S. 3).

197 Vgl. zu diesem Absatz Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 106-110.

198 Vgl. Rödder: 21.0, S. 21.

199 Vgl. Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 48; Gumm/Sommer: *Programmierung, Algorithmen und Datenstrukturen*, S. 44-47; Malone: *Der Mikroprozessor*, S. 10-12, 170-173, 349.

Parallel zu diesen technischen Weiterentwicklungen veränderten sich die Produktions- und Vertriebsbedingungen. Die frühen Computer- und Vernetzungsprojekte wie das ARPANET waren nahezu durchgehend durch eine Kooperation von Militär und Spezialist:innen entstanden. Der Staat fungierte hier als Risikoinvestor und ermöglichte damit erst die technologischen Innovationen.²⁰⁰ Ab den 1970er Jahren wurden diese Verbünde mehr und mehr durch privatwirtschaftliche Unternehmen abgelöst: 1975 gründeten Bill Gates und Paul Allen Microsoft, 1976 entstand Apple Computers. 1981 brachte IBM, das noch wenige Jahre zuvor den heimischen PC für nicht zukunftsfähig gehalten hatte, den ersten PC mit MS-DOS heraus; zwei Jahre später erschien der erste Macintosh. Auch das ARPANET wurde ab den 1980er Jahren nach und nach privatisiert. Im Verbund mit der Verkleinerung der Produkte und der Verbilligung der Produktion wurde die Ver-Marktung zum Katalysator der Computertechnologie, die nunmehr in die Alltagspraxis eindrang.²⁰¹

Der durchdringende Erfolg neoliberaler wie kybernetischer Deutungsmuster wäre vielleicht ohne diesen *take-off* von Mikroelektronik und Computertechnologie nicht möglich gewesen. Denn von dieser Popularisierung der technologischen Arbeitsmittel profitierte die Glaubwürdigkeit *beider* Krisenbewältigungsprogramme. Für die liberalökonomische Seite unterstützte die Computertechnologie das Versprechen, dass man nur mehr und bessere Informationen mit einem Steuerungsapparat zu verbinden brauchte, um effektivere und rationalere Politik zu generieren. Die steigenden Rechenkapazitäten und der immer breitere Zugang zu ihr suggerierten, dass die Maschinen tatsächlich in der Lage wären, immer mehr Informationen in immer kürzerer Zeit zu erheben, zu verarbeiten und dann eine neutrale und rationale Auswertung zu produzieren. Für die neoliberale ›Utopie‹ maximaler individueller Freiheit bei maximaler Effizienz und Transparenz dienten Computertechnologie und Internet daher instrumentell und symbolisch als Trägermedien.²⁰²

200 Vgl. Staab: *Digitaler Kapitalismus*, S. 63f.

201 Vgl. zu den Unternehmen und zur Kommerzialisierung Rödter: 21.0, S. 22–24, 98; Castells: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, S. 50.

202 Für die bis heute andauernde euphorische Verknüpfung von Informationsverarbeitungstechnologie, Effizienz- und Legitimitätsglaube siehe z.B. Sifry: *WikiLeaks and the Age of Transparency*; MacKinnon: *Consent of the Networked*; vgl. auch die Geschichte der New Economy bei Turner: *From Counterculture to Cyberculture*. Die Verbindung von neoliberaler Kalkulation und Computer-Technik hat auch dazu geführt, dass Mirowski die neoliberale Spieltheorie und Ökonomie kritisch als eine »Cyborg Science« bezeichnet hat, in der der ökonomische Agent als virtueller Computer entworfen werde, dem es um eine Optimierung der rationalen Wahl durch beschleunigte, effizientere Informationsverarbeitung geht (vgl. Mirowski: *Machine Dreams*). Weil zum Beispiel die ältere, nicht zuletzt utilitaristische Idee einer Ist-Sollwert-Regulierung nun mit dem Begriff des »Feedbacks« belegt werden konnte und die Spieltheorie in einer gewissen Nähe zur Operations Research stand, suggeriert Mirowskis Geschichte

In ähnlicher Weise lieferte die Ausbreitung von Schaltkreisen und Netzwerken semantischen und materiell greifbaren Rückhalt für die System- und Netzwerk-Modelle der Kybernetik, aus denen diese Artefakte freilich selbst erst hervorgegangen waren. Das Internet und das netzwerkartige Regierungsdenken, das es im Folgenden weiter zu untersuchen gilt, sind also zwei *parallele* Produkte kybernetischer Grundlagenforschung mit unterschiedlichen Entwicklungspfaden. Dass diese Pfade sich immer wieder kreuzten, lässt sich aber zum Beispiel an der kalifornischen *Counterculture* ablesen. Nicht nur dass aufstrebende Unternehmen wie Apple Computer ihren Standort in Menlo Park, Kalifornien, wählten. Auch der Werbespot für den ersten Macintosh inszenierte den Aufbruch gegen die alte, konformistische und männliche Ordnung der Souveränität.

Bewaffnet mit einem Vorschlaghammer stürmt in dem Spot eine junge Frau vorbei an einer stummen Masse grauer Menschen. Sie rennt auf einen riesigen Fernsehbildschirm zu, auf dem der Herrscher »one goal«, »one cause«, »one people« propagiert, und schleudert den Hammer gegen ihn.²⁰³ Als Kontrast zur alten Ordnung zeigt das letzte Bild das Apple-Logo in Regenbogenfarben und setzt der Uniformität damit symbolisch ein Denken in Differenzen und Diversitäten entgegen. Diese Abgrenzung charakterisiert das technologische Regierungsdenken bis hin zu den aktuellen *network governance*-Modellen; es brauchte dafür aber nicht zwingend das Pathos der *Counterculture*, sondern konnte auch als kühle Beobachtung von Komplexität auftreten.

eine Wahlverwandtschaft. Sowohl in Kapitel 2 als auch in den Krisennarrativen dürfte hier aber die Distanz der Kybernetik deutlich geworden sein, die auf zirkuläre Werteheterarchien, Differenz und Diversität bedacht ist und die eindimensionale Rational-Choice-Rationalität daher kritisiert.

- 203 Es folgt der Werbeslogan: »On January 24th, Apple Computer will introduce Macintosh. And you'll see why 1984 won't be like ›1984‹.« Der Werbespot ist auf YouTube abrufbar, vgl. aber auch seine Transkription bei Rid: *Maschinendämmerung*, S. 233, der kommentiert: »Der Personal Computer war zum ultimativen Elektrowerkzeug der Befreiung geworden.« Ideengeschichtlich interessant ist der Bezug auf 1984, das hier als dystopische Beschreibung für die Entwicklung der westlichen Nachkriegsordnung gelesen wird, in dem eine personalisierte übergeordnete Organisationseinheit mit einförmiger Vision von Planung und Gemeinschaft zum Feindbild wird.

IV. Das Netzwerkmodell der Macht: Michel Foucault

Ab 1975 reiste Michel Foucault immer wieder nach Kalifornien. Dort, wo die kybernetischen Theorien weiterentwickelt wurden und in die Counterculture einfließen, wo Mikroelektronik und Computersoftware vorangetrieben wurden, fand auch Michel Foucault sein Glück, zumindest laut seinem ersten Biografen Didier Eribon.¹ Kalifornien bot Foucault – neben einem stimulierenden intellektuellen Umfeld – eine Umgebung, um freier zu leben als im französischen Nachkriegsstaat, um seine Homosexualität ausleben zu können und um mit neuen Lebensentwürfen zu experimentieren. Zu diesem Zeitpunkt war Foucault wegen seiner Schriften und seines politischen Engagements längst zu einem Star geworden, und seine Konzepte sind heute ein fester Bestandteil unterschiedlichster Disziplinen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Im Folgenden soll es darum gehen, die Einflüsse des kybernetischen Denkens auf Foucaults so bahnbrechende Konzepte zu rekonstruieren und zugleich ihre Stellung in den politischen Deutungskämpfen der Zeit herauszuarbeiten.

Damit geht die Arbeit zu den Fallstudien über. Dafür wurden in den letzten drei Kapiteln die Grundlagen gelegt. Ich habe in ihnen zunächst den dominanten politischen Deutungsrahmen der Nachkriegszeit konturiert und gezeigt, wie das dort vorhandene Steuerungsdenken die kybernetische Forschung gefördert hat, während genau hier aber eine Kritik der modernen Steuerungstheorie entstand. Diese kybernetische Kritik begründete einen neuen Begriffsapparat, der um Informationen und Technologien, Spiele und Zirkulation, Systeme und Netzwerke kreiste. Der kritische Apparat wurde, wie das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, in den 1970er Jahren genutzt, um die Staats- und Modernekrisen der 1970er Jahre zu interpretieren und eine Antwort zu entwickeln, die sich von der Souveränitätstheorie vollständig verabschiedete.

Der Verlauf der Studie skizzierte so bereits den Aufstieg des Netzwerk-Denkens. In den folgenden beiden Kapiteln werden die drei Kontexte – die Gegenfolie der Souveränität, die Technologien der Nachkriegszeit und die Krisen

1 Eribon: *Michel Foucault*, S. 457.

der 1970er Jahre – in der Analyse zweier Fälle zusammengeführt. Auf diese Weise wird es einerseits möglich, zwei sehr unterschiedliche konzeptionelle und ideenpolitische Anwendungen des Netzwerk-Denkens zu beobachten; andererseits lassen sich die Konturen dieser Antwort auf die Staats- und Modernekrisen im Detail rekonstruieren. Dadurch können die Fallstudien sowohl zum Verständnis der Werke von Niklas Luhmann und Michel Foucault als auch zum Verständnis des Netzwerk-Denkens beitragen.

Im Falle von Michel Foucault ist die zentrale Aufgabe zunächst, den Einfluss kybernetischer Denkfiguren systematisch nachzuweisen.² Obwohl es, Foucaults Status als Ikone entsprechend, eine kaum zu überblickende Literatur über sein Werk gibt, ist dieser Aspekt bisher kaum systematisch untersucht worden. Dies liegt auch daran, dass Foucault sich nicht explizit auf die kybernetischen Ansätze bezog.³ Womöglich ist gerade der Fakt, dass kybernetisches Denken oft nicht mehr direkt zu erkennen ist, ein Faktor für die immense Verbreitung seit den 1970er Jahren. Um das kybernetische Netzwerk-Denken für Foucault nachweisen zu können, werden daher im Folgenden seine Referenzen in Interviews und Schriften geprüft, vor allem aber wird die Heuristik verwendet, die im zweiten Kapitel entwickelt wurde.

Die bisherige Forschung kann bei diesem Vorhaben nur gewisse Hinweise geben. Zum einen haben einige Untersuchungen den Einfluss der Kybernetik auf die sogenannte *French Theory* insgesamt thematisiert, wobei Foucault aber nie im Zentrum stand.⁴ Zum zweiten gibt es einige wenige Aufsätze, die auf die Nähe von Foucaults Konzepten zur Kybernetik hinweisen, aber die kybernetischen Figuren nicht *systematisch* rekonstruieren.⁵ Dabei ist es durchaus paradox, dass es bisher keine

2 Dass der *Fokus* hier auf dem großen Einfluss kybernetischer Figuren liegt, ist der Fragestellung der Arbeit geschuldet und soll in keiner Weise die Relevanz anderer wichtiger Einflüsse verneinen (etwa Heideggers oder Nietzsches). Es ist hier nur nicht das Ziel, Foucaults Denken in seiner Gesamtheit zu rekonstruieren, wie es eine Foucault-Monografie tun müsste. In ähnlicher Weise werden auch bei Luhmann andere Einflüsse nicht ausführlich rekonstruiert (z.B. Gehlen oder die Organisationssoziologie). Die Datengrundlage bildet in den folgenden Kapiteln Foucaults und Luhmanns Texte. Aufgrund des historisch-kontextualistischen Ansatzes wird dabei den zeitgenössisch veröffentlichten Texten ein Vorrang vor den erst posthum veröffentlichten Texten gegeben.

3 Foucault legte seine zeitgenössischen Inspirationsquellen bekanntlich eher sporadisch offen. Allerdings ist die Frage, ob es kybernetische Denkfiguren in seiner Theorie gibt, auch *unabhängig von einer intentionalen Verwendung* zu beantworten.

4 Vgl. Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«; Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«; Johnson: »French‹ Cybernetics«; Bartels: »Kybernetik als Metapher«.

5 Vgl. Gessmann: »Foucaults Theorie der Macht«; Deuber-Mankowsky: »Nichts ist politisch. Alles ist politisierbar«. Referenzen gibt es außerdem in zeitgenössischen Auseinandersetzungen, die ich im ersten Teil des Kapitels anspreche.

solche systematische Rekonstruktion gibt. Denn sein Konzept der ›Regierungstechnologien‹ diente immer wieder dazu, technische Fragen wie die Geschichte des Regelkreisdenkens oder sogar der Kybernetik zu untersuchen; dass auch Foucault von diesem Denken beeinflusst sein könnte, wird dabei aber nicht diskutiert.⁶ Wie ich zeigen werde, baut insbesondere Foucaults Netzwerkmodell der Macht einschließlich der ›Technologien des Selbst‹ auf den kybernetischen Konzepten zirkulärer, reflexiver Regulation auf und entwickelt ein eigenständiges technologisches Regierungsdenken.

Ein zweiter Aspekt der folgenden Rekonstruktion besteht darin, diese Theoriebildung im Handgemeine der politischen Auseinandersetzungen zu verfolgen. Foucault intervenierte mit seinem technologischen Regierungsdenken in die sozialpolitischen Debatten seiner Zeit, verteidigte sie gegen alternative Deutungsansätze und entwickelte sie weiter. Dabei werde ich nicht nur zeigen, dass Foucault die kybernetischen Konzepte – ähnlich wie Luhmann – explizit gegen das Souveränitäts- und Steuerungsdenken der Moderne richtete. Meine These ist außerdem, dass er mit dem Netzwerk-Modell der Macht gegen Institutionalismus, Marxismus und Neoliberalismus argumentierte, mit denen er sich im Laufe der 1970er Jahre intensiv auseinandersetzte. Im Gegensatz zu den Spekulationen um Foucaults vermeintlichen Neoliberalismus kann hier durch die enge Textlektüre vor dem Hintergrund der Kybernetik gezeigt werden, dass Foucaults Krisendiagnose große Ähnlichkeiten mit der technologischen Krisendiagnostik hat, die im vorangegangenen Kapitel rekonstruiert wurde.

Seine Vorschläge zielten dann folgerichtig darauf, Netzwerke zu vervielfältigen, möglichst viel Wissen ohne moralische Vorbewertung bereit zu stellen und dadurch gesellschaftliche Experimente zu ermöglichen. Foucault richtete sich damit gegen jedwede Form einer eindimensionalen Rationalität und bestärkte Abweichungen von bestehenden Normen. In seiner letzten Werkphase hat er diese Experimentier- und Innovationsfreudigkeit als ›Technologien des Selbst‹ in den Blick genommen. Das Selbst wird dabei zu einer ästhetischen Form, die nicht nur der Fremdführung ausgesetzt ist, sondern sich immer auch mit eigenen Technologien selbst führt. Dabei votierte Foucault dafür, sich durch eine permanente Selbst-

6 Vgl. Vogl: »Regierung und Regelkreis«; Seibel: *Cybernetic Government*; ähnlich Wolf: »Das Schiff, eine Peripetie des Regierens«. Im Unterschied dazu ist Kybernetikern diese Nähe durchaus aufgefallen, auch wenn sie sie nicht rekonstruieren (Schmidt: »Einladung, Maturlana zu lesen«, S. 5; kritisch Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 17-19, 158f.). Nach Fertigstellung dieser Arbeit erschien von Sprenger: *Epistemologien des Umgebens*. Der Band untersucht Milieu- und Umweltkonzeptionen mit einem foucaultianischen Ansatz und erkennt dabei das methodologische Problem der kybernetischen Figuren bei Foucault (S. 71-81). Allerdings bleibt es auch hier – dem Zweck entsprechend – bei »einigen Hinweisen« (S. 74). Sie zeigen, dass *Canguilhem* die Kybernetik rezipierte, und legen einen Einfluss auf Foucault nahe (S. 76), freilich ohne Foucaults Konzepte und Referenzen insgesamt analysieren zu können.

kritik ständig neu zu erfinden, immer neue Stile und Praktiken zu ermöglichen. Die Neubestimmung von Macht als zirkuläre ›Führung der Führungen‹, die Betonung von Differenz und Diversität ebenso wie die Befürwortung permanenter Selbstkritik und Kreativität zeichnen ihn als einen Vertreter des technologischen Regierungsdenkens in Systemen und Netzwerken aus.

Um diese Thesen im Folgenden darzulegen, führt das erste Kapitel zunächst in Foucaults frühe Konzepte und seine Forderung nach einem neuen Begriffsapparat ein. Dabei werde ich zugleich mögliche Kontaktpunkte mit der Kybernetik hervorheben und die Frontstellung gegen die Zeit-, Raum- und Subjektkonzeption der Nachkriegszeit konturieren. Auf dieser Basis thematisiert das zweite Kapitel das Netzwerk-Modell der Macht und seine Stellung in den politischen Auseinandersetzungen der 1970er Jahre. Im dritten Teil wird dann Foucaults Krisennarrativ vergleichend diskutiert und seine späte Subjekttheorie als eine Antwort auf die Zwänge der modernen Steuerungstheorie dargestellt. Damit folgt die Darstellung den drei bekannten Werkphasen von Foucault,⁷ baut aber zugleich eine Systematik auf, die auch im darauffolgenden Fall von Niklas Luhmann verwendet wird: Sie rekonstruiert zunächst die epistemologischen Grundlagen, dann die Neubestimmung von Politik und Gesellschaft im Handgemenge der Krisendiskurse und schließlich die Vorschläge, die die Autoren daraus entwickelten.

1. Die Geschichte der ›Denksysteme‹

Ein neuer Begriffsapparat

Der Band, der Foucault im Jahr 1966 schlagartig berühmt machte, lieferte eine beeindruckende, materialreiche Auseinandersetzung mit den Wissenschaften und

7 Foucaults Ansatz hat sich im Laufe seiner Arbeit bekanntlich recht stark verändert. Um sich in dem umfänglichen, sich selbst immer wieder korrigierenden Werk zu orientieren, hat es sich durchgesetzt, drei große Werkphasen zu unterscheiden: Die erste, archäologische Phase fokussiert auf die wissenschaftsgeschichtliche Kritik der Humanwissenschaften, einschließlich der beiden Hauptwerke *Die Ordnung der Dinge* (1966) und *Die Archäologie des Wissens* (1969). In der zweiten Werkphase, den 1970er Jahren, ergänzte Foucault den Blick auf das Wissen um eine Beschäftigung mit der Macht und das Diskursive um das Außer-Diskursive. Schließlich bilden die Arbeiten zu einer Geschichte der Gouvernementalität am Ende der 1970er Jahre das Scharnier zu einer dritten Werkphase. Diese wird häufig unter den Begriff der Ethik gestellt, weil hier nun – nach Wissen und Macht – das Subjekt und die Techniken seiner Selbstführung in den Vordergrund treten. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass Foucault dies nicht als eine Ersetzung der Machtfragen verstanden hat. Vielmehr verschob er die Machtanalytik vom Modell des Krieges hin zum Modell des Regierens (*gouverner*) und der Führung (*conduite*), sodass zugleich ein Raum entstand, um das bisher stets etwas passiv erscheinende Subjekt in seiner aktiven Selbstführung zu durchdenken. Vgl. anstelle vieler Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 161.

ihren Formationsbedingungen seit der Renaissance. Es waren jedoch nicht die Gelehrsamkeit und Materialfülle, die *Die Ordnung der Dinge* zum Ruhm verhalfen. Es war seine beißende Kritik der modernen Humanwissenschaften, denen Foucault auf den letzten Seiten ein neues Zeitalter und ein »künftiges Denken« entgegensetzte.⁸ Das Denken einer neuen Generation richtete sich laut Foucault gegen den »völlig veraltete[n] Humanismus«,⁹ um aus dem anthropologischen Schlummer der Moderne aufwachen zu können: »[W]ir haben etwas anderes entdeckt, eine andere Leidenschaft: die Leidenschaft für den Begriff und für das ›System‹.«¹⁰

Den Systembegriff verwendete Foucault dabei keineswegs beliebig. Ganz im Gegenteil: Er hatte er einen sehr klaren Begriff vom System, der mit der Definition der Kybernetik fast wortwörtlich übereinstimmte: »Ein System ist eine Menge von Beziehungen, die unabhängig von den verknüpften Elementen fortbestehen und sich verändern.«¹¹ An dieser »Gesamtheit [des ensembles] von Beziehungen« interessiert auch Foucault daher nicht die »Natur« der Elemente, sondern »die Form der Beziehung«, die von den Elementen gerade nicht determiniert wird.¹²

In den Interviews unmittelbar vor und nach Erscheinen von *Die Ordnung der Dinge* betonte Foucault, dass die Einführung dieser Begrifflichkeiten in die französischen Humanwissenschaften ein Verdienst der Psychoanalyse und der Ethnologie sei, insbesondere von Jacques Lacan, Claude Lévi-Strauss und Georges Dumézil, der nicht nur akademischer Lehrer, sondern auch enger Freund Foucaults wurde.¹³

Die engen Verbindungen dieser ›Strukturalisten‹ zur Kybernetik sind gut belegt.¹⁴ Im Rahmen eines sehr einflussreichen Seminars im Jahr 1955 versuchte etwa Lacan, einen Zusammenhang von Psychoanalyse und Kybernetik herzustellen und darüber das Unterbewusste in Form eines formalistischen Sprachmodells zu refor-

8 Foucault: *Die Ordnung der Dinge*, S. 462. In Deutschland erschien der Band erst 1974, also während der Krisendebatten. Zur »rhetorische[n] Verve« auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 175, 183f.

9 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 37, S. 669.

10 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 37, S. 664 [frz. I, 37, S. 514]. In eckigen Klammern gebe ich die Stelle in der französischen Ausgabe an (Foucault: *Dits et Écrits*), allerdings nur, wenn es für die Interpretation relevant ist (z.B. aufgrund der Wortwahl).

11 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 37, S. 665. Vgl. die Bestimmungen im Kapitel »Systeme«.

12 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1045 [frz. I, 70, S. 823].

13 Siehe z.B. Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 34; I, 37; Foucault: *Die Ordnung der Dinge*, S. 447-460; vgl. Eribon: *Michel Foucault*, insb. S. 123-127, 250f.; Eribon: *Michel Foucault und seine Zeitgenossen*, S. 117-171.

14 Vgl. für die folgenden Absätze insg. Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«; Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«; Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 17-20; 107f.; Johnson: »›French‹ Cybernetics«; deutlich undifferenzierter auch Bartels: »Kybernetik als Metapher«.

mulieren.¹⁵ Solche Adaptionen der Kybernetik haben dem Strukturalismus im Rahmen der Technokratie-Debatte scharfe Kritik eingebracht. Vor allem von marxistischer Seite hat man versucht, ihn damit als Unterstützer einer technokratischen Ideologie zu überführen, und dabei wurde Foucault in den Kreis der Strukturalisten eingeschlossen.¹⁶ Allerdings waren diese Auseinandersetzungen polemischer Art und das Kybernetik-Verständnis der Technokratie-Debatte hatte mit den Entwicklungen in der Grundlagenforschung der Kybernetik nur bedingt zu tun.

Dagegen hatte Claude Lévi-Strauss durchaus enge Verbindungen zur kybernetischen Forschung. Er stand nicht nur im permanenten Austausch mit Roman Jakobson, der selbst Teilnehmer der Macy-Konferenzen war und seine formale Linguistik mithilfe der kybernetischen Informations- und Kommunikationstheorien weiterentwickelte; Lévi-Strauss erhielt auch von Warren Weaver selbst Kopien der gemeinsam mit Shannon veröffentlichten Ausgabe der *Mathematical Theory of Communication*.¹⁷ In seinen Schriften zitierte er diese Theorie ausführlich, ebenso wie die Bücher von Norbert Wiener und die Spieltheorie von Neumann und Morgenstern. Mit den kybernetischen Überlegungen sollte die Ethnologie eine formalistische Neuausrichtung erfahren. Auf diese Weise, so argumentierte Lévi-Strauss im Einklang mit der frühen Kybernetik, käme man dem großen Ziel einer Vereinheitlichung der Denkmethoden näher.¹⁸

Michel Foucault verwies aber nicht bloß auf den Strukturalismus, sondern sah *dahinter* eine größere intellektuelle Bewegung, die die Grundlage für die Erneuerung des Denkens liefern könnte. Diese Bewegung zielt auf eine nicht-dialektische Kultur, und ihre Anfänge konnte man laut Foucault bereits in den Werken von Nietzsche, Heidegger, Russell und Wittgenstein sehen. Bis in die Gegenwart

15 Vgl. Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of »French Theory««, S. 33-36.

16 Zum Technokratie-Vorwurf von u.a. Henri Lefebvre und Cornelius Castoriadis vgl. Dosse: *Geschichte des Strukturalismus*, Bd. 1, S. 130-132, 241, 246, Bd. 2, S. 246. Im Anschluss an Lefebvre diskutierte auch Baudrillard: *Oublier Foucault* die Verbindung von Foucault zur Kybernetik, wobei er Deleuze und Lyotard einschließt. Das Essay bleibt aber in dieser Hinsicht wie insgesamt wenig systematisch und ist vor allem eine hochgradig polemische Abrechnung mit Foucaults Machttheorie. Daneben gab es auch nüchternere Hinweise auf die Verbindung, z. B. Senghaas: »Systembegriff und Systemanalyse«, S. 190-192. Mit der Technokratie-Debatte schien aber die Relevanz der Frage zu verschwinden.

17 Vgl. Geoghegan: »From Information Theory to French Theory«, S. 117, zu Jakobson S. 104-121, und Gerovitch: »Roman Jakobson und die Kybernetisierung der Linguistik in der Sowjetunion«.

18 Siehe Lévi-Strauss: »Die Mathematik vom Menschen«, S. 188. Ähnlich explorierte er schon 1951 diese Möglichkeiten in Lévi-Strauss: »Language and the Analysis of Social Laws«. 1954 trug er ein solches Projekt mit explizitem Verweis auf Kybernetik und Mathematik auch der UNESCO an (siehe Lévi-Strauss: »Les mathématiques de l'homme«). Zur Realisierung dieses Programms vgl. Le Roux: »Lévi-Strauss, une réception paradoxale de la cybernétique«; Almeida: »Symmetry and Entropy: Mathematical Metaphors in the Work of Levi-Strauss«.

stecken diese Ansätze aber noch »in den Kinderschuhen« und geben nur ein »zerstreutes Bild« von jener »analytischen Vernunft« ab, die Foucault am Horizont aufscheinen sah.¹⁹ Daher warnte er, dass man einer »gefährliche[n] Versuchung« widerstehen müsse, der »schlichte[n] Rückkehr ins 18. Jahrhundert, nämlich«, und forderte stattdessen: »Wir müssen versuchen, die eigentümliche, absolut heutige Form dieses nichtdialektischen Denkens zu entdecken.«²⁰

Mit dieser neuen Form analytischen Denkens hing für Foucault auch die Informationstheorie eng zusammen, die einen »wesentlichen Teil unserer heutigen Kultur« ausmache.²¹ Und tatsächlich gaben Kybernetik und Informationstheorie nicht nur entscheidende Impulse für den Strukturalismus; man bezog sich in ihnen auch auf die von Foucault genannten Vorläufer.²² Das so entstehende neue Denken zeichnete sich nun für Foucault durch eine ganz eigene Fragestellung aus. Im Unterschied zu den früheren Versuchen, die sich mit der Natur (18. Jahrhundert) oder der Existenz (19. Jahrhundert) beschäftigt hätten, sei der zentrale Gegenstand jetzt ein ganz anderer: Es ist »die Frage, was Wissen ist.«²³

Bei dieser Frage zielen Kybernetik, Informationstheorie und die strukturalistischen Ansätze laut Foucault in eine ähnliche Richtung, nämlich darauf, dass die Wissenschaften »ein reflexives Verhältnis [...] zu sich selbst« einnehmen können.²⁴ Man widme sich nicht mehr einem konkreten Wissen, sondern analysiere die veränderlichen systemischen Beziehungen, die ein Wissen konstituieren. Indem man fragt, was Wissen ist, »wird dieses Wissen von nachgeordnetem Rang in Bezug auf das gesamte, allgemeine Netz [...] unserer Erkenntnisse sein [au résau général de nos connaissances].«²⁵

Wie Foucault noch im gleichen Interview ausführte, zielte diese reflexive Wendung von Wissen auf eine Revision jener Aufklärung, die in den Souveränitätstheorien emphatisch aufgeladen war. Foucault hielt den Glauben an die fortschreitende Aufklärung und den stetigen Rückgang des Nichtwissens zwar für »verführerisch« und »tröstlich«, sah darin aber nicht die Aufgabe der Philosophie.²⁶ Er forderte im Gegenteil dazu auf, das veränderliche *Gleichgewicht* von Wissen und Nicht-Wissen zu untersuchen. Man müsse »das fortdauernde Verhältnis zwischen Nichtwissen

19 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 699f.

20 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 700.

21 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 699.

22 Vgl. neben den obigen Ausführungen z.B. auch Dupuy: *The Mechanization of the Mind*, S. 51, 105, 123. Heinz von Foerster hat seine starke Prägung durch Wittgenstein, der auch sein »Nennonkel« war, stets betont (Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 129).

23 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 700.

24 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 30, S. 584.

25 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 700 [frz. I, 39, S. 542f.].

26 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 701.

und Wissen positiv begreifen, denn sie unterdrücken einander nicht; sie stehen vielmehr in einer ständigen Wechselbeziehung«. ²⁷ Diesen Versuch unternahm er bereits in *Die Ordnung der Dinge*, indem er die ›Isomorphismen‹ zwischen den Erkenntnissen definierte, ihre nicht-teleologische Transformation zeigte und ihnen einen Namen gab: *episteme*.

Dass Foucault für die Erneuerung des Denkens von der Epistemologie ausging, weist ihn als Schüler der französischen Wissensgeschichte um Georges Canguilhem aus. Canguilhem hatte seinen Forschungsschwerpunkt auf die Geschichte von Biologie und Medizin gelegt. Auf diesen Gebieten war es wiederum fast unumgänglich, auf die Diskussionen der Kybernetik zu stoßen, da hier ›Leben‹ mithilfe der kybernetischen Regulierungs- und Informationstheorie neu gefasst wurde. ²⁸

Canguilhem bezog diese Entwicklung nicht nur in seine Geschichte der Lebens- und Regulationsbegriffe ein, er stand ihr auch für seine eigenen Entwürfe offen gegenüber. ²⁹ Bereits in einem Vortrag von 1947, der dann in *La Connaissance de la Vie* erschien, argumentierte Canguilhem gegen den Cartesianismus, dass man Organe als Werkzeuge und Werkzeuge als Organe verstehen müsse. ³⁰ Für seine Idee, Technologie als universelles biologisches Phänomen zu betrachten, sah er die Vorreiter außerhalb Frankreichs, nämlich am MIT – wo zu dieser Zeit eine proto-kybernetische Forschungsgruppe um Norbert Wiener arbeitete. ³¹

27 Hier und im Folgenden Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 39, S. 701. An anderer Stelle verwendete Foucault auch explizit den Begriff des Gleichgewichts, z.B. zur Beschreibung der Denksysteme in seiner Bewerbung für das Collège de France (I, 71, S. 1074), wo er aber das Konzept *episteme* bereits durch die Diversität der Diskurse ersetzt hat.

28 Vgl. nochmals Kay: *Who Wrote the Book of Life*; Fox Keller: *Making Sense of Life*.

29 Vgl. Sprenger: *Epistemologien des Umgebens*, S. 75f. Erst mit Fertigstellung der Arbeit erschien außerdem ein Band, der das Verhältnis von Kybernetik und französischer Wissensgeschichte darstellt und womöglich weitere Anschlusspunkte eröffnet hätte. Vgl. Erdur: *Die epistemologischen Jahre*, hier insb. S. 93–116.

30 Siehe Canguilhem: »Machine and Organism«. Vgl. auch Barbara: »L'Étude du vivant chez Georges Canguilhem«.

31 Canguilhem benannte dabei eine ›neue Disziplin‹: die Bionik. Diese sieht sich bis heute in der Tradition der Kybernetik; der oft als Gründungsereignis bezeichnete Kongress im Jahr 1960 wurde von Heinz von Foerster geleitet (vgl. Nachtigall: *Bionik*, insb. S. 6). Für die Geschichte der Disziplin ist Canguilhems Aufsatz aufschlussreich, denn er zeigt, dass der Begriff Bionik nicht erst 1960 von Jack E. Steele eingeführt wurde, wie üblicherweise angenommen, sondern bereits zuvor kursierte. Die Bionik eignet sich hervorragend, um das Mitführen der kybernetischen Motive zu untersuchen, begonnen bei der *Mensch-Maschine-Kopplung* bis zum dezidierten Fokus auf *Design*. In der Erstauflage des genannten Standardwerks begegnet man schließlich noch vor der Widmung der *Werkzeugmetapher*, die als Merkmal der Bionik gegen eine alles erklärende Theorie gerichtet wird: »Bionik ist kein Allheilmittel und kein Glaubensbekenntnis. Bionik stellt ein Werkzeug dar. Man kann es benutzen, mißbrauchen oder im Schrank liegen lassen, wie jedes Werkzeug.« (o.S.).

Als Foucault später die Einleitung für die englische Übersetzung von Canguilhem's *Über das Normale und das Pathologische* schrieb, kam er auf das besondere Interesse seines Lehrers an »Code, Information, Informationsträger usw.« zurück.³² Ein Hinweis von Didier Eribon legt außerdem nahe, dass Foucault sich auch selbst mit diesem Thema beschäftigt hatte, da er in einem Brief an Dumézil im Oktober 1954 angab, eine »Untersuchung über die Psycho-Physik des Signals und die statistische Interpretation der Wahrnehmung« als seine *thèse complémentaire* vorlegen zu wollen.³³ Auch studierte er fortlaufend Publikationen, die Geschichte, Biologie und Kybernetik verbanden. So schrieb er beispielsweise eine euphorische Rezension über François Jacobs *La logique du vivant*, in dem der Medizin-Nobelpreisträger Kybernetik und Informationstheorie als Verfahren für Biologie und Geschichte präsentierte. Foucault zitierte das Buch im Laufe der 1970er Jahre des Öfteren und verglich es zustimmend mit seinen eigenen Arbeiten.³⁴

Ein Schwerpunkt von Jacobs Darstellung lag auf jenem Punkt, der Foucault auch in Canguilhem's Arbeit besonders zentral erschien, nämlich der Betonung des Zufälligen und Diskontinuierlichen, die man durch die Informationstheorie endlich erfassen konnte: »[A]uf dem fundamentalen Niveau des Lebens geben die Spiele des Codes und der Decodierung einem Zufall Raum, der, bevor er Krankheit, Mangel oder Missbildung ist, so etwas wie eine Störung im Informationssystem ist [...]. Letztlich ist das Leben das, was zum Irrtum fähig ist.«³⁵ Canguilhem's Arbeiten, so rekonstruierte Foucault weiter, zeigen Evolution und Geschichte daher als eine Serie von Zufällen, von Irrtümern und Korrekturen, als eine ständige »Neuverteilung des Wahren und des Falschen«.³⁶

In seinem Vorwort stellte Foucault so die immense Bedeutung von Canguilhem's Arbeiten für die französische Wissenschaftslandschaft dar. Dabei betonte er vor allem, wie Canguilhem durch die Einführung des informationstheoretischen Vokabulars eine völlig neue Perspektive auf die Humanwissenschaften und ihre Geschichte eröffnete. Sie stellte, so Foucault, zahllose neue Herausforderungen: weil man in der Medizin nun die Kategorie der Krankheit relativieren musste, weil Geschichte nun nicht mehr als ein lineares Zurückdrängen des Nicht-Wissens gelesen werden konnte und weil die Erkenntnis des Subjekts nun nicht mehr Wahrheit verbürgte, sondern ein Produkt von Zufällen war. Daher überrascht es nicht, dass die beschriebene Grundfrage nach der zufälligen Verteilung von wahr und falsch

32 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 219, S. 565.

33 Eribon: *Michel Foucault und seine Zeitgenossen*, S. 123f.

34 Siehe Jacob: *La logique du vivant*; Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 81, S. 123-128; II, 85, S. 197 (für weitere Bezüge siehe das Register). Zur Relevanz Jacobs vgl. auch Kay: »How a Genetic Code Became an Information System«. Auch Luhmann bezieht sich übrigens auf Jacobs Werk in Luhmann: »Temporalization of Complexity«, S. 110.

35 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 219, S. 565.

36 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 219, S. 566.

sehr nah an Foucaults eigenem Projekt war, die *zufällige* Neuverteilung von Wissen und Nicht-Wissen auf den Gebieten der Humanwissenschaften einschließlich Medizin und Psychologie freizulegen.

Ein frühes und sehr eindrückliches Beispiel dafür ist der Aufsatz *Botschaft oder Rauschen?* von 1966, in dem Foucault explizit für den Einsatz von informations- und kommunikationstheoretischen Begriffen plädierte. Der Aufsatz richtete sich gegen die »segenreichen Humanismen« der Medizin, die immer noch glauben würden, »der Kranke sende eine ›Botschaft‹ [...] aus«, die der Arzt nur noch interpretieren müsse. Für seinen Angriff auf diese Vorstellung griff Foucault nun auf die kybernetischen Begriffe Rauschen (*noise*) und Code zurück und erläuterte, dass es am Anfang stets nur Rauschen gebe. Damit daraus eine Botschaft werde, müsste das Rauschen aus »verschiedenen diskontinuierlichen [...] Elementen ›bestehen‹«, dann müsste es ein zweites Set an verknüpften Elementen geben, die eine Bedeutung vorhalten, und schließlich müssten diese Sets nach bestimmten Regelmäßigkeit miteinander verknüpft sein. All dies sei in der Medizin überhaupt nicht gegeben, kritisierte Foucault: »Nun sendet aber die Krankheit keine ›Botschaft‹ aus, denn Botschaften basieren auf einem ›Code‹, der nach den oben beschriebenen Regeln geschaffen ist. In der Natur gibt es keine Codes [...]. Die Krankheit erzeugt allenfalls ein Rauschen, und das ist bereits viel. Alles Übrige tut die Medizin hinzu.«³⁷

Dies zeigt, dass Foucault bereits eine Vorstellung davon hatte, dass der medizinische Diskurs *diskursintern* generiert wird, dass Informationen auf der *Systeminnenseite* entstehen, während in der Umwelt »allenfalls« Rauschen herrscht. Heinz von Foerster hatte dies bereits 1960 als *order from noise* – Ordnung aus Rauschen – beschrieben, und Foucault wusste offenbar zumindest, dass der Konstruktivismus der Diskursanalyse jedenfalls in dieser Hinsicht Vorläufer in der Informationstheorie hatte. Denn er beendete seinen Artikel mit der forschenden Frage, die eher eine Forderung ist, nämlich »ob die Theorie der medizinischen Praxis nicht auf der Grundlage von Begriffen neu durchdacht werden kann, die nicht mehr positivistisch sind, sondern aus der Sprachanalyse und der Datenverarbeitung stammen.«³⁸

Man kann an diesen Ausführungen und an Foucaults Vorwort für Canguilhem gut sehen, dass sein Projekt im Dialog mit Informationstheorie und Kybernetik stand. Gerade daran sieht man aber auch, dass es von Beginn an über die Zielvorstellungen des Strukturalismus hinausschoss. Einerseits ging es im Format deutlich über den Anspruch des Strukturalismus hinaus, eine Formalisierung ihrer jeweiligen Wissenschaft zu leisten. Bei Foucault waren hingegen, wie Martin Saar es fasste, fast »geschichtsphilosophische« Ambitionen im Spiel.³⁹ Es wurde eine grundsätzlich andere ›Kultur‹ anvisiert, für die die moderne Kultur der westlichen

37 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 44, S. 719.

38 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 44, S. 722.

39 Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 175.

Gesellschaften mit ihrem Glauben an wahres Wissen, an das souveräne Subjekt und an lineare Zeitabläufe umzukrempeln war. Andererseits war auch der konzeptionelle Schwerpunkt anders gelagert als im Strukturalismus, denn er lag – Canquihem und der Informationstheorie folgend – nicht bei der Suche nach einer vorgängigen Struktur, sondern auf der Zufälligkeit und Diskontinuität von Ereignissen – und wie erst daraus Regelmäßigkeiten und Muster entstanden.

Der Strukturalismus war daher bei der Anwendung seiner eigenen (kybernetischen) Konzepte in einem doppelten Sinne nicht radikal genug. Dieses Unbehagen explizierte Foucault schon ein Jahr nach Erscheinen von *Die Ordnung der Dinge* (1966) und umriss sogleich die Möglichkeit für eine Weiterentwicklung:

»Ich habe versucht, eine strukturalistisch geprägte Analyse in Bereiche einzuführen, in die sie bisher noch keinen Eingang gefunden haben, das heißt in die Geschichte der Ideen, die Geschichte der Erkenntnis, die Geschichte der Theorien. Das hat mich veranlasst, auch die Entstehung des Strukturalismus selbst in Begriffen der Struktur zu untersuchen. Darum ist mein Verhältnis zum Strukturalismus zugleich durch Distanz und durch eine Verdopplung geprägt. Distanz, weil ich eher über ihn spreche, als ihn unmittelbar anzuwenden; und Verdopplung, weil ich nicht über ihn sprechen möchte, ohne seine Sprache zu sprechen.«⁴⁰

Er markierte hier bereits deutlich, dass seine Herkunft aus dem Bereich der »Geschichte der Ideen« die Herausforderung enthielt, auch den Strukturalismus selbst in diese Geschichte einordnen zu müssen, freilich ohne sich der »veralteten« Instrumente der Ideengeschichte zu bedienen. Dafür müsse er eine »Verdopplung« des Strukturalismus betreiben, mit der es möglich werde, Distanz zum Strukturalismus aufzubauen. Diese *reflexive Wende des Strukturalismus* – eine »strukturalistisch geprägte Analyse« des Strukturalismus – förderte in den Folgejahren immer mehr Elemente zutage, die den Strukturalismus selbst als Teil der alten Ordnung kennzeichnen, und führte zur Präzisierung von Foucaults eigenen Begriffen.

Das lässt sich besonders deutlich am Modell der Sprache skizzieren.⁴¹ Der Strukturalismus nimmt laut Foucault stets eine universelle Struktur im Hintergrund an, und zwar die Sprache im Saussure'schen Sinne von *langue*. Dementsprechend lässt sich die Struktur als ein fixes Muster von Elementen begreifen, das dann unendlich viele Anwendungen seiner Regeln zulässt (*parole*). Man klärt also in dieser Vorstellung die Möglichkeitsbedingungen von Sinnerzeugung, indem man

40 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 47, S. 748.

41 Siehe zum Folgenden z.B. Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 48, S. 762f.; 50, S. 772f.; 58, S. 860–869; 70, S. 1063f. »Modell« ist dabei eine Formulierung Foucaults, womit er das Begriffsraster der Kybernetik verwendete. Vgl. zur Kritik am Modell Sprache im Folgenden insbesondere Reckwitz: *Die Transformation der Kulturtheorien*, S. 264–266, und außerdem Dreyfus/Rabinow: *Michel Foucault*, S. 108f.

die universelle Struktur im Hintergrund dechiffriert. Dies macht deutlich, dass auch der Strukturalismus noch nicht gänzlich von der Fiktion eines *einheitlichen* Systems frei ist, das in den Köpfen der Menschen kausal wirksam ist.

Davon verabschiedete sich Foucault nun sukzessive, und so auch vom Modell der Sprache. Die Diskursanalyse – Foucaults Gegenvorschlag – richtete ihren Blick direkt auf die materiellen Positivitäten, auf sprachliche Aussagen als Ereignisse und auf die Frage, in welchen Beziehungen sie zueinanderstehen.⁴² Foucault zog dafür eine Reihe von methodischen Vorkehrungen ein, die verhindern sollten, wieder auf die Ebene des Strukturalismus zurückzufallen: Erstens sei von einer Pluralität von Systemen auszugehen. Systeme konnten daher nicht universell sein, sondern haben je eigene Grenzen. Zweitens waren diese ›Formationssysteme‹ nicht mehr starre Strukturen, sondern ein veränderliches »Spiel [!] von Regeln«.⁴³ Und drittens waren die vorfindlichen Aussagen keine Exekutionen von mentalen Strukturen, sondern ließen sich schlicht als *Funktionen* der *beobachtbaren* Systeme in einem bestimmten *Moment* beschreiben.

Indem Foucault einen *Diskurs* als »Formationssystem« bestimmte,⁴⁴ grenzte er sich gezielt von anderen Diskursbegriffen ab. In der *Archäologie* unterschied Foucault drei Ebenen der Beziehungen: Auf der »primären oder wirklichen« Ebene befinden sich demnach die Beziehungen, die »unabhängig von jedem Diskurs oder jedem Diskursgegenstand« bestehen.⁴⁵ Davon seien die »sekundären oder reflexiven Beziehungen« zu unterscheiden, »die man im Diskurs selbst formuliert finden kann«.⁴⁶ Auf dieser Beobachtungsebene lasse sich prüfen, was der Wahnsinn gewesen ist, was er bezeichnete und ob es sich um eine korrekte Bezeichnung handelte.

42 Programmatisch siehe Foucault: *Archäologie des Wissens*. Eine gute Klärung der archäologischen Begrifflichkeiten liefert Gehring: *Foucault – die Philosophie im Archiv*; zur Abgrenzung vom Strukturalismus vgl. Bevir: »Foucault, Power, and Institutions«, S. 348; Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 190; Reckwitz: *Die Transformation der Kulturtheorien*, S. 264–266, 269–276. Reckwitz' Darstellung (S. 166), Foucault wechsele von der Ebene der *langue* zur *parole* ist zwar instruktiv, trifft aber die Härte der Abgrenzung nicht: Foucault verabschiedete sich grundsätzlich von allen Modellen der Sprache. Systematisch lehnt er Grammatik, Aussagenlogik und die Sprechakt-Theorien als Wegweiser für seine ›Aussagenanalyse‹ ab (Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 115–127, insb. S. 120–122).

43 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 58, S. 862 (Hervorhebung hinzugefügt). Immer wieder kontrastierte Foucault explizit den Begriff der *Struktur* und den der *Funktion* (z.B. Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 126, oder Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 48, S. 763). Allerdings wurde schon früh darauf hingewiesen, dass in seinen Formulierungen letztlich nicht klar ist, ob es sich nur um beobachtbare Regelmäßigkeiten handelt oder diese doch regulative, mithin sogar kausale Kraft haben. Vgl. Dreyfus/Rabinow: *Michel Foucault*, insb. S. 119; Reckwitz: *Die Transformation der Kulturtheorien*, S. 276–292.

44 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 156.

45 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 69 (Hervorhebung entfernt).

46 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 69 (Hervorhebung entfernt).

Indem sie die Diskurse interpretiert und ihre Ergebnisse evaluiert haben, kritisierte Foucault, haben sich bisher alle Diskursbegriffe auf dieser Ebene bewegt. Ihm selbst aber ginge es um eine dritte Ebene, die man »eigentlich diskursiv« nennen könne.⁴⁷ Diese Ebene entferne sich von den Dingen und den Worten, um sie als *zufällige Elemente* zu erfassen, die zugleich in einer bestimmten, *regelmäßigen Art und Weise (Modalität)* auftreten.⁴⁸ Anders gesagt: Bei der Diskursanalyse handelt es sich um eine Beobachtung zweiter Ordnung.

Diese Methodologie zielte bereits auf die angekündigte reflexive Wende des Strukturalismus, insofern sich Foucault von der strukturalen Analyse distanzierte und sie *zugleich verallgemeinerte*. Wie er in einem Vortrag erläuterte, hatte die strukturalistische Linguistik Sprache letztlich wie alle »Phänomene der Informationen« analysiert – nämlich in den Begriffen »Sender und Empfänger, Kodierung und Dekodierung«.⁴⁹ An dieser Grundidee hielt er fest und argumentierte sogar, dass man in *diesen* Begriffen auch »das Soziale« *insgesamt* untersuchen könne, indem man es als »Gesamtheit von Kodes und Informationen definiert«.⁵⁰ Allerdings befreite er die Analyse einerseits von überschüssigen Annahmen des Strukturalismus, die das Modell wieder verflachten. Und er führte andererseits »die Annahmen des Diskontinuierlichen und der Transformation«⁵¹ wieder ein, die Canguilhem mit der informationstheoretisch geschulten Betonung des Zufalls vorbereitet hatte.

Diese durchaus entscheidenden Verschiebungen machen es verständlich, wenn er sein Vorhaben in erster Linie als eine Fortführung dieser wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive sah und zugleich argumentierte, dass nur auf diese Weise auch eine radikale Abkehr vom Modell der Souveränität möglich wurde.⁵² Denn sie verabschiedeten sich von den Einheits- und Kausalvorstellungen, die für Foucault noch hinter dem Strukturalismus erkennbar waren. Er möchte daher von »[s]einer Arbeit als einem Versuch sprechen, »die Diversität *der* Systeme und das Spiel *der* Diskontinuitäten in der Geschichte *der* Diskurse« einzuführen.«⁵³ »Dieses ganze Spiel der Abhängigkeiten möchte ich an die Stelle der uniformen Simplizität [...] von Kausalordnungen setzen; und [...] das polymorphe Bündel von Zusammenhängen hervortreten lassen.«⁵⁴

Die Bewegung zum Poststrukturalismus, die Foucault hier langsam vollzog, ist überaus bemerkenswert. Denn sie ist nahezu identisch mit den Verschiebungen,

47 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 69 (Hervorhebung entfernt).

48 Siehe Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 70–73, 154–171. Die Analyse sei »ohne Beziehung zum Grund der Dinge« (S. 72).

49 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1047.

50 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1048.

51 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1050.

52 Siehe Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 23, 27.

53 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 58, S. 871.

54 Für die Zitate siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 58, S. 868.

die die *second-order cybernetics* vornahmen, um einer gefährlichen Vereinfachung der Kybernetik zu entgehen und ihren radikalen Kern wieder freizulegen. Wie die *second-order cybernetics* attackierte der Foucault'sche Poststrukturalismus die ›Uniformität‹ und ›Simplizität‹ ›traditioneller‹ Analysen, und setzte dagegen einen neuen begrifflichen Apparat, der Kontingenz, Differenz und Diskontinuität in synchroner und diachroner Perspektive betont. Dadurch bediente sich Foucault nicht nur des gleichen Vokabulars wie die *second-order cybernetics*, er initiierte diese Verschiebungen in seinem Programm auch, indem er – wie sie – eine reflexive Wende des Basisprogramms ankündigte.

Hierin dürfte einer der Gründe liegen, weshalb Foucault – der bekanntlich selten Referenzen auf gegenwärtige Texte machte – in den Folgejahren immer wieder auf die Arbeiten von zwei Kollegen und Freunden verwies, die explizit die Kybernetik, und im Spezifischen die Kybernetik zweiter Ordnung, rezipierten: Der Mathematiker und ›Neokybernetiker‹ Michel Serres und der Philosoph Gilles Deleuze traten als neue Referenzpunkte für ein informationstheoretisch informiertes Denken neben den Strukturalismus und Georges Canguilhem's Epistemologie.⁵⁵

Man kann das Ergebnis dieser Verschiebung daher auch etwas zuspitzen: Der Poststrukturalismus steht zum Strukturalismus wie die Kybernetik zweiter Ordnung zur Kybernetik erster Ordnung. Nur diese reflexive Wende garantiert hier, dass man die alte Zeit überwindet. Daher ist der *cultural turn* in dieser Variante nicht nur eine Wende hin zur ›Kultur‹;⁵⁶ er sollte auch ein kultureller Wandel hin zu Diversität und Diskontinuierlichkeit sein.

55 Vgl. Eribon: *Michel Foucault*, S. 216; vgl. zu Deleuze/Guattari und ihren Verbindungen zur Kybernetik Hubatschke: »Maschinelle Revolte«; Wolfe: »In Search of Post-Humanist Theory«, S. 50-52; Lister et al.: *New Media*, S. 384-390; Lafontaine: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«, S. 39f. Vgl. zu Serres als »Neokybernetiker« Clarke: *Neocybernetics and Narrative*. Serres und Deleuze werden im Übrigen auch von Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus* als Vertreter des Netzwerk-Denkens gehandelt und zudem von Luhmann zitiert. Serres war ebenfalls in Kalifornien, nämlich als Professor in Stanford, und beeinflusste auch Bruno Latour.

56 Andreas Reckwitz und Stephan Moebius verorten den Poststrukturalismus in drei Kontexten: einem nach-mechanistischen Wissenschaftstrend, dem *cultural turn* und einem avantgardistischen Ästhetisierungstrend (vgl. Moebius/Reckwitz: »Einleitung«). Diese Einordnung lässt sich nun präzisieren, da gezeigt wurde, dass a) eine Rezeption der Kybernetik stattfand und b) aus der Anwendung kybernetischer Ideen eine spezifische Variante des *cultural turn* hervorgeht. Schließlich wird im Weiteren auch deutlich werden, dass auch die Ästhetisierung einen engen Zusammenhang mit der Kybernetik hat. Die Generalisierbarkeit dieser Thesen für andere poststrukturalistische Ansätze müsste freilich geprüft werden (und ist davon abhängig, was man als solchen zählen will).

Die kybernetische Ordnung des Diskurses

Als die Professoren des Collège de France am 30. November 1969 zusammentrafen, um über die Nachfolge von Jean Hyppolite zu beschließen, waren Michel Foucaults methodologische Überlegungen zur Diskursanalyse gerade erschienen. Sie positionierten ihn unmittelbar in Gegnerschaft zu den beiden anderen Bewerbern, die Foucault wohl der veralteten Reproduktion der Diskurse zugeordnet hätte: Paul Ricœur, der einen Lehrstuhl für die Philosophie des Handelns einrichten wollte, und Yvon Belaval, der einen Lehrstuhl für die Geschichte rationalen Denkens anstrebte.⁵⁷ Foucaults Vorschlag hingegen setzte seine bisherigen Überlegungen fort, eine Geschichte der Denksysteme zu schreiben.

Das letzte Kapitel hat gezeigt, dass Foucault dabei den kybernetisch-informati-onstheoretischen Hintergrund des System-Begriffs durchaus kannte. Foucault verwendete den Systembegriff auch genau in diesem Sinne, um eine Gesamtheit von Relationen zu beschreiben, die formale Elemente miteinander verbinden. Neben dem Systembegriff verwendete Foucault dafür auch eine weitere Metapher, die aus Kybernetik und Informationstheorie bekannt ist: Er beschrieb ein System auch als ein Netzwerk (*réseau*).⁵⁸

Mehr noch: Foucault hielt in Beiträgen wie *Botschaft oder Rauschen?* und *Linguistik und Sozialwissenschaften* sogar explizit fest, dass die Analyse der Diskurse an eine »wenn nicht universale[], so doch zumindest außerordentlich weitreichende[]« Perspektive aus der Informations- und Kommunikationstheorie anschloss.⁵⁹ Aber während er wusste, dass etwa Biologie, Genetik und Linguistik diese Perspektive auf ihre Gebiete anwandten, zielte er auf etwas Grundsätzlicheres, nämlich auf eine reflexive Analyse des Wissens und seiner Konstitutionsbedingungen.

In seiner Bewerbung für das Collège de France hatte Foucault nun versprochen, diese Arbeit über die »Kanäle und [...] Kodes« des Wissens fortzusetzen, und er gewann damit im zweiten Wahlgang die erforderliche Mehrheit von 25 Stimmen für sich.⁶⁰ Während er in der *Archäologie des Wissens* den Diskurs überhaupt erst als Untersuchungseinheit definiert und von anderen Ansätzen abgegrenzt hatte, widmete er sich in seiner Antrittsvorlesung den tatsächlichen Produktionsmechanismen des Diskurses. Am Beginn des Vortrags über die »Ordnung des Diskurses« nannte Foucault die Prämisse der Untersuchung:

57 Eribon: *Michel Foucault und seine Zeitgenossen*, S. 303f.

58 Siehe z.B. Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 71, S. 1069; mehrfach auch in I, 59. In der französischen Ausgabe der *Archäologie* findet sich der Netz-Begriff im Übrigen sehr viel häufiger als in der deutschen Übersetzung u.a. auch am Beginn im Zusammenhang mit Canguilhem (siehe z.B. Foucault: *L'Archéologie du Savoir*, S. 11, 34, 71).

59 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1051; für Verweise auf Informationstheorie, Biologie, Genetik auch S. 1042 und 1048.

60 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 71, S. 1074. Zum Wahlergebnis Eribon: *Michel Foucault*, S. 310.

»Ich setze voraus, daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.«⁶¹

Für die Analyse der Diskurse galten also die gleichen Annahmen, die die Kybernetik als Grundlage für die Analyse von Kommunikations- und Kontrollvorgänge präsentiert hatte: Erstens sind Kontrollprozeduren konstitutiv für *jeden* Diskurs und für *jede* Gesellschaft, und zweitens verläuft diese Selbst-Organisation nicht über kausale Zwänge, sondern über eine Vielzahl an selektierenden und regulierenden Prozessen.

Zu der Analyse der inneren Kontrollmechanismen kam in der Antrittsvorlesung ein zweiter neuer Aspekt: Foucault blickte über die interne Ordnung des Diskurses hinaus auf die gesellschaftliche Ordnung, der der Diskurs angehört. Die Antrittsvorlesung stellt daher ein Dokument des Übergangs dar, an dem sich das Thema der Macht abzeichnet.⁶² Damit entstand auch ein Problem, das Foucault bis zu seinem Tod begleiten würde: das Verhältnis von Selbst-Organisation (Autonomie) und Eingebundenheit in das Machtnetz. Dabei unterscheidet sich Foucaults spätere Machtanalyse in zumindest einem Punkt sehr deutlich von den Andeutungen in seiner Antrittsvorlesung: Obwohl ihm, wie das Zitat zeigt, das Konzept der Produktion bereits zur Verfügung stand, beschrieb er die interne und die externe Ordnung des Diskurses noch nur als eine *Repression* seiner Unberechenbarkeit.⁶³

In der Analyse dieser Kontrolle unterschied Foucault drei Prozeduren. Die erste Sorte bilden die »Ausschließungssysteme«.⁶⁴ Sie wirken *von außen* auf den Diskurs ein, indem sie die Grenze zwischen Sagbarem und Nicht-Sagbarem im Diskurs organisieren. Seine Gegenwart sei dabei durch drei asymmetrische binäre Grenzziehungen geprägt, nämlich Gebot/Verbot, Vernunft/Wahnsinn und die Unterscheidung wahr/falsch. Diese drei Ausschließungssysteme stützen sich auf eine institutionelle Basis außerhalb des Diskurses, die selbst ein Netz (*réseau*) von Praktiken bildet und permanent »verstärkt und ständig erneuert« wird.⁶⁵ In diesen Bemerkungen zum Verhältnis von Macht und Diskurs scheinen bereits die kybernetisch imprägnierten Umrisse der späteren Machttheorie auf: Macht – wird es dort heißen – ist ein Netzwerk von Elementen, das sich durch die Elemente *ständig selbst reproduziert* und zugleich die Elemente erst hervorbringt.

61 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 10f. (Hervorhebungen hinzugefügt).

62 Vgl. etwa auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 195–197.

63 Vgl. Biebricher: *Selbstkritik der Moderne*, S. 296.

64 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 15.

65 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 15.

Auch an der zweiten Gruppe an Prozeduren zeichnet sich das Untersuchungsprogramm der Folgejahre ab. Denn diese Prozeduren regulieren laut Foucault den Zugang der Subjekte zu den Diskursen. Dieser Gruppe widmete Foucault in seiner Antrittsvorlesung kaum Aufmerksamkeit. Er konstatierte lediglich, dass die Kräfte des Diskurses nicht nur von außen gebändigt werden, sondern auch der Zugang zu Diskursen verknüpft wird. Darüber ergeben sich wiederum Steuerungsoptionen, weil man manche Diskurse schließen könne, während man andere weit offenhält. Viel mehr konnte Foucault zu diesem Zeitpunkt über das Subjekt des Diskurses und seine Formung durch die außerdiskursive Macht noch nicht sagen.

Demgegenüber dokumentiert die dritte Gruppe der Prozeduren die vergangenen Arbeitsjahre Foucaults und richten sich auf die *Selbstregulierung des Diskurses*, die sich schon in dem obigen Beispiel *Botschaft oder Rauschen?* angedeutet hat. Mit den internen Prozeduren, erklärte er nochmals, üben »die Diskurse ihre eigene Kontrolle selbst« aus.⁶⁶ Es geht hier also nicht darum, das Auftreten des Diskurses zu kontrollieren, sondern das Auftreten eines Ereignisses *im* Diskurs durch interne Klassifikations-, Anordnungs- und Verteilungsprinzipien zu bändigen.⁶⁷ Sie beschränken die »offene Vielfalt [...] von dem, was gesagt zu werden droht«.⁶⁸

Für diese internen Kontrollen nannte Foucault wiederum drei Beispiele. Das Genre des Kommentars begrenze die Möglichkeiten, indem er den freien Umgang mit einem Text untersagt und zunächst eine korrekte Wiederholung des zuvor Gesagten einfordert, mit der ein *tieferer Sinn* freigelegt werden soll. In ähnlicher Weise »disziplinieren« die wissenschaftlichen Disziplinen, wie etwas gesagt werden kann, indem sie Regeln für die *Produktion von Wahrem* festlegen.⁶⁹ Schließlich begrenzt die »Funktion des Autors« den Zufall innerhalb des Diskurses, indem er der gesprochenen Sprache einen *einheitlichen Ursprung* zuweist.⁷⁰

Wie Foucaults Beispiele zeigen, nutzte er die Analyse der internen Kontrollprozeduren, um den Angriff auf die humanistischen Ideale der Souveränität fortzusetzen, der bereits *Die Ordnung der Dinge* und *Die Archäologie des Wissens* geprägt hatte. Dabei hatte er auch gezielt ihre Verbindung zu einer bestimmten Zeitvorstellungen herausgearbeitet. Denn die kontinuierliche Geschichte schütze die »die Souveränität des Bewußtseins«, und wenn Geschichtsschreibung ein »Ort der ununterbrochenen Kontinuitäten bleiben« würde, dann stütze man immer weiter die »die Souveränität des Subjekts und Zwillingsgestalten der Anthropologie und des Humanismus«.⁷¹

66 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 17.

67 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 17.

68 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 20.

69 Siehe Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 25.

70 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 21.

71 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 23.

Deshalb richtete er seine Geschichte der Denksysteme gegen die kontinuierliche Geschichtsschreibung aus: Sie ist eine »kleine (und widerwärtige) Maschinerie [!], welche es erlaubt, den Zufall, das Diskontinuierliche und die Materialität in die Wurzel des Denkens einzulassen.«⁷² Mit ihr wollte er zeigen, dass Identität, Einheitlichkeit und Kontinuität nicht natürlich sind, sondern durch »die Form einer permanenten Reaktualisierung der Regeln« hervorgebracht werden.⁷³

Foucault ersetzte also wie die Kybernetik das vermeintlich stabile »Wesen« der Dinge durch das ständige Operieren des Systems. Am Beispiel des Autors hat er sich daher auch von einer allzu einfachen Auslegung seiner berühmten These vom Tod des Menschen abgegrenzt. Der Tod des Menschen und des Autors bedeute eben nicht, dass diese einfach verschwinden, sondern dass man eine bestimmte, funktionale Perspektive auf sie einnehmen müsse.⁷⁴ Man müsse fragen, welche Funktionen der »Autor« oder »der Mensch« erfüllt. Dann lasse sich beschreiben, dass der »Autor« zur Einteilung von Diskursen (nach fingierten einheitlichen Personen), zur Aneignung der Gegenstände eines Diskurses (als Urheber von Büchern u. ä.) und als Hinweis auf Kohärenz und Zuverlässigkeit (persönliche Identität) diene. Damit er diese Funktionen für die diskursiven Systeme erfüllen könne, müsse der Autor aber selbst als Funktion systemischer Prozeduren hervorgebracht werden. Ganz im kybernetischen Sprachduktus wird also die Realität des Diskurses zu einem Effekt der Systemoperationen: »Die Autor-Funktion [...] ist das Resultat einer komplexen Operation, die ein bestimmtes vernünftiges Wesen konstruiert, das man als Autor bezeichnet.«⁷⁵

Angesichts des Fokus auf Kontrollprozeduren, der relational-funktionalen Analyseperspektive und des Blicks auf die systeminterne Reproduktion durch permanent ablaufende, komplexe Operationen ist es plausibel, dass in der Forschung auf eine gewisse Ähnlichkeit der Diskurse zu den autopoietischen Systemen bei Luhmann hingewiesen wurde.⁷⁶ Andreas Reckwitz schreibt sogar, es sei »ganz offensichtlich«, dass »eklatante Parallelen« bestehen.⁷⁷ Nach der Rekonstruktion der

72 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 38.

73 Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 25; siehe insg. S. 20–25. Vgl. zur Formulierung in der Kybernetik oben S. 154, 134.

74 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 69, S. 1012. Wie oben gezeigt, ist dies ein typisches Merkmal der Kybernetik, zu der die funktionale Perspektive der Ethnologie hinsichtlich der Genese und bei Foucaults Zeitgenossen in enger Beziehung stand.

75 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 69, S. 1017 (Hervorhebung hinzugefügt).

76 Vgl. außerdem Rempel: »Systems Theory and Power/Knowledge«, insb. S. 78; Gehring: *Foucault – die Philosophie im Archiv*, S. 75 (hier allerdings mit Fokus auf den Geschichtsbegriff); für einen spezifischen Vergleich von »Sozialstruktur und Semantik« auf der einen und »Diskursanalyse« auf der anderen Seite vgl. Reinhardt-Becker: »(Luhmannsche) Systemtheorie – (foucaultsche) Diskurstheorie«; Stäheli: »Semantik und/oder Diskurs«.

77 Reckwitz: *Die Transformation der Kulturtheorien*, S. 277.

letzten beiden Kapitel lässt sich bereits erkennen, woher diese Parallelen kommen: aus Informationstheorie und Kybernetik.

Während Foucault diese Herkunft des neuen Begriffsapparats »aus der Sprachanalyse und der Datenverarbeitung«⁷⁸ anfangs noch gelegentlich besprach, lassen die Referenzen in den Jahren nach der Antrittsvorlesung nach. Gerade die Antrittsvorlesung zeigt aber, dass sich Foucault am Collège de France keinesfalls von seinen – kybernetisch inspirierten – Prämissen und Denkfiguren abwenden wollte. Ganz im Gegenteil: Sie werden auf das Feld der Macht ausgeweitet, wo sie auch weiterhin nicht nur der Analyse, sondern auch der scharfen Abgrenzung von einer Kultur der Souveränität dienen würden.

Anti-souveränes Ordnungsdenken: Subjekt, Zeit, Raum

Man könnte Foucault so verstehen, dass er nur einen alternativen methodischen Ansatz entwickeln wollte, mit dem andere Probleme als mit der konventionellen Geschichtsschreibung in den Blick geraten. Auch wenn er dies gelegentlich in Interviews als Rückzugsposition genutzt haben mag, zeigt schon die Schärfe von Foucaults Attacken, dass die begriffliche Konstruktion der Welt in seiner Sicht politische Implikationen hat und dass die methodologische Ablösung dieser Welt-sicht *reale* Konsequenzen in der Welt hätte. Bereits die *Archäologie* machte klar, dass auch Theorien eine Diskurspraxis sind. Und spätestens mit seiner Antrittsvorlesung stellte Foucault heraus, dass Macht und Wissen verschränkt sind, sodass es keine ›objektive‹ Position der Beschreibung geben konnte und daher auch methodologische Äußerungen Machteffekte haben. Auf dieser Ebene bezog Foucault aber schon seit längerem eine Position, wie man die Welt betrachten *soll*. Diese Sicht bevorzugte das Diverse, das Singuläre, das Zufällige und musste daher die Konzeptionen von Subjekt, Zeit und Raum grundlegend neu denken.

Das Gegenmodell zu diesen Neukonzeptionen benannte Foucault klar als jene Verbindung von Humanismus und Souveränität, die er Mitte der 1960er Jahre als »die kleine Hure des gesamten Denkens [...], der gesamten Politik der letzten zwanzig Jahre« bezeichnete.⁷⁹ Vor dem Hintergrund des ersten Kapitels über das Paradigma der Souveränität wird deutlich, wie eng Foucaults ›Feindbild‹ an dieser *zeitgenössischen Souveränitätstheorie* ausgerichtet war. Denn er identifizierte unterschiedliche Spielarten des Souveränitätsparadigmas, verstand dessen internen Konflikte aber nicht als *prinzipielle* Unterschiede. Während nämlich die Leitideen

78 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 44, S. 722.

79 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 788. Der Beitrag ist von 1967. Wie schon in der *Archäologie des Wissens* (s.o.) stellte Foucault auch hier einen expliziten Zusammenhang zwischen Souveränitätstheorie und Humanismus her, denn er kam über die Kritik der Souveränität des Subjektes zur Kritik des Humanismus (S. 779–788).

von Humanismus und Souveränität im Osten zur »Rechtfertigung des Stalinismus« gedient haben, haben sie im Westen zur »Hegemonie der Christdemokraten« geführt, denen »bei Camus und in Sartres Existenzialismus« wiederum nur eine andere Spielart des Ewiggleichen entgegenstehen würde.⁸⁰ Damit hatte Foucault auf zwei der drei Narrative hingewiesen, die ich im ersten Kapitel aufgezeigt habe, nämlich das subversive und das christlich-liberale Narrativ.

Doch damit nicht genug: Im gleichen Interview schlug Foucault auch die Technokraten diesem Souveränitätsdenken zu. »Es stimmt, dass niemand humanistischer ist als die Technokraten«, erklärte er und setzte sich folgerichtig gegen den verbreiteten Vorwurf zur Wehr, »Fürsprecher eines technokratischen Humanismus« zu sein.⁸¹ Ausgerechnet in technologischem Vokabular grenzte sich Foucault daraufhin nochmals von »den Technokraten« ab und verteidigte die Möglichkeit, »eine linke Politik zu betreiben, die nicht an all diesen wirren humanistischen Mythen festhält. *Ich glaube, man kann das Optimum sozialen Funktionierens definieren, in dem man es erreicht, [...] ohne sich jemals auf die Idee des Menschen zu stützen. Ein Funktionsoptimum lässt sich intern definieren, ohne dass man sagte, »für wen« es das Optimum darstellt.*«⁸²

Diese erstaunliche Positionierung ist kein Plädoyer für effizienteres Regieren. Vielmehr ging es Foucault zu allererst darum, auch politische Probleme in den Begrifflichkeiten des »sozialen Funktionierens« zu durchdenken,⁸³ anstatt eine Vorstellung des menschlichen Glücks zu erfinden, die dann als Zweck der Politik erhalten muss. Dies nämlich verband für Foucault alle Humanismen, einschließlich des technokratischen Humanismus: In ihrer je eigenen Weise glaubte jede Spielart zu wissen, »wie man das »Glück der Menschen« definiert und verwirklicht.«⁸⁴ Demgegenüber machte Foucault eine Perspektive stark, die nicht versuchte, einen höheren Zweck hinter dem Dasein zu erblicken, sondern schlicht vom Funktionieren ausging.

80 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 788.

81 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 790. Hervorhebung hinzugefügt.

82 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 790.

83 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 791f.

84 Das Glücksversprechen des Staates war dabei der Zielpunkt unterschiedlichster Kritiken am Souveränitätsmodell der Nachkriegszeit. Auch Hannah Arendts Kritik am politischen Modus der modernen Gesellschaft attackierte gerade das *falsch verstandene Glücksversprechen*, das vor allem die Französische Revolution in die Welt gesetzt hatte und das das Glück freihändigen Handelns durch das Glück sozialer Sicherheit ersetze (vgl. Arendt: *Über die Revolution*, Kap. 2). Schließlich fokussierte auch die neoliberale Kritik genau auf diese Allwissenheitshybris des Staates. Sowohl bei Foucault als auch bei Teilen der neoliberalen Kritik führte dies zu der heftigen Kritik am Bentham'schen Utilitarismus, der dem *greatest-happiness-principle* verbunden war. Die radikale, individualistische und regierungskritische Stoßrichtung von Benthams Denken musste erst wieder freigelegt werden (vgl. dazu Kap. III.2.).

Die Idee, dass ein System als *nicht-zweckgerichteter* Zufallsmechanismus *funktioniere*, der ein (fließendes) Gleichgewicht zur Umwelt herstelle, hatte sich freilich in der Kybernetik entwickelt, und zwar ausgehend von Ross Ashby. Sie bedeutete, dass man von Systemen schlichtweg nicht mehr in den Begriffen der Teleologie sprechen konnte. Denn nun war es nur noch eine Beschreibung des Beobachtenden, das sich ein System verhalte, *als ob* es sich auf einen Zweck hinbewegen würde. Und Foucault dechiffrierte den Humanismus genau als eine solche nachträgliche Zweckbeschreibung, die sich das selbst nicht eingesteht:

»Wir entdecken diesen Zweck in dem Maße, wie wir unser eigenes Funktionieren zu steuern vermögen. Aber damit verkehren wir die Sachlage. Wir sagen uns: Da wir einen Zweck haben, müssen wir unser Funktionieren steuern; *in Wirklichkeit* können aber erst auf Basis dieser Steuerungsmöglichkeiten all die Ideologien, Philosophien, Metaphysiken und Religionen entstehen [...]. Erst die Möglichkeit der Steuerung bringt die Idee des Ziels oder Zwecks hervor. *In Wirklichkeit* hat die Menschheit kein Ziel und keinen Zweck; sie funktioniert, sie steuert ihr eigenes Funktionieren, und sie produziert ständig Rechtfertigungen für diese Steuerung. Wir müssen uns eingestehen, dass es sich dabei um Rechtfertigungen handelt. Der Humanismus ist eine dieser Rechtfertigungen, die letzte.«⁸⁵

Diese Stelle ist aber nicht nur wegen ihres kybernetisch formulierten Anti-Humanismus und der damit verbundenen Zurückweisung der Teleologie interessant; sie dokumentiert auch, dass Foucault seine methodologischen Überlegungen immer wieder als quasi-ontologische Setzungen präsentierte.⁸⁶ Der Humanismus erscheint so im starken Sinne als ein Scheinzusammenhang, hinter dem man das Rauschen des Diskurses wieder freilegen müsste. Nur dieser andere Zugriff kann die Welt dann »in Wirklichkeit« erfassen.

Daher betonte Foucault immer wieder, dass der begriffliche Bezugsrahmen ausgetauscht werden müsse.⁸⁷ Die Wirklichkeit, die dieser neue Begriffsrahmen – ob als methodologische Prämisse oder mit »ontologischem« Beigeschmack – bei Foucault produziert, unterscheidet sich grundlegend von der Wirklichkeit des Souveränitätsdenkens. Im Zentrum der frühen Arbeiten von Foucault stand dabei zweifelsohne eine *Neubeschreibung des Subjekts*.⁸⁸

Seine Abrechnung mit dem souveränen Subjekt lässt sich in drei Schritten darstellen. Zunächst, das war die zentrale These von *Les mots et les choses*, wies er den humanistischen Perspektiven einen Fehlschluss nach. Die Moderne, die Foucault

85 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 792 (Hervorhebung hinzugefügt).

86 Vgl. zur sozialontologischen Qualität auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 207, 211, 286.

87 Siehe als weiteres Beispiel etwa Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 36.

88 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 31, S. 590; II, 85, S. 201; II, 98, S. 276f.; Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 23. Vgl. zu Foucaults früher Subjektkritik Saar: *Genealogie als Kritik*, insb. S. 177, 180.

um 1790 beginnen ließ und die in diesen frühen Arbeiten schon 1950 ihr Ende fand (beziehungsweise finden sollte),⁸⁹ konstruierte demnach den Menschen als Objekt der Erkenntnis, brauche ihn aber zugleich als Ursache und Ursprung aller Erkenntnisse. Diese paradoxe Doppelbedeutung lasse sich, so Foucault bald darauf, auch in den Machttheorien der Souveränität beobachten. Sie würden dem Menschen sagen, er könne auch ohne Macht souverän sein, »ja, je mehr du auf Macht verzichst und dich der vorhandenen Macht beugst, desto souveräner wirst du sein.«⁹⁰ In Wissenschaft und Gesellschaft entstehen so nur »unterworfen[e] Souveräne«.⁹¹

Der zweite Schritt bestand daher darin, das souveräne Subjekt als den ursächlichen und ursprünglichen Grund von Erkenntnis zu zersetzen. Dafür abstrahierte Foucault das Subjekt zu einer »beliebigen« Form und präsentierte es neu als *Knotenpunkt eines systemischen Netzwerkes*. Der Knotenpunkt, also die Form des Subjekts, ist nun bedingt durch dieses Netzwerk: »Heute fragt man vielmehr, unter welchen Bedingungen ein beliebiges Subjekt in das *systemische Netz eindringen, funktionieren und dort als Knotenpunkt fungieren kann*.«⁹² Foucault löste das alte Subjekt auf, indem er ihm die naturalisierenden Metaphoriken des Lebens und Erlebens entriß und in ein neues Umfeld technologischer Begriffe übertrug. Die französische Formulierung macht den Schnitt dabei noch radikaler, denn im Deutschen fungiert das Subjekt immer noch als Subjekt des Satzes. Im Französischen aber wird auch syntaktisch die Subjektfunktion mithilfe reflexiver Verben aufgelöst. Dieser charakteristische Stil Foucaults markiert programmatisch sowohl die *Reflexivität der diskursiven Operationen* als auch die damit verbundene *Ent-Subjektivierung des Subjekts*.

Der dritte Schritt von Foucaults früher Subjektkritik bestand nun darin, die Konsequenzen einer solchen Neubeschreibung des Subjekts zu skizzieren. Dabei fokussierte er die Haltlosigkeit sämtlicher Identitäts- und Stabilitätsphantasien.⁹³ Wenn das Subjekt kein ursprüngliches Subjekt ist, sondern ein konditionierter Knotenpunkt in einem Netzwerk, dann gibt es eine Vielzahl – Foucault sagt mathematisch: Multiplizität – an Bedingungen. Daraus wiederum folgt logisch, dass es eine Vielzahl an Transformationsmöglichkeiten und daher letztlich Zuständen gibt, die ein Knotenpunkt annehmen kann. Das metaphorische Begriffsraster systemischer Netzwerke zieht also eine Reihe von Schlussfolgerungen nach sich, mit

89 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 48, S. 767.

90 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 98, S. 277; s.a. I, 50, S. 781-789 und II, 132, S. 599-601 (Debatte mit Chomsky).

91 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 98, S. 277.

92 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 85, S. 201 (Hervorhebung hinzugefügt) [frz. II, 85, S. 165: »*quelles sont les conditions imposées à un sujet quelconque pour qu'il puisse s'introduire, fonctionner, servir de nœud dans le réseau systématique de ce qui nous entoure*«].

93 Beispielsweise Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 84, S. 187; Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 30.

denen der Rückweg zur alten Subjektkonzeption paradigmatisch verstellt wird. Stattdessen muss die *Diversität* und *Variabilität des Subjekts* anerkannt werden.

Allerdings blieb die Ausformulierung des neuen Subjektmodells eine Lebensaufgabe von Michel Foucault, auf die ich im dritten Teil dieses Kapitels zurückkommen werde. Die frühe Subjekt-Kritik bleibt in erster Linie eine Ablehnung des humanistischen Subjektmodells.⁹⁴ Vor dem Hintergrund der Multiplizität an Möglichkeiten musste das humanistische Subjekt wie eine unzulässige Glättung und Einebnung der Komplexität wirken. Die Formulierung des Subjekts als Effekt führte Foucault zunächst dazu, diese Abhängigkeit und Formatierung des Subjekts durch ein ausdifferenziertes Set an Regeln nachzuweisen, und dabei enthielt sich Foucault selbst in den 1970er Jahren nicht immer der von ihm deklarativ abgelehnten Repressionshypothese. Erst als er Ende der 1970er Jahre zur Subjekttheorie zurückkehrte, entwickelte er eine komplementäre Perspektive darauf, wie der Knotenpunkt – das Subjekt – selbst an der Konditionierung des restlichen Netzwerkes mitwirkt.

Bereits bei der Kritik des souveränen Subjekts betonte Foucault aber, dass die humanistische *Konzeption der Zeit* eine zentrale, stützende Funktion für dessen Konditionierung übernimmt. Zeit werde hier in der gleichen biologistisch-organisch-mentalistischen Metaphorik erfasst und dabei als eine Kontinuität verstanden. Sie laufe dementsprechend direkt auf ein Ziel (*télos*) zu oder sei ein fortlaufender, dialektischer Prozess der Höherentwicklung und Bewusstwerdung.⁹⁵ Beide Perspektiven von konstruieren sich laut Foucault eine lineare Geschichte, die er scharf kritisierte:

»Wir müssen uns vor einer *allzu simplen, linearen Auffassung von Geschichte* hüten. [...] Die Geschichte gilt außerdem vielen als privilegierter Ort der Kausalität; danach muss jeder geschichtswissenschaftliche Ansatz kausale Wirkungszusammenhänge aufzeigen. Aber seit mehreren Jahrhunderten wissen die Naturwissenschaften – und seit mehreren Jahrzehnten wissen die Humanwissenschaften –, dass Kausalzusammenhänge sich nicht im Sinne formaler Rationalität beweisen und steuern lassen; *in der Logik gibt es letztlich keine Kausalität.*«⁹⁶

Foucault machte hier gegen die Simplizität, Kausalität und Linearität bisheriger moderner »Wissenschaften« geltend, dass sie die eigentlich konstitutive Komplexität, Kontingenz und Diskontinuität von Zeit verdecken. Damit bediente er sich der gleichen Topoi wie die Kybernetik, die ihre Zeitkonzeption freilich der statistischen Mechanik, Relativitätstheorie und Quantenphysik entlehnt hatte (Einstein, Heisenberg, Boltzmann, Maxwell). Sie sind sich daher einig, dass eine neue Zeit-

94 Vgl. dazu auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 176–180.

95 Neben den obigen Beispielen siehe z.B. auch Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 59, S. 891f.

96 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 777; zur Kritik von Linearität und Kausalität s.a. II, 84, S. 166.

konzeption mithilfe einer »Theorie der diskontinuierlichen Systematizitäten« ausgearbeitet werden müsse.⁹⁷

Foucaults Anliegen war es, auf diese Weise das Wechselspiel von Zufall und Regelmäßigkeit in die Geschichte der Ideen einzuführen, um dieser ihre trügerischen Illusionen auszutreiben und »Geschichte ohne Kausalität«⁹⁸ und in »Formen der Nicht-Identität zu erzählen.«⁹⁹ Diese neue Zeitvorstellung hat drei zentrale Merkmale, die man im Umfeld der *Archäologie*, der Antrittsvorlesung und in dem programmatischen Aufsatz *Nietzsche, die Genealogie, die Historie* von 1971 immer wieder antrifft.

Zunächst lässt sich dabei gewissermaßen von einer digitalen Zeitkonzeption sprechen. Denn Foucault zersetzte die kontinuierliche Dauer in die Diskontinuität von Ereignissen. Ereignisse sind laut Foucault *Singularitäten*: Sie sind einzigartige, kontingent auftretende, diskrete – und das heißt: digitale – Momente. Er folgte damit den eben genannten postmechanistischen Vorstellungen.

Wie in diesen systemischen Modellen steht dann auch bei Foucault die prinzipielle Zufälligkeit von Ereignissen in Spannung zu einer spezifischen Regelmäßigkeit ihres Auftauchens. Dies markiert die zweite genuine Eigenschaft von Foucaults Zeitbegriff, nämlich dass er Ereignisse und auch Regelmäßigkeit (»Strukturen«) als *emergente Phänomene* begriff.¹⁰⁰ Man könne dann *simultan* und *sukzessive* bestimmte »Serien« von Ereignissen herauspräparieren und so deutlich machen, dass das singuläre Ereignis durch historische und potentielle Zustände des Systems konditioniert ist. Umgekehrt kann aber auch ein auftretendes Ereignis einen Umbau des Systems initiieren. Diesen Umbau systemischer Regelmäßigkeiten fasste Foucault in dem mathematisch-maschinellen Begriff der Transformation, der auch in der Kybernetik für diesen Vorgang verwendet wurde, etwa bei Ross Ashby.

Mit diesem Konzept ersetzte Foucault (wie die Kybernetik) mentalistische Erklärungen von Veränderungen als Bewusstseinswandel. Er erfasste dagegen Ver-

97 So die explizite Aufforderung bei Foucault: *Die Ordnung des Diskurses*, S. 38. Foucault konnte die post-mechanistische Entwicklung aus den Arbeiten von Canguilhem und Jacob (z.B. Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 59; insb. II, 81, S. 126-128).

98 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 50, S. 778.

99 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 58, S. 873.

100 Siehe programmatisch Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 84, S. 174-191 [frz. II, 84, 143-156]. Vgl. zum Emergenzkonzept bei Foucault Wägenbaur: »Emergenz«, S. 2-4. In der deutschen Schriftenausgabe verschwindet der Begriff der *émergence*. Damit verschwindet aber auch ein wichtiges Konzept, das bei Nietzsche zwar in der Sache Vorläufer hat (wovon man auch in der Kybernetik wusste), dort aber weder begrifflich noch im Rahmen des semantischen Feldes von Netz, Relation, Element, System, Transformation etc. entfaltet wird. Da Martin Saar: *Genealogie als Kritik* eindrücklich gezeigt hat, dass Foucault Nietzsche intensiv, aber auch hochgradig selektiv rezipiert hat, wäre es interessant, inwiefern dieses semantisch-konzeptionelle Feld relevant für seine Rezeption war.

änderung als Umformung infolge von interdependenten Prozessen zwischen den Elementen eines Systems. In Analogie zur mathematischen Modellierung war es zumindest der Anspruch von Foucaults Diskursanalyse, die Transformationsregeln von einem zum anderen Zustand zu bestimmen. Dies erfordere, die Bedingungen von Objekten und Operationen zu bestimmen, die Möglichkeiten zu »internen Modifikationen« zu definieren und schließlich festzulegen, ab wann eine »Transformationsschwelle« erreicht wird, die »neue Regeln ins Spiel« bringt.¹⁰¹ Damit war eine Transformation aber keineswegs zwangsläufig: Zwischen der Möglichkeit einer Umformung und ihrem tatsächlichen Auftreten blieb entsprechend der Idee der Emergenz eine gewisse Lücke.

Auch das dritte Merkmal seines Zeitverständnisses steht in polemischer Abgrenzung zum »alten Begriff der Zeit«, denn Foucault wollte schließlich die Fiktion einer einzigen Dauer, die einheitlich und kontinuierlich abläuft, durch »mannigfaltige Dauern« ablösen.¹⁰²

Diese Forderung baut auf den ersten beiden Aspekten auf. Wenn sowohl zwischen den Ereignissen Lücken sind (deswegen sind sie Singularitäten) als auch zwischen Ereignissen und ihren Regelmäßigkeiten (was man Emergenz nennt), dann kann auch für die Gesamtstruktur der Zeit nicht Kontinuität, sondern nur Diskontinuität gelten. Anders gesagt: Die diskontinuierlichen Singularitäten lassen sich in unterschiedliche Serien einbauen und kreieren daher sehr unterschiedliche Dauern. Zeit besteht »in Wirklichkeit« aus der Multiplizität und Überlagerung dieser ausdifferenzierten Dauerhaftigkeiten (*durées différentes*).¹⁰³

Diese Definition einer »neuen« Zeit erreichte Foucault letztlich durch eine grundsätzliche Verschiebung des *Verhältnisses von Raum und Zeit*. Während die alte Theorie des Subjekts ihre quasi-natürliche Grundlage laut Foucault in der Zeit finde, mit der sie ihre Annahmen abstützen konnte, entwickelte er seine Darstellung von Subjekt und Zeit ausgehend vom Raum. Man müsse, so Foucaults Plädoyer, die Dominanz des Raumes durchsetzen, um sich der Moderne des 19. Jahrhunderts zu entledigen, die ihre Themen durch die Fixierung auf Zeitlichkeit

101 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 58, S. 862.

102 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 103, S. 345 [frz. II, 103, S. 279f.], dort insb.: »Die Geschichte ist demnach nicht eine Dauer, sondern eine Mannigfaltigkeit [multiplicité] von sich verflechtenden und einander einschließenden Dauern. Man muss [...] daher den alten Begriff der Zeit durch den Begriff einer mannigfaltigen Dauer ersetzen [...]; es gibt in Wirklichkeit mannigfaltige Dauern, und jede dieser Dauern ist Trägerin einer gewissen Art von Ereignissen.« Wie in der Kybernetik passiert hier ein partieller Anschluss an Bergsons Begriff der Dauer, der aber zum einen auf alle Arten der Ereignisse ausgedehnt wurde, andererseits pluralisiert wurde. Man kann dieses Modell später in Foucaults materialen Analysen wiederentdecken, wenn er Souveränitätsmacht, Disziplinarmacht und Sicherheitsdispositiv unterscheidet und dabei keine Ablösung, sondern eine Überlagerung und Verschränkung diagnostiziert.

103 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 103, S. 345 [frz. II, 103, S. 279f.].

erhielt und ihre Niedergangsphantasien aus der Entropie speiste.¹⁰⁴ Dafür dürfe man Ereignisse und Transformationen nicht mehr in temporalen Vokabeln fassen, sondern müsse Zeit selbst als Streuung in einem Raum dechiffrieren.

Dafür musste aber auch das moderne Raumverständnis ausgetauscht werden. Wie Markus Schroer rekonstruiert hat, ersetzte Foucault das klassisch-moderne Containermodell des Raumes mit einem relationalen Raum-Modell.¹⁰⁵ Demnach kann Raum nicht mehr als ein abzugrenzender Container mit festen Wänden verstanden werden, in den man dann Menschen und Dinge hineinfüllt. Dieses Modell der *leeren Räume*, das für die Beschreibung von Nationalstaaten Pate stand, wurde durch das Modell *eines Raumes* ersetzt. Dieser Raum spannt sich nun als ein Koordinatensystem auf, in dem die einzelnen Punkte verstreut liegen. Die Lagen der Punkte lassen sich dann einerseits über ihre Beziehung beschreiben, die sich laut Foucault »formal als mathematische Reihen, Bäume oder Gitter« zeigen.¹⁰⁶ Andererseits lassen sich Knotenpunkte erkennen, wo sich mehrere Beziehungen zu Bündeln *verdichten* und so *außergewöhnliche Orte definieren*.¹⁰⁷

Die Veränderung des Raum-Verständnisses könnte radikaler nicht ausfallen: Die Vielzahl von Räumen mit Menschen und Dingen, die ihre jeweils eigenen Qualitäten besitzen, wird durch die Vorstellung von einem mehrdimensionalen Raum mit Punkten, Relationen und Orten ersetzt. Letztlich liefert das Netzwerk selbst ein Raummodell. Foucaults Formulierungen tragen dabei unverkennbar die Spuren des kybernetischen Netzwerkdenkens, das ebenfalls zu mathematischen Modellierungen (Matrizen) oder diagrammatischen Modellen griff (Bäume, Gitter, Netze), und dabei ebenso den Unterschied von Menschen und Dingen einebnete.

Es ist daher nur logisch, dass Foucault an die obige Passage mit dem Verweis anschließt, dass die »Probleme der Lage« vor allem in der Technik durchdacht werden: »Man denke etwa an die Speicherung von Information oder von Teilergebnissen [...] im Speicher einer Maschine, an die zufallsbestimmte Zirkulation diskreter Elemente (zum Beispiel von Autos im Straßenverkehr oder von Tönen in einer Tele-

104 Foucault beschrieb dies erst für das Schreiben, das noch im Bann der Zeit stehe, selbst wenn es die lineare Ordnung der Erzählung aufhebt; dagegen solle man Sprache in Metaphern des Raumes denken (Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 24, S. 533f.). Dies generalisierte er in seinem 1967er Radiovortrag *Von anderen Räumen* (Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 360, S. 931-933). Und auch später hielt er daran fest: »Metaphorisiert man die Transformation des Diskurses mittels eines temporalen Vokabulars, so führt das notwendig zur Verwendung des Modells des individuellen Bewusstseins mit seiner eigenen Zeitlichkeit. Der Versuch, es im Gegenteil durch räumliche, strategische Metaphern zu entschlüsseln, erlaubt es, die Punkte genau zu erfassen, durch die die Diskurse sich [...] transformieren.« (Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 169, S. 45).

105 Zum Folgenden vgl. Schroer: »Raum«.

106 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 360, S. 932.

107 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 360, S. 934.

fonleitung), an das Auffinden markierter oder codierter Elemente«. ¹⁰⁸ Foucault war sich offensichtlich im Klaren darüber, dass die von ihm vorgeschlagene, informationelle Umdeutung des Raumkonzeptes andernorts entwickelt worden war, und dort außerdem längst auf soziale Probleme angewandt wurde – etwa auf die urbanen Probleme eines verdichteten Straßenverkehrs und die Verteilung, Verdichtung und »Zirkulation [...] der menschlichen Elemente«. ¹⁰⁹

In seinem Frühwerk hatte er diese neue, technologisch imprägnierte Sozialtheorie vornehmlich auf sprachliche Artefakte angewandt und nur in Interviews und Vorträgen gelegentlich erwähnt, dass man die Gesellschaft insgesamt als ein System oder Netzwerk zu betrachten hätte. ¹¹⁰ In den folgenden Jahren sollte er seine Arbeiten hingegen auf jene Orte konzentrieren, die er als Heterotopien vorstellte. Es handelt sich dabei um »reale, wirkliche, zum institutionellen Bereich der Gesellschaft gehörige Orte«, die das Andere der Gesellschaft bündeln, wie etwa Sanatorien oder Gefängnisse. ¹¹¹

Zurück bei der historisch-spezifischen Bearbeitung des Materials produzierte Foucault keine Dokumente mehr, die explizit einer Theoretisierung des Raumes gewidmet sind. Dies ändert nichts daran, dass die wenigen Ausführungen Foucaults – so die einhellige Einschätzung der Forschung ¹¹² – zum entscheidenden Impuls für den *spatial turn* werden, der so die kybernetische Idee des Raums als Netzwerk weiterträgt. Wie Foucault schrieb: »Die Welt wird heute [...] als ein Netz [verstanden], dessen Stränge sich kreuzen und Punkte verbinden.« ¹¹³

2. Macht und Machtkämpfe

Am Anfang der 1970er Jahre politisierte sich Foucault. Zuerst nahm diese Politisierung praktische Formen an: In den frühen 1970er Jahren engagierte sich Foucault in radikalen, aber lokalen Aktionen gegen Institutionen des französischen Nachkriegsstaates, insbesondere gegen das Gefängnisssystem. Seinen praktisch-politischen Aktivismus, der phasenweise militante Züge annahm, überführte er erst Mitte der 1970er Jahre wieder in eine analytisch-theoretische Form. Schon die ersten

108 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 360, S. 932f.

109 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 360, S. 933.

110 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1048.

111 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 360, S. 935 (Zitat), 937; vgl. auch Schroer: »Raum«, S. 148-150. Schroer zeigt außerdem einen zweiten, mit Foucault eng verwandten Katalysator für dieses Raumdenken auf, nämlich Deleuze und Guattari.

112 Vgl. z.B. Christians: »Landschaftlicher Raum«, S. 255f.; Sasse: »Poetischer Raum«, S. 302; Schroer: »Raum«, S. 146.

113 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 360, S. 931.

Seiten dieser Dokumente tragen stets erkennbar die Zeichen der praktischen Aktivitäten.

Mit Foucaults Politisierung politisierte sich auch sein Souveränitätsbegriff. Insbesondere seine 1976er Vorlesung *In Verteidigung der Gesellschaft* und die beiden großen Bände *Überwachen und Strafen* und *Sexualität und Wahrheit I* konfrontierten gleich am Beginn die Machttheorie der Souveränität mit einem neuen Modell. Die Machttheorie der Souveränität wird bei Foucault allerdings nicht nur recht eigenwillig, sondern auch ziemlich lückenhaft dargestellt, so die generelle Einschätzung der Foucault-Forschung. Foucault habe das Recht unzulässig auf Strafrecht reduziert und komme dadurch zu einer »geradezu haarsträubend naiven [...] Verbotssatztheorie des Rechts«, die das charakteristische Merkmal für die souveräne Macht abliefe.¹¹⁴ Diesem Urteil kann man sich vor allem für die frühen machttheoretischen Schriften durchaus anschließen, in denen der konkrete politische Kampf gegen die Strafinstitutionen der Nachkriegsgesellschaft besonders deutlich ist.

Dennoch lässt sich auch ein gehaltvolleres Souveränitätsverständnis bergen, wenn man die Kritik der Souveränität aus den früheren Schriften einbezieht, die nicht in Zusammenhang mit dem Institutionensystem standen. Wie zu sehen war, verband Foucault Souveränität darin zu allererst mit der Philosophie des Humanismus, ihrem Zeit- (Kontinuität, Entwicklung) und Subjektverständnis (Identität, Kohärenz). Sie waren in der Nachkriegsdebatte ein notwendiges Korrelat zur staatlichen Souveränität. Und es ist gerade die epistemologische Perspektive aus Foucaults früher Werkphase, mit der er die klassischen »Fangfragen« der staatlichen Souveränität – »Wo liegt sie? Wer übt sie aus? Gibt es sie faktisch überhaupt noch?« – umgehen konnte. Diesen Impuls setzte Foucault nun machttheoretisch fort.

Seine Macht-Theorie ist der Versuch, die souveränitätstheoretische Bindung von Politik an den Staat aufzuheben. Auf diese Weise können die Kontrollprozeduren der Gesellschaft insgesamt analysiert werden, und durch diese Analyse werden wiederum andere Formen politischer Praxis denkbar. Die Souveränität, als Denksystem und als gegenwärtige Praxis, wurde für Foucault zu einer Abgrenzungsfolie: Weil die Welt »viel komplexer und vor allem viel positiver ist«, muss man sich zu »einer anderen Theorie der Macht« vorarbeiten.¹¹⁵ Wie ich im Folgenden zeigen will, basiert diese andere Theorie auf kybernetischen Figuren wie Komplexität, Zirkulation und Selbstorganisation in dezentralen Netzen. Mit ihnen entwickelte Foucault seine Netzwerk-Theorie der Macht (Teil 1).

114 Vgl. Gehring: »Foucaults ›juridischer‹ Machttyp, die *Geschichte der Gouvernamentalität* und die Frage nach Foucaults Rechts-theorie«, Zitat auf S. 175; Biebricher: »Souveränität und Recht in der Staatsanalytik Foucaults«.

115 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 91f.

Mit dieser Netzwerk-Theorie bezog er zugleich Stellung in den Deutungskämpfen der 1970er Jahre (Teil 2). Dabei wandte er sich immer mehr auch gegen die Protest- und Regierungsformen der marxistischen Linken, bei denen er den gleichen Machttypus entdeckte, der auch die Institutionen noch mitpräge. Erst durch diese politische Auseinandersetzung entwickelte er letztlich eine historisch fundierte Analyse der Gegenwart der liberalen Sicherheitsgesellschaft, in der er unterschiedliche Schichten des Regierungsdenkens der Nachkriegszeit historisch abtrug (Teil 3). Foucault verteidigte das Netzwerk-Modell, weil es theoretisch-analytisch und praktisch-politisch eine Alternative lieferte, um Regieren anders zu denken und Protest anders zu organisieren.

Eine neue Theorie der Macht

Der Ausgangspunkt der Kybernetik war die Verschiebung vom Was zum Wie. Man sollte laut Ross Ashby nicht mehr fragen, was eine Maschine ist, aus welchen Teilen sie bestehe, man sollte fragen, was sie *tut* und *wie* sie funktioniert. Die Elemente seien daher zweitrangig, sondern es komme auf die Relationen zwischen ihnen und deren Variation an. Durch diese Verschiebung wurde es möglich, sich gegen die Newton'sche Mechanik auf der einen und gegen das humanistische Souveränitätsdenken auf der anderen Seite zu wenden. Man konnte die alte Grenze ›Intention, Identität und Bewusstsein versus determinierte Mechanik‹ ablegen und stattdessen Kontroll- und Regelungsmechanismen in allen beliebigen Systemen untersuchen.

Es ist diese Verschiebung vom Was zum Wie, die auch der Ausgangspunkt für Michel Foucaults Zugang zur Machtfrage war: »Was ich zu durchqueren versucht habe, seit 1970-1971, war im Großen und Ganzen das ›Wie‹ der Macht.«¹¹⁶ Damit verwies Foucault darauf, dass er seit seiner Antrittsvorlesung das Problem der Verbindung von Macht und Wissen aufgenommen hatte, und die ›Lösung‹ dieses Problems implizierte einen frontalen Angriff auf die souveräne Machttheorie: »Es ging nicht darum, die Macht auf der Ebene der Intention oder der Entscheidung zu analysieren« und die »Frage zu stellen: *Wer* hat die Macht? *Was* hat er im Kopf? [...] Sondern: *Wie* geschehen die Dinge in genau dem Moment, [...] in diesen *kontinuierlichen* Prozessen, die die Körper *unterwerfen*, die Gesten *leiten* [dirigent] und die Verhaltensweisen *lenken*?«¹¹⁷

116 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 232. Foucault ließ die ersten beiden Vorlesungen aus dem Zyklus von 1976 direkt in dem italienischen Band über die *Mikrophysik der Macht* abdrucken. Ich beziehe mich auf diese, weil sie die sofort zirkulierenden Texte waren; deren Übersetzung in der deutschen Schriftenausgabe ist zudem semantisch vielfach treffender als die der Vorlesung (s.a. Foucault: *In Verteidigung der Gesellschaft*, S. 13-57).

117 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 236f. [III, 194, S. 179], Hervorhebung hinzugefügt, Übersetzung ans Original angepasst.

Die kybernetische Sicht auf Kontrolle wird in dieser programmatischen Formulierung bereits mehr als deutlich, und zwar nicht nur in der Verschiebung vom Was zum Wie. Die Machtanalyse wird auch unmittelbar als eine Frage der *Kontrolle* gedeutet, in der es um die Lenkung, Führung und Steuerung von Subjekten und ihren Verhaltensweisen geht.¹¹⁸ Diese kann aber gerade nicht als eine *intentionale Steuerung* gefasst werden, die von einem Kopf oder einem Zentrum ausgeht und die Gesellschaft durchwirkt.¹¹⁹

Auch Foucaults Machtmodell impliziert insofern eine Steuerungsskepsis. So wie die Kybernetik die kausale Steuerungsidee für »naiv« und »primitiv«¹²⁰ hielt, bezeichnete auch Foucault die Theorie der Souveränität ausdrücklich als primitiv.¹²¹ Er verbannte daher ebenfalls die Vorstellung, dass jemand Macht besitzen, repräsentieren oder alleine ausüben würde und stand auch der umgekehrten Vorstellung einer Gesellschaft ohne Regulation kritisch gegenüber, wie bereits seine Antrittsvorlesung gezeigt hat. Der bekannte Gegenvorschlag lautete, dass Macht ein *Effekt allgegenwärtiger, permanenter und dezentraler Selbstorganisation* ist:

»Allgegenwart der Macht: nicht weil sie das Privileg hat, unter ihrer unerschütterlichen Einheit alles zu versammeln, sondern weil sie sich in *jedem Augenblick* und an jedem Punkt – oder vielmehr *in jeder Beziehung zwischen Punkt und Punkt* – erzeugt. [...] Und ›die‹ Macht mit ihrer [...] *Selbsterzeugung* ist nur der Gesamteffekt all dieser Beweglichkeiten«.¹²²

In dieser Idee einer reflexiven Selbstorganisation der Macht fällt nicht nur die kybernetische Terminologie ins Auge, es deuten sich auch vier Kernelemente von Foucaults Machtbegriff an, die sich mit kybernetischen Kontrollvorstellungen überschneiden.

Erstens behält Foucault die Prämisse aus *Die Ordnung des Diskurses* bei, dass es kein Außerhalb der Macht, kein Außerhalb der Kontrollmechanismen gibt. Diese Allgegenwart beruht – zweitens – in zeitlicher und räumlicher Hinsicht darauf, dass sich Macht *in jedem Moment* und *überall* neu (re-)produzieren muss. Sie ›ist‹ nur, insofern sie sich reproduziert. Diese Reproduktion erfolgt dabei – drittens

118 Der Begriff der sozialen Kontrolle fällt in Foucaults Texten häufig und in den späten 1970er Jahren waren Lenkung und Führung Ausgangspunkt für eine Anpassung der Machttheorie unter dem Label des Regierens. Soziale Kontrolle auf soziologischer und Regieren auf politikwissenschaftlicher Seite sind gewissermaßen zwei zentrale Einfallstore der Kybernetik in die Sozialwissenschaften. Damit sind aber sehr spezifische Verständnisse der Konzepte verbunden, denn sie sehen kein Außerhalb von Kontrolle vor und ermöglichen dadurch, ›Politik‹ bzw. ›Regieren‹ auf alle möglichen Interaktionen auszuweiten.

119 Neben dem Zitat etwa auch Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 53, 90.

120 Beer: *Kybernetik und Management*, S. 36.

121 Foucault: *In Verteidigung der Gesellschaft*, S. 59.

122 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 94.

– dadurch, dass die Elemente eines Netzwerks sich selbst zueinander in Beziehung setzen. Die ›Selbsterzeugung‹ der Macht basiert also auf der Konnektivität zwischen den einzelnen Punkten, weswegen Foucault von dem »strikt relationalen Charakter«¹²³ der Macht spricht. Als Macht erscheint dann nur noch das Muster, das aus dieser Konnektivität *emergiert*. Daher sagt Foucault schließlich, Macht sei nur »der Name einer komplexen strategischen Situation«.¹²⁴

Die Selbstorganisation der Macht wird im Übrigen auch in Foucaults weiterer Rhetorik deutlich. Denn bei der Beschreibung von Macht dominieren reflexive Verbformen: Die Macht erzeugt sich, verteilt sich, sie übt sich aus (*s'exercer*), sie verlagert und verändert sich. Dies bringt nicht nur die Selbstbezüglichkeit zum Ausdruck, sondern verdrängt zugleich ein einheitliches, steuerndes Subjekt aus der Satzkonstruktion. Diese zirkuläre Funktionsweise von Macht brachte Foucault dann auch in ein Modell, das Netzwerk-, Schaltplan- und Zirkulationsbegriffe überblendete und damit die eben genannten kybernetischen Denkfiguren fortführte. Macht erscheint als »ein feines Netz [...], das unter Strom gesetzt wird«.¹²⁵

»Die Macht muss, wie ich glaube, als etwas analysiert werden, das *zirkuliert* [circule] oder [...] das nur in einer Kette funktioniert; sie ist niemals lokalisiert hier oder da, sie liegt nie in den Händen einiger, sie ist niemals angeeignet wie ein Reich-tum oder ein Gut. Die Macht *funktioniert*, die Macht übt sich als *Netz* aus, und über dieses Netz zirkulieren die Individuen nicht nur, sie sind stets auch in der Position des Hinnehmens und auch der Ausübung dieser Macht [...] sie sind immer auch deren *Schaltstelle* [relais].«¹²⁶

Die Metapher des Netzwerks macht hier – wie in der Kybernetik – die recht abstrakte Rede von der Relationalität eines Systems besonders anschaulich und plausibilisiert auf diese Weise die theoretischen Folgerungen von Foucaults Machtmodell. Denn sie suggeriert ein Diagramm der Punkte, zwischen denen Beziehungen bestehen, die je nach gezeichneter Beziehung ein anderes Muster, einen anderen Effekt hervorrufen. Damit illustriert sie die Abhängigkeit der Elemente und ihrer Beziehungen untereinander (Komplexität, Konnektivität). Zugleich zeigt sie,

123 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 96.

124 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 94 (Hervorhebung hinzugefügt).

125 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 75.

126 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 238 [frz. III, 194, S. 180] (siehe auch Foucault: *In Verteidigung der Gesellschaft*, S. 44); Hervorhebung hinzugefügt. Im letzten Teil ist die Übersetzung angepasst, um enger am französischen Original zu sein: »[...] Le pouvoir fonctionne, le pouvoir s'exerce en réseau et, sur ce réseau, non seulement les individus circulent, mais ils sont toujours en position de subir et aussi d'exercer ce pouvoir; ils ne sont jamais la cible inerte ou consentante du pouvoir, ils en sont toujours les relais«.

dass Macht keine Substanz hat und kein Gut ist, sondern nur in den jeweils aktuellen Prozessen besteht. Diese Prozesse und ihre Ergebnisse können sich aber verändern (Kontingenz und Variabilität). Vor diesem Hintergrund müssen nun alle ›klassischen‹ Theorien der Macht, die von Vertrag und Besitz ausgehen, abgelegt werden; allzu einfache Adressierungen an Großsubjekte und Großverläufe werden unplausibel.

Gleichzeitig hat die technologische Metaphorik aber auch Folgen für die *Rolle des Subjekts*. Denn auf dem Schaltplan der Macht ließ Foucault dabei das ›Individuum‹ als ein *Relais* auftreten, durch das der Stromfluss einerseits hindurchgeht, das den Stromfluss aber andererseits auch weiterreicht. Die doppelte Rolle des Relais als ›Empfänger‹ und ›Sender‹ von Strom bringt die Verbindung von Abhängigkeit und Aktivität im Netzwerk-Denken der Macht zum Ausdruck. Im Modell des Netzwerks kann das Individuum kein ursprüngliches, unabhängiges, souveränes Element sein. Vielmehr stellt es ein völlig abhängiges Teil des Schaltkreises dar, das durch seine Position geformt wird. Dies hat Foucault als die Produktivität der Macht bezeichnet: Das Individuum mit seinem Körper, auf seinen Wünschen und seinem verfügbaren Wissen ist »[i]n Wirklichkeit [...] eine der ersten Wirkungen der Macht«. ¹²⁷

Die beiden großen Arbeiten der Zeit waren dem Versuch gewidmet, diese Produktivität am historischen Material zu demonstrieren. So zeigte Foucault in *Überwachen und Strafen*, dass jedem Gefängnisssystem ein Netzwerk von Produktionsapparaten entspreche, in dem ein spezifisches Wissen zum Sinn und Verfahren des Strafens erzeugt werde. In ähnlicher Weise argumentierte er in *Sexualität und Wahrheit*, dass auch die Sexualität ihr je eigenes medizinisches und politisches Wissen produziere. Erst in diesem Wissen werden die entsprechenden Verhaltensweisen für das Individuum möglich, selbst Delinquenz und sexuelle Perversion. Dafür schließen die Produktionsapparate direkt an die Körper an: Sie extrahieren Lüste und Begierden, verarbeiten sie und bringen sie dann wieder in Gestalt von Körper und Seele beim Individuum in Form. ¹²⁸

Foucault hatte schon früh gefordert, den einheitlichen und unversehrten Körper aufzulösen, dem die Sorge des Souveränitätsdenkens galt. Nun wurde er tatsächlich in die Vielzahl der maschinellen Prozesse der Macht, in ihr Ensemble von »Schaltstationen, Verbindungskanälen und Auflagepunkten« aufgelöst, ¹²⁹ die sich

127 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 238. Für eine ausführliche Rekonstruktion der Aspekte der Produktivität (Körper, Wissen, Seele) vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 213–224.

128 Siehe Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 64f., 146f. (auch für die konkrete Wortwahl).

129 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 40; Übersetzung angepasst, denn sie übergibt die technische Konnotation aller drei Begriffe im frz. Original: »de relais, de voies de communication et de points d'appui« (Foucault: *Surveiller et Punir*, S. 33).

Anschlusspunkte im Körper suchen: »die Macht zieht sich [...] durch unseren Körper hindurch«. ¹³⁰ An dieser Stelle treffen sich zwei Einflüsse auf Foucault. Zum einen schloss er an Nietzsche an, indem er mit der Genealogie die Künstlichkeit der eigenen moralischen Vorstellungen in drastischen Worten zutage treten lässt. ¹³¹ Zum anderen trifft dies hier auf die konzeptionellen und rhetorischen Strategien der Technologie. Bereits Warren McCulloch und Walter Pitts hatten darauf abgestellt, dass die Logik in das Gehirn eingeschrieben ist. Dabei diente die mechanische Semantik schon in der Kybernetik dazu, sich von der Repräsentationsidee mit ihren phänomenologischen Darstellungen zu distanzieren. Eine ähnliche Materialisierung der technischen Logik findet sich nun auch bei Foucault und seiner Analyse der »politischen Technologie des Körpers«. ¹³² Sie verstellt den Weg zurück zu »alten« Subjektvorstellungen.

Dass Foucault das Individuum in dieser Weise präsentierte, hatte aber eben nicht nur eine passive, unterwerfende Seite. Denn ein Relais leitet den Strom auch aktiv weiter und nimmt dabei immer auch eine Weichenstellung vor: Es *lenkt* den Strom (um). Die Beschreibung zeigt daher, dass Foucault bereits Mitte der 1970er Jahre prinzipiell die Vorstellung hatte, dass es einen aktiven Part bei jedem Element gibt. Weil die »infinitesimalen Mechanismen« in den Verästelungen des Netzwerks »ihre eigene Geschichte, ihren eigenen Verlaufspfad, ihre eigene Technik und Taktik haben«, kann man die Machtanalyse nicht als »eine Art Deduktion« vornehmen, »die vom Zentrum ausgehen« würde. ¹³³ Man muss sie als eine »aufsteigende Analyse« durchführen, die von lokalen Punkten in den Verästelungen des Netzes ausgeht. ¹³⁴

130 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 194, S. 239.

131 Vgl. für Nietzsches Einfluss Saar: »Genealogie und Subjektivität«; noch ausführlicher Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 204–246. Vermutlich von Nietzsche importierte Foucault auch die Semantik des Kampfes bzw. Krieges, die er vor allem in den frühen 1970er Jahren an das Netzwerk-Modell koppelte und dann um 1977/78 fallen lässt. In diesem Zusammenhang werde ich später auf das Kriegsmodell zurückkommen. Auch bei der Kybernetik bestand im Übrigen erst eine Verbindung zum Krieg, der ihr strategisches Denken mitgeprägt hat, und auch in der Kybernetik fand eine Hinwendung zum Spiel statt – wie bei Foucault. Auch wenn also die Kampf-Semantik nicht aus der Kybernetik stammte, so lässt sich eine Wahlverwandtschaft ausmachen, die es erlaubte, beide Stränge zu verbinden. Zu Foucaults Kriegs-Modell vgl. Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 117–126; Bröckling: »Nichts ist politisch, alles ist politisierbar«, S. 416; Dean: *Governmentality*, S. 35f.

132 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 34.

133 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 239.

134 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 239. Die berühmte These »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand« kann – auch – als eine Folge der Analogie von Macht und Schaltkreis gelesen werden. Denn in jedem Schaltkreis gibt es einen elektronischen Widerstand, der durch die Vielzahl der Elemente zustande kommt, über die der Strom fließen muss (Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 96; vgl. auch Gerrie: »Was Foucault a Philosopher of Technology?«).

Die Gleichzeitigkeit von Abhängigkeit und Autonomie stellte Foucault vor das klassische Problem,¹³⁵ emergente Effekte von Selbstorganisation plausibel zu machen: Die Macht-Analyse müsste dem *Eigenverhalten* und der *Effektivität* der elementaren Mechanismen gerecht werden. Und sie müsste zugleich erläutern, wie diese beiden Aspekte zusammenhängen. Wenn Foucault dieses Problem diskutierte, überlagerte er oft die maschinen-nahen Terminologien des Netzwerk-Modells mit der Terminologie von Strategie und Taktik.

Diese Semantik pendelte vorerst zwischen Spiel und Krieg. Mit ihr konnte Foucault eine lokale Perspektive einnehmen, in der eine Vielzahl eigenständiger Taktiken sichtbar werden, um dann zu einer globaleren Perspektive überzugehen, mit der er beobachten konnte, wie sich lokale Taktiken zu Strategien bündeln. Zwischen den lokalen Taktiken und den komplexen globalen Strategien bestehe dabei ein »zweifaches Bedingungsverhältnis«:¹³⁶ Jede lokale Taktik agiere unter dem Eindruck, den Zwängen und Möglichkeiten einer Gesamtstrategie; diese Gesamtstrategie aber wird zugleich von der Vielzahl der lokalen Taktiken ständig umgestaltet. Macht, um dieses Zitat mit Betonung auf die Metapher zu wiederholen, ist dann der Name »einer komplexen *strategischen* Situation in einer Gesellschaft«.¹³⁷

Durch diese Reformulierung der Macht in den Begriffen von Taktik und Strategie hatte Foucault ein zweites semantisches Feld, um die Merkmale seiner Netzwerk-Begrifflichkeit zu erläutern. Mit beiden konnte Foucault drei zentrale Weichenstellungen plausibel machen: In erster Linie konterkarieren sie beide die *Repräsentationslogik*. Keine lokale Taktik würde demnach einfach nur eine übergeordnete Strategie wiederholen, sondern beide würden stets eine gewisse

135 Zu dieser Debatte in der Kybernetik vgl. das Kapitel *Komplexität*.

136 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 99.

137 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 94 (Hervorhebung hinzugefügt). Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 111-117, liegt also m.E. falsch mit der These, dass es sich um zwei widersprüchliche Aspekte handelt, Macht einmal als Gesamtkonstellation und einmal als »beziehungs-immanentes Wirkungsvermögen« zu betrachten. Ganz im Gegenteil: Folgt man der technologischen Theorie, sind es tatsächlich zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der These, dass Macht reine Prozessualität zwischen interagierenden Elementen ist. Macht ist dann ein Vermögen, weil sie in einen *systemischen* Zusammenhang eingebettet ist. Das kritische Potenzial ergibt sich aus der konstitutiven Variabilität von Systemen: Sie können immer so oder anders sein, sodass man diese Potenz, die Ashby nicht ohne Grund *power* nannte, gegen historisch-spezifische Konstellationen wenden kann. Vor diesem Hintergrund ist daher auch Martin Saars Vorschlag plausibler, Foucaults Machtverständnis keiner handlungstheoretischen, sondern einer systemischen Traditionslinie zuzuordnen (vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 234-246). Nur reicht der philosophische Blick auf Spinoza und Nietzsche nicht aus, weder für die Rekonstruktion und gegenwartsbezogene Historisierung dieser Linie noch für die Einordnung Foucaults.

Eigenständigkeit bewahren müssen, denn erst die Kombination unterschiedlicher lokaler Vorgehensweisen bildet eine (erfolgreiche) Strategie.¹³⁸

Durch die Eigenständigkeit der Taktiken unterstreicht die Strategie-Terminologie zweitens die *Flexibilität* der Kräfteverhältnisse, die permanent ungleich sind und sich daher permanent neu austarieren. Es handelt sich also nicht um starre Strukturen, sondern um ständige gegenseitige Beeinflussungen. In dieser »stetigen Variation«¹³⁹ kann dann jedes Element mal die eine, mal die andere Funktion übernehmen: Alle vorfindlichen Elemente sind taktisch polyvalent; sie können in unterschiedlichen »Serien« vorkommen, sodass insgesamt ein »komplexes und wechselhaftes Spiel« entsteht.¹⁴⁰

Wie man sieht, haben Differenzierungen und Variabilität schließlich die *Komplexität* der Machtbeziehungen zur Folge, die Foucault immer wieder explizit betont. In seiner Strategie-Semantik findet man dementsprechend auch die typische Kombination aus Kausalitätskritik und Komplexitätsbehauptung: Die Machtbeziehungen haben nur lokal bestimmte Ziele und diese können sich mit anderen Ebenen verbinden oder auch aufheben. Die globalen Effekte der Macht lassen sich daher nicht »im kausalen Sinn [als] Wirkung einer anderen [...] Instanz«¹⁴¹ erklären, sondern nur so lesen, *als ob* es eine intentionale Strategie gegeben hätte.¹⁴² Diese beobachtergenerierte Quasi-Teleologie hatte auch die kybernetische Debatte um Selbstorganisation geprägt.

Wie eng die kybernetischen Begriffsfelder von Foucault verwoben werden, um seine neue Machttheorie zu erklären, zeigt sich auch am Begriff des Dispositivs. In *Sexualität und Wahrheit* verwendete Foucault den Begriff, der im Französischen

138 Siehe Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 99f.

139 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 98 (Hervorhebung entfernt).

140 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 100.

141 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 95.

142 Vgl. auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 212. Dort distanzierte Saar Foucault auch von Systemtheorien, weil er keine Vorstellung funktionaler Differenzierung habe. Auch wenn – selbstverständlich! – richtig ist, dass Foucault keine Systemtheorie betrieb, würde ich doch auf zwei Aspekte hinweisen: *Erstens* grenzte Foucault – wie die Systemtheorie – seine »differentielle Analyse« explizit über Komplexität von der simplizistischen und daher veralteten Souveränitätstheorie ab (Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 163, S. 1011). *Zweitens* kippt diese Komplexitätsthese sowohl in *Überwachen und Strafen* als auch in *Sexualität und Wahrheit I* dann auch in eine historische Dimension der steigenden Ausdifferenzierung. So heißt es dort am Anfang beispielsweise, dass man die Analyse der Sexualität nicht nur in binären Begriffen fassen dürfe, sondern sie in »eine komplexere und globalere Strategie« einordnen muss. Später im Band hielt Foucault dann mit Bezug auf »die modernen industriellen Gesellschaften« fest: »niemals gab es mehr Machtzentren, niemals mehr Berührungs- und Verbindungskreise, niemals mehr Brennpunkte« (Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 8, 53). Für die Gegenüberstellung siehe auch S. 95 sowie Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 194, S. 235; III, 197, S. 304.

sowohl mechanische als auch militärische Konnotationen hat,¹⁴³ um unterschiedliche historisch-spezifische Machtformationen beschreiben zu können. Als er im Interview gebeten wurde, diesen Begriff zu definieren, kamen alle Metaphern noch einmal zusammen:

»Das, was ich mit diesem Begriff zu bestimmen versuche, ist eine entschieden *heterogene Gesamtheit*, bestehend aus Diskursen, Institutionen, architektonischen Einrichtungen [...], wissenschaftlichen Aussagen, [...] kurz, Gesagtes ebenso wie Ungesagtes, das sind die *Elemente* des Dispositiv. Das Dispositiv selbst ist das *Netz*, das man zwischen diesen Elementen herstellen kann. Zweitens ist das, was ich im Dispositiv festhalten möchte, gerade *die Natur der Verbindung*, die zwischen diesen heterogenen Elementen bestehen kann. [...] Kurz, zwischen diesen diskursiven und nicht-diskursiven Elementen gibt es gleichsam *ein Spiel*, gibt es Positionswechsel und Veränderungen in den Funktionen, die ebenfalls sehr unterschiedlich sein können. Drittens verstehe ich unter Dispositiv eine Art – sagen wir – Gebilde [formation], das zu einem historisch gegebenen Zeitpunkt vor allem die Funktion hat, einer dringenden Anforderung nachzukommen. [...] Es hat damit einen *strategischen Imperativ* gegeben, der als *Matrix* [...] fungierte.«¹⁴⁴

Die drei Begriffscluster – die dominante Netzwerk-Begrifflichkeit, die Strategie- und Spiel-Begrifflichkeit und die mathematische Begrifflichkeit der Matrix – kamen in gleicher Weise bereits in der Kybernetik vor. Dort wurden sie ebenfalls überkreuzt, um eine neue Theorie gegen die veraltete Steuerungstheorie durchzusetzen. Und unabhängig davon, ob Foucault die Begriffe *bewusst* übernahm, lebt auch seine neue Theorie der Macht davon, dass die kybernetischen Begriffe der Souveränitätstheorie *ein Set an Denkmodellen* entgegensetzen, die sich untereinander stützen und damit die konzeptionellen Aspekte der Theorie festigen. Sie steigern die Intelligibilität der Theorie, weil sich die eine Überlegung, etwa im Rahmen der Netzwerk-Terminologie, mit einer anderen Terminologie erläutern lässt. Das ist die Funktion, die der permanente Metaphernwechsel übernimmt.

In der Rückschau lässt sich daher eine verhältnismäßig kohärente Verbindung eines Begriffsapparats mit Prämissen über die Wirkungs- und Funktionsweise von Macht erkennen, der man den Status einer Theorie zuschreiben kann.¹⁴⁵ Diese Theorie der Macht wird systematisch anhand des Netzwerk-Modells entwickelt. Man kann gewissermaßen sagen, dass Foucaults Mikrophysik der Macht dezidiert mit der Mikroelektronik verwandt ist, weil beide von den konzeptionellen Entwicklungen der Kybernetik inspiriert wurden.

143 Link: »Dispositiv«, S. 238.

144 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 206, S. 392f. [frz. III, 206, S. 299] (Hervorhebung hinzugefügt).

145 Vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 206, 223; Kabobel: *Die politischen Theorien von Luhmann und Foucault im Vergleich*, S. 16-18, 33-35.

Infolgedessen trägt sie aber auch starke sozialontologische Annahmen in sich, die in der Regel beim Anschluss an Foucault mit seinem metaphorischen Rastern übernommen werden. So postuliert das *Netzwerk-Modell* eine strikte *Relationalität und Konnektivität der Dinge*; es geht von der *Ubiquität sozialer Kontrolle* aus, die sich in räumlicher Hinsicht durch eine Verteilung der Netzwerkpunkte manifestiert und in zeitlicher Hinsicht eine permanente, in *Echtzeit* ablaufende *Selbstorganisation* konstituiert.

Diese Macht-Netzwerke sind per definitionem flexibel, divers, variabel und produktiv. Die Identitäts-, Kausalitäts-, Repräsentationslogik der Souveränität sollte einer genau entgegengesetzten Technologik der Macht weichen. Das aber ist selbst ein (ideen-)politischer Vorgang.

Im Handgemenge der 1970er Jahre

Foucaults Machttheorie wollte zugleich ein nur analytisches Modell sein, eine der Realität angemessene Beschreibung liefern und als Instrument im politischen Kampf dienen. In ihr überlagern sich daher heuristischer Anspruch, sozialontologische Behauptungen und die ideenpolitische Stoßrichtung seiner Modelle und Analysen. Foucault nutzte diese unterschiedlichen Perspektiven nicht nur, um sich je nach Situation auf den einen oder anderen Anspruch zu beziehen, man kann auch beobachten, wie sich die politische Dimension, die historische Analyse und der methodisch-theoretische Zuschnitt der Machttheorie gegenseitig beeinflussen. Im Folgenden soll daher nachgezeichnet werden, wie Foucault seine Machttheorie und die damit zusammenhängende Befürwortung dezentraler, komplexer Selbstorganisation durch die immer schärfer werdenden Krisendebatten der 1970er Jahre manövrierte.

Dabei fand sich Foucault nicht selten zwischen den Fronten, weil er die Machttheorie einerseits nutzte, um die repressiven Strukturen, die sich durch veraltete Machtmodelle in der Nachkriegsgesellschaft abgelagert hatten, in lokalen Aktionen anzugreifen. Andererseits sah er die Spuren dieser veralteten Modelle aber auch in den Rationalitäten und Aktionsformen von anderen Gegner:innen dieser Strukturen, mit denen er bei seinen militanten Aktionen nicht selten gemeinsame Sache machte.

Die Ambivalenzen, die der gemeinsame Angriff mit sich brachte, werden schon in Foucaults Kampf gegen die Gefängnisse deutlich. Auslöser des Engagements waren die massenhaften Inhaftierungen, nachdem die maoistische *Gauche prolétarienne* im Mai 1970 verboten worden war; um die Hungerstreiks der Gefangenen zu unterstützen, gründete Foucault zusammen mit Jean-Marie Domenach, Daniel Defert und weiteren eine Aktionsgruppe. Als Namen für die Gruppe lehnte Foucault aber den in linken Kreisen gängigen, juridischen Begriff ›Untersuchungskommission‹ ab und setzte einen anderen durch: *Groupe d'Information sur les Prisons* (GIP).

Die Gruppe schloss also in der Namensgebung an das informationstheoretische Vokabular seit der *Archäologie* an und formulierte in kybernetischem Vokabular ihre Zielsetzung: Sie forderte »Informationen«, um Einblick in die »Blackbox unseres Lebens« zu erhalten.¹⁴⁶

Auch die Organisationsstruktur war erkennbar von den Imperativen einer Netzwerk-Theorie geprägt (Foucault arbeitete bereits an dem Band, der später *Überwachen und Strafen* heißen sollte): Ganz im Gegensatz zum hierarchischen Aufbau der *Gauche Prolétarienne* mit ihren an der Spitze – bei Nationalkongress, Initiativkomitee und Zentralsekretariat – konzentrierten Steuerungsbefugnissen wollte die GIP eine ausschließlich lokale Gruppe sein, die konkretes Alltagswissen sammelt, statt die Zustände der Gefängnisse als Repräsentation eines universellen Klassenkampfes zu stilisieren.¹⁴⁷ Getreu der technologischen These einer »Autonomie« lokaler Regelungsmechanismen waren die dezentralen Kämpfe in ihrer Singularität anzuerkennen. Die globalere Kraft würde durch die Vielzahl lokaler Kämpfe – von Gefangenen, Kranken, Homosexuellen, Frauen etc. – entstehen, so Foucault, und zwar durch das »System der Macht selbst«, das ja Strom durch alle diese lokalen Mechanismen schicken müsste.¹⁴⁸

Daraus folgten zwei organisatorische Prämissen. Erstens hatten sich die versammelten Intellektuellen nicht als Sprachrohr der Gefangenen und als Interpreten ihrer Situation aufzuspielen, und zweitens sollte die Gruppe sich nicht zu einer Großorganisation auswachsen, sondern alle regionalen Nachahmer sollten ihre Eigenständigkeit wahren. »Nicht wir führen die Untersuchung durch«, bekräftigte Foucault seine Vorstellung: »Es bedurfte nur einer Initialzündung. Jetzt sind wir eine *Relaisstation* für die Gruppen, die in der Provinz und in Paris entstehen. [...] *Die Information muss zirkulieren*«. ¹⁴⁹

Allerdings zeigt sich in den Dokumenten der GIP auch, dass man ohne die »alten« Vorstellungen der liberalen Demokratien und der sozialistischen Kritik nicht ganz auskam. Verbürgt durch die Menschenrechtserklärung von 1789, so argumentierte das Manifest, hätte »die Gesellschaft das Recht und die Pflicht, Rechenschaft zu verlangen«;¹⁵⁰ man habe ein Recht auf Wissen und wende sich mit dem Wissen an »die Öffentlichkeit«, um sie zu »alarmieren«.¹⁵¹ Damit nahm man, und sei es nur für strategische Zwecke, ganz klar die universellen Rechtsvorstellungen und die liberaldemokratischen Steuerungsvorstellungen in Anspruch, die man mit dem

146 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 86, S. 212.

147 Vgl. Kindtner: »Strategien der Verflüssigung«, insb. S. 382–388. Kindtner zitiert dort auch Foucaults Freund Domenach, der die GIP explizit als loses Netzwerk bezeichnete (S. 383).

148 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 106, S. 393.

149 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 88, S. 216 (Hervorhebung hinzugefügt).

150 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 93, S. 246.

151 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 86, S. 213.

anti-universellen, anti-repräsentativen Denken der Netzwerke unterlaufen wollte. Und ebenso verwendete man auch die ›alte‹ Zweiteilung der Gesellschaft, in der sich Herrschende und Beherrschte, ›der‹ Staat und die Unterdrückten gegenüberstehen, um die Situation zu dramatisieren.¹⁵²

Es ist des Öfteren bemerkt worden, dass auch *Überwachen und Strafen* sich von diesen Ambivalenzen nicht ganz freimachen konnte, ist es doch auch ein Instrument des Kampfes gegen die Strafinstitutionen des Nachkriegsstaats gewesen.¹⁵³ Wie in keinem anderen Buch setzte Foucault hier den genealogischen Imperativ um, nach dem man nicht die eine wahre Geschichte, sondern die eigene Geschichte so erzählen soll, »daß ich beim Zuhören so, wie ich glaube, unwiderruflich zu sein, nicht mehr sein will und beim Zuhören selbst begreife, daß ich so auch nicht sein muß«.¹⁵⁴ Wie in der praktischen Arbeit der GIP ging es also darum, ein Wissen wieder freizulegen, das bisher unter dem Druck der offiziellen Geschichte verschwunden war.¹⁵⁵ *Überwachen und Strafen* entlarvte die humanistische Wohlfahrtsstaatlichkeit der Nachkriegszeit als eine Maschinerie der Disziplinierung.

Dafür verwendete Foucault die Dispositiv-Analyse und entzifferte die Strafmechanismen als eine »komplexe gesellschaftliche Funktion«, in der Machtverhältnisse und Erkenntnisbeziehungen eine »gemeinsame Matrix« bilden und die so entstehende Technologie in den Körper einschreiben.¹⁵⁶ Die Disziplinarmacht war, so die erste These des Buches, von der Souveränitätsmacht grundverschieden. Die Souveränität definierte Foucault als ein spezifisches »Netz von Beziehungen«,¹⁵⁷ in dem binäre Gegenüberstellungen vorherrschen. In einer solchen Gesellschaft richtete sich die Tat eines Verbrechers immer unmittelbar gegen Person, Körper und Recht des Souveräns. Die Strafe sei daher gar nicht als Gleichgewicht angelegt, sondern diene dazu, die Übermacht des Souveräns faktisch und zeremoniell durch eine »differenzierte Produktion von Schmerzen« wiederherzustellen.¹⁵⁸ Sie ist also unmittelbar Ausdruck der Macht des Souveräns. Im Unterschied zu dem eher großmaschigen Netz der Souveränität sei das Netz der Disziplinarmacht, die sich mit der Moderne am Beginn des 19. Jahrhunderts durchsetzte, dichter und die

152 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 88. S. 217; s.a. S. 219 (sexuelle Unterdrückung); II, 91, S. 238f.; II, 94, S. 249. Damit ist nicht gesagt, dass im Netzwerk-Modell kein Zwang denkbar ist (so wollte Foucault ja auch nie verstanden werden); er durfte nur nicht einfach über eine große Binarität erklärt werden.

153 Vgl. Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 109; Simons: *Foucault & the political*, S. 83; auch Foucault vermerkte später seine Probleme, siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 192, S. 197.

154 Saar: »Genealogie und Subjektivität«, S. 170.

155 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 193, S. 117-121.

156 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 34.

157 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 111; zur Binarität auch Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 84-86.

158 Foucault: *Überwachen und Strafen*, Zitat S. 47; siehe insg. S. 47-75.

Strafmaßnahmen zahlreicher: Alles zielt auf eine »infinitesimale Verteilung der Machtbeziehungen«¹⁵⁹ und eine »differenzierte[] Behandlung der Gesetzwidrigkeiten«, der man nicht entkommen kann.¹⁶⁰

Anders gesagt, lautete die zweite These: *Mit der Moderne findet eine Ausdifferenzierung statt, die die Produktivität des Strafsystems immens steigert.* In dieser Hinsicht war Foucault also gar nicht außerordentlich innovativ, er hob nur einen Bereich hervor, in dem die typisch moderne Ausdifferenzierung überaus unbehaglich ist, und versuchte, seine Hegemonie zu belegen. Dabei geht die Netzwerk-Analyse aber in die Tiefe: Die Disziplinen organisieren nämlich eine »straffe[] Hierarchie«, die »alle Formen horizontaler Verbindung« zerstört und so Widerstand neutralisiert: »der inneren Widerstandskraft der Vielfältigkeit setzen sie das Verfahren der stetigen und individualisierenden Pyramide entgegen«, mit dem sich zugleich die Nützlichkeit der Elemente hochtreiben lässt.¹⁶¹ Für diese Strategie und Form des Netzwerks lieferte Foucault zufolge Jeremy Bentham das »Funktionsmodell« oder »Diagramm« und den zugehörigen Titel – das Panopticon und den Utilitarismus.¹⁶²

Foucaults Kritik der mechanischen Nützlichmachung entspricht hier der kybernetischen Kritik der Mechanik.¹⁶³ Es sei daran erinnert, dass die Kybernetik gegen die klassische Mechanik einen neuen Begriff des Mechanismus eingeführt hatte, der mit einer Verschiebung von kausaler Linearität zu komplexen Netzwerken einherging. Es fällt außerdem auf, dass Foucault offensichtlich das Netzwerk als ein generelles Modell verwendete (etwa auch für Hierarchien), andererseits aber davon auch ein netzwerkartiges Netzwerk unterschied, das Diversität und Flexibilität tatsächlich zulasse, so wie es die Logik hinter der GIP war.¹⁶⁴ Vor diesem Hintergrund erscheint die Disziplinarmacht dann als unerträglich, weil sie die Vielfältigkeit unterbindet, indem sie die komplexe Welt durch hierarchische und kausale Ordnungen rationalisieren will.

Diese mechanistische Nützlichmachung war aber für Foucault noch nicht der Gipfel, so seine dritte These in *Überwachen und Strafen*: Das eigentlich Perfide bestehe nämlich darin, dass dieser Funktionsmechanismus durch ein anderes Register verdeckt wird, das die Zeichen- und Rechtstechnik der Souveränität in der modernisierten Fassung der Vertragstheorie fortführt. Die juristische Souveränität

159 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 277; zum Vorangegangenen siehe auch S. 99.

160 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 113.

161 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 282.

162 Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 263f.

163 Dass Foucault diese Formen im Lichte der klassischen Mechanik las, zeigt etwa Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 320.

164 Diese Doppelstruktur ist typisch für das technologische Regierungsdenken. Rhetorisch lässt sie eine Zeitdiagnose zu, die einen neuen, aber vorzuziehenden, gar »natürlichen« Typus gegen die alte, starre Form abgrenzt. Ich komme darauf zurück.

stelle einen »gesetzlichen Schutzbrief« aus,¹⁶⁵ hinter dem dann die humanistischen Techniker der Disziplinen ihre Therapeutisierung der Gesellschaft vollziehen können, so die brennende Diagnose Foucaults auf den letzten Seiten des Buches.

Ein Jahr danach veröffentlichte Foucault den ersten Band von *Sexualität und Wahrheit*, der diese Thesen aufgriff.¹⁶⁶ Der Disziplinarmacht wurde darin eine zweite Dimension der gegenwärtigen Machtformation zur Seite gestellt. Zusammen ergaben Bio-Politik und Disziplinen die Bio-Macht. Bio-Politik, das war die Entdeckung, die Foucault anhand der Untersuchung des Sexualitätsdispositivs machte, ergänzt die individualisierenden Techniken der Disziplinen um eine Machtform, die auf den Gattungskörper insgesamt gerichtet ist: Statt den einzelnen Körper zu dressieren, wie die Disziplin, zielt sie auf die »sorgfältige Verwaltung der Körper und die rechnerische Planung des Lebens«.¹⁶⁷ Darin kehre sie das alte Recht des Souveräns, die Menschen zu töten, zu der neuen Macht um, sie leben zu machen. In einem Vortrag adressierte er konkret den Beveridge-Plan und die Periode von 1940-1950 als einen Kristallisationspunkt für diese Macht.¹⁶⁸

Damit hätte Foucault alle Elemente für einen typischen Angriff auf den Nachkriegsstaat versammelt gehabt, der im Einklang mit linken und linksradikalen Varianten der Technokratiekritik stand: Er attackierte die Unterwerfung durch die Wohlfahrtsinstitutionen, die das Leben der Menschen zu einem berechenbaren Gegenstand von Planung und Verwaltung machen; er zeigte, wie diese Technokratie die Menschen verformt, um sie im Dienste des Kapitalismus nützlich zu machen; und er illustrierte, wie die liberale Demokratie diese »eentlichen« Zusammenhänge verschleierte. Es war eine ernst gemeinte Verurteilung, die Foucaults tief-sitzender Aversion gegen die französische Nachkriegskultur entspricht.¹⁶⁹ Und sie begründet ganz fraglos seinen Erfolg bei den Aktivist:innen der Zeit.

Das Problem war nur: Foucaults Denk-Kategorien vertrugen sich nicht mit denen der anderen Staatskritiken. Während dieser Konflikt in *Überwachen und Strafen*

165 Siehe Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 389; siehe insg. S. 389-397.

166 Siehe Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 131-140. Die Bio-Politik ist eines der viel diskutierten Themen, insbesondere weil der seltene und wechselnde Begriffsgebrauch bei Foucault zu viel Spekulation einlädt. Für zwei werknahe Rekonstruktionen vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 228; Lemke: *Eine Kritik der politischen Vernunft*, S. 134-139.

167 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 135.

168 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 170, S. 57-59. Siehe dazu auch das unten ausführlich besprochene Interview mit Robert Bono.

169 Didier Eribons Biografie zeigt eindrücklich die Abneigung, die Foucault gegen die französische Nachkriegsgesellschaft hatte. Sie veranlasste ihn bereits 1955, Frankreich für längere Zeit zu verlassen; später überlegte Foucault sogar, gänzlich nach Kalifornien auszuwandern, wozu es aber nicht mehr kam. Ein maßgeblicher Faktor für dieses tiefsitzende Unbehagen waren freilich die Gängelungen und Repressionen, die Foucault als Homosexueller erfahren musste (vgl. Eribon: *Michel Foucault*, insb. S. 54, 124f., 455-457).

nur am Rande relevant war, weil sich hier die Kritik der Repressionshypothese eher gegen die Legitimationsstrategien der Institutionen wandte, machten die folgenden Interviews und dann *Der Wille zum Wissen* sehr deutlich, dass Foucault auch Marxismus und Psychoanalyse in diese Kritik einschloss: »Der Marxismus und die Psychoanalyse sind genau deshalb die beiden großen Besiegten dieser letzten fünfzehn Jahre, weil sie sich viel zu sehr zwar nicht auf die an der Macht befindliche Klasse, aber auf die Mechanismen der Macht eingelassen hatten.«¹⁷⁰

Erneut setzte Foucault also bei der Souveränität an und zeigte nun, dass die freudomarxistische Repressionsthese die binäre Logik der Souveränität nur wiederholt und daher Teil der herrschenden Macht ist.¹⁷¹ Die Psychoanalyse bediene sich demnach der Teilung von Bewusstem und Unbewusstem, Erlaubtem und Verbotenem und bot sich selbst an, mit therapeutischen Mitteln die Befreiung des Bewusstseins anzuleiten. Damit reproduzieren die »erbarmungswürdigen Techniker des Begehrens« nicht nur die stabilisierende Machtdarstellung des Systems, sondern sie verlängern auch die Disziplinarmechanismen.¹⁷² Ein ähnlicher Vorwurf traf auch den Marxismus und seine Gefolgsleute, waren sie Maoisten oder »Paramarxisten wie Marcuse«, die eine verschleierte Repression von Wissen und Bewusstsein im Spätkapitalismus diagnostizieren.¹⁷³

Am heftigsten fallen die Attacken auf den Marxismus aus, wo es um deren Lösungsvorschläge für die gesellschaftliche Situation geht. Schon zu Zeiten der GIP hatte Foucault den Maoisten entgegengehalten, dass ihre Idee eines Volkstribunals doch sehr nahe an den juristischen Mechanismen der herrschenden Macht sei.¹⁷⁴ Die Töne Foucaults waren nun noch schärfer geworden. Für den revolutionären Kampf gegen den Staat und die Errichtung des utopischen Zustands nach der Revolution müsste sich der Marxismus »mit denselben Disziplinarmechanismen, denselben Hierarchien, derselben Organisation der Gewalten« ausstatten.¹⁷⁵ Gerade die Sowjetunion demonstrierte demnach, wie genau dieselbe Kombination aus Souveränität, Disziplinarmechanismen und Bio-Politik etabliert wurde.¹⁷⁶ Es handele sich hier um eine dezidiert moderne Form der Machtausübung, die im Westen wie im Osten bestehe, und von der man sich nur freimachen könne, wenn man sich zuerst von der Macht-Analytik der Souveränität befreie. Immer wieder warnte Foucault eindringlich, dass,

170 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 153, S. 894.

171 Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, zusammenfassend S. 83-92.

172 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 189, S. 178

173 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 157, S. 937; siehe für die Debatte mit zwei Maoisten insb. II, 108, S. 455-461; zur Kritik an Althusser siehe II, 160, S. 956; explizit zum Spätkapitalismus auch Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, S. 113.

174 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 108.

175 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 157, S. 937.

176 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 157, S. 938; s.a. III, 172.

»damit man nicht aufs Neue in die sowjetische Erfahrung hineinläuft, damit der revolutionäre Prozess nicht versandet, man als Erstes verstehen muss, dass die Macht nicht im Staatsapparat lokalisiert ist und dass nichts in der Gesellschaft sich ändern wird, solange nicht die Mechanismen der Macht verändert werden, die außerhalb der Staatsapparate [...] auf einem sehr viel niedrigeren, alltäglichen Niveau funktionieren.«¹⁷⁷

Diesen Aufforderungen, »eine Ausübung der Macht zu erfinden, die keine Furcht bereitet«,¹⁷⁸ ist der Marxismus nie nachgekommen. Für Foucault zeigte sich vor allem mit den Debatten um die Kulturrevolution und den Gulag, dass der Marxismus nicht bereit war, andere, neue Wege zu gehen. Stattdessen weigerte er sich strikt, Phänomene wie den Gulag als Teil der Kräfteverhältnisse eines sozialistischen Staates zu analysieren und interpretierte Massaker und Martern lieber als Fehler im Umgang mit den heiligen Schriften des Marxismus.¹⁷⁹ Infolgedessen wiederholen die Gefolgsleute des Marxismus diese Fehler, anstatt ihnen mit einer neuen Konzeption zu begegnen.

Das belegten für ihn dann auch einerseits die mit Waffengewalt entschiedene Nachfolge von Mao Tse-tung und andererseits der Terror, der nun von linksextremen Gruppen aus Palästina, Irland oder Deutschland ausging.¹⁸⁰ Foucault stellte also letztlich das gleiche fest wie Habermas gegenüber Offe: Der Marxismus hatte schlicht auf die Probleme der Gegenwart keine Lösung; er hatte für Foucault nicht einmal eine Problembeschreibung, die der Komplexität der Machtbeziehungen entsprechen würde: »Mit einem Wort«, so Foucaults polemische Schlussfolgerung, »alles, was diese Tradition [...] hervorgebracht hat, ist zu verdammen.«¹⁸¹

Die liberale Sicherheitsgesellschaft

In den späten 1970er Jahren wollte Foucault an der überzogenen Staatsphobie der Linken keinen Anteil haben, insbesondere dann nicht, wenn ihre Lösung nur darin bestand, diesen »bösen« Staat zu übernehmen und so automatisch zu einem »guten« Staat zu transformieren; ebensowenig wollte er aber an der Diffamierung der Aufklärung Anteil haben, die in Frankreich allorts als Grundlage eines vermeintlich neuen Totalitarismus ausgemacht wurde. Während die extreme Linke den Totalitarismus-Vorwurf gegen den Staat benutzte, um den Terrorismus zu

177 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 157, S. 938.

178 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 172, S. 98.

179 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 192, S. 188f.; III, 212, S. 488; III, 218, S. 539-541.

180 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 215, S. 511f.; III, 213, S. 495f.; zur Affäre Croissant III, 210, S. 473. Zu letzterem und den Folgen für die Freundschaft mit Deleuze vgl. Eribon: *Michel Foucault*, S. 371-374.

181 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 215, S. 514.

rechtfertigen (worüber bekanntlich Foucaults persönliche Freundschaft mit Deleuze zerbrach), benutzten ihn andere wie der ehemalige Marxist André Glucksmann, um den Marxismus zu überführen. Foucault hingegen kritisierte beide Seiten harsch, weil sie ›Totalitarismus‹ und ›Faschismus‹ zu einem »flottierenden Signifikanten« gemacht hätten, »dessen Funktion im Wesentlichen in der Denunziation besteht«.¹⁸²

Da eine sinnvolle Analyse der Gegenwart und eine Politisierung der Machtverhältnisse davon nicht zu erwarten sei, setzte Foucault noch einmal neu an:¹⁸³ »Sollen wir der Vernunft den ›Prozess‹ machen? Meiner Meinung nach wäre nichts unfruchtbarer«, stellte er klar.¹⁸⁴ Stattdessen müsste man die Pluralisierung und Verschränkungen von Rationalitäten untersuchen. Erneut bestand Foucault also darauf, dass die Machtbeziehungen komplexer sind, als die Diagnosen in seinem Umfeld glauben wollen.

Dies galt auch für die Machtform der Gegenwart, die geschickter und subtiler sei als irgendein Totalitarismus: »Das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung hat im Wesentlichen die Form eines ›Sicherheitsvertrages‹«, konterte Foucault den Totalitarismusverdacht.¹⁸⁵ Der Staat übernehme Garantien für die Bevölkerung, zum Beispiel über Arbeitslosen- oder Krankenversicherung und mit der Absicherung gegen Gewalt. Die Staaten zeichnen sich daher durch eine »allgegenwärtige Fürsorge« aus, sie akzeptieren aber auch »eine Reihe unterschiedlicher, abweichender und sogar gegensätzlicher Verhaltensweisen«.¹⁸⁶

Damit hatte Foucault auch seine eigene Analyse aus den vorangegangenen Jahren korrigiert. Das Anliegen von *Überwachen und Strafen* war gerade gewesen, hinter der strahlenden Fassade der Moderne den »Unterbau« sichtbar zu machen, der »die Unterwerfung« garantiere – es ging um eine Entlarvung der humanistischen Auf-

182 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 218, S. 543, s.a. 213, S. 498; vgl. zur Antitotalitarismus-Debatte Schmidt: *Lettre internationale*, S. 177–214. Dies zeigt die Abwegigkeit der These, Foucault habe den Anti-Totalitarismus von André Glucksmann und den Neuen Philosophen vollständig unterstützt (vgl. Christofferson: *French Intellectuals Against the Left*, S. 198–200). Die positive Rezension von Glucksmanns *Meisterdenker* sollte als strategischer Zug gegen den Marxismus verstanden werden; danach versuchte Foucault Distanz zu dieser zu einfachen Interpretation der Dinge zu halten (etwa der Staatsphobie der Neuen Philosophen), wie die obigen Zitate zeigen. Schon in der Rezension gibt es im Übrigen einen Kontrapunkt, nämlich den abschließenden Verweis auf »einige der großen Philosophiebücher (Wagner, Nietzsche)« – gerade diese wurden ja in Glucksmanns Buch angegriffen (Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 204, S. 370).

183 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 213, S. 498: »jede Analyse, die politische Wirkung entfalten möchte, indem sie alte Gespenster auferstehen lässt, wäre zum Scheitern verurteilt«.

184 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 291, S. 166.

185 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 213, S. 498.

186 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 213, S. 499f.

klärung.¹⁸⁷ Jetzt aber präsentierte Foucault die Gesellschaften nicht mehr in erster Linie als normierende ›Disziplinargesellschaften‹, sondern als tolerante ›Sicherheitsgesellschaften‹.

Diesen ›Bruch‹ darf man allerdings nicht überbetonen, denn es handelte sich nicht um eine prinzipielle Abkehr. Zum einen nahm diese Analyse ihren Ausgangspunkt von dem Verhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung, das bereits am Ende von *Sexualität und Wahrheit I* gestanden hatte; zum anderen verschwanden auch die Einsichten aus *Überwachen und Strafen* nicht völlig, sie wurden allerdings im Rahmen einer anderen Genealogie neu sortiert. Auch diese neue Genealogie hatte die Stoßrichtung, eine Gegen-Erzählung zur Souveränität zu sein. Dafür konterkarierte sie *methodisch* die Eindimensionalität souveräner Analyse (so wie es die Dispositivanalyse vorschrieb) und erzählte *materiell* eine Geschichte der Regierungsrationalitäten, die sich aus der Kritik der Souveränität heraus entwickelten und den Staat dann übernommen hatten.

Die *Geschichte der Gouvernementalität* hatte laut Foucault drei zentrale Etappen: Die erste Etappe ist das *christliche Pastorat*.¹⁸⁸ Im Unterschied zur griechisch-römischen Tradition, die die Grundlagen für das Souveränitätskonzept sei, hatte der Hirte der christlichen Gemeinde die Aufgabe, für das Wohlergehen aller und eines jeden Einzelnen zu sorgen (*omnes et singulatim*), wobei das Jenseits das regulative Prinzip bereitstellte. »Das berühmte ›Problem des Fürsorgestaats‹«, so Foucault, hat eine seiner Wurzeln in dieser christlichen Pastoralmacht und den Techniken, die sie verwendete.¹⁸⁹ Denn hier wurden Formen des Bekenntnisses, der Beichte und der Seelsorge entwickelt, die später in den Formen der Wissensgenerierung,

187 »Die Entwicklung und Verallgemeinerung der Disziplinaranlagen bildeten jedoch die dunkle Kehrseite [...]. Wenn es das repräsentative Regime formell ermöglicht, daß der Wille aller [...] die fundamentale Instanz der Souveränität bildet, so garantieren doch die Disziplinen im Unterbau die Unterwerfung der Kräfte und Körper. Die wirklichen (!) und körperlichen Disziplinen bildeten die Basis und das Untergeschoß zu den formellen und rechtlichen Freiheiten [...]. Die ›Aufklärung‹, welche die Freiheiten entdeckt hat, hat auch die Disziplinen erfunden.« (Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 285).

188 Die pastorale Macht tritt ab 1977, also bereits im Umfeld von *Sexualität und Wahrheit I*, regelmäßig auf (siehe etwa Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 212; III, 233). Eine Gesamtdarstellung des Pastorats bot 1979 die Stanford Tanner Lecture *Omnes et Singulatim* (IV, 291). Am ausführlichsten behandelte Foucault sie freilich in den Vorlesungen am Collège de France im gleichen Jahr (Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, insb. Vorl. 5-9). Daraus koppelte Foucault auch Teile der vierten Vorlesung aus und veröffentlichte sie. Der Plan der Analyse der Regierungsrationalitäten, einschließlich des Angriffs auf die Staatsphobie, der Darstellung des Pastorats, der Staatsraison und des liberalen Sicherheitsstaates waren also auch ohne die erst 2004 erschienene Transkription der Vorlesungsreihe durchaus bekannt. Dennoch bleiben seine Ausführungen stets tastend, explorativ und werden immer wieder korrigiert – es sind Dokumente eines offenen Forschungsprozesses.

189 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 291, S. 177.

der humanistischen Subjektivität und der Therapeutisierung der Gesellschaft neu anverwandelt wurden.

Die zweite Etappe bildete laut Foucault die *Staatsräson*.¹⁹⁰ Sie stellte sich gegen die fürstliche Souveränität, die auf die Beziehung des Fürsten zum Territorium fixiert sei. Der Fürst könne ein Gebiet erobern oder erben, er könne es an Vasallen verteilen und die Güter wieder eintreiben. Ganz im Gegensatz dazu würde die Staatsräson nicht den Fürsten stärken, sondern den Staat selbst, und dafür bedürfe es nicht der Klugheit des Fürsten, sondern eines rationalen Kalküls. Dazu werden zwei technologische Komplexe erfunden: Auf der äußeren Seite stehe das militärisch-diplomatische Dispositiv, mit dem ein sicherndes Gleichgewichtssystem zwischen den Staaten hergestellt wird; auf der inneren Seite stehe das Dispositiv der Polizey, das ein System einrichten soll, das die maximale Produktivität aller Sachen zum Ziel hat. Dafür bediene sie sich einer alles überwachenden Statistik und einer in alles intervenierenden Reglementierung. Den Polizeistaat, »eine[] Welt der Disziplin«, so Foucaults unüberhörbarer Seitenhieb, das finde man nicht in der Gegenwart, sondern in Absolutismus und Merkantilismus.¹⁹¹

Die dritte Etappe nahm laut Foucault gerade von der Kritik dieser Reglementierung ihren Ausgang und dauere bis in die Gegenwart an.¹⁹² Der *Liberalismus* formulierte mithilfe der politischen Ökonomie seinen Einspruch laut Foucaults Rekonstruktion wie folgt: Der Polizeistaat habe nicht nur die versprochenen Ergebnisse nie abgeliefert, sondern er sei auch deshalb völlig nutzlos, weil sich die Dinge automatisch regulieren. Man würde daher nicht mehr den Wohlstand des Staates nähren, um ihn dann an die einzelnen Menschen weiterzuverteilen. Stattdessen sollte der Staat nur noch als »Regler von Interessen und nicht mehr als gleichermaßen transzendentes wie auch synthetisches Prinzip« auftreten.¹⁹³ Damit war Foucault zurück bei Jeremy Bentham, der diese Vorstellung als *interest-junction principle* in *Reinform* formuliert hatte.¹⁹⁴

Tatsächlich unterschied Foucault 1979 in seiner Vorlesung am Collège de France zwei große Stränge des Liberalismus.¹⁹⁵ Dem juridisch-revolutionären Liberalismus, der aus Frankreich komme und im Diskurs über allgemeine Menschenrechte präsent sei, stellte Foucault den englischen Utilitarismus gegenüber, den er zugleich als den erfolgreicher und bedeutenderen Zweig des Liberalismus charakterisierte. Diese Unterscheidung findet man bereits in *Überwachen und Strafen*: Ge-

190 Zum Folgenden siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, insb. IV, 291, S. 182-198; daneben III, 239, sowie Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 331-520.

191 Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 489; s.a. Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 20.

192 Zum Folgenden siehe Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 493-512.

193 Siehe Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 497.

194 Vgl. Rzepka: *Die Ordnung der Transparenz*, S. 89-114.

195 Siehe Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 65-76.

gen die souveräne Strafmacht hatte sich demnach eine juristisch-bürgerliche und eine disziplinarische Strafmacht entwickelt, von denen die letztere dominant geworden sei.¹⁹⁶ Nur hatte sich Foucaults Blick auf diese Macht jetzt durchaus stark verändert.

Der erste große Unterschied liegt darin, dass er früher die Freiheit als einen nützlichen Schein dargestellt hatte.¹⁹⁷ Jetzt behauptete er hingegen, dass die Freiheit »zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Gouvernamentalität selbst geworden [ist]. Man kann jetzt nur noch unter der Bedingung gut regieren, daß die Freiheit oder bestimmte Formen der Freiheit wirklich geachtet werden.«¹⁹⁸ Foucault war natürlich vorsichtig: Es ist eine bestimmte Form der Freiheit und sie dient zugleich als Möglichkeit des Regierens, aber der Liberalismus wollte die Freiheit »wirklich« achten. Ausgehend von diesem Regulativ definierte Foucault den Liberalismus daher als die »kritische[] gouvernementale[] Vernunft«, die permanent fragt, »wie man es anstellt, nicht zu viel zu regieren«.¹⁹⁹

Ähnliche Formeln hatte die neoliberale Staatskritik der 1970er Jahre tatsächlich zur Selbstbeschreibung verwendet.²⁰⁰ Foucault legte aber ihre historische Entstehung frei: Die »Vernunft des minimalen Staates« war als eine Kritik am übermäßigen Regieren der omnipräsenten Staatsräson entstanden und grenzte sich gerade dadurch ab, dass sie »keine direkte Einflussmöglichkeit mehr auf die Dinge und Menschen« hatte; stattdessen hielt sie die Regierung dazu an, sich nur am »Spiel der Interessen« zu orientieren und für dieses Spiel einen Nutzen zu erbringen.²⁰¹

Daraus entsteht – das ist der zweite große Unterschied – eine andere Geschichte der Disziplinarmechanismen. Denn die Aufgabe, die Freiheit der Einzelnen bereitzustellen, so Foucault, stellt die Regierung im liberalen Denken vor ein großes Problem: Ein Leben in Freiheit bedeutet auch ein Leben in Gefahr, und wenn der Liberalismus sich zur Aufgabe macht, die Möglichkeit der Freiheit zur Verfügung stellen zu wollen, müsse er mit dieser Gefährdung der Freiheit durch die Gefahren des Freiseins umgehen. Kurz gesagt: Die (erneute) Ausbreitung von Disziplinarmechanismen und die anschließende Ausbreitung von Sicherheitsmechanismen sind eine nicht-intendierte Folge der Regierung im Namen der individuellen Freiheit, weil die Bereitstellung der Freiheit nur durch die Einrichtung von Sicherheit möglich ist.²⁰²

196 Vgl. weiter oben in diesem Teil sowie Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 169f.

197 Siehe Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 286, 296.

198 Siehe Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 506.

199 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 29, zum Freiheitsverständnis beider Liberalismen S. 69.

200 Siehe etwa die Kritik an dem »Hang, zu viel zu regieren« bei Starbatty: »Was kann der Marktmechanismus leisten?«, S. 200, der dafür Robert Malthus herbeizitierte.

201 Siehe Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, alle Zitate des Satzes S. 74; s. insg. S. 71–76.

202 Hier und zum Folgenden siehe Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 97–107. Damit griff er eine Anmerkung auf, mit der er am Beginn der Vorjahresvorlesung eine Teilrevision der Diszipli-

Diese These zeichnete Foucault historisch nach: Mit Bezug auf das *Subjekt* bringe das liberale Denken im 19. Jahrhundert eine »ganze Kultur der Gefahr« hervor, in der sich die Individuen »als Träger von Gefahren zu empfinden« lernen – Sparkassen, Kriminalromane, ein Interesse an Hygiene, Krankheit und Verbrechen sind Effekte dieser »Aufstachelung der Angst vor der Gefahr, die gewissermaßen [...] das psychologische und innere kulturelle Korrelat des Liberalismus ist.«²⁰³

Noch wichtiger ist im Zusammenhang mit der *Regierung eines Staates* aber, dass dieser selbst Risikokalkulationen anstellen müsse, welche Gefahren zu gefährlich sind. Das führe im 19. Jahrhundert zu einer »gewaltige[n] Ausweitung von Verfahren der Kontrolle, der Beschränkung, des Zwangs, die das Gegenstück und Gegengewicht der Freiheiten bilden.«²⁰⁴ Im 20. Jahrhundert werde dies schließlich zum treibenden Prinzip des liberalen Wohlfahrtsstaates. Die »Politik des Welfare«, so Foucault, »war eine Form, in einer gefährlichen Situation der Arbeitslosigkeit mehr Freiheit zu garantieren [...] zu dem Preis einer ganzen Reihe von [...] künstlichen, voluntaristischen Interventionen«, die zugleich von Liberalen als Bedrohung eines neuen Despotismus kritisiert wurden und werden.²⁰⁵

Damit war die Genealogie wieder in der Gegenwart angelangt, von der sie mit der These ausgegangen war, man befinde sich nicht in einem totalitären Polizeistaat, sondern in einer toleranten Sicherheitsgesellschaft. Gegenüber den grassierenden Staatsphobien hat sie demonstriert, dass sehr wohl eine Analyse des Staates möglich ist, die den Staat selbst als beweglichen Effekt heterogener Rationalitäten und Technologien darstellt. Bei der Durchsetzung einer solchen technologischen Haltung in den Kämpfen der 1970er Jahre hatte Foucault aber gegen größere Schwierigkeiten ankämpfen müssen – zumal auf der linken Seite des politischen Spektrums.

Neben der kybernetischen Beschaffenheit der Machttheorie standen diese Schwierigkeiten im Zentrum dieses Kapitels. Zunächst einmal sind diese Schwierigkeiten dem kybernetischen Modell selbst inhärent. Denn dieses geht von der Universalität der Regulationsmechanismen aus und hält dennoch daran fest, daraus einen kritischen Maßstab gewinnen zu können. Dafür musste man keine normativ-utopische Vision entwickeln, sondern es reichte, die historisch-spezifische Einschränkung von Variationsbreiten aufzuzeigen. In einer politischen Konfrontation war eine solch diffizile Position aber sehr viel schwieriger zu halten.

narthese angekündigt hatte: »Nun gut, ich glaube, ich hatte unrecht. [...] Ich denke, etwas ganz anderes ist im Spiel. In Wirklichkeit muß diese Freiheit [...] im Inneren der Mutationen und Transformationen der Machttechnologien verstanden werden.« (Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 78).

203 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 101f.

204 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 102.

205 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 103.

Das gilt zumal dann, wenn man – wie Foucault – mit dem neuen Begriffsinventar explizit *tools* für die Kämpfe zur Verfügung stellen wollte. Dieses Problem hatte sich im Spezialdiskurs der Kybernetik nicht in der gleichen Schärfe gestellt. Erst die politische Situation machte es scharf.

Daneben zeigten sich Veränderungen auch dadurch, dass Foucault in dieser Zeit selbst eine Entwicklung durchmachte, die eng an die wechselnden Problemlagen der krisengebeutelten 1970er Jahre gebunden war – von den Gefängnis-Aufständen und der »sexuellen Revolution«, der Psychiatriekritik und der Staatskritik über die Affäre Croissant und die Totalitarismus-Debatte bis hin zur Debatte um Sicherheit und Risiko. Der eine Pol dieser Entwicklung ist der militante Angriff auf die Institutionen des Wohlfahrtsstaates. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre ging damit die Ablehnung von Reformvorschlägen und eine Neigung einher, den dezentralen Kampf gegen Institutionen und Machtmechanismen weiter in Begriffen von Repression und Krieg zu fassen. Den anderen Pol zeichnet hingegen eine Bereitschaft zu konkreten Reformvorschlägen für eine neue, andere Form von Politik und Gesellschaft aus.²⁰⁶ Hierfür hatte die Genealogie der Gouvernamentalität den Weg geebnet, weil sie auch die Staatsphobien historisierte und ihren Anhänger:innen vorführte, dass ihre Staatsphobien – ob liberaler, sozialistischer oder nationalistischer Couleur – selbst Teil der dominanten Regierungsrationalität(en) waren.²⁰⁷

Dieses Teilkapitel sollte damit gezeigt haben, dass der neue Begriffsapparat der komplexen, netzwerktheoretischen Machtanalyse nicht nur gezielt gewählt wurde, um sich von den simplifizierenden Ansätzen in der Tradition der Souveränität abzugrenzen; er musste gegen diese Ansätze auch im politischen Deutungskampf verteidigt werden, um eine bestimmte Problemdefinition durchzusetzen. Es greift also deutlich zu kurz, die Art von Foucaults Interventionen einfach nur als semantische Manöver zu bezeichnen, die dem Ziel dienten, Popularität zu erlangen oder zurückzugewinnen, wie es in der Forschung gelegentlich getan wurde.²⁰⁸ Foucaults

206 Siehe etwa: »Doch letztlich bin ich ein wenig verärgert über eine Haltung, die im Übrigen lange Zeit auch meine eigene war und die ich jetzt nicht mehr unterschreibe, und die darin besteht zu sagen: Unser Problem ist es, anzuprangern und zu kritisieren; sollen sie doch alleine mit ihrer Gesetzgebung und ihren Reformen klarkommen. Dies scheint mir keine richtige Haltung zu sein.« (Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 209, S. 467).

207 Siehe Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 510–512.

208 Für eine fundierte Variante dieser These vgl. Kindtner: »Strategien der Verflüssigung«, S. 381, für eine völlig abstruse Deutung vgl. Christofferson: *French Intellectuals Against the Left*, S. 198f. Man kann dies einerseits als Defizit der Cambridge-School-Methode sehen, wenn sie sich allein auf das intellektuelle Feld konzentriert; dass es ein anderes Motiv als eine Positionsverbesserung in diesem Feld geben kann, bleibt dann außen vor. Abgesehen davon, dass dies m.E. eine unbefriedigende Erklärung ist (insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften), kann ein solcher Ansatz auch kein Angebot machen, *warum* ein *bestimmtes* Begriffsrasster gewählt wurde, da man hierfür die Wahl der Ressourcen (Kybernetik) und die Abhängig-

technologische Machtanalyse hatte vielmehr eine andere Lesart der Geschichte demonstriert, um damit den Imaginationsraum für eine neue Zukunft zu öffnen. Von den späten 1970er Jahren an bis zu seinem Tod 1984 machte Foucault diesen Imaginationsraum zum Thema – mit historischen Analysen und politischen Vorschlägen.

3. Technologien des Regierens

Das Thema des Regierens, das sich im letzten Kapitel bereits bei der Genealogie des liberalen Sicherheitsstaates abzeichnete, wurde das große Thema der letzten Lebensjahre von Michel Foucault. Die Geschichte der Gouvernamentalität hatte ihm Gelegenheit gegeben, seine früheren Studien für eine Krisendiagnose fruchtbar zu machen. Die Probleme der Gegenwart folgen demnach aus der erfolgreichen Anwendung des keynesianischen Liberalismus:

»Genau das ist die gegenwärtige Krise des Liberalismus, d.h., daß die Gesamtheit der Mechanismen, die ungefähr seit den Jahren 1925, 1930 versucht haben, [...] jenes Mehr an Freiheit hervorzubringen [...]. Man kann sagen, daß im Umkreis von Keynes [...] alle diese Interventionen etwas herbeigeführt haben, was man eine Krise des Liberalismus nennen kann, und diese Krise des Liberalismus manifestiert sich in einer Reihe von Neubewertungen, [...] in neuen Projekten der Regierungskunst.«²⁰⁹

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie es Foucault über die Analyse des Regierungsdenkens gelang, selbst einen Beitrag zur Neubewertung der Regierungskunst zu liefern. Dafür sortierte er die Erkenntnisse seiner technologischen Machtanalytik neu um den Begriff der Regierung. Das erlaubte ihm, unter den Regierungstechnologien eine neue Kategorie der Selbst-Führung zu finden. Mit diesem analytischen Raster konnte er dann nachweisen, dass völlig andere Subjektformen als die der Gegenwart möglich waren. Er hat so nicht nur ein Plädoyer abgeliefert, sondern auch die *tools* entwickelt, um die modernen Formen sozialer Kontrolle durch die Entdeckung einer neuen, vielfältigen Praxis von Politik- und Subjektformen abzulösen.

Das Kapitel zeichnet diese Umarbeitung von Foucaults Theorie aber nicht nur nach, es kontextualisiert und historisiert auch Foucaults technologische Antwort auf die Krisen der 1970er Jahre. Dabei grenzte er sich explizit von anderen Narrativen ab und forcierte eine Interpretation, deren Darstellung und Forderungen entlang der Eckpunkte anderer technologischer Interpretationen verliefen. Auf die

keit vom sozialen Ziel des semantischen Manövers thematisieren müsste (Bearbeitung der Krisensituation der 1970er Jahre).

209 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 105f.

Diagnose der veralteten Rationalität der Moderne folgte der Ruf nach einer Vielfalt neuer Rationalitäten und Subjektformen. Politisch setzte Foucault dafür eine Begrenzung staatlicher Interventionen, eine Pluralisierung von Netzwerken und die Innovationskraft von Experimenten. Wie die darauffolgenden Kapitel zeigen, waren dabei sowohl die neu konfigurierte Analytik als auch Foucaults ethische Forderungen stark von kybernetischen Figuren der Reflexivität und von der technologischen Counterculture geprägt.

Das Krisennarrativ des Michel Foucault im Vergleich

Michel Foucault war in den späten 1970er Jahren der Überzeugung, dass das europäische Modell der sozialen Kontrolle an einem Wendepunkt steht, der so grundlegend sei wie der Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit.²¹⁰ Schon in seinen frühen Werken hatte Foucault ein neues Zeitalter, ein »künftiges Denken«, wie es in *Die Ordnung der Dinge* hieß, anbrechen sehen. Wie der erste Teil der Fallstudie gezeigt hat, waren die damit verbundenen Hoffnungen stark von kybernetischen Figuren inspiriert, die Foucault vom Strukturalismus und vor allem von Georges Canguilhem, dann aber auch von Deleuze und Serres übernehmen konnte. Der Diagnose, nach der sich Zeit-, Raum- und Subjektkategorien erneuern würden, widersprach allerdings, dass Foucault gleichzeitig eine Diagnose ausstellte, die keinen Zweifel an der Vorherrschaft der humanistischen Souveränität ließ. Mit den Machtanalysen korrigierte er die Diagnose, indem er die Gegenwart als eine heterogene Verbindung darstellte, in der vor allem juridisch-souveräne und sozial-liberale Elemente zusammenkamen.

Die 1970er Jahre schienen nun endlich das Ende dieser Konzeption einzuläuten: »Mir scheint in der Tat, dass sich hinter der gegenwärtigen ökonomischen Krise [...] eine Krise der Regierung abzeichnet«, sagte Foucault, »die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels derer man Menschen lenkt, [...] scheint mir heute in die Krise geraten zu sein, und zwar sowohl in der westlichen wie in der sozialistischen Welt«.²¹¹

In einem langen Gespräch mit Robert Bono, dem Sekretär der *Confédération française démocratique du travail*, einer Gewerkschaft, die damals der anti-marxistischen Zweiten Linken nahestand,²¹² erläuterte Foucault im Anschluss an seine

210 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 281, S. 117. Foucaults Verhältnis zum Krisenbegriff ist wechselhaft: Noch wenige Jahre zuvor hatte er sich über das Krisengerede lustig gemacht, sei es doch nur ein Zeichen der intellektuellen Unfähigkeit, die Gegenwart in den Griff zu bekommen (II, 148, S. 864). Auch entstammte der Begriff seiner Ansicht nach der Medizin und gehörte damit in das alte Vokabular des Humanismus. Gleichzeitig hatte er freilich selbst den Begriff schon damals verwendet (II, 147, S. 858).

211 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 281, S. 116.

212 Zum Kontext der Zweiten Linken vgl. Behrent: »Liberalism Without Humanism«, S. 552; auf dessen Deutung von Foucault als Neoliberalen komme ich zurück.

Thesen zum liberalen Sicherheitsstaat, wie es zu dieser Krise der sozialen Kontrolle gekommen war. Das »System sozialer Garantien, so wie es 1946 eingerichtet wurde, gerät heute in Konflikt mit den bekannten ökonomischen Puffern«, beobachtete Foucault die ökonomische Krise der 1970er Jahre.²¹³ Darüber stößt es »an seine Grenzen, indem es *an der politischen, ökonomischen und sozialen Rationalität der modernen Gesellschaft ins Stolpern* kommt. Schließlich hat die Sozialversicherung neben ihren möglichen positiven Effekten auch ›perverse Effekte‹ gehabt: eine zunehmende Starrheit bestimmter Mechanismen und Abhängigkeitssituationen.«²¹⁴

Michel Foucaults Krisennarrativ verläuft hier unverkennbar in den Bahnen, die auch die Diagnose von Michel Crozier und den technologischen Strang der Krisendiagnostik insgesamt auszeichneten: Die Krise bestehe in einer *Krise der modernen Rationalität*, die zu einer immer größeren Starrheit und Abhängigkeit geführt hat. Daraus entstehe einerseits eine zunehmende Ratlosigkeit, wie man mit Widerstand umgehen soll.²¹⁵ Andererseits produziere diese Starrheit *immer mehr Zwänge für das Individuum*. Die hierarchische Steuerungskonzeption der Moderne, so das Narrativ, hatte eine immer größere Freiheit an Möglichkeiten produziert; zugleich blockierte die Art der Produktion immer stärker, dass die vielfältigen Möglichkeiten auch genutzt werden konnten: »Unsere sozialen Absicherungssysteme erlegen eine bestimmte Lebensweise auf, denen die Individuen unterworfen werden,« resümierte auch Foucault, »und jede Person oder jede Gruppe, die sich [...] dieser Lebensweise nicht fügen will oder kann, erfährt genau durch das Spiel der Institutionen seine oder ihre Marginalisierung.«²¹⁶

Dieses Dilemma der Moderne hatte Foucault in seinen Studien immer wieder vor Augen geführt. Zunächst konzentrierte er sich dabei auf die Unterwerfung des Individuums durch die immer weiter ausdifferenzierte, aber hierarchisch angeordnete Kontrollpyramide der Disziplin. Wie in den Krisenerzählungen von Crozier, Rittel und Webber prägte die Darstellung eine heftige Kritik der Mechanik: Sie hatte den »Traum von einem Funktionalismus« und einer »funktionalistische[n] Konzeption der Transparenz von Macht« in die Welt gesetzt, der sich dann in Bentham's Panopticon abzeichne.²¹⁷

Mit der Analyse der Sicherheitsmechanismen war es Foucault dann gelungen, die *gleichzeitige* Produktion von Freiheitsgraden und Starrheit herauszuarbeiten.

213 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 441.

214 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 441 (Hervorhebung hinzugefügt).

215 Auch Foucault beklagte immer wieder den Mangel an politischer Einbildungskraft angesichts der neuen Probleme, siehe z.B. Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 235, S. 752.

216 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 446.

217 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 238, S. 788. Dagegen präsentierte Foucault – in Anverwandlung einer anti-mechanistischen Mechanik – Macht als Netz »komplexer, schwieriger, niemals funktionalisierter Beziehungen«, das auf die »undurchsichtige [...] Realität« ziele.

Die Anstrengungen des souveränen Wohlfahrtsstaates zur ›Integration‹ der Gesellschaft waren zwar, wie das erste Kapitel gezeigt hat, die Lehre aus den Folgen der Großen Depression, aber laut Foucault produzieren diese scheinbar ›guten‹ Anstrengungen nur zwei Optionen für das Subjekt. Mit beiden begibt es sich gleichermaßen in Abhängigkeit: »ein Effekt des Abhängigmachens *durch Integration* und ein Effekt des Abhängigmachens *durch Marginalisierung oder Ausschließung*.«²¹⁸

Schließlich verdeutliche Foucault nun im Gespräch mit Bono, wie aus diesen Verhältnissen »Dysfunktionen«²¹⁹ für das System entstehen und die moderne Rationalität scheitert: Wo sich die Subjekte dem Druck der Integration nicht beugen, entstehe ein Widerstand gegen das System, mit dem die Subjekte ihren Anspruch auf Autonomie geltend machen (worauf das System, so lautete Croziers Analyse, mit noch härteren, noch hierarchischeren Kontrollformen reagiere). Selbst aber wenn die Integration gelänge, erläuterte Foucault am typischen Beispiel des Gesundheitssystems, produziere es »eine Ordnung von Werten«, in der »eine unendliche Nachfrage mit einem endlichen System« konfrontiert ist.²²⁰ Dieses Motiv des *overload* findet man bei allen Krisennarrativen der Zeit – nur eines erklärt es aber als Folge der Kontrollmechanismen der Moderne: das technologische Krisennarrativ.

Was das Gespräch von Foucault und Bono besonders interessant macht, ist, dass Foucault darin nicht nur seine Krisendiagnose in sehr konziser Form darlegte und dabei erkennbar wird, wie seine Studien auf diese Kritik des modernen Integrationsmechanismus hinauslaufen; er kritisierte in diesem Gespräch auch die anderen Krisennarrative, die ich im dritten Teil der Arbeit aufgezeigt habe.

Eine Ausnahme bildet der (neo-)marxistische Ansatz, dem er 1983 in dieser Angelegenheit offensichtlich keinerlei Aufmerksamkeit mehr widmen wollte. Das vorangegangene Kapitel hat seine völlige Abkehr vom Marxismus deutlich nachgezeichnet, mit der Foucault selbst freilich nur Teil einer breiteren historischen Bewegung war. Seine Suche nach den Möglichkeiten für eine Neuordnung von Politik und Gesellschaft sah im Marxismus keinerlei Potenzial mehr. Ganz im Gegenteil ist der Marxismus für Foucault geradezu »die Ursache der Verarmung, der Austrocknung der politischen Einbildungskraft«,²²¹ und er sorgt dafür, dass »wichtige Probleme, die in der wirklichen Gesellschaft auftauchen, vom politischen Horizont weggewischt werden.«²²²

Die gleiche Ideenlosigkeit warf Foucault nun im Gespräch mit Bono auch den institutionalistischen Ansätzen vor. Dabei zeichnete er ihre Geschichte sogar noch

218 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 443.

219 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 443.

220 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 457.

221 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 235, S. 753.

222 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 235, S. 757.

einmal in würdigenden Worten ausgehend vom Anbruch der Moderne nach. Sie haben demnach immer wieder für konzeptionelle Neuerungen gesorgt, zuerst Ende des 18. Jahrhunderts mit der Erfindung des Parlaments und den zugehörigen Steuer- oder Zollprojekten, dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der Institutionalisierung des gesellschaftlichen Lebens in Parteien, Gewerkschaften und politischen Verbänden und schließlich sei etwa von Keynes und Beveridge noch einmal Mitte des 20. Jahrhunderts eine konzeptionelle Erneuerung geleistet worden. Aber dann watschte Foucault sie ab: »Doch stimmen wir darin überein, dass die Krise, die wir durchlaufen, und die bald zehn Jahre alt sein wird, nichts Interessantes und auch nichts Neues von Seiten dieser Milieus hervorgebracht hat. Es scheint, als sei diese Seite gewissermaßen steril geworden: Man macht keine bedeutsame Erfindung aus.«²²³

Foucault aber interessierte sich explizit für die »Herausarbeitung dieser neuen politischen Vorstellung«,²²⁴ und er zeigte zwei notwendige Weichenstellungen auf. *Gesellschaftspolitisch* müsste man zu einem empirischen Experimentalismus übergehen: »Man muss das Feld der gesellschaftlichen Einrichtungen in ein weites Experimentierfeld verwandeln, sodass sich herausfinden lässt, welche Hebel umzulegen und welche Schrauben hier oder da zu lösen sind«;²²⁵ dafür wiederum wäre auf jeden Fall eine Dezentralisierung nötig, um die Nutzer (»usagers«) an die Entscheidungszentren und -prozesse heranzuführen, erörterte Foucault in technologischer Sprache. *Ideenpolitisch* seien parallel zu dieser »Restrukturierung« die begrifflichen Kategorien zu erneuern. Weil man alle gegenwärtigen Probleme immer noch in einem gedanklichen Rahmen angehe, der »unter dem Einfluss von Beveridge« geprägt wurde, brauche man dringend »neue Analyseformen und neue Begriffsrahmen«.²²⁶

Konnte der Liberalismus für diese Vorhaben nützlich sein? In den letzten Jahren ist eine erregte Debatte entbrannt, wie nah Foucault dem Neoliberalismus stand.²²⁷

223 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 449.

224 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 235, S. 752.

225 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 447.

226 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 448.

227 Vgl., auch für die folgende Darstellung der Ambivalenzen, zur These eines neoliberalismus-affinen Foucaults u.a. Behrent: »Liberalism Without Humanism«; Zamora/Behrent (Hg.): *Foucault and Neoliberalism*; Deuber-Mankowsky: »Nichts ist politisch. Alles ist politisierbar«; Sarasin: *Michel Foucault zur Einführung*, S. 180–183; kritisch etwa Seebach/Feustel: »Freiheit im Vollzug«; Vogelmann: »Reading Practices – How to read Foucault?«; eher rekonstruierend oder abwägend Audier: »Neoliberalism Through Foucault's Eyes«; Dean: »Michel Foucault's ›apology‹ for neoliberalism«; Dean: »Foucault Must Not Be Defended«; Heidenreich: »Foucaults Rekonstruktion des Liberalismus und die Rolle des Staates«; Lagasnerie: *La dernière leçon de Michel Foucault*; Erb: »Becker über Foucault über Becker – und Ewalds ›Joker««. Eine gute Zusammenfassung bietet Simmerl: »Foucault, ein Neoliberaler?!«.

Die Schärfe der Auseinandersetzung gründet freilich darauf, dass die Foucault-Rezeption auf der einen Seite gelegentlich aus der historischen Person den unantastbaren »Saint Foucault«²²⁸ gemacht hat, während auf der anderen Seite die Historisierung Foucaults auch eher als Vorwand genutzt wurde, etwa um einen neuen Marxismus als Alternative zu einem ebenso schemenhaften Neoliberalismus zu präsentieren – kurz: Es wurde Geschichtspolitik betrieben.

Betrachtet man die ganze Sache etwas nüchterner, ist nicht von der Hand zu weisen, dass Foucaults Rekonstruktion des (Neo-)Liberalismus in seiner Geschichte der Gouvernamentalität Ambivalenzen aufweist. Dass Foucault sich dem Neoliberalismus thematisch zugewandt hatte, lag nahe, weil er in der Krisendebatte, auch der Frankreichs, nicht mehr zu übersehen war.²²⁹ Der Eindruck der inhaltlichen Nähe entsteht dadurch, dass Foucault den Liberalismus als eine kritische Regierungskunst mit dem Ziel »nicht derart regiert zu werden« präsentierte, während er sein eigenes kritisches Projekt zeitgleich mit sehr ähnlichen Begriffen belegte. Ein zweiter Ankerpunkt für die Nähe ist, dass im Vorlesungszyklus über die Gouvernamentalität nicht immer ganz klar wird, wo Foucault paraphrasiert und wo er eine eigene Deutung der Geschichte anbietet.²³⁰ Schließlich, und das scheint mir der wichtigste Punkt zu sein, äußerte sich Foucault ausdrücklich wohlwollend über bestimmte Aspekte des Neoliberalismus, insbesondere wenn er den amerikanischen Neoliberalismus rekonstruierte.

Dabei argumentierte Foucault, dass der amerikanische Neoliberalismus – im Gegensatz zum deutschen Ordoliberalismus – einerseits »ein ökonomisches und soziologisches Analyseraster« und andererseits auch »eine ganze Seins- und Denkweise« anbiete, die »viel eher eine Art der Beziehung zwischen Regierenden und Regierten als eine Technik der Regierenden gegenüber den Regierten« ist.²³¹ Der amerikanische Neoliberalismus erfüllte also die Bedingungen, die Foucault selbst für eine angemessene Lösung der Krise aufstellte: Er bot ein grundsätzlich anderes Analyseraster und ein innovatives Regierungsdenken.

228 So der ironische Titel von Halperin: *Saint Foucault*; zur Kritik der Rezeption vgl. Farzin: »Post-strukturalismus«, S. 210.

229 Foucault verwies darauf, dass Frankreich unter Giscard d'Estaing und Barre noch vor Großbritannien mit neoliberalen Konzepten arbeitete (Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 274). Gleiches gilt im Übrigen für die Bundesrepublik (vgl. Kap. 3 der vorliegenden Arbeit). Der amerikanische Neoliberalismus wurde zudem prominent durch die Gruppe der *nouvelles économistes* vertreten, die Foucault rezipierte (vgl. die Anmerkungen zu Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, auf S. 363f.).

230 Dieses Problem wird auch von manchen gesehen, die an Foucault anschließen und ihn nicht als Neoliberalen verorten. Vgl. etwa Simmerl: *Die Gründerkrise*, S. 119; aber auch Sprenger: *Epistemologien des Umgebens*, S. 64.

231 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 304f.

Im Zentrum von Foucaults Interesse stand dann, dass der amerikanische Neoliberalismus den »utilitaristischen Filter« von Beccaria und Bentham wieder aufsetzte, ohne deren Fehler zu behegen, nämlich »diese Problematik unmittelbar in die Begriffe und Formen einer juristischen Struktur zu übersetzen.«²³² Stattdessen übernehme Becker den *homo oeconomicus* als rein formale Annahme, um darüber Zusammenhänge zu erörtern. Dass sich dieser Ansatz von der herkömmlichen Betrachtung im Kern unterscheidet, wurde für Foucault am Kriminalitäts- und am Drogenproblem besonders deutlich. Im Gegensatz zur Pathologisierung von Verbrechen und Drogenkonsum bedurfte es »keinerlei moralische[r] Definition« und »keine[r] anthropologischen Assimilierung« des Verhaltens,²³³ weil auch sie jetzt als Märkte mit Angebot und Nachfrage interpretiert werden mussten. Die neoliberale Theorie, so Foucaults Rekonstruktion, verlange nur, dass man Verhalten so analysiere, *als ob* es sich um einen Markt mit *homini oeconomici* handle, und nur von dieser formalen Annahme dürfe Regierungshandeln ausgehen.

Der Effekt dieses Ansatzes imponierte Foucault durchaus, denn am Horizont dieser Analyse entstehe »überhaupt nicht das Ideal oder das Projekt einer erschöpfend disziplinarischen Gesellschaft«, sondern »alle Unterscheidungen, die man zwischen geborenen Verbrechern, Gelegenheitsverbrechern, Perversen und Nicht-Perversen, Rückfalltätern gezogen hat, haben keinerlei Bedeutung«.²³⁴

Es ist also offensichtlich, dass Foucault keine völlige Abneigung gegenüber den Ideen des Neoliberalismus verspürte. Die punktuelle Würdigung von Ideen ist allerdings auch keine völlige Zustimmung, sondern ließe sich ebenso sehr als Zeichen intellektueller und politischer Redlichkeit sehen. Auf der anderen Seite war Foucault nämlich auch dem Neoliberalismus gegenüber skeptisch: Wie bereits im vorhergehenden Kapitel gezeigt, hatte er die historische Entwicklung des Nutzenkalküls durchaus kritisch gesehen. Sie brachte einerseits eine Kultur der Gefahr auf Seiten des Subjekts hervor und teilte andererseits auch jene Staatsphobie, die Foucaults Ansatz eigentlich überwinden wollte.

In diese Kerbe schlug er auch zum Abschluss der Gouvernamentalitäts-Vorlesungen noch einmal, indem er eine Kurz-Genealogie des Begriffs *homo oeconomicus* entwickelte. Dabei stellte er fest, dass die Neugestaltung des Regierens ausgehend vom *homo oeconomicus* immer voraussetzte, eine Zivilgesellschaft (*société*

232 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 346f.

233 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 348f.

234 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 358f. Es bleibt unklar, warum Foucault meinte, die neue Ausgestaltung von Benthams Idee würde nicht zu disziplinarischen Technologien führen. Letztlich hätte gerade die Feststellung, dass der ökonomische Liberalismus immer auf eine moralisch höhere Zivilgesellschaft angewiesen ist, zu dieser Schlussfolgerung führen müssen. Tatsächlich ließe sich durchaus argumentieren, dass mit dem Neoliberalismus des New Public Management der Zwang zur Regel-Compliance eher zu- denn abgenommen hat.

civile) anzunehmen, die dem Staat oder der Regierung entgegengesetzt sein musste. Sie ist nichts anderes als der fingierte und moralisch überlegene Gegenspieler des Staates.²³⁵ Diese Erkenntnisse leiteten auch Foucaults Einschätzung des Liberalismus in dem Gespräch mit dem Gewerkschaftssekretär. Robert Bono fragte Foucault gezielt, ob man die Staatsgesellschaft mit einer Zivilgesellschaft ablösen könnte. Damit nahm er eine inzwischen sehr bekannte und seit den 1980ern sehr einflussreiche Idee auf. Foucault lehnte diese Idee jedoch ab:

»Die Bezüge [rapports] zwischen der politischen Macht, den Systemen der Abhängigkeit, die sie erzeugt, und den Individuen sind zu komplex, um sich diesem Schema zu fügen. In der Tat ist die Vorstellung von einem Gegensatz zwischen Zivilgesellschaft und Staat in einem gegebenen Kontext formuliert worden, um einer genau bestimmten Intention zu entsprechen: Liberale Ökonomen schlugen sie Ende des 18. Jahrhunderts in der Absicht vor, die Handlungssphäre des Staates zu begrenzen, wobei die Zivilgesellschaft als der Ort eines autonomen ökonomischen Prozesses begriffen wird. Das war quasi ein Kampfbegriff [...]. Doch etwas stört mich noch mehr: dass der Bezug auf dieses antagonistische Paar niemals frei von einer Art Manichäismus ist, der den Staatsbegriff mit einer abwertenden Konnotation belegt und gleichzeitig die Gesellschaft als ein gutes, lebendiges und warmes Ganzes idealisiert.«²³⁶

Foucault hatte den heilvollen Begriff der »Zivilgesellschaft« als ein dezidiert liberales, moralisch aufgeladenes Antwortmuster dechiffriert, und er vertrat dabei die These, dass jeder Neoliberalismus auf dieses moralische Muster zurückgreifen musste. Daher konnte der Neoliberalismus für ihn keine Lösung sein, schon gar keine völlig neue Antwort auf die Regierungskrisen der 1970er Jahre, auch wenn das Subjekt und die Gesellschaft dadurch sicherlich wieder »in eminenter Weise regierbar« würden.²³⁷

Neben dem moralischen Manichäismus brachte Foucault in dem Zitat außerdem den kritischen Topos kybernetisch inspirierter Ansätze gegen den Neoliberalismus in Anschlag: Auch dessen Analyse der Machtbeziehungen ist nicht komplex genug; auch mit ihr, betonte er nochmals, »verkennt man die Komplexität und Mannigfaltigkeit [multiplicité] der Auseinandersetzungen.«²³⁸ Foucault nutzte diese Kritik an der mangelnden Komplexität (neo-)liberaler Ansätze als Einstieg, um

235 Siehe Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 399–430 [frz. Foucault: *Naissance de la biopolitique*, S. 295–317]. In der deutschen Übersetzung heißt es »bürgerliche Gesellschaft«, was historisch akkurat ist, aber die Überblendung mit Zivilgesellschaft durch das französische *société civile* verdeckt. Gerade das ist aber die Gegenwartsdebatte, in die Foucault mit seiner Historisierung intervenierte.

236 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 449f. [frz. IV, 325, S. 374].

237 Foucault: *Die Geburt der Biopolitik*, S. 372.

238 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 449 [frz. IV, 325, S. 374].

seinen Gegenvorschlag zu umreißen. Ihm gehe es im Unterschied dazu darum, dass jede menschliche Beziehung auch eine Machtbeziehung ist. Machtbeziehungen seien aber weder gut noch schlecht, sondern können immer nur mehr oder weniger gefährlich werden.

Diesen Gedanken führte er am Beispiel des Gesundheitssystems aus. Es stehe außer Frage, dass es nicht möglich sein wird, die »unendliche Nachfrage« vollständig zu befriedigen.²³⁹ Das heißt, es müssen Wahlentscheidungen nach einer bestimmten Rationalität getroffen werden, und so schlüssig eine solche Rationalität sein mag, sie wird immer unerträglich sein, muss sie doch entscheiden, wer und wie viele etwa mit einer Dialyse behandelt werden. Die Gefährlichkeit jedweder Rationalität mache es zur *analytischen Aufgabe*, die Rationalität(en) immer wieder zu überprüfen und alternative Wege aufzuzeigen. Die *politische Aufgabe* müsste es dann sein, »einen optimalen Abstand zwischen einer getroffenen Entscheidung und dem von ihr betroffenen Individuum« zu ermöglichen, damit die Einzelnen nicht von einer Rationalität eingezwängt werden.²⁴⁰

Die Idee eines optimalen, selbstregulierten Gleichgewichts hatte Foucault bereits 1967 einmal vage angeschnitten, als er den gefährlichen Anspruch humanistischer Politikmodelle kritisierte. Jetzt lag sein Fokus jedoch deutlicher auf den Freiheitsgraden der Einzelnen, die es zu stärken gelte. Foucault erklärte sich daher mit dem Vorschlag Bonos »völlig einverstanden«, die »Verantwortung eines jeden für seine Wahlentscheidung anzusprechen«.²⁴¹ Ausgehend davon stellte er sich »so etwas wie eine Wolke von Entscheidungen vor, die sich um eine Achse anordnet, die im Großen und Ganzen die bestehende Norm definieren würde.«²⁴²

Dabei war sich Foucault bewusst, dass er mit seinen singularisierenden, flexibilitätsorientierten Vorschlägen in den Verdacht eines »wilden Liberalismus« geraten könnte, den er aber »selbstverständlich nicht« vertreten wolle.²⁴³ Man müsse schlichtweg dem Fakt Rechnung tragen, dass eine Sache wie die Gesundheit eine »komplexe«, »kulturelle« und bewegliche Sache sei: »Jedes einförmige rationale Modell endet sehr schnell in Paradoxien!«²⁴⁴

Mit diesen Argumenten übertrug Foucault erkennbar die Prämissen des Netzwerk-Modells auf politische Vorschläge, die – wie seine Analytik – auf die Multiplizität und Komplexität der Rationalitäten bestanden. Dabei präsentierte er seine Machtanalytik als Gegenmodell, mit dem durch die permanente Kritik

239 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 451–457 (Zitat S. 457).

240 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 451.

241 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 457.

242 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 457.

243 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 458.

244 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 458.

von Rationalitäten auch politisch eine Flexibilisierung der bestehenden Ordnung angestrebt werden könne. Um die einengenden Integrationsnormen des scheiternden Wohlfahrtsstaates aufzulösen, mussten die Einzelnen aber letztlich politisch entschert werden.

Die Schwierigkeiten, dies vom (Neo-)Liberalismus abzugrenzen, liegt darin, dass *zum einen* alle vier Krisennarrative ihre Kritik am Nachkriegsstaat mit ähnlichen Motiven vortrugen und *zum anderen* dann die technologischen und die neoliberalen Vorschläge durchaus Lösungselemente teilten, auch wenn sie diese in eine je andere Richtung einbetteten. Foucault erweist sich als ein exemplarisches Beispiel für die Nähen und Distanzen, die sich in der gesellschaftlichen und politischen Neuausrichtung seit den 1970er Jahren einschrieben. Letztlich ist die Debatte um seinen Neoliberalismus selbst nur ein Indiz dafür, dass diese Transformation ideengeschichtlich nicht hinreichend aufgearbeitet wurde.

Die technologische Ausprägung von Foucaults Gegenvorschlag wird wohl am deutlichsten in jenem berühmten Interview, das er als ›der maskierte Philosoph‹ gab. Auch hier bekämpfte er aktiv die Gefahr, dass sich *eine* Rationalität durchsetzen könnte und attackierte die »traditionellen Hierarchien«. ²⁴⁵ Damit ein *neues Zeitalter* anbricht, so Foucaults politische Forderung, brauche es eine *Ausdifferenzierung und Vervielfältigung von Netzwerken*. Denn die alten Hierarchien lassen sich nur mit einem Überfluss an Informationen unterlaufen, einem Rauschen des Wissens, wie er es schon früher anvisiert hatte. Foucault forderte daher eine exzessive Multiplikation von Informationen, Kommunikationskanälen und Netzwerken, und meinte dies sowohl *im Sinne der Artefakte als auch sozialer Interaktion*:

»Ich träume von einem neuen Zeitalter der Neugier. Die technischen Möglichkeiten dazu haben wir. Der Wunsch ist vorhanden. Es gibt unendlich viel zu wissen. [...] Worunter leiden wir? An zu wenig: an zu engen, nahezu monopolistischen, unzureichenden Kanälen. Wir brauchen keinen Protektionismus, der ›schlechte‹ Information hinderte, die ›guten‹ zu überschwemmen und zu erdrücken. Wir müssen vielmehr die Wege und Möglichkeiten des Austauschs vermehren. [...] Das bedeutet [...] Differenzierung und ein Nebeneinander unterschiedlicher Netzwerke.« ²⁴⁶

Die zwei großen Forderungen nach einer Pluralisierung von Netzwerken und nach lokalen Experimenten illustrierte Foucault in dieser Zeit an mehreren Beispielen. *Im Bereich der ›klassischen‹ Politik* lehnte er die Organisation in Parteien ab, weil sie Formen der alten, der traditionellen Lösungen seien. Sie beanspruchen, wie der

245 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 285, S. 134.

246 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 285, S. 134. Die Herausgeber merken an, dass Foucault in dem berühmten Interview sogar die Fragen mitschrieb und größte Sorgfalt auf die Formulierung der Antworten verwandte – man darf den Aussagen also erhebliches Gewicht zuschreiben.

universelle Intellektuelle, die Allgemeinheit vertreten zu können. Das führe beim einzelnen Mitglied dazu – und das ist ein bekanntes Motiv aus der Parteienkritik des 21. Jahrhunderts –, »etwas vertreten zu müssen, das in diametralem Widerspruch zu dem steht, was man für plausibel hält«. ²⁴⁷ Parteien sind also für Foucault einer der Orte, an dem die Integrationsmechanismen der alten Moderne ausgeübt werden.

Dass die Zeit der Parteien abgelaufen ist, zeigte sich für Foucault auch darin, dass sie den Problemen der 1970er Jahre völlig ratlos gegenüberstehen: Sie seien politisch »steril« geworden. ²⁴⁸ Hierin unterschieden sie sich grundsätzlich von den vielzähligen neuen sozialen Bewegungen, die Foucault offen unterstützte und bei denen seine analytischen und politischen Vorschläge auch besonders großen Zuspruch fanden. ²⁴⁹ Die Bewegungen waren für Foucault – ähnlich wie spezifische Intellektuelle – Experten für ein lokales Problem mit lokal autonomen Aktionsformen, die dann in Austausch miteinander treten konnten. Als Beispiel für diese neuen netzwerkartigen Organisationformen ließ sich natürlich auf die GIP und ihre Nachahmer verweisen. In diesen Vorschlägen wird Politik von der allgemeinen Repräsentationsidee abgelöst und das zugehörige, aggregierende Institutionengefüge durch zerstreute lokale Initiativen ersetzt. ²⁵⁰

Auch für die *Institutionalisierung gesellschaftlicher Experimente* brachte Foucault Beispiele, und diese waren zutiefst von der kalifornischen Counterculture geprägt: »Die zukünftige Gesellschaft zeichnet sich vielleicht in Experimenten wie den Drogen, der Sexualität, das Leben in Gemeinschaften [la vie communautaire], einem anderen Bewusstsein, einer anderen Art von Individualität ab«, sagte er schon 1971. ²⁵¹ Die Akzeptanz von Drogenexperimenten, von Experimenten mit der Sexualität und mit anderen Formen der Bewusstseinsbildung wurden ihm nun zum Gradmesser politischer Vorschläge. So verteidigte er gegenüber einer offiziellen Kommission den Vorschlag, dass man bei der Reform des Sexualstrafrechts den

247 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 281, S. 63; s.a. III, 235, S. 755-757; IV, 358, S. 923f. Vgl. zu der Passage auch Dean/Villadsen: *State phobia and civil society*, S. 51, die jedoch über das Ziel hinausschießen und unmittelbar eine anti-institutionelle Positionierung Foucaults sehen. Wie ich gleich zeige, ist dies m.E. falsch, zumal für diese späteren Einlassungen Foucaults.

248 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 353, S. 851.

249 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 273; IV, 355; IV, 358, S. 923f.; vgl. Felsch: *Der lange Sommer der Theorie*, S. 136-148; Dean/Villadsen: *State phobia and civil society*, Kap. 4; Biebricher: *Selbstkritik der Moderne*, S. 340.

250 Dean/Villadsen: *State phobia and civil society* argumentieren, dass Foucault damit akzidentell zu einer Ausbreitung der kritisierten Zivilgesellschaft beigetragen habe. Dies ist nicht ganz von der Hand zu weisen, auch wenn die enorme Professionalisierung der Nichtregierungsorganisationen und die »NGO-ization« der Öffentlichkeit noch nicht stattgefunden hatten (vgl. Lang: *NGOs, Civil Society, and the Public Sphere*).

251 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 98, S. 286 [frz. II, 98, S. 234] (Übersetzung geändert).

Verkehr von Kindern und Erwachsenen tolerieren müsse, solange gegenseitiges Einverständnis vorliege, weil alles andere auf eine Psychiatisierung des Erwachsenen *und* des Kindes hinausliefe.²⁵² Im Gespräch mit Bono wiederum verteidigte er außerdem das Recht auf Selbsttötung.²⁵³ An beiden Beispielen wird auch die geänderte Haltung Foucaults zum Recht deutlich: Rechtsregeln müssen nicht disziplinarisch ausfallen, sie können auch disziplinarischen Zwang verringern.²⁵⁴

Schließlich wurde dieser Experimentalismus auch zum Leitfaden seiner eigenen Praxis. Er reiste wie viele Counterculture-Ikonen nach Asien, um sich in die Praktiken des buddhistischen Zens einführen zu lassen, er nahm LSD im Death Valley und experimentierte in San Francisco mit unterschiedlichen sexuellen Praktiken.²⁵⁵ Gleichzeitig arbeitete diese Counterculture selbst mit dem kybernetischen Vokabular, um ihre Praktiken zu theoretisieren. Obwohl Foucault stets behauptete, er wolle keine Subjekt- oder Gesellschaftsform vorgeben, entsprach seine persönliche Selbstbeschreibung als »Experimentator«²⁵⁶ zumindest formal auch der Forderung nach gesellschaftspolitischen Experimenten.

Diese Ideen für die Bearbeitung der Krisensituation sind Attacken auf die Einformigkeit der modernen Rationalität. Auch »private« Experimente hatten schon deshalb politische Implikationen.²⁵⁷ Foucaults Vorschläge gehören dabei zum Repertoire des technologischen Krisennarrativs, auch wenn sie eine spezifische und radikale Ausformung haben. So hatte etwa auch Michel Crozier, wie oben gezeigt, selbst einen Experimentalismus jenseits der klassischen Parteilinien eingefordert, der sich an die kommunalen Praktiken der Counterculture anlehnen könnte.

Der anti-repräsentative, anti-integrative Ansatz bei Foucault war eine plausible Reaktion auf die Problembeschreibung, die das technologische Denken ermöglichte. Wenn alle Probleme *wicked problems* sind, für die es weder die eine richtige Formulierung noch die eine Lösung gibt, wie Rittel und Webber es pointiert hatten, dann blieben zwei Schritte: Erstens konnte man die unterschiedlichen *Möglichkeiten der Problematisierung* wissenschaftlich analysieren und politisch multiplizieren.²⁵⁸ Dafür musste man das Wissen und die Kapazität zur Wissensverarbeitung erhöhen, indem man Netzwerke schuf und Zugänge bereitstellte. Das »Rauschen« des

252 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 209, S. 462f.; III, 263, S. 965.

253 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 460.

254 Neben den Beispielen siehe auch Foucaults Verteidigung der Rechte der Regierten, etwa im Fall Croissant oder anlässlich der Schaffung eines Internationalen Komitees gegen Piraterie (Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 210, S. 473; IV, 355). Vgl. auch Biebricher: *Selbstkritik der Moderne*, S. 337f., 340.

255 Vgl. Eribon: *Michel Foucault*, S. 455-457.

256 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 281, S. 52.

257 Dazu in anderem Zusammenhang auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 290.

258 Zur »Problematisierung« siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 344, S. 751.

Wissens versprach dann aber – zweitens – keine Aufklärung über rational oder moralisch richtiges Handeln, denn es gab keinen *one best way* mehr. »Lösungsansätze« waren Experimente, die stets an Fragen von *Ästhetik und Stil* hängen. Solche Experimente zu ermöglichen, war Sinn der Wissensvervielfältigung. In seinen letzten Lebensjahren sollte Foucaults Forschungsprogramm beide Impulse aufnehmen.

Selbst-Regierung: Macht als Interaktionssystem

Die erste Bibliografie, die zu Foucaults Werken erschien, trug den passenden Untertitel *A tool kit for a new age*.²⁵⁹ Die wohl wichtigsten Instrumente von Foucaults *tool kit* sind im technologischen Macht-Modell miteinander verbunden. Macht, um dies noch einmal zusammenzufassen, wurde von Foucault als ein überall anzutreffendes Netzwerk von Kontrollmechanismen entworfen, dem jedwede zentrale Steuerung abgeht. Stattdessen organisieren sich die Machtbeziehungen selbst. In räumlicher Hinsicht zeigt sich die Ubiquität der Macht als ein infinitesimal ausdifferenziertes Netz, das lokale Knotenpunkte mit eigener Komplexität und Autonomie hat (»Orte«), und in zeitlicher Hinsicht muss dieses Netz der Macht permanent durch singuläre Ereignisse reproduziert werden.

In den späten 1970er Jahren durchdachte Foucault seine Machtanalytik neu unter dem Begriff des Regierens. Er trug zunächst einmal der Intuition Rechnung, dass Macht nicht staatlich zentriert ist, sondern überall und in jeder Gesellschaft zu finden sei: Semantisch umfasste Regieren einen »sehr weiten« Bereich, wie Foucault meinte.²⁶⁰ Dazu gehöre neben dem Einfluss auf andere auch der Einfluss, den man auf sich selbst nahm. In der Ambivalenz von *gouverner* steckte daher die Chance, das *Problem der Selbstorganisation* auf mehreren Ebenen in einem einzigen Begriff zu erfassen. Eben deshalb hatte ja auch die Kybernetik auf diesen Begriff zurückgegriffen, mit dem die *Gouvernementalität* mehr teilt als nur die Etymologie.²⁶¹

259 Clark: *Michael Foucault, an annotated bibliography*.

260 Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 183; vgl. Lemke: *Eine Kritik der politischen Vernunft*, S. 143-147.

261 Im Gegensatz zur gelegentlich immer noch kolportierten These, *Gouvernementalität* setze sich aus *gouverner* und *mentalité* zusammen, handelt es sich schlicht um eine Substantivierung des Adjektivs *gouvernemental*. Insofern ist die Begriffsbildung weniger originell als sie scheint, denn das Adjektiv ist in den 1970er Jahren im Englischen, Französischen und sogar Deutschen verbreitet. Governance und *Gouvernementalität* teilen daher den gleichen Wortursprung im *kybernetes* (aus dem *gubernatio* und dann *govern/gouverner* wurde) – das deutsche »Regieren« trägt diesen Wortursprung nicht und insofern unterschlägt diese Übersetzung diese Interferenz. In der *Geschichte der Gouvernementalität* ist der Terminus zunächst auf die spezifische Form liberaler Regierungsrationalität begrenzt, einschließlich der »Kraftlinie« ihrer Entstehung und ihrer Durchsetzung im Staat (Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 162f.). Foucault geht aber schnell dazu über, *Gouvernementalität* als überzeitlichen Begriff für unterschiedlichste Regierungsrationalitäten zu verwenden. In diesem Sinne

Zwischen den beiden Gouvernamentalitäts-Vorlesungen hielt Foucault den Vortrag *Was ist Kritik?*, in dem er die Erweiterung seiner Machtanalyse ausgehend vom Regierungsbegriff diskutierte. Der Vortrag trägt die Spuren der Regierbarkeitsdebatte und der Auseinandersetzung mit Anti-Totalitarismus und Aufklärung. Foucault stellte sich gegen die These, die Aufklärung hätte nur einen Exzess der Macht verursacht, und er versuchte zu zeigen, dass jeder Intensivierung des Regierens auch stets ein Moment der kritischen Befragung dieser Regierung eingeschrieben ist, die darauf besteht, »nicht derart regiert zu werden«.²⁶²

Um diese Verschränkung von Macht und Widerstand zu sehen, müsse aber die Fragerichtung umgekehrt werden, argumentierte Foucault.²⁶³ Mit der Frage nach der Legitimation von Macht durch Wissen lande man – von Kant bis Habermas – letztlich immer dabei, dass sich eine technisch rationalisierte Herrschaft und eine Kritik dieser Technokratie gegenüberstehen. Statt Fortschritt und Rückschritt auf der Achse des wahren Wissens und der legitimen Macht zu evaluieren, solle man auf das veränderliche Gleichgewicht von Macht-Wissen-Systemen blicken. Aus dieser Perspektive sind die Regierungsrationalitäten Formationen, die aus einer Menge von Elementen und ihren Verbindungen be- und entstehen. Man konnte nun die Vielzahl der Regierungsrationalitäten auf ihr singuläres Auftreten (Emergenz), ihre kontingente Abfolge (Evolution) und ihre Akzeptabilitätsbedingungen untersuchen.²⁶⁴

Es ist unschwer zu erkennen, dass Foucault damit seine bisherigen Grundpositionen bestärkte: Es blieb bei dem Projekt, das nach dem *Wie* der Macht fragt und die Aufklärung reflexiv wendet.²⁶⁵ Diese Wiederaufnahme bestätigt sich im weiteren Verlauf des Vortrags. Denn die ersten beiden Dimensionen der Analyse, die Foucault nun nannte, sind bekannt: Die Archäologie nehme das »System der Akzeptabilität [...] als Spiel von Macht-Wissen« unter die Lupe, während die Genealogie die Emergenz der Systeme verständlich machen solle.²⁶⁶ Foucault formulierte dafür das Analyseprinzip der Genealogie in der bekannten Netzwerksemantik und führte sie erneut gegen eindimensionale, hierarchische Kausalitäten ins Feld:

»Die Analyse [...] entfaltet ein Kausalnetz, das zugleich komplex und beschränkt ist – aber gewiß [...] nicht der Sättigung durch ein einheitliches tiefes und pyra-

verwende ich ihn auch in diesem Teilkapitel (im Gegensatz zum obigen Teilkapitel). Zur oft beklagten Unschärfe der »Definition« vgl. Bröckling et al.: »Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien«, S. 18; Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 229.

262 Siehe Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 7-12.

263 Siehe zum Folgenden Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 29-32; Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 278, S. 29-32.

264 Foucaults Emergenz-Denken wurde oben bereits besprochen; für die explizite Wortverwendung siehe etwa auch Foucault: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, S. 26f.

265 Siehe Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 40f.

266 Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 34.

modalisierendes nötigendes Prinzip bedarf. Es geht um die Schaffung eines Netzes, welches diese Singularität da als einen Effekt verständlich macht: daher müssen die Beziehungen vervielfältigt werden, müssen die verschiedenen Typen von Beziehungen, die verschiedenen Verkettungsnotwendigkeiten differenziert werden, müssen die Interaktionen und die zirkulären Aktionen entziffert werden, müssen heterogene Prozesse in ihrer Überlagerung betrachtet werden.«²⁶⁷

Die Genealogie beobachtet und beschreibt also die komplexen, zirkulären Kausalitäten eines Netzwerks vielfältiger Interaktionen, und zwar als eine Geschichte, die von der Gegenwart ausgeht. Um die erstaunliche Nähe dieser Beschreibung zur Kybernetik zweiter Ordnung zu verdeutlichen, lässt sich die Relevanz von Geschichte aus der Sicht von Varela und Maturana danebenlegen. Denn diese ist im Prinzip und in der Sprache identisch:

»Da Geschichte umgekehrt *als Phänomen in der Gegenwart* erklärt werden muß, und zwar als *kausales Netzwerk sequentiell verketteter Ereignisse*, in dem jedes Ereignis einen Zustand des Netzwerks darstellt, der sich als *Transformation* des vorhergegangenen Zustandes ergibt, folgt daraus, daß Geschichte, obwohl sie zur Erklärung irgendeines Phänomens nichts beitragen kann, es einem Beobachter dennoch erlaubt, den Ursprung eines Phänomens als eines Zustandes in einem *kausalen (historischen) Netzwerk* zu erklären.«²⁶⁸

An Archäologie (Macht-Wissen-System) und Genealogie (Transformationen und Zirkulationen des Netzwerks) schloss Foucault nun eine dritte, eigenständige Dimension der Analyse an, die einen neuen ›Gegenstand‹ entdeckt: »Die *Basis dieses Netzes* einsichtiger Beziehungen findet man [...] in der eigenen Logik eines *Spiels von Interaktionsbeziehungen*«. ²⁶⁹

Das strategische Niveau der Interaktionen war freilich nicht gänzlich neu. Dass die lokalen Mechanismen prinzipiell eine gewisse Bewegungsfreiheit genießen, die man als Spielräume verstehen kann, war (wie gezeigt) bereits in das Netzwerkmodell Mitte der 1970er Jahre eingeschrieben. Im zugleich technischen und regulativen Begriffsfeld von *Leitung und Führung (conduite)* konnte dieser Aspekt neu durchdacht werden.

Hintergrund dieser Überarbeitung war laut Foucault, dass die Möglichkeiten des Subjekts in den letzten Jahren systematisch zu kurz gekommen waren. Bei der Analyse der Institutionen hatte demnach ein zu großer Fokus auf einer statischen

267 Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 36f.

268 Maturana/Varela: »Autopoietische Systeme«, S. 206 (Hervorhebung hinzugefügt).

269 Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 38 (Hervorhebung hinzugefügt); auch hier sei parallel verwiesen auf Maturana/Varela: »Autopoietische Systeme«, S. 185: »Außerdem ist das Netzwerk der Prozesse [...] ein einheitliches System in dem Raum der Bestandteile, die es erzeugt, und die *ihre*seits das Netzwerk durch ihre Interaktionen produzieren.« (Hervorhebung hinzugefügt).

Reproduktion gelegen. Neben den politischen Technologien, die auf Schließung dringen, existiere aber »in allen Gesellschaften ein anderer Typ von Techniken [...]: diejenigen, die den Individuen gestatten, selbst eine Reihe von Operationen [...] vorzunehmen [...]. Nennen wir diese Techniken Selbsttechniken.«²⁷⁰ In der Analytik des Regierens sollte diese Dimension ausgearbeitet werden, um die »Verstrickung zwischen Prozeßerhaltung und Prozeßumformung« besser zu erfassen.²⁷¹

Macht wurde also aus Sicht der Basis des Netzwerkes, den Interaktionsbeziehungen, neu betrachtet. Damit gehen drei zentrale Akzentverschiebungen in Foucaults Machtanalyse einher: Die erste Akzentverschiebung betrifft das Setting. Die Machtbeziehungen wurden nun explizit als ein *Mehrebenensystem* entworfen. Foucault sieht mehrere Niveaus der Interaktionsbeziehungen. Dabei sind die Ebenen nicht streng voneinander getrennt, sondern eine Aktion kann zugleich auf mehrere Ebenen einwirken. Dies verhindert letztlich eine Schließung der Interaktionen und ein Erstarren der Variabilität: »Die Logik der Interaktionen [...] kann [...] die singulären Effekte eines bestimmten Niveaus wahren und doch zugleich mit den anderen Elementen eines anderen Interaktionsniveaus zusammenspielen – dergestalt, daß keine dieser Interaktionen als vorrangig oder absolut totalisierend erscheint.«²⁷²

Auf der Basisebene der Interaktionen gab es nun – zweitens – eine ganz klare Entscheidung für eine gewisse ›Freiheit‹ der Subjekte: »Macht kann nur über ›freie Subjekte‹ ausgeübt werden, [...] die jeweils über mehrere Verhaltens-, Reaktions- oder Handlungsmöglichkeiten verfügen«, postulierte Foucault.²⁷³ Dies war eine Entscheidung, mit der Machtbeziehungen grundsätzlich von Gewaltbeziehungen unterschieden wurden: Dort, wo alles determiniert ist, herrscht physischer Zwang und keine Machtbeziehung, aber solche Beziehungen sind so selten, dass Foucault nicht einmal die Sklaverei unbedingt dazu zählte. Diese Freiheit, die die Subjekte besitzen (müssen), lässt sich mit dem Begriff der Führung fassen: Sie führen und regieren sich selbst, indem sie aus einer Vielzahl von Verhaltensoptionen eine Variante auswählen.

Schließlich: Indem sich diese Selbst-Führungen akkumulieren, konstituiert sich ein Feld von Aktionen, die die Selbst-Führungen wiederum beeinflussen. Für diese *Ebene zweiter Ordnung* reservierte Foucaults Analytik des Regierens jetzt den Begriff Macht: Sie ist ein »Ensemble von Aktionen, das sich auf mögliche Aktionen« auswirkt.²⁷⁴ In einer zirkulären Formulierung geht es bei Macht darum, ›Führungen zu

270 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 295, S. 210; s.a. IV, 306, S. 287f.

271 Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 39 (Hervorhebung hinzugefügt).

272 Foucault: *Was ist Kritik?*, S. 38.

273 Hier wie im Folgenden Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 287.

274 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 287 [frz. IV, 306, S. 237]: Macht »ist ein Ensemble aus Aktionen, die sich auf mögliche Aktionen richten: Sie operiert in einem Feld möglicher Aktionen, wo sie sich in das Verhalten agierender Subjekte einschreibt: [...] im Grenzfall erzwingt oder verhindert sie Aktionen, aber stets richtet sie sich auf agierende Subjekte, insofern sie agie-

führen« (*conduire des conduites*). Die Macht bildet also ebenso einen Effekt der Interaktionsbeziehungen, wie sie auf die Interaktion der Subjekte zurückwirkt – sie ist strukturiertes und strukturierendes Feld zugleich. Wie in der Kybernetik kommt in Foucaults Machtmodell des Regierens eine Interferenz von Einzelakt und Gesamtsystem *und* zwischen Aktualität und Potenzialität zum Ausdruck:

»Der Ausdruck ›Führung« (*conduite*) vermag in seiner Mehrdeutigkeit das Spezifische der Machtbeziehungen vielleicht noch am besten zu erfassen. ›Führung« heißt einerseits, andere [...] zu ›lenken«, und andererseits, sich [...] in einem mehr oder weniger offenen Handlungsfeld zu verhalten. Machtausübung besteht darin, ›Führungen zu führen«, also Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Verhalten zu nehmen.«²⁷⁵

Man kann sehr schön sehen, wie die Ausdeutung der Basisebene durch die Selbst-Techniken der Subjekte und das freie Spiel der Interaktionen das bisherige Machtmodell ergänzt und eine stimmige Logik ergibt.²⁷⁶ Man muss sich aber die immense Komplexität vor Augen führen, die Foucault damit konzipierte. Als ob die Formulierung zweiter Ordnung – Machtausübung ist eine *Führung der Selbstführung des Verhaltens* – nicht schon komplex genug wäre, kommen zwei weitere Dinge hinzu:

ren oder agieren können. Sie ist auf Aktionen gerichtete Aktion.« (Übersetzung geändert). Die Übersetzung des Textes in der Schriftenausgabe ist problematisch, wie Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 126, zurecht feststellt. Erschwerend kommt hinzu, dass der Text im Original teils auf Englisch, teils auf Französisch geschrieben wurde. Ich habe die Übersetzung daher auf Basis eines Vergleichs der Schriften-Übersetzung mit der älteren deutschen Übersetzung (Foucault: »Das Subjekt und die Macht«), der französischen Schriftenausgabe (wo der französische Teil im Original steht) und der englischen Ursprungsfassung angepasst (Foucault: »The Subject and Power«). Insbesondere bin ich der Übersetzung von *action* mit Handlung nicht gefolgt, weil Foucault keine Handlungstheorie im emphatischen Sinne entwickelt hat. Stattdessen habe ich aufgrund von Foucaults Betonung von Interaktion (*interaction*) auch hier an dem abstrakteren Begriff ›Aktion« festgehalten.

275 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 286 (Übersetzung geändert, siehe vorhergehende Fußnote). In diesem programmatischen Text *Macht und Subjekt* stellte Foucault auch seinen Fokus auf das Wie der Macht vor, ebenso wie die These, dass es keine Gesellschaft ohne Macht gebe und ein ausführliches Raster, worauf bei der Analyse der Macht zu achten sei, die fünf Punkte umfasst (S. 289–291): (1) System der Differenzierungen, die in zirkulärer Art zugleich Voraussetzung und Wirkung sind; (2) die Quasi-Teleologie von Machtwirkungen; (3) die instrumentellen Modalitäten, also die Mittel und Beschaffenheit der Machtausübung; (4) die Formen der Institutionalisierung; und (5) den Grad der Rationalisierung, Verfeinerung und Entwicklung. Foucault griff dieses Raster nicht wieder explizit auf, es verdeutlicht aber den Anschluss an die Machttheorie der 1970er Jahre.

276 Für eine sehr instruktive Rekonstruktion der späten Machttheorie vgl. Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 126–144.

Erstens gibt es nicht nur *einen* Einfluss, sondern *vielfältige* Wirkungen auf die Selbstführung (Macht ist ein Ensemble von Aktionen). Und zweitens ist die Führung der Führung bereits ein *Effekt anderer Führungen*, während die reflexive Selbstführung wiederum Wirkungen *auf andere Führungen* entfaltet. Die Formulierung zweiter Ordnung ist daher – wie immer – nur ein Platzhalter für eine infinite Rekursion. In ihr gibt es keine privilegierte Beobachterposition und keinen feststellbaren Ausgangspunkt mehr. Foucaults Überlegungen bringen so geradezu idealtypisch die kybernetische Verschränkung von *Reflexivität* und *Zirkulation* zum Ausdruck – und er benutzte dafür genau die gleichen Begriffe.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass auch die Forschung zu Foucault häufig kybernetische Begriffe benutzt, in der Regel aber ohne dies zu bemerken. So erläutert etwa Philipp Richter, dass man Foucaults Modell des Regierens so lesen könne, dass zwischen dem Feld möglicher Handlungen und den aktualisierten Handlungen »Rückkopplungsschleifen« liegen.²⁷⁷ Daneben werden bei der Rekonstruktion von Foucault seine kybernetischen Begriffe und Prämissen über die Beschaffenheit der sozialen Welt übernommen, insbesondere dann, wenn der Anschluss an ihn gesucht wird. So beginnt zum Beispiel Mitchell Deans Standardwerk zu den *governmentality studies* mit einer Einführung in die Singularität und die Konzeption von »reflexive government«. Deans Projekt, eine »kritische Ontologie unserer Selbst« vorzulegen, scheitert aber leider schon daran, dass er die Wurzeln, Dispersion und Machteffekte des eigenen Denkrahmens nicht reflektiert.²⁷⁸

In methodologischer Hinsicht verschärft sich dieses Problem freilich, wenn Foucaults Begriffe dabei herangezogen werden, um die Dispersion von kybernetischen Denkfiguren oder Netzwerk-Modellen zu untersuchen oder gar zu kritisieren, ohne zu sehen, dass auch Foucault Teil dieser Geschichte ist.²⁷⁹ Besonders widersprüchlich wird die Rezeption von Foucaults Machtmodell dann aber, wenn seine Konzepte – etwa das einer Führung der Führungen – als Merkmal des Neoliberalismus präsentiert werden, um sie daraufhin mit Foucault zu kritisieren.²⁸⁰ Denn dies verstellt eine Rekonstruktion des Neoliberalismus und die Frage nach den Machteffekten von Foucaults Denken kommt erneut gar nicht auf, und das obwohl sie scheinbar als problematisch eingeschätzt werden.

277 Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 135. Detel: *Foucault und die klassische Antike*, spricht etwa von »regulativer Macht«. Bröckling: »Das demokratische Panopticon«, S. 81, spricht von einer »reflexiven Faltung«, von der »rekursive[n]« Arbeit an sich selbst und »Kontrollstrategien«.

278 Vgl. Dean: *Governmentality*, S. 2-48.

279 Vgl. Bröckling: »Das demokratische Panopticon«; jüngst Larsson: »The governmentality of network governance«.

280 Vgl. Lessenich: »Soziale Subjektivität«.

Die Frage nach den sozialkonstitutiven Effekten von Foucaults Denkens wird noch schwieriger, wenn man bedenkt, dass seine erweiterte Konzeption von Macht zudem einen Topos aufwertete, den Netzwerk-Denken und Neoliberalismus teilen, nämlich den des Spiels. Foucault reagierte damit darauf, dass er seit einiger Zeit unzufrieden war mit der *Hypothese Nietzsche*, die die strategischen Beziehungen in den Termini von Kampf und Krieg interpretierte. Ein Grund für diese Unzufriedenheit lag darin, dass auch Kampf und Krieg das Aktionsfeld immer binär in Freunde und Feinde unterteilen. Doch das entspricht offensichtlich nicht annähernd der Komplexität der Machtbeziehungen, hatte Foucault doch immer wieder binäre Unterteilungen in den Souveränitätstheorien, Marxismen und Psychoanalytiken angegriffen.²⁸¹

Im Modell des Regierens bot sich endlich eine Alternative. Wenn man Macht als Regieren und Regieren als zirkuläre, interaktive Einflussnahme konzipierte, dann konnte man Zufall, Taktik und Strategie mit einem gehaltvolleren Spiel-Begriff durchdenken. Folgt man Foucaults eigener Rekonstruktion, dann kommen entscheidende Anregungen dazu aus der Spieltheorie.

Foucault erklärte, dass Spielen in der Spieltheorie »ein Verhalten [sei], bei dem die Partner ihr Verhalten auf das erwartete Verhalten der anderen und auf die eigenen Erwartungen hinsichtlich der Erwartungen der anderen abstell[en]. Hier geht es also letztlich um den Versuch, Einfluss auf andere zu nehmen.«²⁸² Und weiter erläuterte er: »Auch bei Machtbeziehungen kann man von Strategien sprechen, sofern es dabei um die Einwirkung auf das mögliche und erwartete Verhalten anderer geht.«²⁸³ Es ist hier nicht zu überlesen, dass Foucault in der Spieltheorie den Aspekt der reflexiven Führung von eigenem und fremden Verhalten ebenso wiederfand wie die strategische, Wahrscheinlichkeiten beeinflussende Dimension, die diesem Modell innewohnt. Indem der Spielbegriff konzeptionell (auch) über die Spieltheorie des Regierens präzisiert werden konnte, machte er zudem das Modell des Krieges vollends überflüssig.²⁸⁴

281 Die Zweifel am Kriegsmodell zeichnen sich bereits in *Sexualität und Wahrheit I* ab, wo Foucault fragt, ob man strategische Beziehung immer im Rahmen von Kampf und Krieg denken müsse (S. 94). In der zugehörigen Vorlesungsreihe *In Verteidigung der Gesellschaft* lässt die Historisierung dieses Kampfmodells Zweifel erkennen, die einerseits in der Binarität gründen, andererseits in der Verbindung zum Nationalsozialismus. Parallel dazu kann man auch die erwähnten ideenpolitischen Konflikte als Beschleuniger dieser Abkehr sehen. Weitere Dokumente der sukzessiven Abkehr sind Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 192; III, 195; IV, 281; es gibt dazu eine ausführliche Forschungsdebatte, die auch weitere Gründe diskutiert (vgl. Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 121-125; Bröckling: »Nichts ist politisch, alles ist politisierbar«, S. 416; Dean: *Governmentality*, S. 35f.; Lemke: *Eine Kritik der politischen Vernunft*, S. 139-142).

282 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 291.

283 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 292.

284 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 292f.

Dieser Hinweis Foucaults ist bisher kaum zur Kenntnis genommen worden. In der Regel wird nur Foucaults Referenz auf die analytische Sprachphilosophie gesehen.²⁸⁵ Das liegt nahe, denn er hatte sich mit dieser Tradition bereits seit der Diskursanalyse immer wieder auseinandergesetzt und traf einen ihrer Hauptvertreter, John Searle, nun auch in Berkeley. Allerdings kann diese Tradition nur bedingt für Foucaults spezifische Verwendung erhalten. In Austins Sprechakttheorie kommt der Begriff des Sprachspiels nicht vor. Und bei Searle fehlt, soweit ich sehe, ausgerechnet die für Foucault einschlägige Explikation des Spiels in Zufall, Taktiken und Strategien. Wie Foucault schon 1977 bemerkte, ist diese aber »sehr in Mode bei bestimmten Soziologen oder Ökonomen, vor allem amerikanischen«.²⁸⁶

Letztlich bleibt aber unklar, woher es kam, dass Foucault seine Spiel-Begrifflichkeiten nun explizit mit der Spieltheorie präzisierte. Erinnernte er sich an den Gebrauch der Spieltheorie bei den Strukturalisten? War er in den USA erneut darauf gestoßen? Oder hatte er sie sogar von den neoliberalen Theorien aufgenommen, als er sie für die Geschichte der Gouvernamentalität rezipierte?²⁸⁷ Es ist eine offene Frage.

Die Strategie im Rahmen von Netzwerk-Modellen spieltheoretisch zu deuten, ist jedenfalls eine typische Wahlverwandtschaft, die aus den Ursprüngen der Kybernetik stammt. Sie reicht bis in Theorien des *network governance* hinein²⁸⁸ und findet sich eben auch bei Foucault. In allen Fällen ermöglicht sie eine Zurechnung von Handlungen auf Subjekte,²⁸⁹ ohne dass man dafür auf anthropologische, humanistische Annahmen über das Subjekt zurückgreifen müsste: Ausgehend von dem beobachtbaren Verhalten wird ihre Strategie als eine *als-ob*-Intentionalität im Rahmen eines Netzes von Interaktionen rekonstruiert. Es handelt sich also nicht um eine akteurszentrierte, sondern um eine relationale Subjekttheorie.²⁹⁰ An einer solchen arbeitete Foucault. Dabei entwickelte er das ›Spiel‹ aber gerade nicht in Form eines (neoliberalen) Rational-Choice-Modells weiter. Ganz im Gegenteil: Das

285 Vgl. Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 139. Auch die Spieltheorie ist freilich ein Ableger der analytischen Philosophie.

286 Foucault: *Dits et Ecrits*, III, 200, S. 352.

287 Sowohl bei Gary Becker, als auch in der französischen Literatur, die Foucault rezipierte, wird die Spieltheorie erörtert (siehe Rosa/Aftalion (Hg.): *L'Économique retrouvée*; Becker: *The Economic Approach to Human Behavior*).

288 Für verschiedene Varianten vgl. Enroth: »Policy Network Theory«, S. 22-24; vgl. auch den Schluss dieser Arbeit.

289 Mit Richter: *Grenzen der Ordnung*, S. 105, sehe ich in dieser Zurechenbarkeit eine entscheidende Neuerung in der Machtanalytik des Spätwerks von Foucault. Sie entspricht Foucaults politischer Forderung nach einer individuellen Verantwortlichkeit für Entscheidungen. Wie Richter zurecht feststellt, erhielt das Modell des Spiels letztlich keine *dominante* Stellung, sondern bleibt eine Möglichkeit der Betrachtung der Interaktionsbeziehungen.

290 Dagegen vgl. Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 291.

Subjekt ist nicht auf eine Rationalität der Auswahl festgelegt, sondern wählt die Rationalität aus einer Vielzahl von Möglichkeiten aus.

Das aktive Selbst: Ästhetik als politische Technologie

An der Westküste der USA war es Foucault möglich, diese Vielfalt der Rationalitäten und Lebensformen zu beobachten und zu praktizieren, die er in seinem neuen Machtmodell eingebaut hatte. Er hatte sogar den politischen Imperativ seiner erweiterten Machttheorie explizit auf die Veränderlichkeit von Subjektivität abgestellt: »Wir müssen nach neuen Formen von Subjektivität suchen und die Art von Individualität zurückweisen, die man uns seit Jahrhunderten aufzwingt.«²⁹¹ Diesem Ziel widmete Foucault seine späten Schriften, die sich auf der Schneide von analytisch-beobachtendem und politisch-praktischem Interesse mit der Ethik beschäftigten.

Dabei wurden die »Technologien des Selbst« zum Dreh- und Angelpunkt, mit dem sich das Formen von Subjektivitäten als technisch-praktische Akte begreifen ließen.²⁹² Die Nähe zum Technologie-Begriff in seiner alltäglichen Bedeutung war ihm dabei durchaus klar. Statt sie aber zurückzuweisen, warb Foucault dafür, »Technologie« als ein »Leitkonzept« zu verwenden, mit dem neben den »harten Technologien« eben auch die »Führung«, »Leitung« und »Lenkung« von Individuen, Familien, Kindern und eben »seiner selbst« erfasst werden könne.²⁹³ So, wie Foucault also bereits früher (und ähnlich wie die Kybernetik selbst) nahegelegt hatte, dass die kybernetisch-informationelle Perspektive für einen »wenn nicht universalen, so doch zumindest außerordentlich weitreichenden«²⁹⁴ Bereich angewandt werden könne, so sah er diese Möglichkeit bei allen sonstigen Änderungen immer noch – und verwendete dafür nun gezielt den Technologie-Begriff.

Der Begriff hatte für Foucault noch einen weiteren Vorteil. Denn man könne mit ihm den (spezifisch modernen) Gegensatz von exakten und nicht-exakten Wissenschaften hinter sich lassen. Man würde dann nicht mehr versuchen, »das Regieren zum Gegenstand einer exakten Wissenschaft zu machen«, also wahres Wissen zu generieren.²⁹⁵ Stattdessen könne man mit dem griechischen *téchne*-Begriff wieder die *praktische Verbindung* von Wissen und Können, von Herstellen und Handeln zum Vorschein bringen, die dem Regieren eine je spezifische *Form* gab.²⁹⁶

291 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 306, S. 280.

292 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 311, S. 340.

293 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 311, S. 341.

294 Foucault: *Dits et Ecrits*, I, 70, S. 1051. Für den Kontext vgl. den ersten Teil des Kapitels.

295 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 310, S. 340.

296 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 310, S. 340, spricht daher von einer »praktischen Rationalität«. Vgl. Hesse: »Ästhetik der Existenz«, S. 306. Foucault hatte im Übrigen schon in seinen vorherigen Arbeiten darauf hingewiesen, dass seine analytischen *Instrumente* und seine materialen *Erkenntnisse* in einer ständigen Wechselwirkung entstehen, die o.g. Trennungen also nicht

Mit einer ähnlichen Begründung hatten sich kybernetische Ansätze von modernistischen Rationalitätsvorstellung abgegrenzt und stattdessen auf Design-Möglichkeiten gesetzt. Auch in Foucaults Idee der *téchne tou biou* war nun eine künstlerische, ästhetische Dimension eingelassen.²⁹⁷ Wenn Foucault die Selbsttechnologien als eine Ästhetik des Selbst oder eine Lebenskunst präsentierte, dann hatte er alle Akte der Formung und Gestaltung im Blick, die sich technischer Verfahren und Übungen bedienen. Und er sah zudem, dass *diese* Technologien des Selbst zu einem Modus der Freiheit werden konnten.

In seinen ethischen Schriften entfaltete sich dadurch das volle Potenzial seiner neuen Machtanalyse. Denn auf der einen Seite machte Foucault jetzt noch deutlicher, dass die *Genealogie eine Schreibtechnik* ist, die auf die Selbst-Führung einwirkt. Er betrachtete die Genealogie der Ethik als philosophische Übungen, mit denen er sich von der modernen Subjektivität zu befreien versuchte. Sie waren also bereits Teil einer Selbst-Technologie, nämlich des Schreibens über sich selbst.²⁹⁸ In den Schriften setzte Foucault nun auf der anderen Seite die Führung der Führungen ein, um die Selbstführungspraktiken zu analysieren. Der große Gewinn der Neuperspektivierung lag dabei darin, dass Foucault die relative Freiheit der Subjekte fassen konnte, indem er die umgebenden Rationalitäten herauspräparierte und dann die ›freie‹ Wahl einer strategischen Reaktion durch das Subjekt dazu ins Verhältnis setzte.

Diese Einsicht wurde in das Analyseraster für die Untersuchung der Ethik übersetzt.²⁹⁹ Sie konzentriert sich auf das Verhältnis des Subjekts zu einem moralischen Code, in dessen Rahmen das Subjekt aktiv Techniken und Ziele der Selbstführung entwickelte.³⁰⁰ Dieses Selbstverhältnis versuchte Foucault mit

aufrechterhalten werden können. Der Begriff des Macht-Modells in *Sexualität und Wahrheit I* war daher treffend gewählt. Hesse findet diese Aufhebung, die grundlegend für das technologische Denken ist, fundamental falsch, weil damit die Frage nach der »an sich [...] richtige[n] Lebensführung« irrelevant werde und einer »Selbstgefälligkeit« weiche (ebd.). Jenseits der Polemik ist die dahinter verborgene Einsicht richtig, dass die Maßstäbe ausgetauscht werden. Ich werde auf diesen grundlegenden Unterschied zwischen Souveränitätsdenken und technologischem Denken zurückkommen.

297 Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 326, S. 470. Vgl., auch zum Folgenden, Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 270–272. Es ging Foucault also nicht um Kunst als eigene Sphäre.

298 Schreiben als Technologie beschäftigte Foucault in diesem Zeitraum häufiger und er explizierte den Nutzen auch: »Für mich ist die intellektuelle Arbeit mit dem verbunden, was Sie als eine Form von Ästhetizismus definieren würden – darunter verstehe ich die Transformation des Selbst« (Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 336, S. 654; s.a. IV, 329, IV, 362, S. 960); vgl. Hesse: »Ästhetik der Existenz«, S. 308; allgemeiner auch Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 289f.

299 Zum Absatz siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 326, S. 475–479, vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 254f.

300 Foucault führte also zwei Reihen von Unterscheidungen ein. Zunächst unterschied er drei Dimensionen der Moral, nämlich das *beobachtbare Verhalten* des Subjekts, den *Code*, der ein

vier Dimensionen zu erfassen: Er fragte einerseits nach dem Gegenstand der Selbstführung (die »ethische Substanz«) und den Arten der Subjektivierung (*mode d'assujettissement*), zu denen der moralische Code verleiten will. Andererseits suchte er nach den Techniken und Zielen des Subjektes, die er als Askeseformen und Teleologie der Selbstführung bezeichnete. Mit diesen vier Aspekten hatte Foucault eine Heuristik entwickelt, mit der sich die Transformation der Ethik nachvollziehen ließ.

In seiner Transformationsgeschichte unterschied er dann zunächst die antike Sexualmoral, die er als »Ästhetik der Existenz« vorstellte, von der »Kultur seiner selbst«, wie sie im 2. Jahrhundert nach Christus, insbesondere bei den Stoikern, in Erscheinung getreten sei.³⁰¹ Beide richten sich laut Foucault nicht auf das Begehren als Substanz der Ethik, wie es in der Gegenwart typisch sei, sondern auf die Lüste (*aphrodisia*). Allerdings wird mit ihnen unterschiedlich verfahren: In der »Kultur seiner Selbst« stehe die Sorge um sich als ein universelles menschliches Wesen im Vordergrund. Der moralische Code formuliere also kategorische Vorgaben für ein vernünftiges Mensch-Sein, und die asketischen Praktiken nehmen daher die Form von strengen Selbstprüfungen an. Diese werden später in Christentum und Moderne als Formen der hermeneutischen Selbstentzifferung aufgenommen. Sie werden allerdings unter einem neuen juristischen Moralkodex neu ausgerichtet, und damit treten das Begehren und die Reinheit von sündigem Begehren in den Vordergrund.

Demgegenüber sind der moralische Code und die asketischen Praktiken in der »Ästhetik der Existenz« gänzlich anders ausgeprägt, meinte Foucault. Denn der Code sei hier kein festes Regelwerk, das Kategorien vorschreibt; vielmehr beschreibe er Stile des Gebrauchs der Lüste. Das Subjekt wird daher explizit dazu angehalten, eine eigene Wahl zu treffen, wie – mit welchen Praktiken und Routinen – man seine Lüste so *gestalten* kann, dass diese *möglichst intensiv* sind, ohne dass man die

moralisches Programm mit Regeln und Präskriptionen enthält, und das *subjektive Verhältnis zu diesem Code*, das wiederum als Selbstführung das beobachtbare Verhalten anleitet (aber nicht zwingend determiniert). Dieser letzte Punkt der Selbstführung wird nochmals in die vier Dimensionen aufgeteilt, die oben erläutert werden.

301 Zu den folgenden zwei Absätzen vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 254–270, und siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 326, S. 476–486; zur christlichen Sexualmoral darüber hinaus IV, 312, S. 367 und IV, 323. Ich verzichte auf eine ausführlichere Darstellung, da die historischen Details nicht zur hiesigen Fragestellung beitragen. Der klassisch-antiken Sexualmoral ist der gesamte zweite Band, der hellenisch-römischen Sexualmoral der gesamte dritte Band von *Sexualität und Wahrheit* gewidmet. Der vierte, fertige Band zur christlichen Sexualmoral erschien erst jetzt, nachdem auf Foucaults Wunsch bisher keine unveröffentlichten Texte posthum publiziert worden waren. Während Foucault in kleineren Schriften und Interviews die ersten beiden Perioden dargestellt hat, blieben die Ausführungen zur christlichen und modernen Sexualmoral noch überaus vage. Grundsätzlich bestehen recht große Zweifel bezüglich der Akkuratheit seiner Lektüren (vgl. Detel: *Foucault und die klassische Antike*).

Kontrolle über seine Lüste verliere. Die souveräne Herrschaft über die Lüste sei das Ziel dieser Selbstführungen, und dafür müsse jedes Subjekt seinen eigenen Stil finden.³⁰² Diese ästhetische Selbstführung – das ist der große Bogen von Foucaults unvollendeter Genealogie – ist sukzessive verschwunden und hat einer besorgten und daher reglementierenden Selbstführung Platz gemacht, die Foucault bereits aus anderer Perspektive kritisiert hatte.³⁰³

Dass Foucault die vormoderne Selbstführung gegen die Gegenwart ins Feld führt, hat in der Rezeption zu einer lebhaften Debatte geführt. Denn – und man sieht hier gewisse Ähnlichkeiten zur Neoliberalismus-Frage – immer wieder wurden Foucaults historische Schriften als eine substanzielle Moraltheorie gelesen. Die antike Ästhetik der Existenz erscheint dann als ein Gegenvorschlag zur modernen Subjektform.³⁰⁴ Dem hat Foucault selbst freilich immer wieder widersprochen: »Ich denke, dass es in einer Periode, welche nicht die unsrige ist, keinen beispielhaften Wert gibt... es geht nicht darum, zu einem früheren Zustand zurückzukehren.«³⁰⁵

Der Wert der genealogischen Studien zur Ethik liegt stattdessen darin, dass sie »nützlich«³⁰⁶ sein können. Foucault folgte also weiter seiner technologisch imprägnierten *tool-box*-Idee: Seine Texte bieten im besten Falle praktische Werkzeuge, die die Menschen für »neue [...] unvorhersagbare Verwendungen« nutzen sollen, »um die Machtsysteme kurzzuschließen«.³⁰⁷ Die Studien zur Ethik wollten vor allem von der Vorstellung *freimachen*, dass das Subjekt sich so selbst führen müsse, wie es in der Moderne angelegt ist. Sie sollten »das Denken von dem befreien [...], was es stillschweigend denkt, und es ihm erlauben [...], anders zu denken.«³⁰⁸

Dies richtete sich in erster Linie darauf, dass laut Foucault in der Gegenwart alles auf das Begehren ausgerichtet sei.³⁰⁹ Dieses werde einerseits einem stren-

302 Auffällig ist natürlich der – unvermittelte – Positionswechsel der Souveränität. War diese bisher doch vor allem an die kritisierten christlichen und modernen Regierungstechnologien gebunden, tauchte sie jetzt bei den beiden antiken Selbsttechnologien auf. Dies hat offensichtlich auch damals irritiert: In den Interviews wurde Foucault öfter nach dem seltsam quasi-souveränen Subjekt gefragt, zu dem er scheinbar auch noch eine gewisse Nähe habe. Siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 323, S. 434; IV, 326, S. 481f.; IV, 356, S. 881.

303 Vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 270.

304 Zur Rezeption vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 250, 263-266; Simons: *Foucault & the political*, S. 79. Die materiale Perspektive setzt Lesarten fort, die Foucault in der Tradition eines Romanizismus sehen (etwa Megill: *Prophets of Extremity*, S. 220f.); demgegenüber liest Heubel: *Das Dispositiv der Kreativität*, S. 112, Foucault als rationalen Erben der Psychoanalyse.

305 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 326, S. 470; s.a. S. 460f., 472 sowie z.B. IV, 356, S. 894.

306 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 326, S. 472.

307 Foucault: *Dits et Ecrits*, II, 151, S. 887f. (Hervorhebung hinzugefügt).

308 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 338, S. 665.

309 Zum Folgenden siehe Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 326, S. 470f., und vgl. Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 250-253.

gen, disziplinarischen Moralkodex unterworfen, während auf der anderen Seite das Versprechen auf eine Befreiung davon warte. Keine der beiden Seiten sehe aber, dass die Vorrangstellung des Begehrens ein historisch kontingentes Produkt ist und dass eine nicht-disziplinarische Moral überhaupt möglich ist. In den antiken Selbst-Technologien werde aber gerade das sichtbar. Ihre Darstellung diene Foucault also nicht als Blaupause, sondern als Kontrastprogramm, um den Raum der Aktionsmöglichkeiten aufzuweiten.

Das Verhältnis von historischer Analyse und praktischer Selbstführung hat Foucault in dem Aufsatz *Was ist Aufklärung?* explizit thematisiert und damit die Überlegungen aus *Was ist Kritik?* weitergeführt. Dort wendete er sich gegen die Gleichsetzung von Humanismus und Aufklärung und schlug vor, in der Moderne stattdessen ein Ethos zu sehen, das sich durch die »permanente Kritik unserer selbst« auszeichne und »ein reflexive[s] Verhältnis[] zur Gegenwart« ermögliche.³¹⁰ In diesem Rahmen komme der historischen Kritik eine spezifische Aufgabe zu, nämlich die »Kontingenz« hervorzuheben, die »uns zu dem gemacht hat, was wir sind«, um »die endlose Arbeit der Freiheit [...] wieder in Gang zu bringen«; die historische Analyse kann aber den komplementären Schritt nicht ersetzen: die aktive Ausübung der Freiheit, die sich »an der Realität und der Aktualität erproben muss«.³¹¹

Hier liegt Foucaults Gegenvorschlag zur Repressionshypothese. Während diese nur die Ketten sprengen will, um in einen Zustand der Freiheit einzutreten, meinte Foucault, dass Freiheit in der ständigen Kritik unserer Selbst entsteht. Dabei bediente er sich einer Argumentation, die auch die Subjekttheorie der Kybernetik prägte: Weil das Subjekt nicht mit sich selbst identisch ist,³¹² muss Freiheit immer praktiziert werden, indem man das Verhältnis zu sich selbst ständig der Kritik aussetze und sich ständig neu erschaffe. Die freie Selbstführung beruhe also darauf, die Grenzen der eigenen Identität zu überschreiten. Sie bedürfe *durchgehend* einer »Arbeit von uns selbst an uns selbst«.³¹³

Konkret zeige sich diese Problematik in der Krisensituation der 1970er Jahre. Um die neuen Aktionsräume nicht zu verspielen, reichte es laut Foucault nicht aus, einfach nur Abwehrrechte für die Regierten zu etablieren und neue, stabile Identitäten zu präsentieren – also etwa eine homosexuelle Identität. Das ethische Hauptproblem bestand nach Foucault darin, eine Kultur zu schaffen, in der neue Praktiken erfunden und jederzeit an- oder abgewählt werden können. Das Hauptproblem ist also »die Schaffung neuer Lebensformen, Beziehungen und Freundschaften [...], neuer Formen, die durch unsere sexuellen, ethischen und politischen

310 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 700.

311 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 703; s.a. IV, 354, S. 867.

312 So explizit bei Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 356, S. 888.

313 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 704.

Wahlen gestiftet werden. Wir müssen uns nicht nur verteidigen, sondern uns auch bejahen, und uns nicht nur als Identität, sondern auch als kreative Kraft [force créatrice] bejahen.«³¹⁴

Man sieht, dass die so skizzierte Problemlage der klassischen Antike ähnelt, insofern Foucault in der *Reflexion, Wahl und Ausgestaltung von Lebensstilen* die zentrale Herausforderung seiner Gegenwart erkannte.³¹⁵ Die *emphatische Bejahung von permanenter Kreativität und Erneuerung* schließt aber gerade eine Wiederholung der Antike aus. Dennoch lieferte die Antike noch einen zweiten Hinweis, der bei der Gestaltung dieser neuen Kultur hilfreich sein könnte: Als ›Objekt‹ einer solchen kreativen Arbeit am Selbst könnte die Lust wieder eine sehr viel prominentere Rolle spielen, wenn man sie von den moralischen Codierungen wahren oder falschen Begehrens befreit und die *intensive Lustempfindung* selbst zum Maßstab der Praktiken mache. Solche Praktiken, die sich nicht um Identitäten und ›wahres‹ Begehren scheren, sehe man etwa in den SM-Praktiken der Szeneviertel San Franciscos oder auch in den Drogenerfahrungen. Drogen müssten »zu einem Element unserer Kultur werden«, forderte Foucault gar, weil sie »fähig sind, eine äußerst intensive Lust hervorzubringen.«³¹⁶

Foucaults Vorschläge bleiben dezidiert formal. Sie schreiben nicht vor, wie man sich zu führen habe, welche Praktiken man zu verwenden habe und wann man Lust zu empfinden habe. Foucault blieb sich in dieser Hinsicht treu und gab keine konkrete Handlungsanleitung ab. Die Subjekttheorie ist aber auch in einem anderen Sinne formal: Foucault interpretierte nämlich das Subjekt *als eine Form*, die man formen, gestalten, designen muss.³¹⁷ Dieses In-Form-Bringen, diese ›In-Formation‹, erfolgt durch spezifische Technologien. Trotz dieser Formalität ist Foucaults Konzept alles andere als neutral, weil es einerseits quasi-ontologische Setzungen vornimmt und andererseits auch klare normative Präferenzen erkennen lässt.

Erstens zeigt sich bei Foucault konstant eine *außerordentliche Wertschätzung für das Neue*, die Erfindung und die permanente Kreativität. Zweitens schließt dieses ›Regime des Neuen‹³¹⁸ eine *permanente Arbeit an sich selbst* und einen Aufruf zur »permanenten Erschaffung unserer selbst in unserer Autonomie«³¹⁹ ein: Das Sub-

314 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 358, S. 911 [frz. IV, 358, S. 736] (Übersetzung geändert).

315 Wie Saar anmerkt, ging es also nicht um eine Ethik *ohne* moralischen Code, sondern darum dass eine ›neue Moral‹ eine stärkere *Ethos-Orientierung* aufweisen würde (Saar: *Genealogie als Kritik*, S. 266).

316 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 358, Zitat S. 913; insg. auch S. 912-915; zum Ziel der Intensivierung von Lust vgl. auch IV, 293, S. 203; zu Foucaults ›Politik transgressiver Praktiken‹ vgl. Simons: *Foucault & the political*, S. 95-104.

317 Siehe auch Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 356, S. 888.

318 Zu diesem Begriff in anderem Zusammenhang vgl. Reckwitz: *Die Erfindung der Kreativität*, S. 38-40.

319 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 701.

jekt generiert sich laut Foucault de facto stets in einer Situation; es kann und sollte diese Situativität aber auch zum Gegenstand von aktiver Selbstführung machen. In dieser ästhetischen Wahlpflicht scheint drittens ein *Vorrang für die situative Praktikabilität und Lustempfindung* auf. Was schon in Foucaults *tool-box*-Metapher angedacht war, wird nun im Rahmen der Selbstführung weitergeführt: Die »individuelle« strategische Brauchbarkeit und emotionale Affiziertheit rangieren vor Fragen des allgemein Gerechten oder des allgemein Guten.

Noch deutlicher könnte die Abgrenzung zum souveränen Subjekt kaum ausfallen. Alle drei Aspekte der Formalität – Neuheit, permanente Selbstformung und die subjektive und situative »usability« – sind bei Foucault dabei Ausdruck einer *Proliferation von Differenzen*, die sich zeitlich (Absetzung von der Gegenwart), räumlich (Absetzung von anderen) und subjektiv (Absetzung von Identitäten) zum Tragen bringen können. Diese Befürwortung der Differenz begründet wiederum, warum es sich bei Foucault nur um ein formales Subjektmodell handeln kann.

In Foucaults späten Schriften zur Ethik zeigen sich damit die Umriss einer ganz eigenen *Konzeption eines aktiven Subjekts*, die durch die technologischen Denkfiguren geprägt wird. Wenn eine solche technologisch geprägte Subjektivität an Einfluss gewonnen hat, dann fordert das Zeitdiagnosen heraus, die im Neoliberalismus die zentrale Ursache dafür sehen, dass man am Beginn des 21. Jahrhunderts ein »Flexibilisierungs-Paradies« und ein Subjektmodell antreffe, das zu Eigeninitiative und Innovation aufgefordert wird.³²⁰ Denn ganz ohne die Rational-Choice-Theorie der Neoliberalen bezog auch Foucault Stellung für eine Flexibilisierung des sozialen Systems, um den lokalen Aktivitäten Raum zu geben, die neue Formen der Politik und der Lebensführung ausprobieren. Er plädierte gegen die repräsentativen Institutionen der Moderne und für eine Proliferation von Netzwerken und Wissen. Als Gegenstück zu diesem Rauschen des Wissens zeigte er zugleich dem Subjekt eine Wahlpflicht auf, die es am besten aktiv ausübt, indem es sich ständig kritisiert, auf die Probe stellt, kreativ und experimentell ist.

In seinem Buch *Die Erfindung der Kreativität* hat Andreas Reckwitz nun eindrücklich gezeigt, dass es sich bei dieser Überkreuzung von Novität, Kreativität und Ästhetik um eine breite Bewegung handelte, die dort besonders stark war, wo Foucault sich vorzugsweise aufhielt und von wo er seine Beispiele bezog: in Kalifornien.³²¹ Indem sie *Engineering* durch *Design* ersetzt hatte, war die Kybernetik ein Ausgangspunkt dieser Bewegung. Daran schloss einerseits die Counterculture

320 Bröckling et al.: »Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien«, S. 24. Man kann hieran sehen, dass die *governmentality studies* Foucaults Mahnung der Heterogenität häufiger nicht nachkommen. Über diese zeitdiagnostische Frage hinaus legt die vorliegende Studie nahe, dass alle drei Regierungskonzepte – Souveränität, Neoliberalismus und Technologie – über eine je eigene Konzeption eines aktiven Selbst verfügen.

321 Vgl. Reckwitz: *Die Erfindung der Kreativität*, insb. S. 20–53.

an, die Kunst zum Beispiel nunmehr als *Events* inszenierte, bei denen kybernetische Rhetorik, psychedelische Drogen, Musik und technologische Instrumente wie Stroboskoplicht überblendet wurden.³²² Andererseits entstand in der Bay Area eine neue Ausrichtung des *design method movement*, die Planung und Entwicklung in einen iterativen, kritischen und experimentellen Prozess umwandelten, der bis zur Gegenwart für das *Design Thinking* maßgeblich ist.³²³ Die ästhetische Konsequenz der kybernetischen Komplexitätstheorie brachte Russel Ackoff auf den Punkt. Man verabschiedete sich vom *one best way* und rücke stattdessen Stil in den Vordergrund: »Style has to do with the satisfactions we derive from what we do rather than what we do it for. [...] Herein, of course, lies the attractiveness of games.«³²⁴

Auch Foucaults Denken stand unter dem Einfluss dieser technologischen Begriffe von Netzwerk, Spiel und Stil, auch wenn er sie freilich in ganz eigener Weise verwendete. Ich habe im vorangegangenen Kapitel die große Relevanz und die spezifische Verarbeitung von kybernetischen Figuren wie Komplexität und Zirkularität, Strategie und Selbstorganisation in Foucaults Theorie systematisch nachgewiesen. Zudem habe ich gezeigt, wie Foucault dieses Netzwerk-Denken dann in den politischen Deutungskämpfen seiner Zeit in Stellung brachte.

Auch die späte ›Ethik‹ führte diese Auseinandersetzungen fort. In diesem Kontext ging es Foucault darum, vielfältige neue Subjektformen zu ermöglichen, die nicht den Disziplinarmechanismen der Moderne folgen. Gleichzeitig bekämpfte er eine andere Ausprägung des Kreativitätsdenkens, die erneut auf die Authentizität des Individuums zurückgriff.³²⁵ Dagegen sieht seine technologische Konzeption

322 Vgl. zu dieser oft widersprüchlichen Verbindung ausführlich Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 41-68; Feustel: ›Ein Anzug aus Strom‹, insb. S. 6, 28-39, 52-66, 88f.

323 Die Nähe von Design und Kybernetik prägte auch die Weiterentwicklung der *second-order cybernetics*. So haben sowohl Ranulph Glanville als auch Klaus Krippendorff sie zu einem zentralen Gegenstand gemacht (siehe Krippendorff: »The Cybernetics of Design and the Design of Cybernetics«; Glanville: »Try again. Fail again. Fail better«). Das zentrale Dokument, mit dem Rittel eine »zweite Generation« des Designs ankündigte, die die technokratischen Anwendungen der ersten Generation hinter sich lassen sollte, ist Rittel: »On the Planning Crisis«; zur Geschichte und Gegenwart dieses Design-Denkens vgl. Cross: »A History of Design Methodology«; Katz: *Make it New*; Reckwitz: *Die Erfindung der Kreativität*, S. 182-197. Dass es dem Design Thinking der Gegenwart nicht immer gelingt, seinen Zielen nachzukommen und doch immer wieder die technokratische Position des ›Planers‹ durchbricht, demonstriert Seitz: *Design Thinking und der neue Geist des Kapitalismus*, S. 74-77. Es schlagen also nach wie vor jene technokratischen Entwürfe durch, die etwa den *comprehensive designer* bei Buckminster Fuller charakterisieren (vgl. Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 55-57).

324 Ackoff: »The Future of Operational Research is Past«, S. 99.

325 »Ich denke, dass es nur einen einzigen praktischen Ausgang [...] gibt, der nicht vorweg gegeben ist: Wir müssen aus uns selbst ein Kunstwerk machen. [...] Sartre [verweist] die schöpferische Arbeit an ein gewisses Selbstverhältnis [...], das die Form der Authentizität oder Inauthentizität annimmt. Ich jedoch würde genau das Gegenteil behaupten wollen« (Foucault:

des aktiven Selbst das Subjekt als eine situative Form, die sich permanent neu erschaffen muss, ohne ein wahres Sein zu haben. Infolgedessen werden bei Foucault Selbstkritik, Kreativität und Experimentierfreude zum Merkmal eines aufklärerischen Ethos. Dies ist ein enormer Freiheitsgewinn für das Individuum, womöglich aber auch eine Bürde.

Dits et Ecrits, IV, 326, S. 474); zur Kritik am »kalifornischen Selbstkult«, bei dem sich diese Authentizitätsidee qua Psychoanalytik abzeichnet, siehe S. 487.

V. Die Politik der Systemtheorie: Niklas Luhmann

Niklas Luhmann hat sich über Michel Foucault geärgert. Aber nicht aus theoretischen Gründen, sondern über seine Zitierweise: Es hat ihn geärgert, dass »man genau weiß, daß riesige Materialsammlungen vorhanden sind, die aber nicht in Literaturangaben eindringen«.¹ Für Luhmann war das vor allem ein Ärgernis, weil er gerne auf die historischen Beispiele zurückgegriffen hätte; für die Rekonstruktion von Foucaults Denken und Handeln ist es hingegen eine Herausforderung, weil man sie nicht so leicht mithilfe von ausgeflaggtten Linien einordnen kann. Daher war bisher weitgehend entgangen, dass Foucaults Denken stark von den kybernetischen Figuren und Argumentationsmustern des Netzwerk-Denkens geprägt ist, die er in den Konflikten der 1970er ideenpolitisch Stellung brachte. Das vorangegangene Kapitel hat diese Figuren, ihre theoretisch-systematischen Folgen und ihre politischen Implikationen freigelegt. Das folgende Kapitel nimmt nun mit Niklas Luhmann einen zweiten Fall in den Blick, um den Aufstieg des Netzwerk-Denkens nachzuzeichnen.

Im Unterschied zu Foucault hat Luhmann das Netzwerk- und Systemdenken der Kybernetik ausführlich zitiert. Allerdings ist auch Luhmanns Zitierstil eher kursorisch: Er zitierte oft ganze Aufsätze und Bücher, weil er Zitationen eher als Signalposten sah, die auf die Inspiration zu einer Idee verweisen.² Ein Grund für diese Form der Zitation lag in Luhmanns Arbeitsweise mit dem berühmten Zettelkasten. Über die Zettel, die heute in Bielefeld digitalisiert werden, erstreckt sich ein unüberschaubares Netz an Querverweisen, das keiner hierarchischen Anordnung folgt und in seiner Grundanlage den Hyperlinks des Internets entspricht.³ Beide Artefakte entstanden mithilfe von kybernetischen Figuren und wurden für ihre Benutzer zu Betriebssystemen ihres Denkens.

1 Luhmann et al.: »OFF«, S. 111f.

2 Luhmann et al.: »OFF«, S. 111f. Wie Foucault lehnte Luhmann Exegesen ab: Es ging um den Nutzwert der Texte.

3 Zu dieser gängigen Analogie etwa Schmidt: »Der Zettelkasten Niklas Luhmanns als Überbrückungsgenerator«, S. 166.

Im Folgenden wird die These also nicht nur lauten, dass Luhmann kybernetisches Denken übernommen hat – das ist völlig evident und bedarf keiner erneuten Demonstration. Man muss allerdings schon darauf hinweisen, dass es sich dabei *nicht* um eine biologische Theorie handelte, auch wenn es sich bei Luhmanns Begriff ›Autopoiesis‹ um die Erfindung zweier Biologen handelt.⁴ Diese hatten die Grundlagen aber selbst erst aus dem technologischen Forschungsverbund der Kybernetik in die Biologie (re-)importiert.

Darüber hinaus würde eine solche Interpretation auch die Vielfalt der Luhmann'schen Rezeption verkennen. Luhmann las kybernetisch inspirierte Forschung auf so verschiedenen Forschungsgebieten wie der Logik, der Psychologie, der Kommunikations-, Organisations- und Verwaltungstheorie – und auch aus der Biologie. Er verband die Ideen – teils gegen den expliziten Rat seiner Referenzen⁵ – zu einem eigenen Entwurf, der seither in fast alle diese Gebiete und darüber hinaus zurückgewirkt hat. Dies gilt insbesondere auch für die soziologische und politikwissenschaftliche Governance-Forschung, für die das Narrativ der funktional differenzierten Gesellschaft und ihrer *differentiated polity* zum allgemein akzeptierten Ausgangspunkt geworden ist.⁶

Neben diesem *expliziten* Rekurs auf die kybernetische Theorie unterscheidet sich der Ausgangspunkt von Luhmanns Theorie in einem zweiten Punkt von Foucault: Sie begann auf sozial- und rechtswissenschaftlichem Grund. Daher setzte sich Luhmann mit den Institutionen von Politik und Verwaltung sehr viel direkter auseinander als Foucault, übernahm auch Teile des Institutionalismus in seine Theorie und widmete insgesamt der Politik sehr viel mehr Aufmerksamkeit als vielen anderen Teilsystemen. Infolgedessen geriet Luhmann fast zwangsläufig in die zeitgenössischen Auseinandersetzungen um die Krise des modernen Wohlfahrtsstaates.

Hier lassen sich wiederum, das sei vorweggenommen, deutliche Parallelen zu Michel Foucault und dem technologischen Krisennarrativ insgesamt erkennen. So wurde (und wird) auch Luhmann von institutionalistischer wie von neomarxistischer Seite als Technokrat attackiert, seine Theorie als erzkonservative und »autoritäre Staatslehre«⁷ diffamiert, oder – in neueren Angriffen – als Neoliberalismus

4 So z.B. etwas verkürzt bei Farzin: *Die Rhetorik der Exklusion*, S. 68.

5 Siehe Maturana et al.: »Gespräch mit Humberto Maturana«, S. 39–41.

6 Vgl. Sørensen/Torring: »Introduction Governance Network Research«, S. 5. Hier fiel die Rezeption auf den fruchtbaren Boden, der durch die Aufnahme kybernetischer Figuren in die Organisationssoziologie und in die *fuzzy set theory* bereitet wurde. Referenz ist dabei oft die Aufsatzsammlung von Luhmann: *The Differentiation of Society*, die Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft aus der Perspektive umweltöffener Systeme untersucht.

7 Hirsch: *Die zwei Seiten der Entpolitisierung*, S. 17; als Technokratie oder Sozialtechnologie erscheint die Systemtheorie bei Habermas: »Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie?«; Hennis: »Zur Begründung der Fragestellung«.

eingestuft.⁸ Wie schon bei Foucault werde ich im Folgenden die These vertreten, dass keine dieser Zuordnungen zutrifft. Wenn man Luhmann denn unbedingt auf dem Rechts-Links-Schema verorten muss, wäre er sicherlich weiter auf der konservativen Seite als Foucault. Der starke ökologische Einschlag seiner Systemtheorie würde ihn vielleicht zu einem Befürworter der neuen schwarz-grünen Diskurskoalition werden lassen. Allerdings sind solche Mutmaßungen nicht nur hochgradig spekulativ, sie helfen ohne eine historische und systematische Kontextualisierung des verwendeten Schemas und der anspruchsvollen Theorie Luhmanns auch nicht weiter.

In der folgenden Analyse soll gezeigt werden, dass Luhmann sich mit ›Konservativen‹, Neomarxisten und Neoliberalen auseinandersetzte, aber dezidiert eine andere sozialtheoretische und normative Position vertrat. Die Probleme, denen man sich nun gegenüber sah, waren laut Luhmann die Folge des Wachstumsdrangs der modernen Gesellschaft. Weil das alteuropäische, aufklärerische Angebot selbst auf Wachstum getrimmt sei, können ihre Theorien diese Selbstgefährdung der Moderne durch ihre eigene Rationalität nicht verstehen. Man brauche daher eine Theorie, die die »weltweiten netzwerkartigen, heterarchischen, konnexionistischen Verflechtungen«⁹ einfängt und die Autonomie der einzelnen Systeme gegen Politik und Moral verteidigt. Diese neue Theorie könnte als ökologische Rationalität das Operieren *aller* Teilsysteme anleiten. Sie fordert eine permanente Selbstkritik, damit man möglichst flexibel und alternativenreich auf neue Problemlagen reagieren kann. Kognitive Offenheit und Innovationsfähigkeit lautet das Credo von Luhmanns systemischer Gesellschaftsberatung.

Mit diesem Krisennarrativ, seinen intellektuellen Ressourcen und normativen Vorschlägen stellt Luhmann einen exemplarischen Vertreter der technologischen Strömung dar, die im dritten Kapitel der Arbeit vorgestellt wurde.¹⁰ Um diese The-

8 Bröckling: »Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention«, S. 274f.

9 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117.

10 Mit dieser These liefert die Arbeit auch einen neuen Beitrag zur Luhmann-Forschung. Neben der umfangreichen Literatur über die Gesamtanlage der Systemtheorie gibt es fundierte Arbeiten zu Luhmanns Theorie politischer Systeme (z.B. Hellmann et al. (Hg.): *Das System der Politik*). Die hochabstrakte Anlage seiner Theorie mag aber Grund dafür sein, dass es fast keine Arbeiten gibt, die Luhmanns Theorie historisch kontextualisieren. Monografisch liegt hier, soweit ich sehe, nur eine Arbeit vor, nämlich Stefan Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*. Lange hat Luhmanns Theorie der Politik als eine Abklärung der Staatsgesellschaft dargestellt, die hinter der abstrakten Fassade starke normative Züge trägt und ihren Gegenspieler in jedweder Form einer politischen Gesellschaft findet. Die verdeckte Normativität von Luhmann ist auch in anderen Kontexten aufgefallen, allerdings in keiner anderen Arbeit so deutlich und ausgewogen herausgearbeitet worden. Dennoch scheinen mir in Langes Arbeit gelegentlich schwierige Interpretationen vorzuliegen, insbesondere bei der zentralen These, Luhmann vertrete eine Westminster-Demokratie. Sie unterschlägt außerdem

se zu entwickeln, bietet das erste Kapitel wie schon in der vorherigen Fallstudie eine Einführung in die theoretischen Grundüberlegungen.¹¹ Dabei soll auch hier hervorgehoben werden, dass mit großer rhetorischer Emphase eine neue Theorie angekündigt wurde, die die ›alten‹ Denkmuster über Bord warf. Sie bezog sich dabei affirmativ auf die Aufklärung, nutzte aber kybernetische Figuren, um sie reflexiv zu wenden. Das zieht eine grundlegend andere Epistemologie von Subjekten, Raum und Zeit nach sich. Nach dieser Grundlegung blickt das zweite Kapitel auf Luhmanns politische Soziologie im Handgemenge der 1970er und frühen 1980er Jahre, bevor das dritte Kapitel wiederum das Krisennarrativ, die Handlungsoptionen und ihre Folgen vergleichend untersucht.

1. Abschied von Alteuropa

Die Abklärung der Aufklärung

Mitten in den Protesten der deutschen Student:innen hielt Niklas Luhmann im Januar 1967 seine Antrittsvorlesung an der Universität Bielefeld. Sie begann wie so viele Texte nach ihr: mit einer grundsätzlichen Ablehnung des bisherigen Denkrasters für eine moderne Gesellschaft, der ein völliger Neuentwurf entgegengesetzt wurde. Diesen Neuentwurf hat Luhmann dann in exakt 30 Jahren realisiert; 1997 erschien das zweibändige Werk *Die Gesellschaft der Gesellschaft*.

die Themen Ökologie und Innovationsfähigkeit. Schließlich setzt sie *methodisch* den Fokus auf Luhmanns Theorie und liefert so keine Einordnung seines Denkens in Bezug auf die Deutungsmuster der 1970er Jahre. Erst aber als Teil einer breiteren Strömung, die Netzwerk- und Systemansätze gegen die Alternativen der 1970er Jahre durchsetzte, lässt sich die Bedeutung von Luhmanns Werk in historisch-politischer Hinsicht verstehen. Damit gehe ich auch über die wertvollen kleineren Arbeiten zur Zeitdiagnostik bei Luhmann hinaus (vgl. v.a. Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflationen und Exklusionsverkettungen«; eher kurzorisch ist Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 387-402).

- 11 Im Unterschied zur ersten Fallstudie stellt das erste Kapitel dabei beide großen Werkphasen dar, also sowohl den frühen Luhmann der umweltoffenen Systeme als auch die autopoietische Wende. Das bietet sich an, weil im Unterschied zu Foucault der Bezugsrahmen konstant bleibt (Ziel: Theorie der Gesellschaft) und auch zahlreiche Einzeleinsichten beibehalten werden. Zudem ereignete sich die autopoietische Wende im Laufe der Krisenjahre, ein permanenter Wechsel bei der Darstellung hätte aber einen irritierenden Effekt. Daher rekonstruiere ich zunächst den gesellschafts- und sozialtheoretischen Rahmen. In der Einteilung der Werkphasen folge ich Stefan Lange. Er unterteilt eine Frühphase bis in die späten 1970er Jahre, die anschließende autopoietische Phase und eine dritte Phase ab den späten 1980er Jahren, in der dieses Gerüst um beobachtungstheoretische Annahmen und um empirische Beobachtungen ergänzt wird (und darüber zum Teil in Widersprüche gerät). Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 47; Schmidt/Kieserling: »Editorische Notiz«.

Luhmann stellte gleich zu Beginn seiner Antrittsvorlesung heraus, dass sein Projekt affirmativ an die Aufklärung anschließen sollte. Allerdings wollte er der »Dreieinigkeit von Aufklärung, Vernunft und Politik« nicht folgen,¹² weil die Prämissen der Vernunftaufklärung bereits seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr überzeugen können, da weder eine apriori verfügbare Wahrheit noch der Machbarkeitsoptimismus einer Prüfung standhalten. »In beiden Hinsichten«, konstatierte Luhmann schon damals, »liegt heute weit größere Komplexität zutage«.¹³

Komplexität ist das dominante Bezugsproblem in Luhmanns Theorie der Gesellschaft, weil er es als das »verborgene Problem der Aufklärung« ansieht.¹⁴ Dieses Problem könne die Vernunftaufklärung aber nicht lösen, weil sie nur eines kenne: Die Akkumulation wahren Wissens. Das Sammeln von Informationen reiche aber nicht aus, weil das Mehr des Wissens das Nicht-Wissen nicht zurückdränge, sondern sich im Mehr des Nicht-Wissens verliere. Die Vernunftaufklärung könne daher die Komplexität der Welt nicht aufschließen, argumentierte Luhmann. Er wolle aber auch nicht, wie die Romantik, bei der Überforderung durch Komplexität stehen bleiben. Die Aufgabe der soziologischen Aufklärung geht daher über beides hinaus: »Aufklärung ist der geschichtliche Prozeß, der sich bemüht, die Möglichkeiten der Welt dem Erleben und Handeln als Sinn zugänglich zu machen.«¹⁵

Damit die Soziologie die Vielfalt und Komplexität der Möglichkeiten angemessen beschreiben könne, forderte Luhmann, müsse man sich von der Ontologie und Metaphysik lösen, die das europäische Denken seit der griechischen Antike dominieren und sowohl die positivistischen Wissenschaften als auch den Staat der Moderne prägen. Seine Kritik an dieser Wissensform, die verspricht, »soziale Sicherheit von dem Boden unbezweifelbarer Vernunftnotwendigkeiten aus zu gewinnen«, lässt drei Grundprobleme der ontologischen Metaphysik erkennen.¹⁶

Erstens setze sie jedwede Erkenntnis beim Sein an.¹⁷ Damit habe sie die Komplexität der Welt freilich immens reduziert, schließe sie doch schlechterdings alles, was in diesem Moment nicht ist, aus der Betrachtung aus. Anders gesagt: Weil sie den unendlichen Bereich von potenziellen Alternativen nicht mitdenke, könne sie nun behaupten, alles habe einen festen, unveränderlichen Grund, eine Substanz, ein wahres Sein.

12 Luhmann: »Vorwort«, S. 5.

13 Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 84.

14 Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 91; vgl. zur Aufklärung auch Horster: *Niklas Luhmann*, S. 48–52.

15 Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 94, zur Argumentation insg. S. 92–94.

16 Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 93.

17 Zu den Kritikpunkten in den folgenden drei Absätzen siehe Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 93–95, und ausführlich Luhmann: »Funktion und Kausalität«; Luhmann: »Wahrheit und Ideologie«.

Daraufhin können nun – *zweitens* – Regeln aufgestellt werden, mit denen man die Wahrheit erkennen würde. Dabei stütze sich die Ontologie darauf, dass die Wahrheit von jedem in derselben Art und Weise erkannt werden kann, weil sie ja a) im Wesen der Sache selbst liegt und es b) im Wesen des Menschen liegt, über Vernunft zu verfügen. Diese Idee sei in der Aufklärung auf die Spitze getrieben worden, während man alle Erklärungsansätze ausschloss, die – wie der Funktionalismus – an den letzten Grund der Dinge nicht glaubten.

Wenn es dann – *schließlich* – darauf ankommt, Veränderungen zu erklären, greife die Ontologie auf Hilfskonstruktionen zurück, mit denen sich kausal vom Sein auf die Veränderung schließen lasse. Zu diesen Hilfskonstruktionen zählte Luhmann die Hierarchie und die Vorstellung von Teil und Ganzem ebenso wie zwei Varianten wissenschaftlichen Erklärens: Das *teleologische Erklärungsmuster* erkläre Handlung durch ihren wahren Zweck oder ihre Wirkung; das *mechanische Erklärungsmuster* erkläre sie durch das ursprüngliche Motiv oder die zwingende Ursache.¹⁸ In der Vorstellung der alteuropäischen Ontologie, so Luhmann, ist beiden Mustern gemein, dass sie *lineare* Beziehungen zwischen *einer* Ursache und *einer* Wirkung herstellen.¹⁹

Das Problem liegt aus seiner Sicht dabei nicht nur in der Variabilität der Sachen selbst (die auch anders sein könnten), sondern auch in der Variabilität der Beziehungen. Jede ›Ursache‹ habe eine Vielfalt von Beziehungen zu anderen Ursachen und Wirkungen, die auch nicht alle kausaler Art sein müssen. Wenn dem so ist, dann verlieren aber die Kausalitätskonzepte wie Mittel und Zweck oder Ursache und Wirkung ihren Sinn. Sie können der »Komplexität des Kausalnetzes« nicht gerecht werden.²⁰

Luhmann sah die Soziologie als die aufklärerische Wissenschaft, weil sie Annahmen der Ontologie immer wieder infrage gestellt hat, indem sie die Relevanz latenter Dimensionen und nicht-intendierter Folgen aufzeigte.²¹ Dafür verwies er insbesondere auf Marx, Nietzsche und Freud, kritisierte sie aber zugleich. In ihrem Erklärungsschema hätten sie dann aber an Faktorentheorien festgehalten, die nur latente Ursachen erkennen. Die frühen Systemtheorien – gemeint waren hier Ross Ashby, Talcott Parsons und der Strukturalismus – haben demgegenüber zwar

18 Siehe Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 22f.; Luhmann: »Die Praxis der Theorie«, S. 318.

19 Siehe Luhmann: *Zweckbegriff und Systemrationalität*, S. 9.

20 Für das Zitat Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 26; zu diesem Komplex Luhmann: »Funktionale Methode und Systemtheorie« (dort auch eine ähnliche Netzmetapher auf S. 60); Luhmann: »Wahrheit und Ideologie«, S. 73. Die Rede vom komplexen Netz der Kausalitäten und dem entsprechend komplexen Netz der Strukturen findet sich schon in den frühen Schriften oft, z. B. auch in Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 199.

21 Siehe, auch zum Folgenden, Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 85f.; Luhmann: »Wahrheit und Ideologie«, S. 70f.; Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 26f.

die Komplexität der Zusammenhänge erkannt und sich daher von bloßen Einzel-faktoren abgewendet; sie seien aber immer noch der kausalistischen Vorstellung gefolgt, dass ein System aufgrund seiner Struktur zwingend in einer bestimmten Art und Weise reagieren würde, wobei diese Struktur auf den Zweck des Selbsterhalts ausgerichtet sei.²²

Für Luhmann war das nicht radikal genug. Seine Interventionen attackierten schon in den frühen Schriften immer wieder die »geisteswissenschaftliche oder geistesgeschichtliche Deutung ausgelaugter Formeln«²³ und die »alteuropäische Gesellschaftslehre«,²⁴ die ihre »kritische, innovative Funktion verloren«²⁵ hat. Man brauche daher »neue Denkansätze«²⁶ und einen Begriffsapparat, der »zu einem abstrakteren Niveau der Artikulation von Denkvoraussetzungen«²⁷ gelangt. Es ist auch diese Rhetorik des »neuen Denkens«, die Luhmann mit anderen kybernetisch inspirierten Ansätzen verbindet und die sich hier – einmal mehr – als Teil des technologischen Narrativs zeigt.

Dem entspricht auch der Ausgangspunkt seines Gegenvorschlags: Man muss-te die Komplexität zurückholen und die unendliche Vielfalt der Möglichkeiten in die Analyse wieder einbeziehen. Das bedeutete, nicht mehr vom Sein, sondern von dem *Verhältnis* von Sein und Nicht-Sein auszugehen: »Letztlich läuft die Abklärung der Aufklärung mithin auf ein Reflexivwerden des Aufklärens hinaus.«²⁸ Auch Luhmanns Kritik der Aufklärung ist also als eine reflexive Wende konzipiert.²⁹ Sie meint, wie schon bei Kybernetik und Foucault, keine völlige Abkehr, sondern dass man das Abstraktionsniveau erhöhen müsse, um Komplexität erfassen zu können.

Die Methode für die reflexive Aufklärung durch Soziologie nannte Luhmann Äquivalenzfunktionalismus, die zugehörige Theorie eine funktional-strukturelle Systemtheorie.³⁰ Der Äquivalenzfunktionalismus besteht, einfach gesagt, aus zwei Grundkomponenten, nämlich der Auswahl eines Bezugsproblems und der Prüfung möglicher (»äquivalenter«) Antworten auf dieses Bezugsproblem. Dabei ist das Bezugsproblem das Ergebnis eines Selektionsaktes unter zahllosen möglichen Be-

22 Siehe Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 14f.; vgl. Kastner: »Luhmanns Souveränitätsparadox«, S. 86f.

23 Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 207.

24 Luhmann: »Gesellschaft«, S. 193.

25 Luhmann: »Positives Recht und Ideologie«, S. 248.

26 Luhmann: »Gesellschaft«, S. 179.

27 Luhmann: »Gesellschaft«, S. 193.

28 Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 109.

29 Zu Aufklärung bei Foucault und Luhmann auch Gebhard et al.: »Kritik der Gesellschaft?«, insb. S. 273, 276.

30 Beides wird in den frühen Aufsätzen immer wieder erläutert, beispielsweise in Luhmann: »Soziologische Aufklärung«, S. 95; Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 16-26; Luhmann: »Soziologie als Theorie sozialer Systeme«, S. 144-147.

zugsproblemen. Es ist keine Gegebenheit, sondern kontingent und zieht die Frage nach sich, *wie es kommt*, dass einem Ereignis die Form eines bestimmten Problems gegeben wurde. Foucault hatte etwas Ähnliches mit dem Begriff der Problematisierung beschrieben. Auf ein solches Problem gibt es dann aber immer noch sehr verschiedene Antwortmöglichkeiten. Funktionale Analysen können daher nie das faktische Vorkommen einer Funktion vollends erklären: »Sie haben gerade den entgegengesetzten Sinn: auf andere Möglichkeiten hinzuweisen.«³¹

Die Systemtheorie geht von diesem »Netz anderer Möglichkeiten« aus, die permanent zur Verfügung stehen.³² Sie kann daher, so Luhmanns Argument, keine Stabilität voraussetzen, wie das die alteuropäische Theorie mache. Stabilität sei vielmehr das erklärungsbedürftige Problem. Man müsse sich darüber wundern, wie es sein kann, dass ein System stabil ist. Luhmanns Antwort darauf ist recht einfach: Das System ist nicht stabil – jedenfalls nicht im Sinne von statisch.

Systeme entstehen laut dem frühen Luhmann vor allem, weil diese massive Komplexität der Welt für die Einzelnen nicht zu ertragen ist; Systeme arbeiten die Komplexität klein und entlasten so das Individuum.³³ Sie wählen bestimmte Wege aus, um die Komplexität in ein handhabbares Problem umzuformulieren, und erfinden Lösungen für diese Probleme.

Bei der Verarbeitung von Komplexität gilt auch für Luhmann der kybernetische Lehrsatz, dass ein System umso mehr Komplexität verarbeiten kann, desto mehr unterschiedliche Variationen es im Inneren zur Verfügung hat. Allerdings wendete er gleich ein, dass Systeme nie der Komplexität der Umwelt gerecht werden können.³⁴ Sie differenzieren sich daher aus ihrer Umwelt aus, indem sie einen *bestimmten* Problembezug und *bestimmte* Lösungsstrategien wählen. Sie bringen die

31 Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 20; zum Begriff der Problematisierung bei Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 344, S. 751.

32 Luhmann: »Funktion und Kausalität«, S. 34: »Die funktionalistische Auslegung des Handelns macht deutlich, daß Handlungen in einem Netz anderer Möglichkeiten immer stabilisierungsbedürftig sind. Diese Stabilisierung kann jedoch nicht in Form invarianter Relationen zwischen bestimmten Ursachen und bestimmten Wirkungen erfolgen. Sie ist Sache gemeinsamer Erwartungen.« Zum Folgenden auch S. 22 und Luhmann: »Funktionale Methode und Systemtheorie«, S. 50.

33 Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 77–79. Die Nähe zur klassischen Institutionenlehre, insbesondere von Gehlen, ist hier deutlich erkennbar, wie Lange zeigt. Man sollte sie aber nicht überschätzen: Luhmann sah die erste Aufgabe der funktionalen Analyse im Erschließen von Komplexität und anderen Möglichkeiten. Er teilte gerade die alteuropäischen Grundlagen der wertorientierten Institutionenlehre nicht. Diese Distanz zu Schelsky machte er etwa gleich am Beginn seiner Inauguralvorlesung deutlich.

34 Siehe Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 13f.

Umweltprobleme immer nur in eine »vereinfachte Form«,³⁵ auch Luhmann nannte den jeweiligen Umgang mit Komplexität daher eine »Strategie«.³⁶

Neben der Ausdifferenzierung stellt Temporalisierung dabei fraglos den wichtigsten Mechanismus dar, um Komplexität zu reduzieren. Denn um *möglichst viele* Lösungsoptionen für *ein* Bezugsproblem anzubieten, bringt ein System Zeit ins Spiel (Prozessualität). Weil komplexe Systeme auch laut Luhmann aus Elementen bestehen, die erst durch ihre spezifische Relationierung qualifiziert werden, lassen sich nacheinander unterschiedliche Relationen aktualisieren. Auf diesem Wege eröffne Zeit die Möglichkeit, mehrere Optionen der Komplexitätsreduktion zu nutzen.³⁷

Infolgedessen ist das System nicht nur von der Umwelt verschieden, es ist auch mit sich selbst nicht identisch. Die Identität des Systems ist kein Seinszustand, wie Alteuropa laut Luhmann glaubte, sondern eine permanente, kontrafaktische Syntheseleistung des Systems selbst.³⁸ Es bezieht sich auf sich selbst (Reflexivität) und reflektiert das durch Selbstbeschreibungsformeln (Reflexion). Auf diese Weise grenzt sich das System von seiner Umwelt ab und *präsentiert sich selbst als stabil*, obwohl es sich es intern ändert und permanent umbaut.

Luhmann stellte damit die Grundlagen der Theorie von Identität auf Differenz um,³⁹ und zwar Differenz im »sozialen Raum« (zur Umwelt) und in der Zeit (zu sich selbst). Die moderne Gesellschaft beschrieb Luhmann dann bekanntlich als ein soziales System, das auf diese Weise *funktionale* Differenzierung zu ihrem Grundprinzip gemacht hat, und dadurch wie keine andere Gesellschaftsformation zuvor in der Lage ist, Komplexität zu reduzieren.⁴⁰ Diese Kapazität zur Komplexitätsver-

35 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 144, und auch bereits in Luhmann: »Soziologie als Theorie sozialer Systeme«, S. 148f.

36 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 140, auch Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 53, 133f.; Luhmann: »Soziologie als Theorie sozialer Systeme«, S. 148.

37 Siehe Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 13f.; zur Zeitdimension auch Luhmann: »Temporalization of Complexity«. Nach der autopoietischen Wende wird er noch radikaler formulieren: Systeme bestehen nicht einfach aus Elementen, sie bringen *durch* ihre Prozesse diese Elemente erst hervor. Dies bahnt sich beim frühen Luhmann aber schon deutlich an.

38 Siehe z.B. schon 1962 Luhmann: »Wahrheit und Ideologie«, S. 71.

39 Diese gängige Formel findet sich auch direkt bei Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 396.

40 Zu den allgemein bekannten Punkte dieses und des folgenden Absatzes siehe z.B. aus den frühen Arbeiten Luhmann: »Gesellschaft«, S. 187-189; Luhmann: »Differentiation of Society«; am Beispiel Luhmann: »Soziologie des politischen Systems«; nach der autopoietischen Wende Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 261-265; Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 207-210. Die Systemtheorie zeichnet sich auch in Luhmanns Variante als eine epistemische Perspektive aus, weil sie alles in System/Umwelt-Unterscheidungen erfassen will. Dementsprechend gibt es unterschiedliche Systemtypen: Maschinen, Organismen, psychische Systeme und eben soziale Systeme. Unter den sozialen Systemen gibt es dann Interaktions-, Organisations- und Funktionssysteme (Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 16). Eine Besonderheit

arbeitung entstehe daraus, dass die Funktionssysteme völlig unabhängig und ohne Koordinationszentrale arbeiten. Sie haben sich selbst auf eine bestimmte Problemlösung spezialisiert. Indem sie so bestimmte Aspekte der Komplexität verarbeiten, können andere Teilsysteme nach ihren Parametern auf diese Leistungen zurückgreifen, die sie wegen ihrer eigenen Spezialisierung nicht erbringen können.⁴¹

Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Funktionssysteme hängt wiederum daran, dass sie auch intern wieder Binnendifferenzierungen ausbilden. Dadurch wird es möglich, mehrere Problembezüge zu bearbeiten, zum Beispiel indem sie auf gesonderte Rollen verteilt werden. Alle Systeme generieren auf diese Weise ihre eigene Umwelt und ihre eigene Innenperspektive und bilden in ihrem Inneren nochmals Subsysteme aus, die wieder ihre eigene Sicht auf die Umwelt und auf sich selbst haben. Jedes Teilsystem arbeitet dabei autonom durch eine eigene Steuerung von Kommunikation, ohne dass es eine zentrale Koordinationsinstanz oder ein gemeinsames Ziel geben würde.⁴²

Mit dieser Konzeption grenzte sich Luhmann gezielt von klassischen Differenzierungstheorien ab: Sie trennen das Ganze stets in Teile auf oder summieren Teile zu einem Ganzen.⁴³ Genau diese Idee von Arbeitsteilung ist laut Luhmann aber unzureichend, weil man dann direkte Koordination voraussetzen müsste, solche Koordination aber einen Überblick über die Gesamtkomplexität voraussetzt, den niemand haben könne.

Systeme sind daher nicht Teile vom Ganzen, schlug Luhmann vor, sondern autonome »Emergenzniveaus«.⁴⁴ Treffen zwei Systeme aufeinander, bildet sich durch Differenzierungsprozesse ein unabhängiges drittes System, ohne die ontologischen Eigenschaften der anderen Systeme »mitzunehmen«.⁴⁵ In dem starken Emergenzparadigma, für das Luhmann damit eintrat, macht daher weder der alte Kampf

bei Luhmann ist, dass er die Hoheit der Soziologie zu begründen versucht: Weil über »Natur« und »Maschinen« immer nur in sozialem Kontext geforscht und mittels Kommunikation kommuniziert werden kann, ist jede Erkenntnis auf das soziale System zurückzubeziehen. Dies ist laut Horster: Niklas Luhmann, S. 74, auch ein Streitpunkt mit dem radikalen Konstruktivismus.

41 Zur Unterscheidung Funktion, Leistung, Reflexion siehe Luhmann: »Differentiation of Society«, S. 36f.

42 So schon in Luhmann: »Funktionale Methode und Systemtheorie«, S. 50.

43 Vgl. dazu auch Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 301.

44 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 14, hier und im Weiteren auch S. 19, 38f. Vgl. auch Kneer: »Differenzierung bei Luhmann und Bourdieu«, S. 28–33. Damit grenzte Luhmann sich scharf von Rational-Choice-Theorien der Emergenz und betriebswirtschaftlichen Entscheidungstheorien ab, die alles auf die Individuen bzw. Einzelentscheidungen zurückführen. Sein Emergenzkonzept entwickelte sich voll nach der autopoietischen Wende.

45 Vgl. dazu auch Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 418f.

zwischen methodologischem Holismus und Individualismus Sinn, noch lassen sich Mikro- und Makro-Soziologie kategorisch unterscheiden.⁴⁶

Man kann diesen Umstand auch anders formulieren: »Für Luhmann ist – wie wir wissen – Gesellschaft ein Netzwerk von Sozialsystemen«,⁴⁷ die heterarchisch ineinander verschachtelt und verschaltet sind. Sie generieren eine Struktur, die die Kapazität hat, um eine immense Palette an Möglichkeiten zu realisieren: »Es ist sehr viel verschiedenartiges Erleben und Handeln möglich, aber alles nur unter bestimmten, mehr oder weniger bekannten Bedingungen.«⁴⁸ Diese gegenseitige Steigerung von Struktur und Möglichkeiten hat allerdings zur Voraussetzung, dass die Teilsysteme inkongruente, unterschiedliche Perspektiven einnehmen: »Das technisch Mögliche ist nicht immer auch wirtschaftlich möglich, oder rechtlich möglich, oder politisch möglich. Alle Einzelsysteme entwerfen [...] einen zu weiten Horizont von Möglichkeiten. [...] Das Mögliche ist nicht ohne weiteres möglich (nämlich dann nicht mehr, wenn die Systemreferenz der Betrachtungsweise wechselt).«⁴⁹ Auch hier wird Luhmanns Theorie der Differenz mehr als deutlich. Nicht die Gleichheit, sondern die *Unterschiedlichkeit garantiert die »Leistungsfähigkeit des Systems*.

Diese Unterschiedlichkeit schafft jedoch auch ein Problem, nämlich das der Integration der Gesellschaft. Hier attackierte Luhmann schon früh den modernisierungstheoretischen Horizont, den er auch bei Parsons vorfand: Weil die Leistungsfähigkeit der Funktionssysteme darauf beruht, dass sie autonom ihrer und keiner anderen Selektionsperspektive folgen, kann man die Gesellschaft nicht durch zentrale Einrichtungen normativer, symbolischer oder prozeduraler Art integrieren.⁵⁰ Das funktionale Äquivalent zum alteuropäischen Integrationsbegriff bietet laut Luhmann die funktionale Differenzierung selbst. Denn jedes Teilsystem ist auf

46 Holismus und Individualismus machen keinen Sinn, weil sie Summierung oder Teilung implizieren, nicht eigenständige Ausbildung und Erhaltung; Mikro- und Makro-Perspektiven sind problematisch, weil ein Element nicht ontologisch festgeschrieben, sondern polyvalent ist. Siehe zu letzterem Luhmann: »Reflexive Mechanismen«, S. 128.

47 Horster: *Niklas Luhmann*, S. 159. Siehe auch das Zitat vom Eingang (Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117).

48 Luhmann: »Gesellschaft«, S. 188.

49 Siehe Luhmann: »Gesellschaft«, S. 188.

50 Siehe, auch im Folgenden, Luhmann: »Gesellschaft«, S. 189. Von der damaligen Formel der Integration wäre noch einmal die Inklusions/Exklusions-Thematik zu unterscheiden. Hier fällt auf, dass Luhmann sehr lange einer modernistischen Vollinklusionsthese gefolgt ist, bevor er erst in den 1990er Jahren – als Reaktion auf das Scheitern der Theorie angesichts von Slums – einen Exklusionsbegriff entwickelte; dann avanciert die Unterscheidung aber fast zu einem neuen Metacode. Aus der umfänglichen Literatur dazu vgl. z.B. Farzin: *Die Rhetorik der Exklusion*, insb. S. 51-62; Nassehi: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«, S. 110-114; Horster: *Niklas Luhmann*, S. 125.

eine strukturierte Umwelt, also auf die Leistung der anderen Teilsysteme angewiesen.

Diesen Umstand wendete Luhmann immer wieder gegen die alteuropäische Lesart der Gesellschaft. In der funktional differenzierten Gesellschaft gebe es kein Zentrum und keine Hierarchie, wie es die Semantik des alten Europas nahelege. Stattdessen gebe es nur Funktionssysteme, die zugleich autonom und hochgradig voneinander abhängig sind. Diese hohe Spezialisierung und Eigendynamik der Funktionssysteme habe allerdings einen Preis: Die Funktionssysteme können nicht mehr füreinander einspringen.⁵¹ Auf der Ebene der Funktionssysteme gibt es also keine hinreichende Redundanz, sodass der Ausfall eines Funktionssystems fatal für alle anderen wäre. Wer aber der Gesellschaft deshalb einen gemeinsamen Werte-horizont oder universellen Konsens abverlange, um sie zu integrieren, gefährde die funktionale Differenzierung. Stefan Lange sieht hierin einen »Differenzierungs-normativismus«, den Luhmann schon in seiner ersten größeren gesellschaftstheoretischen Arbeit über *Grundrechte als Institution* vertrete.⁵² Wie zu sehen sein wird, glaubte Luhmann, eine solche Präferenz für Differenz immer wieder auch politisch verteidigen zu müssen.

Die autopoietische Wende

Mit der sogenannten »autopoietischen Wende« schärfte Luhmann seine Differenztheorie noch einmal, indem er von der Theorie umweltöffener auf die Theorie geschlossener Systeme umstellte. Dadurch wurde die *ausschließliche Selbststeuerung der Systeme* besonders betont und allen Versuchen der Steuerung durch ein Zentrum oder eine Spitze eine Absage erteilt: »Die moderne Gesellschaft hat weder ein Zentrum noch eine Spitze.«⁵³

Allerdings gibt es in der Sekundärliteratur über die »autopoietische Wende« oft keine Erklärungen, warum Luhmann diese Wende vollzogen hat.⁵⁴ Meiner These nach steht dahinter genau jene Abgrenzung zu den modernistischen Vorstellungen, die Gesellschaft durch rationale Steuerung integrieren zu können. Dieser Modernismus bediente sich in den Augen Luhmanns bei den frühen Systemtheorien, um ihren Anspruch zu untermauern. Mit den Input-Output-Modellen, so konzedierte Luhmann jetzt, ließ sich ein Steuerungsoptimismus vertreten, weil sie die Vorstellung erwecken, dass man nur gezielt Input oder Output regulieren müsste,

51 Hier und im Folgenden etwa Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 97f., 167.

52 Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 142f. Siehe Luhmann: *Grundrechte als Institution*, z.B. S. 23, 117, 200. Ich werde im Folgenden von einem Differenznormativismus sprechen. Dies nimmt Langes Wendung auf, soll aber betonen, dass es bei dieser Haltung nicht nur um Differenzierung, sondern – grundlegender und breiter – um Differenz ging.

53 Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 31.

54 So heißt es zum Beispiel lapidar: »Auf jeden Fall nimmt Luhmann [...] eine Umarbeitung seines Ansatzes vor.« (Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 304).

um den perfekten Gleichgewichtszustand zu erhalten. »Man versteht so die Attraktivität dieses Schemas für eine rationalistisch und steuerungstechnisch interessierte Systemtheorie«, schrieb Luhmann in *Soziale Systeme*, »[i]n diesem Sinne sprach man von Systemdynamik, meinte damit aber nur den Durchlaufprozeß und nicht die Selbstregulierung«. ⁵⁵

Gerade gegen die hierarchische, rationalistische Steuerung der Gesellschaft waren aber schon die frühen Schriften Luhmanns gerichtet, wie ich eben gezeigt habe. Schon 1962 hatte er aus diesem Grund die zu kurz greifenden Gleichgewichtstheorien von Ashby und Parsons kritisiert. Die systematische Umarbeitung seiner Theorie bot nun die Möglichkeit, den Weg zur politiknahen, rationalistischen Steuerungslehre auf epistemologischer Basis zu verstellen. Stefan Lange hat die *politische* Dimension der autopoietischen Wende daher zurecht als radikalen Steuerungsskeptizismus bezeichnet. ⁵⁶

Dass der selbsternannte Paradigmenwechsel seit Anfang der 1980er Jahre in Publikationen auftaucht, dürfte auch am Scheitern der Steuerungspolitik und der folgenden Unregierbarkeitsdebatte liegen. ⁵⁷ Darauf komme ich im nächsten Kapitel zurück. Vorerst sei der theoriesystematische Gewinn herausgestellt, den Luhmann daraus zieht: Indem er den innerkybernetischen Paradigmenwechsel von *first-order cybernetics* zu *second-order cybernetics* nachvollzog, gelang es ihm, die alteuropäischen Kategorien aus der Theorie umweltoffener Systeme (wie etwa Rolle oder Handlung) abzulösen und den Theorierahmen durchgehend auf ein neues Vokabular umzustellen. Im Folgenden sollen die drei wichtigsten Neuerungen kurz eingeführt werden. ⁵⁸

Die *erste und wichtigste neue Vokabel* ist dabei natürlich die Autopoiesis, die Luhmann von Humberto Maturana und Francesco Varela übernahm: »Die Vorstellung der Elemente des Gesellschaftssystems muß von substantiellen Einheiten (Individuen) auf selbstreferentielle Operationen umgestellt werden, die nur *im System* und nur *mit Hilfe eines Netzwerks von gleichen Operationen* hergestellt werden können (Autopoiesis)«. ⁵⁹ Diese Formulierung radikalisiert Luhmanns frühere Vorstellung, dass Elemente nicht ontologisch existieren, sondern nur *durch Operationen* bestehen. Erst im Operieren bringt das System demnach seine Elemente hervor – es macht (poiesis) sich selbst (auto).

55 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 276.

56 Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, Kap. 5.

57 Selbst wenn Luhmann – was bisher, soweit ich sehe, nicht erforscht ist – erst jetzt den innerkybernetischen Paradigmenwechsel entdeckte, ist die Frage, warum er ihn zu diesem Zeitpunkt übernahm. Der Konflikt um Werte- und Steuerungsdenken in den 1970er Jahren, in den Luhmann selbst intervenierte, dürfte hier mindestens einen guten Anlass bieten.

58 Für eine umfassendere Übersicht vgl. z.B. Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 309–361.

59 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 24 (Hervorhebung hinzugefügt).

Mit dem Autopoiesis-Konzept wertete Luhmann den Netzwerk-Begriff auf, den er vorher bereits verwendet hatte, um auf das ›Netz an Möglichkeiten‹ zu verweisen. Die Aufwertung des Netzwerk-Begriffs fungiert damit bei Luhmann und Foucault als eine Art Indikator des Übergangs. Auch bei Foucault war der Netz-Begriff eher im Hintergrund des Systembegriffs, bis die poststrukturalistische Macht-Konzeption ihn unverkennbar in den Vordergrund rückte. Dies ist freilich bei Luhmann nicht der Fall. Aber ein System wird nun als ein Netzwerk aus Operationen bestimmt: »Man kann jetzt die Gesellschaft als ein autopoietisches System auffassen, das aus Kommunikationen besteht und die Kommunikationen, aus denen es besteht, durch das Netzwerk dieser Kommunikationen selbst produziert und reproduziert.«⁶⁰

Im Unterschied zu Luhmann benutzten Maturana und Varela den Begriff der Autopoiesis nur für lebende Systeme – und Gesellschaft zählten sie hier nicht dazu.⁶¹ Zudem bestehen Gesellschaften für die Urheber des Begriffs zumindest *auch* aus Individuen und nicht nur aus Kommunikation.⁶² Das zeigt einerseits an, dass kybernetisches Denken nicht radikal anti-humanistisch sein muss (wie es bei Foucault und Luhmann zunächst der Fall ist); andererseits macht es klar, dass Luhmann dem Autopoiesis-Begriff eine ganz eigene Wendung gab. Diese bestand darin, dass er den Begriff weiter abstrahierte und die Selbstreferenz zum Kernmerkmal *aller* komplexen Systeme machte; soziale Systeme unterscheiden sich dann von anderen Systemtypen, weil ihre Selbstreferenz über Kommunikation läuft.⁶³

Indem Luhmann die Selbstreferenz hervorhob, markierte er seinen fundamentalen *Bruch mit dem Input-Output-Modell* – und mit dem zugehörigen Transmissionsmodell von Informationen.⁶⁴ Informationen sind demnach keine Nachrichten, die man unbeschadet vom Sender zum Empfänger transportieren kann, sondern entstehen auf der Systeminnenseite, indem das System selbst Unterscheidungen einführt: »Information ist mithin eine rein systeminterne Qualität. Es gibt keine Überführung von Informationen aus der Umwelt in das System. Die Umwelt ist, was sie ist. Sie enthält allenfalls Daten.«⁶⁵

Diese Überlegung hatte Luhmann auch bei Heinz von Foerster, George Spencer-Brown und Gregory Bateson gefunden, von dem die Formulierung hier

60 Luhmann: »Die Differenzierung von Politik und Wirtschaft und ihre gesellschaftlichen Grundlagen«, S. 38. Ein möglicher Grund für die steigende Relevanz des Netzwerks wäre, dass es die zeitliche wie räumliche Unabgeschlossenheit stärker betont.

61 Vgl. Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 314f.; Farzin: *Die Rhetorik der Exklusion*, S. 66f. Damit ist Luhmann näher bei Foersters Idee der nicht-trivialen Maschine (vgl. dazu das Kapitel über Kybernetik).

62 Vgl. Horster: *Niklas Luhmann*, S. 93, der auch den Bezug zum Humanismus herstellt.

63 Vgl. Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 316–318.

64 Vgl. Borch: »Systemic Power«, S. 160.

65 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 45.

fast übernommen wurde. Luhmann gelang die Abstraktion des Autopoiesis-Begriffs, indem er die Beobachtungstheorie der *second-order cybernetics* auf ihn projizierte: Autopoiesis heißt Selbstreferenz.⁶⁶ Die Selbstreferenz beruht dabei auf der Fähigkeit der Systeme zu beobachten. Beobachten besteht laut Luhmann stets darin, zugleich Unterscheidungen zu treffen und sie zu bezeichnen. Auf diese Weise schafft sich das System Anhaltspunkte, um seine Selbstreferenz in eine Richtung fortzusetzen.⁶⁷ Einfacher gesagt: Das System muss sich selbst beobachten, um entscheiden zu können, ob ein Rauschen eine relevante Information für das System enthält. Es kann dann diese Information so »beschreiben«, dass sie aus dem System selbst kommt oder aus der Umwelt des Systems. System und Umwelt sind so zunächst einmal Konstruktionen des Systems selbst.

Es ist offensichtlich, dass hier Luhmanns frühere Vorstellung erneuert wird, dass Systeme keinen Zugang zur einzig wahren Wahrheit haben, sondern stets nur eine bestimmte Perspektive übernehmen können. In der neuen Sprache würde dies heißen, dass stets nur Beobachter beobachten können. Weil sie dafür Unterscheidungen einführen, haben sie stets einen blinden Fleck, der mit dieser Unterscheidung nicht gesehen werden kann.⁶⁸ Mit dieser abstrakten Beobachtungstheorie wird jede objektive Subjekt-/Objekt-Unterscheidung desavouiert, weil jedes Subjekt wiederum zum Objekt einer Beobachtung werden kann, die seinen blinden Fleck offenlegt. Man befindet sich in einem Kreislauf von gegenseitigen Beobachtungen.⁶⁹

Die zweite wichtige Neuerung in der autopoietischen Gesellschaftstheorie baut darauf auf und macht Luhmanns Theorie etwas plastischer: Die funktionale Ausdifferenzierung in der Gesellschaft läuft nun entlang der *Codierung* von Kommunikation.⁷⁰ Funktionssysteme nehmen die kommunikativen Ereignisse der Gesellschaft in ihrer je eigenen Weise wahr: So organisiert das Rechtssystem Kommunikation immer nach der Codierung Recht/Unrecht, die Wissenschaft nach der

66 Vgl. dazu auch Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 317.

67 Siehe, auch zum Folgenden, insb. Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 45; daneben Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 600; vgl. zum Beobachten Farzin: *Die Rhetorik der Exklusion*, S. 68–70; Hayles: »Making the Cut«; Kastner: »Luhmanns Souveränitätsparadox«, S. 78f.; zu den bereits thematisierten Folgen eines »systeminternen« Informationsbegriffs im Luhmann-Kontext etwa auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 151.

68 Für diese und die folgende Konsequenz des Denkens der *second-order cybernetics* bei Luhmann vgl. z.B. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 152; Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 344, 355.

69 Siehe z.B. Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 869.

70 Zu Codes siehe Luhmann: »Distinctions directrices«. Vorher hatte Luhmann gelegentlich darauf verwiesen, dass sich Funktionssysteme um Rollen herum ausbilden (vgl. Hellmann: »Spezifik und Autonomie des politischen Systems«, S. 14). Das stand allerdings in Spannung zu der frühen Betonung von Kommunikation als Strukturierungsmoment. Daher beseitigt die autopoietische Wende hier eine gewisse Unklarheit.

Codierung wahr/falsch und die Wirtschaft stets nach der Unterscheidung Zahlung/Nicht-Zahlung. »Ein Code ist danach eine Struktur mit besonderen Eigenschaften, mit einer besonderen Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Steuerung von Selektionen.«⁷¹

Codes *leiten* also die Kommunikation mithilfe von Unterscheidungen und *steuern* so Funktionssysteme. Auf diese Weise wird die Autonomie der Funktionssysteme besonders deutlich, ebenso aber ihre Unfähigkeit, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive anzubieten. Die Codes schaffen jedem Funktionssystem eine eigene »Weltkonstruktion[] mit Universalitätsanspruch«.⁷² Mit seiner binären Logik schließt jede Leitunterscheidung aber etwas nicht-erkanntes Drittes aus: Für das System gilt *tertium non datur*, für den Beobachter zweiter Ordnung hingegen *tertium datur*.⁷³ Gerade die Indifferenz gegen Drittes ermöglicht Spezialisierung und eine hohe Verarbeitung von Komplexität.

In den Funktionssystemen können die einmal codierten kommunikativen Ereignisse dann weiter kleingearbeitet werden. Als Ergänzung zu den Codes stehen hier *Programme* zur Verfügung, wie es in Luhmanns computernaher Sprache heißt. Es handelt sich hier um sehr bekannte Phänomene des Alltags: Für das Rechtssystem wären Programme etwa Gesetze oder Gerichtsentscheidungen, für die Wissenschaft Theorien und Methoden und für die Wirtschaft Investitions- und Konsumpläne.⁷⁴ Allgemeiner gesagt fixieren Programmierungen eine bestimmte Behandlung eines Problems, ohne das konkrete Problem vorher zu kennen. Von diesen Entscheidungsprämissen kann es in einem Funktionssystem sehr viele geben und sie können sich – im Unterschied zum Code selbst – ändern. Deshalb sind sie laut Luhmann eine wichtige Gelenkstelle, um sich an Irritationen aus der Umwelt anzupassen:

»Auf der Ebene der Programme kann ein System, ohne seine durch den Code festgelegte Identität zu verlieren, Strukturen auswechseln. Auf der Ebene der Programme kann daher in gewissem Umfang Lernfähigkeit organisiert werden.

71 Luhmann: »Der politische Code«, S. 268. Er erläuterte dies am Beispiel von Informationsträgern, dem »technischen Spezialfall«, der den Begriff »in Mode« gebracht habe.

72 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 78; vgl. auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 155-159.

73 Siehe Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 78f.; Luhmann: »Der politische Code«, S. 271; vgl. Horster: *Niklas Luhmann*, S. 121f. In diesem Zusammenhang verwies Luhmann oft auf Michel Serres' Idee des Parasiten, der sich auf diese Position des Dritten draufsetzt. So profitiere zum Beispiel die Religion davon, dass jedes Teilsystem ein ausgeschlossenes Drittes hat, weil sie mit Gott eine Einheitsformel für dieses Ausgeschlossene anbieten kann (Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 189-191).

74 Siehe Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 377; vgl. auch Horster: *Niklas Luhmann*, S. 121f., 140f.

Durch die Differenzierung von Codierung und Programmierung gewinnt ein System also die Möglichkeit, als geschlossenes und als offenes System zugleich zu operieren. Deshalb ist diese Differenzierung mitsamt der dadurch gewonnenen Artikulationsfähigkeit der Schlüssel für das Problem der gesellschaftlichen Resonanz auf Gefährdungen durch die Umwelt.«⁷⁵

Damit ist ein Aspekt von Luhmanns Theorie angesprochen, der oft missverstanden wurde: Autopoietische Systeme sind zwar geschlossene Systeme und arbeiten ausschließlich mit ihren eigenen Operationen. Auf diese Weise sichern sie ihre Autonomie. Man kann sie eben laut Luhmanns Sozialtheorie nicht einfach von außen steuern. Sie sind deswegen aber nicht autark:⁷⁶ Zum einen sind sie auf externe Ressourcen nicht-kommunikativer Art angewiesen (Energie zum Beispiel), zum anderen ist das System für seine eigene Reproduktion auf Irritation aus der Umwelt angewiesen, denn ansonsten läuft der zirkuläre Prozess irgendwann leer und verblet. Auch wenn Systeme Umwelt immer nur aus der eigenen Linse wahrnehmen, brauchen sie daher Mechanismen, um Irritationen aus der Umwelt aufzunehmen.

Die *dritte wichtige Neuerung* in der autopoietischen Systemtheorie beschreibt genau einen solchen Mechanismus: strukturelle Kopplungen. Auch diesen Begriff übernahm Luhmann von Humberto Maturana; das Konzept der Kopplung hat sich aber in der Organisationssoziologie bereits seit Anfang der 1970er Jahre durchgesetzt und ist auch in der Unternehmensberatung weit verbreitet.⁷⁷ Im Unterschied zur operativen Kopplung, die nur für einen Moment die Operation eines Systems mit einer Operation in seiner Umwelt verknüpft, stellen strukturelle Kopplungen dies auf Dauer; das System setzt dann bestimmte Prozesse der Umwelt grundsätzlich voraus. Ein Beispiel dafür sind Steuern, die die Wirtschaft mit der Politik koppeln, oder die Verfassung, die Recht und Politik koppelt.

Mit diesem Konzept, das im Laufe der Jahre immer mehr an Relevanz gewann, trat Luhmann auch der Kritik entgegen, dass die gegenwärtige Gesellschaft eher Entdifferenzierung als Differenzierung erkennen ließe. Denn nach wie vor sah er, dass die Teilsysteme hochgradig voneinander abhängig waren. Wie die Subjekte bei Foucault sind sie in einer Doppelsituation: eingebaut in ein dichtes Netzwerk von Verbindungen und doch prinzipiell eigenständig.

75 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 91.

76 Siehe etwa Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 200.

77 Vgl. für Luhmann hier und im Folgenden Kneer: »Organisation und Gesellschaft«, S. 416f.; mit zahlreichen Beispielen Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 164-170. Klassisch hierzu aus der Organisationsforschung Weick: »Educational Organizations as Loosely Coupled Systems«. Laut dem Artikel übernahm Weick die Idee vor allem von Glassman: »Persistence and loose coupling in living systems«, der wiederum dafür auf Ross Ashby rekurrierte.

Man kann Luhmann daher auch nicht eine Reinheitsphantasie nachsagen, wie dies etwa Albrecht Koschorke getan hat.⁷⁸ Luhmann argumentierte gerade gegen die klassische Moderne und ihre Transparenz- und Reinheitsvorstellungen⁷⁹ an und versuchte, eine Konzeption zu entwickeln, die extreme Abhängigkeit und große Autonomie zusammendenkt. Sie bewegt sich gerade jenseits des Maßstabs von Un-/Reinheit, weil sie Autonomie und Abhängigkeit als sich gegenseitig bedingende und nur gleichzeitig steigerbare Aspekte versteht. Luhmann nannte die daher dringend benötigte Fähigkeit, »durch Faktoren der Umwelt irritiert, aufgeschaukelt, in Schwingung versetzt [zu] werden«, auch Sensibilität oder die Fähigkeit zur »Resonanz«.⁸⁰

Das Konzept der Resonanz bzw. der strukturellen Kopplung ist dabei explizit gegen die frühere Idee gerichtet, es gäbe Input-Output-Beziehungen zwischen den Funktionssystemen, die Luhmann ja mit der rationalistischen Traditionslinie und klassischen Gleichgewichtstheorien verband. Input und Output verschwanden nun aber nicht völlig aus der Theorie. Verbannt von der Ebene soziologischer Theoriebildung, erhielten sie einen neuen Platz auf der Ebene erster Ordnung: Sie »sind nur systemrelativ ansetzbare Ordnungsgesichtspunkte«, oder einfacher: Sie sind allzu vereinfachte Selbstbeschreibungen der Systeme.⁸¹

Dieses ›Schicksal‹ traf zahlreiche Begriffe der frühen Systemtheorie, so auch den Begriff der Handlung.⁸² Hatte Luhmann vormals Systeme als Handlungszusammenhänge gefasst, sind sie nun ein Netzwerk kommunikativer Operationen. Handeln ist hier nur noch Zuschreibungsleistung eines Beobachters erster Ordnung, der Ereignisse selektiert, indem der Beobachter sie auf sich selbst oder auf

78 Vgl. Koschorke: »Die Grenzen des Systems und die Rhetorik der Systemtheorie«; ähnlich argumentiert auch Reckwitz: »Die Grenzen des Sozialen und die Grenzen der Moderne«. Auf dieser Basis wirft er Luhmann einen Romantizismus vor, der ihn grundsätzlich von Foucault unterscheidet – nun hat aber gerade Foucault auch dieser Romantizismus-Vorwurf getroffen.

79 Vgl. dazu auch August: »Ikonologie der Transparenz«.

80 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 40; s.a. Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 54. Mit dem Begriff Sensibilität, den man auch bei Ashby findet, arbeitete Luhmann schon sehr früh, etwa in Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 54f., 99f., und immer wieder, bevor er dann mit der autopoietischen Wende als ›Resonanz‹ oder ›strukturelle Kopplung‹ konzeptionellen Charakter bekommt. Dieses Konzept weist dann durchaus beachtliche Ähnlichkeiten (und Unterschiede) mit dem kürzlich von Hartmut Rosa vorgelegten Resonanz-Konzept auf. Vgl. dazu Henkel: »Resonanz zwischen Systemtheorie und Kritischer Theorie«.

81 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 275–282, Zitat S. 282; Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 40.

82 Zum Folgenden siehe Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 124f., 227f.; Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 56–59; vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 79, 152f.; Kneer: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung*, S. 418f.

andere zurechnet – im ersten Fall handelt man, im zweiten erlebt man Handlungen. Dafür habe sich eine bestimmte Semantik entwickelt, die von Motiven, Interessen oder Absichten spricht, und auch die Soziologie habe sich mit der Handlungstheorie gerne auf dieser Beobachtungsebene erster Ordnung bewegt.

An diesen Verschiebungen lässt sich der eigentliche Gewinn der autopoietischen Wende für Luhmann ablesen: Sie wendete die bekannten Begriffe noch einmal reflexiv und abstrahierte so von ihnen in vergleichender Absicht. Durch die nochmalige reflexive Schlaufe wurde sein Projekt der reflexiven Aufklärung – wie in der Kybernetik – auf eine zweite Ordnung gehoben, um so die ursprüngliche Anlage mit ihrer Abgrenzung zu alteuropäischen Vereinfachungen noch einmal zu radikalisieren.

Dabei war Luhmann schon von Anfang an klar, dass das auch sein eigenes Projekt treffen muss.⁸³ Wenn alle Beschreibungen Beschreibungen in einem Funktionssystem sind und wenn alle Beobachtungen blinde Flecke haben, dann muss das auch für die autopoietische Systemtheorie gelten. Daher hat Luhmann seine Theorie zwar stets als Universaltheorie vorgestellt, die alles Soziale beschreiben könne, nie aber mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit versehen. Allerdings hat er auch nie indiziert, wo denn die eigenen blinden Flecke liegen – und welche Folgen sie haben.

In der Forschung hat sich aber zumindest eine Stelle in Luhmanns Entwurf herausgeschält, die immer wieder als problematisch dargestellt wurde: Es ist seine Unterscheidung von Struktur und Semantik.⁸⁴ Denn in dieser Unterscheidung

83 Siehe im Folgenden aus dem Jahr 1968 Luhmann: »Soziologie als Theorie sozialer Systeme«, S. 143, und in seinem *Opus magnum* von 1997 ist es sogar die Schlussnote des Vorworts (Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 14f.).

84 Vgl. hier und im Folgenden den herausragenden Artikel von Stäheli: »Die Nachträglichkeit der Semantik« und die anschließende Diskussion um Selbstbeschreibungen (z.B. Kastner: »Luhmanns Souveränitätsparadox«; Lange/Schimank: »Gesellschaftsbilder als Leitbilder politischer Steuerung«; Stichweh: »Semantik und Sozialstruktur«). Stähelis Aufsatz zeigt einen Widerspruch auf: Bei der Unterscheidung von Struktur und Semantik unterscheidet Luhmann eigentlich zwei Struktursorten bzw. Beobachtungsoperationen, weil auch der semantische Apparat Erwartungserwartungen bilde (was seine Definition von Struktur ist) und keinen geringeren Grad an Realität habe. Gleichzeitig hält er aber an der aus der Begriffsgeschichte übernommenen These fest, dass Semantiken nur Verarbeitungsformen sozialstruktureller Veränderungen seien. Stähelis These, dass eine Nachträglichkeit der Semantik einem Anpassungsdenken verpflichtet sei, das Luhmann doch gerade ablehne, kann man sogar noch schärfer fassen: Sie läuft – wider den erklärten Willen Luhmanns – auf eine Repräsentation der Struktur durch die Semantik heraus. Es ist daher folgerichtig, dass viele in Luhmanns Nachfolge einen anderen Weg wählten, z.B. indem sie Performativität und Politizität der Selbstbeschreibungen fokussierten (Stäheli) oder den psychoanalytischen Gehalt aktualisierten (Peter Fuchs). Die Trennung von Struktur und Semantik hatte auch Foucault nicht überzeugt, weswegen er den Diskurs durch Macht/Wissen-Dispositive ersetzte.

schrieb Luhmann der Semantik nur eine nachgeordnete Rolle zu; es gebe demnach zwar Formeln, die vor einem Strukturwandel formuliert werden (*preadaptive advances*), sie erhalten ihre Stellung und ihre Persistenz aber erst nach und durch den Strukturwandel. Dadurch können Semantiken danach bewertet werden, ob sie die aktuelle Gesellschaftsstruktur *angemessen* beschreiben – und gerade hier fällt laut Luhmann die alteuropäische Semantik durch, wohingegen seine Konzeption obsiegt.

Diese Beschreibung hat nun aus mehreren Gründen Kritik hervorgerufen: *Ers tens* gerät diese These in Spannung zur funktionalen Perspektive, weil in dieser Sicht natürlich auch die »alteuropäischen« Selbstbeschreibungen auf ihre funktionale Relevanz befragt werden müssten; auch sie müssten zunächst als funktional notwendig betrachtet werden.⁸⁵ *Zweitens* gibt es nicht wenige Stellen, an denen Luhmann konstatierte, dass »auch Ideen realitätsändernde Realität«⁸⁶ besitzen. Dies steht in Spannung zu der scheinbar nur repräsentationalen Stellung, die die Semantik hat, wenn sie der Struktur faktisch nachgeordnet ist. Letztlich ist es im Rahmen der Systemtheorie auch die plausible These, dass Semantik und Ideen ebenfalls strukturelle, realitätsändernde Folgen haben, weil Selbstbeobachtung und Selbstbeschreibung einen maßgeblichen Anteil an der Reproduktion der Gesellschaft haben.⁸⁷ Eine zentrale Einsicht der Systemtheorie lautet gerade, dass die Soziologie selbst nur Selbstbeschreibungen der Gesellschaft aus der Perspektive der Soziologie liefert. Dadurch gerät *drittens* die These, man würde die Gesellschaftsstruktur angemessen beschreiben, automatisch in den Strudel der reflexiven Selbstbeobachtung. Die Funktion dieser These lässt sich dann darin sehen, dass Gesellschaftstheorie versucht, Resonanz zu generieren – oder einfacher gesagt: Sie wirbt um Anerkennung und Zustimmung.⁸⁸

Mit der vorgeordneten Struktur hat sich Luhmann also eine »Domäne« geschaffen, in der der Beobachter nicht so einfach der systemischen Relativität seiner Be-

85 Siehe z.B. Luhmann: »Staat und Politik«, S. 75–77. Insbesondere in den späteren Werken kam Luhmann auf dieses Problem zurück; siehe dazu den dritten Teil des Kapitels.

86 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 29.

87 Vgl. Nassehi: »Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose«, insb. S. 563: »Die soziologische Selbstbeschreibung erkennt – bisweilen ziemlich verkaterd – an sich selbst, dass sie nichts anderes ist als dies: eine Selbstbeschreibung des Gesellschaftssystems im System. [...] Konstative Aussagen über das, was der Fall ist, also: Beschreibungen der Gesellschaft verlieren damit jene (notwendige) Naivität, die jeder Fremdreferenz eingeschrieben ist und die für die heimliche Ontologie der Benennung sorgt. Es bleibt dann nur Antologie.« (Hervorhebung entfernt).

88 Vgl. Nassehi: »Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose«, S. 565–567. Für Nassehi ist dies ein Grund für die Trennung von autologischer Gesellschaftstheorie und auf Einfluss bedachter Zeitdiagnose, die sich erst im 20. Jahrhundert herausgebildet habe. Warum aber ausgerechnet die Systemtheorie als Beispiel für den Fokus auf gesellschaftstheoretische Autologie stehen soll, bleibt angesichts der Interventionen von Luhmann (und auch derer von Nassehi selbst) unklar.

obachtungen ausgesetzt ist.⁸⁹ Darin lässt sich eine rhetorische Strategie sehen, um der eigenen Position im ideenpolitischen Streit Überzeugungskraft zu verleihen. Luhmanns Forderung, die Systemtheorie als Reflexionsinstrument für andere Teilsysteme zu übernehmen, wird so – etwas scharf formuliert – zu einem soziologischen Interventionismus.⁹⁰ Dieses Phänomen, und das ist ein beachtlicher Vorzug, ist mit Luhmanns Gesellschaftstheorie allerdings sehr gut zu begreifen. Denn sie konstatiert, dass alle Teilsysteme eine eigene Weltkonstruktion mit Universalitätsanspruch schaffen. Wie die Welt aus Sicht der Systemtheorie aussieht, soll im Folgenden anhand der Kategorien System, Zeit und Raum umrissen werden.

Die Welt der Systemtheorie: System, Raum, Zeit

Über den Menschen Niklas Luhmann weiß man wenig. Im Gegensatz zu Foucault etwa, dessen Leben gleich mehrere Biograf:innen gefunden hat, liegt zu Luhmann bisher keine einzige ausführliche Biografie vor.⁹¹ Foucault wollte den Souveränitätsansprüchen der humanistischen Tradition dadurch entgehen, dass er permanent ein ›Spiel‹ mit wechselnden Positionen und Verweisen spielte, indem er sich als maskierter Philosoph ausgab, Fragen nach seiner Identität zurückwies und darauf bestand, dass er jederzeit ein anderer sei. Demgegenüber verschwand der Mensch Luhmann hinter der Abstraktion seiner Texte und bei seinen Auftritten hinter einem teils freundlichen, teils ironischen Lächeln, das viele an eine Sphinx denken ließ.⁹²

Man hat damit zwei unterschiedliche Strategien, um sich der humanistischen Fiktion des großen Mannes zu entledigen. Foucault und Luhmann waren beide der Auffassung, dass es die alten Intellektuellen nicht mehr brauchte, die sich als Berater mit universeller Einsicht, Moralapostel oder Propheten einer Utopie verstanden

89 So argumentiert völlig zurecht Urs Stäheli gegen Katherine Hayles These, Luhmann überwinde dieses Problem von Maturana. Vgl. Stäheli: »Die Nachträglichkeit der Semantik«, insb. S. 328f. Es ist kein Zufall, dass diese Paradoxie immer wieder bei der Beschreibung der Politik hervortritt – denn Luhmann richtete sich v.a. gegen den Steuerungsanspruch der Politik, der auf einer bestimmten Selbstbeschreibung aufruhte. Dabei wäre natürlich außerdem zu ergänzen, dass auch eine angemessene Strukturbeschreibung noch keinen (politischen) Handlungsimperativ festlegt. Dieser Kurzschluss von Sein auf Sollen ist aber im Netzwerk-Denken des Öfteren zu beobachten.

90 »Wissenschaft wird hier stillschweigend – und vielsagend! – auf Soziologie verengt; und unausgesprochen versteht Luhmann sich offenbar selbst als denjenigen, der höchstpersönlich die Wissenschaft auf diesen Thron [des führenden Subsystems; V.A.] hievt«, hält Uwe Schimank in einem ironischen Kommentar zum Primat der Wissenschaft in Luhmanns Differenzierungstheorie fest (Schimank: »Funktionale Differenzierung und gesellschaftsweiter Primat von Teilsystemen«, Zitat S. 406).

91 Es gibt nur einen knappen Überblick. Vgl. Nitsche: *Backsteingiebel und Systemtheorie*.

92 Vgl. Fuchs: »Sphinx ohne Geheimnis«.

– und dabei dachten sie beide an die Intellektuellen der marxistischen Linken.⁹³ Die Begründung lautete dabei in beiden Fällen, dass die alten Intellektuellen einen Anspruch auf die Repräsentation des Ganzen erheben und die Gesellschaft so beschreiben, als ob sie ihr nicht angehören würden.⁹⁴ Die Komplexität des gesellschaftlichen Netzes erlaube aber niemandem, eine universelle Position einzunehmen. Handeln oder Beobachten kann man eben immer nur von einer lokalen Position aus.

Die Zurückweisung der alten Intellektuellengestalten entspricht bei Luhmann und Foucault einer Zurückweisung des humanistischen Subjektes insgesamt, für die sie (unter anderem) kybernetische Mittel heranzogen. Wie Foucault war Luhmann grundsätzlich der Auffassung, dass es den Menschen nicht gibt – jedenfalls nicht in der Weise, wie ihn die humanistische, alteuropäische Tradition sich vorstellte, sondern nur als Beobachtungskategorie: »Der Mensch mag für sich selbst oder für Beobachter als Einheit erscheinen, aber er ist kein System.«⁹⁵

An diesem Zitat wird einerseits die Schnittstelle zu Foucault deutlich, der den »Menschen« als Effekt von Diskurspraktiken las; andererseits wird aber auch klar, dass Luhmann und Foucault in der Ausgestaltung dieser Idee dann unterschiedliche Wege gegangen sind. Zwar wurde auch Foucault dafür kritisiert, dass er den Menschen aus seinen Geschichten der systemischen Zwänge verbannte, Luhmann hat ihn aber direkt aus der Gesellschaft ausgewiesen. Gesellschaft bestehe eben nicht aus Menschen, sondern aus »erwartungsgesteuerten Handlungen« oder aus einem Netz von Kommunikation: »Menschen sind für sie stets Umwelt«.⁹⁶ Gegen die Kritik gewandt, spöttelte er einmal gewohnt ironisch über diese Position: »Im übrigen ist nicht einzusehen, weshalb der Platz in der Umwelt des Gesellschaftssystems ein so schlechter Platz sein sollte. Ich jedenfalls würde nicht tauschen wollen.«⁹⁷

Was Luhmann in der Umwelt des Gesellschaftssystems verortete, war eigentlich nicht der Mensch (der eben höchstens als Fiktion auftauche), sondern psychische Systeme. Damit folgte er der kybernetischen Tradition, deren Affront gegen das humanistische Souveränitätsdenken ja darin bestand, die kategorialen Unterschiede zwischen Mensch, Tier und Maschine mittels funktional-behavioralem Vergleich einzuebnen. Die klassische Subjektphilosophie hatte hier wenig beizutragen, mit Ausnahme von Husserl.⁹⁸ Dieser hatte nämlich die Idee etabliert, so

93 Siehe z.B. Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 237; Luhmann: »Die Ehrlichkeit der Politiker und die höhere Amoralität der Politik«, S. 41.

94 Vgl. dazu bei Luhmann auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 161–163.

95 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 67f. Vgl. etwa auch Horster: *Niklas Luhmann*, S. 97f.

96 So schon der frühe Luhmann: »Funktionale Methode und Systemtheorie«, S. 57.

97 Luhmann: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«, S. 159.

98 Zur Kritik der Subjekt-Objekt-Philosophie siehe Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 867–879; vgl. zu Husserl auch Nassehi: »The Person as an Effect of Communication«, S. 110.

Luhmann, das Subjekt über operative Selbstreferenz zu fassen. Allerdings sei nun überhaupt nicht einzusehen, was dagegenspräche, dass auch andere empirische Systeme die Fähigkeit zur Selbstreferenz hätten. »Der Fall des Gesellschaftssystems ist ein solcher Fall.«⁹⁹

Beide Systemtypen sind autopoietische Systeme. Während aber die Gesellschaft über Kommunikation operiert, operieren psychische Systeme über Bewusstsein. Die Ereignisse, die vom Bewusstsein erzeugt werden, nannte Luhmann Gedanken. Die Autopoiesis des Bewusstseins erfolge dann über »das Fortspinnen mehr oder minder klarer Gedanken«.¹⁰⁰ Das Bewusstsein ist dann allerdings auch nicht der Mensch, weil selbst das Bewusstsein zahllose physische, chemische und sonstige Prozesse im Menschen nicht beobachten könne.¹⁰¹ Und in noch einer Hinsicht kränkte Luhmann dabei die klassische Subjektphilosophie: Das »subjektive« Bewusstsein sei nicht einmal in der Lage sich selbst vollständig zu beobachten, schon deswegen nicht, weil ein beobachtender Gedanke sich selbst nie in dem gleichen Moment beobachten kann, in dem er andere Gedanken beobachtet. Es gibt eine konstitutive Intransparenz.¹⁰²

Nur weil psychische Systeme aber nicht der Gesellschaft angehören, heißt das nicht, dass es keine Verbindung zur Gesellschaft gäbe, argumentierte Luhmann immer wieder.¹⁰³ Ganz im Gegenteil: Soziale Systeme sind auf psychische Systeme angewiesen, sie gehen sogar erst daraus hervor, dass sich zwei Bewusstseine begegnen, die füreinander intransparent sind, und deshalb anfangen zu kommunizieren, »Signale« abzusetzen und Erwartungen auszubilden. Über typisierte Erwartungen ergeben sich im Folgenden dann strukturelle Kopplungen von sozialen Systemen und psychischen Systemen.

Eine Form dieser strukturellen Kopplung ist für Luhmann die Person.¹⁰⁴ Sie diene in der Gesellschaft als Adresse für Erwartungen. Damit werde der Verhaltensradius von Individuen beschränkt. Personen sind insofern »Knotenpunkt sozialer Anforderungen«, in denen die Rollenansprüche verschiedener Funktionssysteme synthetisiert werden.¹⁰⁵ Um die Person derart einspannen zu können, muss die Gesellschaft aber zugleich eine »gesteigerte Sensibilität gegenüber persönli-

99 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 873.

100 Luhmann: »Die Autopoiesis des Bewußtseins«, S. 31.

101 Siehe Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 68.

102 Siehe Luhmann: »Die Autopoiesis des Bewußtseins«, S. 29, 44.

103 Dazu und zum Folgende siehe z.B. Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 288–296; Luhmann: »Die Form »Person«, S. 143–145; vgl. Horster: *Niklas Luhmann*, S. 94–99, 104f.

104 Für diesen und den folgenden Absatz siehe Luhmann: »Die Form »Person« und vgl. Nassehi: »The Person as an Effect of Communication«, insb. S. 110–117; daneben Baraldi et al.: *GLU*, S. 78.

105 Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 55, siehe insg. auch S. 51–55.

chen Verhaltensbedingungen und Schonungsbedürfnissen« aufbringen.¹⁰⁶ Psychische Systeme können auf der anderen Seite über die Form der Person die unterschiedlichen Ansprüche der Gesellschaft wahrnehmen und dann verarbeiten.¹⁰⁷

Man kann also sagen, dass durch die Form der Person auf beiden Seiten Differenzmanagement betrieben wird. Die je spezifische Art und Weise, wie die unterschiedlichen Anforderungen gemanagt werden, lässt sich dann als Individualität bezeichnen. Nicht nur das psychische, auch das soziale System ist auf die Semantik und die Grundrechte für Individualität angewiesen. Denn damit verhindert es, dass die Funktionssysteme den Einzelnen determinieren kann – Semantik und Grundrechte bilden also eine funktionale Sperre gegen den Universalitätsanspruch der Funktionssysteme.¹⁰⁸ Sie bewahren die Autonomie der psychischen Systeme.

Auch hier wird deutlich, dass Luhmanns normative Basis Autonomie und Differenz sind. Er richtete sich dabei aber auf *epistemologischer Grundlage* gegen die »humanistischen Erblasten«¹⁰⁹ der alteuropäischen Tradition, für die die Subjektphilosophie der Aufklärung nochmal ein »Rettungsprogramm«¹¹⁰ installiert hatte, das den Menschen zum Subjekt aller Dinge machte. In einer wissenssoziologischen Wende dechiffrierte Luhmann dieses »Rettungsprogramm« als eine Philosophie, die der politische Liberalismus nachträglich entworfen habe, um »die semantische Figur des seine Interessen, Gefühle, Ziele usw. selbst validierenden Individuums« gegen »die alten Ordnungen der Stände und ihrer Klientelverhältnisse, der Häuser und Höfe, der Kirchen und Sekten« ins Felde zu führen.¹¹¹ Doch die »Denkvoraussetzung« dieses liberalen Projekts fand Luhmann »heute schlechterdings unakzeptabel«.¹¹² Seine Lösung bestand aber nicht darin, sie gänzlich aufzugeben, sondern zentrale Begriffe des humanistischen Subjekt Denkens wie Bewusstsein, Gewissen, Persönlichkeit, Individuum reflexiv und differenztheoretisch zu reformulieren. Dadurch werden die Vorstellungen denaturalisiert und als kontingente Effekte von Systembildung präsentiert.

Das hatte eine unmittelbar *politische Schlagseite*. Denn in der Gesellschaft könne man dann zwar immer noch mit Menschenbildern arbeiten, »aber mit Orientierungen an »Menschenbildern« hat man so schlechte Erfahrungen gemacht, daß da-

106 Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 55.

107 Vgl. auch Nassehi: »The Person as an Effect of Communication«, S. 112. Er sieht dabei eine große Nähe von Luhmanns »Exklusionsindividualität« zur Romantik, da sie sich zurückgezogen von der Gesellschaft ausbildet. Sein Gegenmodell ist nun wiederum auf der Innenseite des sozialen Systems verortet. Tatsächlich fällt es der Systemtheorie also schwer, die Kopplung *empirisch* konkret zu machen. Hier hat Foucaults Ansatz klare Vorzüge.

108 Siehe nochmals beim frühen Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 51–55, 70–72, 97–99.

109 Luhmann: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«, S. 159.

110 Luhmann: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«, S. 150.

111 Luhmann: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«, S. 151.

112 Luhmann: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«, S. 159.

vor eher zu warnen wäre.«¹¹³ Wie schon die kybernetischen Theorien und Foucaults Poststrukturalismus richtete sich auch Luhmanns kybernetisches Differenzdenken gegen Rasseideologien, sozialistische Doktrinen und sonstige Totalvereinnahmungen, die das einzelne System vollintegrieren wollen.

Dieses Differenzdenken traf – ebenfalls wie in der Kybernetik und bei Foucault – auch eine andere Dimension des humanistischen Weltverhältnisses: die Zeit. Luhmann beteiligte sich wissentlich an einer Umstellung des Zeitbegriffs, für die er in philosophischen und in physikalischen Zeittheorien – er nannte etwa Einstein, Heidegger und Derrida – Vorläufer und Partner fand.¹¹⁴ Der erste Schritt war dafür, den Zeitbegriff grundlegend zu de-ontologisieren, also von seiner Bindung an das Sein freizumachen:

»Wir lassen offen, was Zeit ›ist‹, weil man bezweifeln kann, ob irgendein Begriff von Zeit, der über das bloße Faktum des Sichänderns hinausgreift, ohne Systemreferenz festgelegt werden kann. Andererseits wird uns ein bloß chronologischer Zeitbegriff im Sinne eines Maßes von Bewegung im Hinblick auf ein Früher und ein Später nicht genügen, weil er die Probleme, die Systeme in der Zeit und mit der Zeit haben, nicht ausreichend rekonstruieren kann. Wir gehen deshalb von diesen Problemen aus und stützen uns dabei auf die Leitgesichtspunkte der System/Umwelt-Differenz, der Komplexität und der Selbstreferenz.«¹¹⁵

Das Zitat zeigt, dass Luhmann zwar einen ontologischen Zeitbegriff ebenso ablehnte wie einen chronologischen Zeitbegriff, der Zeit als eine für alle gleichermaßen geltende kontinuierliche Abfolge von der Vergangenheit in die Zukunft denkt; es zeigt aber auch, dass Luhmann genau dafür selbst eine Perspektive einführen muss, die vom System, genauer: von der System/Umwelt-Unterscheidung ausgeht. Luhmann führt also selbst eine Annahme über die Wirklichkeit ein, gemäß der berühmten Formulierung: »Die folgenden Überlegungen gehen davon aus, daß es Systeme gibt.«¹¹⁶

In dieser Welt der Systeme lassen sich dann drei herausragende Aspekte des Zeitbegriffs unterscheiden. Der erste und grundlegendste Aspekt steht noch vor

113 Luhmann: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«, S. 159.

114 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1015. Eine Verbindung von Luhmann, Foucault und Deleuze skizziert diesbezüglich Pottage: »Power as an art of contingency«.

115 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 70.

116 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 30. Um diesen Satz gab es viele Interpretationskämpfe, die inzwischen, jedenfalls wenn man Dirk Baecker folgt, in Richtung einer ontologischen Auslegung entschieden sind. Dies scheint auch mir sinnvoll zu sein, hat Luhmann doch immer gegen Parsons auf den empirischen (nicht nur heuristischen) Charakter von Systemen bestanden. Vgl. zu dieser Diskussion Baecker: »Es gibt keine sozialen Systeme«; Nassehi: »Wie wirklich sind soziale Systeme?«.

der Untersuchung der Zeit in Systemen, und betrifft die *Zeitdimension der Autopoiesis*. Hier wird auch die *grundlegende* Auffassung von Zeit bei Luhmann am deutlichsten: Alle Grundbegriffe werden radikal verzeitlicht, das gilt insbesondere für die vermeintlich seismäßig vorhandenen Strukturen und Elemente in einem System. Das – inzwischen aus den vorigen Kapiteln bekannte – Konzept wird hier autopoietisch formuliert: »Alle Elemente verschwinden, sie können sich als Elemente in der Zeit nicht halten, sie müssen also laufend neu hervorgebracht werden und dies auf Grund der Konstellation von Elementen, die im Moment aktuell ist.«¹¹⁷ Per definitionem sind autopoietische Systeme solche Gebilde, die ihre Elemente *nur im Moment* hervorbringen. Alles ist radikal *situativ*. Alles muss in *Echtzeit* passieren.¹¹⁸

Das war noch einmal eine differenztheoretische Attacke auf ontologische und subjekttheoretische Fassungen der Realität. Denn: »Man kann dann eigentlich nicht mehr daran festhalten, daß Identitäten, seien es Objekte, seien es Subjekte, der Zeit vorgegeben sind. Vielmehr werden sie mitten in der Zeit und je gegenwärtig konstruiert und reproduziert.«¹¹⁹ Das ging auch gegen den Strukturfunktionalismus. Während hier Strukturen überzeitlich konzipiert gewesen seien, will Luhmann sie nur noch *operativ* und *zeitlich* gelten lassen – wie Foucault wertete er die Struktur ab und die Funktion auf: Strukturen werden als erwartbare Relationen vom System bereitgehalten, sind aber als Operation stets reversibel.¹²⁰ Durch die Vorlagerung der Zeit und die Auffassung von Zeit als Echtzeit verliert alles »Stehende und Ständische« seinen Status; ein System muss ständig reproduziert werden, wobei Reproduktion nicht einfach Wiederholung bedeute, sondern *Neuproduktion*. Jeder Moment ist anders: »Die laufende Desintegration schafft gleichsam Platz und Bedarf für Nachfolgeelemente.«¹²¹

Insgesamt lehnte Luhmann damit die Integrationskonzepte ab, wie sie von den humanistischen, soziologischen und politischen Theorien der Nachkriegszeit vorgeschlagen worden waren. In seinem Konzept »dynamischer Stabilität«¹²² muss das System permanent produktiv sein. Diese Beschreibung der Realität hat zur Folge, dass auch die Weltwahrnehmung des Systems nur auf diese selektive, sequenzielle und präsentistische Weise erfolgen kann. Dafür hielt Luhmann den Begriff des Sinns bereit. In diesem Zusammenhang bezog er sich auch auf Foucaults Weggefährten Gilles Deleuze, der einen ähnlichen Gedanken vorgetragen habe: Sinn ist

117 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 79; vgl. zur Zeit bei Luhmann hier wie in den folgenden Absätzen Nassehi: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«, S. 102-105; Horster: *Niklas Luhmann*, S. 50.

118 Vgl. Nassehi: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«, S. 101f.

119 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1015.

120 Zur Aufwertung der Funktion vgl. z.B. Kneer: »Bestandserhaltung und Reflexion«, S. 89.

121 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 78.

122 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 79.

eine »stets nur momentane[] Welterfassung«, die das System im Umgang mit der Weltkomplexität immer neu produziert.¹²³

Damit ist der *zweite Aspekt* von Luhmanns Zeittheorie angesprochen: Systeme halten für sich selbst auch *einen spezifischen Zeithorizont* bereit. Nachdem Luhmann Zeit als Echtzeit zur Prämisse des Systems gemacht hatte, führte er Zeit also noch einmal in das System selbst ein. Zeit ist hier eine Dimension von Sinn neben der sachlichen und der sozialen Dimension. Während die Sachdimension das Eine vom Anderen unterscheidet und die Sozialdimension auf Ego und Alter bezogen ist, differenziert die Zeitdimension vorher und nachher.¹²⁴ Hier kann also die alteuropäische Zeitvorstellung prinzipiell aufgehoben werden, indem ein System für sich selbst einen kontinuierlichen Zeitstrahl von der Vergangenheit in die Gegenwart konstruiert.

Das Verhältnis zwischen Zeit₁, der inhärenten Zeitlichkeit von Autopoiese, und Zeit₂, der Systemzeit, beschrieb Luhmann dabei in technologischer Begrifflichkeit: »Nur die Beobachtung ›digitalisiert‹ das, was geschieht; nur sie hebt das eine im Unterschied zum anderen hervor. Die Zeit selbst [...] modifiziert die Verhältnisse, um eine bekannte Unterscheidung zu verwenden, nicht digital, sondern analog, nämlich in einem Kontinuum der Fortsetzung von Gleichzeitigkeit.«¹²⁵ Wie hier deutlich wird, unterschied Luhmann tatsächlich eine »eigentliche« Zeit (die Zeit selbst) und eine beobachtete Zeit. Und dabei führte er eine vom humanistischen Begriff verschiedene Bestimmung von Kontinuität ein, die im Sinne der Kommunikations- und Signaltechnik eine *fortlaufende Gleichzeitigkeit* meint. Im Unterschied zum Analogen stellt dann ein Zeitstrahl eigentlich eine wiederholte Unterscheidung von Vorher und Nachher in diskreten Zeitpunkten dar, also Digitalität.

Auf Basis dieser Überlegungen beklagte Luhmann, dass andere Theorien die Zeitdimension oft völlig vernachlässigten, und das sei politisch unklug. In seinem Vortrag *Organisation und Entscheidung* von 1978 richtete er diesen Vorwurf einerseits gegen jene, die auf die Rationalisierung von Prozessen abhoben (also auf die Sachdimension), und gegen jene, die auf die Demokratisierung von Prozessen abhoben (also auf die Sozialdimension). Die Zeit mache sich aber »hinterrücks« wieder bemerkbar: Die Demokratisierung werde enttäuscht, weil sie viel zu viel Zeit koste und Zeit dann sogar selbst zum hierarchiebildenden Statussymbol werde; wenn aber die Rationalisierung zu lange im Fokus der Aufmerksamkeit stehe, werde sie

123 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 43; zu Deleuzes *La logique du sens* und *Différence et Répétition* z.B. Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 44 (Sinn-Perspektive), 140 (Zeit-Perspektive).

124 Ausführlich zu den Sinndimensionen vgl. Horster: *Niklas Luhmann*, S. 78-87; siehe Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 111-134.

125 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 886.

bald als Entfremdung von dem eigentlichen Ziel zwischenmenschlicher Beziehungen wahrgenommen. »So rächt sich die Zeit [...] dafür, daß sie aus dem Reich der Ideale ausgeschlossen wurde«, meinte Luhmann.¹²⁶ Das war ein deutliches Statement in der Krisendebatte: Weder Rationalisierung noch Fundamentaldemokratisierung von Organisationen würden die Krise lösen.

Erst durch die Systemtheorie trete laut Luhmann ein Problem in den Vordergrund, das in der funktional differenzierten Gesellschaft besonders scharf ist und die alteuropäische Tradition nicht erfassen konnte: Wenn jedes System eine Eigenzeit hat und die Eigenzeiten der Systeme differieren, lebt man in einer desynchronisierten Gesellschaft.¹²⁷ Genau das könne die Tradition nicht sehen, weil sie einen für alle gleichermaßen gültigen Zeitablauf annahm. Freilich unterschätzte Luhmann hier die Theorien der Nachkriegszeit. Diese sahen in der Zeit nicht nur einen Integrationsfaktor, sondern dachten mit der Diagnose der Beschleunigung auch über Desintegration durch Zeit nach. Was Luhmann allerdings grundsätzlich davon unterschied, war, dass Integration für ihn gar kein Maßstab sein kann, weil Zeithorizonte *per definitionem* different sind. Diese Prämisse bringt zahlreiche Folgeprobleme mit sich, die man dann in einer entsprechenden Theorie bearbeiten muss.

Der dritte herausragende Aspekt dieser Theorie besteht in der *Evolutionstheorie*. Ähnlich wie Foucault, mit dem er auch die Thesen der Ereignishaftigkeit und der Eigenzeitlichkeit von Formationen teilte, grenzte Luhmann sich dabei von älteren darwinistischen Evolutionstheorien ab. Dort sei die These vertreten worden, Organismen würden sich an Umweltbedingungen anpassen, sodass sukzessive eine Höherentwicklung erreicht wird. Diese prästabilisierte Harmonie mit teleologischer Stoßrichtung akzeptierte Luhmann nicht.¹²⁸ Neo-darwinistische Theorien könnten hier mehr leisten, wenn sie Evolution systemtheoretisch reformulieren. Evolution sei demnach kein Anpassungsprozess, sondern schlicht Zufall, den ein System intern über die Trias von Variation, Selektion und (Re-)Stabilisierung verarbeiten kann.¹²⁹ Anders gesagt: Der Zufall irritiert Systeme, die dann intern eine von vielen möglichen Antworten *experimentell* ausprobieren. Um diese eine Strategie kristallisieren sich dann möglicherweise neue Strukturen. Zu diesen Strukturen gehört, dass sich die entstehenden Systeme ihre eigene Geschichte schaffen.

126 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 26.

127 Siehe z.B. Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 71f. Vgl. dazu auch Nassehi: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«, S. 103f.

128 Siehe etwa Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 35f.

129 Dazu und zum Folgenden siehe Luhmann: »Systemtheorie, Evolutionstheorie und Kommunikationstheorie«; Luhmann: »Evolution und Kausalität«; ausführlich Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 413-593; vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 81.

Alle Ursprungs- und Anfangserzählungen der Tradition, so Luhmanns Kritik, seien daher nichts anderes als je aktuelle Selbstbeschreibungen, der in der Regel Elemente angehören, die vormals oder andernorts in andere Geschichten eingebettet waren.¹³⁰ Doch hier trifft man wieder auf das bereits beschriebene Paradox, dass Luhmann freilich selbst ein solcher »Geschichtenerzähler« ist.¹³¹ In seiner Evolutionsgeschichte entwickelt sich die Gesellschaft bekanntlich von einer segmentären über eine stratifizierte zur funktional differenzierten Gesellschaft. Dies ist aber – trotz des ersten Eindrucks, den diese (fraglos eurozentrische) Perspektive hinterlässt¹³² – für Luhmann kein Selbstläufer. Gerade durch die verstärkte Ausdifferenzierung steigt auch das Risiko dafür, dass Systembildung scheitert: »Selbstgefährdung liegt also durchaus im Rahmen der Möglichkeiten von Evolution«.¹³³

In Luhmanns sozialtheoretischer Auseinandersetzung mit der *Zeit-Dimension* sieht man bereits die Grundlinien einer Zeitdiagnose, die er ab den 1970er Jahren vertrat, beginnend bei der Kritik von Fundamentaldemokratisierung und Rationalisierung über die Reformulierung von Stabilitätsbedingungen bis hin zur Risikolast funktionaler Differenzierung. Auch für die *gegenwärtige Raumordnung* der funktional differenzierten Gesellschaft hielt Luhmann eine zeitdiagnostisch aufgeladene Evolutionsgeschichte bereit: die These der Weltgesellschaft, die er 1971 erstmals vertrat und die ihn zu einem »Visionär des Zeitalters der Globalisierung« machte.¹³⁴

Sein damaliger Aufsatz über die Weltgesellschaft bot zunächst eine einfache Beobachtung an: »Weltweite Interaktion ist möglich«, weil das weltweite »Kommunikationsnetz« sie empirisch möglich mache, wie die universelle Verbreitung von Wissen und Technologie, die vielen politischen Themen mit weltweiter Resonanz oder die globale Verflechtung der Wirtschaft demonstriere.¹³⁵ Luhmann kam daher zu der These, dass Gesellschaft nicht an Räume gebunden sei. Vielmehr hätten die Funktionssysteme ihre eigenen Grenzen, die nicht durch Territorien abgesteckt werden. Der Raum habe als Strukturprinzip kaum noch Relevanz.¹³⁶

130 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 441f.

131 Vgl. Koschorke: »Die Grenzen des Systems und die Rhetorik der Systemtheorie«, S. 56–60.

132 »An nicht mehr existenten [...] Systemen zeigt sich Luhmanns Evolutionstheorie wenig interessiert«, heißt es treffend bei Mellmann: »Evolution«, S. 81f.

133 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 38.

134 Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 263.

135 Luhmann: »Die Weltgesellschaft«, S. 53f.

136 Siehe Luhmann: »Die Weltgesellschaft«, S. 53–55. Weil diese Funktionsgrenzen nur latent funktionieren, schieben sich die Grenzen des politischen Systems »im Bewußtsein an ihre Stelle, weil sie konkret und suggestiv definiert werden können.« (S. 61).

Dieser gesellschaftstheoretischen, zeitdiagnostischen These folgte dann Luhmanns Sozialtheorie, in der die Raumdimension kaum eine Rolle spielt.¹³⁷ Gesellschaftstheorie und Sozialtheorie stützen sich auf diese Weise gegenseitig, um das Territorialmodell des Raumes zu verabschieden. Die Theorie der funktional differenzierten Gesellschaft verweist dafür auf die neuen Kommunikationstechniken, während die Theorie sozialer Systeme das Soziale nur noch als Kommunikation erfasst und dadurch den Raum abblenden kann.¹³⁸

Allerdings schließt diese Perspektive den Raum nur dann aus, wenn man ihn über Flächen und Territorien denkt. Demgegenüber impliziert die Metaphorik des »Netzwerk[s] der Kommunikation«¹³⁹ oder der »Vernetzung kommunikativer Ereignisse«¹⁴⁰ selbst einen Raum, in dem dezentral Punkte verteilt sind, zwischen denen Bezüge und Verbindungen laufen. Diese lassen sich dann über Nähe oder Distanz ins Verhältnis setzen. So argumentierte Luhmanns Sozialtheorie zum Beispiel, dass die Autonomie der Systeme auf »Distanzierungsmitteln« beruhe, mit denen das System eine Eigenzeit für sich gewinnen könne.¹⁴¹ Gleichzeitig stehen

137 Eine sehr gute Zusammenfassung bietet hier Schroer: *Räume, Orte, Grenzen*, S. 132-160. Er arbeitet auch die Inkonsistenz von Luhmanns wenigen Bemerkungen heraus, die mal auf eine Gleichheit von Raum- und Sachdimension, mal auf eine Bestimmung von Raum (und Zeit) als Verhältnis von Stelle und Objekt, mal auf Regionen und Lokalitäten zu sprechen kommen, während Luhmann außerdem ein schlichtes Desinteresse am Raum explizit äußerte.

138 Vgl. auch Werber: »Raumvergessenheit oder Raumontologie, Latour oder Luhmann?«, S. 363, der allerdings die parallele Verdrängung des Raumes nicht thematisiert. In kybernetisch inspirierten Theorien ist die gesellschafts- und sozialtheoretische Vernichtung des Raumes durch Kommunikation ein Allgemeinplatz. So hatte zum Beispiel Marshall McLuhan schon 1962 auf das Verschwinden des Raumes unter den Bedingungen weltweiter und gleichzeitiger Kommunikation hingewiesen und daraus die Vision des globalen Dorfes entwickelt: Eine tribale Gemeinschaft, die mit Kommunikationsmitteln global vernetzt wäre. Von diesem neuen Kommunalismus, wie er in Counterculture oder auch bei Crozier zumindest auftaucht, findet sich bei Luhmann freilich nichts. Allerdings thematisierte auch er die Regionalisierung als untergeordnetes Differenzierungsprinzip einer Weltgesellschaft. Zu McLuhan vgl. Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 53f.

139 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 77.

140 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 73. In den frühen Schriften ist die Rede von Bezugspunkten präsent, weil auf diese Weise die Vielfalt der Verbindungsmöglichkeiten gegen die einseitige lineare Kausalität ausgespielt werden kann. Luhmann spricht schon dort daher von einem »Netz der Kausalitäten« (s.o.).

141 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 76. Diese Raummetaphoriken werden von Systemtheoretiker:innen oft übersehen. Siehe z.B. Kneer: »Organisation und Gesellschaft«, S. 416: »Räumliche Metaphern erweisen sich überhaupt ungeeignet, um das Verhältnis von autopoietischen Systemen zu beschreiben«. Demgegenüber ist die Unterscheidung von Nähe und Ferne konstitutiv für die Beobachtungstheorie. Nur so kann zwischen lokalen Perspektiven (Beteiligte von Interaktion, Realisierung im Moment) und distanzierter Beobachtung zweiter Ordnung unterschieden werden.

aber die sozialen Systeme per definitionem nicht unverbunden nebeneinander, sondern sind auf unterschiedlichen Wegen miteinander verbunden. Die Prämisse der Konnektivität schreibt dem Netzwerk-Modell also eine latente Inklusionsthese ein – Raum gibt es nur im Singular.¹⁴²

Die ›Welt‹ der Systemtheorie und die ›Welt‹ der funktional differenzierten Gesellschaft fallen so bei Luhmann zusammen: »[D]iese Gesellschaft [hat] eine heterarchische und eine azentrische Welt. Ihre Welt ist *Korrelat der Vernetzung von Operationen* und von jeder Operation aus gleich zugänglich.«¹⁴³ Diese Beschreibung der Welt richtete sich *polemisch* gegen den Dominanzanspruch der Politik. Das politische System fällt, so Luhmanns Argument in seinem ersten Aufsatz über die Weltgesellschaft, hinter die Möglichkeiten der Gesellschaft zurück. Man könnte die »eigentümliche Kombination von Recht und Politik« deswegen sogar als »eine Fehlspezialisierung der Menschheitsentwicklung« ansehen.¹⁴⁴

Der Grund für die Rückständigkeit bestehe laut Luhmanns Aufsatz darin, dass sie Integration immer noch über Werte und Kultur denke und diese dann fast zwangsläufig an Territorien koppeln muss. Die kommende Weltgesellschaft basiere aber nicht auf Werten, sondern auf Kognition, die sich von Werten und Territorien gleichermaßen unabhängig machen kann. Das war empirische Tendenzaussage *und* normative Aufforderung, denn Luhmann wollte explizit, dass die Soziologie eine kognitive Kritik der alteuropäischen Politik- und Gesellschaftsideen in Angriff nimmt.¹⁴⁵

142 Diese Konzeption bringt hochgradig problematische Leerstellen mit sich. Auf *sozialtheoretischer Ebene* haben einige im Anschluss versucht, dieses Defizit zu korrigieren. So hat Rudolf Stichweh eine Dualität des Raumes vorgeschlagen, bei der es einen sozialen und einen natürlichen Raum gebe, die miteinander gekoppelt sein können. Der soziale Raum wäre dann – wie die Sinndimensionen – eine Konstruktion des Systems selbst. Dagegen hat Gerhard Klüter heftig protestiert, weil er Luhmanns radikalen Ansatz verloren gehen sieht. In *gesellschaftstheoretischer Hinsicht* erschwert die Inklusionsimplikation, Ausgrenzungsphänomene zu thematisieren. Zur Inklusionsthese und den Widersprüchen bei der Einführung des Exklusionskonzepts vgl. Schroer: *Räume, Orte, Grenzen*, S. 149–157, der auch eine ausführliche Auseinandersetzung mit Stichweh liefert (S. 155–160). Vgl. Stichweh: »Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie«, dem folgt auch Kuhn: »Raum als Medium gesellschaftlicher Kommunikation«, S. 332–334; zur Kritik von Klüter vgl. Werber: »Raumvergessenheit oder Raumontologie, Latour oder Luhmann?«, S. 366–369.

143 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 157 (Hervorhebung hinzugefügt).

144 Luhmann: »Die Weltgesellschaft«, S. 57 (Hervorhebung entfernt).

145 So die Formulierung am Ende von Luhmann: »Die Weltgesellschaft«, S. 66.

2. Politik der Gesellschaft

Im Laufe der Jahre 1970 bis 1973 machte Niklas Luhmann eine einschneidende persönliche Erfahrung, auf die er immer wieder zurückkam, um das Versagen der alt-europäischen Politik zu illustrieren. Er hatte an einer Kommission teilgenommen, die eine Reform des öffentlichen Dienstes vorschlagen sollte. Bis weit in die 1970er Jahre machte Luhmann immer wieder Anmerkungen, welche Korrekturen man insbesondere in Planungs- und Verwaltungsprozessen vornehmen könnte. Dabei bestand er schon sehr früh darauf, dass man dies nicht als die Suche nach dem *one best way* verstehen dürfe.¹⁴⁶ Angesichts der großen Komplexität gehe es einerseits nur darum, Dinge entscheidbar zu machen, die vorher gar nicht im Blickfeld waren. Planung kann in diesem Sinne nicht »Bewirkung angezielter Wirkungen« sein, sondern nur der »Gewinn von Zeit und von Alternativen für offene Entscheidungsprozesse«.¹⁴⁷ Auf diese Weise – und das ist die Grundintuition von Luhmanns Vorschlägen – kann eine Organisation, zumal eine Verwaltung, flexibler werden, um innovativ und umweltsensibel zu reagieren.

Dieser Intuition folgte auch sein zentraler Vorschlag in der Reformkommission. Dort plädierte er dafür, die Hierarchie des öffentlichen Dienstes, die in den undurchlässigen Statusgruppen ihren Ausdruck findet, abzuschaffen und sie durch funktionale Positionsgruppen zu ersetzen. Weil die alte, hierarchische Organisation den »Alternativenraum«¹⁴⁸ zu stark einenge, müsste die Reform die »etablierten Machtverhältnisse ins Rutschen«¹⁴⁹ bringen: »Der Vorgesetzte ist dann weniger als zuvor in einer Interaktionssituation, die von vornherein zu seinen Gunsten vor-entschieden ist. Es mag sein, daß sich hieraus Impulse ergeben, mehr kooperative Führungsfähigkeiten zu entdecken und zu entwickeln.«¹⁵⁰

Die frustrierende Erfahrung in der Kommission war nun, dass sich sowohl die »progressiven« als auch die »konservativen« Akteure dieser Mobilisierungsstrategie versperren und stattdessen an ihren Privilegien festhielten – Tarif- und Streikrecht hier, Weisungsbefugnis und Status dort. Die »repräsentative« Zusammensetzung der Kommission reproduziere genau die Problemwahrnehmungen und -lösungen, die die Reformkommission zu allererst notwendig gemacht hatten: Leistungsverlust (»Bürokratisierung«) bei gleichzeitigem Anwachsen der Personalkos-

146 Siehe Luhmann: »Politische Planung«, S. 74, 77, wobei hier Michel Crozier als Gewährsmann genannt wird. Zur frühen, noch politik- und verwaltungsnahen Planungslehre Luhmanns vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 109–119.

147 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 57; auch Luhmann: »Reform des öffentlichen Dienstes«, S. 320f.

148 Luhmann: »Reform des öffentlichen Dienstes«, S. 323.

149 Luhmann: »Reform des öffentlichen Dienstes«, S. 322.

150 Luhmann: »Reform des öffentlichen Dienstes«, S. 333.

ten. Die Kommission lief daher in Luhmanns Augen leer: »Der Kampf der progressiven mit den konservativen Kräften ist nur eine Art Schattenboxen«.¹⁵¹

In dieser Episode finden sich bereits die zentralen Elemente, um die Politik der Systemtheorie in den 1970er Jahren darzulegen, begonnen vom grundsätzlichen Zweifel daran, dass Hierarchien eine angemessene Differenzierungsstruktur im politischen System darstellen, bis zur Kritik des Wohlfahrtsstaates und seines veralteten politischen Codes, den Luhmann schließlich mit aller Macht ablösen wollte. Erst dann wäre es möglich, die Wachstumsschmerzen der funktional differenzierten Gesellschaft zu verstehen und mit einer höheren Umweltsensibilität einzufangen. Diese theoretische und politische Auseinandersetzung im Handgemenge der 1970er Jahre soll im Folgenden dargestellt werden.

Die Neudefinition von Politik und Macht

Bereits das vorangehende Kapitel hat gezeigt, dass Luhmann sich in Fundamentalopposition zu einer Tradition positionierte, die in epistemologischer Hinsicht auf lineare Kausalität und universelle Wahrheit, in sozialtheoretischer Hinsicht auf die organische Einheit der Gesellschaft und ihre mechanistische Optimierbarkeit setze – und die daraus politische Forderungen ableitete, ob sie nun auf die Steigerung der Mittel-Zweck-Rationalität (Modernisierung) oder der Werte- und Vernunftfunktionalität (liberal-konservative vs. marxistisch-emanzipatorische Aufklärung) abzielen. Hinter diesen Gegnern stand in Luhmanns Augen eine Theorie der Gesellschaft, in der die Politik den Anspruch der Souveränität erhob und diesen darin begründete, die Repräsentation des Ganzen übernehmen zu können.

Die Geschichte dieser politischen Theorie zeichnete Luhmann in drei größeren Schritten nach. Sie beginnt erneut in Griechenland, wo sie in der aristotelischen Lehre der *koinonia* und später in der *communitas* festgehalten werde.¹⁵² Der »naturale Humanismus Alteuropas«, schrieb Luhmann über diese Semantik, »paßte sehr gut auf Formen gesellschaftlicher Differenzierung, die entweder von der Unterscheidung Stadt und Land oder von der Unterscheidung von Adel und gemeinem Volk ausgingen«.¹⁵³ Hier wurde das politische Leben »als Kulminationspunkt menschlichen Lebens schlechthin angesehen«, ¹⁵⁴ sodass seit ihrer antiken Fassung die Politik ethisch und teleologisch aufgeladen worden sei: Man habe ihr eine humanistische Tugendlehre eingeschrieben, mit der sie die Perfektionierung des menschlichen Lebens vorantreiben sollte.

151 Luhmann: »Reform des öffentlichen Dienstes«, S. 335.

152 Diese Darstellung taucht regelmäßig auf, wenn Luhmann über Politik sprach, z.B. Luhmann: »Gesellschaft«, S. 173-179.

153 Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«, S. 250.

154 Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«, S. 251.

Als die Welt der Tugendlehre in der Frühen Neuzeit langsam verschwunden sei, so Luhmann weiter, wurden die semantischen Formeln laut Luhmann dann zunächst mithilfe der Souveränitätsdoktrin »in eine Welt der Willkür umformuliert«. ¹⁵⁵ Bald darauf aber, in der Aufklärung und mit Beginn der Moderne, sei die Willkür einer Selbstlimitierung durch Verfassungsgebung und Demokratisierung unterworfen worden. Beide Strategien halten die Fiktion der politischen Souveränität aufrecht und versuchen ihre Paradoxien zu verschleiern, einmal indem zwischen Rechts- und Willkürsouveränität gependelt werden könne, einmal indem der Gesellschaftsvertrag auf die Einheit des Volkes zurückgeführt werde, das nun doppelt auftrete: als unterworfenen und unterwerfendes Volk zugleich. ¹⁵⁶

Den immensen intellektuellen Aufwand, der im Laufe dieser Geschichte betrieben wurde, wusste Luhmann durchaus zu würdigen. ¹⁵⁷ Nicht zuletzt führte ihn das zu der These, dass das auch in seiner Gegenwart noch die dominante Sicht auf das Verhältnis von Politik und Gesellschaft sei. Man finde es in der Vorstellung von souveräner Regierung und untergeordneter Verwaltung wieder, in der Weisungshierarchie von Organisationen generell und in den politischen Kämpfen der Nachkriegszeit: Man versucht »eine gar nicht vorhandene und doch vermisste Position, das Zentrum, zu besetzen [...]. Der revitalisierte antike Politik-Begriff, Hegels Staatsbegriff, der Betreuungs- und Versorgungssozialismus des Wohlfahrtsstaates und schließlich der Apo-Politismus der letzten beiden Dekaden zeigen diese Attraktivität an.« ¹⁵⁸

Diese Tendenz hielt Luhmann für hochgefährlich, weil sie aus der Gesellschaft eine politische Gesellschaft machte, in der alles der Logik des Zentrums bzw. des Kopfes unterworfen werde. Seine Position begründete Luhmann freilich mit dem faktischen Strukturwandel zur polykontextualen, funktional differenzierten Gesellschaft. Die Paradoxien der Souveränität – zugleich unterworfen zu sein und zu herrschen – weisen letztlich nur darauf hin, dass man in dieser gänzlich anderen Welt lebe, in der die alteuropäische Semantik der politischen Gesellschaft dann

155 Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«, S. 252. Im Unterschied zu Foucault verwendete Luhmann also den Begriff der Souveränität eher nicht für das alteuropäische Modell insgesamt, sondern nur für die Beschreibung der Politik darin. Die Linie der Kritik verbindet aber bei beiden Humanismus, lineares Kausalitätsdenken, unterkomplexe Gesellschaftsbeschreibung und die Zentralstellung des Staates.

156 Siehe z.B. Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«, S. 252f.; Luhmann: »Staat und Politik«, S. 90-92; Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 108-112; vgl. zur Rolle der Souveränität insg. auch den leider oft schwer nachvollziehbaren Beitrag von Kastner: »Luhmanns Souveränitätsparadox«, S. 82-97.

157 Siehe etwa Luhmann: »Staat und Politik«, S. 92.

158 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, zum Zitat S. 121, insg. auch S. 42-44.

doch nicht mehr überzeugen können: »Seitdem haben wir das ungelöste Problem einer Neudefinition des Politischen.«¹⁵⁹

Indem sie diese Neudefinition des Politischen entwarf, zog die Systemtheorie gegen die Hierarchie- und Repräsentationslogik zu Felde. Sie zielt dabei dezidiert darauf ab, sowohl die Tugendhaftigkeit der Politik als auch Status und Steuerungsfähigkeit zu desillusionieren. Der erste Schritt ist bereits mit der Neubeschreibung der Gesellschaft getan. Wie oben gezeigt, schließt funktionale Differenzierung die repräsentative, übergeordnete Stellung der Politik *per definitionem* aus. Die Politik wird degradiert und dezentriert zu einem abhängigen Teilsystem unter anderen abhängigen Teilsystemen, das weder über eine verbindliche Weltsicht verfügen kann noch über mehr Umweltkontakte.¹⁶⁰

In diesem Zusammenhang wurde bisher aber nur selten angemessen gewürdigt, dass die Beschreibung der funktional differenzierten Gesellschaft noch weiter geht. Sie nimmt nämlich der Politik nicht nur ihre Zentralstellung, sondern auch ihren Exklusivitätsanspruch auf das Regieren. Regieren und Steuerungsvorgänge sind Prozesse, die sich überall in der Gesellschaft finden, denn die Teilsysteme *steuern sich selbst* und sie bedürfen dafür *keiner menschlichen Leitfigur*. Mit der autopoietischen Wende trat dann dieses algorithmische Regierungskonzept besonders scharf hervor: »Es ist nur eine geringe Übertreibung, wenn man sagt, daß wir heute nicht mehr durch Personen regiert werden, sondern durch Codes.«¹⁶¹

Obwohl Luhmann damit den Regierungsbegriff ausweitete und von der Politik löste, behielt die Politik eine eigene Funktion, die Luhmann bekanntlich in Anlehnung an frühere Systemtheorien bei Easton und Parsons formulierte: Die Aufgabe des politischen Systems ist demnach die Herstellung kollektiv bindender Entscheidung. Vor allem der frühe Luhmann gestand dem politischen System dadurch noch eine ›Inkompetenzkompensationskompetenz‹ zu.¹⁶² Die Teilsysteme adressieren Problemstellungen, die sie selbst für nicht lösbar halten, an die Politik. Der Output der Politik sind dann Entscheidungen, die das politische System nach seinen eigenen Kriterien getroffen hat und sowohl das Teilsystem als auch das politische System binden.

Bei der Herstellung dieser Entscheidung unterlief Luhmann erneut die klassischen politischen Theorien, denn in der Binnendifferenzierung des politischen

159 Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«, S. 252. Siehe auch Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 46.

160 Tatsächlich stellt sich die Frage, ob es in der funktional differenzierten Gesellschaft die Stellung eines *primus inter pares* geben kann. Die System- und Netzwerk-Logik schließt das per se nicht aus, weil Netzwerke etwa bestimmte Verdichtungen bzw. einzelne Teilsysteme besonders stark vernetzt sein könnten. Vgl. dazu Schimank: »Funktionale Differenzierung und gesellschaftsweiter Primat von Teilsystemen«.

161 Luhmann: »Widerstandsrecht und politische Gewalt«, S. 168f.

162 So Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 87, in Anlehnung an Odo Marquard.

Systems wird die Politik wiederum dezentriert. Luhmann sah im politischen System drei Subsysteme:¹⁶³ Die *Verwaltung* umfasst demnach Exekutive, Legislative und Judikative und übernimmt letztlich die Ausfertigung der Entscheidung. Dies könne sie aber nur, weil die Politik ihr eine reduzierte Komplexität in Form von Programmen, Personen und Entscheidungsprämissen zur Verfügung stellt, die sie dann nach ihrer eigenen Logik der Richtigkeit in Entscheidungen überführe.¹⁶⁴

Die *Politik* selbst stelle solche Entscheidungsprämissen für die Verwaltung bereit, während sie zugleich Unterstützung für das Verwaltungshandeln organisieren will; sie vermittelt zwischen der »Variabilität der Entscheidungsprämissen« und der »Variabilität der politischen Unterstützung«.¹⁶⁵ In diesem Sinne verstand Luhmann »Politik« im Kontrast zu ethischen oder vernunftaufklärerischen Erwartungen, indem er auf die Eliten-Theorie der Politik verwies. In der Politik gehe es nämlich in erster Linie um die Maximierung von Wählerstimmen. Sie sei ein Nullsummenspiel um die begrenzte Anzahl von Sitzen und Stellen in Parlament und Regierung (also in der Verwaltung). Indem Luhmann die Interdependenz und die je eigene Logik der Subsysteme herausstellte, verabschiedete er zugleich die Versuche, entweder Politik oder Verwaltung als hierarchisch übergeordnet zu deklarieren.

163 Siehe z.B. Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 150-153; die ausführlichste Darstellung der Binnendifferenzierung liefert Luhmann: *Politische Soziologie*, ein posthum erschienenes, damals aber für Studierende zugängliches Vorlesungsmanuskript aus der Mitte der 1960er Jahre. Vgl. zu den folgenden Absätzen über die Binnendifferenzierung insb. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 97-109; auch Hellmann: »Spezifik und Autonomie des politischen Systems«, S. 16f. Beim politischen System lassen sich sehr gut die Verschiebungen in der Theorieentwicklung beobachten. So wurde die Binnendifferenzierung hier anfangs sehr eng an Rollen gekoppelt; mit der autopoietischen Wende fiel nicht nur das weg, es trat außerdem das Interesse an Binnendifferenzierung deutlich zurück, um Raum für die unterschiedliche Codierung von Kommunikation zu geben. Auch im Detail ergaben sich Veränderungen: Luhmann begann seine Auseinandersetzung mit der Unterscheidung von Politik und Verwaltung, und erst als es dezidiert um eine Soziologie des politischen Systems ging, kam das Publikum hinzu. Mit der autopoietischen Wende schied dann die Judikative aus dem politischen System aus und wurde dem Rechtssystem zugeordnet.

164 Als Kriterium der Richtigkeit in der Verwaltung gab Luhmann dabei das Verhältnis der Entscheidungen zueinander an (Konsistenz). Dafür stehen ihr zwei Programmtypen zur Verfügung: Zweckprogramme richten sich an einer bestimmten Wirkung aus (Output) und wählen die passenden Mittel. Das Muster ist: Um x zu erreichen, wähle y. Die für einen Rechtsstaat typischen Konditionalprogramme orientieren sich demgegenüber an der Auslöserseite, ohne dabei die Wirkung zu definieren. Das Muster ist: Immer wenn x eintritt, dann mache y. Siehe Luhmann: *Politische Soziologie*, S. 206-222; zu den Programmen vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 112-114.

165 Luhmann: *Politische Soziologie*, S. 258 (Zitat), zum Folgenden S. 286-288, und weiterhin die genannten Stellen in *Grundrechte als Institution* und bei Lange.

Diese anti-hierarchische Stoßrichtung wird durch das *Publikum*, dem dritten Subsystem, unterstrichen. Das bedeutet natürlich auch, dass es keine Volkssouveränität geben kann, sondern das Publikum als (technischer) Regler zwischen Verwaltung und Politik eingespannt ist. Von der Verwaltung nehme das Publikum hauptsächlich Entscheidungen passiv entgegen, auch wenn es ihr gelegentlich aktiv Informationen zur Verfügung stelle. Demgegenüber fällt das Verhältnis zur Politik schon vielfältiger aus. Als Zuschauer vor dem »Drama der Politik«¹⁶⁶ diszipliniere das Publikum die Arbeit der Politik mit der Verwaltung, es könne aber auch als Förderer von Interessen und Forderungen auftreten und in der Rolle von Wählern eine radikal vereinfachte Form der Unterstützung für vorausgewählte Programme und Personen aus der Politik gewährleisten.¹⁶⁷ Mit keiner dieser Leistungen bearbeite das Publikum aktiv verbindliche Entscheidungen, gerade diese Volatilität des Publikums konditioniere aber die Politik.

Dass alle Subsysteme untereinander aufeinander angewiesen sind, bedeutet einen »Verzicht auf Möglichkeiten der unilateralen Kontrolle«.¹⁶⁸ Kein System kann hier andere kontrollieren, ohne selbst der Kontrolle zu unterliegen und zugleich die Gegenkontrolle durch das (vermeintlich) kontrollierte System zu antizipieren. Souveränität wird in dieser Rekonstruktion systematisch unterlaufen, genauso wie hierarchische, lineare Machttheorien: Im politischen System *hat* nicht ein Akteur oder Subsystem die Macht über andere; vielmehr wird durch den *Kreislauf gegenseitiger Regulation* Macht produziert und immer weiter gesteigert. Erst dadurch kann das politische System seine Funktion erfüllen: Es produziert das Medium Macht, um in der Umwelt Entscheidungen mit dem Merkmal ›kollektiv verbindlich‹ auszeichnen zu können. Luhmann konterkarierte damit ökonomische und politikwissenschaftliche Theorien der Macht.¹⁶⁹ Die Regulationsidee der Kybernetik führt auch ihn zu einer neuen, systemischen Theorie der Macht.

Alle klassischen Machttheorien folgen in Luhmanns Sicht drei grundsätzlichen Prämissen:¹⁷⁰ Sie begreifen Macht als transitiv (also übertragbar), gehen von der Konstanz der Machtsumme aus und versuchen daher Machtgleichgewichte zu erzielen. Besonders fassbar werde dieser Ansatz in der Besitzmetaphorik, die Macht als ein knappes Gut präsentiere, das man haben oder nicht haben kann.¹⁷¹ Wenn man es besitzt, könne man es übertragen und dadurch lange Machtketten bilden,

166 Luhmann: *Politische Soziologie*, S. 404. Zur Bedeutung der latenten, symbolischen Dimension bei Luhmann vgl. auch Rzepka: »Die symbolische Legitimation der Demokratie«.

167 Siehe Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 157–159.

168 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 63.

169 Siehe Luhmann: »Systemtheoretische Ansätze zur Analyse von Macht«.

170 Zu den folgenden Absätzen Luhmann: »Klassische Theorie der Macht«, Luhmann: »Systemtheoretische Ansätze zur Analyse von Macht« und Luhmann: »Gesellschaftliche Grundlagen der Macht«. Vgl. auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 92–97, hier insb. S. 93.

171 Siehe dazu konkret Luhmann: »Klassische Theorie der Macht«, S. 158f.

die die Form einer Hierarchie annehmen. Um den Kampf um das knappe Gut zu pazifizieren, werde dann, etwa in der liberaldemokratischen Gewaltenteilung, der Ausweg in einem Machtgleichgewicht gesucht, das übermäßige Macht blockiere.¹⁷²

Dieser Macht-Konzeption liegt aber laut Luhmann ein lineares Kausalitätsmodell zugrunde, nach dem A das Verhalten von B direkt bewirkt, selbst wenn es dafür Zwischenstellen in Anspruch nehmen muss.¹⁷³ Wie bereits zu sehen war, hielt Luhmann diese Kausalitätsannahme für unzulässig. Beim Problem der Macht wird das unmittelbar plastisch: Das alte Machtverständnis blendet die anderen Einflüsse auf B aus und kann so gar keine Kausalität feststellen; vor allem aber blendet es auch die anderen Handlungsmöglichkeiten von B aus. Zukunft ist hier determiniert. Das Machtmodell gleiche einer sehr einfachen, einer ›trivialen‹ Maschine.¹⁷⁴

Gegen diese Trivialisierung von sozialen Beziehungen schlug Luhmann vor, Macht als eine Übertragung von Handlungsselektionen zu verstehen. A und B wählen jeweils aus einer Vielfalt von Optionen aus: »Man muß sich mindestens zwei Beteiligte vorstellen, die jeweils über eine Mehrzahl von Alternativen des Handelns oder Unterlassens verfügen. Beide bewerten ihre Alternativen unterschiedlich und differieren außerdem untereinander in ihrer Bewertung. *Macht beruht auf diesem Unterschied der Unterschiede*«. ¹⁷⁵ Die Selektionen des Gegenübers schränken dann die eigenen Möglichkeiten ein, machen aber auch neue Optionen auf. Auf diese Weise üben A und B gleichzeitig Macht aufeinander aus.

Genau diesen Beziehungscharakter unterschätzen alle klassischen Machttheorien laut Luhmann. Bei ihnen sei der Vorgesetzte stets der Machthaber, herrsche stets die Verwaltung über das Publikum. Sie vernachlässigen dabei, so Luhmanns Kritik, dass sowohl der Vorgesetzte als auch die Verwaltung auf Kooperation zwingend angewiesen sind, und zwar gleich doppelt: Einerseits müssen die anderen ihnen auch folgen, andererseits brauchen sie selbst Zuarbeiten, um zu wissen, was man denn befehlen solle. Gerade formale Organisation steigert auf diese Weise Macht und verweigert eine Zentralisierung von Macht.¹⁷⁶

Es ist von dem Gesagten bereits offensichtlich, dass Luhmanns und Foucaults Kritik der traditionellen Machtverständnisse nahezu identisch sind.¹⁷⁷ Es ist auch

172 Die Verfassung institutionalisiert und formalisiert für Luhmann dieses Modell aus der bürgerlich-liberalen Staatslehre. Siehe Luhmann: »Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems (1. Teil)«, S. 9-12; Luhmann: »Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems (2. Teil)«, S. 165f.

173 Vgl. auch Borch: »Systemic Power«, S. 156-158.

174 Siehe Luhmann: »Klassische Theorie der Macht«, 160.

175 Luhmann: »Systemtheoretische Ansätze zur Analyse von Macht«, S. 105.

176 Siehe Luhmann: »Systemtheoretische Ansätze zur Analyse von Macht«, S. 109.

177 Vgl. dazu auch Borch: »Systemic Power«, S. 158-160; Bublitz: »Foucaults ›Ökonomie der Machtverhältnisse‹ und Luhmanns ›Politik der Gesellschaft‹«, insb. S. 319-323, die dort sogar meint:

erkennbar, dass Luhmanns Vorschlag Foucaults Idee ähnelt, Macht als ein Interaktionssystem zu verstehen, bei dem Führungen geführt werden: Bei beiden ist Macht auf Freiheit angewiesen, denn dort, wo es nur Zwang gibt, gibt es für beide keine Macht.¹⁷⁸ Beide bauen zirkuläre und reziproke Machtmodelle, in denen Macht in einem Kreislauf fließt, der – ebenfalls bei beiden – metaphorisch mit Stromkreisläufen assoziiert wird. Macht arbeitet »mit Hilfe einer Art Relais-technik«, heißt es auch bei Luhmann.¹⁷⁹ Dadurch kann auch niedrige Leistung hohe Leistung kontrollieren, während das Relais selbst reflexiv im Stromkreis angesteuert werden kann, sodass die Leistung (also: Macht) weiter gesteigert werden könnte. Schließlich findet sich dieser Mechanismus bei beiden *nicht* ausschließlich in der institutionalisierten Politik: Macht – oder wie Luhmann sie dann auch nennt: Einfluss¹⁸⁰ – gebe es überall in der Gesellschaft. Als produktive Kraft trage sie zur Reproduktion der Systeme bei.

Was Luhmann aber deutlich von Foucaults Machtmodell unterscheidet, ist die Kopplung von Macht an negative Sanktionen.¹⁸¹ Sie beruhe letztlich stets darauf, mit einem schlechten Ausgang der Interaktion zu drohen, wobei diese Drohung durch den Verweis auf Zwang und Gewalt gedeckt sein kann (aber nicht muss). Die besondere Relevanz des politischen Systems bestehe nun darin, dass es diesen Verweis auf Gewaltanwendung weitgehend zentralisiert. Erst dadurch werde das immense Potenzial dezentraler gewaltfreier Machtkommunikation in der Gesellschaft entfesselt, während das politische System selbst kollektiv verbindliche Entscheidungen mit Gewaltreferenz versehen und so überall durchsetzen kann.¹⁸² Nach außen fungiert sie als ein *symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium*.¹⁸³

»Bis in die Formulierung hinein deckt sich das Luhmannsche Machtkonzept fast wörtlich mit dem Foucaults« (S. 322).

- 178 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 39: »Macht setzt Freiheit voraus«. Foucault nennt das ein zweiseitiges Bedingungsverhältnis, Luhmann doppelte Kontingenz (siehe Luhmann: »Gesellschaftliche Grundlagen der Macht«, S. 117).
- 179 Luhmann: »Reflexive Mechanismen«, S. 123. Auch andere reflexive Mechanismen arbeiten auf diese Weise.
- 180 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 40; vgl. zu Unterscheidung und Verhältnis von gesellschaftlicher Macht (Einfluss) und politischer Macht als deren Spezialform auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 95f.
- 181 Luhmann: »Systemtheoretische Ansätze zur Analyse von Macht«, S. 105f. Vgl. dazu Borch: »Systemic Power«, S. 161, dessen These, Luhmann bleibe damit im alteuropäischen Rahmen, die Produktivität der Macht bei Luhmann völlig übersieht.
- 182 Vgl. dazu auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 96.
- 183 Während alle symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien Handlungsselektionen übertragen, deckt nur (politische) Macht sie mit zwangsbewehrtem Sanktionspotenzial (und nicht etwa mit dem Verweis auf Geld oder Wahrheit). Indem man Macht definitorisch so beschränkt, lassen sich mehrere Wege der Handlungsselektion unterscheiden. Andersherum könnte man mit Foucault Geld oder Wahrheit als Formen oder Medien von Macht interpre-

Diese Spezialisierung spiegelt sich im Inneren des politischen Systems: Es reguliert sich über Macht selbst. Die Handelnden und die Verfahren orientieren sich an der Relevanz eines Ereignisses für Machtoptionen – und nicht etwa für Wahrheit oder Sittlichkeit, wie Luhmann immer wieder gegen die alteuropäische Tradition betonte.¹⁸⁴ Die Machtbeziehungen zwischen den drei Subsystemen laufen dabei zunächst in einer Richtung vom Publikum zur Politik zur Verwaltung zum Publikum zur Politik etc. Diese Einflussnahme sei durch den Rechtsstaat formalisiert und legitimiert worden. Dem formalen Machtkreislauf stehe aber auch eine informelle Machtrichtung gegenüber, wenn das Publikum Einfluss auf die Verwaltung nehme oder die Verwaltung Entscheidungsprämissen für die Politik vorformuliere.¹⁸⁵

Anstatt aber den informellen Machtkreislauf voreilig zu verurteilen, argumentierte Luhmann, dass der formelle Machtkreislauf auf diesen informellen Einfluss angewiesen ist. Die Verwaltung brauche nun einmal Informationen vom Publikum. Allerdings ergebe sich im Wohlfahrtsstaat eine neue Situation: Der informelle Machtkreislauf werde immer dominanter, weil zum Beispiel im Publikum formale Verbandsorganisationen aufgebaut und auf die Verwaltung angesetzt werden.¹⁸⁶ Auf diese Machtsteigerung in der einen Richtung reagiere dann auch der andere Machtkreislauf mit Machtsteigerung. Diese Machtinflation kann zur Überlastung des Stromkreises führen und ist für Luhmann ein strukturelles Problem des Wohlfahrtsstaates: »Man hat es mit einer selbstgeschaffenen Wirklichkeit zu tun, in der die Gründe für ihre Einrichtung noch gelten, noch geschätzt werden, aber die Folgen, die durch weitläufige Interdependenzen vermittelt werden, bereits unerträglich zu werden beginnen.«¹⁸⁷

Kritik des Wohlfahrtsstaates und seiner Kritiken

Die angesprochene unerträgliche Situation war niemandem entgangen. Auch Luhmann sah einen beschleunigten Wandel und nannte drei sehr beunruhigende Phänomene: Während die Industriegesellschaft die natürlichen Ressourcen aus ihrer

tieren. Macht ließe sich nach ihrer jeweiligen Referenz unterscheiden. In gewisser Weise hat Michael Mann einen solchen Vorschlag mit der Unterscheidung von Machtsorten gemacht, die zudem Macht im Rahmen von »sich überlagernden Netzen sozialer Interaktion« und ihrer institutionellen Organisation deutet (Mann: *Geschichte der Macht*, Bd. 1, S. 15f.; zu den Quellen S. 46–60). Politische Macht wird dabei an den Staat gebunden. Dies ist eine Wiederkehr des Problems, ob politische Macht ein spezifischer Modus von Macht (Luhmann) oder Macht – weil regulativ – *per se politisch* ist (Foucault).

184 Das hat insbesondere Luhmann: *Legitimation durch Verfahren* gezeigt.

185 Siehe, auch im Folgenden, zum Beispiel Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 47.

186 Siehe neben dem folgenden Kapitelteil pointiert auch Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 47f., 65; Luhmann: »Gesellschaftliche Grundlagen der Macht«, S. 125.

187 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 59.

Umwelt zu stark belaste, stoße sie in ihrem Inneren gleichzeitig auf ein Finanzierungsproblem für die wohlfahrtsstaatliche Inklusion und auf ein Loyalitätsproblem für die überforderte Politik.¹⁸⁸ Selbst der üblicherweise distanzierte Luhmann konnte sich daher scharfer Warntöne, die gelegentlich sogar alarmistisch ausfielen, nicht erwehren: Man sei in einer »Lage, die historisch ohne jede Parallele ist«,¹⁸⁹ und man sei womöglich mit »nicht mehr lösbaren Problemen« konfrontiert.¹⁹⁰

Auf der anderen Seite steht, dass Luhmann sich bei jeder Gelegenheit über die Unzulänglichkeit aufregte, die in den Diagnosen vom Staatsversagen, von einer Unregierbarkeit oder einer Krise des Wohlfahrtsstaates zum Ausdruck komme. Kritisch bemerkte er: »Nichts dergleichen ist wirklich zu sehen. Aber die Verkündung der Katastrophe gehört mit in einen Prozeß der negativen Selbstverstärkung von Problemlagen.«¹⁹¹ »Die viel beredete ›Krise‹ des Wohlfahrtsstaates ist vor allem eine Krise der bisherigen Denkmittel, eine Mentalitätskrise.«¹⁹² In den Krisendebatten der 1970er Jahre fand Luhmanns Kritik an den alteuropäischen Denkmustern so zu einem neuen Niveau: Die politischen Theorien seien nicht nur völlig unfähig, das Problem angemessen zu beschreiben, mit ihrem Begriffs- und Argumentationsapparat haben sie sogar einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass die Problemlage immer schlimmer wurde. »Für die damit gegebene historische Situation fehlt eine angemessene politische Theorie.«¹⁹³ Ganz ähnlich wie Foucault forderte Luhmann »eine andere Art des Denkens«,¹⁹⁴ weil »die Neuartigkeit der [...] Lage neuartige Denkmittel erfordert.«¹⁹⁵

In seiner Beschreibung der Krisensituation laufen daher Beobachtungen zu den Strukturproblemen des Wohlfahrtsstaates und zur politischen Theorie im Wohlfahrtsstaat parallel. Strukturell präsentierte er den Wohlfahrtsstaat als das evolutionäre Ergebnis der funktional differenzierten Gesellschaft, die ihr Inklusionsversprechen immer weiter ausgedehnt hatte: von der Rechtsfähigkeit aller Einzelnen über die Beteiligung aller an der politischen Kontrolle bis zur sozialen

188 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 9f.

189 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 143.

190 Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 45.

191 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 145.

192 Luhmann: »Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität«, S. 105.

193 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 15. Politische Theorie bestimmte Luhmann dabei als Theorie des Systems im System. Sie sei also keine wissenschaftliche Theorie, sondern »Reflexionstheorie«, und ihr Sinn bestehe eigentlich darin, eine kontraintuitive, kritische Selbstreflexion anzubieten, um so Sensibilität für Probleme zu generieren. Mit ihrem Apparat kann sie das aber nicht leisten. Es fehle zwar nicht an politischer, aber an theoretischer Radikalität (s.a. S. 17, 55f., 132f.).

194 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 80.

195 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 148.

Beteiligung an Lebensqualität.¹⁹⁶ Komplementär dazu habe der moderne Individualismus zu einem Anstieg der Ansprüche geführt, weil die Funktionssysteme dazu ermutigen würden, ihre Leistungen in Anspruch zu nehmen, und gleichzeitig kein Individuum die Funktionsweise im Einzelnen nachvollziehen könne: »Man kann nur die Antennen der eigenen Ansprüche ausfahren und sehen, was passiert. [...] So braucht man sich nicht zu wundern, daß am Ende die Individualität selbst zum Anspruch wird.«¹⁹⁷

Auch wenn Luhmann weder den aufgeblähten Staat noch den staatsfixierten Individualismus begrüßte, argumentierte er also evolutionstheoretisch, dass die Expansion des Staates und die Anspruchsinflation keine Defizite sind, sondern funktionales Korrelat zur Gesellschaftsform. »In dieser geschichtlichen Lage kann es nicht das Ziel sein, die Wirklichkeit, gemessen an Idealen oder Utopien, für mangelhaft zu erklären«, stellte er daher gegen die Kritische Theorie klar.¹⁹⁸ Allerdings müsse jede evolutionäre Entwicklung als eine »riskante[] Strukturentwicklung« angesehen werden, die scheitern kann.¹⁹⁹ Solche Tendenzen zeigten sich für Luhmann sowohl auf der Input- als auch auf der Output-Seite des politischen Systems.

Der Input des politischen Systems wurde für Luhmann zu diesem Zeitpunkt durch Filter gewährleistet.²⁰⁰ Indem sie die Umwelt(en) sondieren und Relevantes auswählen, schaffen sie eine Sensibilität des Systems für Problemlagen. Diese Umweltsensibilität wiederum sei von größter Bedeutung, damit das System nicht leerlaufe und einen Kurzschluss produziere, der für den Rest der Gesellschaft fatal wäre, weil sie den Ausfall eines Funktionssystems nicht kompensieren könne.

196 Siehe Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 112f.; Luhmann: »Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität«, S. 107.

197 Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 36; vgl. Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflationen und Exklusionsverkettungen«, S. 132-134.

198 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 16.

199 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37.

200 Siehe im Folgenden Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 61-67, zu den Folgeproblemen insb. S. 68f. Schon die These der drei Filter richtete Luhmann wieder direkt gegen hierarchische Politikkonzeptionen. Weil hier nur ein Filterweg gedacht werden könnte, würde ein solches System an mangelnder Sensibilität zugrunde gehen. In einem dreistelligen System setzen sich die Filter hingegen zwischen je zwei Systeme und können zudem miteinander agieren: Zwischen Politik und Publikum wirke die öffentliche Meinung, wie sie durch die Massenmedien inszeniert werde, als »Resonanzboden für Aktivitäten und Ereignisse« (S. 63) und ermögliche so eine innersystemische Selbstbeobachtung der Kontrahenten in der Politik. Zwischen Politik und Verwaltung bringen die Personen, die Ämter besetzen, ihre Sichtweisen und Karriereziele ins Spiel ein, und schließlich bietet das Recht zwischen Verwaltung und Publikum eine Instanz, um Konflikte als politisch relevant zu erkennen oder eben an Gerichte auszulagern.

Genau das schien sich laut Luhmann aber anzudeuten, denn die Thesen zur Entpolitisierung würden bereits seit einiger Zeit registrieren, dass immer weniger Probleme tatsächlich politisch bearbeitet werden. Das politische System könne und sollte zwar nicht alles politisieren, was als Problem auftaucht, wandte Luhmann ein, es müsse aber die richtige Auswahl treffen – und daran drohe es gerade zu scheitern: »Die Gefahr ist: daß das System [...] zu *selektiv* operiert und zu sehr auf *eigene* Funktionsnotwendigkeiten ausgerichtet bleibt.«²⁰¹

Während auf der Input-Seite die Überlast an Ansprüchen auf zu selektive Auswahlmechanismen trifft, komme der Wohlfahrtsstaat auf der Output-Seite bei der Umsetzung seiner Entscheidungen in Schwierigkeit. Zwar produziere er zu diesem Zweck immer mehr Macht, diese könne er aber nicht direkt einsetzen, weil er auf Kooperation angewiesen ist, die sich mit der Androhung von Sanktion nur sehr schlecht erreichen lasse: »Im Rohzustand ist solche Macht für [die] Regulierung ökologischer Probleme nahezu unbrauchbar.«²⁰²

Daher bediene sich der Wohlfahrtsstaat zweier anderer Kommunikationsmedien, nämlich Recht und Geld. Das habe große Vorteile, weil man mit ihnen sehr lange Wirkungsketten bauen könne. Sie kommen so dem Interesse des Wohlfahrtsstaates an dem Aufbau einer »Zentralkdemokratie« entgegen.²⁰³ Der große Nachteil sei aber, dass Recht und Geld über keine interne Stoppregel verfügen: Es gebe immer wieder neuen rechtlichen Regelungsbedarf und es gebe keinen guten Grund, nicht noch mehr Geld zu haben.²⁰⁴

Das hat aus Luhmanns Sicht drei schwerwiegende Konsequenzen:²⁰⁵ Zum einen stelle sich zwischen politischem System und Abnehmern ein gewisses Einverständnis ein, sodass Anspruchshaltungen für bestimmte Geldzahlungen oder Rechtspositionen entstehen. Wird dann per Entscheidung etwas geändert, komme

201 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 68; dazu auch S. 151. Meines Erachtens hat Stefan Lange hier zu einem gewissen Grad eine Fehlinterpretation von Luhmanns Zeitdiagnose vorgelegt. Er vertritt die These, dass es laut Luhmann eine Überlastung der Filter gibt. Das passt freilich zur diagnostizierten Anspruchsinflation, aber Luhmann betont ziemlich eindeutig, dass er den Input des Systems nicht einfach für überlastet, sondern für falsch spezifiziert hält. Deshalb kommt er auch immer wieder darauf zurück, dass es eine Verschiebung bei der Themenwahl von Partizipation und Inklusion auf Ökologie geben muss (z.B. Luhmann: »Distinctions directrices«, S. 28-30). Vgl. zur sonst instruktiven Darstellung der Filter bei Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 198-203.

202 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 176.

203 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 96.

204 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 108f.; Luhmann: »Staat und Politik«, S. 100; am Beispiel von Organisationen Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 46. Vgl. auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 191-193.

205 Zur Rekonstruktion in den folgenden Absätzen siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 95-99; Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 34-38; Luhmann: »Staat und Politik«, S. 100f.

es zu Widerständen. »Interessen werden in das System, das sie fördert, verstrickt, und immobilisieren dann [...] die Verhältnisse.«²⁰⁶ Der Wohlfahrtsstaat strebe deshalb Verbesserungen an, etwa durch die Verteilung von mehr Geld. Dann kann man zwar mehr oder weniger ›durchregieren‹, verspiele aber die Chance, bei Problemen frühzeitig gewarnt zu werden und diese zu bearbeiten. Gewissermaßen kehrt sich also der Vorteil symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien hier in einen Nachteil: Problemsensibilität und Lernprozesse des politischen Systems werden blockiert.

Darüber hinaus gebe es aber Bereiche, die mit diesen beiden Mitteln schlichtweg nicht reguliert werden können. Dazu zählte Luhmann den Eingriff des Staates in die Personenstruktur durch Erziehung und psychologische Korrekturmaßnahmen. »Personenänderung ist ohnehin das gefährlichste Ziel, das eine Politik sich setzen kann«, hielt Luhmann, vom Schrecken des Nationalsozialismus geprägt, durchaus besorgt fest.²⁰⁷ Aber selbst wenn der Wohlfahrtsstaat »für das Aufdrängen von ›Hilfe‹ eine ausreichende Legitimation« hätte (was nicht der Fall sei), können die Organisationstechnologien Geld und Recht das überhaupt nicht gewährleisten: »Ein Staat [...] wird diese Mittel überdehnen, wenn er sich auf dieses Tätigkeitsfeld begibt«.²⁰⁸

Auf beiden Wegen steigt also der Bedarf an Recht und Geld immer weiter an, bis – schließlich – die Grenzen des Möglichen erreicht sind: »Was Geld angeht, wird der Wohlfahrtsstaat zu teuer. Er fördert Tendenzen zur Inflation, die ihn dann wieder ruinieren«, stellte Luhmann mit Blick auf die Wirtschaftskrise fest.²⁰⁹ Auf der anderen Seite führe die schiere Menge der rechtlichen Vorschriften zu einer Überlastung der Verwaltungen, die darauf dann schlicht mit Nichtanwendung reagieren würden.²¹⁰ Ein dritter Effekt ist die zunehmende Bürokratisierung, die daraus entstehe, dass das politische System seine Entscheidung nicht in andere Systeme übersetzen könne. Es schiebe dann die Aufgabe in eine Organisation ab, die diesen Missstand verwalten müsse.²¹¹ Die dreifache Überlastung der Output-Seite hat Folgen: Das politische System sei vor allem mit den Folgeschäden unzulänglicher Steuerungsansätze beschäftigt, während es die Sensibilität und Flexibilität verliere, mit der es neue Themen aufnehmen könnte. Es droht der Kurzschluss von Input und Output.²¹²

206 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 96.

207 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 97.

208 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 97; siehe auch Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 117f.

209 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 98.

210 Siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 99.

211 Siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 103–111.

212 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37f.

Für die Dynamik dieses teuflischen Schaltkreises machte Luhmann die alteuropäischen Denkstile verantwortlich, die dem politischen System den Code progressiv vs. konservativ auferlegt haben.²¹³ Dieser Code mache politische Programme auf der Basis von Werten. Weil man Grundwerte aber nicht ablehnen oder begrenzen kann, treibe die wertebasierte Sprache die Expansion des Wohlfahrtsstaates immer weiter an. Auch das ist evolutionstheoretisch gedacht: Weil ja auch die Semantik ein Produkt der funktionalen Differenzierung ist, komme in dem alteuropäischen Code auch das Verlangen nach immer mehr Wachstum zum Ausdruck. Die Logik des Codes lässt eine »Gegenrationalität« schlechterdings nicht zu.²¹⁴

Dazu kommt, dass der Code es sehr einfach macht, auftretende Sachverhalte politisch zu verwerten. Der alteuropäische, wertebasierte Code hat hier laut Luhmann zwei große Vorzüge: Einerseits mache man sich unangreifbar, weil man sich auf die Souveränität der Menschlichkeit beruft (statt auf niedere Interessen),²¹⁵ andererseits könne man sehr schnell Entscheidungen treffen. Hat man sich einmal einem Werteschema zugeordnet, lassen sich daraus ganze Programme ableiten, ohne im Einzelnen den Sachverhalt prüfen zu müssen: »Man kann die eigene Politik [...] zuordnen, indem man gegen die andere ist. Man kann so bei geringer Umweltsensibilität und bei geringer Informationsaufnahme immer noch etwas sagen und immer wieder zu Entscheidungen kommen und entweder die progressive oder die konservative Option durchsetzen.«²¹⁶

Es ist offensichtlich, dass für den ironischen Luhmann diese vermeintlichen Vorteile die ganze Malaise des Codes kennzeichneten: Das Gefühl der Souveränität moralisiere politische Probleme und verhindere, dass man Verständnis für die Gegenseite oder die Umwelt aufbringt und gegebenenfalls das eigene Programm umarbeitet.²¹⁷ Stattdessen treffe man einfach immer mehr Entscheidungen ohne nachzudenken. Der Code ist damit für die Output-Überlastung und für die mangelnde Umweltsensibilität des politischen Systems verantwortlich. In Luhmanns ironischer Wende der Progressiv-Konservativ-Unterscheidung sind letztlich beide Seiten konservativ, weil sie nicht in der Lage sind, ihr »Schattenboxen« zu beenden und die neuen Probleme einer solch komplexen Gesellschaft zu thematisieren.

213 Hier und zum Folgenden siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37-39, 70-74, 90f., 146f.; scharf zur Werteproblematik Luhmann: »Probleme eines Parteiprogramms«.

214 Siehe Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 29f.

215 Siehe Luhmann: »Probleme eines Parteiprogramms«, S. 174. Auch Luhmann stellte hier diese Verbindung von Humanismus und Souveränität wortwörtlich her: »Grundwerte [...] verweisen auf keine Gruppen, auf keine Interessen, sondern betreffen den Menschen als Menschen. Der Bezug auf Grundwerte entspricht so einer wahrhaft souveränen Politik«.

216 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 70.

217 Siehe Luhmann: »Der politische Code«, S. 280-282; Luhmann: »Probleme eines Parteiprogramms«, S. 174.

Darum komme es zum »Leerlauf« und zum Kurzschluss der Selbstreferenz im politischen System.²¹⁸

Die Antwort darauf lag aber auch für Luhmann nicht darin, die rechtsstaatlich verfassten Grundwerte abzuschaffen. Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit haben nach wie vor ihren Sinn im Schutz von Autonomie. Sie können aber weder von ihren intellektuellen noch von ihren operativen Kapazitäten her eine Antwort auf die *Folgeprobleme dieser Autonomie* geben. Gerade hier liegen aber die Gründe für das, was die Reflexionstheorien unzureichend mit »Unregierbarkeit« oder »Staatsversagen« beschreiben.²¹⁹ Die funktional differenzierte Gesellschaft hat sich laut Luhmanns Diagnose in eine Situation manövriert, in der die »amelioristische Vernunft selbst mit ihren Leitideen zum Problem wird«. ²²⁰ Keine ihrer Codes könne das eigene Wachstum beschränken, und das rufe immense Folgeprobleme hervor, die die Differenzierung der Teilsysteme gefährde. Luhmann bezeichnete das auch als die »Wachstumskatastrophe« der funktional differenzierten Gesellschaft.²²¹ Was schlug er in dieser Situation der Politik vor?

Restriktive Politik: Eine Erneuerung des politischen Codes

Im April 1978 fand sich Niklas Luhmann auf einer Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus wieder, bei der die CDU die Krise der Gesellschaft diskutierte. In seinem Beitrag insistierte Luhmann, dass das Problem nicht einfach ein Effizienzmangel der Bürokratie sei, wie es der Titel der Veranstaltung insinuierte, sondern dass man – im Gegenteil! – durch die Erfolge des modernen Wachstumsdrangs

218 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37-39, 70-73; zum Ideenkonservatismus Luhmann: »Der politische Code«, S. 276-278. Man könnte Luhmanns beißendem Spott für diese Ideen zahlreiche Zitate hinzufügen. So bemerkte er etwa, dass sich der Sinn von progressiv und konservativ inzwischen pervertiert habe: Um der Erhaltung willen müsste sich eigentlich Vieles ändern, und für eine progressive Veränderung müsste man alle Strukturen und Mittel konservieren, mit denen man etwas verändern will. Gerne verpackte er dies auch in Wortspiele: »Vertreter des Monopolkapitalismus erscheinen als konservativ, Vertreter des Kapitalmonopolismus halten sich für progressiv. Unmittelbar einsichtig ist das nicht« (S. 267).

219 Es ist unklar, wie Stefan Lange zu der Überzeugung kam, Luhmann wolle eigentlich zurück zum Rechtsstaat des 19. Jahrhunderts (Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 194). Für den Rechtsstaat und seinen formellen Machtkreislauf erklärte Luhmann explizit, dass es kein Zurück geben könne: »Die Frage des Machtmißbrauchs wird damit nicht obsolet, der Rechts- und Verfassungsstaat, der darauf angesetzt ist, nicht überflüssig; aber die Nachteile einer riskanten Strukturentwicklung sind mit diesen Kategorien nicht mehr vollständig erfaßt [...] und dem ist mit Gewaltenteilung oder mit rechtsstaatlichen Kontrollen nicht abzuhelfen.« (Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37; zur entsprechenden Formulierung für die Grundwerte S. 146f.).

220 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 29.

221 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 29.

überrollt werde.²²² Die moderne Gesellschaft begegne sich selbst.²²³ Für dieses Reflexivwerden der Moderne sei die Praxis aber so schlecht aufgestellt, weil die Selbstbeobachtung der Politik durch die politische Theorie keinerlei Instrumente zur Verfügung stelle. In dieser Situation nütze es allerdings auch nichts, einfach nur Grenzen des Wachstums einzufordern. Wachstum sei zwar tatsächlich das Problem, aber man müsse ja den Antrieb des Systems selbst ersetzen, wenn man Wachstum als Triebfeder nicht mehr wolle.²²⁴

Gelegentlich überlegte Luhmann daher, ob das Abschneiden der Energiezufuhr für das System eine Lösung sein könnte: »Mehr Geld« ist der kategorische Optativ dieser Gesellschaft [...] und »weniger Geld« ist zugleich das einzige Regulativ.²²⁵ Dann kam er aber zu dem Schluss, dass dadurch auch hochproblematische Folgekosten entstehen. Denke man etwa an das Gesundheitssystem, könnte eine monetäre Steuerung die Initiative zur Prävention verringern, rechtzeitige Behandlungen verhindern oder eine erhöhte Ansteckungsgefahr akzeptabel machen. Das würde der Logik der Ausdifferenzierung zuwiderlaufen: »Je geldabhängiger die Krankenversorgung wird [...], desto wirksamer kann über monetäre Steuerung ins Krankheitssystem eingegriffen werden – desto wirksamer und desto weniger rational, denn ökonomisch kann nur die Ökonomie kalkuliert werden.«²²⁶

Luhmann schloss daher auch aus, dass eine »Radikalkur« für die Selbstüberforderung des politischen Systems erfolgreich sein könne, so wie sie etwa in Großbritannien durch Thatcher versucht werde.²²⁷ Das erkenne nämlich, so sein Argument, dass die Situation nicht einfach durch das politische Personal oder das Herrschaftsinteresse von Gewerkschaften entstanden sei, sondern *gesellschaftsstrukturelle* Gründe habe. Dazu gehörte für Luhmann auch, dass die Politik die Perspektive der Betroffenen nicht einfach so abweisen kann, jedenfalls dann nicht, »wenn man Demokratie bewahren [...] will«.²²⁸

Luhmanns Vorschlag für das politische System wies daher in eine andere Richtung, und er machte sich dafür die Funktionslogik der Demokratie zunutze. Seine These war, dass die eigentliche Leistung der Demokratie darin bestand, Selbstbeobachtung durch die Produktion von alternativen Weltansichten zu ermöglichen.²²⁹

222 Siehe Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«.

223 Siehe Luhmann: »Staat und Politik«, S. 96.

224 Siehe Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 119; Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 85f., 147f.

225 Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 39.

226 Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 46f.

227 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 152.

228 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 153; auch Luhmann: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem«, S. 29. Vgl. zur Ablehnung des Verweises auf Sachzwänge auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 193, zu Thatcher auch S. 155f.

229 Siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 127.

In einem demokratischen politischen System entwickle sich daher die Unterscheidung von Regierung und Opposition, die Luhmann später den »Supercode« des politischen Systems nannte.²³⁰ Der Fehler des alteuropäischen (Sekundär-)Codes »progressiv/konservativ« bestand darin, dass die vermeintliche Alternative keine Alternative war: Egal, wen man wählte, man bekam immer das, was Luhmann ein *expansives Politikverständnis* nannte. Deshalb sollte man dem ein *restriktives Politikverständnis* entgegensetzen.²³¹

Dieser neue Codierungsvorschlag ist – aus Luhmanns Sicht – eine höhere Ordnung: Indem man von den Querelen zwischen Konservativen und Progressiven abstrahiere, würde man sehen, dass sie im Grunde das gleiche vertreten und sich nur nach Maßgaben des 19. Jahrhunderts unterscheiden.²³² Das expansive Politikverständnis könnte auch weiter an diese »alteuropäische[n] Traditionen anknüpfen, die der Politik eine führende Rolle in der Gesellschaft zuweisen. Der Politik käme es damit zu, für die »menschenwürdige« Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens zu sorgen [...]. Politik wäre [...] eine Art hierarchische Spitze der Gesellschaft, wäre letzte Instanz«.²³³ Auf der einen Seite der neuen Differenz stünden dann nach wie vor Souveränitätsidee, Humanismus und eine Ignoranz gegenüber den Folgen einer politischen Gesamtverantwortlichkeit. Auf der anderen Seite aber entstünde nun ein neues Politikverständnis, das – natürlich – auf der Systemtheorie beruht: Es »sähe in der Politik dagegen nur eine bestimmte Funktion unter vielen anderen. Sie hätte ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben zu leisten,

230 Die Code-Sprache ist bereits seit den späten 1970er Jahren in Luhmanns Auseinandersetzungen mit dem Wohlfahrtsstaat zu finden, allerdings ist sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht systematisch in die Systemtheorie eingebaut. Ich gehe daher hier auch nicht weiter auf die erst später entwickelte Systematik ein. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass das politische System dem Code Macht/Nicht-Macht folgt, dann aber einen dies überlagernden Code hat, nämlich Regierung/Opposition. Dieser Code kann dann wieder durch zahlreiche Sekundär- bzw. Tertiär-Codes geformt werden. Auch wenn Luhmann in anderen Systemen Sekundär-Codes kennt, herrscht nur im politischen System ein derartiges Code-Wirrwarr – und auch nur hier hat er selbst einen Vorschlag für eine Umcodierung eingebracht. Dies alles spricht paradoxerweise dafür, dass Luhmann dem politischen System doch – gerade in seinem Kampf gegen alte Deutungsmuster – eine herausgehobene Rolle in der Gesellschaft zugestand. Zu Luhmanns später Demokratietheorie siehe Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 167-174; Luhmann: »Theorie der politischen Opposition«; vgl. zum Supercode auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 175-187; Hellmann: »Spezifik und Autonomie des politischen Systems«, der die Plausibilität des Codes Regierung/Opposition infragestellt.

231 Hier und im Folgenden Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 123-125, 153-155.

232 Für eine Aufzählung des »Arsenal[s] der Modernitätsdistinktionen« siehe auch Luhmann: »Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität«, S. 111.

233 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 155.

und dies möglichst effektiv; sie müsste aber auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten sehen und das Akzeptieren dieser Grenzen mitverantworten.«²³⁴

Das offensichtliche Merkmal eines restriktiven Politikverständnisses ist die begrenzte, zurückhaltende Stellung der Politik. Statt »Appell[e] an den guten Willen« anzunehmen, wird sie nur aktiv, wenn sie die Aufgabe »einigermaßen sicher« lösen kann.²³⁵ Dafür orientiere sie sich an den eigenen Mitteln und an den Kausalitäten der Umweltbeziehungen. Gleichzeitig führe sie ein »verändertes Mensch-Verständnis« mit sich, in dem der Mensch dezentriert werde;²³⁶ die Politik müsse dann akzeptieren, dass sie nicht für den Lebenssinn des Individuums verantwortlich ist, wodurch Themen wie die Liebe aber gerade eine besondere Relevanz erhalten. Es ist offensichtlich, dass hier Luhmanns Präferenz für den Freiraum des Menschen durchscheint, die zugleich gut zu dem gegenkulturellen Anspruch auf Differenz passte.²³⁷ Politik jedenfalls musste ihre Grenzen kennen, die durch die hohe, unabsehbare Interdependenz in der Gesellschaft sehr eng gesteckt waren.

Tatsächlich ist aber das Restriktive gar nicht der Hauptpunkt des restriktiven Politikverständnisses. Er liegt vielmehr in den Veränderungen, die sich einstellen, wenn Politik die Interdependenzen in ihr Kalkül einbeziehen muss: Sie könnte dann nämlich nicht mehr den Wegen folgen, die durch eine Wertedogmatik vorgegeben sind, sondern müsste in jedem Einzelfall ihre Mittel und Grenzen neu prüfen. Diese Kapazität zur ständigen Selbstreflexion war für Luhmann der einzige Weg, mit dem Politik und Verwaltung die Wachstumsanstöße kontrollieren könnten.²³⁸

Hier setzt dann auch die Aufgabe der politischen Theorie im Wohlfahrtsstaat ein. Die Reflexionstheorien könnten nicht wie bisher ein Leitungsinstrument sein, das »den Kurs vorschreibt«, sondern müssen eine »Anleitung zur Reflexion auf den Sinn, auf die Möglichkeiten, auf die Grenzen von Politik unter heutigen und künftigen Bedingungen« bieten.²³⁹ Mit der Systemtheorie könnte diese Selbstreflexivität in die Theorie der Politik und darüber in die Politik eingeführt werden. Ein hinreichend abstraktes, technologisches Vokabular, das auf Selbstreferenz und Systembegriff beruhe, »könnte zu anderen Sprachformen in der politischen Kommunika-

234 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 155; vgl. auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 193.

235 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 156.

236 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 122.

237 In Luhmann/Hagen: »Es gibt keine Biografie«, S. 22, hat er diese Präferenz auch selbst bestätigt. Nassehi: »The Person as an Effect of Communication« und Reckwitz: »Die Grenzen des Sozialen und die Grenzen der Moderne« haben sie als romantische Neigung interpretiert. Dass Luhmanns Theorietechnik gut in den Stil der Counterculture passte, hat Felsch: *Der lange Sommer der Theorie* herausgearbeitet (insb. S. 232-235).

238 So wörtlich bei Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 111.

239 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 156f.

tion führen, vielleicht nach und nach zu einem anderen intellektuellen Zuschnitt der politischen Diskussion.«²⁴⁰

Was Luhmann hier vorschlug, war kein technokratisches Modell – dagegen hat er sich stets gewehrt, wenn er seinen Vorschlag ausführte.²⁴¹ Technokratische Modelle würden behaupten, dass man auf jede Herausforderung stets eine richtige Antwort finden kann (*one best way*) – gerade mit diesem Punkt-zu-Punkt-Verständnis von System und Umwelt sind sie in Luhmanns Sicht völlig unterkomplex. Diese Anklage weitete er gegen alle Formen der rationalistischen Planungstheorie aus. Sie würden zwar die schöne Möglichkeit zupackender Politik suggerieren, gehen damit aber an der sachlichen Komplexität der Probleme vorbei. Die Probleme lassen sich eben nicht in einfache Kausalketten und isolierte Variablen *dekomponieren*, wie etwa Herbert Simon glaube. Diese Fiktion unterschläge die Interdependenz und Polykontextualität der Probleme.²⁴²

Die dringend nötige Reflexionsfähigkeit konnte daher für Luhmann kein Variablenwissen sein, und sie suche auch nicht *eine*, sondern *möglichst viele* Antwortoptionen. Gerade dafür könnte eine systemtheoretische Theorie der Politik die notwendigen Verfahren zur Selbstreflexion liefern. Mit ihr ziehe der »kognitive Stil einer Gesellschaftsdiagnose« ein, der »Bereitschaft zum Lernen signalisiert«.²⁴³ Für »gute Politik« und für »Theoriepolitik« gilt laut Luhmann dann dasselbe: Sie müssen »Fähigkeit zur Aufnahme von Anregungen und Fähigkeit zur Selbstkritik« bereithalten und dadurch »Verständnis für Alternativen aufbringen, ja systematisch erzeugen können.«²⁴⁴

Wie die Systemtheorie lehnte also auch das restriktive Politikverständnis den Dogmatismus von Werten (*fixes Programm*) und Rationalität (endgültige, rationale Lösungen) ab. In ironischer Anverwandlung des alteuropäischen Vokabulars plädierte Luhmann stattdessen für Opportunismus.²⁴⁵ Ein restriktives Politikverständnis bedeutet *situative Politik*²⁴⁶ zu betreiben, in der jedes Problem ständig neu

240 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 153; siehe auch Luhmann: »Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität«, S. 104; Luhmann: »Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften«, S. 333.

241 Siehe etwa Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 82, 130, 156; Luhmann: »Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften«, S. 333.

242 Das ist Luhmanns Variante der *wicked problems*-These. Siehe zu den Kritikpunkten vor allem Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 57–59, und Luhmann: »Probleme eines Parteiprogramms«, S. 168–176, 181; zur Kritik an Simon des Weiteren Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 162–164.

243 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 157.

244 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 157 (alle Zitate).

245 Siehe z.B. Luhmann: »Positives Recht und Ideologie«, S. 249; Luhmann: »Theoretische Orientierung der Politik«, S. 290; Luhmann: »Komplexität«, S. 215.

246 Den Begriff übernehme ich von Hartmut Rosa: *Beschleunigung*. Er verwendete ihn, um eine These über den strukturellen Wandel der Politik seit dem letzten »Beschleunigungsschub« in

bewertet wird, weil sich die Bedingungen permanent ändern und nie letztinstanzliche oder konstante Lösungen zulassen. Luhmanns Rat war daher auch, auf kleine Veränderungen zu setzen, mit denen man sich Zeit kaufe, bis man die Folgen der eigenen Entscheidungen beobachten und neu bewerten könne.²⁴⁷ Kognitive Flexibilität wird in zeitlicher und sachlicher Hinsicht zum Leitkonzept des restriktiven Politikverständnisses.

In diesem Schlussplädoyer seiner Streitschrift zum Wohlfahrtsstaat scheinen auch die Paradoxa von Luhmanns eigener Theorie sehr deutlich hervor. Luhmann nahm hier für die Systemtheorie in Anspruch, was er anderen Theorien verweigerte: gleichzeitig wissenschaftliche Theorie im Wissenschaftssystem und politische Theorie im politischen System sein zu können. Was er unternahm, war nichts anderes als der Versuch, die Sicht des Wissenschaftssubsystems Soziologie einem anderen System als Handlungsmaxime (oder Operationsweise) aufzugeben. In der Theorie treten dann sofort Anomalien auf: Verstößt das nicht gerade gegen die Polykontextualität der Gesellschaft, in der jedes System mit guten Gründen eine andere, eigene Logik hat? Und verstößt es nicht auch gegen die Nachträglichkeit der Semantik, dass Luhmann über die Umstellung der Sprache die Operationsweise der Politik zu beeinflussen hoffte?²⁴⁸

Auch wenn Luhmann den Anspruch der Wissenschaftlichkeit nicht aufgeben wollte, hat er den politischen Charakter seiner Theorie zumindest explizit zugestanden: »Man kann eine funktional differenzierte Gesellschaft nicht auf Politik zentrieren, ohne sie zu zerstören. Aber es ist klar, daß diese Überlegung im politischen Raum nur als Option aufgenommen werden kann und daß sie *als politische Theorie auch politisch vertreten werden muß*.«²⁴⁹

Indem Luhmann den evolutionär gewachsenen Code *aktiv* ersetzen will, wechselte er die Ebenen: Die dreistellige Konzeption des politischen Systems, die syste-

den 1970er Jahren zu skizzieren. Ich möchte dem hinzufügen, dass der strukturelle Wandel durch die technologischen Narrative forciert wurde, in denen explizit ein Konzept *situativer Politik* als Antwort auf die Krisenerscheinungen entworfen wurde.

247 Siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 124f. Luhmann sprach daher – gegen wertebezogene und rationalitätsbezogene Programme – auch von einer problembezogenen Programmsprache (Luhmann: »Probleme eines Parteiprogramms«).

248 Vgl. zu der Kritik am fremdreferentiellen Interventionismus und am Verstoß gegen die Evolutionstheorie auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 194f.

249 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 23 (Hervorhebung hinzugefügt). Einiges deutet darauf hin, dass Luhmann die Paradoxie seiner Ausführungen nicht entgangen war: »Der hier vorgelegte Text stellt an sich selbst und an den Leser den Anspruch eines Beitrags zur *wissenschaftlichen* Entwicklung einer Theorie der Politik. In dieser Hinsicht also keine Konzession, die alles verwässern würde! Die Untersuchung geht in der dadurch bedingten Form aber gerade der Frage nach, ob eine Theorie des politischen Systems *im politischen System* möglich sei. Unser Text suggeriert durch seinen Inhalt eine positive, durch seine Form eine negative Antwort auf diese Frage.« (S. 142).

mische Machttheorie und der alteuropäische Code sind nicht (nur) Beschreibung der regulären Operationsweise des politischen Systems, sondern Elemente in einem Deutungskampf, in den die Systemtheorie mit ihrem Beschreibungsapparat eingestiegen ist. In diesem Deutungskampf hat Luhmann den technologischen Begriffssapparat dann mit einer beeindruckenden Konsequenz eingesetzt, um die Krise des Wohlfahrtsstaates als »Kurzschluss« der Zirkulation zu interpretieren und auf die systemische Interdependenz in modernen Gesellschaften zurückzuführen.

Allerdings haben die Krisendebatten auch Spuren in der wissenschaftlichen Systemtheorie hinterlassen. Während hier die Abgrenzung zu teleologischen Politikkonzepten dazu führte, einen radikalen Steuerungsskeptizismus als eine politische Option zu präsentieren (die freilich bereits mit dem Anspruch der akkuraten Gesellschaftstheorie daherkam), schrieb Luhmann wenige Jahre später die Steuerungsunfähigkeit sozialtheoretisch in der Theorie autopoietischer Systeme fest. Im gleichen Zug verwies er, wie ich gezeigt habe, explizit auf die Gefahr umweltoffener Systemtheorien, in alte, politikenaher Denkmuster zurückzufallen. In *Soziale Systeme* wurde dann auch die Echtzeit-Reproduktion des Systems besonders hervorgehoben, die mit dem Konzept situativer Politik korrespondiert.

Besonders stark zeichnet sich der Einfluss der politischen Auseinandersetzungen aber in der binären Codierung von Kommunikation ab. Diese hatte Luhmann schon seit 1974 anhand seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Unterscheidung progressiv/konservativ entwickelt und dann sukzessive sozialtheoretisch generalisiert. Was Sozialtheorie wurde, stammte aber aus dem politischen Deutungskampf: Luhmann warb mit den kybernetischen Theoriefiguren für eine Neuordnung, eine Umcodierung der Politik. Sie sollte statt mehr Ausgaben lieber mehr Rücksicht für die Umwelt aufbringen.

3. Ökologische Rationalität

Das kybernetische Vokabular prägt auch die Klima- und Umweltforschung nachhaltig. Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist es allgemeinverständlich, wenn hier von Ökosystemen gesprochen wird. »Ökosysteme sind«, wie es in der typisch kybernetischen Formulierung heißt, »hochkomplexe Netze«.²⁵⁰ Die Diversität dieser Netze ist dann – wie in der Kybernetik – zugleich eine Stabilitätsbedingung, und daraus folgt die inzwischen bekannte Erkenntnis der Ökosystem-Forschung, dass Biodiversität ein zentraler Faktor für die Leistungsfähigkeit von Ökosystemen ist, etwa bei der Regulation von Schwankungen und Störungen (wie Krankheiten).²⁵¹ Der Verlust von Biodiversität könne daher zum Kollaps führen.

250 So etwa im populärwissenschaftlichen Artikel von Schaller: »Ökologische Netzwerke«.

251 Vgl. weiterhin Schaller: »Ökologische Netzwerke«.

Bereits die Klimamodelle des *Club of Rome*, die Anfang der 1970er Jahre auf die Grenzen des Wachstums aufmerksam machten, standen unter dem Einfluss der Kybernetik: Das ganze Projekt wurde unter der Leitung des Computer-Pioniers und Systemforschers Jay W. Forrester am MIT durchgeführt.²⁵² Die computergestützten Simulationen bedienten (und bedienen) sich daher in theoretisch-metho- discher und in praktischer Hinsicht Techniken, die auf den Regelkreis-Konzepten der frühen Kybernetik aufbauten, und sie forcierten darüber hinaus die Wahrneh- mung der Welt als »eine« Welt, als ein insgesamt vernetztes System.

Diese globale Interdependenz hat sich ikonografisch auf dem Cover der Buch- ausgabe der *Grenzen des Wachstums* niedergeschlagen.²⁵³ Die Darstellungen der Welt aus dem Weltraum, insbesondere die Fotos der Appollo-13-Mission, wurden im Laufe der 1970er Jahre zu Ikonen, über die oft kybernetische Überlegungen vermittelt wurden, wenn man hinter die Cover der Bücher oder Zeitschriften schaute – so war es auch bei dem oben erwähnten, legendären *Whole Earth Catalog* von Stewart Brand. Auf diese Weise korrespondierte die *Ökologie des Geistes*, wie Batesons berühmtes Buch hieß, mit der materiellen Kybernetik der Ökosysteme.

Auch Niklas Luhmanns Systemtheorie gehört in diesen Strang kybernetischen Denkens, der die ökologische Dimension der Theorie besonders in den Vorder- grund hob. Er begrüßte daher explizit, dass sich in den frühen 1980er Jahren ein Wandel der politischen Themen abzeichnete, an dem er freilich – wie eben zu sehen war – selbst mitgewirkt hat. Umso mehr nutzte er die stärker werdende Ausein- andersetzung mit den Umweltrisiken und Nebenwirkungen der rationalistischen Moderne, um seine Zeitdiagnose auszuweiten und den Umgang der Umweltbewe- gungen mit ihrem Thema zu kritisieren.

Diese Auseinandersetzung soll im Folgenden rekonstruiert werden. Die erneue- te, erweiterte Intervention von Luhmann dient dabei als Aufhänger, um eine Zu- sammenfassung seiner Position zu entwickeln und in das Feld der Krisendiagnosen einzuordnen. Luhmanns Plädoyer, so meine These, zielte darauf ab, soziale Systeme auf kognitive Innovationsfähigkeit auszurichten, indem permanent Selbstreflexion und Differenzproduktion angeregt werden.

252 Forrester entwickelte einen Vorläufer des RAM, mit dem Computer bis heute arbeiten, und erste computergenerierte Animationen; zugleich entwickelte er am MIT die Kybernetik als *system dynamics* weiter. Der Club of Rome selbst wiederum folgte schon in seinen ersten Pa- pieren der kybernetisch inspirierten Diagnose, dass die Rationalität der Moderne veraltet sei und man daher einen völlig neuen Begriffsapparat bräuchte. Zur Geschichte dieser Organi- sation vgl. Kupper: »Weltuntergangsvisionen aus dem Computer«.

253 Vgl. dazu Kuchenbuch: »Eine Welt« im Bild«.

Luhmanns Krisennarrativ im Vergleich

Bereits in seiner Kritik des Wohlfahrtsstaates hatte Luhmann auf die Kosten der modernen Lebensführung für die Natur aufmerksam gemacht. Was er dort für das politische System formuliert hatte, reformulierte er nun mit Blick auf die Hiobsbotschaften über absterbende Wälder, erschöpfte Ölressourcen, Erderwärmung und Meeresverschmutzung. So wie die Probleme des Wohlfahrtsstaates waren sie laut Luhmann ein Sonderfall einer größeren, historisch einmaligen Situation, in der die moderne Gesellschaft reflexiv von den Effekten ihrer eigenen Operationsweise getroffen wurde. Ihr Wachstumsimperativ forderte nun unüberhörbar seinen Tribut: »Auf sehr verschiedene Weise fühlt die heutige Gesellschaft sich durch Effekte rückbetroffen, die sie in ihrer Umwelt selbst ausgelöst hat«, und »heute erreicht es eine Intensität, die sich als nicht länger ignorierbares, störendes ›Rauschen‹ der menschlichen Kommunikation aufzwingt.«²⁵⁴

Allerdings war Luhmann sehr skeptisch, was die Reaktion der Gesellschaft auf dieses Rauschen anging. Die Besonderheit seiner These bestand darin, dass die Umweltprobleme gesellschaftlich nur existieren, insofern darüber im System der Gesellschaft kommuniziert wird. Albrecht Koschorke hat Luhmann daraufhin vorgeworfen, er liefere – ganz der Verwaltungsbeamte – »Unzuständigkeitserklärungen« ab und verleihe der »ökologischen Betriebsblindheit [...] eine methodologische Weihe«.²⁵⁵ Nichts könnte aber weiter weg vom Sinn der Luhmannschen Intervention liegen. Denn seine These machte genau diese ökologische Betriebsblindheit zum Thema, weil er besorgt war, dass die funktional differenzierte Gesellschaft das Rauschen der Umwelt nicht angemessen interpretieren könnte.²⁵⁶

Aus gegenwärtiger Sicht erweist sich diese Sorge als enorm hellsichtig, muss man am Beginn des 21. Jahrhunderts doch eher eine erstaunliche Trägheit im Umgang mit dem Klimawandel beobachten, den es für manche zudem schlichtweg nicht gibt. Dass es in der Gesellschaft nur gibt, worüber die Gesellschaft kommuniziert, ist dagegen eine soziologische Binsenweisheit, die Luhmann auf das Umweltproblem anwandte, um zu demonstrieren, dass die Gesellschaft sich selbst zerstören kann.²⁵⁷

Diese Selbstzerstörung aufgrund ökologischer Inkompetenz sah Luhmann von zwei Seiten kommen. Als Gesamtsystem bringe die Gesellschaft nicht genügend Resonanz mit ihrer Umwelt zustande; im Inneren habe die Gesellschaft dagegen

254 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 11f.

255 Koschorke: »Die Grenzen des Systems und die Rhetorik der Systemtheorie«, S. 55f.; für eine akkuratere Rekonstruktion dagegen Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinfationen und Exklusionsverkettungen«, S. 137f.

256 Siehe Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 98–100, 218–223.

257 Sehr prägnant dazu Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 62f.

einen zu hohen Grad an Resonanz.²⁵⁸ Hier bot die Netzwerkmetaphorik eine sehr passende Illustrations- und Denkfigur an: Die extrem dichte Vernetzung in der Gesellschaft führe dazu, dass jede kleinste Änderung eine immer größer werdende Welle an Anpassungen und Reaktionen durch das Netzwerk schicke, deren Folgen niemand auch nur im Geringsten abschätzen könne.²⁵⁹

Dieses Narrativ gehört unverkennbar zur Gruppe der technologischen Krisennarrative, und zwar nicht nur, weil Luhmann sich dafür der gleichen semantischen Motive bediente (Systeme, Netzwerke, Interdependenz, z.B.). Auch der Plot entspricht dem bei Michel Crozier oder bei Rittel und Webber: Die gegenwärtige Krise wurde als ein Effekt der Erfolge der modernen Rationalität interpretiert, die ein immenses Wachstum – an Optionen und an Effizienz – mit sich gebracht hatte; jetzt aber scheitert die moderne Rationalität mit ihren Ursache-Wirkungs- und Zweck-Mittel-Kategorien an den Folgen ihrer eigenen Erfolge. Sie offenbart so, dass sie die ganze Zeit bereits einem unterkomplexen Realitätsmodell gefolgt ist.

Die Verabschiedung teleologischer und mechanistischer Argumentationen prägte Luhmanns Werk von Anfang an, wie oben zu sehen war. Wie alle anderen Varianten dieses Narrativs attackierte er die kausalistische Mechanik und die Ontologie und stellte gegen diese *veraltete Rationalität der Moderne* einen neuen Begriffsapparat vor, der in seinen frühen Schriften als Systemtheorie mit äquivalenzfunktionaler Methode skizziert wurde. Schon früh – in *Grundrechte als Institution* (1965) – stellte er auch die entsprechende gesellschaftstheoretische These auf, dass die Ausdifferenzierung und Rationalisierung jedes einzelnen Funktionssystems zur Gefahr für die anderen Systeme werden kann. Der Alleinvertreteranspruch der Systeme birgt demnach stets die Gefahr der Entdifferenzierung: »Die gesellschaftliche Differenzierung tendiert dazu, ihre eigenen Grundlagen zu korumpieren«.²⁶⁰

Der erste Kandidat für die imperialen Ansprüche eines Funktionssystems war bei Luhmann die Politik, die sich als Kopf und Zentrum der Gesellschaft verstehe. Das Regierungskonzept der Nachkriegszeit mit den Stichworten Souveränität und Modernisierung stand bei Luhmann daher durchgehend unter Beschuss. Während bei Crozier und Foucault von hier aus eher die Unterwerfung der Individuen im Zentrum stand, blieb Luhmann – abgesehen von gelegentlichen Verweisen auf die Gefahren von Persönlichkeitsmanipulation – auf der Ebene von Organisations- und Funktionssystemen. Dabei verbindet alle eine gesellschaftstheoretische Grundposition: Sie lehnen die Konzepte der *Repräsentation*, der uni-

258 Siehe, auch zum Folgenden, Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 220f.

259 Siehe explizit Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 98, 210.

260 Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 72.

versellen *Intellektuellen* mit ihrem Repräsentationsanspruch²⁶¹ und die *hierarchische Steuerungstheorie* rundheraus ab.

Die Kritik an diesen ›veralteten‹ Konzepten spitzt sich im Angriff auf institutionalistische und neomarxistische Positionen zu, denen Luhmann – ganz wie Foucault – ein Theoriedefizit und eine katastrophale Ideenlosigkeit vorwarf. Es handelt sich hier um ein typisches Merkmal des technologischen Krisennarrativs, das rhetorisch eine Doppelfunktion bediente: Zunächst ließ sich behaupten, dass die veraltete Rationalität mitverantwortlich für die aktuelle Krisensituation war, in der sie auch noch analytisch hilflos agierte. Umso mehr konnte man dann den eigenen Ansatz als fundamental neue und dringend notwendige Denkweise präsentieren.

Es ist genau dieses Narrativ, das Niklas Luhmann in seinen Beiträgen zur Krisendiskussion um den Wohlfahrtsstaat nutzte – allen voran in *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. Er griff hier die Wachstumskritik aus *Grundrechte als Institution* auf und argumentierte, dass die auf Wachstum angelegte Politik des Wohlfahrtsstaates selbst ein Produkt der Evolution ist, gleichzeitig aber die Folgeprobleme dieses Wachstums nicht kompensieren kann – einerseits aus faktischen Gründen, weil sie die Folgen des Steuerungseingriffes nicht absehen kann, andererseits aus normativen Gründen, weil sie die Autonomie der Teilsysteme aufs Spiel setzt. Umso mehr leide sie selbst am alteuropäischen Code, der das politische System zu immer weiteren Interventionen ansporne und einen *overload* herbeiführe, während andere, ökologische Probleme nicht registriert werden. Teleologische Politikverständnisse fallen damit ebenso wie rationale Modernisierungsprogramme aus: Es sind diese Kontrollmechanismen der Moderne, die sie jetzt gefährden – das typische Argument des technologischen Krisennarrativs.

Man kann Luhmanns Ansatz daher nicht ohne Weiteres als konservatives Programm sehen, wie bis in die aktuelle Forschungsliteratur immer wieder kolportiert wird.²⁶² Diese Einordnung übersieht, dass Luhmann beide Seiten des Codes konservativ/progressiv einer fundamentalen Kritik unterzog. Der Ruf des Konservativen hatte ihn aus dem gleichen Grund wie Foucault ereilt: weil sie die linken Utopien von einer wertenihilistischen Position aus attackierten. Beide argumentierten dabei ähnlich, dass Utopien stets ein gesellschaftliches Steuerungszentrum annehmen müssen und dadurch nicht nur die Komplexität der Gesellschaft ignorieren, sondern auch alternative Positionen unterdrücken.²⁶³ Zu diesen Utopien zählte Luhmann auch die Utopie der Vernunft (oder wie Foucault sagen würde: der Wahrheit), die er in einer ironischen Wende gegen Habermas sogar als barbarisch bezeichnen möchte, wenn sie sich heute nicht schon mit appellativen Reden

261 Vgl. auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 160.

262 Vgl. etwa Malowitz/Selk: »Angst in Bielefeld«. Dort ist das definierende Kriterium die Verteidigung von Hierarchien, was nun mit Luhmanns Systemtheorie gerade nicht zusammengeht.

263 Siehe z.B. Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 16f.

begnügen würde.²⁶⁴ Ein solch einseitiges Vernunftverständnis liefe auf Entdifferenzierung hinaus und bedrohe die Eigenlogik der Systeme.

Auf der anderen Seite konnte Luhmann auch dem konservativen Humanismus nichts abgewinnen, der nicht weniger als der linke Humanismus auf einen geteilten Werte-horizont setze oder diesen, wo er nicht bereitsteht, durchsetzen müsse.²⁶⁵ Luhmanns ganze Theorieanlage lehnte diese wertebasierte Konzeption von Politik und Gesellschaft ab. Dagegen versuchte er, Werte durch kognitive Erwartungshaltungen zu ersetzen und so Lernen ins Zentrum zu rücken. Gerade diese Lernfähigkeit müsse jeder wertebasierten Argumentation abgehen, weil sie sich auf universelle Gültigkeit berufe. Besonders deutlich wird dies in Luhmanns Ablehnung von Moralisierungen, weil der moralische Code gut/schlecht »nicht nur fordert, daß [sic!] Gute zu lieben, sondern auch: das Schlechte zu hassen und zu bekämpfen.«²⁶⁶ Diese Kritik prägte nun auch Luhmanns Appell an die Umweltbewegung in *Ökologische Kommunikation*.

Dabei stellte sich seine Haltung zu den Neuen Sozialen Bewegungen als hochgradig ambivalent dar.²⁶⁷ Denn Luhmann hatte schon vorher betont, dass Widerstände einen Lerneffekt hervorrufen.²⁶⁸ Daher entdeckte er mehr und mehr den Sinn von Protest darin, frühzeitig vor den Folgeproblemen funktionaler Differenzierung zu warnen. Sie bieten eine praktische Selbstbeobachtung der Gesellschaft, die einfängt, was den Funktionssystemen aufgrund ihrer Spezialisierung entgeht.²⁶⁹ Andererseits missfiel ihm aber die Form des Protests, die auf einen »neuen Stil von Moral« hinauslaufe.²⁷⁰ Dafür bedienen sich die Neuen Sozialen Bewegungen der Angst, die den unschätzbaren Vorteil mit sich bringe, »rechtlich nicht reguliert und wissenschaftlich nicht widerlegt« werden zu können,²⁷¹ weil sie bloße Kommunikation subjektiver Empfindung sei: »Angst-kommunikation ist immer authentische Kommunikation, da man sich selbst bescheinigen kann, Angst zu haben, ohne daß andere dies widerlegen können.«²⁷²

Wie die mehrfache Betonung der Unwiderlegbarkeit, der Unbestreitbarkeit und Unanfechtbarkeit zeigt, wird in Luhmanns Augen durch Angst jedwedes

264 Siehe Luhmann: »Jenseits von Barbarei«, S. 219.

265 Vgl. dazu auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 175-185 und insb. S. 215.

266 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 261; zur erneuten Werte-Kritik S. 210-213.

267 Für eine sehr treffende Rekonstruktion der Luhmann'schen Ambivalenz vgl. Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchs-inflationen und Exklusionsver-kettungen«, S. 139f.; daneben auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 235-238, 177-180.

268 Siehe Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 117.

269 Siehe Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 227-236; Luhmann: *Soziologie des Risikos*, S. 150-153.

270 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 238.

271 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 238.

272 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 240.

Lernen unterbunden. Stattdessen verlegen sich die Neuen Sozialen Bewegungen, und insbesondere die Umweltbewegung, darauf, nach Schuldigen zu suchen. Das habe zwei Folgen: Erstens forcieren sie das Misstrauen in der Gesellschaft, weil sie für jede nicht-intendierte Folge und jede nicht-realisierte Forderung einen Verursacher ausfindig machen wollen.²⁷³ Zweitens haben sie dann nur das Verbotsrecht zur Verfügung, entweder müssen sie vorab verbieten – »keine Atomenergie, keine Betonpisten, keine Bäume fällen, keine Häuser abreißen«²⁷⁴ – oder sie müssen danach mit einem »adaptierte[n] Polizeirecht« gegen Verursacher vorgehen.²⁷⁵ Diese Betrachtungsweise ökologischer Probleme folgte für Luhmann einer veralteten Kausalitätslogik, die nicht nur kreativere Lösungen blockiere, sondern auch (staatliche) Zwangsgewalt evoziere.

In Luhmanns Haltung zu den Neuen Sozialen Bewegungen könnte man einen großen Unterschied zu Michel Foucault erblicken – aber der Schein trügt. Zwar war Foucault ganz fraglos optimistischer, dass die Neuen Sozialen Bewegungen einen Unterschied in der Beschaffenheit der politischen Praktiken machen könnten; die Zweifel Luhmanns sind aber die gleichen Zweifel, die Foucault bestimmten, vor allem marxistischen Organisationen entgegengebracht hatte, die mit juristischen Schuldzuweisungen arbeiteten und als moralische Richter auftraten. »Keiner der gewählten Anschnitte kann Letztgültigkeit oder richterliche Funktion über alle anderen beanspruchen«, kritisierte Luhmann ähnlich wie Foucault.²⁷⁶ Beide sahen in der richtenden Moral mit ihren Verboten *sachlich* eine unterkomplexe Betrachtung der Welt, die *sozial* zu Zwang mutiert, wenn man die alten, hierarchischen Methoden auf die ausdifferenzierten, autonomiebedürftigen Gesellschaftsteilnehmer anwandte. Diese antihierarchische, antilegalistische Position gehört zum Kernbestand des technologischen Krisennarrativs.

An dieser Argumentation kann man auch sehen, warum Luhmann nicht als Vertreter der Westminster-Demokratie verstanden werden kann, so wie es Stefan Lange vorgeschlagen hat.²⁷⁷ Es ist natürlich richtig, dass Luhmanns Argumentation deutlich näher bei institutionalistischen Fragen und Figuren steht, als dies etwa für Foucault zutrifft. So argumentierte Luhmann nicht gegen Parteien per se, sondern nur gegen die wertebasierte Parteienlandschaft, die er vorfand, und er wusste

273 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 232–234.

274 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 177.

275 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 26.

276 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1132. Nochmals zur Kritik der Richter-Funktion bei Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 392f. Zu Luhmanns Kritikverständnis vgl. auch Gebhard et al.: »Kritik der Gesellschaft?«.

277 Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 186f., 288, 292. Unklar ist, ob für Lange die Verteidigung des Rechtsstaats des 19. Jahrhunderts und der Westminster-Demokratie zusammengehören. Dem unbenommen stimmt m.E. Langes Zweifel, ob Luhmanns politisches System mit der genannten Codierung überhaupt Konkordanzdemokratie umfassen kann.

auch von Anfang an Grundrechte als autonomiesichernde Institution zu schätzen – eine Position, zu der sich Foucault erst vorarbeiten musste. Schließlich scheint Luhmanns binäre Codierung Regierung/Opposition tatsächlich eine gewisse analytische wie normative Präferenz für Zweiparteiensysteme zu haben, in denen die alternative Weltsicht stets klar vor Augen steht, wie Lange argumentiert.

Zur Westminster-Demokratie gehörte allerdings mehr als die Zweiparteienordnung von Politik und Regierung. Sie wurde nämlich – und das ist in den Krisendebatten der 1970er Jahre überaus präsent gewesen – von einem humanistischen Wertekonsens mit konservativer Stoßrichtung getragen, die auf die hierarchische Autorität von Status und Amt setzte. Sie hatte daher eine Präferenz für das Ständische im doppelten Sinn: als zu wahrer Rang und als zu bewahrende Vergangenheit. Genau das läuft aber sowohl gesellschaftstheoretisch als auch ideenpolitisch gegen Luhmanns Argumentation. Eine Rückkehr zum 19. Jahrhundert schloss er schon deswegen aus, weil die dortigen Konzepte der Komplexität der funktional differenzierten Gesellschaft nicht gewachsen waren.

Mit diesem Argument lehnte er explizit ab, dass der Rechtsstaat eine Lösung auf die Krisenphänomene bereithalten könnte. Das ständig wiederholte Argument, das sich auch gegen revolutionäre Marxismen richtete, war, dass der Rechtsstaat notwendig, aber nicht hinreichend sei. Schon 1965 hatte Luhmann argumentiert, dass das »legeshierarchische[]«²⁷⁸ Modell nicht ausreiche, um die Funktion der Grundrechte zu verstehen, weil es immer noch im Gegensatz von Staat und Gesellschaft denke, statt der Diversität der Gesellschaft gerecht zu werden. Der Rechtsstaat sei »ein retroaktives Modell«: »Abweichungen sollten, wo sie erkannt wurden, ausgemerzt werden.«²⁷⁹ Schon die Wortwahl des Ausmerzens demonstriert die Distanz von Luhmann, dessen Theorie auf die Produktion und das Management von Alternativen abstellte.

Der rhetorische Schachzug bestand freilich darin, diesen Differenznormativismus nicht einfach normativ zu präsentieren, sondern den Rechtsstaat *in historischer Dimension* zu »verabschieden«, indem er als wichtige Errungenschaft erscheint, die aber strukturell für die gegenwärtigen Problemlage *nicht mehr hinreichend* sei. Denn die Leistungsfähigkeit der funktional differenzierten Gesellschaft entstehe laut Luhmann gerade dadurch, dass sie Abweichungen durch die Eigenlogik der Funktionssysteme verstärke. Den daraus folgenden »Defizienzen in der Umweltwahrnehmung« ist »mit Gewaltenteilung oder mit rechtsstaatlichen Kontrollen nicht abzuhelfen.«²⁸⁰ Darum sei es »wenig sinnvoll, auf Wiederherstellung der offiziell vorgesehenen Macht und auf Eindämmung der Gegenmacht, also auf

278 Siehe z. B. Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 27.

279 Luhmann: »Staat und Politik«, S. 100.

280 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37.

wiederherstellende Reformen zu plädieren.«²⁸¹ Noch deutlicher kann eine Absage nicht ausfallen.

Luhmanns politische Theorie als Wiederkehr des britischen Modells zu interpretieren, hatte bei Lange freilich die Funktion, Luhmanns restriktives Politikmodell aus der Schussbahn der Neoliberalismus-Kritik zu nehmen. Es ist kein Zufall, dass Luhmann hier das gleiche Schicksal ereilte wie Foucault und Crozier, die ebenfalls mal als Konservative, mal als Neoliberale angegangen werden.²⁸² Dabei scheint es besonders einfach, Luhmann als Neoliberalen zu präsentieren, da zu seiner Aversion gegen politische Gesellschaftssteuerung noch hinzutrat, dass er direktdemokratische Partizipation skeptisch sah und zugleich für Selbstregulierung plädierte. Wie bei Foucault und Crozier gilt aber, dass eine solche Darstellung nur darauf beruht, dass man die ideenpolitische Dynamik der 1970er Jahre nicht aufgearbeitet hat. Hat man diese aber im Blick, muss man gegen die Interpretation, Luhmann sei ein Neoliberaler, schwerwiegende historische und systematische Argumente vorbringen.

Zunächst übersieht die Neoliberalisierung Luhmanns den historischen Kontext. In der Debatte stellten alle vier Krisennarrative den Staat als überdehnt dar. Die Forderung nach einem restriktiveren Politikmodell war daher kein ausschließlich neoliberales Merkmal, und sie richtete sich in vielen Fällen gegen das historisch-spezifische Modell des Nachkriegsstaats, nicht gegen jeden Staat. Foucault hatte nicht ohne Grund einen allgemeinen Trend der Staatsphobie ausgemacht, gegen den er sich mit einiger Mühe abgrenzte.

Darüber hinaus lassen sich in systematischer Hinsicht an zumindest drei Punkten entscheidende Differenzen herausarbeiten. *Erstens* setzt das neoliberale Modell auf einen methodologischen Individualismus, der dem technologischen Argument bei Luhmann fremd war. Seine Theorie trug die klassischen *Prämissen ökonomischer Theorie* nicht mit, wie an seiner Kritik der Machttheorie zu sehen war. Der grundlegendste Einwand ist dabei, dass Präferenzen nicht als fixe, hierarchische Werteordnungen erfasst werden können. Man müsse sich hingegen auf die Instabilität, die Intransitivität und Zirkularität von Präferenzen einstellen, wie er im Anschluss an die Kybernetik argumentierte.²⁸³ Gleichzeitig sind auch sachliche

281 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 48; ähnlich auch S. 147.

282 Vgl. etwa Bröckling: »Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention«; älter: Nabamowitz: »Autopoiesis oder ökonomischer Staatsinterventionismus?«.

283 Siehe etwa Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 10; Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1090f.; oder: »Man wird sich dabei auf einen ständigen Wechsel des relativen Vorrangs der Präferenzen einstellen, also Werte auf Situationen, auf historische Lagen relativieren müssen.« (Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 61). Verbunden mit einer scharfen Kritik an der Rational-Choice-Theorie auch Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 129: Die »Reproduktion der Systeme [erfordert] ein ständiges Lavieren im Netz [!] der Präferenzen«.

Probleme nicht objektiv gegeben, sondern positionsabhängige Problembeschreibungen. Aus diesen beiden Gründen scheitere auch die modifizierte Theorie der begrenzten Rationalität und der Dekomponierbarkeit von Problemen.²⁸⁴ Der ganze Optimierungsansatz war für Luhmann ein Beispiel für die Vernunftsutopie der Aufklärung, gegen die sich seine soziologische Abklärung der Aufklärung wendete.

Gesellschaftstheoretisch beruhte Luhmanns Kritik des Neoliberalismus daher *zweitens* auf dem gleichen Argument wie die Kritik an Institutionalismus und Neomarxismus. Auch in den »neuesten Varianten des Neoliberalismus, der ›Neuen Politischen Ökonomie‹ und des Neokorporativismus« dominiere die alte Vorstellung, dass sich Staat und Gesellschaft gegenüberstehen.²⁸⁵ Dabei herrsche das Vorurteil, die Marktgesellschaft funktioniere dezentral, während das politische System zentralistisch sei. Diese Beschreibung der Welt beruht laut Luhmann freilich (a) auf einer veralteten Gesellschaftstheorie, (b) auf einer veralteten Theorie des politischen Systems, das keineswegs zentralistisch sei, und ist (c) nur ein ideologisches Instrument, um die Wirtschaft von staatlichen Eingriffen freizuhalten.

Damit brachte Luhmann das gleiche Argument wie Foucault, der den (Neo-)Liberalismus ebenfalls ablehnte, weil er eine veraltete und moralisch aufgeladene Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft vertrete. Dass die Ablehnung bei Luhmann dabei noch radikaler ausfiel, dürfte auch daran liegen, dass Gary Beckers Neoliberalismus den gleichen universalistischen Anspruch vertrat, alle sozialen Phänomene erklären zu können. Dieser ökonomische Imperialismus war damit ein Konkurrent von Luhmann, dem er zwangsläufig mangelnde Komplexität nachweisen musste. Komplexitätsmangel war schließlich das ultimative Argument des technologischen Krisennarrativs, und auch die eindimensionale Rationalität der ökonomischen Theorie kann der gesellschaftlichen Diversität schlichtweg nicht gerecht werden.

Da daher die sozialtheoretischen und die gesellschaftstheoretischen Prämissen dem Neoliberalismus widersprechen, überrascht es nun auch wenig, dass *drittens* Luhmanns *Vorstellung von Selbstregulation* dem neoliberalen Regulationsmodell widerspricht. Wie auch oben anhand des neoliberalen Narrativs zu sehen war, führte die Rationalitätsthese zu der Erwartung, dass durch die Selbstregulation automatisch das neutral bestmögliche Ziel herauskomme. Die liberalökonomische Theorie

284 Dazu nochmal Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 30–38. Auch gegen die These eines rationalen Wählers argumentierte Luhmann mit der Komplexität von Situationen (Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 157–159).

285 Luhmann: »Die Differenzierung von Politik und Wirtschaft und ihre gesellschaftlichen Grundlagen«, S. 44f. Hier sprach er der Theorie sogar ab, die Wirtschaft angemessen darstellen zu können. Für die Kritik an der liberalen Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft siehe z.B. Luhmann: »Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems (2. Teil)«, S. 165f.; Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 51.

hielt für Konflikte in der Gesellschaft dann zwei probate Mittel parat: Wenn sie gegen die wettbewerbliche Grundordnung verstießen, mussten sie durch die hierarchische Intervention des Staates gestoppt werden, während alle weiteren Probleme automatisch durch Wachstum kompensiert werden können.

Luhmann vertrat offensichtlich die entgegengesetzte Position.²⁸⁶ Immer wieder kritisierte er den optimistischen Glauben an Rationalisierung und zeigte, dass »mehr Informationen« keineswegs stets effizienter seien, sondern zunächst auf mehr Bürokratie und mehr Zeitaufwand hinausliefen: »Mehr Information bedeutet mehr interne Unordnung, mehr Probleme bei der Reproduktion«.²⁸⁷ In *Ökologische Kommunikation* betonte Luhmann daher, dass Evolution eben kein Selbstläufer sei. Die Selbstregulation der Gesellschaft kann schiefgehen, die Gesellschaft kann sich selbst zerstören, und dabei ist das Wachstum durch Rationalisierung keine Lösung, sondern das größte Problem der funktional ausdifferenzierten Gesellschaft.²⁸⁸

Auf diese »Rationalitätsschäden«²⁸⁹ der Moderne hat der Neoliberalismus laut Luhmann aber schlicht keine Antwort, weil er sich von dem linearen Denken erster Ordnung, das die frühe Moderne kennzeichnete, nicht freigemacht hat. Der Neoliberalismus stelle darauf ab, Abweichungen von einem vermeintlichen Idealzustand zu verhindern. Negatives Feedback ist der einzige Kontrollmechanismus. Dagegen kann man die moderne Gesellschaft aber laut Luhmann nur richtig analysieren, wenn man die komplexe Vielfalt gesellschaftlicher Rationalitäten – die Eigenlogiken der Systeme – in Rechnung stellt. Foucault und Luhmann kennzeichnet hier die gleiche Differenz zum neoliberalen Denken, wobei der eine auf die Subjekt-, der andere auf die Systemebene abstellte: Ihr normativer Ansatz ist, dass das »Spiel möglicher Rationalitäten *analytisch* und *praktisch* in den Blick kommen muss.

286 Dazu der Hayek-Luhmann-Vergleich bei Lange: Niklas Luhmanns *Theorie der Politik*, S. 212f., 170.

287 Luhmann: »Staat und Politik«, S. 99.

288 Seine Auseinandersetzung mit neoklassischen (Wirtschafts-) und liberalökonomischen (Politik-) Theorien ist in *Ökologische Kommunikation* derart umfangreich, dass sie hier nicht im Detail rekonstruiert werden kann (siehe insb. S. 110–119 – dort auch die Kritik der Wachstumsprämisse). Dabei verwies er die ökonomische Theorie der Selbstregulation in die Schranken ihres Funktionssystems: Es handele sich um eine Selbstbeschreibung der Wirtschaft, die dazu neige, alle Kosten auf die Umwelt abzuschieben. Ausgeklügelte Gleichgewichtsmodelle (die Luhmann, wie oben gezeigt, ohnehin für unzureichend hält) dienen hier demnach nur dazu, ihre eigenen Paradoxien zu enttautologisieren, indem sie eine Interpretation ihrer Systemgeschichte zum Zwecke der Fortschreibung bieten (S. 111). Insgesamt handelt es sich wie bei sozialistischen Konzepten um Muster des 19. Jahrhunderts, die nicht überzeugen: »Weder die liberale Theorie, die Lösungen als nichtkontroverse Funktion privater Entscheidungen sehen möchte, noch die kollektivistische Theorie, die weiß, daß sie immer schon wissen wird, was das Volk will, bieten überzeugende Antworten.« (S. 143).

289 Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 112.

Kognitive Innovationsfähigkeit: Luhmanns ideenpolitisches Projekt

Diesen Ratschlag erteilte Luhmann nun auch der Umweltbewegung. Ihr fehle eine angemessene Theorie, mit der der Protest sehen könnte, dass er »nur ein partielles Phänomen sein und das Ganze im Ganzen weder sein noch repräsentieren« könne,²⁹⁰ ohne seine Funktion als Frühwarnsystem der Gesellschaft zu verneinen. Die Grundvoraussetzung dafür ist, Distanz zur Moral zu wahren. Stattdessen sollte die Umweltbewegung von einer substanziellen Rationalität auf eine differenzielle Rationalität umstellen. Das ist – natürlich! – die Stunde der Systemtheorie:

»Die systemtheoretische Unterscheidung von System und Umwelt zielt, konsequent gehandhabt, *genau auf die ökologische Problematik*. Sie läßt es zu, mit Hilfe des ›re-entry‹-Konzepts einen Rationalitätsbegriff zu formulieren. Ein System erreicht danach Rationalität in dem Maße, als es die Differenz von System und Umwelt in das System wiedereinführt und sich daraufhin *nicht an (eigener) Identität, sondern an Differenz orientiert*. Gemessen an diesem Kriterium wäre *ökologische Rationalität* erreicht, wenn die Gesellschaft die Rückwirkungen ihrer Auswirkungen auf die Umwelt auf sich selbst in Rechnung stellen könnte. *Für jedes Funktionssystem in der Gesellschaft wäre dieses Prinzip mit entsprechender Systemreferenz zu reformulieren*, wobei zu beachten wäre, daß es keine Aggregation solcher Systemrationalitäten zu einer gesamtgesellschaftlichen Systemrationalität geben kann, weil jedes Funktionssystem nur die Eigenrationalität kalkuliert und die Gesellschaft im übrigen als Umwelt behandelt.«²⁹¹

Das Konzept der *ökologischen Rationalität* weitet den Vorschlag aus, den Luhmann vorher an die Politik gerichtet hatte. Es sollte nun in autopoietisch verfeinerter Ausführung zum Prinzip für alle Funktionssysteme und für die Protestbewegungen werden. Dabei stellt ökologische Rationalität einen sehr hohen Anspruch: Sie begnügt sich nämlich nicht mit Systemrationalität. Zwar folgt jedes System seiner eigenen Operationsweise, es müsste aber parallel eine Selbstreflexion laufen lassen, die sich nicht am System, sondern an seiner Differenzbeziehung zur Umwelt orientiert. Die *Differenz* von System und Umwelt soll wieder in das System eingeführt werden und das Operieren des Systems anleiten.²⁹²

Um dieses Differenzdenken *in den Systemen* zu realisieren, schlug Luhmann eine altbekannte Methode vor, nämlich die Suche nach funktional äquivalenten Optionen, wie eine Beziehung zur Umwelt aussehen könnte. Der Äquivalenzfunktio-

290 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 251. Siehe dazu S. 234: »Den neuen sozialen Bewegungen fehlt Theorie. Ihnen fehlt infolgedessen auch die Möglichkeit, die Unterscheidungen, in die sie ihre Beobachtungen einzeichnen, zu kontrollieren.«

291 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 246f. (Hervorhebung hinzugefügt).

292 Für den Weg von der Bestandsorientierung zur Differenzorientierung vgl. auch Kneer: »Bestandserhaltung und Reflexion«.

nalismus sei eine Methode der Differenzzeugung, die die »normative und evaluative Selbstsicherheit [...] erschüttert«. ²⁹³ Luhmanns Ratschlag läuft also auf eine *permanente Selbstkritik* der Systeme mithilfe von interner Differenzzeugung hinaus. Sie müssen »Fähigkeit zur Aufnahme von Anregungen und Fähigkeit zur Selbstkritik« bereithalten und dadurch »Verständnis für Alternativen aufbringen, ja systematisch erzeugen können.« ²⁹⁴

Damit löste Luhmann das Vorhaben seiner Antrittsvorlesung ein, ein Rationalitätskonzept zu entwickeln, das die eindimensionale Vernunftsrationalität der Aufklärung ersetzt. Das ökologische Rationalitätsmodell geht von der Vielfalt möglicher »Vernunftswesen« aus, die man faktisch in der Selbstreferenz der Systeme findet. Sie richtet dann »alle Rationalitätsbemühungen« auf die Differenz der Rationalitäten aus ²⁹⁵ und fordert eine permanente Reflexion auf diese Differenzen ein: »Es geht nie um Einheit, immer um Differenz, und um die Auflösung aller Einheit in Differenz«, postulierte Luhmann. ²⁹⁶

Es dürfte kein Zufall sein, dass Foucaults reflexive Wendung der Aufklärung zeitgleich einen sehr ähnlichen Weg wählte. Auch er interpretierte die Aufklärung als eine Aufgabe zur permanenten Selbstkritik. In beiden Ansätzen schlägt das kybernetische Differenzdenken gesellschafts- und ideenpolitisch voll durch: Inspiriert von Schaltkreisen kamen hier wie dort die überbordende Vielfalt von *potenziellen* Verknüpfungsvarianten und die stets nur begrenzt und nur in Echtzeit *aktualisierten* Verknüpfungen in den Blick. Alles könnte auch anders verbunden sein: *tools* können in verschiedenen Kontexten eingesetzt werden oder unterschiedliche *tools* in einem Kontext – sie sind dann funktional äquivalent. Diese Polyvalenz steht in krassem Kontrast zu den Erwartungen rationaler und normativer Richtigkeit.

Im Unterschied zu Foucault arbeitete Luhmann aber die Idee permanenter Selbstkritik nicht für Körper- und Subjektpraktiken aus. Bei ihm stehen vielmehr kognitive Kapazitäten im Vordergrund: »Kognitives Erwarten sucht sich selbst, normatives Erwarten sucht sein Objekt zu ändern. Lernen oder Nichtlernen – das ist der Unterschied«. ²⁹⁷ Diese Umstellung auf Lernfähigkeit läuft dabei, um dies noch einmal in Abgrenzung zu neoliberalen Modellen zu betonen, nicht darauf hinaus, die eine bestmögliche Version zu generieren, sondern *möglichst viele Optionen* zu schaffen und *Gelegenheiten zum Experimentieren* auszunutzen. Diese Form der Kreativität werde laut Luhmann in hochkomplexen Systemen immer wichtiger. ²⁹⁸

293 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 255.

294 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 157.

295 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 254.

296 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 258.

297 Luhmann: »Die Weltgesellschaft«, S. 55.

298 Siehe Luhmann: »Über »Kreativität««. Hier ist also wiederum eine Parallele zu Foucault. Dabei betonte Luhmann, dass dieses Kreativitätskonzept ein anderes als das des Bürgertums im 18./19. Jahrhundert sei, weil es nichts mit Genialität zu tun habe. Stattdessen handele es

Der Imperativ der Differenzproduktion macht aber auch ökologische Rationalität selbst zu einer Art Ethik. Luhmann dürfte das nicht entgangen sein; jedenfalls endet *Ökologische Kommunikation* nicht mit der Vorstellung des neuen Rationalitätskonzeptes, sondern führt final zu einer Diskussion über Umweltethik.²⁹⁹ Obwohl Ethik eigentlich die Reflexionstheorie der Moral sei, scheitere sie bisher an ihrer Aufgabe, die Paradoxien der Moralphilosophien zum Problem zu machen. Solange es eine solche Ethik aber nicht gebe, müsse ökologische Kommunikation ihren Platz einnehmen und vor der Moral warnen, schloss Luhmann seine Ausführungen.

Ökologische Rationalität, das ist sein Vorschlag, bietet nun eigentlich eine Umweltethik an: Sie führt das Verhältnis des Systems zur Umwelt wieder in das System ein und verhält sich dabei ethisch dazu, indem sie fixe (moralische) Wertungen in einer permanenten Reflexion auf das flexible Verhältnis von System und Umwelt auflöst. Auch in dieser verhaltenen, keineswegs dogmatischen, aber doch erkennbaren Wende zur Ethik in der Mitte der 1980er Jahre liegt eine Parallele zu Foucault.

Während es sich hier auf der Ebene des Systems Gesellschaft tatsächlich um eine fast moralphilosophische Überlegung aus der Perspektive zweiter Ordnung handelt, hat Luhmann im Laufe seiner Schriften auf der Ebene der Organisationssysteme immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, wie man Lernfähigkeit institutionalisieren könnte. Schon in seinen frühesten Schriften, wo es noch um Systemrationalität, nicht um reflexive Differenzrationalität oder ökologische Rationalität ging, hieß es: »Alle Planung von Entscheidungsprämissen sollte daher ihre Auswirkungen auf die Lern- und Innovationsfähigkeit des Systems im Auge haben.«³⁰⁰ Dass es sich dabei um einen Kulturwandel in Organisationen handelt,

sich »um die Fähigkeit zum Ausnutzen von Gelegenheiten; oder in anderer Formulierung: um die Verwendung von Zufällen« (S. 17). Zum »Experimentieren« siehe auch Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 125.

299 Siehe, auch zum Folgenden, Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 262-266. Die Verbindung von Vorschlag und Zurückhaltung wird in der Finalstruktur des Textes und in Konjunktiv-Wendungen schön deutlich: »Man könnte auch zu bedenken geben, ob nicht gerade in der Anerkennung der Paradoxie der Weg liegt, auf den die Ethik sich zu begeben hätte, wenn sie der neuen Problemlage gerecht werden will.« (S. 264). Luhmann gestand auch in einem Interview zu, dass man seine Ablehnung von Borniertheiten und seine Suche nach Alternativen auch »als Ethos bezeichnen« kann, »wenn auch der Begriff etwas altmodisch ist« (Luhmann et al.: »OFF«, S. 115). Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 160-163, kritisiert Luhmann für diese versteckte Moral harsch, übersieht dabei aber, dass Luhmann diese Ambivalenz durchaus gezielt ins Spiel bringt.

300 Luhmann: »Politische Planung«, S. 78; ähnliche Statements finden sich auch in den weiteren Beiträgen des Bandes *Politische Planung*. In den 1970er Jahren schlug er vor, funktionale Positionsgruppen statt hierarchischer Statusgruppen zu stärken, um Flexibilität in sozialer und sachlicher Hinsicht sicherzustellen (siehe oben), und die systemische *task analysis* einzuführen (siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 99).

wurde dann in seinem 1978 vorgelegten Vortrag *Organisation und Entscheidung* besonders deutlich.

Dort stellte er die häufig kritisierte Starrheit von Bürokratien als eine Folge ihrer gesteigerten Sensibilität für die Annahme oder Ablehnung ihrer Entscheidungen dar. Bürokratien neigen daher dazu, Entscheidungen auszufertigen, die eine große Annahmewahrscheinlichkeit haben, verlieren dadurch aber Innovationsfähigkeit.³⁰¹ Als Innovation verstand Luhmann dabei einen Entscheidungsprozess, der zu unerwarteten Entscheidungen führt und dadurch in der Lage ist, Erwartungshaltungen zu ändern – also kognitives Lernen zu induzieren. Weder Anreizstrukturen noch »rationales« Entscheiden leisten dazu einen Beitrag, wie Luhmann hier – mitten in der Krisen-debatte – ganz dezidiert gegen das neoliberale Instrumentarium erklärte: Vieles spricht dafür, »daß Analyse und Bestehen auf Rationalitätsansprüchen zur Vorgehensweise derer gehört, die Innovationen verhindern wollen. Wer Innovationen vorantreiben will, muß kühner vorgehen und sich selbst Kredit geben.«³⁰²

Innovationsfähigkeit ist daher in Luhmanns Darstellung auf zwei Aspekte angewiesen: Erstens muss es gelingen, »ein Alternativenbewußtsein zu schaffen und wachzuhalten«.³⁰³ Man dürfe Alternativen nicht voreilig an Moralisierung, Mehrheitserwägungen oder Rationalisierungen scheitern lassen. Es kommt eben auf das Experimentieren mit Möglichkeiten an, dessen Folgen man ohnehin nicht vorhersehen kann. Man müsse dafür zweitens sowohl der Sache als auch sich selbst »Kredit geben«, das heißt Vertrauen entgegenbringen. Risiko, so argumentierte Luhmann schon seit den 1960er Jahren, ist jeder Entscheidung inhärent. Der Grund dafür liegt in den Prämissen der Theorie: »Komplexität [...] heißt Selektionszwang, Selektionszwang heißt Kontingenz, und Kontingenz heißt Risiko.«³⁰⁴

Daher wandte er sich später in seiner *Soziologie des Risikos* erneut gegen einen ökonomischen Risikobegriff.³⁰⁵ Während dieser suggeriere, man könne absolute Sicherheit erreichen, Risiko und Sicherheit wären also ein Nullsummenspiel, vertrat Luhmann die Auffassung, dass der Gegenbegriff zu Risiko Gefahr ist. Alles Entscheiden ist immer »riskant« oder »gefährlich«, weil man immer mit der Unsicherheit leben muss, dass man nie weiß, was die konkreten Folgen sind, wenn

301 Hier und zum Folgenden siehe Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 64.

302 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 67f.

303 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 66.

304 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 47. Schon die frühen Schriften Luhmanns enthalten oft ein Kapitel zu den Risiken einer Strukturentwicklung, z.B. Luhmann: »Wirtschaft als soziales System«, S. 272-275.

305 Siehe die ausführliche Kritik des Rational-Choice-Modells in Luhmann: *Soziologie des Risikos*, S. 21-37. Dazu bereits explizit Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 135f.: »Die übliche Entscheidungsregel der Maximierung des erwarteten Nutzens [...] versagt.«

man so oder anders oder gar nicht entscheidet; stets schränkt man Möglichkeiten ein, ohne das genaue Ausmaß überblicken zu können. Hat man dies einmal akzeptiert, ist es natürlich einfacher, »kühner vorzugehen« und innovativen Alternativen »Kredit zu geben«.

Luhmann empfahl dann auch zwei kühne Taktiken, um Innovationen erfolgreich durchzusetzen: Die eine bestehe darin, Veränderungen bis zur Irreversibilität vorzunehmen, dabei aber ihren innovativen Charakter zu leugnen; die andere bestehe umgekehrt darin, »die Innovation nur noch als Vollzug einer bereits beschlossenen Sache« darzustellen.³⁰⁶ Damit beschrieb Luhmann ironischerweise sein eigenes Vorgehen, in dem seine semantischen Innovationen nur noch als Nachvollzug des ohnehin längst vollzogenen Strukturwandels dargestellt wird.

Das Plädoyer für Innovationen zieht sich so thematisch und performativ durch Luhmanns Werk. Dabei empfahl er, eine »Kultur provisorischer Verständigungen« aufzubauen.³⁰⁷ Sie hält fest, dass jede Entscheidung nur temporär ist und jederzeit geändert werden kann, und sie organisiert sich dahingehend, dass diese Veränderung durch permanente Selbstkritik ermöglicht wird: »In entscheidenden Hinsichten wird damit der Zeitaspekt wichtiger als die sachliche Festlegung und kognitive Offenheit wichtiger als normative oder emotionale Bindungen.«³⁰⁸ Statt stabile Identitäten auszubilden, plädierte Luhmann stets für *Situativität* (zeitlich), *Flexibilität* (sozial) und *Innovation* (sachlich) – kurz: für reflektierte Differenzproduktion.

Risikomanagement: Neue Aufgaben für den Staat?

Im ›Fall‹ Luhmann hat sich gezeigt, wie sich mit kybernetischen Figuren gegen die tragenden Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata der Nachkriegszeit, gegen Souveränität und Modernisierung, argumentieren ließ, indem sie eine neue Weltsicht anboten, die die Welt als ein komplexes Netzwerk von Kommunikationen und Kausalitäten beschreibt. Systeme sind hier Netzwerke von Kommunikationen, die sich selbst von einer Umwelt operativ abgrenzen, ohne dass sie von dieser Umwelt abgeschnitten wären. Die Kybernetik führt in diesem Fall analytisch und normativ dazu, die Theorie auf die Selbststeuerung der Funktionssysteme durch ihre Codes und die autonomen Regulierungsprozesse in Organisationen auszurichten.

Dabei werden hierarchische und statische Organisationsweisen (oder: Operationsweisen) zurückgewiesen. Vor allem die systemische Machttheorie verdeutlicht Zirkularität und Reflexivität: Nicht nur Vorgesetzte üben Macht auf ihre ›Unterge-

306 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 68.

307 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 61.

308 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 61. Zur Kultur der Verständigung auch das Schlussplädoyer von Luhmann: *Soziologie des Risikos*, S. 244-247.

benen« aus, auch die »Untergebenen« üben Macht auf die Vorgesetzten aus,³⁰⁹ und wer das berücksichtigt, kann seine Organisation besser aufstellen, als wer immer wieder mit viel Aufwand hierarchische Befehlsstrukturen durchsetzen will. Dazu gehört auch, Möglichkeiten für Innovationen zu schaffen. Innovationen als solche sind demnach zwar nicht planbar, sondern ein Produkt des Zufalls, das sich evolutionär bewähren muss, aber die Offenheit für Zufälle lässt sich reflexiv einbauen. Das wichtigste Mittel ist dafür, permanente Selbstreflexion durch die Beobachtung zweiter und dritter Ordnung zu generieren, um so blinde Flecken der bisherigen Operationsweise aufzudecken.

Dieser Ansatz ist in der Organisations- und Unternehmensberatung sehr populär geworden: »Die Systemtheorie Niklas Luhmanns hat sich zu einer Leittheorie des systemischen Managements und der systemischen Beratung entwickelt.«³¹⁰ Auch an Niklas Luhmann selbst kann man beobachten, wie er sich den Organisations- und Unternehmensberatungen zuwandte, nachdem seine politische Beratungstätigkeit in der Reformkommission oder für die CDU wenig Wirkung zeigte. Ironischerweise importierte die Politik bald das systemische Denken durch den Rückgriff auf systemische Beratungsagenturen. Dort fielen seine Vorschläge auf fruchtbareren Boden, so die Selbstwahrnehmung Luhmanns. Er etablierte nicht nur einen kontinuierlichen Austausch mit einer Gruppe österreichischer Berater:innen, sondern flog etwa auch nach Mexiko, um dort Manager:innen in systemischem Denken zu beraten.³¹¹ Ende der 1980er Jahre witzelte Luhmann, dass inzwischen sogar die Unternehmensberatungen theoretisch weiter seien als die politikwissenschaftliche Handlungstheorie.³¹²

Auf theoretischer Ebene verläuft ein ähnlicher Wandel, der Luhmann von einer gesellschaftstheoretisch fundierten Skepsis hin zu einer sozialtheoretisch untermauerten Unmöglichkeit von politischer Steuerung führte. Damit entstand ein Problem in der politischen Theorie Luhmanns: Zwar vertrat er immer wieder die Position, dass das politische System in der Gesellschaft die Funktion hat, kollektiv verbindlich entscheiden zu können. Das System – und mit ihm der Staat als Ort der Ausfertigung dieser Entscheidungen – war daher unabkömmlich. Aber wie werden kollektiv verbindliche Entscheidungen durchgesetzt, wenn dem System gesellschafts- oder sozialtheoretisch Eingriffe in andere Systeme untersagt sind? Läuft das politische System so nicht leer?

309 Luhmann: »Unterwachung oder Die Kunst, Vorgesetzte zu lenken«, S. 96f.; Luhmann: »Klassische Theorie der Macht«, S. 161.

310 Kühl: »Die fast unvermeidliche Trivialisierung der Systemtheorie in der Praxis«, S. 327.

311 Siehe die Berichte zur Beratungstätigkeit von Luhmann: »That's not my problem«, S. 24–27; Königswieser: »Gefühle spielen doch eine Rolle!«; Wimmer: »Begegnungen mit Beratern«; Glanville: »Scenes«.

312 Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 7.

Auf dieses Problem machte ihn auch die Handlungstheorie aufmerksam. Fritz Scharpf wies Luhmann darauf hin, dass die Relevanz kollektiv verbindlichen Entscheidens bei ihm völlig unklar sei. Letztlich verflache Politik doch derart, dass sie nur noch *politics* sei, aber nicht mehr *polity* oder gar *policy*. Politik verliere bei ihm jede institutionelle oder programmatische Relevanz.³¹³ Dieser Relevanzverlust der institutionellen Prozesse wurde infolge der Krisen und dann nach dem Ende der Sowjetunion von zwei Seiten diagnostiziert und vielfach begrüßt: Von unten sahen Forschende und politisch Engagierte gleichermaßen das Ende der staatlichen Politik durch ›Subpolitik‹ kommen, und von oben löse sich der Staat durch Globalisierungsprozesse langsam auf.³¹⁴

Luhmann reagierte auf beide Herausforderungen, die theoretische und die ideenpolitische. In seiner Auseinandersetzung mit Fritz Scharpf verbuchte er zunächst einmal den großen Erfolg, den kybernetische Theorien in den zurückliegenden Jahren gehabt hatten. Sie hatten »ein blasses, begrifflich unscharfes, aber traditionsgesättigtes Konzept der ›Herrschaft‹« abgelöst und die Aufmerksamkeit auf die Grenzen der Steuerung gelenkt.³¹⁵ Luhmann wusste, dass die kybernetischen Theorien auch auf die handlungs- und steuerungstheoretischen Gegenseite Eindruck gemacht und diese zu Korrekturen gezwungen hatten.³¹⁶

313 Scharpf: »Politische Steuerung und Politische Institutionen«, S. 10-12. Er deckte weitere Widersprüche auf, zum Beispiel dass Luhmann Adressaten von Steuerung oft für sehr steuerbar halte, während er Politik für steuerungsunfähig halte (S. 16f.). Allerdings geht seine Kritik teils an Luhmann vorbei, weil er zum Beispiel nicht sieht, dass dieser das politische System nicht als ein Nullsummenspiel konzipiert. Scharpfs Plädoyer lautet, die Funktion kollektiver Entscheidung in Kollektivgütern zu verorten und Politik spieltheoretisch zu konzipieren. Scharpf, der ursprünglich aus der rationalistischen Planungstheorie kam, übernahm damit neoliberale Konzepte, die er immer wieder in die Diskussion einbrachte. Man kann hier sehr gut die zwei Richtungen der Erneuerung nach den Krisen der 1970er Jahren beobachten. Diese spiegeln sich in den zwei Richtungen des Neoinstitutionalismus, der neoliberalismnahe RC-Theorien (Scharpf) und Netzwerk-Theorien anbietet. Luhmann stand dabei eher aufseiten der Netzwerk-Theorien und kritisierte Scharpfs Rationalitätsglauben: »Heute lösen sich [...] die Hoffnungen auf eine rationale Kalkulation des Risikos auf«. (Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 7).

314 Die Bezüge sind explizit Aufhänger bei Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«; Luhmann: »Die Unbeliebtheit der politischen Parteien«; Luhmann: »Metamorphosen des Staates«; Luhmann: »Staat und Staatsräson im Übergang von traditionaler Herrschaft zu moderner Politik«. Zusammen mit den größeren, teils unveröffentlichten Schriften der Zeit entstand so ein Torso neuer Auseinandersetzung mit dem politischen System. Vgl. zur oben/unten-Formulierung und zu diesem Kontext Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 276-286, der auch einzelne Positionen nachzeichnet (z.B. Ulrich Beck).

315 Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 4; s.a. Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 50.

316 Vgl. in einer allgemeinen Würdigung Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 234.

Andererseits schien auch sie einen Treffer gelandet zu haben, denn Luhmann nahm nun die Radikalität seiner Steuerungsaversion zurück: »Mein Argument ist nun nicht, daß Steuerung ein schrecklicher Irrtum ist und besser unterbleiben sollte.«³¹⁷ Man brauche aber eine Theorie, die die Probleme von Gleichzeitigkeit, Differenz und Komplexität berücksichtigt, forderte Luhmann. In seinen Antworten auf die Gegenseite machte Luhmann dann zwei Punkte stark.

Die erste Argumentationslinie nahm eine Idee auf, die er schon in *Ökologische Kommunikation* angerissen hatte: Der Staat wird hier als die Selbstbeschreibungsformel des politischen Systems vorgestellt, die Einheit und Kontinuität suggeriert, wo freilich operativ weder Einheit noch Kontinuität ist. Während Luhmann diese Selbstbeschreibungsformel andernorts ja gerne auch attackierte, kam ihr hier eine latente Funktion zu: »Der« Staat diene den anderen sozialen Systemen als Adresse für Probleme und als Symbol, auf das man sich in der Kommunikation beziehen konnte. Auf diese Weise absorbiere schon die Rede vom Staat Unsicherheit.³¹⁸

Während die erste Argumentationslinie Steuerung mittels rhetorischer Irritation oder Beschwichtigung dachte, öffnete die zweite Argumentationslinie einen Weg für effektives Steuerungshandeln. Luhmann präsentierte nämlich den Staat nun selbst als Organisation. Diese Organisationsperspektive veränderte Luhmanns Blick auf die *Binnendifferenzierung* des politischen Systems. Einerseits wird der Bereich des Politischen nun explizit auf alle Kommunikationen ausgeweitet, die sich auf kollektiv verbindliche Entscheidungen beziehen; andererseits rückt gerade dadurch der Staat wieder ins Zentrum des politischen Systems, weil er die einzige Organisation sei, die verbindliche Entscheidungen ausfertige; alle anderen Organisationen wie Parteien oder Interessensgruppen befinden sich mehr oder weniger weit davon entfernt. Das politische System erhält auf diese Weise eine Zentrum-Peripherie-Differenzierung, die Luhmann aber explizit nicht als Hierarchie verstanden wissen will.³¹⁹

Den Staat als Organisation zu definieren, bot Luhmann außerdem die Möglichkeit, die *Umweltbeziehungen* neu zu formulieren. Dafür führte er kurzerhand eine Unterscheidung ein: Seine resolute Steuerungskritik habe sich auf die Steuerung von Funktionssystemen bezogen, auf der Ebene von Organisationssystemen sei dies eine andere Sache. Organisationen können demnach direkt mit anderen Organisationen und sogar über Funktionsgrenzen hinweg kommunizieren.³²⁰ Das

317 Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 7.

318 Siehe z.B. Luhmann: »Staat und Politik«, S. 95-100; Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 122-128. Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 247-249, 259-260.

319 Siehe Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 852f.; Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 244f. Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 238-247 (insb. S. 244f.).

320 Siehe Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 826-847 (insb. S. 840-847); Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 241-243; Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemein-

ergibt natürlich ein immenses Potenzial für Verhandlungs- und Steuerungsversuche zwischen Organisationen, die dem politischen System angehören, sobald sie mit dessen Zentralorganisation, dem Staat, ausgetragen werden.

Diese Überlegungen haben viele in Luhmanns Nachfolge nicht überzeugt, weil sie in ihrer Ansicht quer zur Systemtheorie stehen und Luhmann dabei deutlich zu nah an Handlungs- und Entdifferenzierungstheorien heranrückte.³²¹ Dennoch bleiben auch Organisationen autopoietische Systeme, die selbstreferentielle komplexe Netzwerke sind und in die daher nicht einfach fremdreferenziell eingegriffen werden kann. Die Frage ist also, *wie* (politische) Steuerung funktionieren kann, wenn der direkte Durchgriff nach wie vor versperrt ist.

Luhmanns sehr vager Vorschlag ist, Steuerung nur noch als *Differenzsteuerung* zu theoretisieren. Die Idee der Differenzsteuerung kommt – wie könnte es anders sein – aus Thermodynamik und Elektrotechnik. Eine Differenzsteuerung vergleicht Differenzen (also zum Beispiel Temperaturen) daraufhin, ob Energie von einem Ort zu einem anderen transportiert werden kann, und schaltet dann erst eine Aktion ein (zum Beispiel eine Pumpe). Diese Idee übertrug Luhmann (allerdings ohne weitere Erläuterung): »Das heißt: eine Chance, Problem zu werden, ergibt sich für eine Differenz nur dort, wo Möglichkeiten der Veränderung der Differenz erkennbar sind und es praktisch dann nur noch um Mobilisierung von Konsens und um Durchsetzung geht, also um spezifisch politische Könnerschaft.«³²²

Diese Konzeption schloss an Luhmanns Vorschlag aus *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat* an: Wie restriktive Politik steuert Differenzsteuerung nur dann, wenn sie tatsächlich erfolgreich sein könnte. Damit versuchte Luhmann auch jetzt eine gewisse Ehrenrettung des Inkrementalismus, insofern man die Auswirkungen eines Schritts beobachtet, um die eigene Position neu zu bestimmen und die Richtung neu zu justieren. Seine Form des »Inkrementalismus« zielte aber explizit nicht auf eine kleinformatige Politik, nicht zuletzt weil die anstehenden Probleme durchaus groß seien.³²³ Vielmehr kennzeichne diesen Steuerungsstil, dass es eben nur um die »Spezifikation der Differenz« gehen könne und niemals um die »Festlegung künftiger Systemzustände«.³²⁴ Auch seiner Abgrenzung von fixen Steuerungszielen und teleologischen Regierungsprogrammen blieb Luhmann also treu.

wesens«, S. 52f.; vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 228–234 (insb. S. 233); allgemeiner auch Kneer: »Organisation und Gesellschaft«.

321 Vgl. Kneer: »Organisation und Gesellschaft«; Nassehi: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«, S. 107–110. Darin eine (womöglich unzulässige) Annäherung zu sehen, macht aus systemtheoretischer Perspektive Sinn, denn auch Scharpf hatte Luhmann die Organisationsebene in seiner Kritik vorgeschlagen.

322 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 56.

323 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 57.

324 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 57. Noch 1989 hatte er die These aufgestellt, bei Differenzsteuerung ginge es immer um eine Differenzminderung;

Um die Optionen politischer Steuerung etwas konkreter zu machen, verwies Luhmann auf einen Vorschlag, den zwei seiner Schüler unter dem Begriff der *Kontextsteuerung* gemacht hatten.³²⁵ Gunther Teubner und Helmut Willke hatten ihren Vorschlag im direkten Anschluss an unterschiedliche kybernetische Überlegungen von Ashby über Todd LaPorte und Forrester bis zu Luhmann entwickelt. In einer »postmoderne[n]«³²⁶ und »post-liberalen Gesellschaft«³²⁷ sind demnach die Alternativen Markt und Staat unzureichend geworden. Stattdessen könnten sich die Teilbereiche die Rahmenbedingungen letztlich dezentral setzen: »Eine Stärkung der Teilbereichsautonomie und der Steuerungswirkung von Kontexten scheint möglich zu sein, wenn die Kontrolle der Kontrolle verlagert wird auf die Organisation der Interaktionsbeziehungen zwischen den Teilsystemen, etwa in der Form von Verhandlungssystemen.«³²⁸

Diese Idee war Teil eines sich gerade formierenden Diskurses, der auf die Regierbarkeitskrise und ihre neoliberale Therapie antwortete und seitdem unter dem Begriff *network governance* politikwissenschaftlich und politisch große Wirkmächtigkeit entfaltet hat. Wie in dem Papier von Teubner und Willke meint *network governance* dabei zunächst Netzwerke zu bilden, in denen sogenannte *stakeholder* miteinander interagieren, um so politische Rahmenbedingungen zu formulieren, anstatt das dem Staat zu überlassen.³²⁹ Andererseits wurde gleichzeitig das Netzwerk als eine Organisationsform jenseits von Hierarchie und Markt etabliert, die auch andernorts als in der Politik große Vorteile für die Steuerung von Prozessen mit sich bringe, weil sie Kooperation, gegenseitiges Lernen und den Transfer von Wissen und Innovationen fördert.³³⁰ In beiden Richtungen kommt die Suche nach einer institutionentheoretischen Erneuerung mit einer Organisationstheorie zusammen, die ihrerseits die Kybernetik schon seit dem Zweiten Weltkrieg intensiv rezipierte.³³¹

Luhmann wiederum lobte den Vorschlag zur Kontextsteuerung, weil er »die selbstorganisierte Sensitivität der Funktionssysteme« ausnutze, um ein Konzept der Steuerung zu entwerfen, das »weder Transparenz der Wirkungsketten noch

1993 sprach er hingegen von »Vergrößerung oder Verringerung spezifischer Differenzen« (S. 56; zum Vergleich dagegen Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 5f.).

325 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 55. Das Verhältnis von Organisationsperspektive und Differenzsteuerung ebenso wie von Differenzsteuerung und Kontextsteuerung blieb allerdings unbestimmt.

326 Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, S. 20.

327 Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, Zitat S. 31; zur Argumentation S. 15-33.

328 Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, S. 30 (Hervorhebung entfernt).

329 Dafür bereits Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, S. 30.

330 Klassisch zu dieser Debatte der neoinstitutionalistische Vorschlag von Powell: »Neither Market nor Hierarchy«; vgl. dazu den Vorschlag von Teubner: »The Many-Headed Hydra«.

331 Vgl. Schreyögg: *Organisation*, S. 67-81; Hasse/Krücken: *Neo-Institutionalismus*.

Prognostizierbarkeit der Erfolge vorsieht«.³³² In seiner Sicht bildet sich in den Funktionssystemen ein »Netzwerk[] der Organisationen«, das eine Eigendynamik entfaltet.³³³ Weder bestimmen dabei die Funktionssysteme die Organisationen noch die Organisationen die Funktionssysteme. Auch ihr Verhältnis müsse man vielmehr wieder über »eine Art Netzwerk-Konzept« begreifen.³³⁴ Dieser mehrfache, teils unscharfe Gebrauch des Netzwerk-Begriffs ist freilich ein typisches Vorgehen, wenn man einmal die konnexionistische Epistemologie übernommen hat.

Mit seinen tastenden Überlegungen zum Wo und Wie von Steuerung bewegte sich Luhmann auf den neu entstehenden Diskurs zu. Dabei vermerkte er sogar, dass Handlungs- und Systemtheorie konvergieren.³³⁵ Vor allem stellten beide die Folgen der Interdependenz in Rechnung – die eine über die nicht-intendierten Nebenfolgen des Handelns, die andere im Begriff des evolutionären Risikos. Auf diese Problemstellung reagierten laut Luhmann auch die neuen Vorschläge zu Differenzsteuerung und provisorischer Verständigung. Dass die Risikoproblematik mit dem »Altwerden der funktionalen Differenzierung«³³⁶ immer dominanter werden würde, glaubte Luhmann schon seit *Ökologische Kommunikation*. Daher leitete er auch das Was politischer Steuerung von dieser Problemstellung ab: Risikomanagement, so Luhmanns Vermutung, würde das große Thema des Staates nach dem Ende des Wohlfahrtsstaates werden.³³⁷

Wie die obigen Vorschläge bleibt auch diese Idee relativ vage. Luhmann argumentierte, dass bei denen, die von den unschönen Folgen hoher Interdependenz betroffen sind, der Anspruch entstehe, vor den Risiken funktionaler Differenzierung geschützt zu werden. Dafür fehlen aber letztlich die Mittel, weil sowohl das Entscheiden als auch das Nicht-Entscheiden Risiken beinhalte. Daher

332 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 55.

333 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 842.

334 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Zitat S. 846, insg. S. 842-846. Der erkennbar expansive Gebrauch des Netzwerk-Begriffs führt auch zu interessanten Distinktionsproblemen, wenn etwa Organisationen komplexe Kommunikationsnetzwerke sind, aber im Gegensatz zu Protestbewegungen nicht »netzwerkförmig« organisiert seien (S. 851).

335 Hier wie im Folgenden Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 59-63. Diese Konvergenz steht hinter der vielfach beklagten Konventionalität des späten Luhmann, so etwa bei Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 240f.; Kastner: »Luhmanns Souveränitätsparadox«, S. 75. Neben den Produkten seiner Schüler (Willke, Teubner, Ladeur) rezipierte er insbesondere den »soziologischen Neoinstitutionalismus« von March, Olsen und Brunsson. Dieser Neoinstitutionalismus wiederum teilte viele Prämissen mit Luhmann, was an der gemeinsamen Grundierung in der kybernetischen Regelungstheorie liegt.

336 Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflationen und Exklusionsverkettungen«, S. 132, in Anlehnung an Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 516.

337 So seine Antwort auf die selbstgestellte Frage, »welche Rolle [...] der Staat künftig spielen kann«; siehe Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, Zitat S. 116, insg. S. 113-118.

würden »Risikomanagement und die laufende Erneuerung von Sicherheits- und Kontrollillusionen ein Hauptproblem künftiger Politik werden«. ³³⁸ Hieran lassen sich dann Luhmanns Steuerungsoptionen anschließen: Während das Risikomanagement mithilfe von Differenzsteuerung und Organisationsnetzwerken angegangen werden konnte, war die utopische Rede vom ›Staat‹ eine Strategie, um für die Betroffenen Sicherheit zu simulieren.

Mit diesem Ausblick hatte Luhmann den Staat gegen die Idee verteidigt, er würde ›von unten‹, von den Betroffenen, aufgelöst werden. ³³⁹ In ähnlicher Weise galt dies auch ›von oben‹, weil die funktional differenzierte Weltgesellschaft auch global neue Probleme produziere, wie zum Beispiel »Migrationsbewegungen von riesigem Ausmaße« und die »Entstehung religiöser bzw. ethnischer Fundamentalismen als Reaktion auf Globalisierungen«. ³⁴⁰ Der Regionalstaat »ist und bleibt unentbehrlich«, formulierte Luhmann scharf. ³⁴¹ Die regionale Autonomie sei notwendig, weil man *erstens* kollektiv bindende Entscheidungen nur durch lokale Organisationen durchsetzen kann. Um dabei Konsenschancen zu erhalten, müsse man sich *zweitens* auch an regionale Besonderheiten anpassen können. Man brauche den Staat als »organisierte Kommunikationskompetenz«. ³⁴²

Luhmann sprach in seinem Aufsatz über die zukünftige Rolle des Staates daher sehr treffend von einer Metamorphose, also einem Formwandel. Seinen Erzählungen zufolge war der Staat stets in erster Linie ein Sicherheitsgarant, und diese Rolle sollte er auch in Zukunft spielen. Dafür brauchte er aber eine Form, die der Weltgesellschaft angemessen ist. Die alten Formen der Souveränität kamen hier nicht mehr in Frage, »[w]eder in der Form von ›Herrschaft‹ noch in der Form von ›Kultur‹ oder ›Werten‹«. ³⁴³ Denn die Weltgesellschaft ist »eine heterarchische, konnexionistische, netzwerkartige Verknüpfung von Kommunikationen auf der Ebene von Organisationen und Professionen – ein Typus, der sich durch den Gebrauch von Computern in Zukunft noch verstärken wird.« ³⁴⁴ Die neue Form der Staaten fügt sich in diese Netzwerk-Metaphorik ein: Sie sind hier nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die »regionale[n] Adressen einer Weltgesellschaft, die in sich selbst für die Erfüllung der politischen Funktion zu sorgen hat«. ³⁴⁵ In Luhmanns Analogie zum Computer: Sie sind IP-Adressen im Netzwerk.

338 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117.

339 Vgl. nochmals Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 285f.

340 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 118.

341 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 118.

342 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 227.

343 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 221.

344 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 221. Wichtigkeit zeigt sich hier in Redundanz: Diese Stelle findet sich nahezu identisch auch in Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117, und Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 31.

345 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117.

Diese neue Form des Staates habe mit der Souveränität nichts mehr zu tun, proklamierte Luhmann. Auch in seinen Überlegungen zur Zukunft des Staates blieb sein Appell gegen die alten Semantiken der Nachkriegszeit klar und deutlich: »Der ›Geist‹ hat sie verlassen. In einer solchen Umbruchsituation muß auch über Begriffe neu disponiert werden.«³⁴⁶ Und er war optimistisch: »Man kann durchaus erkennen, daß die allgemeine intellektuelle Diskussion am Ende dieses Jahrhunderts dafür Handhaben bietet.«³⁴⁷ Diese Handhaben kamen aus dem kybernetischen Denken in Systemen und Netzwerken.

346 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 131.

347 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 131.

Technologisches Regieren: Konturen und Kritik

Die gesellschaftliche Selbstbeschreibung des Netzwerk-Denkens ist seit den 1940er Jahren bis in Regierungskonzepte vorgedrungen. Das demonstriert das OECD-Papier *Governance im 21. Jahrhundert*, mit dem diese Studie begonnen hat und in dem der OECD-Planungsstab – in dieser Hinsicht ähnlich wie Niklas Luhmann und Michel Foucault – eine kreative, sich immer wieder neu erfindende Politik fordert, die natürlich nur durch Netzwerke geschaffen werden könne. Aber auch im Weißen Haus hörte man bis vor kurzem den ›Sound‹ des Netzwerk-Denkens. So sprach Barack Obama im Rahmen der Sicherheitsstrategie seiner Regierung von einer »complex world« und einer »interconnected world«, in der einerseits »interconnected systems«¹ eine hohe Vulnerabilität haben und andererseits nur noch die ›Diversität‹ untereinander vernetzter Partner erlaube, die schwierigen Probleme der Gegenwart zu bearbeiten.

Diese Studie ging von der übergeordneten Frage aus, was dieses neue Netzwerk-Denken kennzeichnet, woher das technologische Regierungsdenken kommt und welche Folgen es hat, wenn Politik und Gesellschaft in den Begriffen von Netzwerken und Systemen neu geordnet werden. In diesem Schlusskapitel soll versucht werden, die großen Linien der Argumentation so nachzuzeichnen, dass der Ertrag für diese übergeordneten Fragestellungen deutlich wird.² In einer Verbindung von Rückblick und Ausblick sollen so Thesen zugespitzt werden, von denen die wissenschaftliche Debatte weitergeführt werden kann.

Dafür werde ich zunächst den Aufstieg einer technologischen Begriffs- und Wissensordnung rekapitulieren, sodass die Genese eines neuen Wahrnehmungsschemas hervortritt, das hinter dem Selbstverständnis des technologischen Regie-

1 Obama: *National Security Strategy*, für die Zitate in der Reihenfolge S. iv, 3, 4. Zur Diversitätsoffensive in den Streitkräften siehe Obama: *Presidential Memorandum*. Zur kriegstheoretischen Relevanz vgl. Wassermann: *Asymmetrische Kriege*, S. 322f.

2 Das heißt, ich verzichte darauf, die Ergebnisse der Kontext- und Fallstudien noch einmal chronologisch und im Detail zu rekapitulieren, auch wenn sie, so hoffe ich, ebenfalls neue Perspektiven auf ihren jeweiligen Gegenstand erschlossen haben.

rungsdenkens steht (Teil 1 und 2). Auf dieser Basis können dann die Konturen, demokratiethoretischen Probleme und Praxisfelder des technologischen Regierens nachgezeichnet werden (Teil 3 und 4). Durch diese Konturierung wird es schließlich möglich sein, das Netzwerk-Denken vom Neoliberalismus abzugrenzen und eine historisch-kritische Analyse der Gegenwart vorzuschlagen (Teil 5).

Die Genese des technologischen Regierungsdenkens

In dieser Arbeit wurden die untersuchten Texte als Dokumente gesellschaftlicher Selbstinterpretationen gelesen. Dabei habe ich zunächst gezeigt, dass die Beschreibung der Welt in den Begriffen von Systemen und Netzwerken ein historisch kontingentes und zudem recht junges Phänomen ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand die Ordnung der Welt zwar ebenfalls zur Diskussion, das Netzwerk-Denken war aber noch keine verfügbare Alternative. Stattdessen verlief die Konfliktlinie zwischen Ablehnung und Befürwortung von Souveränität – mit dem erstaunlichen Ergebnis, dass sich die Souveränitätstheorien erneut als das dominante Deutungsmuster durchsetzen konnten, obwohl sie eigentlich bereits verabschiedet worden waren (Kap. 1).

Das Regierungsdenken der Souveränität war aber für die Genese des technologischen Regierungsdenkens von zentraler Bedeutung (Kap. 2). Gerade der Steuerungsanspruch der Politik in diesem Deutungsmuster motivierte dazu, die interdisziplinären Teams zu fördern, die zu Steuerung, Kontrolle und Planung forschten. Man brauchte die technischen Mittel, um die staatlichen Versprechen auf Frieden, Partizipation und Wohlfahrt umsetzen zu können. Infolgedessen entstanden aber zwei sehr unterschiedliche Technologien: Eine Technologik kreiste um die Umsetzung des souveränen Steuerungsanspruchs. Während darin die einen nach den Effizienzgewinnen durch technische Planungsverfahren wie das *Planning, Programming, Budgeting System* (PPBS) suchten, entfaltete sich unter dem Stichwort der Technokratie zugleich eine Selbstkritik des souveränen Regierungsdenkens: Es ging darum, die humanistische Zielsetzung und die technischen Mittel in der richtigen Balance zu halten, damit man organisatorisch die Souveränität der Politik und teleologisch die Souveränität des Menschen wahrte.

Während beide Perspektiven in dieser Debatte über die Stellung technischen Wissens weiterhin im Bann der Souveränitätstheorie standen, entwickelte sich in den kybernetischen Forschungsverbänden selbst aber eine gänzlich andere Technologik. Entscheidende Teile der Kybernetik unterzogen das moderne Regierungsdenken einer fundamentalen Kritik und lehnten dabei sowohl den humanistischen als auch den mechanistischen Strang dieses modernen Denkens als unterkomplex und veraltet ab. Dagegen setzten sie ein neues Regierungsverständnis, das informations-, system- und kommunikationstheoretische Ansätze zusammenband

und die Konnektivität und Zirkularität, Flexibilität und Komplexität von Netzwerken ins Zentrum stellte.

Diese neuen Konzepte diffundierten durch die interdisziplinäre Zusammensetzung der kybernetischen Forschungsverbünde allmählich in unterschiedliche Richtungen: Auf der einen Seite wanderte ihr Begriffsapparat etwa in die Informatik, deren Institutionalisierung von dem Kybernetiker Joseph Licklider vorangetrieben wurde. Auf der anderen Seite beeinflusste der neue Begriffsapparat aber auch unterschiedlichste Gebiete der Geistes- und Sozialwissenschaften wie die Organisationssoziologie, die Soziometrie, die Linguistik und die Ethnologie. Zudem wirkten die kybernetischen Figuren auf die Counterculture, wo sie ein Instrumentarium für die Kritik der konformistischen, hierarchischen Nachkriegskultur anboten. Mit den kybernetischen Konzepten verbreitete sich der Ruf nach einem ›neuen Zeitalter‹, mit dem sich schon kybernetische Schriften gegen das mechanistische Steuerungsdenken profiliert hatten.

Der kritische Punkt, der diesem Netzwerk-Denken als gesellschaftliche Selbstbeschreibung zu seinem Durchbruch verhalf, kam, als das Paradigma der Souveränität in die Krise geriet (Kap. 3). Mit den immer stärker werdenden gesellschaftlichen Konflikten, der tiefgehenden Wirtschaftskrise und der Wiederkehr der Gewalt verfehlte man in den 1970er Jahren die Versprechen von Integration, Wohlstand und Frieden, die die Leitidee der Souveränität nach 1945 abgegeben hatten. Selbst die ›klassischen‹ institutionalistischen und neomarxistischen Deutungsmuster diagnostizierten die Dilemmata der Souveränität und eine Überdehnung des Staates. Dadurch rissen die Fragen nach der sozialen und politischen Ordnung wieder auf, die man gerade erst beigelegt hatte, und es verschwand die optimistische Gewissheit eines Fortschritts zum Besseren, die die Modernisierungstheorie der Nachkriegszeit getragen hatte.

In dieser Staats- und Modernekrise griffen nun ideenpolitische Interventionen auf die kybernetischen Figuren zurück und brachten sie gegen das Deutungsmuster der Souveränität in Stellung. Die Kybernetik bot ihnen ein konzeptionelles und rhetorisches Arsenal, um gegen die ›veralteten‹, ›kraftlosen‹ und ›ideenlosen‹ Deutungsmuster der klassischen Moderne zu argumentieren. Das technologische Krisennarrativ entwickelte eine Antwort auf die Krisenwahrnehmungen, indem es die ›Komplexität‹ der sozialen Beziehungen mit der ›Simplizität‹ des modernen, souveränen Steuerungsdenkens kontrastierte. Das moderne Denkmuster sei zwar bisher erfolgreich gewesen, hätte aber gerade dadurch die Interdependenzen und Verflechtungen immer weiter verdichtet, sodass es nun zwangsläufig an den komplexen Bedingungen scheitere. Solange man dieses Scheitern nicht einsehe, würden die starren, hierarchischen Interventionen immer weiter in die Krise führen. Dies werde durch die Unterdrückung der Subjekte und die Blockade der Institutionen greifbar. Dagegen, so das Narrativ, helfe nur eine grundsätzliche Neubestim-

mung von Politik und Gesellschaft in den Begriffen von Systemen und Netzwerken, von Komplexität und Diversität, von Experimentier- und Risikobereitschaft.

Mit Niklas Luhmann und Michel Foucault wurden abschließend zwei Fälle einer solchen Neubestimmung im Detail untersucht (Kap. 4 und 5). Die beiden Fallstudien haben parallel die Kritik und Neubestimmung der epistemischen Ordnungen (1. Teil der Kapitel), die politischen Auseinandersetzungen (2. Teil) und die jeweiligen Ordnungsvorschläge (3. Teil) nachvollzogen. Indem ich die beiden Theorien durch das historisch-systematische Gegenmodell der Souveränität, die intellektuellen Ressourcen der kybernetischen Technologik und den historischen Umschlagpunkt in der Krise der Moderne kontextualisiert habe, traten einerseits Aspekte hervor, die in bisherigen Untersuchungen unterbelichtet worden waren. Sie lassen Luhmanns und Foucaults Theorien in einem neuen Licht erscheinen, das sie – ohne ihre Eigenständigkeit zu leugnen – als Vertreter einer breiten Strömung technologischer Antworten auf die Krise der Moderne präsentiert und dazu auffordert, nach den Folgen dieser Strömung zu fragen. Für die Rekonstruktion dieser Strömung boten die beiden Fallstudien andererseits die Möglichkeit, die Rezeption, konzeptionelle Verarbeitung und politische Positionierung der technologischen Denkfiguren auf individueller Ebene und in ihren engeren Umgebungen nachzuvollziehen. Auf diese Weise betonten sie gerade auch die *unterschiedlichen* Wege, auf denen sich das Netzwerk-Denken als Selbstbeschreibung der Gesellschaft durchsetzen konnte.

Diese Geschichte vom Aufstieg des Netzwerk-Denkens liefert einen Beitrag zur Selbstaufklärung der vernetzten Gesellschaft. Denn sie demonstriert, dass die Genese der Netzwerk-Gesellschaft keineswegs nur ein struktureller Selbstläufer des technischen Wandels ist. Die Gesellschaft als Netzwerk zu beschreiben, war längst vor Internet, Smartphone und Social Media möglich. Das technologische Regierungsdenken ist ein eigener Entwicklungszweig, der sich weitgehend unabhängig von technologischen Artefakten wie Mikroelektronik und Internet aus den kybernetischen Ideen von Systemen und Netzwerken entwickelt hat. Die ›vernetzte Gesellschaft‹ ist daher maßgeblich auch das *Produkt ideenpolitischer Interventionen*, die erfolgreich waren, als der gesellschaftspolitische Deutungsrahmen der Souveränität zusammenbrach.

Für die aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten muss diese Einsicht in den kontingenten, ideenpolitischen Charakter des Netzwerk-Denkens Ansporn sein, um über Digitalisierung und vernetzte Gesellschaft neu nachzudenken. Denn hier kommt oft das Instrumentarium des Netzwerk-Denkens selbst zum Einsatz. Wenn Diagnosen ausgestellt werden, die einen höheren Grad an Vernetzung, steigende Komplexität oder eine neue Qualität der sozialen Beziehungen sehen, kann dies ein Artefakt der eigenen Wissensordnung sein. Es stellt sich daher aus methodologischen und aus politischen Gründen die Frage, welche epistemischen Prämissen und soziopolitischen Folgen diese Perspektive hat – und welche Alternativen es

gibt, um ein dezidiert anderes Licht auf diese gesellschaftliche Transformation zu werfen.

Netze, Ströme, Spiele: Die technologische Begriffs- und Wissensordnung

Blickt man auf die epistemischen Prämissen des technologischen Regierungsdenkens, wie es hier untersucht wurde, zeigt sich ein ganz spezifischer Begriffsapparat und eine Wirklichkeitswahrnehmung, die sich klar von anderen, etwa souveränitätstheoretischen Wahrnehmungsmustern abgrenzen lässt. Souveränität und Netzwerk-Denken stellen gewissermaßen zwei unterschiedliche Formen der Weltaneignung dar. Dabei ergibt sich auf den ersten Blick ein irritierender Befund: Denn das Netzwerk tritt in den Dokumenten gleichzeitig in sozialtheoretischer, gesellschaftstheoretischer und organisationssoziologischer Form auf. Netzwerke können zum Beispiel eine spezifische Organisationsform sein, die seit den 1970er Jahren immer weiter zunehme und sich von Hierarchie und Markt abgrenze. Gleichzeitig werden sie – und zwar oft sogar von den gleichen Personen – in quasi-ontologischer Fassung verwendet: Die Gesellschaft wird als Netzwerk beschrieben. Luc Boltanski und Ève Chiapello interpretieren diesen Prozess als eine Naturalisierung und Idealisierung des Netzwerks: »Das Netz ist die natürlichste Form. Sie ist sowohl für menschliche, wie für nicht-menschliche Einheiten zwingend, auch ohne dass sich die Akteure dessen bewusst wären«.³

Dieses Changieren zwischen generalisierten und spezifizierten Netzwerkbegriffen demonstriert die immense Strukturierungsleistung, die durch die kybernetischen Metaphoriken und Ordnungsmodelle erbracht wird. Etwas zugespitzt formuliert: Beginnt man einmal, die Welt als Netzwerk zu sehen, lassen sich immer mehr Netzwerke finden. Dies ließ sich auch an den beiden Fallstudien beobachten. So konzipierte Foucault Macht als ein Netzwerk, unterschied dann aber eine hierarchische Form des Netzwerks wie sie in den Disziplinierungsformen der Moderne vorkäme und eine neue, komplexere, flexiblere, man möchte sagen: netzwerkförmige Form des Netzwerks, für die es sich in analytischer und politischer Hinsicht zu kämpfen lohnt. Noch deutlicher wird die Proliferation der Netzwerke in Luhmanns Theorie, der einerseits das Netzwerk der Operationen als Definitionsmerkmal für autopoietische Systeme verwendet, gleichzeitig aber auch Netzwerke als Organisationsformen unter anderen behandelt.

Das gleiche Phänomen konnte aber auch im ersten Kapitel anhand des Paradigmas der Souveränität beobachtet werden. Hatte man einmal die Vorstellung entwickelt, politische Ordnungen beruhen auf einer höchsten Autorität und werden

3 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 174f. (Zitat); s.a. S. 202-204.

infolgedessen von einem hierarchisch übergeordneten Steuerungszentrum koordiniert, ließen sich diese Aspekte der Realität stets hervorheben und andere abblenden. Man konnte dann die Idee der Souveränität bis in die Antike hinein verlängern. Gleichzeitig wurde aber diese Überdehnung des Begriffs innerhalb des Souveränitätsparadigmas auch beklagt, etwa von Francis H. Hinsley. In ähnlicher Weise wird auch in der soziologischen Netzwerkforschung über die Überdehnung und Unschärfe des Netzwerk-Begriffs gestritten, weil sie für eine analytische Handhabbarkeit des Netzwerkkonzeptes problematisch ist.⁴ Wissenssoziologisch betrachtet, zeigen sowohl das Changieren zwischen naturalisierten und spezifischen Begriffsverwendungen ebenso wie die umfangreichen Investitionen in die Begriffs- und Methodenarbeit an, dass das Netzwerk-Denken zu einem eigenen Muster der Weltwahrnehmung geworden ist.

Im technologischen Regierungsdenken stehen dabei neben der Metapher des Netzes weitere Begriffe, die zum Beschreiben und Durchdenken der Wirklichkeit herangezogen werden. Sie bilden in den Texten einen Verweisungszusammenhang: Die Metaphern werden verwendet, um sich gegenseitig zu erklären und ihre Deutung der Realität zu plausibilisieren. Durch die Varianz der Begriffe wird es möglich, abwechslungsreiche Beschreibungen anzufertigen, ohne auf ein anderes Deutungsmuster zurückgreifen zu müssen.

Zu diesen Metaphoriken gehört im kybernetischen Denken das *Diagramm* und die *Matrix*, die als grafisches bzw. mathematisches Modell für komplexe Interdependenzen herangezogen werden können. Ein besonders prominenter Begriff ist und bleibt aber der des *Systems*, der für Luhmanns Theorie namensgebend war und auch lange Zeit bei Foucault im Vordergrund stand. Während bis heute in der soziologischen Netzwerkforschung ein Konflikt darum besteht, ob man System und Netzwerk als parallele Begriffe führen kann (und wenn ja, in welchem Verhältnis),⁵ steht am Beginn dieser Entwicklung eindeutig ein enger Bezug der beiden Metaphern: Die Kybernetik behandelte sie als *analoge Modelle*.

Die Metaphern des Systems und des Netzwerks konnten hervorragend das grundlegende Anliegen des technologischen Ansatzes zum Ausdruck bringen: Sie etablierten eine abstrakte Sprache, die auf Organismen und Maschinen, Individuen und Gesellschaften angewandt werden konnte. Der Systembegriff eignet sich dabei ganz besonders, um diese Unbestimmtheit zu betonen und zugleich

4 Vgl. z.B. den Versuch einer integrativen Netzwerktheorie von Laux: *Soziologie im Zeitalter der Komposition*. Wie bei der ›Souveränität‹ ging es auch beim Netzwerk-Denken nicht darum, diese Definitionsarbeiten zu katalogisieren. Die Perspektive der Arbeit zielte auf die vorgängige Frage, wie es dazu kam und was es *überhaupt* bedeutet, in Netzwerkbegriffen zu sprechen. Denn erst wenn diese etabliert sind, lohnt sich der Definitionsstreit.

5 Vgl. dazu Holzer/Fuhse: »Netzwerke aus systemtheoretischer Perspektive«; Holzer: *Netzwerke*, S. 93-104.

die Spannung zwischen dem *losen Ensemble der Elemente* und ihrem funktional zusammenhängenden Charakter hervorzuheben, der Effekte produziert, ohne dass diese in der Intention der Elemente gelegen haben müssen. Komplementär dazu konzentriert der Netzwerk-Begriff die Aufmerksamkeit auf das Aktivieren von Verbindungen und Mustern, kurz: auf *Offenheit, Aktivität und Konnektivität*.

Neben diese beiden ›Zentralmetaphern‹ tritt eine dritte: das *Spiel*. Es wurde schon in der Kybernetik herangezogen, prägte organisationssoziologische Adaptionen wie die von Michel Crozier und erhielt auch in Michel Foucaults Netzwerktheorie der Macht eine prominente Stellung. Die Spiel-Metapher hat dabei zwei entscheidende Vorteile: Zum einen kann sie die Gleichzeitigkeit von autonomen, kontingenten Spielzügen und dennoch beobachtbarer, emergierender Regelmäßigkeit verdeutlichen. Sie eröffnet damit die Möglichkeit, die *agency* der Elemente im Netzwerk zu thematisieren, sie aber so zu konzipieren, dass sie stets in Abhängigkeit von anderen Spielzügen stattfindet. Zum anderen verdeutlicht die Spiel-Metapher den strategischen Charakter der Beziehungen in einem Netzwerk. Unabhängig von der Intention des Handelnden, hat jedes Handeln eine strategische Dimension, weil es die Situation im Netzwerk verändert, die wiederum die Optionen aller anderen beeinflusst. Nichts liegt außerhalb dieses strategischen Spiels. Die Metapher betont damit auch die radikale Immanenz dieses Ansatzes.

Am Beginn stand schließlich neben Systemen, Netzwerken und Spielen auch das Denkmodell der *Maschine*. Es eignete sich besonders gut, um gegen die humanistische Position der Souveränität zu polemisieren, hatte aber gleichzeitig auch das Risiko, als klassische Mechanik missverstanden zu werden. In diesem Fall würde die eigentliche Stoßrichtung verloren gehen, die das neue, postmechanistische Regelungsverständnis vertrat. Im Laufe der Zeit ist der Begriff der Maschine daher sukzessive in den Hintergrund getreten. Er wurde durch die Referenz auf den ›Nachfolger‹ der Maschine, nämlich den Computer, die Kommunikationstechnologie und das Internet ersetzt, die in technikdeterministischen Auslegungen oft zum strukturellen Grund für die Umstellung auf das Netzwerk-Denken erklärt werden.

Außerdem blieb ein *Assoziationsfeld des Stroms* erhalten, das in den untersuchten Dokumenten sehr präsent ist. Dass die Metaphorik oft genutzt wird, um den Strukturwandel der Moderne generell zu erfassen, zeigt die immense Wirkmacht, die das technologische Denken entfaltet hat.⁶ Das Assoziationsfeld des Stroms umschließt *erstens* den Bezug auf den *elektrischen Strom*, der durch Maschinen *fließt*. Dadurch erschließt es ein zusätzliches Referenzangebot des Fluiden, das wiederum seit der antiken Steuermannsmetapher mit dem Regierungsdenken verbunden ist. Es enthält *zweitens* die Referenz auf Schaltpläne und Stromkreisläufe, mit denen die lineare Steuerungskonzeption verstellt und auf Zirkularität umgestellt wird. Schließlich schlägt die Maschinen- und Strommetaphorik den Bogen zu Hard- und

6 Vgl. exemplarisch Bauman: *Liquid Modernity*.

Software der Computer, einschließlich ihres *Informationsflusses*, der durch *Codierungen* gelenkt wird.

Dieser Begriffsapparat mit seinen zentralen Metaphern von Netzwerken und Systemen, Strömen und Spielen, Informationen und Codes wurde explizit gegen den mechanistischen Begriffsapparat der Newton'schen Mechanik und gegen den humanistischen Begriffsapparat der Souveränität entworfen. Wie das erste Kapitel nachgewiesen hat, kreiste der Begriffsapparat des Souveränitätsdenkens um das wahre Sein und das reflektierte Selbst-Bewusstsein einer gebildeten Persönlichkeit. Die Kybernetik stellte ihren Begriffsapparat im direkten Gegensatz dazu auf: Es ging hier nicht um das *Wesen* der Elemente, sondern stets um den *Vorgang* der Relationierung und Organisation, der die Form der Elemente erst hervorbringt. Die Verschiebung vom *Was* zum *Wie*, vom *being* zum *doing* ist der charakteristische Zug des posthumanistischen und postmechanistischen Denkens, der sich auch den Sozial- und Gesellschaftstheorien bei Luhmann und Foucault aufgeprägt hat.

Der Kontrast zum Souveränitätsdenken eignet sich auch besonders, um die unterschiedliche Wahrnehmung der Wirklichkeit zu konturieren, die in den Zeit-, Raum- und Subjektkonstruktionen des technologischen Regierungsdenkens zum Ausdruck kommt. Wie das erste Kapitel anhand der drei Narrative gezeigt hat, verfügten die handelnden Personen im Souveränitätsdenken – so unterschiedlich ihre Ansichten in politischer Hinsicht waren – über ein geteiltes Verständnis von der Beschaffenheit der Welt. Sie konzipierten das *Subjekt* als souveränes Bewusstsein oder Gewissen, sie verstanden den *Raum* als eine parzellierte Fläche und entwarfen *Zeit* als ein lineares Kontinuum, das einer Entwicklung von der Vergangenheit in die Zukunft folge. Dabei eröffnete sich durch den Bezug auf ein objektives Ziel eine teleologische Perspektive, die sich entweder anthropologisch durch das Wesen des Menschen (Hennis, Fanon) oder theologisch durch Gott (Jouvenel, Brunner) begründen ließ. Beide Aspekte wurden als Rahmenbedingungen in das Regierungsdenken der Souveränität eingeschrieben: Das teleologische Entwicklungsziel wurde zur normativen Aufgabenstellung der Regierung, und das Flächenmodell des Raumes lagerte sich in der ›Verantwortung‹ für die Integration und Gestaltung eines Territoriums ab.

Hiervon unterscheiden sich die Zeit-, Raum- und Subjektkonzepte des technologischen Regierungsdenkens grundlegend, wie ich ausführlich bei den kybernetischen Theorien (Kap. 2.2), Michel Foucault (Kap. 4.1) und Niklas Luhmann (Kap. 5.1) gezeigt habe. Idealtypisch gesprochen,⁷ verabschiedet sich das technologische Re-

7 Damit sei betont, dass man nicht davon ausgehen muss, dass bei jeder Verwendung des Netzwerk-Modells diese Zeit-, Raum- und Subjektkonzeptionen auch *immer* und in *Reinform* auftauchen. Es ist m.E. eine zu starke Prämisse, dass Akteure stets ›reine‹ oder konsistente Weltbilder hätten. Deutlich überzeugender scheint mir die pragmatische These, dass Akteure über unterschiedliche *frames* oder Rechtfertigungslogiken verfügen, die sie situationsspe-

gierungsdenken von der territorialen Bindung des Raumes. Das wird besonders bei Niklas Luhmann deutlich, der mit seiner These der Weltgesellschaft immer wieder gegen die Rückständigkeit der Territorialität polemisierte. Das Netzwerk-Denken stellt eine andere Raumkonzeption zur Verfügung: In ihr gibt es keine *Raumflächen*, sondern im Grunde nur *einen* Gesamtraum, in dem sich ›Orte‹ oder ›Knoten‹ und ihre vielfältigen Verbindungslinien befinden. Über die Anordnung und Dichte der Knotenpunkte und Verbindungen lassen sich dann operativ eigenständige Netzwerke (oder Systeme) in dem Gesamtnetzwerk beschreiben.⁸ Es entsteht ein Mehrebenenmodell, in dem der soziale Raum als ein vielfach vermaschtes Netzwerk von Netzwerken erscheint.

Der Netzwerkbegriff trägt also bereits ein relationales Raummodell in sich, mit dem das territoriale Raummodell der Moderne ersetzt wird. Dies hat in politischer Hinsicht einerseits zur Folge, dass Territorialität als Kriterium der Zugehörigkeit zu einem Staat an Relevanz verliert. Das demonstriert etwa die eingangs zitierte Initiative einer *e-Residency* in Estland, auch wenn diese nicht alle Rechte der Staatsbürgerschaft umfasst, sondern vor allem auf Wirtschaftsförderung abstellt. Andererseits verändern sich in der technologischen Sichtweise auch Sicherheitsimperative, wie die oben angesprochene Sicherheitsstrategie der Obama-Administration illustriert: Auch hier verliert dann die Kontrolle über ein Territorium an Relevanz und stattdessen tritt die Regulation von Kommunikations- und Informationsströmen ins Zentrum der Aufmerksamkeit.⁹ Gleichzeitig öffnet sich die Perspektive dafür, dass die Regulation des sozialen Raumes aber keineswegs von zentraler politischer Steuerung im klassischen Sinne bestimmt werden könne, sondern genuin über eine dezentrale und multiple Selbstregulation laufe. Es kommen also ganz andere Akteure als die Staaten in den Blick. An diesen kurzen Andeutungen lässt sich bereits sehen, wie stark die Reformulierung der epistemischen Ausgangsposition die Denk- und Handlungsmuster des Regierens verändert.

Ebenso radikal wie vom Raummodell verabschiedet sich das technologische Denken vom Zeitmodell der Souveränität. Anstatt Zeit als ein lineares Kontinuum zu denken, wird sie als ein Prozessieren von Ereignissen konzipiert, das sich in Echtzeit vollzieht. Zwischen den Ereignissen bestehen dabei Lücken, und zwar sowohl zwischen den gleichzeitig stattfindenden Ereignissen als auch zwischen den aufeinanderfolgenden Ereignissen. Anders gesagt: Zeit ist in synchroner und diachroner Hinsicht von der Diskontinuität der Ereignisse geprägt. Das bedeutet, dass in operativer Hinsicht jedes Ereignis eine ›*Singularität*‹ mit eigener Komplexität ist: Es

zifisch zusammenfügen. Wie die Verhältnisse ausfallen, ist eine empirische Frage, die aber nur auf Basis einer idealtypischen Heuristik untersucht werden kann.

8 Siehe dazu etwa auch Boyer: »Netzwerke und Geschichte«, S. 48f.

9 Vgl. Münkler: »Raum« im 21. Jahrhundert, S. 320-330.

ist einmalig und hat eine Vielzahl von nicht-linearen Relationen zu anderen Ereignissen. Die Ereignisse können dann nur *in der Beobachtung als ein kontinuierlicher Zusammenhang* erscheinen. Das gleiche Ereignis kann daher aber in unterschiedliche Zusammenhänge eingeordnet werden (›Sequenzen‹, ›Dauern‹).¹⁰ Dieses digitalisierte Zeitverständnis ist offensichtlich stark von der (quanten-)physikalischen Revision der Newton'schen Mechanik geprägt, die von der Kybernetik explizit aufgenommen wurde.

Die ideenpolitische Stoßrichtung dieser Zeitkonzeption richtet sich *erstens* gegen die Stabilität, die die klassische Ontologie den Dingen (vermeintlich) unterstellte. Die ›Ontologie‹ des Netzwerk-Denkens sieht eine solche wesenshafte Stabilität nicht vor: Was stabil erscheint, ist nichts anderes als eine immer wieder neue (Re-)Produktion eines Zusammenhangs, bei der sich die Elemente und Relationen effektiv ständig verändern. Um der Unterstellung von Kontinuität, Konstanz und Kohärenz zu entgehen, haben kybernetische Überlegungen im Übrigen einen neuen Begriff stark gemacht: den der Resilienz.¹¹ Er stellt auf das Paradox ab, dass Systeme nie sie selbst sind, weil sie sich in Relation zur Umwelt intern umbauen (müssen). Differenz ist die neue, quasi-ontologische Prämisse.

Auf Basis der differenztheoretischen, digitalen Temporalität polemisierte das technologische Denken – *zweitens* – gegen die Dominanz linearer Kausalität. Lineare Kausalität sei nicht der Regelfall, sondern allerhöchstens ein Grenzfall des Zusammenhangs zwischen zwei Zuständen. In den allermeisten Fällen gebe es hingegen keinen zwingenden Zusammenhang zwischen zwei Ereignissen. Um diese *prozessuale* Vorstellung auszuarbeiten, übernahm das kybernetische Denken zwei Konzepte, die dann auch bei Luhmann und Foucault weitergeführt wurden, nämlich *Emergenz* und *Evolution*.¹²

In den frühen kybernetischen Schriften diente diese Perspektive dazu, den Weltkriegen eine optimistische Entwicklungsperspektive abzutrotzen. Denn in

10 Foucault bringt dies in die Formulierung, dass es eine Multiplizität von Dauern gibt. Konzeptionell geht Luhmanns Systemtheorie hier aber deutlich weiter, weil er darstellt, wie Systeme einerseits operativ ihre Eigenzeit haben und diese andererseits durch die Produktion von Selbstbeschreibungen sinnhaft werden lassen. Die Vorstellung von einem Zeitstrahl, der von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft hineinreicht, kann in diesen Selbstbeschreibungen aufgehoben werden.

11 Siehe Holling: »Resilience and Stability of Ecological Systems«, der aus seinen ökologischen Thesen direkt einen Management-Vorschlag ableitet, der typisch für das Netzwerk-Denken ist, läuft er doch auf den Rat hinaus »to keep options open« (S. 21). Vgl. zur Stabilitätstheorie ausführlich August: »Hierarchie, Markt, Netzwerk«.

12 Trotz der deklarierten Offenheit der Entwicklungsrichtung bleibt ein modernistischer Rest: Wie bei Luhmann herrscht oft eine Vorliebe für Höherentwicklung. Sie wird dann standardmäßig mit einer Verdichtung der Verbindungen bzw. einer Steigerung der Komplexität ›erklärt‹. Das zerfallende Muster macht Platz für eines mit höherer Komplexität.

dieser Theorie können auch aus weniger komplexen Systemen neue, komplexere Systeme entstehen. Dies war die informationstheoretisch abgesicherte Alternative zu jener Verfallsthese, die organologische und physikalische Modelle der Entropie seit dem 19. Jahrhundert motiviert hatten. Information wurde das optimistische Gegenmodell zur Atombombe, der Entropie in Reinform.¹³ In den späteren Adaptionen konnte diese Perspektive hingegen zu einer Neubewertung von Kontingenz dienen, die gegen die Einheits- und Kontinuitätskonzeptionen des Souveränitätsdenkens in Stellung gebracht wurde. Denn wenn Stabilität eine Selbstbeschreibung des Systems vor dem Hintergrund permanenter Neuproduktion ist, dann verlieren die ›alten‹ humanistischen Identitätsanforderungen ihre Legitimationsgrundlage.

Man kann an diesen Argumentationsgängen sehr gut beobachten, wie die Neubeschreibungen der Realität eine gesellschaftliche Sprengkraft entfalten: Die neuen Strukturbeschreibungen werden zur Kritik normativer Muster herangezogen. Dabei konnte sich das technologische Denken auf einen ähnlichen Zusammenhang in der Souveränitätstheorie beziehen. Denn hier war in der Zeitkonzeption eine normative Anforderung an die Individuen eingelassen. Sie forderte ein, dass man eine kohärente, prinzipienbewusste und aufgeklärte Persönlichkeit ausbildet. Die Differenz- und Kontingenztheorie der Kybernetik unterläuft aber diese Vorstellung einer konstanten Identität: Das System ist nie mit sich identisch, weil es sich in jedem Moment als Funktion von System und Umwelt neu herstellen muss. Auch Identität oder Subjektivität werden so zu einem kontingenten, veränderlichen Effekt ständiger Reproduktion: »Das Selbst ändert sich [...] in jedem Moment, in jeder einzigen Sekunde.«¹⁴

Vor allem Michel Foucault griff diese Argumentationskette auf und richtete die Re-Modellierung des Selbst gegen die normativen Anforderungen der humanistischen Souveränitätslehren. Foucaults Polemik gegen die Zeit-Konzeption der Moderne steht in erster Linie im Dienste einer Zerstörung des zugehörigen Subjektbildes: »Man frage mich nicht, wer ich bin, und man sage mir nicht, ich solle der gleiche bleiben: das ist eine Moral des Personenstandes«, pointierte er diese Haltung bereits am Eingang der *Archäologie des Wissens*.¹⁵ Gegen die Moral des Personenstandes erarbeitete Foucault am Ende seines Lebens eine neue Subjekttheorie. Das Subjekt tritt hier als eine ästhetische Form auf, die durch Selbst-Technologien immer wieder neu modelliert werden kann. Das *Subjekt* ist dabei von seiner Position im Netzwerk abhängig, hat aber auch selbst einen Einfluss auf die Umgestaltung seiner Selbst und des Netzwerks.

13 Zur Atombombe als Entropie-Symbol Foerster (Hg.): *Cybernetics of Cybernetics*, S. 181.

14 So Heinz von Foersters Pointierung in Foerster/Pörksen: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners*, S. 94.

15 Foucault: *Archäologie des Wissens*, S. 30.

Metaphorisch wird der Abschied von der Subjekt-/Objekt-Dichotomie im Begriff des *Relais* erfasst, das im Netzwerk sowohl angesteuert wird als auch weiterleitet und damit selbst steuert. Alternativ tritt das Subjekt, etwa bei Foucault, als *Spieler* auf, der strategische Spielzüge im Netzwerk der Interaktionen vollzieht.¹⁶ Der springende Punkt ist dabei, dass das Subjekt nicht einer Rationalität folgen muss (etwa wie der *homo oeconomicus*), sondern mit einer Vielzahl von Rationalitäten und Formen experimentieren kann. Im technologischen Regierungsdenken wird damit genau der subjekttheoretische Wandel vorformuliert und in den 1970er Jahren durchgesetzt, der laut Hartmut Rosa als die dominante Subjektform der Spätmoderne gelten kann: »Der ›Spieler‹ überwindet die lineare, verrechnende und verplanende Zeitorientierung der Moderne und ersetzt sie durch eine [...] situationsoffene und ›ereignisorientierte Zeitpraxis‹.«¹⁷

Diese technologische Konzeption eines situativen Subjekts steht einerseits im Kontext von Design-Theorien und Kunst-Projekten, die in der Counterculture an die Kybernetik anschlossen. Andererseits trifft sie sich mit den Selbst-Konzepten, die im Rahmen der Systemtheorie entwickelt wurden. Wie Heinz von Foerster bestand auch Luhmann darauf, dass das System nie das gleiche bleibt, sondern sich stets neu und anders entwirft. Identität ist daher ein Produkt der Selbst- und Fremdbeschreibung der Systeme ohne den ›wahren‹, ›authentischen‹ Kern, auf den die Subjektphilosophie der Moderne stets bestand. Wie dies illustriert, arbeiteten Foucault und Luhmann die kybernetischen Begriffe nicht zuletzt ein, um die humanistische Ontologie und die gesellschaftliche Selbstbeschreibung der Nachkriegszeit anzugreifen und ein ›neues Denken‹ durchzusetzen.

Dabei entwickelten beide ihren ›neuen‹ Denkansatz in der Auseinandersetzung mit Aufklärung und Modernisierung, auf die sich das Nachkriegsdenken der Souveränität verpflichtet hatte. Einerseits verabschiedeten sie sich von dem philosophischen Humanismus, der auf einem souveränen Subjekt aufbaut, kritisierten die politischen Ideologien von Liberalismus und Marxismus und zerlegten den Machbarkeitsglauben, der einem unzureichenden, simplizistischen Verständnis kausaler Steuerung nachlaufe. Andererseits versuchten sie aber zugleich, den kritischen Impuls der Aufklärung zu retten. Gerade für diese Operation bot das kybernetische Denken Figuren an, die eine Radikalisierung durch rekursive Revision der Begriffe möglich machte. Schon die *second-order cybernetics* hatte versucht, genau den radikal kritischen Impuls der Kybernetik zu erhalten, indem die Begriffe noch einmal

16 Als weitere Sozialfigur könnte man bei Foucault den Lebenskünstler (in der dargestellten Form von Lebenskunst) ausmachen. Eine weitere Alternative jenseits der untersuchten Fälle sind die Synapsen eines neuronalen Systems. Diese Metapher war schon in der Kybernetik leitend und prägt noch den Management-Diskurs der 1990er Jahre (Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 165).

17 Rosa: *Beschleunigung*, S. 368.

auf sich selbst angewendet wurden. Der neue Begriffsapparat wurde bei Luhmann und Foucault daher auch als eine reflexive Wendung der Aufklärung präsentiert, in der die epistemischen und moralischen Verkürzungen durch einen Blick zweiter Ordnung aufgehoben werden. Der formale Imperativ einer *reflexiven Revision* der eigenen Begriffe wird dann in die praktische Anforderung übersetzt, dass Systeme und Subjekte eine *ständige Selbstkritik* üben sollten. Die differenztheoretische Flexibilisierung des Denkens erscheint als eine neue aufklärerische Rationalitätsnorm.

»Regieren«: Konzeption und demokratietheoretische Folgen

Von der technologischen Begriffs- und Wissensordnung aus ließ sich eine grundsätzliche Kritik der modernen politischen Theorie formulieren, einschließlich ihrer Souveränitäts-, Kontinuitäts-, Integrations- und Identitätsvorstellungen. Allerdings sind Kybernetik, Governance und Gouvernamentalität nicht zufällig Variationen auf die Etymologie des Regierens. Denn im Grunde ist die technologische Begriffs- und Wissensordnung selbst das Ergebnis steuerungs- bzw. regulations-theoretischer Problemstellungen. Sie erst veranlassten eine Revision der modernen Selbstbeschreibungen, die dann wiederum eine Reformulierung des Regierungsdenkens ermöglichte. Diese konnte daraufhin in politische, wirtschaftliche oder sozialtheoretische Kontexte (re-)importiert werden.

In den 1970er Jahren konnte diese Reformulierung des Regierungsdenkens wirkmächtig werden, weil das bestehende Deutungsmuster Risse entlang seiner Selbstwidersprüche zeigte. Dadurch konnte das technologische Krisennarrativ die *veraltete Rationalität der Moderne* kritisieren. Je nach Ausgangspunkt rückten in den Interventionen unterschiedliche Folgen der »veralteten Rationalität« ins Zentrum: In sozialer Hinsicht wurde die *Unterdrückung der Subjekte* thematisiert (Foucault, Crozier), zeitlich rückte die *Desynchronisierung der Systeme* in den Blick (Luhmann) und sachlich wurde die *mangelnde Offenheit, Kreativität und Problemlösungsfähigkeit* kritisiert (Foucault, Luhmann, Crozier, Rittel/Webber). Daher, so die allgemeine Schlussfolgerung, müsse man eine Konstruktionslogik grundsätzlich in Zweifel ziehen, die Politik und Gesellschaft gegenüberstellt, die die Repräsentation der Gesamtgesellschaft verspricht und damit hierarchische Ordnungsmuster legitimiert – das technologische Krisennarrativ der 1970er Jahre zielte auf die Souveränitätskonzeption der Nachkriegszeit.

Das politische Netzwerk-Denken setzte daher auf eine *Neubestimmung des Verhältnisses von Regieren, Politik und Gesellschaft*. Indem die Gesellschaft in den Begriffen eines ausdifferenzierten Netzwerkes beschrieben wurde, büßte die Politik ihre Stellung als »Steuerungszentrum« (mechanistischer Strang) oder »Kopf der Gesellschaft« (organischer Strang) ein. *Erstens* wird das klassische Institutionensystem »Politik« im Verhältnis zur Gesellschaft de-hierarchisiert und im Netzwerk der Ge-

sellschaft dann auch noch de-zentriert. Zugleich werden Politik und Staat – *zweitens* – nicht länger als Einheit aufgefasst, sondern in eine Vielfalt interdependenter Prozesse disaggregiert. Im Gegenzug zur Abwertung politischer Steuerung wird – *drittens* – der Begriff ›Regieren‹ von seiner Kopplung an Staat und Politik gelöst und entgrenzt: ›Regieren‹ findet nun *überall* in der Gesellschaft statt. In den Verästelungen des Netzwerks vollzieht sich ständig eine soziale Selbstregulierung, die eigene Codes und eigene Technologien (oder Medien) anwendet.

Für die Neubestimmung von ›Politik‹ lassen sich im technologischen Regierungsdenken dann zwei Varianten ausmachen: Für die eine steht exemplarisch Niklas Luhmann. Er entwarf Politik als ein Subsystem, das selbst in Subsysteme aufgeteilt ist. Die zweite Variante nutzt den Begriff ›Politik‹ hingegen für Auseinandersetzungen um die Regulationsmechanismen in den dezentralen Verästelungen des Netzwerkes, was eher dem Foucault'schen Ansatz entspricht.¹⁸ So unterschiedlich die beiden Herangehensweisen im Detail ausfallen: Beide gehen von einer Welt aus, in der es keine gesamtgesellschaftliche Steuerung mehr gibt. Dort, wo eine solche zentralistische Steuerung versucht wird, wird sie zur Gefahr für die Selbstregulation von Systemen und Individuen.

Der neue Regierungsbegriff ist dabei von der quasi-ontologischen Prämisse der Kybernetik getragen, nach der es kein System ohne Regulation gibt. Damit wird eine Position eingenommen, mit der die klassischen Theorien von Herrschaft und Herrschaftsfreiheit abgelehnt werden. Deren Unterscheidung von Herrschaft und Freiheit gehe an der Realität von Regulation vorbei: Modelle wie Befehl und Gehorsam, Herr und Knecht, Subjekt und Objekt unterschätzen demnach nicht nur die Komplexität der meisten Abhängigkeitsverhältnisse, sie übersehen auch, dass in allen sozialen Interaktionen gegenseitig aufeinander Einfluss genommen wird. Regieren müsse daher mithilfe eines *Netzes von Relationen* beschrieben werden, das durch *Interaktions- oder Kommunikationsakte* aufrechterhalten wird, in denen sich die Seiten stets gegenseitig beeinflussen. Weil die einzelnen Beziehungen immer in einen systemischen Zusammenhang eingebettet sind, lässt sich Regieren nur als *ein reflexiver, zirkulärer Prozess* beschreiben – als eine ›Führung der Führungen‹, wie Foucault treffend formulierte. Die Zirkularität führt dazu, dass Subjekt und Objekt von Regulation nicht mehr unterschieden werden können. Vorgesetzte, wie es bei

18 Die beiden Perspektiven sind zu einem gewissen Grad spiegelbildlich angelegt: Denn die Systemtheorie bezieht das Politische *definitorisch* auf das ausdifferenzierte Teilsystem Politik, während sie alle anderen Regelungsvorgänge mit Begriffen wie Codierung und Selbstorganisation belegt. Andere Adaptionen des technologischen Denkens wie etwa die von Michel Foucault *nennen* gerade diese Selbstorganisation in den verschiedenen Feldern politisch, weil sie kollektive Verbindlichkeiten festlegt, die prinzipiell veränderlich sind. Dadurch entsteht eine gewisse Komplementarität: Während die eine Seite größere Probleme hat, die klassische, institutionelle Seite der Politik zu erfassen, kann die andere nicht recht die Politizität auf anderen Ebenen als der des ›politischen Systems‹ erfassen.

Luhmann heißt, werden von ihren Mitarbeitenden ebenso reguliert wie diese von ihren Vorgesetzten.

Besonders deutlich wird diese Rekonfiguration daher auch an den neuen, systemischen Machttheorien, die hier ausführlich am Beispiel von Luhmann und Foucault dargestellt wurden. Wenn im Paradigma der Souveränität die Machtfrage gestellt wurde, dann zielte sie stets auf eine *Besitztheorie* oder auf eine *Legitimationstheorie* der Macht. Wie auch die Dokumente aus dem ersten Kapitel der Arbeit nachgewiesen haben, fragten sie nach dem Inhaber und dem Inhalt von Macht. Demgegenüber fokussieren die technologischen Theorien auf die Operationsweise von Macht. Dazu werden soziale Beziehungen als zweiseitige Bedingungsverhältnisse modelliert: A und B verfügen über eine Vielzahl von Alternativen, aus denen sie auswählen müssen. Durch diese je autonome Selbst-Organisation üben sie gleichzeitig Macht aufeinander aus. Macht ist daher eine *nicht-kausale, mehrseitige Machtbeziehung*, die eine gewisse Freiheit auf jeder Seite voraussetzt. Der Aufstieg dieser systemischen Machtmodelle ist eine der erkennbarsten ideengeschichtlichen Folgen des Strukturwandels.

Dabei liegt der enorme *analytische Mehrwert dieser Neubestimmung des Regierens* auf der Hand. Sie erlaubt, Machtverhältnisse auch jenseits der politischen Institutionen zu thematisieren und zudem unterschiedliche Formen der Machtbeziehungen auszumachen. Zugleich befreit sie die Analyse von anthropologischen oder moralischen Vorannahmen über das ›Wesen‹ der Akteure. Stattdessen verlangt sie, die Reproduktionsprozesse empirisch nachzuweisen und ihre Existenz ausgehend von der Unwahrscheinlichkeit und Kontingenz ihrer Entstehung zu erklären. Dadurch eröffnete sie eine ganz neue Breite an Forschungsfragen, wie der Erfolg von Governance- und Gouvernementalitätsstudien demonstriert.

Konzeptionell liegt außerdem ein großer Gewinn dieser Perspektive darin, *den Begriff der Autonomie* so neu gefasst zu haben, dass er nicht weiter im Widerspruch zu Abhängigkeiten steht. Das ewige Dilemma der Souveränitätstheorie, in ihrer eigenen Ontologie Bindung an ›souveräne‹ Vorgaben und ›souveräne‹ Bindungslosigkeit zugleich erfassen zu müssen, wird im Netzwerk-Modell aufgelöst. Autonomie kann dann gerade mit dem Überschuss der Verbindungen und der Selektionsnotwendigkeit begründet werden. Selektion bedeutet dann wiederum, zwangsläufig eine bestimmte Art der Formung und Regulation auszuwählen. Dabei ist die besondere Leistung von Luhmann, diese Selbstregulation für die gesellschaftlichen Teilsysteme ausbuchstabiert zu haben, während Foucault den Führungsbegriff auf das einzelne Individuum bezog und so die politische Qualität der Selbstverhältnisse herausgearbeitet hat.

Die Neubestimmung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft und Regieren bringt jedoch auch erhebliche *demokratie- und politiktheoretische Herausforderungen* mit sich, die sich aus den normativen Implikationen dieser Selbstinterpretation ergeben. Wie im Laufe der Untersuchung immer wieder gezeigt wurde, speist sich

die Kritik an den Steuerungstheorien der Moderne stets auch aus den persönlichen Erfahrungen mit einer »politischen Gesellschaft« oder den Zumutungen marxistischer wie bürgerlicher Souveränitätsmodelle. Bereits die Kybernetik und der Strukturalismus waren Versuche, die Denkpfade zu verlassen, die in ihren Augen den Totalitarismus möglich gemacht hatten. Jenseits dieser intentionalen Stoßrichtung der neuen Begriffe hat die Umstellung aber zwangsläufig auch normative *Effekte*, weil sie das sozialtheoretische Fundament der Demokratietheorie unterläuft – vor allem dann, wenn die Demokratietheorie eine Souveränitätstheorie ist.

Besonders deutlich wird dies an der *Ablehnung von Repräsentation*. In den Augen der radikalen technologischen Ansätze, wie sie Foucault und Luhmann vertraten, beruht Repräsentation auf der Vorstellung, dass die sozialen Beziehungen entweder normativ oder organisatorisch eine integrierte (oder integrierbare) Einheit bilden. Genau gegen diese Konzeption stellt sich aber die Differenztheorie: Aufgrund der Diversität und Komplexität der Welt sei es prinzipiell unmöglich, die Gesellschaft als einheitliches Ganzes zu repräsentieren, und zwar »[w]eder in der Form von ›Herrschaft‹ noch in der Form von ›Kultur‹ oder ›Werten‹«. ¹⁹ Es ist daher folgerichtig, dass die technologischen Ansätze konzeptionell und politisch in Konflikt mit den beiden Dimensionen der Repräsentationsidee geraten, die ich im ersten Teil anhand der Souveränitätstheorie rekonstruiert habe.

Die *Präferenz für Differenzen und Diversität* unterläuft zunächst den teleologischen Repräsentationsanspruch, der sich auf ein höheres Gemeinwohl und ein allgemeines Entwicklungsziel beruft. Diese höhere Ebene läuft dem Denken in Systemen und Netzwerken zuwider: Sie weisen eine verbindliche Moral und damit zusammenhängende Lebensweisen zurück. Aus diesem Grund polemisieren Luhmann und Foucault immer wieder gegen die universellen Intellektuellen, die dialektische Vernunft und die moralische Dogmatik von Konservativen und Neomarxist:innen. Denn sie suggerieren, dass es eine höhere moralische Ordnung gebe, an die man sich dialektisch annähere. Das Netzwerk-Denken lehnte aber substantiell die Vorstellungen eines Gemeinwohls und prozedural die dialektische Vernunft ab. Interessanterweise bemerkten auch Boltanski und Chiapello diese Ablehnung moralischer Standards. ²⁰ An ihre Stelle tritt gewissermaßen die *usability*. Das Netzwerk-Denken verabschiedet die starke Gemeinwohlorientierung der Souveränitätstheorie, die im ersten Kapitel deutlich auffiel: Weder das Gerechte noch das Gute, sondern das *situativ und subjektiv Brauchbare* zählt.

Die Einsicht in die Singularität und Komplexität konterkariert zudem den organisatorischen Repräsentationsanspruch der Souveränitätstheorie. Man hat stets nur seine partielle Perspektive, die an einem Punkt im Netzwerk sitzt. Die Differenztheorien wenden sich daher grundsätzlich dagegen, dass ein gesellschaftliches

19 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 221.

20 Vgl. etwa Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 151.

Ganzes hergestellt (Integration) und dargestellt (Repräsentation) werden könnte. Demokratietheoretisch trifft diese Kritik vor allem die politischen Parteien, die als Willensbildungs- und Integrationsinstanzen im Souveränitätsdenken fungierten.

Besonders scharf fällt die Parteienkritik bei Foucault aus. Er distanzierte sich grundsätzlich von ihnen, weil sie für die alten Organisationsformen und Konformitätsnormen der Moderne stehen würden und man in ihnen stets gezwungen sei, Positionen einzunehmen, die gar nicht die eigenen seien. Gleichzeitig wandte sich Foucaults Kritik aber auch an die Vorfeldorganisationen dieser Parteien wie etwa Gewerkschaften. Sein eigenes Engagement in der *Groupe d'Information sur les Prisons* schuf eine netzwerkartige Organisationsform, in der die einzelnen Aktionseinheiten lokale und autonome Knotenpunkte sind. Der größere Effekt würde sich nicht durch die einheitliche, hierarchische Struktur einer übergeordneten Organisationsebene, sondern durch die Vielzahl der Kritiken ergeben. Nicht nur der institutionalisierte Politikbetrieb, sondern auch die ›alten‹ Institutionen der Sozialkritik werden so infrage gestellt.²¹

Auf den ersten Blick scheint Luhmanns Kritik an den Parteien zurückhaltender, weil er sie nicht prinzipiell ablehnte. Doch bei genauerem Hinsehen fällt die Radikalität von Luhmanns Kritik auf: Denn er bezweifelte grundsätzlich die Sensibilität politischer Parteien. Daher verabschiedete er die ›progressiven‹ und ›konservativen‹ Parteien, die für ihn den gleichen, veralteten politischen Code vertraten. Diese Sichtweise teilte er mit Foucault ebenso wie die Diagnose, diese politischen Richtungen stünden den Herausforderungen der 1970er Jahre völlig ideenlos gegenüber. Gegen die moderne Prinzipientreue empfahl Luhmann einen politischen Opportunismus. Für ihn war Opportunismus nur ein ›altes‹ Wort für eine normativ befürwortete Eigenschaft, nämlich die kognitive Offenheit für Alternativen und Lernprozesse. Diese kognitive Offenheit und Flexibilität werde aber durch Hierarchien und durch Normbindung blockiert.

Das technologische Regierungsdenken zielt damit allgemein formuliert auf die Loslösung von den Zwängen, die durch die Organisationsformen der Moderne generiert werden, fordert aber zugleich die Grundlagen der repräsentativen Demokratie heraus. In subjekttheoretischer Hinsicht führt die Figur des Spielers zur Verhaltensempfehlung in der Politik. Einerseits passt opportunistisches Verhalten zur Echtzeitgesellschaft, zur Befürwortung von Diversität und zu dem (immer noch modernen) Streben nach Autonomie und Wahlmöglichkeiten. Andererseits erfordert dies auch flexiblere Organisationsformate, in denen die Organisationspraxis

21 Auch Boltanski und Chiapello wiesen darauf hin, dass sich die Netz-Metaphorik in alternativen Arbeiterbewegungen verbreitete. Dadurch kommt es auch zu der paradoxen Situation, dass sich die Kritik der Arbeitgeber und der Management-Diskurs selbst auf die Netzstruktur beziehen (vgl. Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 417, 560f.). Dieses Ergebnis kann hier unterstrichen werden.

variabel und experimentell sein soll. Diese *Experimentier- und Innovationsfähigkeit* ist das normative Markenzeichen des technologischen Regierungsdenkens, das sowohl auf die Selbstführung einzelner Subjekte als auch auf die Selbstorganisation von Systemen, sowohl auf die sozialen Praktiken als auch auf die sachlichen Ideen angewandt wird.

Offenheit wird dabei zu einer Leitidee. Denn Innovations- und Experimentierfähigkeit hängt davon ab, dass Informationen frei flottieren können. Es müsse ein Rauschen des Wissens geben, ohne dass dieses Wissen vorab moralisch oder rationalistisch bewertet werde.²² Die Offenheit der Informationen ist das Gegenstück zur kognitiven und praktischen Offenheit. Die Forderungen nach einem ›offenen Zugang‹ zu Informationen, wie sie am Beginn des 21. Jahrhunderts oft zu hören sind, haben daher eine ihrer Wurzeln im technologischen Regierungsdenken. Eine andere Wurzel liegt allerdings in der neoliberalen Vorstellung, dass Informationsvollständigkeit eine neutrale, rationale Wahl des bestmöglichen Weges erreichen würde. Im Gegensatz dazu geht das technologische Regierungsdenken aber davon aus, dass mit Mehr-Wissen immer Nicht-Wissen einhergeht, und zwar nicht nur, weil man neue unbekannte Wissensgebiete entdecke, sondern weil es sich stets nur um ein bestimmtes, perspektivisches Wissen handele, das an eine prinzipiell kontingente Funktionslogik (Luhmann) oder Epistemologie (Foucault) gebunden ist. In sachlicher Hinsicht seien daher alle Probleme *wicked problems*, deren Beschreibung stets schon die Problemlösung vorzeichnet. Mehr Wissen kann daher nie zum *one best way*, sondern nur zu neuen möglichen Wegen führen, die sich gestalten, designen und ausprobieren lassen. Die Offenheit für das Experiment geht daher mit Risikoakzeptanz einher, die sich zu Risikoaffinität steigern kann.²³

Die *Umstellung des politischen Denkens auf Differenz* problematisiert auf diese Weise die gängigen Bewertungskriterien des Regierens, nämlich Legitimität und Effizienz; es legt das wohlfahrtsstaatliche Ziel sozialer Sicherheit ab; und es kritisiert die Träger dieses formal und inhaltlich ›modernen‹ Politikverständnisses, also die Parteien und den Staat. Das technologische Differenzdenken weist moralische und organisatorische Repräsentationsansprüche ebenso zurück wie die einfache Zweck-Mittel-Rationalität, die ihren klarsten Ausdruck in ökonomischen Kalkulationen findet. Organisatorisch werden demgegenüber nicht-hierarchische, nicht-

22 Auch soziale Netzwerke wie Facebook und YouTube funktionieren in gewissen Bereichen nach diesem Muster: Das primäre Ziel ist die Verteilung von Informationen. Dabei zählt nicht ihr moralischer Status (etwa ob sie *fake news* sind), sondern die *Aktivität und Lust*, die sie erzielen. Dieses ›engagement‹ wird u.a. in Shares, Likes und Kommentaren gemessen (vgl. Lischka/Stöcker: *Digitale Öffentlichkeit*, S. 18-27).

23 In ökonomischer Hinsicht bestehen hier Anschlusspunkte für Risikokapital und eine Start-up-Kultur.

repräsentative und dafür hochgradig flexible Formen gesucht, die zu einem Zeitpunkt eine Vielzahl unterschiedlicher Rationalitäten einbinden können und über die Zeit durch permanente Selbstkritik zu Innovationen und Veränderungen fähig sind. Nachdem das Gute und Gerechte – ob es dogmatisch oder ökonomisch bestimmt wurde – argumentativ verabschiedet war, werden im Netzwerk-Denken die situative Praktikabilität und Kreativität zu einem Maßstab von Entscheidungen.

Praxisfelder des Regierens: Ökologie, diversity, network governance

Mit dieser Ausrichtung des Regierungsdenkens auf Differenz, mit der Situativität (zeitlich), Flexibilität (sozial) und Innovationen (sachlich) normativ hervorgehoben werden, treten auch neue Praxis- und Themenfelder des Regierens in den Vordergrund. Niklas Luhmann stand dabei exemplarisch für eine breite Strömung innerhalb des technologischen Regierungsdenkens, die die Ökologie als zentrales Problem benannte. Neben Luhmann wäre dabei insbesondere der Ansatz der *system dynamics* um Jay W. Forrester zu nennen, auf der auch die berühmten Berichte des Club of Rome beruhen.²⁴ In Deutschland hat Frederick Vester bereits in den 1980er Jahren versucht, diesen Ansatz auch auf städtische Planungsprozesse zu übertragen, während er eine breitere Öffentlichkeit zugleich mit dem Brettspiel *Ökopololy* für die Interdependenzen sensibilisieren wollte.²⁵

Die Unterscheidung von System und Umwelt und die Betonung fortwährend der Rückwirkungen (Feedback/Zirkulation) prädestinierte das technologische Regierungsdenken dafür, Ökologie auch als politisches *Thema* zu entdecken. Dabei konnte Ökologie in zwei unterschiedlichen Weisen relevant werden: Sie stand einerseits für die innergesellschaftliche Ökologie der Teilsysteme, andererseits aber auch für die »natürliche« Umwelt des Gesellschaftssystems. Damit bot das technologische Regierungsdenken in den 1970er und 1980er Jahre paradoxerweise besonders attraktive Anschlusspunkte für »Konservative«, die ein restriktives, inkrementelles Politikverständnis vertraten, das beständig auf die Grenzen politischer Steuerung hinweist, und für die grünen Alternativbewegungen, die sich von der Normalgesellschaft abgrenzten.

Die Betonung von Differenzen wiederum dürfte einen wichtigen Anteil daran haben, dass *diversity politics* und *diversity management* eine prominente Stellung in

24 Vgl. zum Durchbruch der »Ökologie« auch Bühler: *Ecocriticism*, S. 17–22.

25 Vester hat zahlreiche Publikationen dazu vorgelegt. Einen guten Überblick bietet Vester: *Die Kunst vernetzt zu denken*. Das Brettspiel erschien bei Ravensburger; in der PC-Variante *ecopolicy* bildet das Spiel heute die Grundlage für einen bundesweiten Schülerwettbewerb, die *Ecopolicyade*. Vgl. dazu ausführlich Kuchenbuch: »Ökopololy«.

politischen Debatten seit den 1970er Jahren zukommt. Auch hier zeigen die unterschiedlichen Rezeptionen des kybernetischen Differenzdenkens, die im Laufe der Studie untersucht wurden, dass die Einsicht in die Produktivität von Differenz sowohl in den alternativen sozialen Bewegungen als auch in Organisations- bzw. Managementansätzen durch die Übernahme kybernetischer Figuren eingebaut werden konnte; vor allem über die Lebensläufe der Counterculture-Generation kann beides sogar miteinander verbunden werden.

Die Betonung von *Diversity* schlägt sich infolgedessen auch in *policy*-Vorschlägen nieder.²⁶ In Deutschland gehört hierzu zum Beispiel die Initiative *Orte der Vielfalt*, mit der Städte und Gemeinden bei der Implementierung von diversitätsfördernden und -erhaltenden Maßnahmen unterstützt werden. Diversität wird hier aktiv als Wertungsmaßstab guter Politik herausgehoben. Ähnliche *policy*-Konzepte finden sich auch in anderen europäischen Staaten, etwa in Großbritannien. Dort wurden zum Beispiel für den öffentlichen Dienst (*civil service*) ein *Diversity Practitioners Network* (!) und ein *Diversity Champions Network* geschaffen, das *best practice*-Ansätze für Diversität ventiliert. Auch im privaten Management von Unternehmen gibt es entsprechende Ansätze. So haben zahlreiche EU-Länder, darunter auch Deutschland und Frankreich, eine *Charta for Diversity*, in der sich Unternehmen selbst verpflichten. Dabei steht freilich außer Frage, dass im Laufe der Diffusion und Implementation von *diversity*-Konzepten Modulationen der Ideen stattfinden, weil sie auf andere Einflüsse treffen, in verschiedene Richtungen übersetzt und letztlich in Praktiken übertragen werden müssen. Diese Prozesse könnten Anlass zu Detailstudien geben.²⁷

26 Zu allen folgenden Beispielen vgl. Vertovec: »Diversity« and the Social Imaginary«; zum Erfolg von *diversity politics* vgl. auch Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, S. 383-393. Seltenerweise ist die Relevanz des kybernetischen Denkens für die Ventilierung von *diversity*-Ansätzen bisher kaum thematisiert worden. In der Literatur findet sich üblicherweise der Hinweis auf die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und auf die später auftauchende Managementperspektive, die wiederum für die Ökonomisierung von (vermeintlicher) Diversität kritisch betrachtet wird. Dabei scheint mir die Verbindung von kybernetisch inspirierten Differenztheorien zu (a) Counterculture und dem differenzaffinen Silicon Valley und (b) zu den *network governance*-Ansätzen einschlägig. Damit soll, um Missverständnisse zu vermeiden, keineswegs gesagt werden, dass es sich hier um den einzigen oder den einflussreichsten Entstehungsweg von *diversity politics* handelte; vielmehr will ich anregen, dass weitere Forschung auf dem Gebiet auch hier ansetzen könnte.

27 Die Ergebnisse solcher Studien können ernüchternd sein. So hat Mark Bevir gezeigt, dass es bei administrativen Reformen des Polizeisektors in Großbritannien vorkam, dass die lokalen Akteure die neuen *community policing*-Ansätze begrüßten, weil sie sie ohnehin seit jeher so praktizierten. Dies hatte freilich den Effekt, dass sich nichts an der Praxis änderte: Die Umsetzung der Reform ist hier auf Widerstand gestoßen, ohne auf Widerstand zu stoßen. Vgl. Bevir: *Democratic Governance*, S. 241f.

Dass Diversität ein zentrales Anliegen des staatlichen Regierens im 21. Jahrhundert sein muss, fordern folgerichtig auch *network governance*-Ansätze ein: »The neglect of diversity as a special and important characteristic of social-political systems is probably at the root of many governance and governability problems.«²⁸ Die politischen *network governance*-Ansätze diskutieren insbesondere die veränderten Praktiken des Staates im technologischen Regierungsdenken. In der Studie ist deutlich geworden, dass der Staat in den 1970er Jahren von den unterschiedlichsten Seiten kritisiert und angegriffen wurde. Keines der vier Krisennarrative hat allerdings den Staat verabschiedet – auch nicht das neoliberale und das technologische Regierungsdenken, die sich gegen die in ihrer Sicht mangelnde oder veraltete Regierungsrationalität des souveränen Staates stellten. Der technologische Strang ging zunächst auf Distanz zur Kategorie des Staates, weil dieser in den Souveränitätstheorien der Nachkriegszeit ein Repräsentant des Allgemeinen war – und genau diese Repräsentationsidee kritisierte ja das Netzwerk-Denken. Die technologische Abgrenzung zeigt sich dabei darin, dass ›der‹ Staat bei Luhmann und Foucault anfangs systematisch de-thematisiert wurde, entweder indem der Begriff durch den des politischen Systems weitgehend verdrängt wurde, oder indem ganz gezielt nicht ›der‹ Staat, sondern die Vielzahl dezentraler Machtmechanismen in den Blick genommen wurde.

Wie in den anderen Krisennarrativen stand außerdem die Überdehnung des Staates im Zentrum und die technologischen Interventionen forderten vielfach, die staatlichen Eingriffe in die Selbstregulation der Systeme und Individuen deutlich zurückzufahren. Erneut können die beiden untersuchten Fälle als Beispiele dafür dienen: Während etwa Luhmann eine solche Neuausrichtung der wohlfahrtsstaatlichen *policy* mit dem Begriff des ›restriktiven Politikverständnisses‹ verteidigte, sah auch Foucault im alten Politikverständnis »eine Ordnung von Werten«, in der »eine unendliche Nachfrage mit einem endlichen System« konfrontiert ist, und argumentierte für die Eigenverantwortung der Einzelnen.²⁹

Diese doppelte Distanz zum Staat war jedoch kein prinzipieller Einwand gegen Staatstätigkeiten. Gedrängt von den immer lauter werdenden Debatten um die Krise des Staates und die Unregierbarkeit der Gesellschaft, entwickelten auch Luhmann und Foucault je ein eigenständiges Verständnis, für das sie die kybernetisch-technologische Terminologie benutzten. Foucault trennte dabei die imaginäre Einheit ›des‹ Staates in einen beweglichen, veränderlichen Effekt unterschiedlicher Regierungsrationalitäten und -technologien auf. Zugleich verteidigte er immer stärker eine neue ›nicht-disziplinarische‹ Form des Rechts, mit der das Recht zur Ermöglichung individueller und gesellschaftlicher Experimente beitragen konnte. Luhmann wählte hingegen einen anderen Weg. Er stellte einerseits den ›Staat‹ als

28 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 41.

29 Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 325, S. 457.

ein Artefakt gesellschaftlicher Kommunikation und darin eingeschlossener Erwartungen dar; andererseits nahm er den Staat als Organisation in den Blick, und schließlich ließ er ihn als einen Schutzgarant der Netzwerk-Gesellschaft auftreten, der seiner Kommunikation durch den Verweis auf das Gewaltpotenzial Nachdruck verleihen könne.

In den *network governance*-Ansätzen wird dieses noch recht vage Profil, wie man die Rolle des Staates vor dem Hintergrund einer technologischen Weltsicht konzipieren könnte, im Laufe der 1990er und 2000er Jahre zu einem administrativen Programm konkretisiert, auch wenn es freilich unterschiedliche Akzentsetzungen in der *network governance*-Debatte gibt. Grundlegend für die politiktheoretischen Entwürfe des *network governance* ist dabei die bekannte gesellschaftstheoretische Perspektive: Demnach gebe es kein Zentrum der Gesellschaft (*centreless society*) und auch ›der‹ Staat bzw. ›die‹ Politik werden als ein in sich ausdifferenzierter Bereich interpretiert, in dem unterschiedliche Rationalitäten und Institutionen miteinander interagieren (*differentiated polity*).³⁰ Diese Sichtweise richtet sich nach wie vor unmittelbar gegen das souveränitätstheoretische Modell des Regierens: »But since a constitutive feature of governance networks is self-regulation, it is not possible to regulate governance networks by means of traditional sovereign forms of detailed, hierarchical and bureaucratic regulation. *Sovereign forms of regulation would inevitably undermine the self-regulating capacity of the networks.*«³¹

Damit wird das ›Standardnarrativ‹ des technologischen Regierungsdenkens wieder aufgerufen. Ein paradigmatisches Beispiel die Ausgestaltung des technologischen Narrativs im *network governance* ist dann Jan Kooiman: Für ihn hat die Welt eine »complex, dynamic and diverse nature«, die »new forms of governing and governance« erfordert.³² Um diese neuen Governance-Formen zu entwerfen, berief er sich explizit auf kybernetische Konzepte – von Warren Weaver und Todd La Porte über Ilyai Prigogine bis hin zu Niklas Luhmann. Im Einklang damit wird auch hier die Idee des *one best way* zurückgewiesen.³³ Der *network governance*-Ansatz verstehe sich als eine »revolution against simplicity« und betone die »change aspects of interactions«, also die Notwendigkeit einer permanenten Dynamik.³⁴ Insgesamt wird aus der ›Natur‹ der komplexen, diversen und dynamischen Gesellschaft direkt auf die Anforderungen des Regierens geschlossen: »governing and governance itself should be dynamic, complex and varied.«³⁵

30 Siehe z.B. Rhodes: *Understanding Governance*, S. 3.

31 Sørensen/Torfig: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 169 (Hervorhebung hinzugefügt).

32 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 35; zum Folgenden etwa Kooiman: *Governing as Governance*, S. 197-202.

33 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 39.

34 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 41.

35 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 36.

Dieses Regierungskonzept zeichnet sich dann durch drei wichtige Aspekte aus: *Erstens* wird explizit ein Fokus auf eine Politik der Dynamik und Diversität gelegt. Dahinter steht einerseits die bekannte Idee, dass mehr Variation auch eher zu einem sachlich tragfähigen und sozial akzeptierten Umgang mit einem komplexen Problem führt;³⁶ andererseits wird zugleich anerkannt, dass die Diversität der Identitäten in der Gesellschaft einen ausgeprägten Raum der Selbstregulation brauchen (*self governance*).³⁷ *Zweitens* findet deshalb der Staat auch hier eine klare Grenze in den nicht überschaubaren und nicht steuerbaren Dynamiken der Gesellschaften.³⁸ Das hierarchische Planungs- und Steuerungsdenken der Nachkriegszeit wird deutlich zurückgetrimmt. Staatliche Politik sollte zunächst darauf hinauslaufen, »to disperse macro responsibilities to social actors«.³⁹ Dennoch soll der Staat *drittens* eine eigene Rolle erhalten, indem er die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse der diversen Organisationen und Gruppierungen anregt und unterstützt. Er trage die Verantwortung »for organizing social-political interactions which enables social-political systems to organize themselves.«⁴⁰

Damit wird das »nachhaltige« *Design* vielfältiger *co-arrangements* zur Aufgabe von Regierungen. In der Literatur hat sich für diese neue Praxis des Regierens der Begriff des *network management* (Walter Kickert, Rod Rhodes) oder des *metagovernance* (Jan Kooiman, Bob Jessop) durchgesetzt.⁴¹ Diese Governance-Praxis betrifft zunächst das Design der Netzwerke. Die öffentlichen Akteure sollen die Zusammensetzung und das Setting der Netzwerke so entwerfen, dass eine aktive und kooperative Situation entsteht, in der die sogenannten *stakeholder* ihre Ressourcen zusammenführen können.

Neben dem Design des Netzwerks gehört zum *metagovernance* aber auch, die selbstregulativen Aushandlungsprozesse durchgehend zu begleiten. Die öffentlichen Instanzen sind zum Beispiel für die Sinnstiftung und Aktivierung der Beteiligten und für die Mediation von Konflikten zuständig.⁴² Gleichzeitig sollen sie auch ein Auge auf die Innovationsfähigkeit im Netzwerk haben. Da selbstregulative Prozesse zu einem »dynamic conservatism« neigen könnten, müsste in diesem Fall neue beziehungsweise mehr Varianz eingeführt werden, um neue »Kreativi-

36 Kooiman: »Governance and Governability«, S. 40f.

37 Kooiman: *Governing as Governance*, S. 194f.

38 Kooiman: *Governing as Governance*, S. 205f. Wie Luhmann lehnt Kooiman Hierarchien nicht prinzipiell ab, reduziert jedoch ihren Anwendungsbereich stark, weil sie nur mäßig mit der Diversität und fast gar nicht mit der Dynamik der Gesellschaft mithalten könnten.

39 Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 261.

40 Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 260f.

41 Zusammenfassend Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 169.

42 Dazu ausführlich mit weiteren Aufgaben Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«; Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«.

tät« zu generieren.⁴³ Der Staat ist somit gewissermaßen für das *change management* zuständig, das aus der zugehörigen Organisations- und Unternehmensberatung bekannt ist.

In einer typischen Formulierung zusammengefasst, geht es bei *metagovernance* also darum, die »rules of the game« und die »games within networks« zu gestalten.⁴⁴ Dabei können öffentliche Institutionen selbst in den Netzwerken aktiv sein, treten dann aber eben als »Spieler« im Netzwerk auf.⁴⁵ Hinter den Design- und Spielmetaphern wird so das tiefere *Selbstverständnis des Staates* für die Regierungspraxis deutlich: In einer komplexen vernetzten Welt nehmen Regierungen und Verwaltungen die Rolle eines »facilitator« ein. Weil sie keine direkte Kontrolle ausüben können (oder sollen), sollen sie eine reflexive Führung der Interaktionen leisten. Der Staat versteht sich als Unterstützer und Schützer der Selbstregulation.⁴⁶

Daraus folgt sogleich ein spezifisches *Anspruchsprofil an die Subjekte*: Die Angestellten des öffentlichen Dienstes sollen nicht mehr hierarchischen Ordnungsmustern folgen, sondern auf Kreativität und Aktivität verpflichtet werden: »the traditional ideal typical image of public administrators as rule-following bureaucrats should be exchanged with an image of them as creative, pragmatic, and engaged process facilitators and network participants.«⁴⁷

43 Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 261; einschließlich des expliziten Zusammenhangs von Varianz und Kreativität siehe Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«, S. 204.

44 Derartige Formeln sind ubiquitär. Siehe etwa Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«; Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«; Kooiman: »Findings, Speculations and Recommendations«, S. 258f.; Rhodes: *Understanding Governance*.

45 Siehe Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 170. Dies wird *hands-on metagovernance* genannt.

46 Klijn/Edelenbos: »Meta-governance as Network Management«, S. 199: »As networks are made up of many actors with different resources and are characterized by complex interaction processes, they cannot be easily controlled; this is why we prefer the word »guidance« or »facilitation.«

47 Sørensen/Torring: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 171. Hier wird dies als Eigenschaft von sogenannten *interdependency theorists* des Metagovernance eingeordnet. Allerdings ist die dortige Unterteilung der Ansätze nicht überzeugend, weil widersprüchlich. Zum Beispiel stellen Sørensen und Torring die Interdependenztheorien als Vertreter von *hands-on metagovernance* mit deskriptiver Ausrichtung vor. Im Teil über Interdependenztheorien wird dann aber ausdrücklich gesagt, dass nach ihnen der öffentliche Dienst in eine bestimmte Richtung entwickelt werden *soll* und sie sowohl *hands-off*- als auch *hands-on*-Strategien thematisieren. Darüber hinaus lässt sich auch stark bezweifeln, dass Scharpf und Mayntz zusammen mit Kooiman eine Gruppe der »Regierbarkeitstheoretiker« bilden. Zum einen konzentrierte sich Scharpf auf Rational-Choice-Modellierungen, zum anderen grenzte Mayntz ihren Ansatz immer wieder explizit von Governance-Theorien ab (Mayntz: »Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?«).

Wie in den anderen Fällen technologischen Regierungsdenkens bedeutet diese Abkehr von teleologischen Regierungsverständnissen auch hier eine Abkehr von Konzeptionen des Gemeinwohls und des Allgemeinen. *Network governance* ist damit eine weitere Variation des technologischen Regierungsdenkens, bei der sich die historische Entstehung und die systematischen Elemente im Hinblick auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit anderen Varianten im Detail untersuchen ließen. Bereits bei oberflächlicher Betrachtung fällt natürlich auf, dass die verwaltungswissenschaftliche Einbindung zu einem stärkeren Fokus auf die Effizienz des Regierens führt. Es handelt sich gewissermaßen um das verwaltungstechnische Gegenstück zu Foucaults kritischer Konzeption einer Führung der Führungen.⁴⁸

Der neuerliche Fokus auf Regierungseffizienz unterstreicht, dass bei der Übersetzung des *radikalen* kybernetischen Denkens in praxisnähere Zusammenhänge Konflikte und Verkürzungen entstehen, wie sie auch bei Foucault und Luhmann aufgefallen waren. Dennoch sieht man auch an diesem Beispiel, dass der Netzwerk-Ansatz keine einfache Fortschreibung und auch keine Abkehr, sondern eine Revision der Moderne bedeutet. Es wird weiterhin nach einer Steigerung der Möglichkeiten gesucht. Das Netzwerk-Denken ist aber insofern ›post-modern‹, als es die Moderne durch eine reflexive Wende des Begriffs- und Normhaushaltes neu ausrichten wollte. Dieses Projekt steht hinter der Rhetorik des ›neuen Zeitalters‹ und des ›neuen Denkens‹.

Die Geschichte des Netzwerk-Denkens zeigt, dass dieses postmoderne, differenznormative Regierungsdenken keineswegs nur das Ergebnis radikaler linksliberaler Intellektueller ist, wie es etwa Andreas Rödders Geschichte des 21. Jahrhunderts in durchaus polemischer Absicht suggeriert.⁴⁹ Vielmehr bildete es sich in einem heterogenen, interdisziplinären und technologischen Forschungszusammenhang. Dessen Ideen konnten dann in so unterschiedlicher Weise verarbeitet werden, dass Management-Theorien und alternative Bewegungen, dass ›Konservative‹ mit Umweltbewusstsein und postmarxistische ›Linke‹ daran anschließen konnten. Auch wenn hier im Schluss die Gemeinsamkeiten vorgehoben wurden,

48 Im *network governance* ist die seltsame Nähe zu Foucault und den Governmentality Studies nicht unbemerkt geblieben, auch wenn dieser Zusammenhang (natürlich) nicht systematisch untersucht wurde. Siehe etwa Esmark: »Systems Theory«, S. 95; Sørensen/Torfig: »Theoretical Approaches to Metagovernance«, S. 178-180; eher beobachtend Sack: »Governance und Gouvernamentalität«; Biebricher: »Foucault, Gouvernamentalität und Staatstheorie«, S. 15-22.

49 Vgl. noch einmal Rödder: 21.0, S. 100-107, 116-126. Die polemische Stoßrichtung wird dann insbesondere in Interviews deutlich. Hier neigt Rödder dazu, dem postmodernen Dekonstruktivismus einen moralischen ›Rigorismus‹ und eine ›repressive Toleranz‹ zu attestieren und dies zum Auslöser des Rechtspopulismus zu erklären. Siehe Rödder: »Als Historiker kann ich nur sagen, es kommt nichts zurück«.

muss daher noch einmal betont werden, dass die konkreten Ausprägungen technologischer Figuren sehr unterschiedliche, ja geradezu gegensätzliche Formen annehmen können. Wie auch beim Souveränitätsdenken zu sehen war, ist diese breite Anschlussfähigkeit die Bedingung für den Erfolg eines gesellschaftlichen Selbstverständnisses.

Nach dem Strukturwandel: Im Zeichen von Neoliberalismus und Netzwerk-Denken

Die 1970er Jahre waren der Schauplatz einer tiefen Krise des Selbstverständnisses der westeuropäischen Gesellschaften, die eine große Transformation der Strukturen, Praktiken und Selbstbeschreibungen nach sich zog. Während die Geschichtswissenschaften vor allem Krisenphänomene wie die Jugendarbeitslosigkeit und die Ölpreiskrise detailliert untersuchten, und während jüngere Gesellschaftstheorien⁵⁰ diese Wandlungen zu größeren Thesen bündelten, hat die Politikwissenschaft bisher verhältnismäßig wenig zum Verständnis dieses Strukturwandels beigetragen – und das obwohl die Krise eine ganze Reihe neuer politischer Ideen freisetzte und damit die politische und politikwissenschaftliche Realität grundlegend verschob. Vielleicht liegt dies auch daran, dass eine solche Analyse nur als eine integrative Sozialwissenschaft betrieben werden kann, die das Verhältnis und den Wandel von politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen untersucht.

Um diesen tiefgehenden Wandel des Regierungsdenkens deutlich zu machen, habe ich das Regierungsdenken der Nachkriegszeit und die konfligierenden Deutungsmuster in den Krisendebatten der 1970er Jahre herausgearbeitet. Die Krisendiskurse der 1970er Jahre räumten die ›älteren‹ Begriffs- und Konfliktschemata zwischen ›Konservativen‹ und ›Progressiven‹ ab, die die Konflikte im Rahmen des Souveränitätsparadigmas dominiert hatten, und sie führten zum Aufstieg neuer Deutungsansätze. Diese Analyse der Deutungsmuster kann dabei als eine Ergänzung zu den soziologischen Wandlungstheseen verstanden werden, die stärker auf strukturelle Dynamik und Effekte abstellen. Sie liefert einen Ansatz, um die *Richtung* des Strukturwandels mithilfe der *Selbstdeutungen* der Akteure noch weiter zu erklären.

Dabei hat sich gezeigt, dass sich die so oft kolportierte Diagnose einer totalen Neoliberalisierung von Politik und Gesellschaft nicht halten lässt. Denn in den Krisendiskursen der 1970er Jahre erleben zwei konkurrierende Deutungsmuster ihren Durchbruch (Kap. 3.2, 3.3): Das neoliberale Regierungsdenken, das die *mangelnde Rationalität* des keynesianischen Staates anprangerte, und das technologische Regierungsdenken, das die *veraltete Rationalität* der Moderne für die Krise verantwort-

50 Insb. Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten* und Rosa: *Beschleunigung*.

lich machte. Die historische Situation, die eine Abgrenzung vom Nachkriegsmodell der Souveränität erforderte, führte dabei freilich zu einer Konvergenz dieser beiden Deutungsmuster: Beide richteten sich gegen die souveräne Stellung der Politik, in der der Staat als moralisch höher gestellter Treuhänder des Gemeinwohls agiere. Vor diesem Hintergrund entwickelten beide eine ausgeprägte Skepsis gegen die Steuerungskapazität des Staates und versuchen, den Regierungsbegriff zu erweitern. Es ist daher auch kein Zufall, dass beide Strömungen an den Governance-Begriff anschließen konnten. Die Governance-Perspektive fängt die Rekalibrierung des Regierens auf, indem sie einerseits »Regieren« für jedwedes Regelsystem verwendet und solche Regelsysteme andererseits in allen Arten von Organisationen und selbst auf der Interaktionsebene auffindet, zum Beispiel in Verhandlungen.

Aber diese historisch bedingte Konvergenz darf nicht über die grundlegenden Unterschiede dieser beiden Deutungsmuster hinwegtäuschen. Nicht nur dass die Krisennarrative die sozialen und politischen Probleme anders deuten, auch die *ideengeschichtlichen Ressourcen* für ihre Interpretationen sind völlig verschieden: Der Neoliberalismus steht in der Tradition des liberalökonomischen Denkens, wie es von Jeremy Benthams Utilitarismus begründet und in der Rational- und Public-Choice-Theorie der Nachkriegszeit reformuliert wurde. Dieser Ansatz ist von der klassischen Mechanik geprägt, die Bentham explizit auf die moralischen und politischen Fragestellungen übertragen hatte, um liberale Lösungen für die politischen und sozialen Probleme am Beginn der Moderne zu formulieren.

Demgegenüber griff das technologische Deutungsmuster auf jene kybernetischen Figuren zurück, die einer Kritik genau dieser Mechanik und ihrer Steuerungskonzepte verschrieben waren. Aus dieser Perspektive musste der neoliberale Ansatz daher selbst als ein Relikt der veralteten Rationalität der Moderne erscheinen, und es ist daher nur folgerichtig, dass sich viele Positionen des technologischen Regierungsdenkens immer wieder explizit vom Neoliberalismus und seinem New Public Management abgegrenzt haben – von Michel Crozier und Michel Foucault über Niklas Luhmann bis hin zum *network governance*.⁵¹

Auch in *systematischer Hinsicht* sind daher die Differenzen zwischen den Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmustern der beiden Ansätze nicht zu übersehen. Sie haben eine grundsätzlich andere Perspektive auf das Verhältnis von Gesellschaft und Politik. Der Neoliberalismus belässt es bei einer Gegenüberstellung dieser beiden Einheiten, dreht aber die Hierarchie im Vergleich zu den Nachkriegstheorien der Souveränität um: Nicht mehr die Politik ist für die Steuerung der Gesellschaft zuständig, sondern die Gesellschaft steuert nunmehr die Politik. Märkte dienen in der Gesellschaft dazu, eine Präferenzordnung auszubilden, die dann durch den Staat durchgesetzt werden muss. Dem teleologischen Staatsverständnis der Nachkriegszeit wird ein instrumentelles Staatsverständnis

51 Für das *network governance* etwa Rhodes: *Understanding Governance*, S. 55–59, 110.

entgegengesetzt, in dem der Staat eine Schutzfunktion (*protective state*) und eine Kollektivgutfunktion (*productive state*) zu erfüllen hat, damit die individuellen Transaktionen abgesichert sind. Dabei wird den politischen Eliten grundsätzlich Misstrauen entgegengebracht, weil sie als Nutzenmaximierer unter dem permanenten Verdacht stehen, ihre institutionelle Macht zu eigenen Zwecken auszubuten. Daher setzt das neoliberale Regierungsmodell des New Public Management auf Praktiken der Transparenz, mit denen permanent Informationen über das Handeln der Beauftragten generiert werden. Dies ermöglicht einerseits eine straffe Kontrolle und Sanktionierung von »Agenten« durch ihre »Principale«, während andererseits die Zunahme der Informationen zu einer rationaleren, neutralen Politik führen soll.

Wie bereits zu sehen war, setzt auch das technologische Regierungsdenken auf den offenen Zugang zu Informationen, allerdings aus völlig anderen Gründen. Das Netzwerk-Denken löst die Gegenüberstellung von Politik und Gesellschaft auf und verortet erstere *in* der Gesellschaft, die zudem *nicht* als ein moralisch höherwertiger Akteur auftreten kann. Die Option kausaler Steuerung kann weder von »der« Politik noch von »der« Gesellschaft in Anspruch genommen werden, weil es *erstens* diese Einheiten gar nicht gibt und es *zweitens* unmöglich ist, ein repräsentatives oder rationales Urteil im Sinne des *one best way* zu generieren. Die Utopie vollständiger Erkenntnis und das Modell kausaler Steuerung werden durch die Vorstellung intransparenter Interdependenz und zirkulärer Führungsprozesse ersetzt. Daher dient die Offenheit der Informationen hier auch nicht der Reduktion von Ungewissheit, sondern der kreativen Revision und Innovation. Sie gewährleistet die Autonomie der Subjekte und Systeme, ohne dass ein methodologischer Individualismus in Anschlag gebracht wird: Das Subjekt ist ein vernetzter User von Informationen, kein atomisierter Nutzenmaximierer. Die Konzeptionen von Gesellschaft, Politik und Selbstführung unterscheiden sich damit fundamental vom neoliberalen Ansatz.

Daher muss man auch Andreas Reckwitz' Diagnose noch einmal qualifizieren. Er argumentiert, dass wir uns nach dem Strukturwandel in einer Gesellschaft bewegen, deren Politik durch einen »apertistisch-differenziellen Liberalismus« geprägt werde. Darin sieht er eine »Form des Regierens [...], die sowohl an Wettbewerbsstrukturen als auch an kultureller Diversität orientiert ist«, indem sie sich einerseits einer wirtschaftlichen und sozialen Öffnung verschreibe und andererseits kulturelle und soziale Differenzen fördere.⁵² Damit hat er richtig erfasst, dass der Neoliberalismus keine ausreichende Erklärung für die politischen Praktiken der Gegenwart liefert, aber er überzieht diese These zugleich. Vor allem trägt gerade der Neoliberalismus nicht die Züge der Singularisierung, die für Reckwitz die

52 Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, S. 371.

Moderne nach dem Strukturwandel charakterisiert. Insbesondere das New Public Management zielt vielmehr auf eine Formalisierung und Standardisierung, um Kontrolle zu erlangen und hierarchische Rangordnungen erstellen zu können.⁵³ Dieser Ansatz ist durch und durch modernistisch. Ganz anders sieht dagegen das technologische Regierungsdenken aus. Dieses bringt tatsächlich starke ästhetisierende und singularisierende Impulse in die Politik nach dem Strukturwandel.

Nur wenn man daher diese beiden Strömungen heuristisch und historisch auseinanderhält, kann auch eine Analyse ›spätmoderner‹ Politik gelingen. Das Verhältnis von neoliberalen und technologischen Ansätzen muss dabei Gegenstand empirischer Untersuchungen sein. Dabei sind unterschiedliche Möglichkeiten denkbar. Eine evidente Option wären *fundamentale Differenzen*, die in der Praxis zu politischen Konflikten um die Interpretation von neuen Problemstellungen und bestehenden Institutionen führen. Im Zweifelsfall kann dies sogar auf den Versuch einer feindlichen Übernahme hinauslaufen. Ein Beispiel dafür ist die Leitlinie zum *network governance*, die von PriceWaterhouseCoopers und dem ›Internationalen Centrum für Franchising und Cooperation‹ herausgegeben wurde.⁵⁴ Hier werden einerseits die Vorteile des Netzwerk-Ansatzes bei der Akquise von Ressourcen betont, andererseits zielt der daraufhin entwickelte *Good-Governance*-Kodex aber darauf, die Netzwerk-Beziehungen erst in den Begriffen von Principal-Agent-Beziehungen zu reformulieren und dann neoliberale Prinzipien für das Verhalten in Netzwerken vorzugeben. Dazu gehören etwa ›transparente‹ Berichterstattungen und weitere Kontrollmechanismen, mit denen die Agenten an die Interessen des Principals gebunden werden. Dadurch wird gerade die Diversität des Verhaltens auf einen formalisierten, vorab definierten Handlungsspielraum begrenzt und hierarchisch sanktioniert. Der Neoliberalismus überformt die Netzwerk-Idee.

Eine andere Ausprägung des Verhältnisses von Neoliberalismus und Netzwerk-Denken sind Überschneidungen. Diese können als nicht-intendierte Effekte oder als Kooperationen auftreten, in deren Verlauf sich die Logiken auch verbinden können. Effektive Überschneidungen kämen dann nicht durch ein gemeinsames Projekt zustande, sondern weil sich die je einzeln anvisierten Zielstellungen überlappen. Ein Beispiel dafür ist die oben erwähnte Skepsis gegen die staatliche Steuerungskompetenz, die im einen Fall aus einem anthropologisch begründeten Misstrauen und im anderen Fall aus dem Komplexitätstheorem gespeist wird. Allerdings können solche effektiven Überschneidungen auch in Kooperationen transformiert werden. Dies könnte in politischer Hinsicht etwa für Forderungen nach Transparenz und Open Government gelten, die zwar unterschiedlich motiviert sind, aber in der Lobbyarbeit durchaus zusammenwirken. Für die-

53 Zur Homogenisierung durch Rankings vgl. Mau: *Das metrische Wir*, S. 225-239.

54 Siehe Ahlert et al.: *Network Governance*.

se Kooperationen bieten die Informations- und Spiel-Metaphoriken (trotz der unterschiedlichen Auslegungen) eine gemeinsame Verständigungsgrundlage.⁵⁵

Das Mit-, Neben- und Gegeneinander der beiden Regierungsrationalitäten öffnet außerdem einen neuen Blick auf gesellschaftliche Probleme nach dem Strukturwandel. Darunter ist eine Pathologie, die sozialwissenschaftlich breite Aufmerksamkeit gefunden hat, bisher aber fast immer dem Neoliberalismus zugeschrieben wurde: die Überforderung des Subjekts. Durch die Neoliberalisierung werden demnach die Subjekte zu »Unternehmern ihrer selbst«, die ihr Leben auf Profitmaximierung ausrichten sollen und gleichzeitig alle Risiken von Fehlschlägen abfedern müssen.⁵⁶ Nach der Analyse des technologischen Regierungsdenkens zeigt sich aber, dass hier eine effektive Überschneidung vorliegt: Denn auch das Netzwerk-Denken fordert von dem Subjekt eine permanente Aktivität in Form von Selbst-Kritik, Konnektivität und Kreativität, wofür es das Subjekt eigens vom Sicherheitsdenken des Wohlfahrtsstaates befreien will.

Auch Luc Boltanski und Ève Chiapello haben darauf in ihrer Einschätzung der Netzwerk-Polis hingewiesen. Sie argumentieren, dass der konnexionistische Geist von den Subjekten verlange, »anpassungsfähig, flexibel« und »polyvalent« zu sein, keine Risiken zu scheuen und auf alles zu verzichten, was diese Flexibilität beeinträchtigt, insbesondere auf moralische Bindungen.⁵⁷ Dafür führen sie nicht nur die Management-Literatur an, sondern auch Michel Crozier und Gilles Deleuze. Dass auch diese Reaktion auf den Strukturwandel die Subjekte überfordern kann, liegt auf der Hand. Die polemische Kritik am Neoliberalismus reicht in diesem Fall

55 Ein Beispiel für eine derartige Verständigung zeigt sich in theoretischer Hinsicht bei Netzwerk-Ansätzen, die sich spieltheoretischer Modellierungen der Interaktionen bedienen. Damit kaufen sie sich potenziell die Konzeption des Nutzenmaximierers ein, deren eindimensionale Tauschrationalität vom Netzwerk-Denken eigentlich kritisch gesehen wird. Der Übertritt bietet aber den policy-nahen Ansätzen einen Ausweg, weil die Betonung des Eigenverhaltens im Netzwerk-Denken schlicht keine eigenständige, prognosefähige Handlungstheorie bereithält. So beschrieb Rhodes: *Understanding Governance*, S. 9, anfangs die Spiele auch als ein Ressourcentausch, in dem es um Nutzen geht; ähnlich auch Boyer: »Netzwerke und Geschichte«, S. 53. Zu unterschiedlichen Adaptionen des Spiels siehe auch Klijn/Teisman: »Strategies and Games in Networks«; eine typische Referenz für die spieltheoretische Modellierung ist dann Scharpf: »Games Real Actors Could Play«.

56 Namensgebend für eine Vielzahl von Folgestudien war Bröckling: *Das unternehmerische Selbst*. Methodologisch verbindet Bröckling laut Kap. 1 dabei übrigens Foucault'sche und systemtheoretische Ansätze. Vgl. jüngst auch Fuchs et al. (Hg.): *Das überforderte Subjekt*, wo sich auch breitere, beschleunigungstheoretisch grundierte Beiträge finden. Zum Sinnverlust in neoliberal rationalisierten Verwaltungen aus anderer Perspektive auch August: »Theorie und Praxis der Transparenz«, S. 140f.

57 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Zitate S. 158 (Hervorhebung entfernt), insg. 158-173.

weder aus, um die Selbstbeschreibungen der Subjekte zu verstehen, noch um einen Ausweg aufzuzeigen. Deshalb haben Boltanski und Chiapello eine Kritik der Sozialkritik formuliert, denn diese richte sich bisher immer noch auf die Konstellation der »bürgerlichen« Moderne und übersehe daher die Herausforderungen der Netzwerk-Logik.⁵⁸

Diese Herausforderungen lassen sich vor allem dort finden, wo die gesellschaftliche Selbstbeschreibung des technologischen Ansatzes blinde Flecken aufweist, durch die sie konfligierende Selbstbeschreibungen übersieht. Schon weil die technologische Selbstbeschreibung ihre Subjektkonzeption als eine freiheitliche Praxis sieht, in der dem Subjekt zahlreiche Möglichkeiten des Selbstentwurfs bereitgestellt werden, ohne diese der moralischen Beurteilung auszusetzen, kann sie die überfordernde Wirkung eines solchen Entwurfes für so manche Subjekte nicht erfassen.

Besonders scharf – und politisch heikel – wird dieses Problem konfligierender Selbstbeschreibungen aber dort, wo der konkurrierende Selbstentwurf auf Kriterien aufbaut, die das technologische Regierungsdenken explizit zurückweist, wie zum Beispiel einen Rückbezug auf Kontinuität und Territorium. In ihrer Studie über den Aufstieg der neuen Rechten in den USA zeigt Arlie Russel Hochschild etwa, dass sich gerade in ländlichen Regionen das Selbstwertgefühl der Menschen aus territorialer Herkunft und kontinuierlicher Anstrengung speist, man dort aber gleichzeitig den Eindruck hat, dass diese Qualitäten des Landes keine Anerkennung mehr finden.⁵⁹

Tatsächlich besteht im technologischen Regierungsdenken sowohl ideengeschichtlich als auch systematisch eine gewisse Distanz zum Ländlichen. Nicht zuletzt bilden die Planungs- und Steuerungsprobleme urbaner Regionen wie San Francisco oder Los Angeles einen Hintergrund der Konzepte; vor allem aber werden Flächen im relationalen Raum des Netzwerkdenkens nicht repräsentiert. Durchaus paradigmatisch für dieses Selbstverständnis heißt es daher bei Luhmann: »Das Zentralproblem politischer Herrschaft liegt schon lange nicht mehr in den Unterschieden der Lebensformen auf dem Lande und in der Stadt.«⁶⁰ Doch dies steht in Spannung zu anderen Selbstbeschreibungen in der Gesellschaft, die das womöglich anders sehen.

Die zentrale Herausforderung für das technologische Regierungsdenken besteht dabei aber weniger in der Vernachlässigung von Themen, man könnte sagen: in seiner mangelnden Umweltsensibilität. Denn die Stärke des Netzwerk-Denkens ist ganz zweifelsohne, dass es um die blinden Flecken eines jeden Ansatzes weiß

58 Vgl. z.B. Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 450, 569.

59 Vgl. Hochschild: *Fremd in ihrem Land*, S. 291f.

60 Luhmann: »Staat und Staatsräson im Übergang von traditionaler Herrschaft zu moderner Politik«, S. 146.

und zu einer Aufklärung dieser Flecken aufruft – auch wenn dieser Aufruf zu einer historischen Kritik des Netzwerk-Denkens selbst selten aufgenommen wurde. Die Schwäche des Ansatzes besteht daher vielmehr darin, dass es keinen Rahmen bereitstellt, um die subjektiven Defiziterfahrungen in kollektive Handlungserfahrungen zu transformieren. Der Begriffsapparat des Netzwerk-Denkens ist hervorragend geeignet, um Paradoxien zu erfassen, um Alternativen zu produzieren und Autonomie gegen Normierungen zu verteidigen. Er bietet aber *rhetorisch* und *konzeptionell* eine offene Flanke im Bereich *kollektiver Selbstverständigung und kollektiven Handelns*.

Auch in dieser Hinsicht fällt die Kritik von Boltanski und Chiapello überaus scharf aus. Denn sie attestieren der Vorstellungswelt des Netzwerks, dass sie »kein geeignetes Prinzip [hat], um die Zahl der Personen zu benennen, zwischen denen eine Gerechtigkeitsrelation hergestellt werden kann«. ⁶¹ Daher »braucht die Gerechtigkeitsfrage gar nicht erst gestellt zu werden«, und die soziomoralischen Anforderungen reduzieren sich darauf, den Bestand des Netzwerkes zu sichern. ⁶² Es kommt also allenfalls durch die Netzwerkstandards eine gerechtigkeits-theoretische Stoßrichtung in das Netzwerk-Denken, weil es die paralysierenden Folgen von Marginalisierung und Normierung aus der Perspektive der konstitutiven Diversität und Konnektivität von Netzwerken thematisieren kann.

Dadurch fokussiert man sich aber auf die Freiheit des einzelnen Akteurs. Schon Heinz von Foerster und Gregory Bateson argumentierten für eine Heterarchie der Werte und gegen die Idee eines *summum bonum*. Bei Michel Foucault wird die gleiche Haltung in seiner Kritik an den normierenden Praktiken der Moderne und seiner vehementen Verteidigung des Singulären deutlich. Ihm gelingt es zwar sogar, eine neue Konzeption von Subjektivität zu gewinnen, eine kollektive Dimension fehlt ihr aber: Ihre Politizität besteht gerade in der *individuellen Freiheit zur experimentellen Selbstführung*. Schließlich verwies auch Niklas Luhmann die Vorstellung eines Gemeinwohls oder Gerechtigkeitsideals in die (vermeintlich) untergegangene Welt der Vormoderne und erklärte, dass eine funktional-differenzierte Welt gerade *nicht auf normativer Integration* aufrufen kann. In der neusten Variante fordert auch Armin Nassehi, »mit möglichst sparsamen Formen von Gemeinschaftlichkeit aus[zu]kommen«. ⁶³

61 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 150f.

62 Boltanski/Chiapello: *Der neue Geist des Kapitalismus*, S. 151.

63 Nassehi: »Das Politische der politischen Gesellschaft«, S. 139. Dabei gibt es in weiten Teilen des technologischen Regierungsdenkens Formen von »Gemeinschaft, nämlich jene, die an die Praxis der gegenkulturellen Kommunen angelehnt sind. Paradoxerweise handelt es sich hier aber gerade um weitgehend *homogene* Gemeinschaften, die gewissermaßen eigeninteressiert auf ihr Ziel ausgerichtet sind: Es sind lokale Singularitäten im Netzwerk, die gerade nicht auf kollektives Handeln oder eine kollektive Verantwortung abzielen (wie man auch bei Foucaults Organisationsvorstellung gesehen hat). Wie Fred Turner beobachtet hat, neigten

Die vorliegende Untersuchung plausibilisiert diese Ablehnung des Gemeinwohls, weil sie historisch als Reaktion auf die erdrückende Normativität und den selbstzerstörerischen Interventionismus eines Souveränitätsdenkens gesehen werden kann, das mit guten Gründen in den 1970er Jahren für gescheitert erklärt wurde. Vor diesem Hintergrund sind die Freiheitsgewinne des Netzwerk-Denkens ebenso enorm wie die Erkenntnisgewinne, die man durch die Umstellung der analytischen Herangehensweise auf Differenz und zirkuläre Regulation erhält.

Gleichzeitig kann aber die ganz alteuropäische Erwartung an eine kollektive Selbstgestaltung auf der einen und an eine normative Orientierungsfunktion der Politik auf der anderen Seite gesellschaftlich nicht aufgegeben werden. Sie ist funktional notwendig, wie Luhmann durchaus wusste.⁶⁴ Diese kollektive Dimension braucht allerdings nicht in der Form eines substanzialistischen Gemeinwohls oder homogener Gemeinschaften daherzukommen, die nicht nur im technologischen Regierungsdenken immer wieder zur Abgrenzungsfolie reicht, um das Problem schnell beiseite zu legen. Denn womöglich ist man gerade *wegen* der Diversität moderner Gesellschaften sowohl auf die kollektive Konstitution und Verhandlung von Problembeschreibungen als auch auf die Einübung und Ausübung von Gemeinsinn angewiesen.

Wenn es aber nicht gelingt, den *faktisch vorhandenen* Erwartungen an Politik Ausdruck zu verleihen, kann ein fundamentaler Konflikt zwischen den Selbstbeschreibungen in einer Gesellschaft entstehen. Die Sprengkraft dieses Konfliktes ist enorm, wie seit der Finanzkrise 2008 und noch einmal verschärft seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 zu sehen ist. Denn an die verwaiste Stelle kollektiver Erfahrungen können nationalistische und rechtsextremistische Strömungen treten, die den Begriff der Souveränität mit seinem Pathos von Integration und Machbarkeit in verkümmelter Form wieder aufgreifen. Sie werden dann zu einer Projektionsfläche für die gesammelten Problemlagen nach dem Strukturwandel der Moderne. Dadurch steht das technologische Regierungsdenken vor einem Paradox: Gerade die differenztheoretisch begründete Verweigerung von Gemeinwohl und Gemeinsinn könnte zur Gefahr für die differenzierte Gesellschaft werden.

Die Risse im Regierungsdenken der Spätmoderne haben dabei auch jenseits rechtsextremistischer und linkspopulistischer Positionen den Raum für souveränitätstheoretische Argumente wieder geöffnet. Intellektuelle Interventionen aus

die Kommunen historisch zu Elitarismus, Homogenität und einer Ablehnung formaler Politik, die nicht selten zu einem Führerkult führte (vgl. Turner: *From Counterculture to Cyberculture*, S. 256f.). Eine solche Form – um mit McLuhan zu sprechen – »tribaler« Gemeinschaftlichkeit hat mit reflektierten, souveränitätskritischen und diversitätsbewussten Modellen des Gemeinsinns, wie man es etwa bei Hannah Arendt findet, tatsächlich wenig gemein.

64 Für eine ähnliche Kritik der Systemtheorie, freilich in anderem Zusammenhang, vgl. Rosa: *Resonanz*, S. 380.

einem eher sozialdemokratischen Spektrum werben etwa dafür, den souveränen Nationalstaat als eine politische Ordnung wiederzuentdecken, weil er gerade wegen seiner territorialen Verankerung soziale Integration, demokratische Partizipation, internationale Kooperation und ökonomische Gerechtigkeitserwägungen besser verbinden könne, als dies in den vergangenen 30 Jahren gelungen sei.⁶⁵

Und auch auf zentralen Politikfeldern gewinnt die Rationalität der Souveränität wieder an Boden, was sich bei der Digitalisierungspolitik besonders deutlich zeigt.⁶⁶ Dieses ursprünglich stark am Paradigma der Vernetzung orientierte Feld wird nun mit Fragen politischer Souveränität konfrontiert, und zwar sowohl mit Blick auf die Inhalte (*policies*) als auch mit Blick auf Akteursstruktur (*polity*) und Verfahren (*politics*). Dabei geht es häufig um Probleme, die aus den Kernideen des technologischen Paradigmas folgen, wie zum Beispiel die Frage, ob das ›Rauschen des Wissens‹ im Netz im Falle von ›Hate Speech‹ und ›Fake News‹ nicht doch einer klareren, normativ grundierten Regulation bedarf, die den Staat als repräsentative Ordnungsinstanz auf den Plan ruft.

Das Paradigma der Souveränität kann also genau dort wieder aufgerufen werden, wo die spätmodernen Paradigmen problematisch werden. Insbesondere bei den Erwartungen an kollektive Handlungsfähigkeit bietet es *vertraute* Denkfiguren und ermöglicht so eine schnelle Reaktion auf eine freilich *neue* Problemlage. Diese Problemlage ergibt sich gerade aus den Folgen des Strukturwandels und macht deshalb eine einfache Rückkehr zum Souveränitätsparadigma unwahrscheinlich. Denn die Reaktionen auf den Strukturwandel der Moderne haben schon jetzt institutionell und ideenpolitisch zu starke Spuren hinterlassen, als dass dies ohne Weiteres zurückgedreht werden könnte. Das gilt in besonderer Weise für das Netzwerk-Denken, das sich tief in die Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster der Spätmoderne eingeschrieben hat. Seine blinden Flecken und nicht-intendierten Folgen schaffen aber neue Zerwürfnisse. Darauf gilt es eine Antwort zu finden.

65 Siehe z.B. Jörke: *Die Größe der Demokratie*.

66 Vgl. zum Folgenden Pohle/Thiel: »Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses«, insb. S. 75.

Dank

Dieses Buch ist eine überarbeitete Fassung meiner Dissertationsschrift, die ich 2018 an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin eingereicht habe. Sie wurde im folgenden Jahr angenommen und ist nun endlich erschienen. Damit kommt ein Forschungsprojekt ans Ende, das von meiner Verwunderung über bestimmte, immer wiederkehrende Figuren und Argumente ausgegangen war. Auf dem Weg habe ich in unterschiedlicher Weise finanzielle, kollegiale und freundschaftliche Unterstützung erfahren dürfen.

Mein besonderer Dank gilt hierbei Herfried Münkler, der mir am Lehrstuhl Theorie der Politik nicht nur die Zeit, sondern auch die intellektuelle Freiheit für ein riskantes Forschungsvorhaben gelassen hat. Durch sein großes Vertrauen und seinen Rat hat er entscheidend zu diesem Projekt beigetragen. Aus ähnlichen Gründen bin ich auch Hartmut Rosa zu größtem Dank verpflichtet. Er hat mein Projekt durch weit mehr Zeit und Unterstützung gefördert, als ich es von einem Zweitgutachter je erwartet hätte. Dass er zudem ein so wunderbares Vorwort schrieb, ehrt mich sehr. Schließlich möchte ich Silvia von Steinsdorff meinen herzlichen Dank dafür aussprechen, dass sie so kurzfristig das dritte Gutachten für diese nicht gerade knappe Arbeit übernahm und so eine weitere Perspektive auf meine Thesen beisteuerte.

Obschon diese Arbeit institutionell in der Politischen Theorie und Ideengeschichte entstanden ist, verfolgt sie einen Ansatz, der soziologische und politikwissenschaftliche Fragen kaum trennbar miteinander verbindet. Es sollte auch nie ein Buch werden, das nur für Leser:innen aus der Politischen Theorie und Ideengeschichte interessant (und verständlich) ist. Ich habe daher von den Fragen und Anregungen aus den unterschiedlichsten Disziplinen sehr profitiert, die bei Kolloquien, Lehrveranstaltungen und Tagungen an mich herangetragen wurden. Ohne sie alle nennen zu können, sei den Einladenden und Teilnehmenden mein Dank gewiss.

Besonders hervorheben möchte ich nur zwei Aufenthalte. In einem recht frühen Stadium durfte ich an der University of California in Berkeley forschen. Wie ausschlaggebend Berkeley und die Bay Area für die Entwicklung des Netzwerk-

Denkens waren, dämmerte mir zu diesem Zeitpunkt nur und ist mir erst später vollends klar geworden. Um sie verstehen zu können, war der Aufenthalt jedoch essenziell. Darüber hinaus haben die hervorragenden Bibliotheken, die Gastfreundschaft am Institute for European Studies und die Diskussionsoffenheit der Forschenden das Projekt deutlich vorangebracht. Insbesondere die Gespräche mit Mark Bevir, Paul Rabinow und Hans Sluga waren sehr ergiebig. Mark gilt zudem mein besonderer Dank für seine Einladung, dem DAAD für die finanzielle Förderung meiner Zeit in Berkeley.

Bereits am Ende des Forschungsprojektes hatte ich dann Gelegenheit, die Thesen der Arbeit in dem einzigartigen Umfeld des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft zu testen. Dafür danke ich besonders Thorsten Thiel und seiner Forschungsgruppe »Demokratie und Digitalisierung«, die alles dafür getan haben, mich in die laufenden und neuen Diskussionsrunden am Institut einzubinden. Besonders wertvoll waren für mich zudem die Diskussionen mit der »benachbarten« Forschungsgruppe »Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung« und den vielen Interessierten, die so freundlich waren, meinem Fellow Talk beizuwohnen.

Neben diesen Forschungsaufenthalten haben auch ganz konkrete Personen mit ihren kritischen Nachfragen, ihren wertvollen Hinweisen und ihrer moralischen Unterstützung dieses Forschungsprojekt nachhaltig geprägt. Beginnen möchte ich hier mit Grit Straßenberger, die mein Vorhaben von Beginn an begleitet hat und sich die Zeit nahm, fast jedes Kapitel schon in frühesten Fassungen zu lesen. Ohne ihre detaillierten Lektüren, ihre treffsicheren Nachfragen und klugen Ratschläge, ohne unsere freundschaftlichen Gespräche insgesamt wäre diese Arbeit eine ganz andere. Dafür gilt ihr mein großer Dank. Einzelne Kapitel der Arbeit haben zudem Eva Marlene Hausteiner, Sebastian Lange, Edith Scheifele, Georg Simmerl und Felix Wassermann gelesen, denen ich für unseren lange stehenden intellektuellen Austausch und ihre individuelle Expertise ganz herzlich danke. Für seine hilfreichen Einschätzungen, die zahllosen gemeinsamen Essen und das Nachrichten-Ping-Pong in der Schlussphase gilt Lukas Zidella ein besonderer Dank. Er hat seine Arbeit zeitgleich eingereicht, ironischerweise ein Plädoyer für einen Netzwerk-Ansatz in den Internationalen Beziehungen.

Jenseits des Inhalts stellt freilich auch die organisatorische Seite einer solchen Arbeit immense Anforderungen. Einmal mehr darf ich mich hier für die großartige Zusammenarbeit bei Karina Hoffmann bedanken, die mir so oft den Rücken freihielt und selbst das scheinbar Unmögliche mit einem Telefonat bewerkstelligte. Hana Rydza gilt mein Dank für ihre jahrelange Unterstützung als studentische Hilfskraft. Sie hat das Projekt fast von Beginn an begleitet und dabei unermüdlich die Literatur herangeschafft, die für die aufwändigen Diskursanalysen und Kontextualisierungen notwendig wurde. Die Abschluss- und Publikationsphase haben dann Manuel Kautz und Anna Sandberger, Frieda von Meding und Mareike Müller-Scheffsky unterstützt, denen – ebenso wie Katharina Allram für ein letztes Kor-

rektorat – ebenfalls mein Dank ausgesprochen sei. Mit Blick auf die Publikation danke ich zudem Christian Keitel und Katharina Kotschurin für die hervorragende Betreuung im Verlag sowie der Universitätsbibliothek und der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der HU Berlin für ihre finanzielle Förderung, durch die dieser Band *open access* erscheinen konnte.

Am Schluss, so ist es gute Tradition, steht aber der persönlichste Dank. Eine Person hat die alltägliche Arbeit, die Tage der Euphorie und die Tage der Unzufriedenheit, enger miterlebt als alle anderen. Sie hat zahllose Überstunden, durchgearbeitete Wochenenden und die US-amerikanische Ferne ertragen. Unzählige Male musste sie den Text Korrektur lesen und mir sagen, ob auch Fachfremde zumindest eine Chance haben, ihn zu verstehen. Vor allem aber hat sie mir immer wieder gezeigt, was das wirklich Wichtige ist. Es ist ein unvergleichliches Glück, sie an meiner Seite zu wissen – vor allem jetzt, da ein neues Leben begonnen hat. Meiner Frau Friederike August und unserer Tochter Kira ist dieses Buch daher in größter Dankbarkeit gewidmet.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Diagramm einer ›Gedächtniseinheit‹ bei Heinz von Foerster	144
Abbildung 2: »The Gentleman with the Bowler Hat«	160
Abbildung 3: Arbeitslosigkeit in Prozent von 1968 bis 1983	169
Abbildung 4: Inflationsrate in Prozent von 1968 bis 1983	169
Abbildung 5: Jährliche Wachstumsrate in Prozent von 1968 bis 1983	170

Die Quellen sind an der jeweiligen Abbildung nachgewiesen.

Literaturverzeichnis

- Abbate, Janet: *Inventing the Internet*. Cambridge, London: MIT Press 1999.
- Abels, Norbert: »Operettenfinale und Weltverspottung. Das Weiße Rössl, Robert Gilbert und das Ende einer Kunstform«. In: Ulrich Tadday (Hg.): *Im Weißen Rössl. Zwischen Kunst und Kommerz*. München: Edition Text + Kritik 2006, S. 5-24.
- Abel-Smith, Brian: »The Beveridge Report. Its origins and outcomes«. In: *International Social Security Review* 45(1-2), 1992, S. 5-16.
- Ackoff, Russel L.: »The Future of Operational Research is Past«. In: *The Journal of the Operational Research Society* 30(2), 1979, S. 93-104. Online: <http://www.jstor.org/stable/3009290>, Zugriff am 21.11.2018.
- Ahlert, Dieter/Ahlert, Martin/Backhaus, Christof/Bontrup, Daniel/Bovensiepen, Gerd/Ewig, Harald/Hartleb, Vivian/Michaelis, Manuel/Parvis-Trevisany, Natalie/Pollmann, Jens/Rose, Richard M.: *Network Governance. Modische Worthölse oder Instrument zur exzellenten Unternehmensführung in kooperativen Unternehmensnetzwerken?* Berlin, Frankfurt a.M.: PriceWaterhouseCoopers 2008.
- Albright, William F.: »Historical Adjustments in the Concept of Sovereignty in the Near East«. In: Lyman Bryson/Louis Finkelstein/Robert M. Maciver (Hg.): *Approaches to World Peace. Fourth Symposium. Published by the Conference on Science, Philosophy and Religion in their Relation to the Democratic Way of Life*. Nachdruck. New York: Kraus 1971, S. 1-16.
- Alexander, Christopher: »A city is not a tree«. In: *Architectural Forum* 122(1), 1965, S. 58-62.
- Alexander, Christopher: *A city is not a tree. 50th anniversary edition*. Hg. von Michael W. Mehaffy. Portland: Sustasis Press 2015.
- Alexander, Jeffrey C.: *The Dark Side of Modernity*. Cambridge: Polity Press 2013.
- Alhadeff-Jones, Michel: »Three Generations of Complexity Theories. Nuances and ambiguities«. In: *Educational Philosophy and Theory* 40(1), 2008, S. 66-82. Online: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1111/j.1469-5812.2007.00411.x>, Zugriff am 21.11.2018.

- Allemann, Fritz R.: »Aufstand der Regionen«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 279-309.
- Almeida, Mauro W. B. de: »Symmetry and Entropy: Mathematical Metaphors in the Work of Levi-Strauss«. In: *Current Anthropology* 31(4), 1990, S. 367-385. Online: <http://www.jstor.org/stable/2743257>, Zugriff am 21.11.2018.
- Amadae, Sonja M.: *Prisoners of Reason. Game Theory and Neoliberal Political Economy*. New York: Cambridge University Press 2016.
- Anderson, Brian C.: »Bertrand de Jouvenel's melancholy liberalism«. In: *National Affairs* 143(2), 2001. Online: http://www.nationalaffairs.com/doclib/20080710_20011437bertranddejouvenelmelancholyliberalismbriananderson.pdf, Zugriff am 21.11.2018.
- Anghie, Antony: *Imperialism, Sovereignty, and the Making of International Law*. Cambridge, New York: Cambridge University Press 2005.
- Arendt, Hannah: »Das ›deutsche Problem‹ ist kein deutsches Problem«. In: Hannah Arendt: *In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II*. Hg. von Ursula Ludz. München: Piper 2012, S. 9-25.
- Arendt, Hannah: *Über die Revolution*. 4. Aufl. München, Zürich: Piper 2011.
- Arndt, Adolf: »Schriftsatz von Arndt an das BVerfG vom 4. Februar 1952«. In: Thomas Henne/Arne Riedlinger (Hg.): *Das Lüth-Urteil aus (rechts-)historischer Sicht. Die Konflikte um Veit Harlan und die Grundrechtsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2005, S. 493-513.
- Ashby, W. Ross: »Principles of Self-Organizing Systems«. In: Heinz von Foerster/George W. Zopf (Hg.): *Principles of Self-Organization. Transactions of the University of Illinois Symposium on Self-Organization. Robert Allerton Park, 8 and 9 June, 1961*. Oxford, London, New York, Paris: Pergamon Press 1962, S. 255-278.
- Ashby, W. Ross: *An Introduction to Cybernetics*. New York: John Wiley & Sons 1956.
- Audier, Serge: »Neoliberalism Through Foucault's Eyes«. In: *History and Theory* 54(3), 2015, S. 404-418. Online: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/hith.10768>, Zugriff am 21.11.2018.
- Audier, Serge: *Tocqueville retrouvé. Genèse et enjeux du renouveau tocquevillien français*. Paris: Édition de l'École des Hautes Études en Sciences Sociales/Librairie Philosophique de J. Vrin 2004.
- Aufricht, Hans: »Post-War Planning and Limitation of Sovereignty«. In: *The American Journal of International Law* 38(1), 1944, S. 119-124. Online: <http://www.jstor.org/stable/2192542>, Zugriff am 21.11.2018.
- August, Vincent: »Hierarchie, Markt, Netzwerk. Stabilitätsmodelle spätmoderner Demokratien«. In: *Leviathan* 48(36), 2020, S. 96-119.
- August, Vincent: »Ikonologie der Transparenz: Demokratie im Zeichen von Rationalität und Reinheit«. In: *Leviathan* 46(34), 2018, S. 115-147.

- August, Vincent: »Theorie und Praxis der Transparenz. Eine Zwischenbilanz«. In: *Berliner Blätter* 21(76), 2018, S. 129-156.
- August, Vincent: »Von ›Unregierbarkeit‹ zu Governance: Neoliberale, teleologische und technologische Staatskritik«. In: Ahmet Cavuldak (Hg.): *Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg*. Baden-Baden: Nomos 2019, S. 287-312.
- Australian Public Service Commission: *Tackling wicked problems. A public policy perspective*. Canberra 2007.
- Bach, Maurizio: »Einleitung: Zur Interdependenz des Strukturwandels von Gesellschaft und Staat«. In: Maurizio Bach (Hg.): *Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?* Baden-Baden: Nomos 2013, S. 7-14.
- Badie, Bertrand: *Souveränität und Verantwortung. Politische Prinzipien zwischen Fiktion und Wirklichkeit*. Hamburg: Hamburger Edition 2002.
- Baecker, Dirk: »Es gibt keine sozialen Systeme«. In: Stephan Lessenich (Hg.): *Routinen der Krise – Krise der Routinen. Verhandlungen des 37. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier 2014*. Essen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie 2015, S. 810-820.
- Baecker, Dirk: »Rechnen lernen: Soziologie und Kybernetik«. In: Claus Pias (Hg.): *Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953*. 2 Bände. Zürich, Berlin: Diaphanes Verlag 2003, Bd. 2, S. 277-300.
- Baecker, Dirk: *Wozu Systeme?* Berlin: Kadmos 2002.
- Baker, Andrew C.: *Constructing a Post-War Order. The Rise of US Hegemony and the Origins of the Cold War*. London, New York: I.B. Tauris 2011.
- Baraldi, Claudio/Corsi, Giancarlo/Esposito, Elena: *GLU. Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008.
- Barbara, Jean-Gaël: »L'étude du vivant chez Georges Canguilhem: des concepts aux objets biologiques«. In: Anne Fagot-Largeault/Claude Debru/Michel Morange/Hee-Jin Han (Hg.): *Philosophie et médecine. En hommage à Georges Canguilhem*. Paris: Vrin 2008, S. 113-151.
- Bartels, Klaus: »Kybernetik als Metapher«. In: Helmut Brackert (Hg.): *Kultur. Bestimmungen im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990, S. 441-473.
- Bartelson, Jens: *Sovereignty as Symbolic Form*. London: Routledge 2014.
- Bateson, Gregory: *Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven*. 11. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2014.
- Bateson, Gregory: *Steps to an Ecology of Mind. Collected Essays in Anthropology, Psychiatry, Evolution, and Epistemology*. Northvale, London: Aronson 1987.
- Baudrillard, Jean: *Oublier Foucault*. Meln: Raben 1978.
- Bauer, Julian: *Zellen, Wellen, Systeme. Eine Genealogie systemischen Denkens, 1880-1980*. Tübingen: Mohr Siebeck 2016.
- Bauman, Zygmunt: *Liquid Modernity*. New York: John Wiley & Sons 2000.

- Beck, Ulrich/Mulsow, Martin (Hg.): *Vergangenheit und Zukunft der Moderne*. Berlin: Suhrkamp 2014.
- Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1986.
- Becker, Gary S.: *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago: University of Chicago Press 1978.
- Beer, Stafford: »Variety«. In: Heinz von Foerster (Hg.): *Cybernetics of Cybernetics. Or the Control of Control and the Communication of Communication*. 2. Aufl. Minneapolis: Future Systems 1974, S. 80.
- Beer, Stafford: »What Has Cybernetics to Do with Operational Research?«. In: *OR* 10(1), 1959, S. 1-21. Online: <http://www.jstor.org/stable/3007308>, Zugriff am 21.11.2018.
- Beer, Stafford: *Kybernetik und Management*. Frankfurt a.M.: Fischer 1959.
- Behnke, Joachim: *Entscheidungs- und Spieltheorie*. Baden-Baden, Stuttgart: Nomos/UTB 2013.
- Behrent, Michael C.: »Foucault and Technology«. In: *History and Technology* 29(1), 2013, S. 54-104.
- Behrent, Michael C.: »Liberalism Without Humanism: Michel Foucault and the Free-Market Creed, 1976-1979«. In: *Modern Intellectual History* 6(3), 2009, S. 539-568. Online: http://journals.cambridge.org/Abstract_S1479244309990175, Zugriff am 21.11.2018.
- Belafi, Matthias: »Anachronismus oder Selbstbild? Die Familienfotos des Europäischen Rates als Repräsentation der EU«. In: Markus Kink/Janine Ziegler (Hg.): *Staatsansichten – Staatsvisionen. Ein politik- und kulturwissenschaftlicher Querschnitt*. Berlin: Lit 2013, S. 283-318.
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.): *Das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache*. Berlin: O.V. 2016 (fortlaufend). Online: <http://www.dwds.de/>, Zugriff am 21.11.2018.
- Bernasconi, Robert: »Fanon's *The Wretched of the Earth* as the Fulfillment of Sartre's *Critique of Dialectical Reason*«. In: *Sartre Studies International* 16(2), 2010, S. 36-46. Online: <http://www.jstor.org/stable/23511098>, Zugriff am 21.11.2018.
- Bevir, Mark: »Foucault, Power, and Institutions«. In: *Political Studies* 47(2), 1999, S. 345-359. Online: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/1467-9248.00204>, Zugriff am 21.11.2018.
- Bevir, Mark: *A Theory of Governance*. Berkeley: University of California Press 2013.
- Bevir, Mark: *Democratic Governance*. Princeton: Princeton University Press 2010.
- Beyme, Klaus v.: »Politische Kybernetik? Politik und wissenschaftliche Information der Politiker in modernen Industriegesellschaften«. In: *Journal für Sozialforschung* 24(1), 1984, S. 3-16.

- Biebricher, Thomas: »Foucault, Gouvernementalität und Staatstheorie«. In: *Trans-State Working Papers* 8(164), 2012. Online: <http://hdl.handle.net/10419/59588>, Zugriff am 26.11.2018.
- Biebricher, Thomas: »Souveränität und Recht in der Staatsanalytik Foucaults«. In: Andreas Vasilache (Hg.): *Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft. Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault*. Wiesbaden: Springer VS 2014, S. 21-41.
- Biebricher, Thomas: »Sovereignty, Norms, and Exception in Neoliberalism«. In: *qui parle* 23(1), 2014, S. 77-107.
- Biebricher, Thomas: *Neoliberalismus zur Einführung*. Hamburg: Junius 2012.
- Biebricher, Thomas: *Selbstkritik der Moderne. Foucault und Habermas im Vergleich*. Frankfurt a.M.: Campus 2004.
- Birch, Anthony H.: »Overload, Ungovernability and Delegitimation. The Theories and the British Case«. In: *British Journal of Political Science* 14(2), 1984, S. 135-160.
- Black, Lawrence/Pemberton, Hugh: »Introduction. The benighted decade? Re-assessing the 1970s Britain«. In: Lawrence Black/Hugh Pemberton/Pat Thane (Hg.): *Reassessing 1970s Britain*. Manchester: Manchester University Press 2013, S. 1-24.
- Bleek, Wilhelm: *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*. München: C. H. Beck 2001.
- Boas, Taylor C./Gans-Morse, Jordan: »Neoliberalism: from new liberal philosophy to anti-liberal slogan«. In: *Studies in comparative international development* 44(2), 2009, S. 137-161.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: »Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 223-254.
- Böhret, Carl: *Entscheidungshilfen für die Regierung. Modelle, Instrumente, Probleme*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1970.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK 2013.
- Borch, Christian: »Systemic Power. Luhmann, Foucault, and Analytics of Power«. In: *Acta Sociologica* 48(2), 2005, S. 155-167. Online: <http://www.jstor.org/stable/20059932>, Zugriff am 10.11.2018.
- Borchert, Jens/Lessenich, Stephan: »Lang leben die ›Strukturprobleme!‹ Einleitung zur Neuauflage«. In: Claus Offe: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Veränderte Neuauflage. Frankfurt a.M., New York: Campus 2006, S. 11-22.
- Bösch, Frank: »Zweierlei Krisendeutungen: Amerikanische und bundesdeutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre«. In: *Neue Politische Literatur* 58(2), 2013, S. 217-230.

- Boston, Jonathan: »Basic NPM Ideas and their Development«. In: Tom Christensen/Per Lægreid (Hg.): *The Ashgate Research Companion New Public Management*. Farnham, Burlington: Ashgate 2011, S. 17-32.
- Bourdieu, Pierre: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993.
- Boutin, Stéphane: »Die Dramatisierung der Macht. Zur Genealogie von Foucaults Metapher der Werkzeugkiste«. In: *Le foucauldien* 1(1), 2015. Online: <https://foucauldien.net/articles/abstract/10.16995/lefou.10/>, Zugriff am 23.11.2018.
- Boyer, Christoph: »Netzwerke und Geschichte: Netzwerktheorien und Geschichtswissenschaft«. In: Berthold Unfried/Jürgen Mittag/Marcel van der Linden (Hg.): *Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen*. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt 2008, S. 47-58.
- Boyle, Michael: »A technocrat transformed by Vietnam«. In: *The Guardian*, 07.07.2009. Online: <https://www.theguardian.com/commentisfree/cifamerica/2009/jul/07/mcnamara-vietnam>, Zugriff am 21.11.2018.
- Brand, Stewart/Bateson, Gregory/Mead, Margaret: »For God's Sake, Margaret. Conversation with Gregory Bateson and Margaret Mead«. In: *CoEvolution Quarterly* 21(10), 1976, S. 32-44.
- Brillouin, Léon N.: »Life, Thermodynamics, and Cybernetics«. In: *American Scientist* 37(4), 1949, S. 554-568. Online: <http://www.jstor.org/stable/29773671>, Zugriff am 21.11.2018.
- Brittan, Samuel: »The Economic Contradictions of Democracy«. In: *British Journal of Political Science* 5(2), 1975, S. 129-159.
- Brittan, Samuel: »Two Cheers for Utilitarianism«. In: *Oxford Economic Papers* 35(3), 1983, S. 331-350. Online: <http://www.jstor.org/stable/2662959>, Zugriff am 21.11.2018.
- Brittan, Samuel: *A Restatement of Economic Liberalism*. Basingstoke, London: Macmillan 1988.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas: »Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung«. In: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, S. 7-40.
- Bröckling, Ulrich: »»Nichts ist politisch, alles ist politisierbar«. Michel Foucault und das Problem der Regierung«. In: Michel Foucault: *Kritik des Regierens. Schriften zur Politik*. Hg. von Ulrich Bröckling. Berlin: Suhrkamp 2010, S. 403-441.
- Bröckling, Ulrich: »Das demokratische Panopticon. Subjektivierung und Kontrolle im 360°-Feedback«. In: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2003, S. 77-93.

- Bröckling, Ulrich: »Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention«. In: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016, S. 269-280.
- Bröckling, Ulrich: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2016.
- Brown, Richard H.: *A Poetic for Sociology. Toward a Logic of Discovery for the Human Sciences*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press 1977.
- Brown, Wendy: *Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution*. New York: Zone Books 2015.
- Brown, Wendy: *Walled States, Waning Sovereignty*. New York: Zone Books 2010.
- Brunner, Emil: *Justice and the Social Order*. 2. Aufl. New York, London: Harper & Brothers 1945.
- Bublitz, Hannelore: »Foucaults ›Ökonomie der Machtverhältnisse‹ und Luhmanns ›Politik der Gesellschaft‹. Zum Begriff von Politik und Macht in den Theorien von Michel Foucault und Niklas Luhmann«. In: Kai-Uwe Hellmann/Karsten Fischer/Harald Bluhm (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003, S. 314-325.
- Buchanan, James M.: *Die Grenzen der Freiheit. Zwischen Anarchie und Leviathan*. Tübingen: Mohr 1984.
- Buggeln, Marc: »Steuern nach dem Boom. Die Öffentlichen Finanzen in den westlichen Industrienationen und ihre gesellschaftliche Verteilungswirkung«. In: Meik Woyke (Hg.): *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*. Bonn: Dietz 2013, S. 51-94.
- Bühler, Benjamin: *Ecocriticism. Grundlagen – Theorien – Interpretationen*. Stuttgart: J.B. Metzler 2016.
- Bunz, Mercedes: *Vom Speicher zum Verteiler. Die Geschichte des Internet*. 2. Aufl. Berlin: Kadmos 2008.
- Butler, Judith: *Senses of Subject*. New York: Fordham University Press 2015.
- Campbell, Craig: »Hans Morgenthau and the world state revisited«. In: Michael C. Williams (Hg.): *Realism Reconsidered. The Legacy of Hans Morgenthau in International Relations*. Oxford, New York: Oxford University Press 2007, S. 195-215.
- Camus, Albert: *Der Mensch in der Revolte. Essays*. 28. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch 2011.
- Canguilhem, Georges: »Machine and Organism«. In: Jonathan Crary/Sanford Kwinter (Hg.): *Incorporations*. New York: Zone Books 1992, S. 45-65.
- Caryl, Christian: *Strange Rebels. 1979 and the Birth of the 21st Century*. New York: Basic Books 2013.
- Castells, Manuel: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter. Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS 2017.

- Chabal, Emile (Hg.): *France since the 1970s. History, Politics and Memory in an Age of Uncertainty*. London, New York, New Delhi, Sydney: Bloomsbury 2015.
- Chabal, Emile: »French Political Culture in the 1970s. Liberalism, Identity Politics and the Modest State«. In: *Geschichte und Gesellschaft* 42(2), 2016, S. 243-265. Online: <http://www.vr-elibrary.de/doi/pdf/10.13109/gege.2016.42.2.243>, Zugriff am 21.11.2018.
- Chabal, Emile: »Introduction: French Politics in an Age of Uncertainty«. In: Emile Chabal (Hg.): *France since the 1970s. History, Politics and Memory in an Age of Uncertainty*. London, New York, New Delhi, Sydney: Bloomsbury 2015, S. 1-22.
- Chomsky, Noam: »Objektivität und liberales Gelehrtentum«. In: Noam Chomsky: *Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1971, S. 7-113.
- Christensen, Tom/Lægreid, Per: »Introduction«. In: Tom Christensen/Per Lægreid (Hg.): *The Ashgate Research Companion New Public Management*. Farnham, Burlington: Ashgate 2011, S. 1-16.
- Christians, Heiko: »Landschaftlicher Raum: Natur und Heterotopie«. In: Stephan Günzel (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2010, S. 250-265.
- Christofferson, Michael S.: »The Best Help I Could Find to Understand Out Present«: François Furet's Antirevolutionary Reading of Tocqueville's Democracy in America«. In: Stephen W. Sawyer/Iain Stewart (Hg.): *In Search of the Liberal Moment. Democracy, Anti-totalitarianism, and Intellectual Politics in France since 1950*. New York: Palgrave Macmillan 2016, S. 85-110.
- Christofferson, Michael S.: *French Intellectuals Against the Left. The Antitotalitarian Moment of the 1970s*. New York: Berghahn Books 2004.
- Christophersen, Claas: *Kritik der transnationalen Gewalt. Souveränität, Menschenrechte und Demokratie im Übergang zur Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript 2009.
- Clark, Michael: *Michael Foucault, an annotated bibliography. Tool kit for a new age*. New York: Garland 1983.
- Clarke, Bruce/Hansen, Mark B. N.: »Introduction: Emergence and Embodiment«. In: Bruce Clarke/Mark B. N. Hansen (Hg.): *Emergence and Embodiment. New Essays on Second-Order Systems Theory*. Durham, London: Duke University Press 2009, S. 1-25.
- Clarke, Bruce: »Heinz von Foerster's Demons: The Emergence of Second-Order Systems Theory«. In: Bruce Clarke/Mark B. N. Hansen (Hg.): *Emergence and Embodiment. New Essays on Second-Order Systems Theory*. Durham, London: Duke University Press 2009, S. 34-61.
- Clarke, Bruce: *Neocybernetics and Narrative*. Minneapolis: University of Minnesota Press 2014.
- Cohen, Jean L.: »Whose Sovereignty? Empire Versus International Law«. In: *Ethics & International Affairs* 3(18), 2004, S. 1-24.
- Cohen-Solal, Annie: *Sartre. 1905-1980*. Paris: Gallimard 1985.

- Cross, Nigel: »A History of Design Methodology«. In: Marc J. d. Vries/Nigel Cross/Donald P. Grant (Hg.): *Design Methodology and Relationships with Science*. Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academics 1993, S. 15-27.
- Crowley, Kate/Head, Brian W.: »The enduring challenge of ›wicked problems‹: revisiting Rittel and Webber«. In: *Policy Sciences* 50(4), 2017, S. 539-547.
- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Joji: »Conclusion«. In: Michel Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (Hg.): *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press 1975, S. 157-172.
- Crozier, Michel/Huntington, Samuel P./Watanuki, Joji: »Introduction«. In: Michel Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (Hg.): *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press 1975, S. 1-10.
- Crozier, Michel/Thoenig, Jean-Claude: »The Regulation of Complex Organized Systems«. In: *Administrative Science Quarterly* 21(4), 1976, S. 547-570.
- Crozier, Michel: »Western Europe«. In: Michel Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (Hg.): *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press 1975, S. 11-58.
- Crozier, Michel: *La Société bloquée*. 3., überarb. Aufl. Paris: Edition du Seuil 1994.
- Dahrendorf, Ralf: »Effectiveness and Legitimacy. On the ›Governability‹ of Democracies«. In: *The Political Quarterly* 51(4), 1980, S. 393-409.
- Davies, William: »Neoliberalism: A Bibliographic Review«. In: *Theory, Culture & Society* 31(7-8), 2014, S. 309-317.
- Dean, Mitchell/Villadsen, Kaspar: *State phobia and civil society. The political legacy of Michel Foucault*. Stanford: Stanford University Press 2016.
- Dean, Mitchell: »Foucault Must Not Be Defended«. In: *History and Theory* 54(3), 2015, S. 389-403. Online: <https://doi.org/10.1111/hith.10767>, Zugriff am 26.11.2018.
- Dean, Mitchell: »Michel Foucault's ›apology‹ for neoliberalism«. In: *Journal of Political Power* 7(3), 2014, S. 433-442.
- Dean, Mitchell: *Governmentality. Power and rule in modern society*. 2. Aufl. Los Angeles: SAGE 2010.
- Detel, Wolfgang: *Foucault und die klassische Antike. Macht, Moral, Wissen*. 3. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2015.
- Deuber-Mankowsky, Astrid: »›Nichts ist politisch. Alles ist politisierbar‹: Biomacht und mediale Öffentlichkeit«. In: Felix Heidenreich (Hg.): *Technologien der Macht. Zu Michel Foucaults Staatsverständnis*. Baden-Baden: Nomos 2011, S. 111-138.
- Deutsch, Karl W.: *The Nerves of Government. Models of Political Communication and Control*. New York, London: The Free Press 1966.
- Diner, Dan: »Hier stimmt was nicht. Mutmaßungen über die Angst in der Friedensbewegung«. In: *links* 14(162), 1983, S. 21-22.

- Dipper, Christof: »Die Epoche der Moderne. Konzeption und Kerngehalt«. In: Ulrich Beck/Martin Mulsow (Hg.): *Vergangenheit und Zukunft der Moderne*. Berlin: Suhrkamp 2014, S. 103-181.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz/Schlemmer, Thomas (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.
- Doering-Manteuffel, Anselm: »Langfristige Ursprünge und dauerhafte Auswirkungen. Zur historischen Einordnung der siebziger Jahre«. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 313-330.
- Dosse, François: *Geschichte des Strukturalismus*. 2 Bände. Hamburg: Junius 1996-1997.
- Dowding, Keith: »Model or Metaphor? A Critical Review of the Policy Network Approach«. In: *Political Studies* 43(1), 1995, S. 136-158.
- Drath, Martin: »Der Staat der Industriegesellschaft: Entwurf einer sozialwissenschaftlichen Staatstheorie«. In: *Der Staat* 5(3), 1966, S. 273-284. Online: <http://www.jstor.org/stable/43639608>, Zugriff am 26.11.2018.
- Dreier, Horst/Uthmann, Heinz: »Buchbesprechungen: Wilhelm Hennis, Peter Graf Kielmannsegg [sic!], Ulrich Matz (Hg.), Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart (Verlag Klett-Cotta)«. In: *Kritische Justiz* 13(2), 1980, S. 226-231.
- Dreitzel, Hans P.: »Rationales Handeln und politische Orientierung«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 14-53.
- Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. 2. Aufl. Weinheim: Beltz-Athenäum 1994.
- Dubarlé, Dominique: »Vers la machine à gouverner?«. In: *Le Monde*, 28.12.1948, S. 17-19.
- Dupuy, Jean P.: *The Mechanization of the Mind. On the Origins of Cognitive Science*. Princeton: Princeton University Press 2000.
- Eckert, Andreas: »Afrikanische Intellektuelle und Aktivisten in Europa und die Dekolonisation Afrikas«. In: *Geschichte und Gesellschaft* 37(2), 2011, S. 244-274. Online: <https://www.vr-elibrary.de/doi/pdf/10.13109/gege.2011.37.2.244>, Zugriff am 23.11.2018.
- Eckert, Andreas: »Predigt der Gewalt? Betrachtungen zu Frantz Fanons Klassiker der Dekolonisation«. In: *Zeithistorische Forschungen* 3(1), 2006, S. 169-175. Online: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2006/id=4453>, Zugriff am 21.11.2018.
- Edmondson, Ricca: *Rhetoric in Sociology*. London, Basingstoke: Macmillan Press 1984.

- Eggers, William D.: »The changing nature of government: network governance«. In: Janine O'Flynn/John Wanna (Hg.): *Collaborative Governance. A new era of public policy in Australia?* Canberra: ANU Press 2008, S. 23-28.
- Eich, Stefan/Tooze, Adam: »The Great Inflation«. In: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, S. 173-196.
- Eichenberger, Kurt: »Der geforderte Staat: Zur Problematik der Staatsaufgaben«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung 1*. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 103-117.
- Ellul, Jacques: *The Technological Society. With an Introduction by Robert K. Merton*. New York: Vintage Books 1964.
- Enroth, Henrik: »Policy Network Theory«. In: Mark Bevir (Hg.): *The SAGE Handbook of Governance*. London: SAGE 2013, S. 19-35.
- Enzmann, Birgit: »Schlechtwetterdemokratie. Peter Graf Kielmansegg zur Souveränität und Herrschaft des Volkes«. In: Ahmet Cavuldak (Hg.): *Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg*. Baden-Baden: Nomos 2019, S. 143-160.
- Erb, Maurice: »Becker über Foucault über Becker – und Ewalds ›Joker««. In: *Foucault-Blog*, 21.07.2014. Online: <http://dx.doi.org/10.13095/uzh.fsw.fb.50>, Zugriff am 23.11.2018.
- Erdur, Onur: *Die epistemologischen Jahre. Philosophie und Biologie in Frankreich, 1960-1980*. Zürich: Chronos 2018.
- Eribon, Didier: *Michel Foucault und seine Zeitgenossen*. München: Boer 1998.
- Eribon, Didier: *Michel Foucault. Eine Biographie*. 5. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2017.
- Erickson, Mark: »Network as Metaphor«. In: *International Journal of Criminology and Sociological Theory* 5(2), 2012, S. 912-921.
- Erler, Georg: »Staatssoveränität und internationale Wirtschaftsverflechtung«. In: Herbert Krüger/Georg Erler (Hg.): *Zum Problem der Souveränität. Verhandlungen der Tagung der Gesellschaft in Frankfurt am 31. März und 1. April 1955*. Karlsruhe: C. F. Müller 1957, S. 29-56.
- Esmark, Anders: »Systems Theory«. In: Mark Bevir (Hg.): *The SAGE Handbook of Governance*. London: SAGE 2013, S. 91-105.
- Esposito, Fernando: »Von *no future* bis Posthistoire. Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom«. In: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, S. 393-424.
- Etzemüller, Thomas: »Strukturierter Raum – integrierte Gemeinschaft. Auf den Spuren des *social engineering* im Europa des 20. Jahrhunderts«. In: Lutz Raphael

- (Hg.): *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*. Köln: Böhlau 2012, S. 129-154.
- Etzioni, Amitai: »European Unification and Perspectives on Sovereignty«. In: *American Academy of Arts & Sciences* 92(3), 1963, S. 498-520. Online: <http://www.jstor.org/stable/20026793>, Zugriff am 27.11.2018.
- Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1981.
- Farzin, Sina: »Poststrukturalismus: Michel Foucault«. In: Jörn Lamla/Henning Laux/Hartmut Rosa/David Strecker (Hg.): *Handbuch der Soziologie*. Konstanz: UVK 2014, S. 197-212.
- Farzin, Sina: *Die Rhetorik der Exklusion. Zum Zusammenhang von Exklusionsthematik und Sozialtheorie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2011.
- Felsch, Philipp: *Der lange Sommer der Theorie. Geschichte einer Revolte 1960 bis 1990*. Frankfurt a.M.: Fischer 2016.
- Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Erez, Manela/Sargent, Daniel J. (Hg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*. Cambridge: Harvard University Press 2011.
- Ferlie, Ewan/Fitzgerald, Louise/McGivern, Gerry/Dopson, Sue/Bennett, Chris: »Public Policy Networks and »Wicked Problems«: A Nascent Solution?«. In: *Public Administration* 89(2), 2011, S. 307-324.
- Fetscher, Iring: »Aufklärung und Gegenaufklärung in der Bundesrepublik«. In: Jochen Schmidt (Hg.): *Aufklärung und Gegenaufklärung in der europäischen Literatur, Philosophie und Politik von der Antike bis zur Gegenwart*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1989, S. 522-547.
- Feustel, Robert: »Ein Anzug aus Strom«. *LSD, Kybernetik und die psychedelische Revolution*. Wiesbaden: Springer VS 2015.
- Flechtner, Hans-Joachim: *Grundbegriffe der Kybernetik. Eine Einführung*. Stuttgart: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1966.
- Flew, Terry: »Six theories of neoliberalism«. In: *Thesis Eleven* 122(1), 2014, S. 49-71.
- Floridi, Luciano: *The 4th Revolution. How the infosphere is reshaping human reality*. Oxford: Oxford University Press 2014.
- Foerster, Heinz von (Hg.): *Cybernetics of Cybernetics. Or The Control of Control and the Communication of Communication*. 2. Aufl. Minneapolis: Future Systems 1974.
- Foerster, Heinz von/Mead, Margaret/Teuber, Hans L.: »A Note by the Editors. [Transactions of the Ninth Conference (1952)]«. In: Claus Pias (Hg.): *Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953*. 2 Bände. Zürich, Berlin: Diaphanes Verlag 2003, Bd. 1, S. 533-540.
- Foerster, Heinz von/Pörksen, Bernhard: »In jedem Augenblick kann ich entscheiden, wer ich bin«. In: Bernhard Pörksen (Hg.): *Die Gewissheit der Ungewissheit. Gespräche zum Konstruktivismus*. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme 2002, S. 19-45.
- Foerster, Heinz von/Pörksen, Bernhard: *Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners. Gespräche für Skeptiker*. 4. Aufl. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme 2001.

- Foerster, Heinz von: »Kybernetik«. In: Heinz von Foerster: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Hg. von Siegfried J. Schmidt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 72-76.
- Foerster, Heinz von: »Les Objets, Gages de Comportements Propres«. In: Bärbel Inhelder/Rolando Garcia/Jacques Vonèche (Hg.): *Epistémologie Génétique et Équilibration. Hommages à Jean Piaget*. Neuchâtel: Delachaux et Niestlé 1977, S. 76-88.
- Foerster, Heinz von: »Prinzipien der Selbstorganisation im sozialen und betriebswirtschaftlichen Bereich«. In: Heinz von Foerster: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Hg. von Siegfried J. Schmidt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 233-268.
- Foerster, Heinz von: »Über das Konstruieren von Wirklichkeit«. In: Heinz von Foerster: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Hg. von Siegfried J. Schmidt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 25-49.
- Foerster, Heinz von: »Über selbst-organisierende Systeme und ihre Umwelten«. In: Heinz von Foerster: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Hg. von Siegfried J. Schmidt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 211-232.
- Foerster, Heinz von: »What Is Memory that It May Have Hindsight and Foresight as well?«. In: Heinz von Foerster: *Understanding Understanding. Essays on Cybernetics and Cognition*. New York: Springer Verlag 2003, S. 101-132.
- Foerster, Heinz von: »Zukunft der Wahrnehmung: Wahrnehmung der Zukunft«. In: Heinz von Foerster: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Hg. von Siegfried J. Schmidt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 194-210.
- Foucault, Michel: »Das Subjekt und die Macht«. In: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. 2. Aufl. Weinheim: Beltz-Athenäum 1994, S. 243-261.
- Foucault, Michel: »The Subject and Power«. In: Hubert L. Dreyfus/Paul Rabinow: *Michel Foucault. Beyond Structuralism and Hermeneutics*. 2. Aufl. Chicago: University of Chicago Press 2006, S. 208-226.
- Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1981.
- Foucault, Michel: *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France, 1978-1979*. Hg. von Michel Sennelart. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1974.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses*. 10. Aufl. Frankfurt a.M.: Fischer 2007.
- Foucault, Michel: *Dits et Écrits. 1954-1988*. 4 Bände. Hg. von Daniel Defert und François Ewald. Paris: Gallimard 1994.
- Foucault, Michel: *Dits et Écrits. Schriften in vier Bänden*. Hg. von Daniel Defert und François Ewald. 3. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2014.
- Foucault, Michel: *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76)*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2001.

- Foucault, Michel: *L'Archéologie du Savoir*. Paris: Gallimard 1969.
- Foucault, Michel: *Naissance de la biopolitique. Cours au Collège de France (1978-1979)*. Hg. von François Ewald, Alessandro Fontana und Michel Senellart. Paris: Gallimard 2004.
- Foucault, Michel: *Sexualität und Wahrheit I. Der Wille zum Wissen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1983.
- Foucault, Michel: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France, 1977-1978. Geschichte der Gouvernementalität I*. Hg. von Michel Sennelart. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.
- Foucault, Michel: *Surveiller et Punir. Naissance de la Prison*. Paris: Gallimard 1975.
- Foucault, Michel: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Unter Mitarbeit von Walter Seitter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1994.
- Foucault, Michel: *Was ist Kritik?* Berlin: Merve 1992.
- Fox Keller, Evelyn: *Making Sense of Life. Explaining Biological Development with Models, Metaphors, and Machines*. Cambridge, London: Harvard University Press 2003.
- Frantz, Christiane/Martens, Kerstin: *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006.
- Frey, Marc: »Drei Wege zur Unabhängigkeit. Die Dekolonisierung in Indochina, Indonesien und Malaya nach 1945«. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 50(3), 2002, S. 399-433.
- Friedman, Milton/Friedman, Rose: *Free to choose. A personal statement*. London: Secker & Warburg 1980.
- Friedman, Milton: »Inflation and Unemployment. Nobel Lecture«. In: *Journal of Political Economy* 85(3), 1977, S. 451-472. Online: <https://www.jstor.org/stable/1830192>, Zugriff am 13.11.2018.
- Friedrich, Alexander: »Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels«. In: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016, S. 35-62.
- Friedrich, Alexander: *Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern*. Paderborn: Fink 2015.
- Fuchs, Peter: »Sphinx ohne Geheimnis. Die Unkenntlichkeitsbiographie Niklas Luhmanns«. In: Oliver Jahraus/Armin Nassehi/Mario Grizelj/Irmhild Saake/Christian Kirchmeier/Julian Müller (Hg.): *Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2012, S. 4-6.
- Fuchs, Thomas/Iwer, Lukas/Micali, Stefano (Hg.): *Das überforderte Subjekt. Zeitdiagnosen einer beschleunigten Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp 2018.
- Galison, Peter: »The Ontology of the Enemy. Norbert Wiener and the Cybernetic Vision«. In: *Critical Inquiry* 21(1), 1994, S. 228-266. Online: <http://www.jstor.org/stable/1343893>, Zugriff am 26.06.2017.
- Galle, Roland: *Der Existenzialismus. Eine Einführung*. Stuttgart: Fink 2009.

- Gassert, Philipp: »Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik«. In: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*. München: Oldenbourg 2011, S. 175-202.
- Gebauer, Gunter: »Der Mythos der Technokratie und seine Realität«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 77-93.
- Gebhard, Gunther/Meißner, Stefan/Schröter, Steffen: »Kritik der Gesellschaft? Anschlüsse bei Luhmann und Foucault«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 35(4), 2006, S. 269-285.
- Gehring, Petra: »Foucaults ›juridischer‹ Machttyp, die *Geschichte der Gouvernamentalität* und die Frage nach Foucaults Rechtstheorie«. In: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.): *Michel Foucaults ›Geschichte der Gouvernamentalität‹ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge*. Bielefeld: Transcript 2007, S. 157-180.
- Gehring, Petra: *Foucault – die Philosophie im Archiv*. Frankfurt a.M.: Campus 2004.
- Geoghegan, Bernard D./Peters, Benjamin: »Cybernetics«. In: Marie-Laure Ryan/Lori Emerson/Benjamin J. Robertson (Hg.): *The Johns Hopkins Guide to Digital Media*. Baltimore: Johns Hopkins University Press 2014, S. 109-112.
- Geoghegan, Bernard D.: »From Information Theory to French Theory: Jakobson, Lévi-Strauss, and the Cybernetic Apparatus«. In: *Critical Inquiry* 38(1), 2011, S. 96-126. Online: <https://www.jstor.org/stable/10.1086/661645>, Zugriff am 27.11.2018.
- Geoghegan, Bernard D.: »Historiographic Conceptualization of Information. A Critical Survey«. In: *IEEE Annals of the History of Computing* 30(1), 2008, S. 66-81. Online: <https://ieeexplore.ieee.org/document/4475840>, Zugriff am 27.11.2018.
- Geppert, Dominik: *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories, 1975-1979*. München: Oldenbourg 2002.
- Gerovitch, Slava: »Roman Jakobson und die Kybernetisierung der Linguistik in der Sowjetunion«. In: Michael Hagner/Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 229-274.
- Gerrie, Jim: »Was Foucault a Philosopher of Technology?«. In: *Techné* 7(2), 2003. Online: <https://scholar.lib.vt.edu/ejournals/SPT/v7n2/gerrie.html>, Zugriff am 21.11.2018.
- Gessmann, Martin: »Foucaults Theorie der Macht«. In: Felix Heidenreich (Hg.): *Technologien der Macht. Zu Michel Foucaults Staatsverständnis*. Baden-Baden: Nomos 2011, S. 19-28.
- Geyer, Martin H.: »Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er-Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne«. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 47, 2007, S. 47-94.

- Giebel-Felten, Elvira: *Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im EU-Vergleich 1962-2001*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2002. Online: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=3782242d-daad-a80f-667f-fofe1adb778c&groupId=252038, Zugriff am 21.11.2018.
- Gießmann, Sebastian: *Die Verbundenheit der Dinge. Eine Kulturgeschichte der Netze und Netzwerke*. Berlin: Kadmos 2014.
- Glanville, Ranulph: »Scenes«. In: Theodor M. Bardmann/Dirk Baecker (Hg.): »Gibt es eigentlich den Berliner Zoo noch?«. *Erinnerungen an Niklas Luhmann*. Konstanz: UVK 1999, S. 72-73.
- Glanville, Ranulph: »The Value of Being Unmanageable. Variety and Creativity in Cyberspace«. In: Hubert Eichmann/Josef Hochgerner/Farnz Nahrada (Hg.): *Netzwerke. Kooperation in Arbeit, Wirtschaft und Verwaltung*. Wien: Falter 2000, S. 27-40.
- Glanville, Ranulph: »Try again. Fail again. Fail better. The Cybernetics in Design and the Design in Cybernetics«. In: *Kybernetes* 36(9-10), 2007, S. 1173-1206.
- Glassman, Robert B.: »Persistence and loose coupling in living systems«. In: *Behavioral Science* 18(2), 1973, S. 83-98.
- Gorz, André: »Technokratie und Arbeiterbewegung«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 141-155.
- Greenman, Jeffrey P./Schuchardt, Read M./Toly, Noah: *Understanding Jacques Ellul*. Eugene: Cascade Books 2012.
- Greiffenhagen, Martin: »Demokratie und Technokratie«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 54-70.
- Greven, Michael T.: »Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung«. In: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp 2010, S. 68-88.
- Greven, Michael T.: *Politisches Denken in Deutschland nach 1945. Erfahrung und Umgang mit der Kontingenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich 2007.
- Grewe, Wilhelm/Küster, Otto: *Nürnberg als Rechtsfrage. Eine Diskussion*. Stuttgart: Ernst Klett 1947.
- Grewe, Wilhelm: *Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1960.
- Grey Walter, William: *Das lebende Gehirn*. München, Zürich: Knaur 1963.
- Gugerli, David: *Wie die Welt in den Computer kam. Zur Entstehung digitaler Wirklichkeit*. Frankfurt a.M.: Fischer 2018.
- Gumm, Heinz-Peter/Sommer, Manfred: *Programmierung, Algorithmen und Datenstrukturen*. Berlin, Boston: De Gruyter 2016.

- Gunnel, John G.: »The Technocratic Image and the Theory of Technocracy«. In: *Technology and Culture* 23(3), 1982, S. 392-416. Online: <https://www.jstor.org/stable/3104485>, Zugriff am 04.10.2019.
- Gunst, Dietrich W.: *Der Begriff der Souveränität im modernen Völkerrecht. Eine wissenschaftliche Analyse*. Berlin: Rudolf Oppermann 1953.
- Günther, Gotthard: »Selbstdarstellung im Spiegel Amerikas«. In: Ludwig J. Pongratz (Hg.): *Philosophie in Selbstdarstellungen*. 3 Bände. Hamburg: Meiner 1975, Bd. 2, S. 37-43.
- Habermas, Jürgen: »Drei normative Modelle der Demokratie«. In: Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S. 277-292.
- Habermas, Jürgen: »Erkenntnis und Interesse«. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973, S. 146-168.
- Habermas, Jürgen: »Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹«. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973, S. 48-103.
- Habermas, Jürgen: »Technischer Fortschritt und soziale Lebenswelt«. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als ›Ideologie‹*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973, S. 104-119.
- Habermas, Jürgen: »Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Eine Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann«. In: Jürgen Habermas/Niklas Luhmann: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet Systemforschung?* Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1971, S. 142-290.
- Habermas, Jürgen: *Im Sog der Technokratie. Kleine Politische Schriften XII*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2013.
- Habermas, Jürgen: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973.
- Haddour, Azzedine: »Sartre and Fanon: On Negritude and Political Participation«. In: *Sartre Studies International* 11(1-2), 2005, S. 286-301. Online: <http://www.jstor.org/stable/23512974>, Zugriff am 21.11.2018.
- Hagner, Michael: »Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft«. In: Michael Hagner/Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 38-71.
- Hagner, Michael: *Der Geist bei der Arbeit. Historische Untersuchungen zur Hirnforschung*. Göttingen: Wallstein 2006.
- Halperin, David M.: *Saint Foucault. Towards a Gay Hagiography*. New York: Oxford University Press 1995.
- Haring, Sophie: »Herrschaft der Experten oder Herrschaft des Sachzwangs? Technokratie als politikwissenschaftliches ›Problem-Ensemble‹«. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 57(3), 2010, S. 243-264.

- Haseloff, Otto Walter/Stackelberg, Karl-Georg Freiherr von (Hg.): *Kybernetik als soziale Tatsache. Anwendungsbereiche, Leistungsformen und Folgen für die industrielle Gesellschaft*. Hamburg, Berlin: R. v. Decker's Verlag [sic!]/G. Schenk 1963.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg: *Neo-Institutionalismus*. 2. Aufl. Bielefeld: Transcript 2015.
- Haug, Hans: *Die Schranken der Verfassungsrevision. Das Postulat der richtigen Verfassung als normative Schranke der souveränen verfassungsgebenden Gewalt. (Betrachtungen zum Wiederaufbau einer materialen Rechtslehre)*. Zürich: Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich 1946.
- Haus, Michael: *Kommunitarismus. Einführung und Analyse*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003.
- Hausteiner, Eva M.: *Greater than Rome. Neubestimmungen britischer Imperialität 1870 – 1914*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2015.
- Hayles, N. Katherine: »Making the Cut: The Interplay of Narrative and System, or What Systems Theory Can't See«. In: *Cultural Critique* 11(30), 1995, S. 71-100. Online: <http://www.jstor.org/stable/1354433>, Zugriff am 27.11.2018.
- Hayles, N. Katherine: *How We Became Posthuman. Virtual Bodies in Cybernetics, Literature, and Informatics*. Chicago: University of Chicago Press 1999.
- Head, Brian W./Alford, John: »Wicked Problems«. In: *Administration & Society* 47(6), 2015, S. 711-739.
- Hecht, Gabriele: »Planning a Technological Nation: Systems Thinking and the Politics of National Identity in Postwar France«. In: Agatha C. Hughes/Thomas P. Hughes (Hg.): *Systems, Experts, and Computers. The Systems Approach in Management and Engineering, World War II and After*. Cambridge: MIT Press 2000, S. 133-160.
- Heidenreich, Felix: »Foucaults Rekonstruktion des Liberalismus und die Rolle des Staates«. In: Felix Heidenreich (Hg.): *Technologien der Macht. Zu Michel Foucaults Staatsverständnis*. Baden-Baden: Nomos 2011, S. 139-156.
- Heilbroner, Robert L.: »Men and machine in perspective«. In: *Public Affairs* 1(1), 1965, S. 27-36. Online: https://www.nationalaffairs.com/public_interest/detail/men-and-machines-in-perspective, Zugriff am 27.11.2018.
- Heims, Steve J.: *Constructing a Social Science for Postwar America. The Cybernetics Group, 1946-1953*. Cambridge, London: MIT Press 1993.
- Heller, Nathan: »The Digital Republic. Has a tiny post-Soviet nation solved the problems of twenty-first-century America?«. In: *The New Yorker* 93(41), 2017, S. 84-93. Online: <https://www.newyorker.com/magazine/2017/12/18/estonia-the-digital-republic>, Zugriff am 08.09.2018.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus-Dieter/Zürn, Michael (Hg.): *Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2003.

- Hellmann, Kai-Uwe/Fischer, Karsten/Bluhm, Harald (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2003.
- Hellmann, Kai-Uwe: »Spezifik und Autonomie des politischen Systems. Analyse und Kritik der politischen Soziologie Niklas Luhmanns«. In: Gunter Runkel/Günter Burkart (Hg.): *Funktionssysteme der Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S. 13-51.
- Helmer, Olaf: »Sozialtechnik«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technologiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 293-311.
- Henkel, Anna: »Resonanz zwischen Systemtheorie und Kritischer Theorie«. In: Christian H. Peters/Peter Schulz (Hg.): *Resonanzen und Dissonanzen. Hartmut Rosas kritische Theorie in der Diskussion*. Bielefeld: Transcript 2017, S. 105-124.
- Henne, Steffen: »Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit: Zur Formierung der temporalen Ordnung unserer Gegenwart in den 1980er-Jahren«. In: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016, S. 155-188.
- Henne, Thomas: »Smend oder Hennis«. Bedeutung, Rezeption und Problematik der »Lüth-Entscheidung« des Bundesverfassungsgerichts von 1958«. In: Robert C. van Ooyen/Martin H. W. Möllers (Hg.): *Das Bundesverfassungsgericht im politischen System*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, S. 141-150.
- Hennecke, Hans J.: »Streiten für diesen Staat. Wilhelm Röpke und die Bundesrepublik«. In: Jens Hacke/Dominik Geppert (Hg.): *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 23-45.
- Hennis, Wilhelm: »Das Modell des Bürgers«. In: Wilhelm Hennis: *Politikwissenschaftliche Abhandlungen*. 2 Bände. Tübingen: Mohr Siebeck 2000, Bd. 1, S. 24-36.
- Hennis, Wilhelm: »Legitimität«. In: Wilhelm Hennis: *Politikwissenschaftliche Abhandlungen*. 2 Bände. Tübingen: Mohr Siebeck 2000, Bd. 2, S. 250-288.
- Hennis, Wilhelm: »Parteienstruktur und Regierbarkeit«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 150-195.
- Hennis, Wilhelm: »Politikwissenschaft als Beruf. »Erzählte Erfahrungen« eines Fünfundsiebzigjährigen«. In: Wilhelm Hennis: *Politikwissenschaftliche Abhandlungen*. 2 Bände. Tübingen: Mohr Siebeck 2000, Bd. 1, S. 381-415.
- Hennis, Wilhelm: »Rat und Beratung im modernen Staat«. In: Wilhelm Hennis: *Politik als praktische Wissenschaft. Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre*. München: Piper 1968, S. 65-80.
- Hennis, Wilhelm: »Zum Problem der deutschen Staatsanschauung«. In: Hanns H. Hofmann (Hg.): *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1967, S. 73-93.

- Hennis, Wilhelm: »Zur Begründung der Fragestellung«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 9-21.
- Hennis, Wilhelm: *Das Problem der Souveränität. Ein Beitrag zur neueren Literaturgeschichte und gegenwärtigen Problematik der politischen Wissenschaften*. Tübingen: Mohr Siebeck 2003.
- Hertzog, Philipp: »Pragmatische Politisierung. Verkehrsplaner und die Grenzen der Machbarkeit um 1980«. In: Meik Woyke (Hg.): *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*. Bonn: Dietz 2013, S. 383-406.
- Hesse, Heidrun: »Ästhetik der Existenz«. Foucaults Entdeckung des ethischen Selbstverhältnis«. In: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2003, S. 300-310.
- Heubel, Fabian: *Das Dispositiv der Kreativität*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2002.
- Hildebrand, Klaus: *Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982*. Bonn: Bouvier 1991.
- Hinsley, Francis H.: »The concept of sovereignty and the relations between states«. In: *Journal of international affairs* 21(2), 1967, S. 242-252.
- Hinsley, Francis H.: *Sovereignty*. New York: Basic Books 1966.
- Hirsch, Michael: *Die zwei Seiten der Entpolitisierung. Zur politischen Theorie der Gegenwart*. Stuttgart: Steiner 2007.
- Hochschild, Arlie R.: *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2017.
- Hoeres, Walter: »Kritisches Bewußtsein – ein neues Bildungsideal?«. In: IBM Deutschland (Hg.): *Technik und Gesellschaft auf dem Weg in die Zukunft. Ausgewählte Beiträge aus den »IBM Nachrichten«*. Stuttgart: IBM Deutschland 1975, S. 141-150.
- Hoffmann, Dierk: *Nachkriegszeit. Deutschland 1945-1949*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2012.
- Holl, Ute: »It's (Not) an Intervention!«. *Kybernetik und Anthropologie*«. In: Claus Pias (Hg.): *Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953*. 2 Bände. Zürich, Berlin: Diaphanes Verlag 2003, Bd. 2, S. 97-114.
- Holling, Crawford S.: »Resilience and Stability of Ecological Systems«. In: *Annual Review of Ecology and Systematics* 4(1), 1973, S. 1-23.
- Holzer, Boris/Fuhse, Jan: »Netzwerke aus systemtheoretischer Perspektive«. In: Christian Stegbauer/Roger Häußling (Hg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 313-323.
- Holzer, Boris: *Netzwerke*. 2. Aufl. Bielefeld: Transcript 2010.
- Honneth, Axel: »Kritische Theorie«. In: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hg.): *Pipers Handbuch der politischen Ideen*. 5 Bände. München: Piper 1985-1993, Bd. 5, S. 601-611.

- Hood, Christopher: »Public Management, New«. In: Neil J. Smelser (Hg.): *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. 26 Bände. Amsterdam: Elsevier 2001, Bd. 12, S. 12553-12556.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. 16. Aufl. Frankfurt a.M.: Fischer 2006.
- Horkheimer, Max: »Zur Kritik der instrumentellen Vernunft«. In: Max Horkheimer: *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus den Vorträgen und Aufzeichnungen seit Kriegsende*. Hg. von Alfred Schmidt. Frankfurt a.M.: Fischer 1967, S. 11-174.
- Hörl, Erich: »Das kybernetische Bild des Denkens«. In: Michael Hagner/Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 163-195.
- Hörl, Erich: »Luhmann, the Non-trivial Machine and the Neocybernetic Regime of Truth«. In: *Theory, Culture & Society* 29(3), 2012, S. 94-121. Online: <https://doi.org/10.1177/0263276412438592>, Zugriff am 27.11.2018.
- Horster, Detlef: *Niklas Luhmann*. 2., überarb. Aufl. München: Beck 2005.
- Hubatschke, Christoph: »Maschinelle Revolte. Skizzen einer Technikphilosophie in Anschluss an Deleuze und Guattari«. In: Mona Singer (Hg.): *Technik & Politik. Technikphilosophie von Benjamin und Deleuze bis Latour und Haraway*. Wien: Löcker 2015, S. 167-192.
- Hughes, Agatha C./Hughes, Thomas P.: »Introduction«. In: Agatha C. Hughes/Thomas P. Hughes (Hg.): *Systems, Experts, and Computers. The Systems Approach in Management and Engineering, World War II and After*. Cambridge: MIT Press 2000, S. 1-26.
- Huhnholz, Sebastian: *Von Carl Schmitt zu Hannah Arendt? Heidelberger Entstehungsspuren und bundesrepublikanische Liberalisierungsschichten von Reinhart Kosellecks Kritik und Krise*. Berlin: Duncker & Humblot 2019.
- Huntington, Samuel P.: »The United States«. In: Michel Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (Hg.): *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press 1975, S. 59-118.
- Hurtado, Jimena: »Jeremy Bentham and Gary Becker: Utilitarianism and Economic Imperialism«. In: *Journal of the History of Economic Thought* 30(3), 2008, S. 335-357. Online: <http://dx.doi.org/10.1017/S1053837208000321>, Zugriff am 21.11.2018.
- Jackson, Robert: *Quasi-States. Sovereignty, International Relations, and the Third World*. Cambridge: Cambridge University Press 1990.
- Jackson, Robert: *Sovereignty. The Evolution of an Idea*. Cambridge, Malden: Polity 2007.
- Jacob, François: *La logique du vivant. Une histoire de l'hérédité*. Paris: Gallimard 1970.
- Jahrreiß, Hermann: »Die Souveränität der Staaten. Ein Wort – mehrere Begriffe – viele Mißverständnisse«. In: Hanns H. Hofmann (Hg.): *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1967, S. 35-71.

- Jansen, Jan C./Osterhammel, Jürgen: *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*. München: C.H. Beck 2013.
- Jarausch, Konrad H. (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.
- Jarausch, Konrad H.: »Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart«. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 9-28.
- Jarausch, Konrad H.: »Zwischen ›Reformstau‹ und ›Sozialabbau‹. Anmerkungen zur Globalisierungsdebatte in Deutschland, 1973-2003«. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 330-353.
- Jaspers, Karl: *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*. Neuausgabe. München: Piper 1990.
- Jessop, Bob: »The Governance of Complexity and the Complexity of Governance. Preliminary Remarks on some Problems and Limits of Economic Guidance«. In: Ash Amin/Jerzy Hausner (Hg.): *Beyond market and hierarchy. Interactive governance and social complexity*. Cheltenham: Elgar 1997, S. 111-147.
- Jobs, Steve: 2005 *Stanford Commencement Address*. Stanford: Stanford University 2005. Online: <http://news.stanford.edu/2005/06/14/jobs-061505/>, Zugriff am 21.11.2018.
- Johnson, Christopher: »French Cybernetics«. In: *French Studies* 69(1), 2015, S. 60-78. Online: <https://academic.oup.com/fs/article/69/1/60/2962635>, Zugriff am 28.11.2018.
- Johnson, Nevil: »Politische Stabilität und Unregierbarkeit in Großbritannien: Fragezeichen hinter einer alten Verfassungstradition«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 375-427.
- Johnson, Nevil: »Zur Bewertung von Herrschaft«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 43-81.
- Johnson, Nevil: *Die englische Krankheit. Wie kann Großbritannien seine politische Krise überwinden?* Stuttgart: Klett 1977.
- Jörke, Dirk: *Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*. Berlin: Suhrkamp 2019.
- Jouvenel, Bertrand de: *Über Souveränität. Auf der Suche nach dem Gemeinwohl*. Neu-wied, Berlin: Luchterhand 1963.
- Kabobel, Jana: *Die politischen Theorien von Luhmann und Foucault im Vergleich*. Würzburg: Königshausen & Neumann 2011.

- Kaelble, Hartmut: »Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945«. In: Lutz Raphael (Hg.): *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*. Köln: Böhlau 2012, S. 21-36.
- Kaelble, Hartmut: »The 1970s: What Turning Point?«. In: *Journal of Modern European History* 9(1), 2011, S. 18-20.
- Kalter, Christoph/Rempe, Martin: »La République décolonisée«. In: *Geschichte und Gesellschaft* 37(2), 2011, S. 157-197.
- Kant, Immanuel: »Der Streit der Fakultäten«. In: Immanuel Kant: *Werkausgabe*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1977, Bd. 11, S. 261-393.
- Kant, Immanuel: »Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf«. In: Immanuel Kant: *Werkausgabe*. 12 Bände. Hg. von Wilhelm Weischedel. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1977, Bd. 11, S. 191-252.
- Kastner, Fatima: »Luhmanns Souveränitätsparadox. Zum generativen Mechanismus des politischen Systems der Weltgesellschaft«. In: Marcelo Neves/Rüdiger Voigt (Hg.): *Die Staaten der Weltgesellschaft. Niklas Luhmanns Staatsverständnis*. Baden-Baden: Nomos 2007, S. 75-99.
- Katz, Barry: *Make it New. The History of Silicon Valley Design*. Cambridge, London: MIT Press 2015.
- Kay, Lily E.: »How a Genetic Code Became an Information System«. In: Agatha C. Hughes/Thomas P. Hughes (Hg.): *Systems, Experts, and Computers. The Systems Approach in Management and Engineering, World War II and After*. Cambridge: MIT Press 2000, S. 463-492.
- Kay, Lily E.: *Who Wrote The Book of Life? A History of the Genetic Code*. Stanford: Stanford University Press 2000.
- Kebir, Susanne: »Revolutionäre Subjekte bei Frantz Fanon«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 58(14-15), 2008, S. 28-33. Online: <http://www.bpb.de/system/files/pdf/ZDoG73.pdf>, Zugriff am 21.11.2018.
- Kegelman, Jürgen: *New Public Management*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.
- Keller, Reiner: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011.
- Kelsen, Hans: »Souveränität«. In: Hans-Jürgen Schlochauer (Hg.): *Wörterbuch des Völkerrechts*. 3 Bände. 2. Aufl. Berlin: De Gruyter 1962, Bd. 3, S. 278-285.
- Kerner, Ina: »Frantz Fanon in der Politikwissenschaft. Potentiale einer Rezeption«. In: Aram Ziai (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld: Transcript 2016, S. 71-89.
- Kesting, Hanno: *Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg*. Heidelberg: Carl Winter 1959.
- Kiani, Shida: *Wiedererfindung der Nation nach dem Nationalsozialismus? Konfliktlinien und Positionen in der westdeutschen Nachkriegspolitik*. Wiesbaden: Springer VS 2013.

- Kielmansegg, Peter Graf: »Demokratieprinzip und Regierbarkeit«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 118-133.
- Kielmansegg, Peter Graf: »Organisierte Interessen als »Gegenregierung«?«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 139-176.
- Kielmansegg, Peter Graf: »Wilhelm Hennis (1923-2012)«. In: Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hg.): *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellentin*. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 331-345.
- Kielmansegg, Peter Graf: *Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität*. Stuttgart: Klett-Cotta 1977.
- Kießling, Friedrich: »Auf der Suche nach der neuen Wirklichkeit: Konzepte der Gegenwartsdiagnose im *Merkur* der 1970er- und 1980er-Jahre«. In: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016, S. 133-154.
- Kindtner, Martin: »Strategien der Verflüssigung. Poststrukturalistischer Theoriediskurs und politische Praktiken der 1968er Jahre«. In: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer (Hg.): *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, S. 373-392.
- King, Anthony: »Overload: Problems of Governing in the 1970s«. In: *Political Studies* 23(2/3), 1975, S. 284-296.
- Kleffens, Eelco N. van: *Sovereignty in International Law. Five Lectures*. Lede: A. W. Sijthoff 1954.
- Klein, Gisela: »The Technocrats. Rückblick auf die Technokratie-Bewegung in den USA«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 45-57.
- Klein, Michael: »Eugen Gerstenmaier – Der »Chefideologe« der Union«. In: *Historisch-Politische Mitteilungen* 13(1), 2006, S. 247-256. Online: <https://doi.org/10.7788/hpm.2006.13.1.247>, Zugriff am 21.11.2018.
- Klenk, Tanja/Nullmeier, Frank: »Politische Krisentheorien und die Renaissance von Konjunkturprogrammen«. In: *der moderne staat* 3(2), 2010, S. 273-294.
- Klijin, Erik-Hans/Edelenbos, Jurian: »Meta-governance as Network Management«. In: Eva Sørensen/Jacob Torfing (Hg.): *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008, S. 199-214.
- Klijin, Erik-Hans/Teisman, Geert R.: »Strategies and Games in Networks«. In: Walter J. M. Kickert/Erik-Hans Klijin/Joop F. M. Koppenjan (Hg.): *Managing Complex Networks. Strategies for the Public Sector*. London: SAGE 1997, S. 98-118.
- Kline, Ronald R.: *The Cybernetics Moment. Or Why We Call Our Age the Information Age*. Baltimore: Johns Hopkins University Press 2015.

- Knapp, Gerhard P.: *Friedrich Dürrenmatt: Die Physiker*. 9. Aufl. Frankfurt a.M.: Diederichs 1992.
- Kneer, Georg: »Bestandserhaltung und Reflexion. Zur kritischen Reformulierung gesellschaftlicher Rationalität«. In: Werner Krawietz/Michael Welker (Hg.): *Kritik der Theorie sozialer Systeme. Auseinandersetzungen mit Luhmanns Hauptwerk*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1992, S. 86-112.
- Kneer, Georg: »Differenzierung bei Luhmann und Bourdieu. Ein Theorienvergleich«. In: Armin Nassehi/Gerd Nollmann (Hg.): *Bourdieu und Luhmann. Ein Theorienvergleich*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, S. 25-56.
- Kneer, Georg: »Organisation und Gesellschaft«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 30(6), 2001, S. 407-428.
- Kneer, Georg: *Rationalisierung, Disziplinierung und Differenzierung. Zum Zusammenhang von Sozialtheorie und Zeitdiagnose bei Jürgen Habermas, Michel Foucault und Niklas Luhmann*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 1996.
- Knöbl, Wolfgang: *Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001.
- Knoblauch, Hubert: *Sozialtechnologie, Soziologie und Rhetorik*. Manuskript. Berlin: O. V. 2006. Online: http://www.as.tu-berlin.de/fileadmin/fg225/material_knoblauch/knoblauch_2006_Sozialtechnologie.pdf, Zugriff am 28.11.2018.
- Koch, Claus/Senghaas, Dieter: »Vorwort der Herausgeber«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 5-12.
- Koch, Claus: »Kritik der Futurologie«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 312-329.
- Königswieser, Roswita: »Gefühle spielen doch eine Rolle!«. Ein Abschied von Niklas Luhmann«. In: Theodor M. Bardmann/Dirk Baecker (Hg.): »Gibt es eigentlich den Berliner Zoo noch?«. *Erinnerungen an Niklas Luhmann*. Konstanz: UVK 1999, S. 40-41.
- Kooiman, Jan: »Findings, Speculations and Recommendations«. In: Jan Kooiman (Hg.): *Modern Governance. New Government-Society Interactions*. London, Newbury Park, New Delhi: SAGE 1993, S. 249-262.
- Kooiman, Jan: »Governance and Governability. Using Complexity, Dynamics and Diversity«. In: Jan Kooiman (Hg.): *Modern Governance. New Government-Society Interactions*. London, Newbury Park, New Delhi: SAGE 1993, S. 35-48.
- Kooiman, Jan: *Governing as Governance*. 8. Aufl. London, Thousand Oaks, Neu Delhi, Singapur: SAGE 2013.
- Korb, Axel-Johannes: *Kelsens Kritiker. Ein Beitrag zur Geschichte der Rechts- und Staatstheorie (1911-1934)*. Tübingen: Mohr Siebeck 2010.
- Koschorke, Albrecht: »Die Grenzen des Systems und die Rhetorik der Systemtheorie«. In: Albrecht Koschorke/Niklas Luhmann (Hg.): *Widerstände der Systemtheorie*.

- rie. *Kulturtheoretische Analysen zum Werk von Niklas Luhmann*. Berlin: Akademie Verlag 1999, S. 49-62.
- Koschorke, Albrecht: *Wahrheit und Erfindung. Grundzüge einer allgemeinen Erzähltheorie*. 2. Aufl. Frankfurt a.M.: Fischer 2012.
- Koselleck, Reinhart: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1973.
- Koskenniemi, Martti: »Vocabularies of Sovereignty. Powers of a Paradox«. In: Hent Kalmo/Quentin Skinner (Hg.): *Sovereignty in Fragments. The Past, Present and Future of a Contested Concept*. Cambridge, New York: Cambridge University Press 2010, S. 222-242.
- Koskenniemi, Martti: *From Apology to Utopia. The Structure of International Legal Argument*. Helsinki: Finnish Lawyers' Publishing 1989.
- Krippendorff, Klaus: »The Cybernetics of Design and the Design of Cybernetics«. In: *Kybernetes* 36(9-10), 2007, S. 1381-1392.
- Kuchenbuch, Daniel: »Ökolopoly«. In: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte* 12 2016, S. 145-160.
- Kuchenbuch, David: »»Eine Welt« im Bild. Medialisierungen des Selbst-Welt-Verhältnisses in den 1970er- und 1980er-Jahren«. In: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016, S. 63-92.
- Kühl, Stefan: »Die fast unvermeidliche Trivialisierung der Systemtheorie in der Praxis«. In: *Gruppendynamik und Organisationsberatung* 46(3-4), 2015, S. 327-339. Online: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs11612-015-0286-2.pdf>, Zugriff am 21.11.2018.
- Kuhm, Klaus: »Raum als Medium gesellschaftlicher Kommunikation«. In: *Soziale Systeme* 6(2), 2000, S. 321-348.
- Kühnhardt, Ludger: *Stufen der Souveränität. Staatsverständnis und Selbstbestimmung in der ›Dritten Welt‹*. Bonn: Bouvier 1992.
- Kupper, Patrick: »»Weltuntergangsvisionen aus dem Computer«. Zur Geschichte der Studie »Die Grenzen des Wachstums« von 1972«. In: Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hg.): *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*. Stuttgart: Steiner 2004, S. 98-111.
- Kurihara, Kenneht K.: »Toward A New Theory of Monetary Sovereignty«. In: *Journal of Political Economy* 57(2), 1949, S. 162-170. Online: <http://www.jstor.org/stable/1825189>, Zugriff am 27.11.2018.
- Küstert, Hanns J.: »Von der beschränkten zur vollen Souveränität«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55(17), 2005, S. 3-9.
- La Porte, Todd R. (Hg.): *Organized Social Complexity. Challenge to Politics and Policy*. Princeton: Princeton University Press 1975.

- La Porte, Todd R.: »Organized Social Complexity: Explication of a Concept«. In: Todd R. La Porte (Hg.): *Organized Social Complexity. Challenge to Politics and Policy*. Princeton: Princeton University Press 1975, S. 3-39.
- La Porte, Todd R.: »Preface«. In: Todd R. La Porte (Hg.): *Organized Social Complexity. Challenge to Politics and Policy*. Princeton: Princeton University Press 1975, S. xiii-xiv.
- Laak, Dirk van: »From the Conservative Revolution to Technocratic Conservatism«. In: Jan-Werner Müller (Hg.): *German Ideologies since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic*. New York: Palgrave Macmillan 2003, S. 147-160.
- Laak, Dirk van: »Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts. Eine einflussreiche ›Hintergrundideologie‹«. In: Lutz Raphael (Hg.): *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*. Köln: Böhlau 2012, S. 101-128.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. 4., durchg. Aufl. Wien: Passagen 2012.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. 2. Aufl. London, New York: Verso 2014.
- Lafontaine, Céline: »The Cybernetic Matrix of ›French Theory‹«. In: *Theory, Culture & Society* 24(5), 2007, S. 27-46. Online: <https://doi.org/10.1177/0263276407084637>, Zugriff am 27.11.2018.
- Lagasnerie, Geoffroy de: *La dernière leçon de Michel Foucault. Sur le néolibéralisme, la théorie et la politique*. Paris: Fayard 2012.
- Lang, Markus: »Souveränität. Hürde oder Baustein der internationalen Beziehungen nach 1945?«. In: *Mittelweg* 36 13(6), 2004, S. 24-40.
- Lang, Sabine: *NGOs, Civil Society, and the Public Sphere*. Cambridge: Cambridge University Press 2013.
- Lange, Stefan/Schimank, Uwe: »Gesellschaftsbilder als Leitbilder politischer Steuerung«. In: Hans-Peter Burth/Axel Görlitz (Hg.): *Politische Steuerung in Theorie und Praxis*. Baden-Baden: Nomos 2001, S. 221-246.
- Lange, Stefan: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik. Eine Abklärung der Staatsgesellschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2003.
- Larsson, Oscar L.: »The governmentality of network governance: Collaboration as a new facet of the liberal art of governing«. In: *Constellations* 27(1), 2020, S. 111-126.
- Laux, Henning: *Soziologie im Zeitalter der Komposition. Koordinaten einer integrativen Netzwerktheorie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2014.
- Le Roux, Ronan: »Lévi-Strauss, une réception paradoxale de la cybernétique«. In: *L'Homme* 48(1 (= Nr. 189)), 2009, S. 165-190. Online: <http://lhomme.revues.org/22023>, Zugriff am 21.11.2018.
- Lee, Sabine: *Victory in Europe? Britain and Germany since 1945*. Harlow: Longman 2001.

- Leendertz, Ariane/Meteling, Wencke (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016.
- Leendertz, Ariane: »Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche ›Komplexität‹ als intellektuelle und politische Herausforderung«. In: Ariane Leendertz/Wencke Meteling (Hg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2016, S. 93-132.
- Leggewie, Claus: »1968 ist Geschichte«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51(22-23), 2001, S. 3-6.
- Leibholz, Gerhard: »Die Zukunft der nationalstaatlichen Souveränität im 20. Jahrhundert. [1958]«. In: Hanns H. Hofmann (Hg.): *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1967, S. 378-385.
- Leiner, Barry M./Cerf, Vinton G./Clark, David D./Kahn, Robert E./Kleinrock, Leonard/Lynch, Daniel C./Postel, Jon/Roberts, Larry G./Wolff, Stephen: *Brief History of the Internet*. Reston, Genf: Internet Society 1997. Online: https://www.internetsociety.org/wp-content/uploads/2017/09/ISOC-History-of-the-Internet_1997.pdf, Zugriff am 21.11.2018.
- Lemke, Thomas: »Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung«. In: Susanne Krasmann/Michael Volkmer (Hg.): *Michel Foucaults ›Geschichte der Gouvernementalität‹ in den Sozialwissenschaften*. Internationale Beiträge. Bielefeld: Transcript 2007, S. 47-74.
- Lemke, Thomas: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Berlin: Argument-Verlag 1997.
- Lenk, Hans: »Technokratie« als gesellschaftskritisches Klischee«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 9-20.
- Lenk, Hans: »Technokratie und Technologie. Notizen zu einer ideologischen Diskussion«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 105-124.
- Leonard, Robert: *Von Neumann, Morgenstern, and the Creation of Game Theory. From Chess to Social Science, 1900-1960*. Cambridge: Cambridge University Press 2010.
- Leschke, Rainer: »Netze und andere Verhänglichkeiten«. Vom Nutzen von Metaphern in den Wissenschaften«. In: Florian Kiefer/Jens Holze (Hg.): *Netzwerk als neues Paradigma? Interdisziplinäre Zugänge zu Netzwerktheorien*. Wiesbaden: Springer VS 2018, S. 9-38.
- Lessenich, Stephan: »Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft«. In: *Mittelweg* 36 12(4), 2003, S. 80-93.
- Lévi-Strauss, Claude: »Die Mathematik vom Menschen«. In: *Kursbuch* 3(8), 1967, S. 176-188.

- Lévi-Strauss, Claude: »Language and the Analysis of Social Laws«. In: *American Anthropologist* 53(2), 1951, S. 155-163. Online: <https://anthrosource.onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1525/aa.1951.53.2.02a00010>, Zugriff am 27.11.2018.
- Lévi-Strauss, Claude: »Les mathématiques de l'homme«. In: *UNESCO Bulletin International des Sciences Sociale* 6(4), 1954, S. 643-653. Online: https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000059778_fre, Zugriff am 21.11.2018.
- Lewicki, Aleksandra: *Souveränität im Wandel. Zur Aktualität eines normativen Begriffs*. Berlin: Lit 2006.
- Lill, Rudolf: »Italiens »Schwerregierbarkeit««. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 334-374.
- Link, Jürgen: »Dispositiv«. In: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich J. Schneider (Hg.): *Foucault-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Sonderausgabe. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2014, S. 237-242.
- Lipgens, Walter: »Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946«. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 21(1), 1973, S. 52-102. Online: <http://www.jstor.org/stable/30196339>, Zugriff am 27.11.2018.
- Lipgens, Walter: »Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944-1946«. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24(2), 1976, S. 136-197. Online: https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_2.pdf, Zugriff am 27.11.2018.
- Lischka, Konrad/Stöcker, Christian: *Digitale Öffentlichkeit. Wie algorithmische Prozesse den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2017.
- Lister, Martin/Dovey, Jon/Giddings, Seth/Grant, Iain/Kelly, Kieran: *New Media: A Critical Introduction*. 2. Aufl. London, New York: Routledge 2009.
- Loewenstein, Karl: »Sovereignty and International Co-operation«. In: *The American Journal of International Law* 48(2), 1954, S. 222-244. Online: <http://www.jstor.org/stable/2194372>, Zugriff am 13.03.2016.
- Lohberg, Rolf/Lutz, Theo: *Keiner weiß, was Kybernetik ist. Eine verständliche Einführung in die moderne Wissenschaft*. Stuttgart: Franckh 1968.
- Loick, Daniel: *Kritik der Souveränität*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2012.
- Lübbe, Hermann: »Bemerkungen zur aktuellen Technokratie-Diskussion«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 94-104.
- Luhmann, Niklas/Breyer, Gerald/Werber, Niels: »OFF. Niklas Luhmann im Interview mit Gerald Breyer und Niels Werber«. In: Wolfgang Hagen (Hg.): *Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann*. Berlin: Kadmos 2009, S. 99-132.
- Luhmann, Niklas/Hagen, Wolfgang: »Es gibt keine Biografie. Niklas Luhmann im Gespräch mit Wolfgang Hagen«. In: Wolfgang Hagen (Hg.): *Warum haben Sie keinen Fernseher, Herr Luhmann? Letzte Gespräche mit Niklas Luhmann*. Berlin: Kadmos 2004, S. 13-48.

- Luhmann, Niklas: »Distinctions directrices«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 13-31.
- Luhmann, Niklas: »That's not my problem«. Niklas Luhmann im Interview mit Klaus Taschwer«. In: Wolfgang Hagen (Hg.): *Was tun, Herr Luhmann? Vorletzte Gespräche mit Niklas Luhmann*. Berlin: Kadmos 2009, S. 17-33.
- Luhmann, Niklas: »Anspruchsinflation im Krankheitssystem. Eine Stellungnahme aus gesellschaftstheoretischer Sicht«. In: Philipp Herder-Dorneich/Alexander Schuller (Hg.): *Die Anspruchsspirale. Schicksal oder Systemdefekt?* Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer 1983, S. 28-49.
- Luhmann, Niklas: »Das Ende der alteuropäischen Politik«. In: *Tijdschrift voor de studie van de verlichting en van het vrije denken* 16(2-4), 1988, S. 249-257.
- Luhmann, Niklas: »Der politische Code. »Konservativ« und »progressiv« in systemtheoretischer Sicht«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, S. 267-286.
- Luhmann, Niklas: »Der Wohlfahrtsstaat zwischen Evolution und Rationalität«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 104-116.
- Luhmann, Niklas: »Die Autopoiesis des Bewußtseins«. In: Alois Hahn/Volker Kapp (Hg.): *Selbstthematisierung und Selbstzeugnis. Bekenntnis und Geständnis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987, S. 25-94.
- Luhmann, Niklas: »Die Differenzierung von Politik und Wirtschaft und ihre gesellschaftlichen Grundlagen«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 32-48.
- Luhmann, Niklas: »Die Ehrlichkeit der Politiker und die höhere Amoralität der Politik«. In: Peter Kemper (Hg.): *Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein?* Frankfurt a.M.: Insel-Verlag 1993, S. 27-41.
- Luhmann, Niklas: »Die Form »Person««. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*. 3. Aufl. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, S. 137-148.
- Luhmann, Niklas: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«. In: Heiner Geißler (Hg.): *Verwaltete Bürger – Gesellschaft in Fesseln. Bürokratisierung und ihre Folgen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Ullstein 1978, S. 112-120.
- Luhmann, Niklas: »Die Praxis der Theorie«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 317-335.
- Luhmann, Niklas: »Die Tücke des Subjekts und die Frage nach dem Menschen«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*. 3. Aufl. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, S. 149-161.

- Luhmann, Niklas: »Die Unbeliebtheit der politischen Parteien«. In: Siegfried Unseld (Hg.): *Politik ohne Projekt? Nachdenken über Deutschland*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993, S. 43-53.
- Luhmann, Niklas: »Die Weltgesellschaft«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1975, S. 51-71.
- Luhmann, Niklas: »Differentiation of Society«. In: *The Canadian Journal of Sociology* 2(1), 1977, S. 29-53. Online: <http://www.jstor.org/stable/3340510>, Zugriff am 25.05.2018.
- Luhmann, Niklas: »Evolution und Kausalität«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1975, S. 150-169.
- Luhmann, Niklas: »Funktion und Kausalität«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 11-38.
- Luhmann, Niklas: »Funktionale Methode und Systemtheorie«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 39-67.
- Luhmann, Niklas: »Gesellschaft«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 173-193.
- Luhmann, Niklas: »Gesellschaftliche Grundlagen der Macht: Steigerung und Verteilung«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 117-125.
- Luhmann, Niklas: »Jenseits von Barbarei«. In: Max Miller/Hans-Georg Soeffner (Hg.): *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1996, S. 219-230.
- Luhmann, Niklas: »Klassische Theorie der Macht. Kritik ihrer Prämissen«. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 16(2), 1969, S. 149-170.
- Luhmann, Niklas: »Komplexität«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1975, S. 204-220.
- Luhmann, Niklas: »Metamorphosen des Staates«. In: Niklas Luhmann: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. 4 Bände. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993-1999, Bd. 4, S. 101-137.
- Luhmann, Niklas: »Politische Planung«. In: Niklas Luhmann: *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1971, S. 66-89.
- Luhmann, Niklas: »Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 30(1), 1989, S. 4-9.

- Luhmann, Niklas: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«. In: Reinhard Göhner (Hg.): *Die Gesellschaft für morgen*. München: Piper 1993, S. 50-65.
- Luhmann, Niklas: »Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems (1. Teil)«. In: *Der Staat* 12(1), 1973, S. 1-22.
- Luhmann, Niklas: »Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems (2. Teil)«. In: *Der Staat* 12(2), 1973, S. 165-182.
- Luhmann, Niklas: »Positives Recht und Ideologie«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 224-256.
- Luhmann, Niklas: »Probleme eines Parteiprogramms«. In: Horst Baier (Hg.): *Freiheit und Sachzwang. Beiträge zu Ehren Helmut Schelskys*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 167-181.
- Luhmann, Niklas: »Reflexive Mechanismen«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 116-133.
- Luhmann, Niklas: »Reform des öffentlichen Dienstes. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten der Verwaltungsreform«. In: Andreas Remer (Hg.): *Verwaltungsführung. Beiträge zu Organisation, Kooperationsstil und Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung*. Berlin, New York: De Gruyter 1982, S. 319-340.
- Luhmann, Niklas: »Soziologie als Theorie sozialer Systeme«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 143-172.
- Luhmann, Niklas: »Soziologie des politischen Systems«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 143-172.
- Luhmann, Niklas: »Soziologische Aufklärung«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 83-115.
- Luhmann, Niklas: »Staat und Politik«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 74-103.
- Luhmann, Niklas: »Staat und Staatsräson im Übergang von traditionaler Herrschaft zu moderner Politik«. In: Niklas Luhmann: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. 4 Bände. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993-1999, Bd. 3, S. 65-148.
- Luhmann, Niklas: »Systemtheoretische Ansätze zur Analyse von Macht«. In: Morton A. Kaplan (Hg.): *Systemtheorie*. Berlin: Colloquium Verlag 1972, S. 103-111.
- Luhmann, Niklas: »Systemtheorie, Evolutionstheorie und Kommunikationstheorie«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1975, S. 193-203.

- Luhmann, Niklas: »Temporalization of Complexity«. In: Rudolf F. Geyer/Johannes van der Zouwen (Hg.): *Sociocybernetics. An actor-oriented social systems approach*. Vol. 2. Leiden, Boston, London: Martinus Nijhoff Social Sciences Division 1978, S. 95-112.
- Luhmann, Niklas: »Theoretische Orientierung der Politik«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, S. 287-308.
- Luhmann, Niklas: »Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1981.
- Luhmann, Niklas: »Theorie der politischen Opposition«. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36(1), 1989, S. 13-26.
- Luhmann, Niklas: »Über ›Kreativität‹«. In: Hans U. Gumbrecht (Hg.): *Kreativität. Ein verbrauchter Begriff?* München: Fink 1988, S. 15-19.
- Luhmann, Niklas: »Unterwachung oder Die Kunst, Vorgesetzte zu lenken«. In: Niklas Luhmann: *Der neue Chef*. Hg. von Jürgen Kaube. Berlin: Suhrkamp 2016, S. 90-106.
- Luhmann, Niklas: »Vorwort«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, S. 5-7.
- Luhmann, Niklas: »Wahrheit und Ideologie«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 68-82.
- Luhmann, Niklas: »Widerstandsrecht und politische Gewalt«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 161-172.
- Luhmann, Niklas: »Wirtschaft als soziales System«. In: Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 8. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 256-290.
- Luhmann, Niklas: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997.
- Luhmann, Niklas: *Die Politik der Gesellschaft*. Hg. von André Kieserling. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2002.
- Luhmann, Niklas: *Grundrechte als Institution. Ein Beitrag zur politischen Soziologie*. 3. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot 1986.
- Luhmann, Niklas: *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1983.
- Luhmann, Niklas: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004.
- Luhmann, Niklas: *Organisation und Entscheidung*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1978.
- Luhmann, Niklas: *Politische Soziologie*. Hg. von André Kieserling. Berlin: Suhrkamp 2010.

- Luhmann, Niklas: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog 1981.
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1987.
- Luhmann, Niklas: *Soziologie des Risikos*. Nachdruck der Erstausgabe. Berlin: De Gruyter 2003.
- Luhmann, Niklas: *The Differentiation of Society*. New York: Columbia University Press 1982.
- Luhmann, Niklas: *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1999.
- Lutterer, Wolfram: *Gregory Bateson. Eine Einführung in sein Denken*. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme 2002.
- Lyotard, Jean-François: *La condition postmoderne. Rapport sur le savoir*. Paris: Edition de Minuit 1979.
- MacKinnon, Rebecca: *Consent of the Networked. The Worldwide Struggle for Internet Freedom*. New York: Basic Books 2012.
- Mackintosh, John P. (Hg.): *People and Parliament*. Westmead: Saxon House 1978.
- Mackintosh, John P.: *The Government and Politics of Britain*. London: Hutchinson 1970.
- Mahoney, Daniel J.: *Bertrand de Jouvenel. The conservative liberal and the illusions of modernity*. Wilmington: ISI Books 2005.
- Maizière, Ulrich de: »Verteidigungspolitik in der Demokratie«. In: Wilhelm Henning/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 254-278.
- Malanczuk, Peter: »Globalisierung und die zukünftige Rolle souveräner Staaten«. In: Matthias Lutz-Bachmann/James Bohman (Hg.): *Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2002, S. 172-200.
- Malone, Michael S.: *Der Mikroprozessor. Eine ungewöhnliche Biographie*. Berlin: Springer 1996.
- Malowitz, Karsten/Selk, Veith: »Angst in Bielefeld. Über ein ausgeschlossenes Gefühl in der Systemtheorie«. In: *Mittelweg* 36 24(1-2), 2015, S. 92-116.
- Mandel, Ernest: »Spätkapitalismus«. In: Gert v. Eynern (Hg.): *Wörterbuch zur politischen Ökonomie*. 2., erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag 1977, S. 356-363.
- Mann, Michael: *Geschichte der Macht*. 3 Bände. Studienausgabe. Frankfurt a.M., New York: Campus 1994.
- Marcuse, Herbert: »Some Social Implications of Modern Technology«. In: Andrew Arato/Eike Gebhardt (Hg.): *The Essential Frankfurt School Reader*. New York: Continuum 1982, S. 138-162.
- Marcuse, Herbert: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. 4. Aufl. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 2004.

- Marx, Karl: »Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte«. In: Karl Marx/Friedrich Engels: *Studienausgabe*. 5 Bände. Hg. von Iring Fetscher. Berlin: Aufbau 2004, Bd. 4, S. 32-128.
- Maturana, Humberto R./Varela, Francisco J.: »Autopoietische Systeme: eine Bestimmung der lebendigen Organisation«. In: Humberto R. Maturana: *Erkennen. Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie*. 2. Aufl. Wiesbaden: Vieweg+Teubner 1985, S. 170-235.
- Maturana, Humberto/Riegas, Volker/Vetter, Christian: »Gespräch mit Humberto Maturana«. In: Volker Riegas (Hg.): *Zur Biologie der Kognition. Ein Gespräch mit Humberto R. Maturana und Beiträge zur Diskussion seines Werkes*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1990, S. 11-90.
- Matz, Ulrich: »Der überforderte Staat: Zur Problematik der heute wirksamen Staatszielvorstellung«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung 1*. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 82-102.
- Matz, Ulrich: »Über politische Untugenden als Hemmnisse des Regierens im demokratischen Verfassungsstaat. Einige allgemeine Bemerkungen und eine Kritik an der Bundesrepublik«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung 2*. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 211-232.
- Mau, Steffen: *Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen*. Berlin: Suhrkamp 2017.
- Mau, Steffen: *Inequality, Marketization and the Majority Class. Why Did the European Middle Classes Accept Neo-Liberalism?* New York, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2015.
- Maus, Ingeborg: *Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp 2011.
- Mayntz, Renate: »Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?«. In: Renate Mayntz: *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2009, S. 41-52.
- Mazower, Mark: *Governing the World. The History of an Idea, 1815 to the Present*. New York: Penguin Books 2013.
- McCulloch, Warren S./Pitts, Walter: »A Logical Calculus of the Ideas Immanent in Nervous Activity«. In: *Bulletin of Mathematical Biophysics* 5(4), 1943, S. 115-133.
- McCulloch, Warren S.: »A Hierarchy of Values Determined by the Topology of Nervous Nets«. In: *Bulletin of Mathematical Biophysics* 7(2), 1945, S. 89-93. Online: <https://doi.org/10.1007/BF02478457>, Zugriff am 21.11.2018.
- Megill, Allan: *Prophets of Extremity. Nietzsche, Heidegger, Foucault, Derrida*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press 1985.

- Mellmann, Katja: »Evolution«. In: Oliver Jahraus/Armin Nassehi/Mario Grizelj/Irmhild Saake/Christian Kirchmeier/Julian Müller (Hg.): *Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2012, S. 81–83.
- Merriam, Charles E.: »Sovereignty«. In: Lyman Bryson/Louis Finkelstein/Robert M. Maciver (Hg.): *Approaches to World Peace. Fourth Symposium. Published by the Conference on Science, Philosophy and Religion in their Relation to the Democratic Way of Life*. Nachdruck. New York: Kraus 1971, S. 17–26.
- Metzler, Gabriele: »Probleme politischen Handelns im Übergang zur Zweiten Moderne. Krisendiskurse und Neuausrichtung der Institutionen in den 1970er Jahren«. In: Ulrich Beck/Martin Mulsow (Hg.): *Vergangenheit und Zukunft der Moderne*. Berlin: Suhrkamp 2014, S. 232–272.
- Metzler, Gabriele: »Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?«. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 243–260.
- Metzler, Gabriele: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh 2005.
- Meynaud, Jean: *Technocracy*. London: Faber and Faber 1968.
- Michalski, Wolfgang/Miller, Riel/Stevens, Barrie: »Governance im 21. Jahrhundert: Machtverteilung in der globalen wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft«. In: OECD (Hg.): *Governance im 21. Jahrhundert*. Paris: OECD Publishing 2004, S. 9–36.
- Mill, John S.: »On Liberty«. In: John S. Mill: *The Collected Works of John Stuart Mill*. 33 Bände. Hg. von John M. Robson. Toronto: Toronto University Press 1977, Bd. 18, S. 213–310.
- Millar, Moorhouse F. X.: »The Establishment of American Federalism and Its Lessons for Broader Federalisms«. In: Lyman Bryson/Louis Finkelstein/Robert M. Maciver (Hg.): *Approaches to World Peace. Fourth Symposium. Published by the Conference on Science, Philosophy and Religion in their Relation to the Democratic Way of Life*. Nachdruck. New York: Kraus 1971, S. 54–74.
- Minkinen, Panu: *Sovereignty, Knowledge, Law*. Abingdon, New York: Routledge 2009.
- Mirowski, Philip: *Machine Dreams. Economics Becomes a Cyborg Science*. Cambridge, New York: Cambridge University Press 2002.
- Mitchell, Melanie: *Complexity. A Guided Tour*. Oxford: Oxford University Press 2009.
- Mitrani, Nora: »Die Zweideutigkeit der Technokratie«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 71–89.
- Moe, Terry M.: »The New Economics of Organization«. In: *American Journal of Political Science* 28(4), 1984, S. 739–777. Online: <http://www.jstor.org/stable/2110997>, Zugriff am 28.11.2018.

- Moebius, Stephan/Reckwitz, Andreas: »Einleitung. Poststrukturalismus und Sozialwissenschaften: Eine Standortbestimmung«. In: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 7-26.
- Möller, Horst: »Die 1970er Jahre als zeithistorische Epochenschwelle«. In: Bernhard Gotto/Horst Möller/Jean Mondot/Nicole Pelletier (Hg.): *Nach ›Achtundsechzig‹. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren*. München: Oldenbourg 2013, S. 1-12.
- Morgenthau, Hans J.: »The Problem of Sovereignty Reconsidered«. In: *Columbia Law Review* 48(3), 1948, S. 341-365. Online: <http://www.jstor.org/stable/1118308>, Zugriff am 28.11.2018.
- Morgenthau, Hans J.: *Politics Among Nations. The struggle for power and peace*. Hg. von Kenneth W. Thompson und W. David Clinton. 7. Aufl. Boston: McGraw-Hill 2006.
- Mouffe, Chantal: *The Democratic Paradox*. London: Verso 2009.
- Müller-Jentsch, Walther: *Strukturwandel der industriellen Beziehungen. ›Industrial Citizenship‹ zwischen Markt und Regulierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.
- Münkler, Herfried/Rzepka, Vincent: »Die Hegung der Öffentlichkeit. Der Challenge-and-Response-Ansatz und die Genese des Liberalismus aus der Krise des Republikanismus«. In: Helmut Reinalter (Hg.): *Neue Perspektiven der Ideengeschichte*. Innsbruck: Innsbruck University Press 2015, S. 49-74.
- Münkler, Herfried: »›Raum‹ im 21. Jahrhundert. Über geopolitische Umbrüche und Verwerfungen«. In: Herfried Münkler: *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin: Rowohlt 2015, S. 301-330.
- Münkler, Herfried: »Der Wettbewerb der Sinnproduzenten. Vom Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie«. In: *Merkur* 60(1), 2006, S. 15-22.
- Münkler, Herfried: »Die politischen Ideen der Weimarer Republik«. In: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hg.): *Pipers Handbuch der politischen Ideen*. 5 Bände. München: Piper 1985-1993, Bd. 5, S. 283-318.
- Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*. 2. Aufl. Berlin: Rowohlt 2009.
- Münkler, Herfried: *Machiavelli. Die Begründung des politischen Denkens der Neuzeit aus der Krise der Republik Florenz*. 2. Aufl. Frankfurt a.M.: Fischer 2007.
- Nabamowitz, Peter: »Autopoiesis oder ökonomischer Staatsinterventionismus?«. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 9(1), 1988, S. 36-73.
- Nachtigall, Werner: *Bionik. Grundlagen und Beispiele für Ingenieure und Naturwissenschaftler*. Berlin, Heidelberg: Springer 1998.
- Narr, Wolf-Dieter: »Systemzwang als neue Kategorie in Wissenschaft und Politik«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 218-245.

- Nassehi, Armin: »Das Politische der politischen Gesellschaft«. In: *Soziologische Revue* 23(2), 2000, S. 132-140.
- Nassehi, Armin: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 33(2), 2004, S. 98-118.
- Nassehi, Armin: »Gesellschaftstheorie und Zeitdiagnose. Soziologie als gesellschaftliche Selbstbeschreibung«. In: Cornelia Bohn/Alois Hahn (Hg.): *Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematisierung in soziologisch-historischer Perspektive*. Konstanz: UVK 2001, S. 551-570.
- Nassehi, Armin: »The Person as an Effect of Communication«. In: Sabine Maasen/Barbara Sutter (Hg.): *On Willing Selves. Neoliberal Politics vis-à-vis the Neuroscientific Challenge*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007, S. 100-120.
- Nassehi, Armin: »Wie wirklich sind soziale Systeme? Zum ontologischen und epistemologischen Status von Luhmanns Theorie selbstreferentieller Systeme«. In: Werner Krawietz/Michael Welker (Hg.): *Kritik der Theorie sozialer Systeme. Auseinandersetzungen mit Luhmanns Hauptwerk*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1992, S. 43-70.
- Neuhäuser, Christian/Buddeberg, Eva: »Einleitung: Pflicht oder Verantwortung?«. In: *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 2(2), 2015, S. 49-60. Online: <http://www.praktische-philosophie.org/index.php/zfpfp/article/view/70/47>, Zugriff am 11.04.2016.
- Neumann, John v./Morgenstern, Oskar: *Theory of Games and Economic Behavior*. 3. Aufl. Princeton: Princeton University Press 1953.
- Niederwemmer, Ulf: »Versuch einer historisch-systematischen Ortsbestimmung des Technokratiegedankens (der Saint-Simonismus)«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 21-44.
- Niesen, Peter: »Souveränität«. In: Stefan Gosepath/Wilfried Hinsch/Beate Rössler (Hg.): *Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie*. 2 Bände. Berlin: De Gruyter 2008, Bd. 2, S. 1205-1211.
- Nitsche, Lilli: *Backsteingiebel und Systemtheorie. Niklas Luhmann – Wissenschaftler aus Lüneburg*. Gifkendorf: Merlin 2011.
- Nünning, Vera/Nünning, Ansgar: *Methoden der literatur- und kulturwissenschaftlichen Textanalyse. Ansätze – Grundlagen – Modellanalysen*. Unter Mitarbeit von Irina Bauder-Begerow. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2010.
- Nützenadel, Alexander: *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005.
- O'Donnell, Walter G.: »The Myth of Sovereignty«. In: *Social Science* 24(2), 1949, S. 91-98. Online: <http://www.jstor.org/stable/41883965>, Zugriff am 12.03.2016.
- Obama, Barack: *National Security Strategy*. Washington: The White House 2015. Online: <http://nssarchive.us/wp-content/uploads/2015/02/2015.pdf>, Zugriff am 21.11.2018.

- Obama, Barack: *Presidential Memorandum. Promoting Diversity and Inclusion in the National Security Workforce*, 05.10.2016. Washington: The White House 2016. Online: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2016/10/05/presidential-memorandum-promoting-diversity-and-inclusion-national>, Zugriff am 21.11.2018.
- Offe, Claus: »Krisen des Krisenmanagements: Elemente einer politischen Krisentheorie«. In: Martin Jänicke (Hg.): *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1973, S. 197-223.
- Offe, Claus: »Unregierbarkeit«. Zur Renaissance konservativer Krisentheorien«. In: Jürgen Habermas (Hg.): *Stichworte zur ›Geistigen Situation der Zeit‹*. 2. Bände. 2. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1979, Bd. 1, S. 249-318.
- Offe, Claus: »Das politische Dilemma der Technokratie«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 156-172.
- Offe, Claus: »Tauschverhältnis und politische Steuerung. Zur Aktualität des Legitimationsproblems«. In: Claus Offe: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1972, S. 65-106.
- Osrecki, Fran: *Die Diagnosegesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität*. Bielefeld: Transcript 2011.
- Otto, Danny: »Die Akteur-Netzwerk-Theorie als zeitdiagnostische Metapher«. In: Matthias Junge (Hg.): *Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen*. Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 181-196.
- Ozbakhan, Hasan: »Entwurf einer Look-out Institution«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 330-349.
- Peckar, Thomas: »Vom nationalen zum planetarischen Denken. Brüche, Wandlungen und Kontinuitäten bei Ernst Jünger«. In: Matthias Schöning/Ingo Stöckmann (Hg.): *Ernst Jünger und die Bundesrepublik. Ästhetik – Politik – Zeitgeschichte*. Berlin, Boston: De Gruyter 2012, S. 185-204.
- Petersen, Tim: »Emil Brunner's Social Ethics and its Reception in Ordoliberal Circles«. In: Christian L. Glossner/David Gregosz (Hg.): *60 Years of Social Market Economy. Formation, Development and Perspectives of a Peacemaking Formula*. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2010, S. 43-68.
- Pias, Claus (Hg.): *Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953*. 2. Bände. Zürich, Berlin: Diaphanes Verlag 2003.
- Piketty, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck 2014.
- Pohle, Julia/Thiel, Thorsten: »Digitale Vernetzung und Souveränität: Genealogie eines Spannungsverhältnisses«. In: Isabelle Borucki/Wolf J. Schünemann (Hg.): *Internet und Staat. Perspektiven auf eine komplizierte Beziehung*. Baden-Baden: Nomos 2019, S. 57-80.

- Polanyi, Karl: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 10. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2013.
- Polanyi, Karl: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. 2. Aufl. Boston: Beacon Press 2010.
- Pottage, Alain: »Power as an art of contingency: Luhmann, Deleuze, Foucault«. In: *Economy and Society* 27(1), 1998, S. 1-27.
- Powell, Walter W.: »Neither Market nor Hierarchy: Network Forms of Organization«. In: *Research in Organizational Behavior* 12, 1990, S. 295-336.
- Raithel, Thomas/Rödder, Andreas/Wirsching, Andreas (Hg.): *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*. München: Oldenbourg 2009.
- Raithel, Thomas: »Neue Technologien. Produktionsprozesse und Diskurse«. In: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hg.): *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*. München: Oldenbourg 2009, S. 31-44.
- Raphael, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*. Berlin: Suhrkamp 2019.
- Reader, Keith A.: *Intellectuals and the Left since 1968*. Basingstoke, London: Macmillan Press 1987.
- Reckwitz, Andreas: »Die Grenzen des Sozialen und die Grenzen der Moderne. Niklas Luhmann, die Kulturtheorien und ihre normativen Motive«. In: *Mittelweg* 36 36(4), 2003, S. 61-79.
- Reckwitz, Andreas: *Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung*. 3. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2013.
- Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp 2017.
- Reckwitz, Andreas: *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2000.
- Reichert, Jo: *Qualitative und interpretative Sozialforschung. Eine Einladung*. Wiesbaden: Springer VS 2016.
- Reinhardt-Becker, Elke: »(Luhmannsche) Systemtheorie – (foucaultsche) Diskurstheorie. Analogien und Differenzen. Eine Erwiderung«. In: *kultuRRevolution* 47(1), 2004, S. 8-13.
- Rempel, Michael: »Systems Theory and Power/Knowledge«. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* 16(4), 1996, S. 58-90.
- Rengger, Nicholas: »Paul Wilkinson obituary. Britain's leading academic specialist in the study of terrorism«. In: *The Guardian*, 18.08.2011. Online: <https://www.theguardian.com/politics/2011/aug/18/paul-wilkinson-obituary>, Zugriff am 21.11.2018.
- Rhodes, Rod A. W.: *Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham, Philadelphia: Open University Press 2010.

- Richter, Norbert A.: *Grenzen der Ordnung. Bausteine einer Philosophie des politischen Handelns nach Plessner und Foucault*. Frankfurt a.M.: Campus 2005.
- Richter, Saskia: »Zivilgesellschaft – Überlegungen zu einem interdisziplinären Konzept«. In: *Docupedia-Zeitgeschichte* o. Jg., 2016. Online: http://docupedia.de/zg/richter_zivilgesellschaft_v1_de_2016, Zugriff am 10.08.2017.
- Rickert, Gottfried: *Technokratie und Demokratie. Zum Technokratieproblem in der Staatstheorie einschließlich des Europarechts*. Frankfurt a.M.: Lang 1983.
- Rid, Thomas: *Maschinendämmerung. Eine kurze Geschichte der Kybernetik*. Berlin: Propyläen 2016.
- Rittel, Horst W. J./Webber, Melvin M.: »Dilemmas in a General Theory of Planning«. In: *Policy Sciences* 4(2), 1973, S. 155-169. Online: <https://link.springer.com/article/10.1007/BF01405730>, Zugriff am 21.11.2018.
- Rittel, Horst W. J.: »On the Planning Crisis. Systems Analysis of the »First and Second Generation««. In: *Bedriftsøkonomen* 8, 1972, S. 390-396.
- Ritter, Joachim (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie. Volltext-CD-ROM des Gesamtwerks*. Basel: Schwabe 2010.
- Rödder, Andreas: »Als Historiker kann ich nur sagen, es kommt nichts zurück«. Interview mit Hans Monath«. In: *Tagesspiegel*, 29.12.2017. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/professor-fuer-neueste-geschichte-als-historiker-kann-ich-nur-sagen-es-kommt-nichts-zurueck/20799492.html>, Zugriff am 21.11.2018.
- Rödder, Andreas: »Nach der Moderne? Zeithistorische Deutungskategorien für das späte 20. Jahrhundert«. In: Ulrich Beck/Martin Mulrow (Hg.): *Vergangenheit und Zukunft der Moderne*. Berlin: Suhrkamp 2014, S. 273-324.
- Rödder, Andreas: 21.0. *Eine kurze Geschichte der Gegenwart*. 4. Aufl. München: C.H. Beck 2016.
- Roeggele, Otto B.: »Massenmedien und Regierbarkeit«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 177-210.
- Rohbeck, Johannes: *Technologische Urteilkraft. Zu einer Ethik technischen Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1993.
- Rohde, Christoph: *Hans J. Morgenthau und der weltpolitische Realismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004.
- Röpke, Wilhelm: »The Place of the Nation«. In: *Modern Age* 10(2), 1966, S. 119-130.
- Ropohl, Günter: »Gesellschaftliche Perspektiven und theoretische Voraussetzungen einer technologischen Aufklärung«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 223-233.
- Ropohl, Günter: »Zur Technokratie-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland«. In: Hans Lenk (Hg.): *Technokratie als Ideologie. Sozialphilosophische Beiträge zu einem politischen Dilemma*. Stuttgart: Kohlhammer 1973, S. 58-76.

- Rosa, Hartmut/Kaiser, André: »The Fine Art of Government. Wilhelm Hennis's Comprehensive Conception of Politics and Practical Insight«. In: *European Journal of Political Theory* 3(1), 2004, S. 99-107. Online: <http://ept.sagepub.com/content/3/1/99.full.pdf>, Zugriff am 28.11.2018.
- Rosa, Hartmut/Willems, Ulrich: »Politische Theorie im Spiegel der Herausforderungen der Politik. Einige zusammenfassende Überlegungen«. In: Michael T. Greven/Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): *Politische Theorie – heute. Ansätze und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos 1999, S. 447-472.
- Rosa, Hartmut: »Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie: Der Beitrag der ›Cambridge School‹ zur Metatheorie«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 35(2), 1994, S. 197-223.
- Rosa, Hartmut: *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2005.
- Rosa, Hartmut: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2016.
- Rosa, Hartmut: *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2013.
- Rosa, Jean-Jacques/Aftalion, Florin (Hg.): *L'Économique retrouvée. Vieilles critiques et nouvelles analyses*. Paris: Économica 1977.
- Rosanvallon, Pierre: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2013.
- Rose, Richard: »Ungovernability: Is There Smoke Behind the Fire?«. In: *Political Studies* 27(3), 1979, S. 351-370.
- Rosenblueth, Arturo/Wiener, Norbert/Bigelow, Julian: »Behavior, Purpose and Teleology«. In: *Philosophy of Science* 10(1), 1943, S. 18-24. Online: <http://www.jstor.org/stable/184878>, Zugriff am 02.06.2016.
- Rosenblum, Noah: »Rethinking the French Liberal Moment: Some Thoughts on the Heterogeneous Origins of Lefort and Gauchet's Social Philosophy«. In: Stephen W. Sawyer/Iain Stewart (Hg.): *In Search of the Liberal Moment. Democracy, Anti-totalitarianism, and Intellectual Politics in France since 1950*. New York: Palgrave Macmillan 2016, S. 61-84.
- Rottenburg, Richard/Merry, Sally Engle/Park, Sung-Joon/Mugler, Johanna (Hg.): *The World of Indicators. The Making of Governmental Knowledge through Quantification*. Cambridge: Cambridge University Press 2015.
- Rudolph, Christopher: »Sovereignty and Territorial Borders in a Global Age«. In: *International Studies Review* 7(1), 2005, S. 1-20. Online: <http://www.jstor.org/stable/3699618>, Zugriff am 28.11.2018.
- Rueff, Jacques: »La Fin de l'Ere Keynesienne«. In: Jacques Rueff: *Œuvres complètes*. 4 Bände. Hg. von Emile M. Claassen. Paris: Plon 1977-1981, Bd. 3, S. 161-178.

- Rumpf, Helmut: *Land ohne Souveränität. Kritische Betrachtungen zur Deutschlandpolitik von Adenauer bis Brandt*. 2., erw. Aufl. Karlsruhe: Müller 1973.
- Runciman, David: »The crisis of British democracy. Back to the '70s or stuck in the present?«. In: *Juncture* 20(3), 2013, S. 169-177. Online: <http://www.ippr.org/juncture/the-crisis-of-british-democracy-back-to-the-70s-or-stuck-in-the-present>, Zugriff am 21.11.2018.
- Rzepka, Vincent/Straßenberger, Grit: »Für einen konfliktiven Liberalismus. Chantal Mouffes Verteidigung der liberalen Demokratie«. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 5(2), 2014, S. 217-233.
- Rzepka, Vincent: »Die symbolische Legitimation der Demokratie. Niklas Luhmann und die performative Generierung politischer Unterstützung«. In: Darmstädter Atheneforum (Hg.): *Macht – Herrschaft – Regierung. Herrschaftslegitimation in Geschichte und Theorie*. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 19-40.
- Rzepka, Vincent: *Die Ordnung der Transparenz. Jeremy Bentham und die Genealogie einer demokratischen Norm*. Berlin: Lit 2013.
- Rzepka, Vincent: *Sangspruch als cultural performance*. Zur kulturellen Performativität der Sangspruchdichtung an Beispielen Walthers von der Vogelweide. Berlin: Logos 2011.
- Saar, Martin: »Genealogie und Subjektivität«. In: Axel Honneth/Martin Saar (Hg.): *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption. Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2003, S. 157-177.
- Saar, Martin: *Genealogie als Kritik. Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault*. Frankfurt a.M.: Campus 2007.
- Sack, Detlef: »Governance und Gouvernementalität. Komplementäres und Distinktes zweier Regierungslehren«. In: Andreas Vasilache (Hg.): *Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft. Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault*. Wiesbaden: Springer VS 2014, S. 101-136.
- Sanders, Luise: *Zeitschriften der Politikwissenschaft. Ein Kompendium*. Berlin: De Gruyter 2012.
- Sarasin, Philipp: *Michel Foucault zur Einführung*. 4. Aufl. Hamburg: Junius 2010.
- Saretzki, Thomas: »Technokratie, Technokratiekritik und das Verschwinden der Gesellschaft. Zur Diskussion um das andere politische Projekt der Moderne«. In: Michael T. Greven/Peter Kühler/Manfred Schmitz (Hg.): *Politikwissenschaft als kritische Theorie. Festschrift für Kurt Lenk*. Baden-Baden: Nomos 1994, S. 353-386.
- Sartre, Jean-Paul: »Der Existenzialismus ist ein Humanismus«. In: Jean-Paul Sartre: *Gesammelte Werke*. Hg. von Traugott König und Vincent von Wroblewsky. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1986-1994, Bd. Philosophische Schriften 1, S. 117-155.

- Sartre, Jean-Paul: »Die cartesianische Freiheit«. In: Jean-Paul Sartre: *Gesammelte Werke*. Hg. von Traugott König und Vincent von Wroblewsky. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1986-1994, Bd. Philosophische Schriften 1, S. 99-116.
- Sartre, Jean-Paul: »Zum Existenzialismus. Eine Klarstellung«. In: Jean-Paul Sartre: *Gesammelte Werke*. Hg. von Traugott König und Vincent von Wroblewsky. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1986-1994, Bd. Philosophische Schriften 1, S. 92-98.
- Sartre, Jean-Paul: *Kritik der dialektischen Vernunft. Band I: Theorie der gesellschaftlichen Praxis*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1967.
- Sasse, Sylvia: »Poetischer Raum: Chronotopos und Geopoetik«. In: Stephan Günzel (Hg.): *Raum. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2010, S. 294-308.
- Sauer, Lieselotte: *Marionetten, Maschinen, Automaten. Der künstliche Mensch in der deutschen und englischen Romantik*. Bonn: Bouvier 1983.
- Savio, Mario: »Bodies upon the gears«. Speech at FSM rally, Sproul Hall steps. 2 December 1964«. In: Mario Savio: *The Essential Mario Savio. Speeches and Writings that Changed America*. Hg. von Robert Cohen. Berkeley: University of California Press 2014, S. 185-190.
- Sawyer, Stephen W./Stewart, Iain: »Introduction: New Perspectives on France's ›Liberal Moment‹«. In: Stephen W. Sawyer/Iain Stewart (Hg.): *In Search of the Liberal Moment. Democracy, Anti-totalitarianism, and Intellectual Politics in France since 1950*. New York: Palgrave Macmillan 2016, S. 1-16.
- Schäfer, Armin: »Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie«. In: *der moderne staat* 2(1), 2009, S. 159-183.
- Schäfer, Rieke: »Historicizing Strong Metaphors: A Challenge for Conceptual History«. In: *Contributions to the History of Concepts* 7(2), 2012, S. 28-51.
- Schäfers, Bernhard: »Schelskys Theorie des technischen Staates: Sachgesetzmäßigkeiten als Bezugsrahmen der Handlungsführung und Sozialkontrolle«. In: Burkart Lutz (Hg.): *Technik und sozialer Wandel. Verhandlungen des 23. Deutschen Soziologentages in Hamburg 1986*. Frankfurt a.M.: Campus 1987, S. 502-509.
- Schaller, Katrin: »Ökologische Netzwerke – Stützen des Systems«. In: *Spektrum.de*, 19.07.2006. Online: <https://www.spektrum.de/news/stuetzen-des-systems/845586>, Zugriff am 21.11.2018.
- Schanetzky, Tim: *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*. Berlin: Akademie Verlag 2007.
- Scharpf, Fritz W.: »Games Real Actors Could Play. Positive and Negative Coordination in Embedded Negotiations«. In: *Journal of Theoretical Politics* 6(1), 1994, S. 27-53.
- Scharpf, Fritz W.: »Komplexität als Schranke der politischen Planung«. In: Erwin Faul (Hg.): *Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation. Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Mannheim, Herbst 1971*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 1972, S. 168-192.

- Scharpf, Fritz W.: »Politische Steuerung und Politische Institutionen«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 40(1), 1989, S. 10-21.
- Schellnhuber, Hans J.: »»Earth system« analysis and the second Copernican revolution«. In: *Nature* 402(S6761), 1999, C19-C23.
- Schelsky, Helmut: »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«. In: Helmut Schelsky: *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf, Köln: Eugen Diedrichs 1965, S. 439-480.
- Schelsky, Helmut: *Die sozialen Folgen der Automatisierung*. Düsseldorf, Köln: Diedrichs 1957.
- Scherk, Nikolaus: *Dekolonisation und Souveränität. Die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika*. Wien, Stuttgart: Braumüller 1969.
- Scheuerman, William E.: »Realism and the critique of technology«. In: *Cambridge Review of International Affairs* 22(4), 2009, S. 563-584. Online: <http://dx.doi.org/10.1080/09557570903325504>, Zugriff am 21.11.2018.
- Scheuner, Ulrich: »Die internationalen Probleme der Gegenwart und die nationale Entscheidungsstruktur«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 255-296.
- Schieder, Theodor: »Einmaligkeit oder Wiederkehr. Historische Dimensionen der heutigen Krise«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 1. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 22-42.
- Schimank, Uwe: »Funktionale Differenzierung und gesellschaftsweiter Primat von Teilsystemen. Offene Fragen bei Parsons und Luhmann«. In: *Soziale Systeme* 11(2), 2005, S. 395-414.
- Schimank, Uwe: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflationen und Exklusionsverkettenungen. Niklas Luhmanns Beobachtung der Folgeprobleme funktionaler Differenzierung«. In: Uwe Schimank/Ute Volkmann (Hg.): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme*. Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 125-142.
- Schimank, Uwe: *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftssteuerung. Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie* 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006.
- Schirrmacher, Frank: *Ego. Das Spiel des Lebens*. 4. Aufl. München: Karl Blessing 2013.
- Schlak, Stephan: *Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik*. München: Beck 2008.
- Schlechtriemen, Tobias: »Zur Metaphorik in Manuel Castells' *Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*«. In: Matthias Junge (Hg.): *Metaphern soziologischer Zeitdiagnosen*. Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 197-216.

- Schlechtriemen, Tobias: *Bilder des Sozialen. Das Netzwerk in der soziologischen Theorie*. Paderborn: Fink 2014.
- Schmidt, Johannes F. K./Kieserling, André: »Editorische Notiz«. In: Niklas Luhmann: *Systemtheorie der Gesellschaft*. Hg. von Johannes F. K. Schmidt und André Kieserling. Berlin: Suhrkamp 2017, S. 1105-1116.
- Schmidt, Johannes F. K.: »Der Zettelkasten Niklas Luhmanns als Überraschungsgenerator«. In: Friedrich Meschede (Hg.): *Serendipity – Vom Glück des Findens. Niklas Luhmann, Ulrich Rückriem, Jörg Sasse*. Köln: Snoeck 2015, S. 153-167.
- Schmidt, Roman L.: *Lettre internationale. Geschichte einer europäischen Zeitschrift*. Paderborn: Fink 2017.
- Schmidt, Siegfried J.: »Einladung, Maturana zu lesen«. In: Humberto R. Maturana: *Erkennen. Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie*. 2. Aufl. Wiesbaden: Vieweg+Teubner 1985, S. 1-10.
- Schnell, Ralf: »Deutsche Literatur nach 1945«. In: Wolfgang Beutin/Matthias Beilein/Klaus Ehlert/Wolfgang Emmerich/Christine Kanz/Bernd Lutz/Volker Meid/Michael Optiz/Carola Optiz-Wiemers/Ralf Schnell/Peter Stein/Inge Stephan (Hg.): *Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. 8., akt. und erw. Aufl. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2013, S. 483-514.
- Schnell, Ralf: »Die Literatur der Bundesrepublik«. In: Wolfgang Beutin/Matthias Beilein/Klaus Ehlert/Wolfgang Emmerich/Christine Kanz/Bernd Lutz/Volker Meid/Michael Optiz/Carola Optiz-Wiemers/Ralf Schnell/Peter Stein/Inge Stephan (Hg.): *Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. 8., akt. und erw. Aufl. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler 2013, S. 585-668.
- Schreyögg, Georg: *Organisation*. 5., überarb. Aufl. Wiesbaden: Gabler 2008.
- Schroer, Markus: »Raum. Das Ordnen der Dinge«. In: Stephan Moebius/Andreas Reckwitz (Hg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 141-157.
- Schroer, Markus: »Theorie Reflexiver Modernisierung«. In: Georg Kneer/Markus Schroer (Hg.): *Handbuch soziologische Theorien*. Wiesbaden: Springer VS 2009, S. 491-515.
- Schroer, Markus: *Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.
- Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie: *Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis*. Hamburg: VSA 2002.
- Schüttpelz, Erhard: »Ein absoluter Begriff. Zur Genealogie und Karriere des Netzwerkkonzepts«. In: Stefan Kaufmann (Hg.): *Vernetzte Steuerung. Soziale Prozesse im Zeitalter technischer Netzwerke*. Zürich: Chronos 2007, S. 25-46.
- Schwarz, Hans-Peter: »Das europäische Konzert der gelähmten Leviathane. Variationen zum Thema der Unregierbarkeit und Außenpolitik«. In: Wilhelm Henning/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung 1*. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 296-312.

- Schwarz, Marcel: *Geschichten vom Ganzen. Studien zur Emergenz von Emergenz*. Baden-Baden 2016.
- Schwarzenberger, Georg: »The Forms of Sovereignty. An Essay in Comparative Jurisprudence«. In: *Current Legal Problems* 10(1), 1957, S. 264-295. Online: <https://doi.org/10.1093/clp/10.1.264>, Zugriff am 28.11.2018.
- Scott, Bernard: »Second-order cybernetics. An historical introduction«. In: *Kybernetes* 33(9/10), 2004, S. 1365-1378. Online: <https://www.emerald.com/insight/content/doi/10.1108/03684920410556007/full/html>, Zugriff am 28.11.2018.
- Seebach, Swen/Feustel, Robert: »Freiheit im Vollzug: Foucaults Vorlesungen von 1978/79. Eine Replik auf Philipp Sarasin«. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 56(1), 2008, S. 152-154. Online: <http://dx.doi.org/10.1524/dzph.2008.0013>, Zugriff am 21.11.2018.
- Seefried, Elke: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung. 1945-1980*. Berlin, Boston: De Gruyter 2015.
- Seibel, Benjamin: *Cybernetic Government. Informationstechnologie und Regierungsrationallität von 1943-1970*. Wiesbaden: Springer VS 2016.
- Seitz, Tim: *Design Thinking und der neue Geist des Kapitalismus. Soziologische Betrachtungen einer Innovationskultur*. Bielefeld: Transcript 2017.
- Senghaas, Dieter: »Systembegriff und Systemanalyse: Analytische Schwerpunkte und Anwendungsbereiche in der Politikwissenschaft«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 174-195.
- Senghaas, Dieter: »The Technocrats. Rückblick auf die Technokratiebewegung in den USA«. In: Claus Koch/Dieter Senghaas (Hg.): *Texte zur Technokratiediskussion*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt 1970, S. 282-292.
- Sensch, Jürgen: *Arbeitskämpfe in Deutschland. Streiks und Aussperrungen 1871 bis 1997*. ZA 8408 Dateiversion 1.0.0, 2011. Köln: GESIS Datenarchiv 2011. Online: <http://dx.doi.org/10.4232/1.10272>, Zugriff am 28.11.2018.
- Séville, Astrid: *There is no alternative. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang*. Frankfurt a.M.: Campus 2017.
- Sifry, Micah L.: *WikiLeaks and the Age of Transparency*. New Haven: Yale University Press 2011.
- Simmerl, Georg: »Foucault, ein Neoliberaler?!«. In: *Theorieblog*, 16.03.2016. Online: <http://www.theorieblog.de/index.php/2016/03/foucault-ein-neoliberaler/>, Zugriff am 21.11.2018.
- Simmerl, Georg: *Die Gründerkrise. Kritik und Regierungskunst des Liberalismus in den Anfängen des deutschen Nationalstaats (1873-1879)*. Dissertation eingereicht an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin 2020.

- Simon, Herbert A.: »The Architecture of Complexity«. In: *Proceedings of the American Philosophical Society* 106(6), 1962, S. 467-482. Online: <https://www.jstor.org/stable/985254>, Zugriff am 28.11.2018.
- Simons, Jon: *Foucault & the political*. London: Routledge 1995.
- Simson, Werner von: *Die Souveränität im rechtlichen Verständnis der Gegenwart*. Berlin: Duncker & Humblot 1965.
- Skidelsky, Robert J. A.: *Keynes. A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press 2010.
- Skinner, Quentin/Kalmo, Hent: »Introduction: a concept in fragments«. In: Hent Kalmo/Quentin Skinner (Hg.): *Sovereignty in Fragments. The Past, Present and Future of a Contested Concept*. Cambridge, New York: Cambridge University Press 2010, S. 1-25.
- Skocpol, Theda: *Diminished Democracy. From Membership to Management in American Civic Life*. Norman: University of Oklahoma Press 2003.
- Slobodian, Quinn: *Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp 2019.
- Sørensen, Eva/Torfin, Jacob: »Introduction Governance Network Research: Towards a Second Generation«. In: Eva Sørensen/Jacob Torfin (Hg.): *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008, S. 1-21.
- Sørensen, Eva/Torfin, Jacob: »Theoretical Approaches to Metagovernance«. In: Eva Sørensen/Jacob Torfin (Hg.): *Theories of Democratic Network Governance*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2008, S. 169-182.
- Specter, Matthew G.: *Habermas. An Intellectual Biography*. Cambridge, New York: Cambridge University Press 2010.
- Sprengr, Florian: *Epistemologien des Umgebens. Zur Geschichte, Ökologie und Biopolitik künstlicher environments*. Bielefeld: Transcript 2019.
- St. John-Stevas, Norman: »The disappearing consensus«. In: Anthony King (Hg.): *Why is Britain becoming harder to govern? Based on the BBC1 series Politics Now*. London: British Broadcasting Corporation 1976, S. 58-73.
- Staab, Philipp: *Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*. Berlin: Suhrkamp 2019.
- Stäheli, Urs: »Die Nachträglichkeit der Semantik. Zum Verhältnis von Sozialstruktur und Semantik«. In: *Soziale Systeme* 4(2), 1998, S. 315-340.
- Stäheli, Urs: »Semantik und/oder Diskurs: »Updating« Luhmann mit Foucault?«. In: *kultuRRevolution* 47(1), 2004, S. 14-19.
- Stankiewicz, Wladyslaw J.: »In Defense of Sovereignty: A Critique and an Interpretation«. In: Wladyslaw J. Stankiewicz (Hg.): *In Defense of Sovereignty*. New York, London, Toronto: Oxford University Press 1969, S. 3-38.
- Stankiewicz, Wladyslaw J.: »Sovereignty as Political Theory«. In: *Political Studies* 24(2), 1976, S. 141-157.

- Stankiewicz, Wladyslaw J.: »The Validity of Sovereignty«. In: Wladyslaw J. Stankiewicz (Hg.): *In Defense of Sovereignty*. New York, London, Toronto: Oxford University Press 1969, S. 291-297.
- Starbatty, Joachim: »Was kann der Marktmechanismus leisten? – Das Beispiel Stabilisierungspolitik«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung 1*. Stuttgart: Ernst Klett 1977, S. 196-222.
- Steber, Martina: »A Better Tomorrow. Making Sense of Time in the Conservative Party and the CDU/CSU in the 1960s and 1970s«. In: *Journal of Modern European History* 13(3), 2015, S. 317-337. Online: [dx.doi.org/10.17104/1611-8944-2015-3-317](https://doi.org/10.17104/1611-8944-2015-3-317), Zugriff am 28.11.2018.
- Stedman Jones, Daniel: *Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics*. Princeton: Princeton University Press 2012.
- Steiner, André: »Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?«. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 29-48.
- Steinmetz, Willibald: »Anbetung und Dämonisierung des »Sachzwangs«. Zur Archäologie einer deutschen Redefigur«. In: Michael Jeismann (Hg.): *Obsessionen. Beherrschende Gedanken im wissenschaftlichen Zeitalter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 293-333.
- Steinschaden, Fabian: »Heidegger und das Denken der Technik«. In: Mona Singer (Hg.): *Technik & Politik. Technikphilosophie von Benjamin und Deleuze bis Latour und Haraway*. Wien: Löcker 2015, S. 64-88.
- Stewart, Iain: »France's Anti-68 Liberal Revival«. In: Emile Chabal (Hg.): *France since the 1970s. History, Politics and Memory in an Age of Uncertainty*. London, New York, New Delhi, Sydney: Bloomsbury 2015, S. 199-224.
- Stichweh, Rudolf: »Raum, Region und Stadt in der Systemtheorie«. In: Rudolf Stichweh: *Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2000, S. 184-206.
- Stichweh, Rudolf: »Semantik und Sozialstruktur: Zur Logik einer systemtheoretischen Unterscheidung«. In: *Soziale Systeme* 6(2), 2000, S. 237-250.
- Stockhammer, Nicolas: »Die Zähmung des Minotaurus. Zur Aktualität von Bertrand de Jouvenels Reflexionen über die Staatsmacht«. In: *Berliner Debatte Initial* 19(1-2), 2008, S. 161-167.
- Straßenberger, Grit: »Männer machen Politik«. Wilhelm Hennis' politische Führungslehre«. In: Lutz Haarmann/Robert Meyer/Julia Reuschenbach (Hg.): *Von der Bonner zur Berliner Republik. Politik im Spiegel praktischer Wissenschaft. Festschrift für Tilman Mayer zum 65. Geburtstag*. Baden-Baden: Nomos 2018, S. 129-140.

- Straßenberger, Grit: »Linkspopulismus als Gegengift? Zur Kritik der radikal-pluralistischen Demokratietheorie«. In: *Mittelweg* 36 25(6), 2016, S. 36-55.
- Strebel, Helmut: »Regierung«. In: Hans-Jürgen Schlochauer (Hg.): *Wörterbuch des Völkerrechts*. 3 Bände. 2. Aufl. Berlin: De Gruyter 1962, S. 85-87.
- Strunk, Guido/Schiepek, Günter: *Systemische Psychologie. Eine Einführung in die komplexen Grundlagen menschlichen Verhaltens*. Heidelberg: Elsevier Spektrum Akademie Verlag 2006.
- Süß, Dietmar/Woyke, Meik: »Schimanskis Jahrzehnt? Die 80er Jahre in historischer Perspektive«. In: Meik Woyke (Hg.): *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*. Bonn: Dietz 2013, S. 7-24.
- Tanner, Jakob: »Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg. »Information« im Systemantagonismus von Markt und Plan«. In: Michael Hagner/Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, S. 377-413.
- Teubner, Gunther/Willke, Helmut: »Kontext und Autonomie: Gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht«. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 5(1), 1984, S. 4-35.
- Teubner, Gunther: »The Many-Headed Hydra: Networks as Higher-Order Collective Actors«. In: Joseph A. McCahery/Sol Picciotto/Colin Scott (Hg.): *Corporate control and accountability. Changing structures and the dynamics of regulation*. Oxford: Clarendon Press 1993, S. 41-60.
- Ther, Philipp: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin: Suhrkamp 2014.
- Turner, Alwyn W.: *Crisis? What Crisis? Britain in the 1970s*. London: Aurum 2008.
- Turner, Fred: *From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism*. Chicago: University of Chicago Press 2010.
- Tustin, Arnold: »Feedback«. In: *Scientific American* 187(3), 1952, S. 48-55. Online: <https://www.jstor.org/stable/24950780>, Zugriff am 28.11.2018.
- United States Department of State (Hg.): *Proceedings and Documents of the United Nations Monetary and Financial Conference. Bretton Woods, New Hampshire. July 1-22, 1944*. 2 Bände. Washington: United States Government Printing 1948.
- Vagt, Christina: »Komplementäre Korrespondenz«. In: *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 19(4), 2011, S. 391-406.
- Vargas Llosa, Mario: *Der Ruf der Horde. Eine intellektuelle Autobiographie*. Berlin: Suhrkamp 2019.
- Vertovec, Steven: »»Diversity« and the Social Imaginary«. In: *European Journal of Sociology* 53(3), 2012, S. 287-312.
- Vester, Frederic: *Die Kunst vernetzt zu denken. Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität*. 5. Aufl. Stuttgart: DVA 2000.

- Vitzthum, Wolfgang G.: »Den Staat denken. Werner von Simson (1908-1996)«. In: Peter Häberle/Michael Kilian/Heinrich A. Wolff (Hg.): *Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. Deutschland – Österreich – Schweiz*. Berlin: De Gruyter 2015, S. 742-757.
- Vogelmann, Frieder: »Reading Practices – How to read Foucault?«. In: *Krisis* 2(2), 2016, S. 1-10. Online: <http://krisis.eu/reading-practices-how-to-read-foucault/>, Zugriff am 21.11.2018.
- Vogl, Joseph: »Regierung und Regelkreis. Historisches Vorspiel«. In: Claus Pias (Hg.): *Cybernetics – Kybernetik. The Macy-Conferences 1946-1953*. 2 Bände. Zürich, Berlin: Diaphanes Verlag 2003, Bd. 2, S. 67-80.
- Volk, Christian: »Das Problem der Souveränität in der transnationalen Konstellation«. In: Christian Volk/Friederike Kuntz (Hg.): *Der Begriff der Souveränität in der transnationalen Konstellation*. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 135-162.
- Vowinkel, Annette: »Anmerkungen zur Mediengeschichte des Terrorismus«. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, S. 229-239.
- Wägenbaur, Thomas: »Emergenz. Der Sprung von der Evolutions- in die Kommunikationstheorie und Ästhetik«. In: *parapluie* 7, 1999, S. 1-7. Online: <http://parapluie.de/archiv/sprung/emergenz/>, Zugriff am 21.11.2018.
- Warneke, Sara: *Die europäische Wirtschaftsintegration aus der Perspektive Wilhelm Röpkes*. Stuttgart: Lucius & Lucius 2013.
- Wassermann, Felix: *Asymmetrische Kriege. Eine politiktheoretische Untersuchung zur Kriegführung im 21. Jahrhundert*. Frankfurt a.M., New York: Campus 2015.
- Watrin, Christian: »Zur Überlastung des Staates mit wirtschaftspolitischen Aufgaben«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung 2*. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 233-253.
- Weaver, Warren: »Science and Complexity«. In: *American Scientist*, 36(4), 1948, S. 536-544. Online: <http://www.jstor.org/stable/27826254>, Zugriff am 24.10.2018.
- Weber, Alfred: *Abschied von der bisherigen Geschichte. Überwindung des Nihilismus? 2. Aufl.* Hamburg: Claassen & Goverts 1946.
- Wehberg, Hans: »Die Vereinten Nationen auf dem Wege zur Weltregierung«. In: *Die Friedenswarte* 46(1-2), 1946, S. 1-7.
- Wehling, Peter: *Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*. Frankfurt a.M., New York: Campus 1992.
- Weick, Karl E.: »Educational Organizations as Loosely Coupled Systems«. In: *Administrative Science Quarterly* 21(1), 1976, S. 1-19.
- Wendt, Wolf R.: *Geschichte der Sozialen Arbeit*. 2 Bände. 2., überarb. und erweiter. Aufl. Wiesbaden: Springer VS 2017.
- Werber, Niels: »Raumvergessenheit oder Raumontologie, Latour oder Luhmann? Zur Rolle der Systemtheorie in einer (medien)geographischen Kontroverse«. In: *Soziale Systeme* 17(2), 2011, S. 361-372.

- Westphal, Manon: *Die Normativität agonaler Politik. Konfliktregulierung und Institutionengestaltung in der pluralistischen Demokratie*. Baden-Baden: Nomos 2018.
- Wiener, Norbert: *Cybernetics. Or Control and Communication in the Animal and the Machine*. New York, Cambridge, Paris: John Wiley and Sons; The Technology Press; Hermann & Cte. Éditeurs 1948.
- Wiener, Norbert: *The Human Use of Human Beings. Cybernetics and Society*. New York: Doubleday Anchor Books 1954.
- Wilkinson, Paul: »Die Drohung des Terrorismus«. In: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hg.): *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung* 2. Stuttgart: Ernst Klett 1979, S. 310-333.
- Willkie, Wendell L.: »Our Sovereignty: Shall We Use It?«. In: *Foreign Affairs* 22(3), 1944, S. 347-361.
- Wimmer, Rudolf: »Begegnungen mit Beratern«. In: Theodor M. Bardmann/Dirk Baecker (Hg.): »Gibt es eigentlich den Berliner Zoo noch?«. *Erinnerungen an Niklas Luhmann*. Konstanz: UVK 1999, S. 42-46.
- Winkler, Peter: »Grenzen der Flexibilisierung? Bedeutung, Herausforderungen und Konsequenzen der Heterarchie für die interne Kommunikation«. In: Simone Huck-Sandhu (Hg.): *Interne Kommunikation im Wandel. Theoretische Konzepte und empirische Befunde*. Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 85-102.
- Winner, Langdon: »Do Artifacts Have Politics?«. In: *Daedalus* 109(1), 1980, S. 121-136. Online: <http://www.jstor.org/stable/20024652>, Zugriff am 28.11.2018.
- Winner, Langdon: *Autonomous Technology. Technics-out-of-control as a Theme in Political Thought*. Cambridge: MIT Press 1977.
- Wirsching, Andreas: »The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?«. In: *Journal of Modern European History* 9(1), 2011, S. 8-9.
- Wöhrle, Patrick: »Das Denken und die Dinge. Intellektuelle Selbst- und Fremdwahrnehmungen in den 1960er und 1970er Jahren am Beispiel der ›Technokratie‹-Debatte«. In: Thomas Kroll/Tilman Reitz (Hg.): *Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013, S. 55-69.
- Wolf, Burkhardt: »Das Schiff, eine Peripetie des Regierens. Nautische Hintergründe von Kybernetik und Gouvernamentalität«. In: *MLN* 123(3), 2008, S. 444-468. Online: <http://www.jstor.org/stable/30136097>, Zugriff am 28.11.2018.
- Wolfe, Cary: »In Search of Post-Humanist Theory: The Second-Order Cybernetics of Maturana and Varela«. In: *Cultural Critique* 11(30), 1995, S. 33-70. Online: <http://www.jstor.org/stable/1354432>, Zugriff am 28.11.2018.
- Wootton, Barbara: *Freedom Under Planning*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press 1945.
- Woyke, Meik (Hg.): *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre*. Bonn: Dietz 2013.

Zamora, Daniel/Behrent, Michael C. (Hg.): *Foucault and Neoliberalism*. Cambridge, Malden: Polity 2016.

Register

A

Ackoff, Russel L. 19, 133f., 297
Alexander, Christopher 201
Äquivalenzfunktionalismus 305, 361f.
Arbeitslosigkeit 168-174, 264, 268, 400
Arendt, Hannah 39, 44f., 240, 407
ARPANET 19, 216-218
Ashby, W. Ross 18, 130, 135-138, 142-144, 147f., 151-160, 241, 244, 249, 254, 304, 311, 315f., 370
Ästhetik 103, 133, 159, 162, 223, 234, 282, 290-298, 385, 403 *siehe auch Design*
Atombombe 40, 48, 81, 84, 148, 385
Aufklärung 17, 24, 44, 57-59, 61, 81, 86, 90, 93, 113, 119, 121, 164, 192, 208, 215, 378, 386f., 406 → bei Foucault 24, 227, 263, 265, 282-284, 294, 305, 386f. → bei Luhmann 24, 302-305, 317, 322, 331f., 359, 362, 386f. *siehe auch Moderne, Modernisierung*
Ausdifferenzierung, Differenzierung 20, 31, 74, 90, 155, 172, 178, 205, 387f., 396, 402, 406f. → bei Foucault 243, 245, 255, 259f., 272, 279, 282, 284, 286, 388 → bei Luhmann 300, 306-315, 319, 324-334,

339, 343-345, 349, 351-357, 360-363, 365, 368f., 371f., 388, 406 *siehe auch Differenz, differentiated polity, Komplexität*

Autopoiesis 137, 143, 153, 161f., 238, 284, 300-302, 307-317, 321, 324, 333f., 350, 361, 369, 379

Autorfunktion 237f.

B

Bateson, Gregory 15, 127f., 131, 134f., 143f., 153, 156-163, 312, 351, 406

Becker, Gary 194, 214, 275f., 289, 359

Beer, Stafford 134, 136-138, 140-142, 147, 150, 155, 250

Bevir, Mark 13f., 25, 167, 212f., 232, 394, 410

Bewusstsein 21, 52, 57-59, 61, 70, 73, 77-81, 84, 88-96, 101, 115, 125f., 137, 145, 160, 237, 243f., 246, 249, 262, 280, 321f., 327, 364, 382, 399

Boltanski, Luc 14f., 29, 167, 210, 234, 379, 386, 390f., 404-406

Bourdieu, Pierre 25, 308

Brand, Stewart 135, 351

Brittan, Samuel 177, 194, 199, 214
 Buchanan, James 194, 198, 211f.
 Bürokratie 80, 115f., 200, 203f., 330,
 342, 344, 360, 364

C

Canguilhem, Georges 223, 228-231, 233-
 235, 244, 271
 Castells, Manuel 15, 18f., 217f.
 Chiapello, Ève 14f., 29, 167, 210, 234, 379,
 386, 390f., 404-406
 Co-Arrangement 397
 Code, Codierung 21, 106, 149, 151, 229f.,
 247, 291f., 295, 309, 313f., 331, 333f.,
 343-346, 349f., 354-357, 365, 382, 388,
 391
 Computer 11, 14, 18, 106, 112f., 131, 134,
 139, 141, 145f., 165, 216-219, 221, 314,
 351, 372, 381f.
 Counterculture, Gegenkultur 14, 105f.,
 109, 133-136, 175, 206, 210, 217, 219,
 221, 271, 280, 296f., 328, 347, 377, 386,
 394, 406f.
 Crozier, Michel 128, 174f., 177f., 180,
 200-206, 209, 216, 272f., 281, 328, 330,
 353, 358, 381, 387, 401, 404

D

Dekolonisierung, Dekolonisation 53-55,
 58, 61, 81, 89
 Deleuze, Gilles 15, 135, 158, 226, 234, 247,
 263f., 271, 323-325, 404
 Design 50, 133-135, 143, 201, 228, 291,
 296f., 386, 392, 397f.
 Diagramm 21, 141-145, 158, 246, 251, 260,
 380
 Dialektik 60, 65, 75, 79f., 86f., 93, 101,
 104, 121, 226f., 243, 390
 Differenz (als Gegenbegriff zu Identi-
 tät) 10, 20-23, 136, 150, 154f., 160-164,

210, 215, 219, 224, 234, 296, 307, 309f.,
 322-324, 346f., 351, 357f., 360-363, 365,
 368-372, 384f., 387, 390, 392-394, 399,
 401-403, 407 *siehe auch Diversität*
 Differenzierung *siehe Ausdifferenzierung*
 differentiated polity 31, 300, 396
 Differenzsteuerung 269-372
 Diskontinuität *siehe Kontinuität*
 Diskurs 25-30, 68, 84, 92, 104, 106f., 136,
 179, 191f., 207, 224, 269, 301, 320,
 370f., 386, 391, 400 → bei Foucault 224,
 228, 230, 232-242, 244-246, 250, 256,
 266, 289, 317
 Dispositiv 245, 255f., 259, 261, 265f., 317
 Diversität, diversity 21-23, 155, 205, 207,
 210, 215, 219, 233f., 243, 260, 350, 357,
 359, 375, 378, 390f., 393-397, 402f.,
 406f. → diversity politics 393f.
 Drogen 276, 280f., 295, 297

E

Effizienz 17, 111, 117-120, 128, 134, 156,
 165, 173, 196, 199, 201, 212f., 218, 240,
 344, 353, 360, 376, 392, 399 *siehe auch*
Rationalisierung
 Ellul, Jacques 108, 110, 113f., 118-127
 Emergenz 21, 140, 156, 161-163, 244f.,
 251, 254, 283f., 308, 381, 384 *siehe auch*
Evolution
 Entropie 148f., 246, 385
 Ereignis (Konzept) 92, 129f., 160, 134,
 154, 231f., 236f., 244-246, 282, 284,
 306, 313-315, 321, 326, 328, 340, 383-
 386
 Evolution 135, 148, 161f., 229, 283, 326f.,
 339f., 343, 346, 348f., 354, 360, 371, 384
siehe auch Emergenz
 Experimente 134, 190, 206f., 221, 223,
 271, 274, 279-282, 296-298, 326, 362-

364, 378, 386, 391f., 395, 406 *siehe auch Innovation*

F

Facebook 392

Fanon, Frantz 52-61, 66, 69f., 75, 80-88, 92-95, 99, 101, 103, 193, 382

Feedback, Rückkopplung 70f., 112, 130, 132, 146-150, 153, 214, 218, 287, 360, 393
→ Abweichungsverstärkung 71, 156f., 223, 357 *siehe auch Zirkulation*

Flexibilität, Flexibilisierung 18, 23, 145, 156, 168, 206f., 215, 255, 257, 278f., 296, 301, 330, 342, 349, 363, 365, 377, 379, 387, 391-393, 404

Floridi, Luciano 137

Foerster, Heinz von 130, 134-136, 144, 148, 150, 153-164, 227f., 230, 312, 385-386, 406

Foucault, Michel 10, 13, 20-24, 26-28, 52, 80, 112, 126, 128, 135, 143, 154, 163f., 178, 193, 203, 214, 216, 221-298, 305-306, 312, 315-320, 323-326, 332, 336-3389, 353-363, 375, 378-401, 406 → im Vergleich mit Niklas Luhmann 20-24, 31-33, 222-224, 229, 234, 238, 299-302, 305f., 312, 315f., 319f., 322-324, 326, 335-339, 354-360, 362f., 378-392, 395, 406

Friedman, Milton 194, 196, 198

G

Gegenkultur *siehe Counterculture*

Gemeinsinn, Gemeinwohl 62-66, 85f., 99, 197f., 390, 399-401, 406f.

Gerechtigkeit 61-69, 85, 104, 296, 390, 393, 406f., 408

Gewalt 13, 20, 40f., 43, 45f., 50, 52-57, 59, 64, 72f., 78, 82-84, 98, 107, 173f.,

178-180, 208, 262-264, 285, 337, 356, 377, 396

Gewaltenteilung 41, 336, 344, 357

Gewerkschaft 175-177, 195, 271, 247, 277, 345, 391

governance 9, 13-15, 22, 25, 31, 166f., 207, 212f., 219, 282, 287, 289, 300, 370, 375, 387, 389, 393-399, 401, 403f. *siehe auch network governance*

government 11f., 22, 31, 88, 176, 185-187, 206, 215, 287, 403 *siehe auch Westminster-Modell*

Gouvernementalität, governmentality 10, 31, 224, 248, 253, 265, 267, 269f., 275f., 282f., 287-289, 296, 387, 389, 399

Granovetter, Mark 15, 207

Groupe d'Information sur les Prisons (GIP) 257-260, 262, 280, 391

H

Habermas, Jürgen 9, 105f., 111, 118, 123-125, 127, 132, 188-193, 211, 213f., 263, 283, 300, 354

Handlungsfähigkeit 36, 69, 78, 165, 408

Handlungstheorie 254, 286, 317, 366f., 404

Hennis, Wilhelm 51, 62, 71-82, 85-88, 90-93, 95, 99, 101f., 179-188, 191f., 194, 300, 382

Heterarchie 157, 219, 301, 309, 329, 372, 406

Hierarchie 17-22 → im Souveränitätsparadigma 36, 64, 68, 79, 84f., 88, 100, 107, 117 → im neoliberalen Denken 157, 199-201, 211-214, 403 → Hierarchie-Kritik 11, 13f., 17-22, 156f., 199-201, 204, 206, 258-260, 272f., 279, 283, 304, 310f., 330-336, 340, 346, 354-358, 363-366, 370, 377-379, 387, 391f., 396-398, 401-403 *siehe auch Heterarchie*

Horkheimer, Max 91, 114, 118, 120f., 124
 Humanismus, (nicht-)humanistisch 17f.,
 36, 51f., 58-60, 70f., 77-82, 85-92, 95,
 101-104, 107, 121-126, 137, 143, 145f., 183,
 225, 230, 237, 239-243, 249-264, 266,
 271, 278, 289, 294, 312, 319-325, 331f.,
 343, 346, 355, 357, 376, 381f., 385f.
 → Antihumanismus 13, 312

I

Inflation 168-170, 174f., 181, 194, 199, 342,
 345 → Anspruchsinflation 186, 302,
 310, 338-345 → Machtinflation 338
 Information, Informationstheorie 17, 106,
 111-113, 131, 136, 147-150, 153, 156, 159,
 197, 199, 201, 210, 213f., 218, 221f.,
 225-235, 239, 246, 258, 279, 290, 303,
 312-314, 335, 338, 343, 360, 376, 382f.,
 385, 391f., 402, 404 → Informationsge-
 sellschaft 22 → Informationstechnolo-
 gie 18f., 210, 216 *siehe auch Computer*
 Innovation 23, 126, 133f., 141, 207, 215,
 218, 223, 271, 296, 301f., 351, 361, 363-
 366, 370, 392f., 397, 402
 Institutionalismus 20, 180-182, 184-188,
 204f., 210, 215, 223, 273f., 300, 354,
 356, 359, 377 → Neoinstitutionalismus
 367, 370f.
 instrumentelle Rationalität 113, 116,
 120f., 125, 212, 214, 218 *siehe auch Mittel-
 Zweck-Verhältnis, Teleologie, Zweck*
 instrumentelles Staatsverständnis 211f.,
 401 *siehe auch Neoliberalismus, Public-
 Choice-Theorie*
 Intellektuelle 20, 23, 27-29, 33, 43, 52,
 58, 60, 62, 70, 102f., 112, 128, 173,
 192f., 215, 221, 226, 348, 373, 399, 407
 → universelle / spezifische Intellektu-
 elle 126, 215, 258, 280, 319f., 354, 390

Internet 11, 18f., 106, 130, 155, 217-219,
 299, 378, 381 *siehe auch ARPANET*

J

Jacob, François 229, 244
 Jakobson, Roman 131, 226

K

Kalifornien 13, 105, 206f., 219, 221, 234,
 261, 296, 409 → Bay Area 14, 207, 297,
 409
 Kausalität (lineare, zirkuläre) 17-19, 22,
 80, 107, 129, 133, 138, 151, 162, 164, 202,
 207, 214f., 232-236, 243f., 250, 255,
 257, 260, 284, 303-306, 326, 328, 331f.,
 336, 347f., 353, 356, 365, 384, 389, 402
siehe auch Zirkulation
 Kelsen, Hans 41-43, 49, 73f.
 Keynes, John M. 48, 100
 Keynesianismus 13, 47f., 100, 146, 174f.,
 197f., 214, 270, 274, 400
 Kielmansegg, Peter Graf 72, 88, 174-176,
 182-187, 194, 199f.
 Komplexität 19-23, 376-380, 383-385,
 388, 390, 403 → in der Kybernetik 131,
 134, 145f., 152, 154-159, 162-164, 200-
 207, 209, 215, 219 → bei Foucault 238,
 243, 248, 251, 254-260, 263f., 277f.,
 282, 288, 297 → bei Luhmann 303-308,
 314, 320, 323, 325, 330, 334, 348, 356-
 359, 364, 368f., 371
 Konnektivität 19f., 140-142, 145, 251, 257,
 329, 377, 381, 404, 406 → konnexionis-
 tisch 14, 22, 301, 371f., 404
 Konservative, konservativ 44f., 91, 119,
 149, 175-177, 180f., 184f., 190f., 199,
 206, 209, 300f., 330f., 343f., 346, 350,
 354f., 357f., 390f., 393, 400

Kontingenz 19f., 92, 128, 134, 145, 159,
173, 192, 208, 215, 234, 243, 252, 294,
337, 364, 385, 389 *siehe auch Zufall*
Kontinuität, 21, 23, 146, 162, 172, 209,
237f., 243-245, 248f., 325, 368, 383-
385, 387, 405 → Diskontinuität 162,
229-234, 237f., 243-245, 383
Kooiman, Jan 31, 395-398
Kreativität 11, 23f., 126, 133f., 160, 162,
224, 293, 295-298, 356, 362, 375, 387,
393, 397f., 402, 404
Kybernetik 9, 14, 17-21, 28, 70f., 106f.,
111-113, 117, 125, 127-164, 200-206, 215,
217, 219, 222-231, 234-245, 249-256,
260, 269, 282, 284, 286, 289f., 294,
296f., 299f., 305, 312, 317, 223, 335,
350f., 358, 365, 370, 376f., 377, 380-
382, 384-390 *siehe auch second-order cy-
bernetics*

L

La Porte, Todd 200, 207f., 370, 396
Lacan, Jacques 225
Laclau, Ernesto 192
law of requisite variety 155, 306
Legitimität 17, 39, 50, 74, 85, 87, 91, 122,
187f., 190-192, 199f., 218, 262, 283, 338,
342, 385, 387, 389, 392
Lernen, Lernfähigkeit 134, 152, 201, 314,
342, 348, 355f., 362-364, 364, 370, 391
Lévi-Strauss, Claude 143, 225f.
Liberalismus 44, 66-69, 90, 192-200, 211-
214, 266-271, 274-297, 322, 386, 402
siehe auch Neoliberalismus
LSD 281 *siehe auch Drogen*
Luhmann, Niklas 10, 20-24, 31-33, 80,
126, 128, 138, 155, 203, 209f., 210, 216,
222-224, 229, 234, 238, 256, 299-375,
378-401, 405-407 *siehe für Vergleich
auch Foucault, Michel*

M

Macht 17, 21f., 28, 32, 43, 45f., 49, 55, 57,
61, 63f., 74, 80, 85, 117f., 124, 183, 195,
197, 205, 214f., 379, 381, 389, 395, 402
→ im Foucault-Kapitel 221-226, 236f.,
239, 242, 247-272, 277-291, 293, 295,
312, 317 → im Luhmann-Kapitel 330f.,
335-338, 346, 350, 357f., 365f. → Ver-
gleich Macht bei Luhmann/Foucault
21f., 335-339, 389 → Vertrags- und Be-
sitztheorien 206, 250, 252, 260, 332,
335, 389
Marcuse, Herbert 108, 115, 118-121, 124f.,
127, 262
Markt 13f., 16, 20, 47, 100, 113, 146, 195-
199, 207, 210, 212, 215, 217f., 267, 276,
359, 370, 379, 384, 401
Marxismus 52f., 57f., 80, 118, 188f.,
192f., 223, 226, 249, 262-264, 271, 273,
275, 320, 331, 356, 359, 386, 390, 399
siehe auch Neomarxismus
Maschine 18f., 70f., 106f., 112f., 120-122,
127, 129-131, 134-139, 141f., 144-147,
150-153, 158-162, 165, 218f., 228, 234,
238, 244, 246, 249, 252, 254, 259, 307f.,
312, 320, 336, 380f.
Matrix, Matrize 142, 246, 256, 259, 380
Maturana, Humberto 134, 137, 153, 161f.,
223, 284f., 300, 311f., 315, 319
Mayntz, Renate 132, 398
McCulloch, Warren 130f., 134, 136, 138-
141, 143, 149f., 156f., 253
Mead, Margaret 131, 135, 143
Mechanik, mechanistisch 80, 107, 128f.,
133f., 138, 163, 199, 202, 204f., 214f.,
243-236, 243f., 249f., 250, 253, 256,
260, 272f., 304, 331, 353, 376f., 381-
384, 387, 401
metagovernance 31, 396-399
Meynaud, Jean 108f., 113-118, 125, 127

Mikroelektronik 19, 130, 216-218, 221, 256, 378

Mittel-Zweck-Verhältnis 120-125, 133, 151f., 331, 353, 392 *siehe auch instrumentelle Rationalität, Zweck*

Moderne 17-20, 23f., 28, 32f., 106-108, 120-122, 127f., 376-379, 381, 383, 385-389, 391f., 399-408 → und Souveränität 51, 70, 82, 84, 89, 92-95, 99, 111, 127, 187 → und Kybernetik 18f., 107f., 128, 132-137, 143, 152, 154, 158, 163f., 204-207, 376f. → und Foucault 230, 240, 245f., 255, 259f., 262, 264, 270-274, 280f., 291-294, 297f., 385-387 → und Luhmann 300-303, 307, 310, 316, 332, 344f., 347, 350-354, 360, 387 → Krise / Strukturwandel der Moderne 19-21, 23, 28, 108, 164-180, 187f., 190, 194, 200, 204-209, 213-216, 221-225, 272f., 352-354, 377f., 381, 389, 399-408

Modernisierung 18, 36, 38, 84, 92, 94f., 101, 103, 109-111, 127f., 135-137, 208, 210, 213, 260, 331, 353f., 365, 377, 386

Moral 23f., 35f., 44, 51f., 60, 65-69, 76, 82-86, 91f., 97, 103, 118, 126, 191, 214, 223, 253, 276f., 291-295, 301, 319f., 343, 355f., 359-364., 385f., 389-392, 399-406

Morgenthau, Hans 43-46, 49, 95, 98, 114

Mouffe, Chantal 192, 211

Münkler, Herfried 27f., 32, 42f., 90, 92, 94, 383, 409

N

Neoinstitutionalismus *siehe Institutionalismus*

Neoliberalismus 12-16, 20, 23f., 32, 111, 166, 174, 181, 191, 194-199, 204, 210-218, 223, 240, 267, 271, 274-279, 287-289, 293, 296, 300f., 358-364, 367, 370, 376, 392, 395, 400-404 → und Fou-

cault 274-279, 287-289, 293 → und Luhmann 358-364 → Ordoliberalismus 47, 62, 68, 275

Neomarkismus 20, 180f., 188-192, 195, 199, 204, 210, 215, 300f., 354, 359, 377, 390

network governance 11, 31, 207, 219, 287, 289, 370, 393-396, 399, 401, 403 → und Foucault 31, 289, 399, 401 → und Luhmann 31, 370, 396, 401

Netzwerk-Gesellschaft 18, 378, 396

Neue Linke 108, 135, 178f., 188, 192f., 208

Neue Soziale Bewegungen 31, 175, 177f., 280, 355f., 361, 394

Neumann, John von 130f., 139, 145-147, 156-158, 226

New Public Management 14, 212-214, 276, 401-403

Newton, Isaac 107, 109, 127-129, 133, 163, 202, 214f., 249, 382, 384

Newtonianismus 129, 133, 163

noise *siehe Rauschen*

O

Offe, Claus 109, 127, 180, 188-191, 263

Offenheit 23, 80, 199, 301. 365f., 384, 387, 391f., 402

Öffentlicher Dienst, civil service 175, 330f., 394, 398

Ökologie, ökologisch 17, 21, 127, 178, 182, 301f., 340f., 350-356, 360-364, 368, 384, 393

Ölpreiskrise 168, 171, 173, 178, 400

one best way 23, 127, 203, 282, 297, 330, 348, 392, 396, 402

open government 403

Operations Research 109-112, 129f., 133f., 218

Opportunismus 23, 348, 391

P

Parteien 23, 55, 57, 80, 88, 178, 184-188, 193, 209, 274, 279-281, 343, 356f., 367f., 391f.

Planung 11, 17, 29, 38, 70, 84, 94f., 99-101, 104, 109, 115, 123, 126-132, 139, 165, 173, 191, 201-203, 207, 219, 261, 297, 330, 348, 363, 367, 375f., 393, 397, 405

Pluralismus 41, 45, 79, 165, 175, 192

postindustrielle Ordnung 171

Poststrukturalismus 164, 192, 233f., 312, 323

PPBS (Planning, Programming, Budgeting System) 111, 165, 376

Principal-Agent 213, 402f.

progressiv 181, 330f., 343-346, 350, 354, 391, 400

Public-Choice-Theorie 20, 194f., 212, 401

R

RAND Corporation 17, 70, 110f., 132, 158, 202, 217

rational choice 101, 111, 157, 194, 199, 204, 212-215, 219, 289, 296, 308, 358, 364, 398, 401

Rationalisierung 57, 68, 110f., 128, 132-134, 190, 202-206, 214, 260, 283, 286, 325-327, 353, 360, 364

Raum 24, 139, 172, 202, 209, 216, 224, 351, 382f., 405 → im Souveränitätsparadigma 61, 94f., 99f. → bei Foucault 239, 245-247, 250, 257, 271, 282, 296 → bei Luhmann 307, 327-329 → »Großraum« 46, 49

Rauschen, noise 149, 153, 230, 235, 237, 241, 313, 352, 392, 408 → Rauschen des Wissens 241, 279, 281, 296, 392, 408

Reckwitz, Andreas 134, 167, 181, 231-234, 238, 295-297, 316, 347, 394, 400, 402

Reflexivität, reflexive Wende 19, 24, 134, 154, 159, 223, 227, 231-235, 242, 250f., 271, 283, 287, 288, 294, 302, 305, 307, 317f., 322, 337, 345, 347, 352, 362f., 365f., 387f., 398f.

Regierbarkeit *siehe Unregierbarkeit*

Regierungsdenken (Def.) 12

Regulation 12, 17, 18-22, 107, 112, 129f., 146, 151-153, 204-206, 223, 228, 335, 350, 359-360, 383, 387-389, 395-398, 407f.

Repräsentation, Repräsentativität 17, 22f., 65f., 87f., 94-96, 105, 143, 172f., 184f., 253f., 257-259, 280f., 296, 317-320, 330-333, 353f., 387, 390-395, 402, 408

Risiko 146, 218, 268f., 327, 364-367, 371f., 378, 381, 392, 404

Rittel, Horst 201-206, 215, 272, 281, 297, 353, 387

Romantik, Romantizismus 113, 293, 303, 316, 322, 347

Rosa, Hartmut 9, 23-27, 84, 91f., 102, 164, 167, 181, 193, 208f., 216, 316, 348, 386, 400, 407, 409

S

Schaltkreis, Schaltplan 21, 139-144, 219, 251-253, 343, 362, 381

Scharpf, Fritz 201, 367, 369, 398, 404

Schelsky, Helmut 108f., 112, 114, 118-127, 306

second-order cybernetics 134-136, 145, 153, 234, 284, 297, 311-313, 386 *siehe auch Kybernetik*

Selbstführung 224, 286f., 291-296, 392, 402, 406 *siehe auch Subjekt, Selbstorganisation*

Selbstorganisation, Selbstregulation 20, 99, 107, 113, 186, 383f., 388f., 395, 397f. → in der Kybernetik 146-149, 151-154,

- 158-160 → bei Foucault 236f., 244-247, 250-253, 278, 297 → bei Luhmann 311f., 358-360 *siehe auch Autopoiesis, Regulation*
- Sender 149, 153, 233, 252, 312
- Serres, Michel 15, 234, 271, 314
- Shannon, Claude 130f., 142, 148-150, 153, 156, 226
- Simon, Herbert 201, 348
- Simson, Werner von 36, 43, 45, 77-82, 85-95
- Situativität 23, 157, 163, 198, 209, 215f., 296-298, 324, 348-350, 365, 386, 390, 393 → situative Politik 23, 209, 348-350, 390, 393 → situatives Subjekt 23, 209, 296-298, 386
- Skinner, Quentin 27, 38
- Souveränität 9f., 16-24, 35-104, 165-221 → souveränes Regieren 82-87, 95-104 → und Technokratie 106-110, 117f., 122-128 → und Kybernetik 137, 143, 157, 160 → im Vergleich mit Netzwerk-Denken 16-24, 376-391, 395-397, 400f., 407f. *siehe auch Raum, Zeit, Subjekt*
- Spiel, Spieler, game 203-210, 212, 215, 221f., 226, 297, 360, 381f., 386, 391f., 398, 404 → in der Kybernetik 145-147, 156-158, 297, 381f. → Spieltheorie 111, 116, 119, 145-147, 156-158, 196, 212, 218, 226, 288f. → bei Foucault 229-233, 245, 253-256, 267, 272, 283-289, 297, 319, 386 → im network governance 398, 404
- Staatskritik → Kritik des technokratischen Staates 115-128 → in den Krisennarrativen 180-206 → neoliberale Staatskritik 192-200, 213f., 267 → bei Foucault 247-269 → Kritik des Wohlfahrtsstaates bei Luhmann 338-343 *siehe auch network governance, New Public Management*
- Staatsphobie 263-269, 276, 358
- Stagflation 173f., 198
- Start-up-Kultur 392
- Steuerungsdenken 19, 105-107, 128, 164, 221-223, 311, 376f., 397 *siehe auch Kybernetik, Planung, Souveränität, Technokratie*
- Steuerungsfähigkeit 22, 99, 127f., 166, 189, 194, 316, 333, 354f., 361-367, 401 *siehe auch Differenzsteuerung*
- Steuerungsskepsis 250, 311, 350
- Steuerungszentrum 17f., 85, 354, 380, 387
- Strategie (Metapher) 24, 206, 185, 209f., 216, 381, 386 → in der Kybernetik 112, 147, 150, 155 → bei Foucault 246, 251, 253-258, 288-291, 296f. → bei Luhmann 306f., 326 *siehe auch Spiel, Taktik, usability*
- Strukturalismus 15, 225-227, 230-234, 271, 289, 304, 390 *siehe auch Poststrukturalismus*
- Subjekt 9f., 14, 22-24, 27-29, 209, 382-392, 398, 402-406 → souveränes Subjekt 17, 22-24, 58-61, 74, 78, 87-95, 107, 173, 192, 209, 237-253, 313, 382, 385f. → situatives Subjekt 23, 209, 296-298, 386 → in der Kybernetik 107, 140, 154 → bei Foucault 229-231, 237-253, 266-276, 281, 284-298, 360, 362 → bei Luhmann 313-315, 320-322, 360, 362 *siehe auch Selbstführung*
- system dynamics 351, 393

T

- Taktik 55, 147, 253-255, 288f., 365
- Teleologie, télos 17, 50, 52, 61, 67, 70, 75f., 85-88, 101, 138, 144, 176, 183-187, 197, 209-214, 243, 376, 382, 390, 399-401 → bei Foucault 228, 241, 255, 286,

292 → bei Luhmann 304, 326, 331, 350-354, 369 *siehe auch* Mittel-Zweck-Verhältnis, Zweck

Technokratie 17, 32, 104-135, 165f., 182, 188, 191, 226, 240, 261, 283, 297, 300, 348, 376

tool, tools approach 24, 135, 142, 204, 206, 217, 269f., 282, 293, 296, 362 *siehe auch* Werkzeugkiste

Transparenz 68, 155, 163, 212-214, 218, 272, 316, 321, 370, 402-404 *siehe auch* Offenheit, open government

U

Unregierbarkeit 155, 166-198, 311, 339, 344, 395

usability 24, 296, 299, 390

V

Varela, Francisco 15, 134, 137, 161-164, 284, 311f.

Verantwortung 13, 17, 51f., 57-60, 69, 73-82, 86-97, 104, 108, 117, 185, 209, 278, 289, 346f., 382, 395, 397, 406

Vertragstheorie *siehe* Macht

Vester, Frederick 393

W

Wachstum 13, 100, 165-167, 170-175, 199f., 301, 331, 343-354, 360

Wahrheit (Konzept) 66, 152, 215, 229f., 235-237, 252, 259, 283, 290, 295, 303f., 313, 331, 337f., 354 *siehe auch* Wissen

Webber, Melvin 201-206, 215, 272, 281, 353, 387

Weltgesellschaft 327-329, 362, 372, 382

Weltkrieg 16f., 35f., 39, 45, 49, 51, 54, 82, 92-94, 102, 108f., 119, 129-133, 171, 174, 370, 376, 384

Werkzeugkiste 135, 293, 296 *siehe auch* tools

Westminster-Modell 68, 88, 301, 356f.

White, Harrison 15, 31

Whole Earth Catalog 135, 351

wicked problems 202f., 281, 348, 392

Wiener, Norbert 111-113, 127-151, 156f., 226, 228

Wissen 24, 163f., 197, 376, 392, 408
→ Wissensordnung 88f., 174f., 378f., 387f. → bei Foucault 223f., 227-243, 249-265, 279-284, 290, 296, 392, 408
→ bei Luhmann 303f., 313, 317, 327, 370, 392, 408 *siehe auch* Bewusstsein, Rauschen (des Wissens), Wahrheit

Wohlfahrtsstaat 13, 174, 186-189, 259, 268f., 273, 279, 300, 331f., 338-354, 369-371, 392, 395, 404

Y

YouTube 219, 392

Z

Zeit 17, 21, 24, 127, 208-210, 271, 279, 382-386, 391-393 → im Souveränitätsparadigma (lineare Zeit) 17, 92-95, 99, 208-210, 382f. → in der Kybernetik 127, 129, 141, 153f., 157, 162, 383f. → bei Foucault 224f., 231, 237, 243-248, 257, 271, 279, 384f. → bei Luhmann 307, 320f., 323-328, 365, 384f. → Echtzeit 11, 21, 154, 257, 324f., 350, 362, 383, 391 *siehe auch* Emergenz, Evolution, Situativität

Zirkulation, Zirkularität 18f., 21, 26, 107, 377, 381, 388, 393, 402, 407 → in der Kybernetik 130, 140-142, 145-147, 150-157, 162, 218f. → bei Foucault 221-224, 246-251, 258, 284-288, 297 → bei Luhmann 315, 337, 350, 358, 365, *siehe auch* Regulation, feedback, Kausalität

Zivilgesellschaft 11, 90, 192-194, 199, 211,
213, 276f., 280

Zufall 132-134, 153, 229-233, 237-239, 241,
244, 246, 288f., 319, 326, 366 *siehe auch*
Kontingenz, Evolution

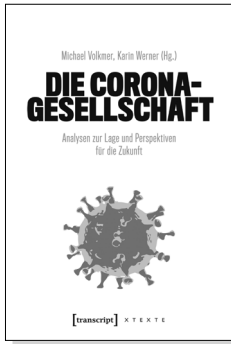
Zukunft 17, 53, 58, 60-62, 69-71, 80, 92-
94, 99, 108, 110f., 116, 123, 129-132, 164,
166, 184f., 208f., 218, 280, 323, 336,
372f., 382, 384 *siehe auch Zeit*

Zukunftsforschung 17, 62, 70f., 110, 132,
209

Zweck 17, 120-125, 133, 138, 143, 147,
151f., 179, 185-187, 240f., 304f., 331, 353
siehe auch Mittel-Zweck-Verhältnis, Te-
leologie

Zweiter Weltkrieg *siehe Weltkrieg*

Soziologie



Michael Volkmer, Karin Werner (Hg.)

Die Corona-Gesellschaft

Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft

Juli 2020, 432 S., kart., 2 SW-Abbildungen

24,50 € (DE), 978-3-8376-5432-5

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5432-9

EPUB: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5432-5



Naika Foroutan

Die postmigrantische Gesellschaft

Ein Versprechen der pluralen Demokratie

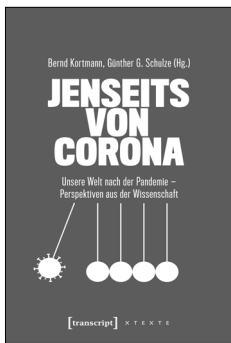
2019, 280 S., kart., 18 SW-Abbildungen

19,99 € (DE), 978-3-8376-4263-6

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4263-0

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4263-6



Bernd Kortmann, Günther G. Schulze (Hg.)

Jenseits von Corona

Unsere Welt nach der Pandemie –
Perspektiven aus der Wissenschaft

September 2020, 320 S., 1 SW-Abbildung

22,50 € (DE), 978-3-8376-5517-9

E-Book:

PDF: 19,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5517-3

EPUB: 19,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5517-9

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Soziologie



Detlef Pollack

Das unzufriedene Volk

Protest und Ressentiment in Ostdeutschland
von der friedlichen Revolution bis heute

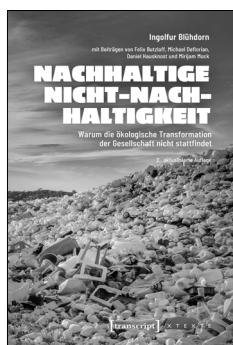
September 2020, 232 S., 6 SW-Abbildungen

20,00 € (DE), 978-3-8376-5238-3

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5238-7

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5238-3



Ingolfur Blühdorn, Felix Butzlaff,

Michael Deflorian, Daniel Hausknost, Mirjam Mock

Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit

Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft
nicht stattfindet

Juni 2020, 350 S., kart.

20,00 € (DE), 978-3-8376-5442-4

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5442-8



Juliane Karakayali, Bernd Kasperek (Hg.)

movements.

**Journal for Critical Migration
and Border Regime Studies**

Jg. 4, Heft 2/2018

2019, 246 S., kart.

24,99 € (DE), 978-3-8376-4474-6

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**